

Leendertz, Ariane (Ed.); Meteling, Wencke (Ed.)

Book

Die neue Wirklichkeit: Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren

Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, No. 86

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Leendertz, Ariane (Ed.); Meteling, Wencke (Ed.) (2016) : Die neue Wirklichkeit: Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, No. 86, ISBN 3-593-43394-X, Campus Verlag, Frankfurt a. M.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/200176>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ariane Leendertz, Wencke Meteling (Hg.)

Die neue Wirklichkeit

Semantische Neuvermessungen
und Politik seit den 1970er-Jahren

campus

Schriften aus dem Max-Planck-Institut
für Gesellschaftsforschung



Ariane Leendertz ist Leiterin der Forschungsgruppe »Ökonomisierung des Sozialen und gesellschaftliche Komplexität« am MPIfG in Köln. *Wencke Meteling* ist Akademische Rätin auf Zeit am Seminar für Neuere Geschichte der Universität Marburg.

Ariane Leendertz, Wencke Meteling (Hg.)

Die neue Wirklichkeit

Semantische Neuvermessungen und Politik
seit den 1970er-Jahren

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50550-3 Print

ISBN 978-3-593-43394-3 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2016 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Gebäude des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln

Satz: Thomas Portt, Köln

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

Inhalt

Notiz der Herausgeberinnen	7
Autorinnen und Autoren	9
Bezeichnungsrevolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik: Zur Einleitung <i>Ariane Leendertz und Wencke Meteling</i>	13
Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels: Zur Begriffsgeschichte einer historischen Problemkonstellation <i>Alexander Friedrich</i>	35
»Eine Welt« im Bild: Medialisierungen des Selbst-Welt-Verhältnisses in den 1970er- und 1980er-Jahren <i>David Kuchenbuch</i>	63
Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche »Komplexität« als intellektuelle und politische Herausforderung <i>Ariane Leendertz</i>	93
Auf der Suche nach der neuen Wirklichkeit: Konzepte der Gegenwartsdiagnose im <i>Mercur</i> der 1970er- und 1980er-Jahre <i>Friedrich Kießling</i>	133
Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit: Zur Formierung der temporalen Ordnung unserer Gegenwart in den 1980er-Jahren <i>Steffen Henne</i>	155
Wachstum und <i>Décroissance</i> – Bruchstücke einer Genealogie zweier Begriffe seit den 1970er-Jahren <i>Dietmar Wetzels</i>	189

Nationale Standortsemantiken seit den 1970er-Jahren <i>Wencke Meteling</i>	207
Von der Lebensleistung zum Leistungsleben: Legitimationsprobleme des »Ruhestands« <i>Stephan Lessenich</i>	243
Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention <i>Ulrich Bröckling</i>	269
Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Risiken: Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben <i>Martin H. Geyer</i>	281

Notiz der Herausgeberinnen

Dieses Buch geht auf eine Tagung zurück, die im Mai 2013 am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln stattfand. Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Beiträge für den Band verfasst beziehungsweise als Vortragende und Diskutanten zum Gelingen der Tagung beigetragen haben: Ulrich Bröckling, Alexander Friedrich, Martin Geyer, Bernd Greiner, Steffen Henne, Ralph Jessen, Friedrich Kießling, Martin Kindtner, David Kuchenbuch, Stephan Lessenich, Uwe Schimank, Wolfgang Streeck, Tobias Werron und Dietmar Wetzel. Insbesondere bedanken wir uns dafür, dass alle bereits im Vorfeld der Tagung die Einleitung des prospektiven Buches (die hier in etwas erweiterter Fassung erscheint) gelesen und sich mit ihren Beiträgen intellektuell darauf eingelassen haben. Unsere Hoffnung, dadurch während der Tagung besonders intensiv und zielgerichtet an der übergreifenden Fragestellung arbeiten zu können, hat sich in rundum anregenden Diskussionen erfüllt. Unser Dank gilt darüber hinaus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, die uns bei der Organisation und Durchführung der Tagung tatkräftig unterstützt haben; den unermüdlichen Testleserinnen und -lesern, die unsere Manuskripte kommentiert und verbessert haben; schließlich der Redaktion des MPIfG, die das Endlektorat und die Drucklegung übernommen hat. Es freut uns, dass der Band in der institutseigenen Reihe erscheint.

Köln und Marburg, im November 2015

Ariane Leendertz und Wencke Meteling

Autorinnen und Autoren

Ulrich Bröckling ist Professor für Kulturosoziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. *Arbeitsschwerpunkte*: Soziologie der Sozial- und Selbsttechnologien, Theorien der Subjektivierung, Governmentality Studies, Anthropologie. *Ausgewählte Publikationen*: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, engl. Übersetzung: The Entrepreneurial Self, London: Sage 2016; Das Andere der Ordnung. Theorien des Exzeptionellen (Hg. mit Christian Dries, Matthias Leanza und Tobias Schlechtriemen), Weilerswist: Velbrück 2015.

Alexander Friedrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Technischen Universität Darmstadt. *Arbeitsschwerpunkte*: Kultur- und Technikphilosophie, Metaphorologie und Begriffsgeschichte, Biopolitik und Wissenschaftsforschung. *Ausgewählte Publikationen*: Die Vergänglichkeit überlisten – Leben und Tod in kryogenen Zeitregimen, in: Jahrbuch Technikphilosophie, Berlin 2016, S. 35–56; Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern, Paderborn: Fink 2015; Library Life. Werkstätten kulturwissenschaftlichen Forschens (mit Friedolin Krentel, Katja Barthel u. a.), Lüneburg: Meson Press 2015.

Martin H. Geyer ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. *Arbeitsschwerpunkte*: deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, politische Kulturgeschichte, Geschichte der Sozialpolitik. *Ausgewählte Publikationen*: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6: Die Bundesrepublik 1974 bis 1982. Der Sozialstaat im Zeichen wirtschaftlicher Rezession, Baden-Baden: Nomos 2008; Kritik und Krise. Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren, in: Thomas Mergel (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt a.M./New York: Campus 2012, S. 257–274; Auf der Suche nach der Gegenwart. Neuere Arbeiten zu den 1970er und 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 643–670; Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 1–48.

Steffen Henne ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg. Im Rahmen des Sonderforschungsbereichs »Dynamiken der Sicherheit« der Universitäten Marburg und Gießen promoviert er zum Thema »Die Computerisierung des Regierens in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre. Zu Geschichte und Vorgeschichte des Datenschutzes«. *Arbeitsschwerpunkte*: jüngste Zeitgeschichte (1970er- bis 1990er-Jahre), Kulturgeschichte der Technik, Wissensgeschichte und Geschichtstheorie.

Friedrich Kießling ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. *Arbeitsschwerpunkte*: Geschichte der internationalen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Internationale Geschichte, moderne deutsche Kultur- und Ideengeschichte. *Ausgewählte Publikationen*: Die undeutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945–1972, Paderborn u. a.: Schöningh 2012; Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre (Hg. mit Bernhard Rieger), Köln u. a.: Böhlau 2011; Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München: Oldenbourg 2002.

David Kuchenbuch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen. *Arbeitsschwerpunkte*: Kultur- und Medien Geschichte des 20. Jahrhunderts. *Ausgewählte Publikationen*: Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert, Bielefeld: transcript 2010; Das Peckham-Experiment. Eine Mikro- und Wissensgeschichte des Londoner »Pioneer Health Centre« im 20. Jahrhundert, Wien u. a.: Böhlau 2014.

Ariane Leendertz ist Forschungsgruppenleiterin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. *Arbeitsschwerpunkte*: deutsche und US-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts, Geschichte der transatlantischen Beziehungen, Ideengeschichte, Wissenschaftsgeschichte. *Ausgewählte Publikationen*: Interdependenz, Krisenbewusstsein und der Beginn eines neuen Zeitalters. Die USA und die Neuverortung der transatlantischen Beziehungen in den 1970er Jahren, in: Frank Bösch/Peter Hoeres (Hg.), Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen: Wallstein 2013, S. 232–250; »Finalisierung der Wissenschaft«. Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik«, in: Mittelweg 36, 22:4 (2013), S. 93–121.

Stephan Lessenich ist Professor für Soziale Strukturen und Entwicklungen am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. *Arbeitsschwerpunkte*: Wohlfahrtsstaatsatheorie und Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Soziologie des Alter(n)s, Soziologie gesellschaftlicher Transformationen und soziologische Zeitdiagnose. *Ausgewählte Publikationen*: Theorien des Sozialstaats zur Einführung, Hamburg: Junius 2012; Der Vergleich in den Sozialwissenschaften. Staat – Kapitalismus – Demokratie (Hg. mit Jens Borchert), Frankfurt a.M./New York: Campus 2012; Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte (mit Klaus Dörre und Hartmut Rosa), Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2009; Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld: transcript 2008.

Wencke Meteling ist Wissenschaftliche Assistentin am Seminar für Neuere Geschichte, Philipps-Universität Marburg, und Teilprojektleiterin im Marburger und Gießener Sonderforschungsbereich »Dynamiken der Sicherheit«. *Arbeitsschwerpunkte*: Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik und Großbritanniens, Kriegs- und Militärgeschichte Deutschlands und Frankreichs sowie Geschichte des Wohnens und städtischer Infrastruktur im 19. und 20. Jahrhundert. *Ausgewählte Publikationen*: Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der »Standortsicherung« in den neunziger Jahren, in: Ralph Jessen (Hg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt a.M./New York: Campus 2014, S. 289–315; Miraculous Germany. Changing perceptions of German economic performance, in: *Renewal* 22, Nr. 3/4 (2014), S. 60–73.

Dietmar J. Wetzel ist Privatdozent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Co-Director im Sinergia-Projekt »Theory and Practice of Authenticity in Global Cultural Production« an der Universität Bern. *Arbeitsschwerpunkte*: Soziologische Theorie/n, Sozialtheorien, Wirtschafts- und Kultursoziologie, französische Soziologie, qualitative Sozialforschung. *Ausgewählte Publikationen*: Zur Aktualität von Jacques Rancière. Einleitung in sein Werk (mit Thomas Claviez), Wiesbaden: Springer VS 2016; Finanzmarktpublika. Moralität, Krisen und Teilhabe in der ökonomischen Moderne (Hg. mit Andreas Langenohl), Wiesbaden: Springer VS 2014; Soziologie des Wettbewerbs. Eine kultur- und wirtschaftssoziologische Analyse, Wiesbaden: Springer VS 2013; Diskurse des Politischen. Zwischen Re- und Dekonstruktion, München: Fink 2003.

Bezeichnungsrevolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik: Zur Einleitung

Ariane Leendertz und Wencke Meteling

Vor dem Hintergrund aktueller Debatten in der Zeitgeschichtsforschung zum Schwellencharakter der 1970er-Jahre untersuchen wir in diesem Band den Zusammenhang von Bezeichnungsrevolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik. Uns interessiert, inwiefern sich seit den 1970er-Jahren in neuen oder umgedeuteten Begriffen, Bildern, Metaphern, Topoi und Argumentationsweisen eine neue Wirklichkeit abzuzeichnen begann, unter welchen Bedingungen sich semantischer Wandel vollzog und welche Akteure daran beteiligt waren. Mit diesem Zugriff hoffen wir, der zeitgeschichtlichen, sozial- und kulturwissenschaftlichen Diskussion über die Einschätzung der jüngsten Vergangenheit Impulse zu verleihen und einen intensiveren Austausch zwischen den Disziplinen über die Geschichte der Gegenwart anzuregen. Den Ausgangspunkt bildet die Bundesrepublik, doch beziehen sich mehrere Beiträge auf transnationale Zusammenhänge sowie auf die USA. Ergänzend zum wirtschafts- und sozial(staats)-geschichtlichen Primat vieler Studien über den Epochenbruch der 1970er- und 1980er-Jahre in Deutschland schlagen wir vor, die politische und gesellschaftliche Bedeutung zeitgenössischer Wirklichkeitskonzeptionen systematisch zu untersuchen. Wo stoßen wir auf Bedeutungsverschiebungen oder Bezeichnungsrevolutionen, mithin konzeptuelle Umbrüche und semantische Neuvermessungen, die auf eine epistemische Wendezeit hindeuten könnten? Wenn erstens die Annahme vieler Zeithistoriker, Soziologen und Kulturwissenschaftler zutrifft, dass seit den 1970er-Jahren grundlegende soziale, kulturelle und ökonomische Wandlungsprozesse stattfanden, die unsere Gegenwart prägen oder sich in ihr fortsetzen, und wenn wir zweitens davon ausgehen, dass sich die soziale Wirklichkeit und ihre Veränderung in zeitgenössischen Beschreibungen sprachlich manifestieren, dann sollte es möglich sein, sich den neuen Wirklichkeiten durch eine Analyse der politisch-sozialen Sprache anzunähern.

Zunächst werden wir auf einige Kennzeichen zeitgeschichtlicher Arbeiten, welche die 1970er- und 1980er-Jahre als Zeit eines Epochen- oder »Strukturbruchs« qualifizieren, sowie auf methodische und konzeptionelle Herausforderungen gegenwartsnaher Geschichtsschreibung eingehen (Abschnitt 1). Es folgen theoretische Überlegungen zu den für alle Beiträge wichtigen Ansätzen: zur Begriffsgeschichte, zur historischen Semantik und zur Diskursgeschichte (Abschnitt 2). Die Einleitung schließt mit einem Ausblick auf einige übergreifende Ergebnisse der hier versammelten Arbeiten (Abschnitt 3).

1 Zum Forschungshintergrund: Die 1970er-Jahre als Epochenschwelle

Seit knapp zehn Jahren befasst sich die Zeitgeschichtsforschung intensiv mit den 1970er- und zunehmend auch den 1980er-Jahren.¹ Teilweise mag das einem »dekadologischen« Zugang geschuldet sein – die Vergangenheit wird sozusagen in handliche Jahrzehnte portioniert. Die 1950er-Jahre etikettierte ein einflussreicher Sammelband zur Geschichte der Bundesrepublik einprägsam mit »Modernisierung im Wiederaufbau«; die 1960er-Jahre galten dann als »Dynamische Zeiten«.² Den 1970er-Jahren hingegen haftet häufig der Ruf einer krisen- und problemgeplagten Zeit an.³ Auch wenn man dieser Aufteilung mit Skepsis begegnen mag, ist nicht von der Hand zu weisen, dass entsprechende dekadologische Diagnosen zeitgenössischer Akteure wirkmächtig waren und wie ein Echo in historischen Studien weiterklingen. In den gegenwärtigen Diskussionen über die Zeit seit den 1970er-Jahren geht es in der deutschen wie auch der internationalen Geschichtsforschung jedoch um mehr als Etikettierungen von Jahrzehnten oder kleinteilige Periodisierungsfragen.

Erstens werden die 1970er-Jahre als Teil einer Epochenschwelle betrachtet, als »key watershed in European history«⁴ und »major turning point or turning

1 Vgl. die Forschungsüberblicke von Süß/Woyke (2012); Schildt (2012); Geyer (2010); für die Bundesrepublik außerdem grundlegend Die Siebziger Jahre (2004); Jarausch (Hg.) (2006); Jarausch (Hg.) (2008); Doering-Manteuffel/Raphael (2008); Raitzel/Rödder/Wirsching (Hg.) (2009); Wandel des Politischen (2012); zur Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte Reitmayer/Rosenberger (Hg.) (2008).

2 Schildt/Sywortek (Hg.) (1993); Schildt (Hg.) (2000); siehe auch Frese u. a. (Hg.) (2003).

3 Im Anschluss an die einflussreiche Darstellung von Hobsbawm (1995) für Deutschland u. a. Herbert (2014); Conze (2009); Geyer (Hg.) (2008); Jarausch (Hg.) (2008); Wolfrum (2006); Winkler (2000).

4 So der Titel von Eley (2011).

period of the 20th century«. ⁵ Außer dem Nachkriegsboom sei in den 1970er-Jahren auch die Periode der industriell geprägten Hochmoderne sowie der »klassischen« Industriegesellschaft und ihrer ordnenden Prinzipien an ihr Ende gelangt. ⁶ Insbesondere Anselm Doering-Manteuffels und Lutz Raphaels Thesen zur Epoche »nach dem Boom«, in der – ausgehend vom ökonomischen Strukturwandel – ein »Strukturbruch« und ein »sozialer Wandel revolutionärer Qualität« stattgefunden haben, entfalteten in Deutschland großen Einfluss in der zeitgeschichtlichen Forschung. ⁷ Neben den die deutsche Zeitgeschichtsschreibung kennzeichnenden politikgeschichtlichen Schwerpunkt sind vermehrt wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragestellungen und Perspektiven getreten. ⁸ Einig sind sich Zeithistorikerinnen und -historiker darin, dass die bisherigen Meistererzählungen zur Geschichte der Bundesrepublik wie »Westernisierung« und »Liberalisierung« ⁹ (das meinte vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus zuerst Demokratisierung und kulturelle Verwestlichung) für die Zeit seit den 1980ern unzureichend sind, ja dass sich ihre Erklärungskraft für die spätere Phase der Bundesrepublik erschöpft. Für das letzte Drittel des 20. und die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts zeichnen sich solche Meistererzählungen nicht ab; Versuche, Konzepte wie »Postmoderne« oder »zweite Moderne« als Rahmen zu nutzen, haben sich nicht durchgesetzt, auch deshalb, weil sie zeitgebunden sind und aus derselben Phase stammen, die mit ihnen untersucht werden soll.

Zweitens ist der historische Blick auf die Zeit seit den 1970er-Jahren wesentlich von einem Ansatz geprägt, der nach der Entstehung gegenwärtiger Problemlagen fragt und die jüngere Vergangenheit als *Vorgeschichte der Gegenwart* begreift (»Problemgenesegeschichte«). ¹⁰ Bis in die 1990er-Jahre hinein dominierte in der Zeitgeschichtsschreibung ein Erfolgsnarrativ, das primär auf die geglückte Emanzipation der Bundesrepublik vom Nationalsozialismus abhob, auf das Ende des deutschen Sonderwegs, die Entstehung einer demokratischen Wohlstands- und Konsumgesellschaft westlicher Prägung und den ökonomischen Erfolg der sozialen Marktwirtschaft, die den Auf- und Ausbau eines krisenfesten und Sicherheit gegenüber den Wechselfällen der wirtschaftlichen Entwicklung garantierenden Sozialstaats ermöglichte (»Problemlösungsgeschichte«). In der Perspektive der *Problemgenesegeschichte* dagegen gelten Staat und Sozialstaat im Anschluss an zeitgenössische Debatten der 1970er- und 1980er-Jahre nicht

5 Kaelble (2009), S. 5; europäisch vergleichend auch Wirsching u. a. (2011); in internationaler Perspektive Ferguson u. a. (Hg.) (2010).

6 Herbert (2007); Raithe/Röder/Wirsching (Hg.) (2009); Wirsching u. a. (2011).

7 Doering-Manteuffel/Raphael (2008, ³2012); siehe auch Reitmayer/Schlemmer (Hg.) (2014).

8 Siehe insbes. Andresen/Bitzegeio/Mittag (Hg.) (2011).

9 Siehe Doering-Manteuffel (1999); Herbert (Hg.) (2002).

10 U. a. Hockerts (2007); siehe auch Hockerts/Süß (Hg.) (2010); Raithe/Schlemmer (Hg.) (2009).

mehr nur als Problemlöser, sondern auch als Problemerzeuger.¹¹ Der Bezugs- und Ausgangspunkt der Zeitgeschichtsschreibung hat sich dadurch verändert: Neben die Nachgeschichte der NS-Zeit ist die unmittelbare Vorgeschichte einer bewusst erfahrenen und laufend gedeuteten Gegenwart getreten.

Die Debatte über den Umbruch- oder Schwellencharakter der 1970er-Jahre hat besonders die deutsche, aber auch die internationale Geschichtsforschung merklich belebt und eine Vielzahl neuer Untersuchungen zur Zeitgeschichte »nach dem Boom« angeregt. Die Bewertung und Einordnung von Brüchen und Umbrüchen ist in vollem Gange und die zunächst dominierenden Krisen-, Problem- und Verlustnarrative werden hinterfragt. Zugleich zeichnet sich – zumindest in Frankreich und Großbritannien – eine kritische Neubewertung der *Trente Glorieuses* (Jean Fourastié) und des *Golden Age* sowie der vermeintlichen *Lost Decade* der 1970er-Jahre ab. Neben eine Geschichte der Krisen und des Niedergangs treten Ambivalenzen, Komplexitäten, Frakturen, sozialkulturelle und geschlechterhistorische Aufbruchsmomente.¹²

Die gegenwartsnahe Zeitgeschichte konfrontiert Historikerinnen und Historiker mit der Herausforderung, dass sich die untersuchte Vergangenheit nur schwer als abgeschlossene Epoche historisieren lässt, weil die zeitliche Distanz zum Untersuchungsgegenstand fehlt und eigene Erinnerungen, Eindrücke und Erfahrungen die Sicht auf die Vergangenheit beeinflussen. *Gegenwärtige* Entwicklungen, deren Wahrnehmungen und Deutungen – gerade auch die sozialwissenschaftlichen – prägen die analytische Sicht und den Zugriff auf die nahe Vergangenheit. Zugleich wirken vergangene *zeitgenössische* Deutungen in die Gegenwart fort. Historikerinnen und Historiker greifen auf politikwissenschaftliche, soziologische und zeitdiagnostische Literatur zurück, die selbst als Produkt ihrer jeweiligen Zeit zu sehen ist. So stammen viele der sozialwissenschaftlichen Begriffe und Kategorien, mit denen historische Entwicklungen seit den 1970er-Jahren charakterisiert werden, wie etwa »Wertewandel« oder »postindustrielle Gesellschaft«, aus der mit eben diesen Begriffen untersuchten Zeit. Deshalb unternimmt die zeitgeschichtliche Forschung seit einigen Jahren verstärkt Anstrengungen, sozialwissenschaftliche Schlüsselkonzepte zu historisieren und deren wirklichkeitsschaffendes Potenzial deutlich zu machen. So ist als eine zentrale Anforderung an die Zeitgeschichte als Disziplin formuliert worden, sozialwissenschaftliche Arbeiten nicht als Darstellungen, sondern als

11 Siehe Flora (1982); Habermas (1985); Geyer (2007); Geppert/Hacke (2008).

12 Siehe für Großbritannien Black/Pemberton/Thane (Hg.) (2013); Turner (2008); für Frankreich Sirinelli (2007).

historische Quellen zu lesen, um nicht unreflektiert deren grundlegende Prämissen zu übernehmen.¹³ Hauptaufgabe der gegenwartsnahen Zeitgeschichtsschreibung wäre demnach zuerst eine Geschichte sozialwissenschaftlicher (ergänzen ließe sich: kulturwissenschaftlicher sowie philosophischer) Wissensproduktion. Zeitgeschichte ginge in der Wissenschafts- und – das mag einem aktuellen Trend entsprechen – *Wissensgeschichte* auf.¹⁴ Erkenntnistheoretisch ist diese Forderung verständlich, sie dürfte aber letztlich sowohl für Historiker als auch für Sozialwissenschaftler unbefriedigend sein. Denn Zeitgeschichte wäre dann in erster Linie Metageschichte, die die Möglichkeit, »die Geschichte« als Gegenstand zu konstituieren, aufgeben würde. Bei der Mehrheit der Sozialwissenschaftler (zuletzt der mit quantitativen Methoden arbeitenden) dürfte die Ansicht, dass ihre Studien historische Quellen und keine wirklichkeitsadäquaten Beschreibungen vergangener sozialer Zusammenhänge seien, zudem wenig Zustimmung finden; auch erwarten Sozialwissenschaftler von Historikern mehr als eine »kritische« Aufarbeitung ihrer eigenen Wissensproduktion. Das gegenwärtige Verhältnis von Geschichts- und Sozialwissenschaften ist zwar nicht Gegenstand dieses Buches, die Autorinnen und Autoren der Beiträge zeigen jedoch, wie Zeitgeschichte, Soziologie und Philosophie im Bereich der Gegenwartsgeschichte produktiv zusammenwirken können, wenn sie sich an gemeinsamen Fragestellungen und Ansätzen orientieren.

Wie im Fall der sozialwissenschaftlichen Kategorien besteht für eine Zeitgeschichte (und ebenso für eine historisch orientierte Sozialwissenschaft), die sich mit der jüngsten, bis in die Gegenwart reichenden Vergangenheit befasst, die Gefahr, zeitgenössische Diagnosen, Diskurse und Narrative – wie beispielsweise das in der Sicht auf die 1970er-Jahre so beliebte Krisenmotiv – fortzuschreiben. Allerdings wissen wir über viele der zeittypischen Diagnosen, Begriffe und Deutungsmuster, mit denen die Zeitgenossen seit den 1970er-Jahren ihre Realität strukturierten, bislang nicht allzu viel.¹⁵ Hier setzt der vorliegende Band an. Er konzentriert sich auf die Ebene zeitgenössischer Wahrnehmungen und Deutungen und fragt nach Bezeichnungsrevolutionen und Bedeutungsverschiebungen, die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in intellektuellen oder politischen Reflexionen und Debatten über gesellschaftliche Schlüsselthemen zutage traten. Ein Vorbild für diesen Ansatz ist die 2011 veröffentlichte ideengeschichtliche

13 In Anlehnung an Doering-Manteuffel/Raphael (2008): Graf/Priemel (2011).

14 Ein weiteres Desiderat bleibt, sozialwissenschaftliches Datenmaterial systematischer als bisher für historische Sekundäranalysen zu nutzen, was allerdings umfassende Kenntnisse der Methoden empirischer Sozialforschung voraussetzt, über die viele Historikerinnen und Historiker nicht verfügen; siehe Pleinen/Raphael (2014).

15 Vgl. das Plädoyer von Geyer (2010), S. 650.

Studie »Age of Fracture« von Daniel Rodgers.¹⁶ Für die USA gelangte Rodgers zu dem Ergebnis, dass im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zahlreiche Basisannahmen, Selbstverständnisse und Ideen des Sozialen und Politischen neu konfiguriert wurden, die die Zeit seit den 1930er-Jahren und im Besonderen die Nachkriegszeit (die Jahrzehnte der *New Deal Order*) geprägt hatten. Die Reformulierung von Konzepten von »Gesellschaft« bildet für Rodgers die zentrale Achse für eine Neuordnung der Begriffs- und Vorstellungswelt in den USA seit Mitte der 1970er-Jahre. Intellektuelle Schlüsselbegriffe der Nachkriegsära brachen auf, neue Begriffe wie etwa Individuum, Kontingenz oder *choice* etablierten sich. »The importance of economic institutions gave way to notions of flexible and instantly acting markets. History was said to accelerate into a multitude of almost instantaneously accessible possibilities. Identities became fluid and elective. Ideas of power thinned out and receded.«¹⁷ Ähnliches scheint für die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder zu gelten, mithin für die sogenannten fortgeschrittenen westlichen Industriegesellschaften.¹⁸ Hervorzuheben sind etwa Stephan Lessenichs Analysen zur gesellschaftlichen und politischen Relevanz neuer Semantiken wie jener der »Flexibilität« und der »Aktivierung« im Bereich der Sozialpolitik¹⁹ und Ulrich Bröcklings Arbeit über das »unternehmerische Selbst«.²⁰ Die gesellschaftliche und politische Macht der Sprache steht im Zentrum der Beiträge dieses Bandes.

2 Erkenntnisinteresse und Ansatz: Begriffsgeschichte, historische Semantik, Diskursanalyse

Wir gehen davon aus, dass das Sagbare eine wesentliche Voraussetzung für die Definition des politisch Machbaren und damit für die Benennung von Handlungsmöglichkeiten darstellt.²¹ Darüber hinaus hängen politische Handlungsmöglichkeiten davon ab, was unter den bestehenden Bedingungen als legitimierbar und durchsetzbar gilt. Nur so können wir erklären, warum zu bestimmten

¹⁶ Rodgers (2011).

¹⁷ Ebd., S. 4.

¹⁸ Siehe hierzu insbesondere die kultursoziologisch und ideengeschichtlich orientierte Sozialstaatsforschung: Lessenich (Hg.) (2003); für die Debatten der 1970er-Jahre über den Sozial- und Wohlfahrtsstaat Geyer (2007); für die semantischen Neukonstruktionen in der Rentenpolitik seit den 1950er-Jahren Hockerts (2011).

¹⁹ Lessenich (2008), bes. S. 73–128.

²⁰ Bröckling (2007).

²¹ Vgl. Steinmetz (1993).

Zeiten bestimmte *policies* gewählt und wie sie verwirklicht wurden.²² Auf diese Weise bestimmen Willibald Steinmetz und Quentin Skinner den Zusammenhang zwischen Ideen und »realer« Politik,²³ der in diesem Buch aus historisch-semanticischer Perspektive erschlossen werden soll. Im Mittelpunkt stehen der sprachlich hergestellte Rahmen des Machbaren, der Wandel des Sagbaren, sich verändernde Semantiken, das Auftauchen und Verschwinden von Begriffen und die realitätsschaffende Macht der Sprache. Es gilt zu bestimmen, in welchem Verwendungszusammenhang die untersuchten Begriffe, Bilder, Argumente, Topoi und Metaphern zuerst erschienen und ihre Bedeutung erlangten; wie sie auf andere Felder übergingen; welche Bedingungen ihre Verbreitung ermöglichten (oder auch verhinderten); welche Akteure für ihre Durchsetzung sorgten, bis das neue oder veränderte Vokabular plausibel erschien, »funktionierte« und so selbstverständlich war, dass keine besonderen Erklärungen oder Rechtfertigungen mehr nötig waren. Über sozialwissenschaftliche und zeitdiagnostische Kategorien hinaus werden Begriffe und sprachliche Wendungen untersucht, mit denen die soziale Welt konfiguriert wurde.

Wie und unter welchen gesellschaftlichen Resonanzbedingungen und in welchen politischen Handlungskontexten entstanden neue Bezeichnungen, Topoi und Argumentationsmuster? Wie verschoben sich Bedeutungen, wie veränderte sich der Rahmen des Sagbaren? Was etwa implizierte die Rede über die »Komplexität« moderner Gesellschaften? Wie kam es zur begrifflichen Neufassung der Bundesrepublik als »Wirtschaftsstandort«? Warum wurden »Wachstum« und »Décroissance« zu einander negierenden, aber nicht voneinander zu trennenden Leitbegriffen? Welche Sichtweise auf die Welt drückte sich in der Rede von »Netzwerken«, »Vernetzung« und »Verflechtung« sowie im Bild der »Einen Welt« aus? Wie durchdrangen derartige Konzepte verschiedene politische Handlungsfelder, welche Akteursgruppen standen dahinter, welche Aufforderungen oder impliziten Erwartungen an das individuelle Verhalten waren damit verbunden? Wie veränderte sich das Verständnis von »Ruhestand« und »Alter« seit den 1970er-Jahren, welche Effekte hatte ein damit verbundener »Aktivierungs«-Diskurs? Unter welchen Bedingungen verbreiteten sich Sicherheits- und Risikodiskurse, sodass eine Sicht auf die Zukunft prägend wurde, die in der Logik und Sprache der »Prävention« ihren Ausdruck fand? Wie verschoben sich Kategorien und Deutungen der intellektuellen Zeitdiagnostik?

In Bezeichnungsrevolutionen und Bedeutungsverschiebungen spiegelt sich nicht nur eine veränderte Wahrnehmung der sozialen Welt wider. Zugleich verdichten sich in ihnen politische Interessen, Ideen und Ordnungsvorstellungen,

22 Skinner (1998), S. 105f.

23 Vgl. auch Schmidt (2006).

die von bestimmten Akteuren propagiert, verbreitet und durchgesetzt werden. Politische Macht ist auch als Benennungsmacht zu verstehen, beide zusammen vermögen neue Wirklichkeiten zu schaffen. »Wer mächtig ist, versucht die ›richtige‹ Bedeutung der Wörter vorzuschreiben«, so der Politikwissenschaftler, Journalist und Politikberater Wolfgang Bergsdorf 1979. »Mächtig sind nicht nur die, die Machtpositionen innehaben. Macht haben auch jene, die fähig sind, sprachliche Inhalte und den Gebrauch von Wörtern durchzusetzen.«²⁴ Ähnlich begriff Pierre Bourdieu Politik als Kampf um die Durchsetzung legitimer Definitionen von Wirklichkeit. Wer die Kategorien bestimme, mit denen die Wirklichkeit wahrgenommen werde, schaffe damit eine Voraussetzung, die existierende soziale Welt zu erhalten oder zu verändern.²⁵ Politisches Handeln versucht laut Achim Landwehr, sprachlich fundierte Repräsentationen der sozialen Welt zu schaffen und durchzusetzen, prägt damit die Vorstellungen gesellschaftlicher Akteure und kann auf diese Weise die Welt selbst beeinflussen.²⁶ Konkrete Akteure spielen in dieser Perspektive eine zentrale Rolle. Welchen Stellenwert man ihnen in der historisch-semanticen Analyse zuweist, hängt von den Fragestellungen und den theoretisch-methodischen Prämissen ab. Drei Ansätze sind in unseren Augen für den vorliegenden Band besonders wichtig: Begriffsgeschichte, historische Semantik und Diskursanalyse.

Die Begriffsgeschichte kann als Teildisziplin der historischen Semantik verstanden werden. Sie beschäftigt sich mit der Rekonstruktion vergangener Bedeutungen im Kontext von Sprachnormen und Konventionen vergangener Gesellschaften²⁷ oder, noch allgemeiner formuliert, mit der Struktur und Genese von Bedeutungen.²⁸ Reinhart Koselleck setzte Ende der 1970er-Jahre in seiner Konzeption der Begriffsgeschichte an sozialen und politischen Schlüsselbegriffen mit »Allgemeinheitsanspruch«, wie Klasse, Staat, Eigentum oder Bürger, an.²⁹ Soziale und politische Konflikte wurden auf der Ebene des Sprachgebrauchs sowie anhand semantischer Kämpfe untersucht, in denen politische und soziale Positionen definiert und kraft ihrer Definitionen aufrechterhalten oder durchgesetzt werden sollten.³⁰ Zu beachten ist die ursprünglich *sozialgeschichtliche* Orientierung der Begriffsgeschichte: Soziale Zustände und deren Wandel sollten auf der sprachlich-textuellen Ebene erfasst werden, Begriffe galten als Indikatoren

24 Bergsdorf (1979), S. 10.

25 Bourdieu (1985), S. 18f.; siehe auch Bourdieu (2010).

26 Landwehr (2009), S. 84.

27 Gumbrecht (1978), S. 78f.

28 Konersmann (2006), S. 64.

29 Koselleck (1978).

30 Ebd., S. 24.

für die von ihnen erfassten Zusammenhänge.³¹ Kennzeichnend für die Begriffsgeschichte war damit – und das ist ein fundamentaler Unterschied zur Diskursanalyse – ein referenzielles Verständnis von Bedeutung.³² Das Verhältnis von Sprache und Wirklichkeit beziehungsweise von Begriffen und »Sachverhalten« beschrieb Koselleck so: Sprache »registriere« die nichtsprachliche Welt, das, was außerhalb von Sprache »der Fall« sei; sie verwandele sich alle außersprachlichen Sachverhalte ein. »Was außersprachlich erfahren und erkannt und verstanden werden soll, muss auf seinen Begriff gebracht werden. [...] ohne Begriffe keine Erfahrung und ohne Erfahrung keine Begriffe.«³³ Doch Begriffe erfassen nicht nur Gegebenes, sondern greifen auch in die Zukunft aus: Sie bündeln Erfahrungsbestände und Erwartungshorizonte und definieren die Grenzen sowohl möglicher Erfahrung als auch denkbarer Theorie.³⁴ Begriffe haben außerdem verschiedene Bedeutungsschichten und »Bedeutungstreifen«, die von unterschiedlichen Sprechergruppen abgerufen werden.³⁵

Der Verweis auf Sprechergruppen zeugt von der Hinwendung der jüngeren Begriffsgeschichte zum Sprachgebrauch. Steinmetz schreibt das dem Einfluss der konstruktivistischen und linguistischen Wende zu, in deren Folge neben das referenzielle Verständnis von Bedeutung die Einsicht trat, dass Bedeutung – wie etwa das Verständnis von Klasse – erst im konkreten Sprachgebrauch, in Aushandlungs- und Kommunikationsprozessen erzeugt wird.³⁶ Semantischer Wandel könne nur erklärt werden, wenn man die Ebene sprachlichen Handelns einbeziehe und somit eine sprachpragmatische Dimension berücksichtige.³⁷ In diesem Sinne plädiert der Literaturwissenschaftler Carsten Dutt für eine Erweiterung der Begriffsgeschichte zu einer »historischen Pragmatik der Begriffe«, die die unterschiedlichen Verwendungskontexte und auch die Migration von Begriffen in andere »Diskursregionen« untersuche.³⁸ Ähnlich sprach Hans-Ulrich Gumbrecht schon Ende der 1970er-Jahre von einer »historischen Textpragmatik«, die die Rahmenbedingungen der Kommunikation rekonstruieren und die zu analysierenden Texte – vor dem *visual turn* bestand der Großteil der historischen Quellen aus sprachlichen Texten – als Sprachhandlungen zwischen bestimmten Sprechern und Rezipienten betrachten solle. Neben den Motiven der Sprecher, den Funktionen ihrer Texte und Sprechakte sollte die Analyse auch

31 Ebd., S. 23 u. 29.

32 Steinmetz (2008), S. 185.

33 Koselleck (2003), S. 5.

34 Vgl. Koselleck (1978).

35 Koselleck (2003), S. 10f.

36 Steinmetz (2008), S. 185ff.

37 Ebd., S. 183.

38 Dutt (2008), S. 251f.

die antizipierten Erwartungen und Bedürfnisse der Rezipienten berücksichtigen, mithin die Kommunikationssituation als einen Raum wechselseitiger Erwartungen begreifen.³⁹

Begriffsgeschichte und historische Semantik sind somit, ebenso wie die eng mit beiden verbundene Metaphorologie, in eine historische Pragmatik einzubetten – genau das geschieht in den hier versammelten Beiträgen. Konkreter Gegenstand der historischen Semantik sind nach Steinmetz Begriffe, größere semantische Felder, Satzmuster, Diskurse und *languages* – politische Sprachen – im Sinne John Pococks, die ausdrücklich auf der Ebene des Sprachgebrauchs und der historisch und sprachpragmatisch spezifischen Kommunikationssituationen untersucht werden. Hier liegt für Steinmetz der elementare Unterschied zur Diskursanalyse im Anschluss an Michel Foucault: Das strategische Handeln von Individuen, subjektive Intentionen und außersprachliche Konstellationen, in denen die Sprechenden Akteure sich bewegen, würden in der Diskursanalyse tendenziell ausgeklammert; nicht, weil es sie nicht gäbe, sondern weil man annimmt, man könne sie nicht mit Gewissheit erkennen. Diskursanalyse könne zwar zeigen, dass sich die Regeln des Sagbaren verändern, aber nicht erklären, warum sich die einen Regeln oder Bedeutungen durchsetzen und die anderen nicht.⁴⁰

Das zentrale Anliegen unseres Bandes ist es, semantischen Wandel in der politisch-sozialen Sprache nachzuzeichnen und wenn möglich zu erklären. Auf der Ebene der Begriffe, die sich auch als »minimale Kristallisationskerne« von Diskursen charakterisieren lassen,⁴¹ gibt es Gumbrecht und Karlheinz Stierle zufolge zwei Varianten semantischen Wandels: *Bedeutungsinnovationen* und *Bezeichnungsinnovationen* (das heißt Innovationen der Bezeichnungsnorm). Im ersten Fall bleibt das Wort dasselbe, nur entstehen neue Bedeutungen, die nicht notwendig Alternativen zur alten Bedeutung sein müssen, sondern ein Komplement im vorgängigen Bedeutungskontinuum darstellen können, wie Stierle es ausdrückt.⁴² Die alte Bedeutung wird durch die neue nicht zwingend negiert, sondern lediglich modifiziert; die neue Bedeutung wird erst im jeweils spezifischen Kontext wirksam. Sozialgeschichtlich relevant erscheinen Stierle *Serien* von Bedeutungsinnovationen. Auf dieser Linie begreift Gumbrecht die *Häufung* von *Bezeichnungsinnovationen* als möglichen Indikator gesellschaftlichen Wandels. Vereinzelt auftretende neue Bezeichnungsnormen hingegen könnten auch schlicht das Ergebnis innersprachlicher Dynamik sein. Häuften sich aber Bezeichnungsinnovationen, verweise das auf eine tiefgreifende Veränderung im

39 Gumbrecht (1977), S. 127ff.

40 Steinmetz (2008), S. 184.

41 Linke (2003), S. 40.

42 Stierle (1978), S. 187.

Bereich der Grundelemente sozialen Wissens und der Grundstrukturen der Lebenswelt.⁴³ Wir sprechen deshalb etwas zugespitzter von *Bezeichnungsrevolutionen*. Für Koselleck vollzogen sich derartige tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen in der über den Wandel der Grundbegriffe erfassten europäischen Sattelzeit zwischen 1750 und 1850. Ob nun auch die 1970er-Jahre den Beginn einer neuerlichen Sattelzeit markieren könnten, wie es ihre Charakterisierung als Epochenschwelle nahelegt, wird sich erst nach eingehenderen Forschungen auf breiter empirischer Basis bestimmen lassen.⁴⁴

Bezeichnungsinnovationen sind also die zweite Form semantischen Wandels auf Begriffsebene. Sie treten beispielsweise in Gestalt von Neologismen oder durch die Übertragung eines Begriffs in einen anderen Praxisbereich auf, wobei die »ursprüngliche« Bedeutung selten erhalten bleibt.⁴⁵ Wie man das Verhältnis von sozialem und semantischem Wandel begreift, bleibt davon aber unberührt. Während Bourdieu Vorstellungen und Begriffe als integralen Teil der Realität der sozialen Welt auffasste,⁴⁶ unterschied Koselleck zwischen sprachlicher und nichtsprachlicher Welt, zwischen Begriffen und »Sachverhalten«.⁴⁷ Steinmetz differenziert wie Koselleck zwischen Redeweisen und Sachverhalten und beschreibt auf der Basis dieser Unterscheidung drei typische Verlaufsformen semantischen Wandels: erstens den Wandel durch *Plausibilitätsverlust*; zweitens Wandel durch *zu- oder abnehmenden Gebrauchswert*; und drittens Wandel durch *Irritation infolge von Wortimporten*. Beim *Wandel durch Plausibilitätsverlust* reiche das zur Verfügung stehende Vokabular nicht mehr aus, um »das Neue« begrifflich zu fassen: »Verallgemeinert und extrem vereinfacht gesagt: Es geschieht etwas Unvorhergesehenes; man stellt fest, dass bisherige Redeweisen weder den neuen Sachverhalt erfassen noch erfolgreiches Handeln in der neu entstandenen Situation erlauben; und man verändert daraufhin seine Redeweisen.«⁴⁸ Die Sprachwissenschaftlerin Christina Schäffner spricht von »kritischen Diskursmomenten«: Momenten, in denen traditionelle Denk- und Argumentationsschemata den neuen politischen (oder gesellschaftlichen) Entwicklungen nicht mehr gerecht werden; dies führe zu Modifikationen, die sich in den Textstrukturen niederschlagen, beispielsweise in einer neuen Metaphorik oder in neuen Begriffen.⁴⁹

43 Gumbrecht (1978), S. 100.

44 Christian Geulen (2010) hat dafür plädiert, die Geschichte des 20. Jahrhunderts im Medium seiner politisch-sozialen Grundbegriffe zu untersuchen, ist dabei aber nicht auf mögliche semantische Umbrüche seit den 1970er- oder 1980er-Jahren eingegangen.

45 Gumbrecht (1978), S. 98f. Des Weiteren kann durch das Erscheinen eines neuen Prädikats eine vollkommen neue Bedeutung entstehen.

46 Bourdieu (2010), S. 12.

47 Koselleck (2003), bes. S. 5f.

48 Steinmetz (2008), S. 188.

49 Schäffner (2002), S. 182.

Woher aber kommt eine neue Wortwahl, und warum setzt sie sich durch? Hier könnte Steinmetz' zweites Verlaufsmuster weiterhelfen, der Wandel durch *Zu- oder Abnahme des strategischen Gebrauchswerts*. Bestimmte Wörter setzen sich im Gebrauch durch, weil sich mit ihnen erfolgreich sprechen und handeln lässt.⁵⁰ In der politischen Kommunikation etwa seien eher abstrakte, nach verschiedenen Seiten hin anschlussfähige und vielfältig auffüllbare Ausdrücke vorteilhaft: Wörter, die viele Optionen offenhalten oder politische Positionswechsel erlauben; im referenziellen Sinn bedeutungsoffene Begriffe wie etwa »Mittelklasse«, bei denen unklar bleibt, was genau bezeichnet wird, bis hin zu »leeren Signifikanten«. Steinmetz betont, dass der Sprachgebrauch durch die Akteure auf Erfahrungen und Erwartungen basiert, für die sie adäquate Ausdrucksmöglichkeiten suchen. Hier besteht somit eine enge Verbindung zu den *Interessen* identifizierbarer Akteure. Nicht zu vergessen ist, dass gerade in öffentlich-politischen Auseinandersetzungen häufig Bezeichnungskonkurrenzen auftreten, Begriffe und Interpretationen miteinander konkurrieren.⁵¹ Welcher Begriff sich durchsetzt, hängt auch von der Macht der Sprecher ab, ihren Standpunkt zu propagieren und ihn im Ringen um sprachliche Dominanz und Deutungshoheit zu verbreiten.⁵² Das dritte Muster schließlich bildet die *Irritation infolge von Wortimport*. Laut Steinmetz können Wortimporte aus Fremdsprachen die Initialzündung für semantische Verschiebungen sein; ähnliches gelte für Importe aus Fachsprachen.⁵³

In allen drei Fällen müssen der historische und kommunikative Kontext sowie konkrete individuelle oder kollektive Akteure als mehr oder weniger bewusst handelnde Sprecher berücksichtigt werden: Bedeutungswandel kann nur erklärt werden, wenn man den Sprachgebrauch in seiner historischen, gesellschaftlichen, situativen und textpragmatischen Einbettung untersucht. Aus der Sicht der von Foucault inspirierten Diskursanalyse gelinge es dem historisch-semantischen Zugriff allerdings gerade deshalb nicht, so die Kritik, sich vollends von der Tradition der Hermeneutik zu lösen.⁵⁴ Philipp Sarasin, einer der profiliertesten Diskurshistoriker, sieht genau darin die Schwachstelle einer diskursanalytisch inkonsequenten Kulturgeschichtsschreibung, die sich in der Untersuchung der Wahrnehmungen und Sinnstiftungen der Zeitgenossen nicht von deren subjektiven Intentionen zu lösen vermöge. Die historische Diskursanalyse richtet sich für Sarasin gegen die »hermeneutischen Verstehensimpulse«,

50 Steinmetz (2008), S. 189.

51 Vgl. Stötzel (1990).

52 Zum reflexiven politischen Sprachgebrauch und regelrechten Sprachkampf in der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre Geyer (2011).

53 Steinmetz (2008), S. 190.

54 Obwohl auch die historische Semantik als Gegenentwurf zu einer als intuitiv kritisierten Hermeneutik konzipiert war, siehe Gumbrecht (1977), S. 130.

die den Historiker bei der Quellenarbeit nahezu automatisch und unkontrolliert befallen. Historiker müssten den Sinn von Texten irgendwie verstehen und in die Zusammenhänge einordnen können. Damit räumten sie laut Sarasin dem subjektiven Meinen und Glauben sowie den Intentionen, die es zu »verstehen« gelte, eine zentrale Stellung ein und könnten nicht erklären, was jenseits der vermeintlichen (sozialhistorischen) »Realität« und der subjektiven Einstellungen »geschichtsmächtig« sei. Sie könnten nicht die strukturellen Bedingungen dessen erklären, was verstanden werden soll.⁵⁵

Aus Sicht der historischen Diskursanalyse ist es nicht möglich, die gesellschaftliche Wirklichkeit jenseits ihrer sprachlichen und symbolischen Repräsentationen und unabhängig von den zeitgenössischen Wahrnehmungen und Deutungen zu erfassen und zu objektivieren.⁵⁶ Denn die strukturellen Bedingungen dessen, was verstanden werden soll, liegen, so die Grundannahme, nicht in irgendeiner Form sozialökonomischer Realität, sondern im Diskurs. Als ein System beschreibbarer Regeln steuern die Diskurse die gesellschaftliche Konstruktion der Dinge. Die jeweiligen historischen Redezusammenhänge sind von Ordnungsschemata und diskursiven Regelmäßigkeiten geprägt, von Mustern, die die Aussagen in einem diskursiven Feld generieren und strukturieren. Indem der Historiker oder die Historikerin eine Serie von Texten auf ihre wesentlichen Aussagen hin analysiert, kann er oder sie zeigen, wie Diskurse die soziale Welt des Bezeichneten hervorbringen.⁵⁷ Methodisch und konzeptionell unterscheiden sich historische Semantik und Diskursanalyse, wie Achim Landwehr herausgestellt hat, dann vor allem in drei Aspekten: Die historische Semantik versucht erstens eine – wenn auch schwer zu fassende – Beziehung zwischen einer sprachlichen und einer nichtsprachlichen Ebene herzustellen, während die Diskursanalyse sich auf der Ebene sprachlicher, bildlicher, symbolischer Repräsentationen bewegt und eine nichtsprachliche Ebene allenfalls als Hintergrundfolie einbezieht.⁵⁸ Zweitens untersucht die historische Semantik ausdrücklich den Sprachgebrauch individueller und kollektiver Subjekte, die als Bedeutung schaffende Akteure verstanden werden, während die Sprecher und Textproduzenten im Zugriff der Diskursanalyse nach Foucault in den Hintergrund treten beziehungsweise gewissermaßen den Diskurs vollziehen. Drittens orientiert sich die Quellenauswahl in der Diskursanalyse am Prinzip der Serialität: Zentrales Kriterium für die Bildung des Quellenkorpus sind die Wiederholung und Gleichförmigkeit des immer wieder ähnlich Gesagten oder Geschriebenen, der Charakter diachroner

55 Sarasin (2003), S. 27–30.

56 Vgl. Sarasin (2012).

57 Sarasin (2003), S. 34f.

58 Landwehr (2009), S. 106–110.

Reihung und synchroner Häufigkeit miteinander verbundener Aussagen, da nur so die strukturierenden Regeln ermittelt werden können.⁵⁹ Die Analyse einzelner Medien, Institutionen oder Personengruppen hingegen erlaube allein, einzelne »Diskursfäden«, nicht aber »den« Diskurs zu finden.⁶⁰

3 Ausblick

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes folgen mehrheitlich den theoretischen und methodischen Prämissen der die Begriffsgeschichte einschließenden historischen Semantik, weniger einem radikal diskursanalytischen Ansatz, ohne dabei jedoch die Macht der Diskurse über die Akteure zu negieren. Den Semantiken im historischen Quellenmaterial nähern sie sich auf unterschiedliche Weise. Thematisch können die Beiträge lediglich Ausschnitte der Wirklichkeit beziehungsweise der Wirklichkeiten vergegenwärtigen, die sich seit den 1970er-Jahren in der Sprache der Zeitgenossen konstituierten. Andere Bereiche, die sich außerordentlich dynamisch veränderten, wie etwa die Geschlechterbeziehungen oder die Felder Ökologie, Migration, Unternehmen und Arbeitsorganisation müssten in historisch-semantischen Studien über die jüngste Vergangenheit systematischer einbezogen werden, als es dieses Buch leisten kann. Ebenso wäre genauer auf die Sprachmacht und Weltansichten supra-, trans- oder internationaler Organisationen wie der Europäischen Gemeinschaft (EG)/Europäischen Union (EU), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu schauen, oder auf die von Consultingfirmen und des Managementbereichs, die seit den 1970er-Jahren an Bedeutung gewannen. Außerdem müsste die Rolle der Massenmedien sowohl als Bedeutung schaffende Akteure wie auch als Quellen und Kommunikationsräume differenziert analysiert werden. Dasselbe gilt für den Stellenwert von Technik und Technologien als Generatoren und Verstärker neuartiger Sprach-, Denk- und Darstellungsmuster, von Imaginationen und Fiktionen sowie ihrer Bildsprache in der Konzeption der Wirklichkeiten des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. Neben der Semantik der in Worten artikulierten Sprache gilt es, die Semantiken bewegter und unbewegter Bilder sowie von Dingen zu untersuchen: linguistische, visuelle und materielle Semantiken, Symboliken und Sprachen. Damit ist ein umfangreiches Programm angedeutet, das künftiger Forschung bedarf.

⁵⁹ Landwehr (2009), S. 102.

⁶⁰ Ebd., S. 101.

Nahezu alle hier versammelten Beiträge unterstreichen die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Begriffe und Weltdeutungen in Gesellschaft und Politik sowie die Parallelität oder das Ineinandergreifen wissenschaftlicher und öffentlich-politischer Debatten und Diskurse. Obwohl sie sich mit sehr unterschiedlichen Akteuren, Themen, Handlungsfeldern und Orten befassen, fanden die Autorinnen und Autoren zahlreiche Hinweise auf übergreifende Veränderungen, die als Indikatoren eines epistemischen Umbruchs im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts interpretiert werden können. Das betrifft zuerst eine sich offensichtlich wandelnde Zukunftsorientierung, mit der eine Neubewertung von Steuerungs- und Problemlösungsmöglichkeiten verbunden war. Dieser Wandel fiel zusammen mit einer Konjunktur neuartiger universalistischer Welterklärungsversuche sowie expliziten Aufforderungen, die Welt neu zu sehen und das individuelle oder kollektive Verhalten aktiv im Sinne der neuen Erklärungs- und Handlungspostulate zu justieren. Stephan Lessenich bezeichnete die gewandelte Zukunftsorientierung in der Abschlussdiskussion unserer Tagung in Anlehnung an Alexander Kluge als »Angriff der Zukunft auf die Gegenwart«. ⁶¹ Im Zuge der »Entplausibilisierung wissenschaftlicher Rationalität von Planung« (Ulrich Bröckling) gewannen wettbewerbsbezogene Regulierungen an Überzeugungskraft; Selbstorganisation, Risikomanagement und Prävention avancierten zu dominanten Technologien zukunftsorientierten Handelns, während die Möglichkeit positiver Zukunftsgestaltung durch langfristige und umfassende staatliche Vorausplanung verworfen wurde.

Die Beiträge von Ulrich Bröckling und Martin Geyer über Planung und Prävention einerseits, Risiken und Sicherheit andererseits untermauern die in der Zeitgeschichte keineswegs neue These einer veränderten Zukunftsorientierung. Ähnliches gilt für Steffen Hennes Analyse der Zeitsemantiken westdeutscher Intellektueller unter dem Eindruck der nuklearen Bedrohung im »Zweiten« Kalten Krieg. Henne, Geyer und Friedrich Kießling verfolgen, wie im intellektuellen Feld und im Verständnis politischer Akteure im engeren Sinne seit den 1970er-Jahren sowohl eine Historisierung als auch eine Umdeutung der Moderne einsetzte, die aufs engste mit den ubiquitär werdenden Sicherheits- und Risikodiskursen zusammenhing. Die Moderne wurde umgedeutet zu einem Phänomen, das Unsicherheiten und Risiken barg, statt Chancen und Handlungsräume zu eröffnen. In Fundamentalsaussagen des »Nichtmehr« und »Nochnicht« spiegelte sich nicht nur die semantische Unsicherheit westdeutscher Intellektueller in

61 So der Titel eines Fernsehinterviews, das Alexander Kluge 2009 über die Folgen der Finanzkrise führte: »Der Angriff der Zukunft auf die Gegenwart«. Jakob Arnoldi im Gespräch mit Alexander Kluge, 19. Juni 2009, http://www.suhrkamp.de/mediathek/jakob_arnoldi_im_gespraech_mit_alexander_kluge_173.html (10. Dezember 2014). Zudem handelt es sich um eine Variation von Kluges einflussreichem Filmtitel »Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit« (1985).

den 1970er-Jahren wider, sondern auch ihre konzeptionelle Verunsicherung bei der Analyse der Gegenwart. Erst zu Beginn der 1980er-Jahre bedienten sie sich vermehrt neuer Konzepte wie Identität, Subjektivität und Individualität, um die neue Wirklichkeit übergreifend zu deuten, und überwand den bis dahin vorherrschenden Krisendiskurs. Zugleich verschwanden die Restbestände neo-marxistischen Vokabulars zugunsten einer historischen Sprachwendung, die auf Geschichte und Kultur abhob.

Eine neue Wirklichkeit zeichnete sich insbesondere in Bezeichnungsinnovationen ab, die durch verschiedene wissenschaftliche Disziplinen und gesellschaftliche Felder diffundierten, über einzelne Debatten, Personengruppen oder professionelle Sektoren hinaus wirkten und dabei zwischen gesellschaftlicher Welt- und Selbstbeschreibung, politischem Leitbegriff und wissenschaftlicher Kategorie changierten. Die Beiträge von David Kuchenbuch, Alexander Friedrich und Ariane Leendertz unterstreichen anhand der Konzepte der »Einen Welt«, des »Netzwerks« und der »Komplexität« die herausragende Bedeutung von Epistemologie und Vokabular der Kybernetik und der allgemeinen Systemtheorie sowie globaler Verflechtungen. Einerseits wurden Netzwerke, Komplexität und Interdependenzen als Strukturprinzipien neuartiger Problemkonstellationen wahrgenommen, andererseits versprach man sich von ihrer begrifflich-theoretischen Präzisierung verbesserte Problemlösungen. Aus historiografischer Perspektive fordern diese Befunde dazu auf, Ambivalenzen und Gegenläufigkeiten, Problemlösungs- und Problemgenese-geschichte in ihrer Verschränkung zu analysieren und darzustellen. Während es den amerikanischen Komplexitätsforschern nicht gelang, die gesellschaftliche Komplexität, die sie durch ihre neue analytische Sichtweise selbst steigerten, zu reduzieren und politisch handhabbar zu machen, wandelte sich die ursprünglich linksliberal-emanzipative Sozialutopie sich selbst organisierender Netzwerke seit den 1980er-Jahren zu einem allumfassenden Dispositiv und universalen Realitätsmodell. Zum einen wurde im Zeitalter der Globalisierung und des Internets die Alternativlosigkeit von Netzwerken beschworen und das Prinzip der Vernetzung nachgerade zu einem Naturzustand erklärt. Zum anderen rückten jedoch die Störanfälligkeit vernetzter Infrastrukturen oder die neuen Hierarchien und Machtverhältnisse in einer vernetzten Welt in den Blick, nachdem das Netzwerk in den 1970er-Jahren zunächst als nichthierarchisch und antitotalitär gegolten hatte. Im Modell der gesellschaftlichen Vernetzung vermischten sich deskriptive und präskriptiv-normative Geltungsansprüche auf ganz ähnliche Weise wie in der Debatte über »Wettbewerbsfähigkeit« und »internationalen Standortwettbewerb«. Anhand des aus der Betriebswirtschaftslehre stammenden Konzepts des »Standorts« und seiner Übertragung auf ganze Volkswirtschaften zeichnet Wencke Meteling nach, wie seit Mitte der 1970er-Jahre angebotsökonomische Semantiken, Ge-

sellschafts- und Weltdeutungen die wirtschaftspolitische Sprache durchdrangen, dann strategisch-offensiv verwendet wurden und schließlich den Diskurs über Globalisierung prägten. Globalisierung wurde in der Bundesrepublik politisch vorwiegend als internationale Standortkonkurrenz verhandelt.

Universalistische Welterklärungsversuche, wie sie in den Konzepten der Komplexität, des Netzwerks, der *Décroissance*, der Einen Welt und des internationalen Standortwettbewerbs zum Ausdruck kamen, postulierten die Notwendigkeit einer neuen Sicht auf »die Welt« und übten zugleich einen starken Subjektivierungsdruck aus, der bis in konkrete Alltagspraktiken hinein wirkte. So legte die »appellative Struktur des globalen Moralismus« (Kuchenbuch) im Diskurs über die Eine Welt nahe, dass sich das Individuum auf der Nordhalbkugel als moralischer Weltverbesserer und Überwinder des Nord-Süd-Gefälles begreifen und Konsumverzicht üben sollte. Hier gab und gibt es offensichtliche Parallelen zur *Décroissance*- und zur Umweltbewegung, die ebenfalls Verhaltensänderungen des Individuums und der Gesellschaft gegenüber der Welt als Lebensraum und Ökosystem einforderten. Auch die Weltdeutung marktliberaler Ökonomen hatte eine appellative Struktur, wenngleich sie inhaltlich denkbar anders ausgerichtet war. Aus dem Gebot der internationalen Wettbewerbsfähigkeit leiteten sie die Notwendigkeit angebotsökonomischer Reformen sowie der flexiblen Anpassung der Arbeitnehmer und der Gesellschaft insgesamt ab. Wie auch in den Diskursen über Umwelt, Interdependenz und Moderne zeichneten sich neue Selbst-Welt-Verhältnisse ab, während ältere Politikverständnisse überformt oder abgelöst wurden.

Gleichzeitig hatte sich der Mensch gegen Bedrohungen und Gefährdungen ganz unterschiedlicher Art zu wappnen, sei es gegen die drohende Selbstzerstörung durch außer Kontrolle geratenes Wachstum, wie Dietmar Wetzel in seinem Beitrag über die Dialektik von Wachstumsparadigma und *Décroissance*-Bewegung zeigt, sei es gegen die atomare Selbstvernichtung oder die Selbstentfremdung des Menschen durch moderne Technologien, auf die Steffen Henne eingeht, oder auch gegen individuelle Risiken und gesellschaftliche Zumutungen wie die des »unproduktiven« Alters. Anhand der Transformation des »Ruhestands« zum »Unruhestand« arbeitet Stephan Lessenich das Wechselspiel zwischen institutionellen Rahmenbedingungen, politischen Entscheidungen sowie sozialwissenschaftlichen und massenmedialen Aushandlungsprozessen bei der gesellschaftlichen Bewertung von und im politischen Umgang mit dem »Alter« heraus – ein Wechselspiel, das auch in vielen anderen Beiträgen deutlich wird. Die historische Semantik bietet hier einen guten Zugang, da sie ausgehend vom Sprachgebrauch Beziehungen zwischen unterschiedlichen institutionellen Orten und Akteuren herzustellen erlaubt, ohne dass sie dabei notwendigerweise von Interdependenzen ausgehen müsste.

Die Zusammenschau der Befunde bestärkt unsere Hypothese, dass sich seit den 1970er-Jahren in der politisch-sozialen Sprache eine Vielzahl semantischer Umbrüche und Neuvermessungen vollzog, die auf eine epistemische Wendezeit hindeuten. In verschiedenen Feldern häuften sich Bezeichnungsrevolutionen und Bedeutungsverschiebungen, in denen sich neue Sichtweisen ganz unterschiedlicher Akteursgruppen auf eine veränderte Welt niederschlugen und die teils bis in die Gegenwart fortgelten. Den Quellenspuren dieser neuen Wirklichkeiten weiter nachzuspüren, ob in Texten, Bildern oder Artefakten, ist ein lohnendes Unternehmen für die Zeitgeschichtsforschung ebenso wie für die historisch orientierten Sozial- und Kulturwissenschaften.

Literatur

- Andresen, Knud/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hg.) (2011), *»Nach dem Strukturbruch«? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn.
- Bergsdorf, Wolfgang (1979), Einleitung, in: ders. (Hg.), *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, Stuttgart, S. 7–14.
- Black, Lawrence/Pemberton, Hugh/Thane, Pat (Hg.) (2013), *Reassessing 1970's Britain*, Manchester.
- Bourdieu, Pierre (1985), Sozialer Raum und »Klassen«, in: ders., *Sozialer Raum und »Klassen«*. *Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*, Frankfurt a.M., S. 7–46.
- (2010), Beschreiben und Vorschreiben. Die Bedingungen der Möglichkeit politischer Wirkung und ihre Grenzen, in: ders., *Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie* 2. Hg. von Franz Schultheis/Stephan Egger, Konstanz, S. 11–22.
- Bröckling, Ulrich (2007), *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierung*, Frankfurt a.M.
- Conze, Eckart (2009), *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München.
- Die Siebziger Jahre (2004), *Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland*, Rahmenthema im Archiv für Sozialgeschichte 44.
- Doering-Manteuffel, Anselm (1999), *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008, ³2012), *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen.
- Dutt, Carsten (2008), Funktionen der Begriffsgeschichte, in: Ernst Müller/Falko Schmieder (Hg.), *Begriffsgeschichte der Naturwissenschaften. Zur historischen und kulturellen Dimension naturwissenschaftlicher Konzepte*, Berlin, S. 241–252.
- Eley, Geoff (2011), End of Post-war? The 1970s as a Key Watershed in European History, in: *Journal of Modern European History* 9, in: Andreas Wirsching (Hg.), *The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?*, S. 12–17.

- Ferguson, Niall, u. a. (Hg.) (2010), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA.
- Flora, Peter (1982), Krisenbewältigung oder Krisenerzeugung? Der Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive, in: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Mock (Hg.), *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950*, Stuttgart, S. 353–398.
- Fourastié, Jean (1979), *Les trente glorieuses: ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris.
- Frese, Matthias, u. a. (Hg.) (2003), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn.
- Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hg.) (2008), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen.
- Geulen, Christian (2010), Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7, S. 79–97.
- Geyer, Martin H. (2007), Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47, S. 47–93.
- (Hg.) (2008), *Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Ungleichheit* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6), Baden-Baden.
- (2010), Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Ansätze zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, S. 643–669.
- (2011), War over Words. The Search for a Public Language in West-Germany, in: Willibald Steinmetz (Hg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford, S. 293–330.
- Graf, Rüdiger/Priemel, Kim Christian (2011), Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60, S. 479–508.
- Gumbrecht, Hans-Ulrich (1977), Historische Textpragmatik als Grundlagenwissenschaft der Geschichtsschreibung, in: *Lendemains* 2:6, S. 125–135.
- (1978), Für eine phänomenologische Fundierung der sozialhistorischen Begriffsgeschichte, in: Reinhart Koselleck (Hg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart, S. 75–101.
- Habermas, Jürgen (1985), Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt a.M., S. 141–163.
- Herbert, Ulrich (Hg.) (2002), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung, 1945–1980*, Göttingen.
- (2007), Europe in High Modernity: Reflections on a Theory of the 20th Century, in: *Journal of Modern European History* 5, S. 5–21.
- (2014), *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München.
- Hobsbawm, Eric (1995), *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- Hockerts, Hans Günter (2007), Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47, S. 3–28.
- (2011), Abschied von der dynamischen Rente. Über den Einzug der Demographie und der Finanzindustrie in die Politik der Alterssicherung, in: ders., *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*, Göttingen, S. 294–324.

- Hockerts, Hans Günter/Süß, Winfried (Hg.) (2010), *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich*, München.
- Jarausch, Konrad H. (Hg.) (2006), *Die 1970er Jahre. Inventur einer Umbruchzeit*, Themenheft Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3, H. 3.
- (Hg.) (2008), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen.
- Kaelble, Hartmut (2009), *The 1970s in Europe. A Period of Disillusionment or Promise?*, London.
- Konersmann, Ralf (2006), *Der Schleier des Timanthes. Perspektiven der historischen Semantik*, Berlin.
- Koselleck, Reinhart (1978), Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders. (Hg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart, S. 19–36.
- (2003), Die Geschichte der Begriffe und Begriffe der Geschichte, in: Carsten Dutt (Hg.), *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*, Heidelberg, S. 3–16.
- Landwehr, Achim (2009), *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt a.M.
- Lessenich, Stephan (Hg.) (2003), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt a.M.
- (2008), *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld.
- Linke, Angelika (2003), Begriffsgeschichte – Diskursgeschichte – Sprachgebrauchsgeschichte, in: Carsten Dutt (Hg.), *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*, Heidelberg, S. 39–49.
- Pleinen, Jenny/Raphael, Lutz (2014), Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63, S. 173–195.
- Raithel, Thomas/Schlemmer, Thomas (Hg.) (2009), *Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989*, München.
- Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas (Hg.) (2009), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München.
- Reitmayer, Morton/Rosenberger, Ruth (Hg.) (2008), *Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive*, Essen.
- Reitmayer, Morton/Schlemmer, Thomas (Hg.) (2014), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München.
- Rodgers, Daniel (2011), *Age of Fracture*, Cambridge, MA.
- Sarasin, Philipp (2003), *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt a.M.
- (2012), Sozialgeschichte vs. Foucault im Google Books Ngram Viewer. Ein alter Streitfall in einem neuen Tool, in: Pascal Maeder/Barbara Lüthi/Thomas Mergel (Hg.), *Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch*, Göttingen, S. 151–174.
- Schäffner, Christina (2002), Auf der Suche nach dem Feind. Anmerkungen zum NATO-Diskurs, in: Oswalt Panagl/Horst Stürmer (Hg.), *Politische Konzepte und verbale Strategien. Brisante Wörter – Begriffsfelder – Sprachbilder*, Frankfurt a.M., S. 169–184.
- Schildt, Axel (Hg.) (2000), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg.
- (2012), Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52, S. 21–46.
- Schildt, Axel/Sywotteck, Arnold (Hg.) (1993), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn.

- Schmidt, Rainer (2006), Ideengeschichte und Institutionentheorie. Begriffe, Diskurse und institutionelle Mechanismen als Bausteine für ein Modell der Ideengeschichtsschreibung, in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hg.), *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*, Baden-Baden, S. 71–88.
- Sirinelli, Jean-François (2007), *Les vingt décisives 1965–1985: le passé proche de notre avenir*, Paris.
- Skinner, Quentin (1998), *Liberty Before Liberalism*, Cambridge.
- Steinmetz, Willibald (1993), *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart.
- (2008), Vierzig Jahre Begriffsgeschichte – The State of the Art, in: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hg.), *Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*, Berlin, S. 174–197.
- Stierle, Karlheinz (1978), Historische Semantik und die Geschichtlichkeit der Bedeutung, in: Reinhart Koselleck (Hg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart, S. 154–189.
- Stötzl, Georg (1990), Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch, in: Gerhard Stieckel (Hg.), *Deutsche Gegenwartssprache. Tendenzen und Perspektiven*, Berlin, S. 45–65.
- Süß, Dietmar/Woyke, Meik (2012), Schimanskys Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52, S. 3–20.
- Turner, Alwyn W. (2008), *Crisis? What Crisis? Britain in the 1970s*, London.
- Wandel des Politischen (2012), *Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*, Rahmenthema im Archiv für Sozialgeschichte 52.
- Winkler, Heinrich August (2000), *Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung*, München.
- Wirsching, Andreas, u. a. (2011), Forum: The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?, in: *Journal of Modern European History* 9, S. 8–26.
- (2012), *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München.
- Wolfrum, Edgar (2006), *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart.
- Ziem, Alexander (2005), Begriffe, Topoi, Wissensrahmen. Perspektiven einer semantischen Analyse gesellschaftlichen Wissens, in: Martin Wengeler (Hg.), *Sprachgeschichte als Zeitgeschichte*, Hildesheim, S. 315–348.

Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels: Zur Begriffsgeschichte einer historischen Problemkonstellation

Alexander Friedrich

1 Einleitung

Wenn es darum geht, die Wirklichkeit zu beschreiben, in der wir leben, kommt eine solche Beschreibung heute kaum mehr ohne die Rede von »Netzwerken« aus. Die Neubeschreibung der Wirklichkeit geht dabei in bloßer Deskription nicht auf. Als Inbegriff umfassender Modernisierungsprozesse ist Vernetzung zum Gebot des Zeitgeists avanciert. An der geschäftigen Redeweise bilden sich kollektive Denkmuster und Verhaltensorientierungen aus. Seither wird in Netzstrukturen und -dynamiken nicht mehr ein spezifisches Organisationsmuster moderner Gesellschaften gesehen, sondern ein grundlegendes Phänomen der Wirklichkeit überhaupt. Als eine historisch neue Kategorie gesellschaftlicher Welt- und Selbstbeschreibung oszilliert das »Netzwerk« zwischen Metapher und Weltbild, politischer Kategorie und wissenschaftlichem Begriff. Die charakteristische und offenbar nicht zu tilgende Spannung zwischen metaphorischer und terminologischer, universaler und historischer, deskriptiver und normativer Bedeutung wurde seither immer wieder bemerkt. Dabei ist der denkwürdige Status des schillernden Konzeptes in den Sozial- und Kulturwissenschaften sehr unterschiedlich bewertet worden. So fächern sich die Rubrizierungen in einem breiten Spektrum auf: zwischen »kultureller Leitmetapher«¹ und »absolutem Begriff«², »moderner Pathosformel«³ und »transdisziplinärem Konzept«⁴, »ideologischem Begriffsfetisch«⁵ und »kulturellem Paradigma«⁶, »inflationärem Modewort«⁷ und

1 Böhme (2004).

2 Schüttpelz (2007).

3 Polianski (2009).

4 Fangerau/Halling (2009).

5 Fischbach (2005).

6 Koubek (2004).

7 Beyrer (2002).

»Schlüsselbegriff der Gegenwartsbeschreibung«⁸. Die Entgrenzung des Sprachgebrauchs führt offenbar auch zu einer Entgrenzung seiner Statusbestimmungen, die freilich stets abhängig von spezifischen Diskurs- und Interessenlagen sind.

Lässt sich in disziplinären Verwendungszusammenhängen eine zunehmende Terminologisierung, also eine definitorisch regulierte Verbegrifflichung der Redeweise beobachten, beruht ihre Lexikalisierung im alltäglichen Sprachgebrauch, ihr idiomatisch gewordener Sinn, weniger auf fachsprachlichen Vorgaben. Wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Diskurse über Netzwerke haben sich indessen nicht unabhängig voneinander entwickelt. Interdisziplinäre wie metaphorische Übertragungsprozesse, Wechselwirkungen und die sich ändernde gesellschaftliche Bedeutung all dessen, was wir »Netzwerke« nennen, spielen dabei eine wesentliche Rolle. Während der selbstverständlich gewordene Sprachgebrauch einen Gutteil seiner Karriere sicherlich auch dem Erfolg digitaler Medien verdankt, ist doch die Bezeichnung dieser Medien als »Netze« selber schon Teil der begriffsgeschichtlichen Innovation. Überdies sind die anfänglichen »Netz-Euphorien«⁹ der 1990er-Jahre einem zunehmenden Problembewusstsein gewichen, das sich in charakteristischen Remetaphorisierungen des Begriffs artikuliert. So wurde 2011 der aktualisierten Neuauflage des 2001 erschienenen deutschsprachigen Standardwerks über »Soziale Netzwerke« ein neues Kapitel über »Netzwerke in der mobilen Echtzeitgesellschaft« vorangestellt, das sich in einem gesonderten Abschnitt namens »Trapped in the net« mit gesellschaftlichen Problemen und Risiken der digitalen Vernetzung befasst.¹⁰ Aus der Remetaphorisierung des Begriffs spricht die Sorge, dass ein Zustand der totalen Vernetzung letztlich der einer heillosen Verstrickung wäre. Die Thematisierung des »Gefangenseins« in den Strukturen der Netzwerkgesellschaft rekurriert dabei nicht nur implizit auf die metaphorische Vorgeschichte des Netzes als einer Technik des Fallenstellens und Beutemachens.¹¹ Mit dem jüngsten Bekanntwerden des Ausmaßes staatlicher wie privater Überwachung digitaler sozialer Netzwerke erleidet die Charakterisierung technischer Kommunikations- als Beutenetze plötzlich einen irritierenden Verlust an Metaphorizität: Man scheint einer technologischen Übermacht nun buchstäblich »ins Netz gegangen« zu sein.

In dieser Ambivalenz indiziert der Diskurs über Vernetzung eine historische Problemkonstellation. Wenn ich im Folgenden einigen begriffsgeschichtlichen Aspekten dieser Konstellation nachgehe, so unterscheide ich, im Anschluss an

8 Kaufmann (2004).

9 Vgl. Fröhlich (1996).

10 Vgl. Weyer (2011a), S. 30. Weyer bezieht sich dabei auf Gene I. Rochlins »Trapped in the Net« (1997).

11 Vgl. Schüttpelz (2007); Emden (2007).

aktuelle Tendenzen einer kulturwissenschaftlich orientierten Begriffsgeschichte,¹² diese nicht strikt von Metapherngeschichte, sondern blende die Unterscheidung von Metapher und Begriff – sowie die damit verbundenen theoretischen und methodischen Komplikationen¹³ – zugunsten eines anderen Aspekts aus, der die eigentümliche Dynamik des Bedeutungswandels von »Netzwerken« seit den 1970er-Jahren wesentlich mitbestimmt: ein Problem-Lösungs-Verhältnis gesellschaftlicher Fragen, die sich um den Prozess der »Vernetzung« gruppieren.

Im Hinblick auf ein Verständnis dessen, was sich in der Rede von der »vernetzten Welt« bekundet, sind hier drei Aspekte von besonderem Interesse: Erstens lassen sich die erstaunliche Konjunktur und der damit verbundene Bedeutungswandel von Netzwerk- und Vernetzungskonzepten seit den 1970er- und vor allem den 1980er-Jahren als ein Ausdruck gesellschaftlichen Wandels interpretieren. Zweitens fungiert »Vernetzung« selbst als ein Konzept, um diesen Wandel zu beschreiben. Und drittens tritt es nicht nur als ein Mittel zur Beschreibung der Wirklichkeit und ihres Wandels auf, sondern auch als ein dezidiertes Mittel ihrer Veränderung. In dieser Funktion wandelt sich die Bedeutung des Konzepts sowohl hinsichtlich seines Sinns als auch hinsichtlich der Häufigkeit seines Gebrauchs.

Obwohl die begriffsgeschichtlichen Ursprünge des »Netzwerks« als ein abstraktes Modell der Wirklichkeitsbeschreibung bis in das 18. Jahrhundert zurückführen,¹⁴ erlebt es erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine breitenwirksame Karriere. Während des 19. Jahrhunderts sind es vor allem das Aufkommen großtechnischer Infrastruktursysteme, in erster Linie der Eisenbahn und der Telegraphie, sowie anatomische Entdeckungen, insbesondere des Nervensystems, mit denen sich zahlreiche Netz-Komposita im allgemeinen Sprachgebrauch durchsetzen und auf andere Bereiche übertragen.¹⁵ Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts spricht man zunehmend von Eisenbahnnetzen, Leitungsnetzen, Nervennetzen, Telegrafennetzen usw. (Abb. 1).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreitet sich das Netz-Vokabular wesentlich stärker in der Gestalt seiner Verbformen, die im 19. Jahrhundert in der heute typischen Transitivität (»etwas vernetzen«) und Reflexivität (»sich vernetzen«) so noch nicht vorkommen. »Vernetzt (sein)« und »(sich oder etw.) vernetzen« adressieren weniger bestimmte Gegenstände oder Entitäten, sondern Ensembles von Prozessen und Strukturen, die das hervorbringen, was man ein »Netzwerk« nennt (Abb. 2). Das abstrakte Moment dieses Zusammenhangs

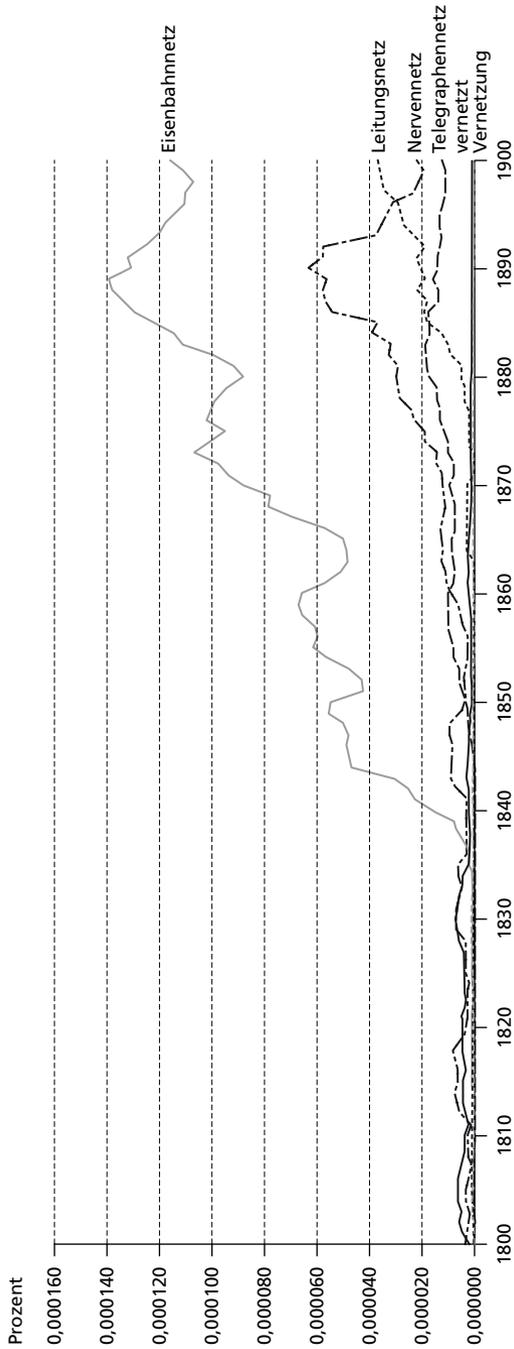
12 Vgl. Müller (2005).

13 Dieser Problematik habe ich eine eigene Untersuchung gewidmet, siehe Friedrich (2015).

14 Vgl. Gießmann (2006).

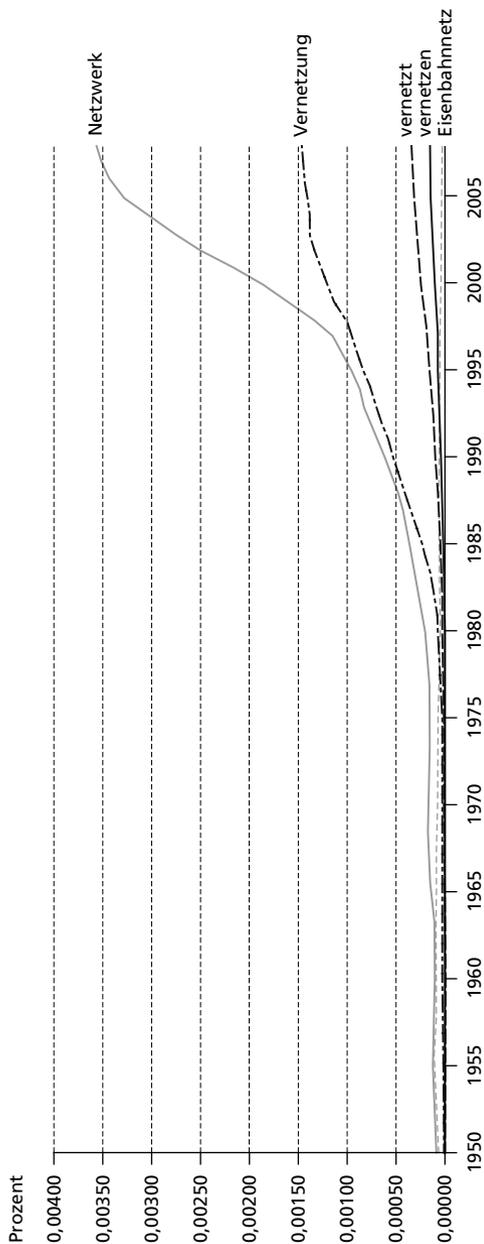
15 Dabei spielen strukturfunktionale Analogiebildungen eine wesentliche Rolle, vgl. Friedrich (2012a).

Abbildung 1 Der Wortgebrauch von Netz-Komposita in deutschen Buchpublikationen nimmt zwischen 1800 und 1900 zu. Das Partizip und die entsprechende Substantivierung kommen so gut wie nicht vor.



Quelle: Die statistischen Daten beruhen auf Google Ngram Viewer: <https://books.google.com/ngrams/>, abgerufen am 3.12.2013.

Abbildung 2 Die Häufigkeit von Netz-Vokabeln nimmt in deutschen Buchpublikationen zwischen 1950 und 2008 zu. In den 1980er-Jahren beginnen die Verbformen des inzwischen jahrhundertalte »Eisenbahnnetz« zu überholen, während der Gebrauch ihrer Substantivierung rasant zunimmt und durch das Kompositum »Netzwerk« noch übertroffen wird.



Quelle: Die statistischen Daten beruhen auf Google Ngram Viewer: <https://books.google.com/ngrams/>, abgerufen am 3.12.2013.

adressiert die substantivierte Form »Vernetzung«, die sowohl einen Zustand als auch einen Prozess meinen kann, etwa den Interdependenzgrad der Elemente eines technischen Systems oder soziale Kooperation als Teil politischer Strategien.

Im »Großen Wörterbuch der deutschen Sprache« des Dudenverlags taucht »vernetzen« erstmals 1999 als eigenständiges Lemma auf, wobei hier ein bemerkenswerter Bedeutungswandel zu verzeichnen ist. »Trübners Deutsches Wörterbuch« (1943) – das größte Wörterbuchprojekt zur Zeit des Nationalsozialismus – rubriziert »vernetzen« noch explizit als ein Jäger-Beute-Verhältnis: »Zu Netz wird das schw[ache] Z[e]itw[ort] *vernetzen* gebildet [...]. Wer einem andern ins Netz gegangen ist, ist *vernetzt*.«¹⁶ Die Dudenausgabe von 1999 nennt indessen für das eigens aufgenommene Lemma eine Vielzahl neuer wörtlicher wie übertragener Bedeutungen, unter denen die von Trübner verzeichnete allerdings nicht mehr vorkommt: »1. *etw. verbinden, verknüpfen*: [...] 2. (Chemie, Technik) *Moleküle zu einem netzartigen Zusammenschluss verknüpfen*.«¹⁷

Wie also schon ein flüchtiger Blick ins Lexikon zeigt, hat sich die Bedeutung des Wortes innerhalb des letzten Jahrhunderts stark gewandelt. Das schlägt sich auch in der Häufigkeit seines Vorkommens sowohl im wissenschaftlichen als auch im populären Sprachgebrauch nieder. Was den wissenschaftlichen Sprachgebrauch betrifft, so hat sich »Netzwerk« in verschiedenen Einzeldisziplinen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts als Terminus zur Beschreibung komplexer Strukturen etabliert: neben den Ingenieurwissenschaften und der Biologie etwa in der Chemie, der Mathematik und der Soziologie. Während er in den Geschichtswissenschaften noch eine Seltenheit darstellt,¹⁸ haben sich in den 1970er-Jahren bereits unterschiedliche Linien sozialwissenschaftlicher Netzwerkforschung ausgebildet: In einer ethnologisch-sozialpsychologischen Tradition fungiert »Netzwerk« als eine qualitative Beschreibungskategorie für informelle Beziehungsgeflechte von Personen und Kleingruppen; in einer sozialanthropologischen Linie entwickelt sich ein graphentheoretisch modellierter Netzwerkbegriff zur Analyse quantifizierbarer Strukturen größerer Sozialgefüge.¹⁹ Beide Ansätze beziehen sich auf gesellschaftliche Verhältnisse, die sich durch schwache institutionelle Strukturen auszeichnen. Im Laufe der 1980er-Jahre erlebt die sozialwissenschaftliche Netzwerkforschung eine »erstaunliche Konjunktur«,²⁰ die »schon fast inflationäre Züge« annahme, wie die Herausgeber eines 1987 erschienenen

16 Götze (1943).

17 Duden (1999).

18 Eine der frühesten Verwendungen in der Geschichtswissenschaft findet sich in Fernand Braudels Beschreibung des Schifffahrt- und Wegenetzes in »Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II« von 1947. Für den Hinweis danke ich Sebastian Gießmann.

19 Vgl. Streck (2000); Fuchs (2007). Zum aktuellen Forschungsstand siehe Weyer (2011b).

20 Keupp (1987), S. 13.

Sammelbandes über »Soziale Netzwerke« bemerken.²¹ Der Mitherausgeber Heiner Keupp sieht die besondere Attraktivität des Konzeptes dabei nicht allein in seiner methodischen Innovation und Leistungsfähigkeit begründet. Als eine »Metapher gesellschaftlichen Umbruchs«, so der Untertitel seines Beitrags, führe sie starke »*normativ-utopische Konnotationen*« mit sich, deren Ursprung im schildernden Spektrum der »*politischen Alternativkultur*« zu suchen sei.²² Die utopische Strahlkraft der Netzmetaphorik reicht indessen weit über die Geschichte des sozialwissenschaftlichen Begriffs hinaus.

2 »Next step in human evolution«

In einer komplexen Gemengelage unterschiedlicher Strömungen im Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen avanciert das Netzwerk zu einem verheißungsvollen Konzept demokratischer Selbstorganisation. Es verspricht eine Alternative zu den starren und in die Krise geratenen Institutionen der industrialisierten Gesellschaft.²³ Bereits im Kontext der Antikriegsbewegung und der *counterculture* der 1960er-Jahre entwickelt sich das Netzwerk zu einem Konzept für dezentrale Organisationsmodelle und Weltbilder.²⁴ Mit der Entdeckung der *community* als Terrain der Selbstbefreiung und des Widerstands gegen die Zumutungen autoritärer Institutionen und ökonomischer Rationalisierungsprozesse wird es zu einem vielversprechenden Modell der freien Kooperation autonomer und solidarischer Individuen. In dem 2004 erschienenen »Glossar der Gegenwart« resümiert Stefan Kaufmann:

Netzwerke sollen Kooperation ermöglichen, ohne die Autonomie und Selbstbestimmung der einzelnen Gruppen zu untergraben. Sie verkörpern eine Alternative zu Staat und Großorganisationen und etablieren überdies alternative Lebensstile und Normen. [...] Netzwerke bestreiten explizit die Legitimität hierarchisch-bürokratischer Politikformen, sie werden als widerständiges Moment gegen die Ratio kapitalistisch-industrieller Moderne ins Spiel gebracht.²⁵

Die Politisierung von Netzwerken im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts lässt sich so als Antwort auf eine gesellschaftliche Krise verstehen – an die sich durch heterogene Erfahrungen und Ansprüche knüpfen. Mit dem Versprechen, kollektivistische und individualistische Lebensmodelle miteinander zu vereinba-

21 Keupp/Röhrle (1987), S. 7.

22 Keupp (1987), S. 18f.; Hervorhebung im Original.

23 Kaufmann (2004), S. 183.

24 Vgl. Wolf (2000), S. 98; Turner (2006).

25 Kaufmann (2004), S. 183.

ren, ohne dabei überkommene Herrschaftsstrukturen zu perpetuieren, verbinden sich bestimmte Erwartungen, die auch einen Grund für die Faszination des Netzwerkkonzepts innerhalb der Soziologie darstellen. Interessiert sich doch ein Großteil der Netzwerkforschung für dieselben Angelegenheiten wie die sozialen Bewegungen, nämlich für die Folgen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und die Möglichkeiten ihrer Bewältigung. Darum werden die utopischen Konnotationen aus dem schillernden Spektrum der Alternativ- und Gegenkulturen, wenn auch unausgesprochen, im Fachdiskurs stets mit verhandelt, so Keupp. Seither ruhe auf dem Konzept die »*Last der großen Hoffnungen*«. ²⁶

Eine ihrer stärksten Ausprägungen gewinnt diese Hoffnung im Kontext der *New-Age*-Bewegung. Hier wächst dem Konzept das Pathos eines neuen Weltbilds zu, das nicht nur Sozialbeziehungen, sondern das Dasein im Ganzen als Netzwerk begreift. »While most of our institutions are faltering, a twentieth-century version of the ancient tribe or kinship has appeared: the network, a tool for the next step in human evolution«, ²⁷ erklärt etwa Marilyn Ferguson als eine der einflussreichsten Protagonistinnen der Szene. ²⁸ In ihrem 1980 erschienenem Bestseller »*The Aquarian Conspiracy*« verknüpft sie die Idee des sozialen Netzwerks mit naturwissenschaftlichen Theorien selbstorganisierender Prozesse – und stattet das Konzept von Netzwerken dabei mit normativen Implikationen aus, die bereits stark an die digitalen und ökonomischen Netzutopien der folgenden Jahrzehnte erinnern:

The network is the institution of our time: an open system, a dissipative structure so richly coherent that it is in constant flux, poised for reordering, capable of endless transformation. This organic mode of social organization is more biologically adaptive, more efficient, and more »conscious« than the hierarchical structures of modern civilization. The network is plastic, flexible. In effect, each member is the center of the network. Networks are cooperative, not competitive. They are true grass roots: self-generating, self-organizing, sometimes even self-destructing. ²⁹

In der Verbindung sozialer und natürlicher Selbstorganisationsmodelle stützt die Autorin ihre Konzeption von Netzwerken unter anderem auf die Ideen des Heisenbergschülers Fritjof Capra, der auch das Vorwort zur deutschen Ausgabe

26 Keupp (1987), S. 20.; Hervorhebung im Original.

27 Ferguson (1980), S. 213.

28 Die Bestsellerautorin pflegte Kontakte zu prominenten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wie Buckminster Fuller, Ilya Prigogine, Ted Turner und Al Gore; überdies gab Ferguson den mit 10.000 Abonnenten vielgelesenen monatlichen Newsletter »Brain/Mind Bulletin« heraus; vgl. Elaine Woo: Marilyn Ferguson, 1938–2008, Writer was pivotal figure in New Age movement, in: Los Angeles Times, 2. November 2008, S. B10; William Grimes, Marilyn Ferguson, New Age Author, in: New York Times, 5. November 2008, S. A33.

29 Ferguson (1980), S. 213.

ihres Buchs beisteuert.³⁰ Fast ein Jahrzehnt zuvor hatte Capra bereits in seiner Arbeit »The Tao of Physics« das Netz zu einer Orient wie Okzident, Moderne und Mythos umspannenden Denkfigur erklärt: »The picture of an interconnected cosmic web which emerges from modern atomic physics has been used extensively in the East to convey the mystical experience of nature. For the Hindus, Brahman is the unifying thread in the cosmic web, the ultimate ground of all being.«³¹ Fernöstliche Spiritualität mit moderner Physik verbindend bemüht sich Capra um die Popularisierung naturwissenschaftlicher Ideen für eine Neuorganisation der Gesellschaft. In seinem 1982 erschienenen Bestseller »The Turning Point« erklärt der in Berkeley forschende Physiker, dass das mechanistische Weltbild des Rationalismus durch die Erkenntnisse der modernen Physik in eine Krise geraten sei und durch eine ganzheitliche Sichtweise auf das Leben abgelöst werden müsse.³² Dabei identifiziert Capra das überkommene Weltbild mit dem Paradigma der Maschine;³³ die Figur des Netzes hingegen artikuliert das neue, ganzheitliche, systemische Denken. Noch in einem 2010 geführten Interview bekräftigt Capra diesen Vergleich im *Schweizer Tagesanzeiger*: »[D]ie zentrale Metapher unseres Weltbildes hat sich gewandelt: Hat man früher unter dem Einfluss von Newton und Descartes von der Maschine gesprochen, so spricht man heute vom Netzwerk.«³⁴ Bezeichnend ist, dass Capra hier im Modus der Feststellung äußert, was er in den 1980er- und 1990er-Jahren noch als Plädoyer für einen Paradigmenwechsel vorträgt, um weitreichende Forderungen zur Neuorganisation der Gesellschaft zu begründen. Eine solche Begründung entwickelt Capra dezidiert in seinem 1996 erschienenen Bestseller »Lebensnetz«, worin er erklärt: »Whenever we look at life, we look at networks.«³⁵ Der Physiker stützt sich in seiner Universalisierung des Netzwerkparadigmas seinerseits auf die Arbeiten der argentinischen Biokybernetiker Humberto Maturana und Francisco Varela, die seit den 1970er-Jahren die Theorie autopoietischer Systeme entwickeln, um den biologischen Organismus als ein »Netzwerk von Prozessen«³⁶ neu zu definieren.

Kybernetische Modelle gewinnen ab den 1970er-Jahren überhaupt an Bedeutung für die systematische beziehungsweise systemtheoretische Konzeption von Netzwerken. Im Anschluss an eine 1978 eröffnete internationale Wander-

30 Vgl. Ferguson (1984).

31 Capra (1975), S. 139.

32 Vgl. Capra (1982); dt. Capra (1983).

33 Siehe dazu auch Remmele (2007).

34 Fritjof Capra/Guido Kalberer, Die Katastrophen werden sich häufen, in: *Tagesanzeiger*, 18. Januar 2010.

35 Capra (1996a), S. 82; dt. Capra (1996b), S. 100.

36 Maturana/Varela (1982), S. 184.

ausstellung mit dem Titel »Unsere Welt – ein vernetztes System« erscheint das gleichnamige Buch des deutschen Biochemikers Frederic Vester, das bis 2002 in elf Auflagen erschienen ist.³⁷ Darin plädiert der Autor – seit 1993 Mitglied des Club of Rome – dafür, das reduktionistische Denken der Moderne zugunsten eines ökologischen Weltbilds aufzugeben, das sich an der kybernetischen Idee komplexer Wechselwirkungen und Rückkopplungen von Natur und Technik ausrichtet. Das daraus entwickelte »Leitmotiv vernetzten Denkens« wird zum ganzheitlichen Grundkonzept eines zivilisatorischen Paradigmenwechsels »für einen besseren Umgang mit der Welt«.³⁸ So avanciert das Netzwerk seit Ende der 1970er-Jahre in ökologischen und kybernetischen Theoriebildungen zu einem natürlichen Muster selbstorganisierender Prozesse.

In diesem Sinne beschreibt auch der Biophysiker James Lovelock – unter dem umstrittenen Namen »Gaia« – die gesamte Ökosphäre des Planeten als ein Netzwerk komplexer kybernetischer Kreisläufe, das in selbstorganisierenden Prozessen die physikalischen, chemischen und biologischen Lebensbedingungen der Erde für alle Lebewesen stets optimal hält.³⁹ Anders noch als in seinen jüngsten Publikationen⁴⁰ blickt Lovelock in dem 1979 bei Oxford University Press erschienenen Buch »Gaia. A New Look at Life on Earth« voller Zuversicht auf »Gaia's intelligence network [...] of checks and balances«⁴¹, dem das Leben auf der Erde die relative Stabilität seiner natürlichen Lebensbedingungen verdankt. Wie populär die über den fachwissenschaftlichen Diskurs hinausgehende Verknüpfung der Idee eines gleichsam von der unsichtbaren Hand der Natur regulierten ökologischen Gleichgewichts mit dem Konzept des Netzwerks bereits um 1982 ist, zeigt eine Polemik des wohl prominentesten Kontrahenten Lovelocks, Richard Dawkins, der die Gaia-Theorie als ein mit der Evolutionstheorie nicht zu vereinbarendes Modell der Natur zurückweist. Die ihm zugrundeliegende Vorstellung betitelt Dawkins, nach den beliebten Naturdokumentationen des britischen Fernsehsenders, als das »BBC-Theorem«:

The BBC Theorem is often expressed in terms of the poetry of webs and networks. The world is a fine-meshed network of interrelationships, a web of connections which it has taken thousands of years to build up, and woe betide mankind if we tear it down ... etc. There is, no doubt, much merit in the moralistic exhortations that seem to flow from the BBC Theorem, but that does not mean its theoretical basis is sound. Its weakness is the one I have already

37 Vgl. Vester (1978). Über Ausstellungen als »Responsibilisierungshilfen« zur Entwicklung und Einübung ökologisch sensibilisierter Subjektivierungspraktiken siehe David Kuchenbuchs Beitrag in diesem Band.

38 Vester (1988, 2002).

39 Vgl. Lovelock (1972).

40 Vgl. Lovelock (2006, 2009).

41 Lovelock (1979), S. 42.

exposed in the Gaia hypothesis. A network of relationships there may be, but it is made up of small, self-interested components.⁴²

Der evolutionstheoretische Einwand des Darwinisten ist, dass aus den Interaktionen rein antagonistischer Individuen kein kooperatives System emergieren könne: Im *survival of the fittest* Sorge niemand fürs ökologische Gemeinwohl,⁴³ auch nicht die unsichtbare Hand Gaias, die zudem, aus Mangel an Konkurrenz und Selektionsoptionen, selbst gar kein Produkt der Evolution sein und daher auch nicht existieren könne. Die schillernde Idee des Netzwerks wird so zu Anfang der 1980er-Jahre Gegenstand einer wissenschaftlichen Kontroverse im Kontext der ökologischen Theoriebildung, die sich mit politischen, ideologischen beziehungsweise weltanschaulichen Motiven verknüpft. Diese Verbindung begünstigt wiederum die Rezeption ökologisch anschlussfähiger Netzwerkkonzepte nicht nur im Umkreis der Alternativkulturen, insbesondere des *New Age*,⁴⁴ sondern auch in akademischen Diskursen, etwa des aufkommenden *Ecofeminism*. Ökofeministische Autorinnen erkennen in mechanistischen und darwinistischen Weltmodellen patriarchale Konstruktionen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse in Naturvorstellungen einschreiben, um sich selbst zu legitimieren, sodass die Idee des Netzwerks auch hier emanzipatorische Potenziale verspricht.⁴⁵

Aus der Verbindung gesellschaftskritischer, sozialutopischer und ökologischer Vernetzungsideen erwächst so eine emphatische Denkfigur, die eine epochale Neugestaltung der Gesellschaft anleiten soll: Die zukünftige, in Netzstrukturen gründende Gesellschaft soll nicht nur besser und gerechter sein, sondern auch im Einklang mit der Natur stehen – die nun selber als netzwerkförmig organisiert gedacht wird. Im Hinblick auf die hier interessierende Fragestellung gibt die Begriffsgeschichte der Vernetzung zweierlei zu erkennen: Erstens bekräftigt diese Entwicklung die Hypothese einer Epochenschwelle sowohl auf der Ebene der semantischen Innovation während der 1970er-, vor allem der 1980er-Jahre, als auch auf der Ebene der Selbstbeschreibung einer sehr heterogenen, sich aber durchaus aufeinander beziehenden Gruppe von Autoren und Akteuren. Zweitens lässt sich der Bedeutungswandel als Teil einer Problemlösungsgeschichte fassen. Das Netzwerk tritt nicht nur als ein neues Konzept der Wirklichkeitsbeschreibung auf, sondern auch als dezidierte Antwort auf gesellschaftliche Problemkonstellationen und Krisenerfahrungen.

42 Dawkins (2008), S. 237.

43 Dawkins stützt sich dabei explizit auf Hardin (1968).

44 Vgl. Lutz (1983); Henningsen (1984), S. 137.

45 Vgl. Ruether (1994). Siehe auch Primavesi (2000), wozu Lovelock ein Vorwort beisteuert.

3 »Too connected to fail«

In den folgenden Jahrzehnten lässt sich allerdings beobachten, wie das Konzept der Vernetzung zunehmend aus dem Zusammenhang einer Problemlösungsgeschichte in den einer Problemgenese-geschichte eintritt. Weil das vielversprechende Konzept bald auch in Wirtschaft und Politik adaptiert wird, bleibt das vernetzte Denken nicht für Entwürfe alternativer Lebensformen reserviert. Gerade das systemisch-kybernetische Verständnis von Netzwerken erweist sich als sehr attraktiv und anschlussfähig für institutionelle Organisationskonzepte. In einem 1983 veröffentlichten Interview zu ihrem Buch »The Aquarian Conspiracy« berichtet Marilyn Ferguson davon, »daß die Wirtschaft das aufgeschlossenste Publikum überhaupt zu sein scheint. [...] Das ist äußerst bemerkenswert, denn falls sich das in diesem Bereich auswirkt, hätte es wahrscheinlich auch größte Bedeutung für die Gesellschaft insgesamt.«⁴⁶ Große Bedeutung für die Neugestaltung der Gesellschaft erlangt in jedem Fall das darin beworbene Konzept von Netzwerken. Versprach es im Kontext der politischen Alternativkultur noch eine Überwindung rationalistischer und kapitalistischer Realitätsmodelle, wird es nun selber zum Teil des Problems, das es lösen sollte. Der Kapitalismus beginnt, sich netzwerkförmig zu rekonfigurieren.

So beobachten Arbeits- und Industriesoziologen ab Mitte der 1980er-Jahre, wie ihr zentraler Forschungsgegenstand, der kompakte Betrieb, sich in verteilte »Produktionsnetzwerke«⁴⁷ aufzulösen beginnt. Ende der 1980er-Jahre macht das Netzwerkkonzept »eine steile Karriere, zunächst in der Managementtheorie und -praxis, dann zunehmend auch im Bereich staatlicher Verwaltung.«⁴⁸ Dezentrale Organisation, flache Hierarchien, flexible Koordination projektorientierter Arbeitsgruppen und eigenverantwortlicher Produktionseinheiten unter systematischer Einbindung moderner Telekommunikations- und Informationstechnologien werden zu postfordistischen Leitprinzipien der Unternehmensrestrukturierung, ab den 1990er-Jahren auch der politischen Institutionen. So berichtet der britische Soziologe Andrew Barry, wie das Netzwerkkonzept innerhalb der EU-Administration zu einem zentralen »Instrument für die Mitwirkung bei der Schaffung Europas«⁴⁹ wird. 1996 verkündet Manuel Castells den seither viel diskutierten »Aufstieg der Netzwerkgesellschaft«.⁵⁰ Die Ausweitung globaler Produktionsnetzwerke und die Erschließung sozialer Netzwerke als soziales Kapital

46 Ferguson (1983), S. 76.

47 Vgl. Altmann u. a. (1986); Bieber (1992).

48 Kaufmann (2004), S. 184.

49 Barry (2002), S. 147, übers. nach Schüttpelz (2007).

50 Castells (2008).

eröffnen neue Methoden der Wertschöpfung und Kontrolle.⁵¹ Zum einen auf Grundlage der sich ausbreitenden digitalen Netze und zum anderen durch eine allgemeine »Norm flexibler Strukturierung«⁵² gesteht das neue ökonomische Netzwerk-Paradigma den involvierten Akteuren ein hohes Maß an Selbstorganisation nicht nur zu, sondern verlangt es ihnen systematisch ab.

Was also in den Netzwerkutopien der sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre noch als Idealbild einer emanzipatorischen Organisationsform firmiert, entfaltet als gesellschaftliche Handlungsmaxime nun den Charakter »einer historisch verordneten Lebensform«.⁵³ *Networking* fungiert zunehmend als »doppelbödiges Regierungstechnik: als die Freiheit, sich spontan und kreativ der allgemeinen Dynamik anzupassen«.⁵⁴ Kurz: Vernetzung als Leitmodell wirtschaftlicher und politischer Rationalität wird zu einem neuen Dispositiv der Macht. Bezeichnenderweise rekurriert Foucault selbst auf das Konzept des Netzes, als er 1977 die Frage beantwortet, was er denn genau unter einem *dispositif* verstehe:

Was ich unter diesem Titel festzumachen versuche ist [...] ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfaßt. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz [*réseau*], das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.⁵⁵

In dem Maße also, wie sich an dem Leitbild der Vernetzung reglementierende Entscheidungen, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche, ökonomische und politische Lehrsätze und die Einrichtung soziotechnischer Prozesse zu orientieren beginnen, wird das Konzept zu einem strukturierenden Element eben des Netzes, das Foucault »Dispositiv« nennt.⁵⁶ Mögen Machtstrukturen seit ehedem netzförmig strukturiert gewesen sein – nun wird das Organisationskonzept zu einem strategisch reflektierten Mittel ihrer Restrukturierung.⁵⁷ Zugleich verliert die Vernetzungutopie ihre emanzipatorische Kraft.

Mit dem Aufkommen des Internets finden die uneingelösten sozialen Hoffnungen der Alternativkulturen jedoch eine ergiebige und vielversprechende Möglichkeit ihrer emphatischen Fortschreibung. Das neue Medium wird zum

51 Vgl. Hirsch/Roth (1986); Bourdieu (2005); Boltanski/Chiapello (2006); Jansen/Diaz-Bone (2011).

52 Kaufmann (2004), S. 184.

53 Keupp (1987), S. 39.

54 Kaufmann (2004), S. 188.

55 Foucault (1978), S. 119–122. Original in Foucault (1994), S. 299.

56 Siehe dazu auch Edwards (2007).

57 In diesem Sinne argumentiert auch Penkler (2008).

Träger digitaler Netzutopien.⁵⁸ Die Transponierung sozialer Hoffnungen ins Digitale ist indessen keine bloß arbiträre und nachträgliche Projektion unabgegotener Ansprüche auf eine plötzlich auftauchende technologische Innovation. Wie Fred Turner in seiner aufschlussreichen Studie »From Counterculture to Cyberculture« zeigt, hat sich die digitale Netzkultur wesentlich aus den Strömungen und Akteuren der Gegenkultur heraus entwickelt.⁵⁹ Das Resultat ist die sogenannte kalifornische Ideologie⁶⁰: der emphatische Glaube an das emanzipatorische Potenzial digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien. So zehren auch die Erwartungen der *New Economy*, nicht nur rhetorisch, von dieser Utopie.⁶¹ Mit seiner kulturellen Akzeptanz und Verbreitung entfaltet das Internet neue Möglichkeiten und Freiheiten; infolge politischer Regulation und Kommerzialisierung entwickelt es sich aber auch zu einem neuen, unverzichtbaren Dispositiv der sich formierenden Netzwerkgesellschaft, insofern es nun selber zunehmend Diskurse, Subjekte, Institutionen, Entscheidungen und Prozesse auf eine neue und folgenreiche Weise miteinander verknüpft. Es steigert die Geschwindigkeit von Kommunikationen, die Verbreitung von Informationen, den Zugang zu Wissen, die Möglichkeiten von Kooperation ebenso wie die Interdependenz und Kontrollierbarkeit global verteilter Akteure, Ökonomien, Maschinen und Infrastrukturen.

Davon vorangetrieben führt der Prozess der Globalisierung zu neuen, unabhsehbaren Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen. Ihnen entwachsen die spezifischen Risiken der vernetzten Welt. Denn die weltweite Ausbreitung und Verknüpfung soziotechnischer Netzwerke hat weitreichende Konsequenzen für die Tragweite sowohl von Kommunikationen als auch von Handlungen – und damit für das Verhältnis von Autonomie und Kontrolle der involvierten Akteure. Das betrifft auch diejenigen, die keinen Zugang zu diesen soziotechnischen Netzwerken haben, mit deren Folgen aber trotzdem leben müssen.⁶² Abhängig vom Grad infrastruktureller Vernetzung können sich lokale Ereignisse immer weiträumiger ausbreiten, rückkoppeln und gegenseitig verstärken. Was erwünscht sein mag, wenn es um die Organisation und Verteilung von Informationen, Energie, Ressourcen, Zugängen und Mobilität geht, hat beträchtliche Nebenwirkungen bei Ausfällen, Anschlägen, Verwicklungen oder Unfällen, kurz: bei Netzstörungen.

58 Eine relativ frühe und noch immer lesenswerte Kritik dieser Entwicklung formuliert Fröhlich (1996).

59 Turner (2006).

60 Vgl. Barbrook/Cameron (1996).

61 Vgl. Frank (2000).

62 Castells (2010) sieht hier eine strukturelle Entkopplung zweier Sphären der Netzwerkgesellschaft am Werk (ebd., S. xxxiv u. 449). Zu einer Kritik dieses Ansatzes siehe Friedrich (2012b), S. 70ff.

Kettenreaktionen, Kaskaden, Kontaminationen, Krisen, Zusammenbrüche, Staus und Epidemien werden zu endemischen Sorgen der Netzwerkgesellschaft; aber auch zum Teil gezielter Widerstands- und Sabotagestrategien. Geradezu programmatisch formuliert dies das anonyme Autorenkollektiv *Comité Invisible*, das mit seiner 2007 publizierten Schrift »Der kommende Aufstand« große mediale Aufmerksamkeit erregt: »Jedes Netzwerk hat seine Schwachpunkte, Knoten, die aufgemacht werden können, um die Zirkulation zu stoppen, um das Netz implodieren zu lassen.«⁶³ Und weiter heißt es: »Die soziale Maschine mit einiger Auswirkung zu sabotieren, bedeutet heutzutage sich die Mittel zur Unterbrechung ihrer Netze wieder anzueignen und neu zu erfinden. Wie können eine TGV-Linie oder ein Stromnetz unbrauchbar gemacht werden?«⁶⁴

Ob Vorsatz oder Unfall, Terror oder Tücke: Immer neue Störungen sogenannter kritischer Infrastrukturen der Netzwerkgesellschaft werden Gegenstand der öffentlichen Sorge. Der Nachrichtenwert ist bezeichnend, den Bahn- oder Stromausfälle, Piloten- und Lokführerstreiks, Anschläge auf Infrastrukturknoten, Internetkriminalität und *cyberwar*, digitale und biologische Viren, Lebensmittel- und Überwachungsskandale oder die Finanzkrise seither erlangt haben. Dass gerade letztere als dezidiertes Netzwerkproblem behandelt wird, bezeugt die deutsche Gesetzgebung, indem sie 2011 den Grad der Vernetzung von Banken als offizielles Kriterium ihrer »Systemrelevanz« festschreibt.⁶⁵ Systemrelevant ist, was bei seinem Ausfall das Netzwerk der Geld- beziehungsweise Schuldenzirkulation empfindlich stören oder ganze Volkswirtschaften ruinieren würde. Die in dem Zusammenhang geprägte Phrase »too connected to fail«⁶⁶ bekundet, wie *be-* und *vorschreibender* Anspruch der Bestimmung nun in eins fallen: Das Versagen systemrelevanter Netzwerkknoten sei dringend zu verhindern.

Als die Madrider Fluglotsen im Dezember 2010 in einen wilden Streik traten und der spanische Luftraum gesperrt werden musste, rief die Regierung erstmals seit der Wiedereinführung der Demokratie den nationalen Notstand aus: Die Lotsen wurden dem Militärrecht unterstellt und der Streik mithilfe der Armee beendet, wodurch die Störung des internationalen Luftfahrtnetzes

63 Unsichtbares Komitee (2010), S. 38.

64 Ebd., S. 74.

65 Vgl. KWG § 48b Abs. 2: »Eine Systemgefährdung liegt vor, wenn zu besorgen ist, dass sich die Bestandsgefährdung des Kreditinstituts in erheblicher Weise negativ auf [...] die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems auswirkt. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen: [...] die Vernetzung mit anderen Finanzmarktteilnehmern.«

66 Matthias Mock u. a. (2011), Regulierung von systemrelevanten Finanzinstituten, hg. v. Deutscher Bundestag, Berlin, S. 1: »Der deutsche Gesetzgeber hat im Kreditwesengesetz (KWG) genauer normiert (§ 48b Abs. 2), welche Indikatoren systemrelevante Institute charakterisieren. [...] Die Definition stellt [...] auch auf die Vernetztheit im Finanzsystem ab (*too connected to fail*).«

rasch wieder behoben werden konnte.⁶⁷ Im Frühjahr desselben Jahres hatte der Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull für eine bislang beispiellose Beeinträchtigung des europäischen Luftverkehrs gesorgt. So erscheinen selbst Naturkatastrophen unter den Bedingungen einer soziotechnisch hochvernetzten Welt vor allem in Gestalt verheerender Infrastrukturhavarien, wie Paul N. Edwards bemerkt:

In the developed world, probably the large majority of »natural disaster«-related injuries and deaths are actually caused not directly by the natural event itself, but indirectly by its effects on infrastructures. For example, damage to roads, bridges, rails, and tunnels leads to automobile and railroad accidents; or municipal water supplies contaminated by flood waters and broken sewer mains cause disease. Flooding can result as much from shattered dams and levees, or silt buildup actually caused by flood-control systems, as from heavy rainfall.⁶⁸

Mit dem beginnenden 21. Jahrhundert rückt die infrastrukturierte Logik globaler Interdependenz immer mehr als ein Problem weltweiter Vernetzung in den Blick, sofern diese nämlich auch die Globalisierung der Möglichkeit bedeutet, in Notlagen sich gegenseitig in Mitleidenschaft zu ziehen – wie etwa der Fall Fukushima zeigt: »In unserer heutigen hochvernetzten Welt«, schreibt das *Handelsblatt* 2011 nach der Katastrophe, können selbst »regionale Krisen [...] heute enorme Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben. [...] Immer mehr Unternehmen – von Louisiana bis Thüringen – geraten in den Sog der zerstörten Infrastruktur in der japanischen Provinz.«⁶⁹ Die Vernetzung von Infrastrukturen verstärkt nicht nur die Leistungsfähigkeit globaler Operationsketten, sondern entgrenzt auch deren Störungs- und Krisenpotenzial. Im Hinblick auf eine »New Grammar of Power« (2011) erklärt daher der ehemalige »Außenminister« der EU und frühere NATO-Generalsekretär Javier Solana in Koautorschaft mit dem spanischen Philosophen Daniel Innerarity die sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgeprobleme der globalen Vernetzung »zur großen Herausforderung der Menschheit«⁷⁰ – die nur noch kollektiv, und das heißt also: durch *bessere* Vernetzung zu bewältigen sei.

67 Vgl. Spanische Fluglotsen knicken vor Militär ein, in: Financial Times Deutschland, 4. Dezember 2010.

68 Edwards (2003), S. 193.

69 Katrin Terpitz: Hochvernetzte Welt. Japan-Drama zeigt Risiken der Arbeitsteilung, in: Handelsblatt, 20. März 2011.

70 Javier Solana/Daniel Innerarity, The New Grammar of Power, in: Project Syndicate, 1. August 2011, <http://www.project-syndicate.org/commentary/solana10/English> (16. August 2011), dt. Globale Verwundbarkeit, in: Die Welt, 16. August 2011, woher auch das angeführte Zitat stammt.

4 »The fabric of the 21st century«

Die Kontrolle nicht nur von Störungen oder krisenhaften Nebenfolgen großtechnischer Infrastruktursysteme, sondern die Möglichkeit der Regulation und Koordination soziotechnischer Vernetzungsprozesse überhaupt ist ein Problem, das in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung ab Anfang der 1990er-Jahre unter dem Titel der *policy* und *organisational networks* behandelt wird. Seit Walter Powells viel beachtetem Aufsatz »Neither Market Nor Hierarchy«⁷¹ gelten Netzwerke als eine eigenständige soziale Organisationsform, die einen genuinen »Beitrag zur *Regelung öffentlicher Angelegenheiten* leisten.«⁷² Beruhend auf Kooperation, Reziprozität, Flexibilität und Vertrauen gelten sie neben den klassischen Regulationsprinzipien »Markt« und »Hierarchie« als eine dritte Form von Governance – im Sinne »der Kombination, des Neben- und Miteinanders verschiedener Arten kollektiver Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte.«⁷³ Das regulationsbezogene Verständnis von Netzwerken ergänzt dabei nicht lediglich vertraute Analysekatgeorien, die eine wichtige Dimension gesellschaftlicher Organisationsprozesse bisher nur ausgeblendet haben. Wie Renate Mayntz in ihren Überlegungen zu Policy-Netzwerken bemerkt, markiert der damit verbundene Paradigmenwechsel mehr als nur eine neue analytische Sichtweise auf eine ansonsten unveränderte soziale Realität – nämlich die Beobachtung eines gesellschaftlichen Wandels.⁷⁴ In Gestalt dezentraler Interessensverbände und Allianzen öffentlicher und privater Akteure, die sich nicht einheitlich und stabil, sondern strategisch und korporativ aneinander koppeln, formiere sich in Policy-Netzwerken ein neues soziales Phänomen der Organisation von Handlungsmacht, dessen Erscheinen in modernen Industriestaaten einen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess indiziert.⁷⁵ Im Zusammenhang dieser Entwicklung erscheinen Netzwerke wiederum als Problemlöser. Sie versprechen, die Nachteile von markt- und hierarchieförmiger Steuerung zu vermeiden, indem sie komplexe gesellschaftliche Probleme nicht in erster Linie als Fragen von Profit oder Gehorsam, sondern als Gegenstände kollektiver Aushandlungsprozesse behandeln, deren Ergebnisse weniger die eines parteibezoge-

71 Powell (1990); dt. Powell (1996).

72 Knill/Schäfer (2011), S. 189.

73 Mayntz (2008), S. 45; vgl. Weyer (2011a), S. 20ff. Zur Kritik des Governance-Konzepts siehe Offe (2008), aus der eine Problematik deutlich wird, die sich auch in der hier adressierten Begriffsgeschichte von Netzwerken wiederfindet. Das ist sicherlich ein Zusammenhang, in dem der (hier von Wencke Meteling aufgeworfenen) Frage weiter nachzugehen wäre, inwieweit Vernetzungsdiskurse und -prozesse dazu beitragen, die Legitimität und Leistungsfähigkeit traditioneller demokratischer Institutionen in Zweifel zu ziehen und zu unterminieren.

74 Mayntz (1996), S. 473.

75 Vgl. Marin/Mayntz (1991), S. 19.

nen Interessensausgleichs, sondern vielmehr die einer problembezogenen Aufgabenerfüllung sind: In dieser Eigenschaft kommen Policy-Netzwerke als adäquate Antwort auf die komplexen Herausforderungen moderner Gesellschaften in Betracht.⁷⁶

Zu diesen Herausforderungen gehören insbesondere die soziotechnischen Netzwerke, in denen sich das Problem gesellschaftlicher Steuerung mit besonderer Dringlichkeit stellt. Denn als großtechnische Systeme operieren Infrastrukturnetzwerke auf einer anderen Ebene als soziale Netzwerke oder technische Artefakte. In Gestalt etwa von Verkehrs- oder Informationsnetzen verhalten sie sich ähnlich wie Institutionen: So wie diese selten das unmittelbare Resultat intentionaler Konstruktionen sind, sind jene zwar Gegenstand technischen Planens; die letztendliche Entwicklung großer Infrastrukturnetzwerke liegt aber nicht in der Macht eines souveränen Subjekts.⁷⁷ Ihre schiere Größe erfordert kollektive Koordinationsformen. Die Pfadabhängigkeit großtechnischer Systeme und die komplexen Wechselbeziehungen mit ihrer Um- und Lebenswelt leisten einer gewissen Eigenlogik Vorschub, die zwar nicht unabhängig von den Intentionen der involvierten Akteure ist, deren Resultat aber damit nie zur Deckung kommt und daher auch nicht zentral steuerbar ist.⁷⁸

Als ein genuines Problem der modernen Technik ist diese Form von »Verselbständigung« respektive des »Kontrollverlusts«, wenn auch zunächst und vor allem in kulturpessimistischer Hinsicht, im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder thematisiert worden. So stellt etwa Arnold Gehlen 1965 in seiner »Anthropologischen Ansicht der Technik« fest, dass die Technisierung der modernen Gesellschaft »aus der Führung vorgegebener Zielsetzungen entlassen«⁷⁹ worden sei. Abgesehen davon, inwiefern die Annahme eines ursprünglich intakten Zweck-Mittel-Verhältnisses selbst auf ein problematisches Technikverständnis verweist,⁸⁰ benennt Gehlen in dem Zusammenhang bereits jene Problemkonstellation, die im Vernetzungsdiskurs des beginnenden 21. Jahrhunderts gleichsam verwandelt und in neuer Potenz wiederkehrt; sofern er nämlich erklärt, dass angesichts des rasanten technischen Fortschritts

76 Vgl. Mayntz (1996), S. 478–481. Siehe dazu auch Kemmerer (2007).

77 Vgl. Mayntz/Schneider (1995). Zwar lassen sich nach Hughes (1993) bisweilen Akteure identifizieren, die maßgeblich die Implementierung solcher Systeme initiieren und vorantreiben (*system builder*). Mit fortschreitender Entwicklung gewinnen großtechnische Systeme indessen eine zunehmende Komplexität und Eigenlogik (*momentum*). Zum Problem der Skalierung dieser Eigenlogik vgl. Edwards (2003).

78 Vgl. Mayntz/Schneider (1995).

79 Gehlen (1965), S. 103f.

80 Siehe dazu ausführlich Hubig (2006), S. 135ff.

der Eindruck entstehen kann, man stelle sich absurde Ziele, wie die Mondlandung, um die unerhört schwierigen technischen Probleme lösen zu können, die sich dann erst ergeben; während ein anderer, zunehmender Teil der verfügbaren technischen Intelligenz dazu benötigt wird, um die Nebenerfolge, Mißstände und Großprobleme abzufangen, die absichtslos aus dieser nicht mehr gesteuerten Jagd in die Zukunft entstehen, angefangen bei den Abgasen der Benzinmotoren und der Verkehrsverstopfung bis zu den großen und dunklen Fragen der Ernährung der Erdbevölkerung, deren gigantische Zunahme sekundär enthemmt wurde, und die nun tertiär das Versorgungsproblem entstehen läßt; oder wie man die rein affektive Informationsverarbeitung unter Kontrolle bringen kann, die ganze Bevölkerungen ergreift und die aus der völlig verselbständigten weltumspannenden Informationsverbreitung folgt.⁸¹

Gehlens Beispiele jener gesellschaftlichen »Großprobleme« betreffen allesamt soziotechnische Infrastruktursysteme und ihre (entglittene beziehungsweise zu erlangende) Steuerung: das auf fossiler Energie beruhende Verkehrsnetz, dessen ökologische Kosten und systemische Dysfunktionen; die globale Lebensmittelproduktion und -verteilung und die befürchtete Grenze ihrer Leistungsfähigkeit; sowie die modernen Kommunikationsmittel, deren Apostrophierung als Medien einer »völlig verselbständigten weltumspannenden Informationsverbreitung« das 1965 noch nicht erfundene Internet zu antizipieren scheint, das mit dem beginnenden 21. Jahrhundert zunehmend unter dem Vorzeichen eines Kontrollverlusts gesehen wird.⁸² Probleme dieser Art sind es, die ab den 1990er-Jahren in der Frage nach der Regulation großtechnischer und gesellschaftlicher Systeme zwei gegenläufige Tendenzen erkennen lassen: Zum einen sind dies Bestrebungen, die Möglichkeiten einer Rezentralisierung der Kontrolle komplexer Netzwerke zu erkunden und voranzutreiben; zum anderen Versuche, die Möglichkeiten ihrer (ko-)evolutionären Selbstorganisationsfähigkeit theoretisch zu begründen und praktisch zu fördern. In der Spannung zwischen beiden Tendenzen bekundet sich eine gesellschaftliche Problemkonstellation, die sich mit dem Prozess der Vernetzung als einem Modell sozialen Wandels verbindet.

Während in den 1980er-Jahren die Ablösung hierarchischer und zentralistischer Organisationsformen durch selbstorganisierte Netzwerkbildungen zu einem Gegenstand politischer Programme wird, mit dem sich zunächst sozial-utopische, dann ökonomische und politische Interessen verbinden, erscheint dieser Ablösungsprozess ab den 1990er-Jahren zunehmend als Folge eines allgemeinen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, der sich im Wesentlichen dem technischen Fortschritt und einer unkontrollierten Steigerung der Interdependenz großtechnischer Systeme verdankt. Insbesondere im Prozess der Globalisierung erscheint die internationale Verflechtung von Policy- und

81 Gehlen (1965), S. 103f.

82 Siehe etwa die Thesen von Baecker (2008) zur Selbstüberforderung der computerisierten Gesellschaft oder Michael Seemann: <http://www.ctrl-verlust.net/glossar/kontrollverlust> (3. Januar 2014).

Infrastrukturnetzwerken als ein neuer – über die Alternative von Markt und Hierarchie hinausgehender – Modus von Governance, der den komplexen Herausforderungen moderner Gesellschaften systemrational angemessen ist, während er sich als ein Resultat der Selbstorganisation horizontal beziehungsweise international verteilter Entscheidungs- und Handlungsmacht wesentlich der Abwesenheit einer globalen Steuerungsinstanz verdankt.⁸³

Aus der Dialektik dieses spannungsvollen Verhältnisses von Autonomie und Kontrolle *in* und *von* Netzwerken erwächst nun eine für das beginnende 21. Jahrhundert charakteristische Ambivalenz des Diskurses *über* Netzwerke. In dem von Fortschritten und Krisen geprägten Vernetzungsdiskursen gesellt sich zu jener »Last der großen Hoffnungen«, die sich nach Keupps Befund seit den 1980er-Jahren mit Netzwerken verbindet, eine wachsende »Last der großen Sorgen«. Neben der Komplexität und Störanfälligkeit soziotechnischer Netzwerke rückt nun zunehmend ihr möglicher Ge- oder Missbrauch als ökonomisches, politisches und militärisches Dispositiv ins Zentrum der Kritik. Gelten Netzwerke weiterhin als genuine Form demokratischer Selbstorganisation, wird mit der Bedrohung westlicher Demokratien durch terroristische Netzwerke zugleich die Einrichtung weitreichender Überwachungsnetze begründet, die ihrerseits als fundamentale Bedrohung der Demokratie wahrgenommen werden, wie die Debatten über die umfängliche privatwirtschaftliche, staatliche wie geheimdienstliche Sammlung, Verknüpfung, Auswertung und Speicherung digitaler Informationen aus Telefon-, Online- und Videodaten, biometrischen Scannern, RFID-Chips, Finanztransaktionen und GPS-Geräten bezeugen.⁸⁴

Diese – teilweise erfolgreichen – Versuche einer (Re-)Zentralisierung der Kontrolle dezentraler Informationsnetze bezeugen einen umfassenden Anspruch der systematischen Erschließung und Aneignung von Netzwerkkonzepten und -strukturen für politische wie militärische Strategien. Seit 2006 ist das Prinzip der »Vernetzten Sicherheit« offizielle Richtlinie der bundesdeutschen Sicherheitspolitik.⁸⁵ Als Instrument internationaler Krisenprävention ist das Konzept seither umstritten. Denn die unspezifizierte Kategorie der »Vernetzung« lässt eine Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Initiativen durch politische und militärische Interessen befürchten.⁸⁶ Im Militärwesen selbst hat sich die Strategie des *Net-*

83 Vgl. Mayntz/Schneider (1995), Mayntz (1996). Mit dem Problem verbindet sich auch die Politisierung der Konzepte »Komplexität« und »Prävention«, wie sie Ariane Leendertz und Ulrich Bröckling in diesem Band diskutieren.

84 Vgl. Singelstein/Stolle (2008); Weyer (2011a); Beckedahl u. a. (2013).

85 Vgl. Borchert u. a. (2004).

86 Vgl. Andreas Wittkowsky (26. März 2012), Thesenpapier zur Anhörung des »Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit«, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin.

work Centric Warfare (NCW) etabliert. Definiert als »Kriegführung in, mit und gegen Netzwerke«⁸⁷ wird sie im Irakkrieg 2003 erstmals erprobt und daraufhin zum Vorbild auch der europäischen Streitkräfte.⁸⁸ Die in den 1960er-Jahren vom US-Verteidigungsministerium finanzierte Entwicklung des *Advanced Research Projects Agency Network* (Arpanet) hat die Legende eines ursprünglich militärischen Zwecks des daraus hervorgegangenen Internets befördert,⁸⁹ sodass der Einsatz digitaler Kommunikationsnetze für die Ziele der NCW heute kaum überraschen mag. Eine solche Nutzung des Internets war aber ursprünglich weder geplant noch absehbar. Überraschend scheint vielmehr, dass die Idee des vernetzten Denkens, wie sie im Umkreis der *New-Age*-Literatur kursierte, auch von Angehörigen des US-Verteidigungsministeriums rezipiert wurde. So berichtet Marilyn Ferguson, dass sie Anfang der 1980er-Jahre an das Army War College in Carlisle, Pennsylvania, eingeladen worden war, um ihre Ideen im Hinblick auf zukünftige Friedenssicherungskonzepte zu diskutieren.⁹⁰ Im Laufe der 1990er-Jahre wird das Konzept der NCW nach dem Vorbild des vernetzten Unternehmens entwickelt.⁹¹ Seit der Jahrhundertwende stützt sich die militärische Erschließung und Operationalisierung soziotechnischer Netzwerke auch auf Theoriebildungen der aufstrebenden *Network Science*.⁹² In den komplexen graphentheoretischen Modellen der jungen Wissenschaft erreicht die begriffliche Karriere des Netzwerkkonzepts ihren Höhepunkt. Mit der Mathematisierung des Problems verspricht die *Network Science* eine universale Erklärung der Wirklichkeit – gerade auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.⁹³ Ein 2005 erschienener Bericht des Committee

87 Vgl. Feigl (2004), S. 13.

88 Vgl. Schreer (2003), S. 25.

89 Das Arpanet war das weltweit erste funktionierende Computernetzwerk, das auf Paketvermittlung (*packet switching*) beruhte. Das Verfahren wurde entwickelt, um knappe Rechenleistung beziehungsweise -zeit zwischen Hochschul- und Forschungsrechenzentren zu teilen. Ein knapper Überblick zur Geschichte des Internet findet sich u. a. auf <http://www.internetsociety.org/brief-history-internet> (15. Oktober 2012).

90 Vgl. Ferguson (1983), S. 77. Die Einladung Fergusons ging von Lt. Jim Channon aus, dem Erfinder des First Earth Battalion, das auf der Grundlage der Recherchen von Jon Ronson und seines Buchs »The Men Who Stare at Goats« (2004) zur Vorlage der gleichnamigen Verfilmung von Grant Heslov (2009) wurde. Über das Verhältnis der Komödie zu seiner ursprünglichen Idee hat sich Channon in einer Artikelserie des *Guardian* geäußert. In seinem Beitrag vom 5. November 2009 bringt der heutige Unternehmensberater noch einmal deutlich den utopischen Gehalt des vernetzten Denkens zum Ausdruck: »Global villages and the internet will become our worldwide exchange system, and former power centres will just be support services. The world is already one culture. Countries are obsolete and have been for 30 years.« (<http://www.theguardian.com/film/2009/nov/05/1>, 10. Oktober 2013)

91 Vgl. Feigl (2004).

92 Vgl. Moffat (2003).

93 Vgl. Barabási (2002).

on Network Science for Future Army Applications des US-amerikanischen National Research Council deklariert die Sache der *Network Science* entsprechend zu einer nationalen Angelegenheit ersten Ranges:

First, networks lie at the core of the economic, political, and social fabric of the 21st century. The demand for structured knowledge that can be used to design, procure, and operate networks is ubiquitous and growing rapidly. Moreover, social and communication networks lie at the core of both conventional military operations and the war on terrorism. Thus, investment in network science is both strategic and urgent national priority.⁹⁴

5 Schluss

Aus den bisherigen Betrachtungen lässt sich ersehen, wie mit dem beginnenden 21. Jahrhundert aus der Problemgenesegeschichte der Vernetzung abermals eine eigene Problemlösungsgeschichte erwächst. Die Probleme der vernetzten Welt scheinen nur noch durch *bessere* Netzwerke lösbar zu sein – die ihrerseits die Komplexität der ganzen Problemkonstellation steigern. Durch diese dialektische Verflechtung von Problemlösung und -genese gewinnt Vernetzung als ein Modell gesellschaftlichen Wandels schließlich die Dignität eines »absoluten« Begriffs, »von dem die Menschen zwischen 1990 und 2010 geradezu besessen«⁹⁵ sind, wie der Medienwissenschaftler Erhard Schüttpelz 2007 aus einer antizipierten Retrospektive resümiert. Während die *Network Science* in Netzstrukturen ein fundamentales Prinzip postuliert, das allen Organisationsprozessen in Natur und Kultur zugrunde liege,⁹⁶ avanciert das Konzept auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu einem universalen Realitätsmodell. So heißt es 2002 in dem Begleitbuch zu einer Ausstellung über »Das Netz« im Museum für Kommunikation Frankfurt: »Das Netzprinzip steht am Anfang aller Zivilisation und bestimmt seither die historische Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bis hin zum Industriezeitalter.«⁹⁷ Spätestens mit John und William McNeills in der Fachwelt hochgelobter Monografie »The Human Web« wird das Netz zu einem dezidierten Narrativ der Weltgeschichte: Den beiden Historikern zufolge besteht die »overarching structure of human history« darin, dass sich Menschen, Städte, Technologien, Infrastrukturen und Lebensräume seit Urzeiten sukzessive zu einem »single global web« verflechten.⁹⁸ Das Prinzip der Ver-

94 National Research Council (2005), S. vii.

95 Schüttpelz (2007), S. 25.

96 Barabási (2002), S. 178.

97 Andritzky/Hauer (2002), S. 13.

98 McNeill/McNeill (2003), S. 5.

netzung rückt so als eine Art anthropologische Konstante in den Blick. Deren Historisierung befördert auf fast paradoxe Weise eine Naturalisierung von Netzstrukturen, sofern diese nun als ein »wesentlicher Aspekt der *conditio humana*«⁹⁹ gelten. In der 2002 erschienenen Publikation »Web of Life«, die in der *Süddeutschen Zeitung* vom 17. August 2002 als »das derzeit beste Buch zum Thema« gelobt wird, erklärt der Autor Michael Gleich – in offenkundiger Reminiszenz an Fritjof Capras gleichnamigen Titel¹⁰⁰ – die soziotechnische Vernetzung zur »Fortsetzung der biologischen Evolution mit anderen Mitteln«. ¹⁰¹ So meint auch der Kulturtheoretiker Hartmut Böhme, dass wir »gar nicht anders [können], als die Evolution in dieser Weise fortzusetzen«, dass wir »in der vollendeten Vernetzung der Kultur ungewollt der Natur am nächsten kämen, die genau in dieser Form prozessiert: in der evolutionären Ausdifferenzierung immer komplexerer Netzwerke«. ¹⁰² Kultur- und Naturgeschichte scheinen im Prozess der Vernetzung zu konvergieren. Wenn die Rede von Evolution aber die Differenz zu ihrem biologischen Sinn kassiert, ¹⁰³ betreibt sie noch unterm Vorzeichen der Überwindung einer falschen Dichotomie von Natur und Kultur eine Naturalisierung gesellschaftlicher Entwicklungen. In der Übersetzung der Kontingenz des Prozesses in die Notwendigkeit seiner Struktur erscheint die Vernetzung der Welt, trotz ungewissen Ausgangs, als alternativlos, mithin unvermeidlich. Was sich in diesem Geschehen aber tatsächlich einer bewussten Konstruktion und Steuerung entzieht, wird auch der Reflexion entzogen und selbst in ungewollten Nebenfolgen noch zur Begründung für immer umfassendere Vernetzungsmaßnahmen – *too connected to fail*.

Weit davon entfernt, damit alle Aspekte zur begriffsgeschichtlichen Problemkonstellation der Vernetzung seit den 1970er-Jahren hinreichend erfasst zu haben, lässt sich aus den bisherigen Beobachtungen im Hinblick auf die hier interessierenden Fragestellungen ein vorläufiges Resümee ziehen:

Erstens: Spätestens seit den 1980er-Jahren erlangt die Idee selbstorganisierender Netzwerke den Status eines Weltbildes, das eine umfassende Neuorganisation der Gesellschaft anleiten soll. Während die breite Konjunktur des Konzepts dabei zur Hypostase der Vorstellung gerät, alles sei *irgendwie* mit allem vernetzt, drängt der Imperativ der Netzwerkgesellschaft gerade darauf, dass eben

99 Fröhlich/Münkner (2005–2006), S. 1.

100 Siehe oben, Anm. 36.

101 Gleich (2002), S. 222f.

102 Böhme (2004), S. 32–33.

103 Wovor Mayntz/Schneider (1995), S. 81, in Bezug auf Infrastrukturnetze warnen, gilt hier ganz allgemein. Mit Hubig (2006) lässt sich eine solche Naturalisierung von Technisierungsprozessen auch als unbewusste Rückprojektion eines selbst technomorph verfassten Naturmodells verstehen.

noch nicht alles und jeder *genug* vernetzt sei. Seine Plausibilität erlangt das Konzept der Vernetzung zunächst als ein Gegenentwurf zu reduktionistischen und rationalistischen Weltmodellen, dann als Appell zur gesellschaftlichen Restrukturierung und schließlich als Dispositiv umfassender Technisierungsprozesse, die neue, unüberschaubare Macht- und Ohnmachtverhältnisse eröffnen. Das Credo der totalen Vernetzung legitimiert sich zunehmend naturalisierend, insofern die Herrschaftstechnik nur vollende, was als basaler Modus Operandi von Natur und Kultur unbestreitbar scheint.

Zweitens: Das Konzept vernetzter Selbstorganisation erweist sich als höchst diffusions- und adaptionsfähig für unterschiedlichste Diskurse und Akteure. Daher scheint es ideologiedurchlässig oder gar -resistent zu sein, aber nur deswegen, weil es selber ideologisch verfährt. Wenn Ideologie die Legitimierung gesellschaftlicher Verhältnisse beziehungsweise die Rechtfertigung ihrer Umgestaltung meint, dann begründet die Verabsolutierung und Naturalisierung von Netzwerkkonzepten die spezifische Organisationsform einer historischen Epoche, deren Anbruch, Entfaltung und Bewältigung durch einen Prozess umfassender Vernetzung gekennzeichnet wird. Als Leitkonzept gesellschaftlicher Selbst- und Weltbeschreibung kommt die »Vernetzung« der Welt damit auch als Kandidat einer neuen Meistererzählung in den Blick.

Drittens: In der Verschränkung deskriptiver und präskriptiver Geltungsansprüche entfaltet Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels eine charakteristische Ambivalenz insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Autonomie und Interdependenz, Kooperation und Kontrolle. In der Ambivalenz bekundet sich eine gesellschaftliche Problemkonstellation, die unter dem Titel der vernetzten Welt als Herausforderung einer neuen Wirklichkeit adressiert wird. Spätestens mit dem beginnenden 21. Jahrhundert indiziert Vernetzung nicht mehr nur die freie Selbstorganisation soziotechnischer Gefüge und Strukturen, sondern zunehmend auch eine übermächtige Totalität des Realen, die zum einen auf neuen Machtstrukturen, zum anderen auf der unüberschaubaren Komplexität gesellschaftlicher Prozesse beruht.

Literatur

- Altmann, Norbert, u. a. (1986), Ein »Neuer Rationalisierungstyp« – neue Anforderungen an die Industriesoziologie, in: *Soziale Welt* 37/2–3, S. 191–206.
- Andritzky, Michael/Hauer, Thomas (2002), Alles, was Netz ist, in: Klaus Beyrer/Michael Andritzky (Hg.), *Das Netz. Sinn und Sinnlichkeit vernetzter Systeme*, Heidelberg, S. 11–18.
- Baecker, Dirk (2008), *Studien zur nächsten Gesellschaft*, Frankfurt a.M.

- Barabási, Albert-László (2002), *Linked. The New Science of Networks*, Cambridge, MA.
- Barbrook, Richard/Cameron, Andy (1996), The Californian Ideology, in: *Science as Culture* 6:1, S. 44–72.
- Barry, Andrew (2002), In the Middle of the Network, in: John Law/Annemarie Mol (Hg.), *Complexities. Social Studies of Knowledge Practices*, Durham, S. 142–165.
- Beckedahl, Markus/Meister, Andre (Hg.) (2013), *Überwachtes Netz. Edward Snowden und der größte Überwachungsskandal der Geschichte*, Berlin.
- Beyrer, Klaus (2002), Gebahnte Wege. Aspekte der Vernetzung im historischen Landverkehr, in: Klaus Beyrer/Michael Andritzky (Hg.), *Das Netz. Sinn und Sinnlichkeit vernetzter Systeme*, Heidelberg, S. 75–90.
- Bieber, Daniel (1992), Systemische Rationalisierung und Produktionsnetzwerke, in: Thomas Malsch/Ulrich Mill (Hg.), *ArBYTE. Modernisierung der Industriosozologie?*, Berlin, S. 271–293.
- Böhme, Hartmut (2004), Netzwerke. Zur Theorie und Geschichte einer Konstruktion, in: Jürgen Barkhoff/Hartmut Böhme/Jeanne Riou (Hg.), *Netzwerke. Eine Kulturtechnik der Moderne*, Köln, S. 17–36.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006), *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Borchert, Heiko/Thiele, Ralph (Hg.) (2004), *Vernetzte Sicherheit. Leitidee der Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert*, Hamburg u. a.
- Bourdieu, Pierre (1992), Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: ders., *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, Hamburg, S. 49–80.
- Capra, Fritjof (1975), *The Tao of Physics. An Exploration of the Parallels between Modern Physics and Eastern Mysticism*, Boulder.
- (1982), *The Turning Point. Science, Society, and the Rising Culture*, New York.
- (1983), *Wendezeit*, Bern u. a.
- (1996a), *The Web of Life. A New Scientific Understanding of Living Systems*, New York.
- (1996b), *Lebensnetz. Ein neues Verständnis der lebendigen Welt*, Bern u. a.
- Castells, Manuel (1996), *The Rise of the Network Society*, Malden, MA.
- (2010), *The Rise of the Network Society*, 2nd edition with a new preface, Chichester.
- Dawkins, Richard (1982), *The Extended Phenotype. The Long Reach of the Gene*, Oxford.
- Duden (³1999), *Das große Wörterbuch der deutschen Sprache*, Mannheim.
- Edwards, Paul N. (2003), Infrastructure and Modernity: Force, Time, and Social Organization in the History of Sociotechnical Systems, in: Thomas J. Misa/Philip Brey/Andrew Feenberg (Hg.), *Modernity and Technology*, Cambridge, MA u. a., S. 185–225.
- (2007), Schwache Disziplin. Der Macht-Wissen-Komplex in Netzwerken und der Niedergang des Expertentums, in: Stefan Kaufmann (Hg.), *Vernetzte Steuerung. Soziale Prozesse im Zeitalter technischer Netzwerke*, Zürich, S. 47–66.
- Emden, Christian (2007), Netz, in: Ralf Konersmann (Hg.), *Wörterbuch der philosophischen Metaphern*, Darmstadt, S. 248–260.
- Fangerau, Heiner/Halling, Thorsten (Hg.) (2009), *Netzwerke. Allgemeine Theorie oder Universalmetapher in den Wissenschaften? Ein transdisziplinärer Überblick*, Bielefeld.
- Feigl, Hubert (2004), Überlegungen zu Network Centric Warfare (NCW), in: Heiko Borchert/Ralph Thiele (Hg.), *Vernetzte Sicherheit. Leitidee der Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert*, Hamburg u. a., S. 9–19.

- Ferguson, Marilyn (1980), *The Aquarian Conspiracy. Personal and Social Transformation in Our Time/in the 1980s*, Los Angeles.
- (1983), Wir brauchen ein Weltgewissen. Im Gespräch mit Peggy Taylor, in: Rüdiger Lutz (Hg.), *Bewusstseins-(R)evolution. Veränderungsmodelle von Gregory Bateson, Robert Jungk, Fritjof Capra, Marilyn Ferguson, Stanislaw Graf, John C. Lilly, Charlene Spretnak und anderen*, Weinheim u. a., S. 72–79.
- (1984), *Die sanfte Verschwörung. Persönliche und gesellschaftliche Transformation im Zeitalter des Wassermanns*, München.
- Fischbach, Rainer (2005), *Mythos Netz. Kommunikation jenseits von Raum und Zeit?*, Zürich.
- Foucault, Michel (1994), Le jeu de Michel Foucault, in: ders., *Dits et écrits*, Bd. 3, Paris, S. 298–329.
- Foucault, Michel (1978), Ein Spiel um die Psychoanalyse. Gespräch mit Angehörigen des Département de Psychanalyse der Universität Paris VIII in Vincennes, in: ders., *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin, S. 118–175.
- Frank, Thomas (2000), *One Market under God: Extreme Capitalism, Market Populism, and the End of Economic Democracy*, New York u. a.
- Friedrich, Alexander (2012a), Metaphorical Anastomoses. The Concept of ›Network‹ and its Origins in the Nineteenth Century, in: Birgit Neumann/Ansgar Nünning (Hg.), *Traveling Concepts for the Study of Culture*, Berlin u. a., S. 119–144.
- (2012b), Vernetzte Zwischenräume, in: Uwe Wirth (Hg.), *Bewegen im Zwischenraum*, Berlin, S. 55–74.
- (2015), *Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern*, Paderborn.
- Fröhlich, Gerhard (1996), Netz-Euphorien. Zur Kritik digitaler und sozialer Netz(werk)-metaphern, in: Alfred Schramm (Hg.), *Philosophie in Österreich 1996*, Wien, S. 292–306.
- Fröhlich, Jürgen/Münkner, Jörn (2005–2006), Einleitung, in: *Netzstrukturen. Zur Kulturgeschichte sprachlicher, visueller und technischer Netze*, Essen.
- Fuchs, Phillip (2007), Zur Genese des Netzwerkbegriffs in der Soziologie, in: Jan Broch u. a. (Hg.), *Netzwerke der Moderne. Erkundungen und Strategien*, Würzburg, S. 81–101.
- Gehlen, Arnold (1965), Anthropologische Ansicht der Technik, in: Hans Freyer u. a. (Hg.), *Technik im technischen Zeitalter. Stellungnahmen zur geschichtlichen Situation*, Düsseldorf, S. 101–118.
- Gießmann, Sebastian (2006), *Netze und Netzwerke. Archäologie einer Kulturtechnik, 1740–1840*, Bielefeld.
- Gleich, Michael (2002), *Web of Life. Die Kunst vernetzt zu leben*, Hamburg.
- Götze, Alfred (Hg.) (1943), *Trübners Deutsches Wörterbuch*, Bd. 4, Berlin.
- Hardin, Garrett (1968), The Tragedy of the Commons, in: *Science* 162/3859, S. 1243–1248.
- Henningsen, Peter (1984), *Werkzeuge der Erkenntnis. Zur Transformation unseres Lebens*, Basel.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986), *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg.
- Hubig, Christoph (2006), *Die Kunst des Möglichen I. Technikphilosophie als Reflexion der Medialität*, Bielefeld.
- Hughes, Thomas P. (1984), The Evolution of Large Technological Systems, in: Wiebe E. Bijker (Hg.), *The Social Construction of Technological Systems. New Directions in the Sociology and History of Technology*, Cambridge, MA u. a., S. 51–82.

- Jansen, Dorothea/Diaz-Bone, Rainer (2011), Netzwerkstrukturen als soziales Kapital, in: Johannes Weyer (Hg.), *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, München, S. 73–108.
- Kaufmann, Stefan (2004), Netzwerk, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt a.M., S. 182–189.
- Kemmerer, Alexandra (2007), Der normative Knoten. Über Recht und Politik im Netz der Netzwerke, in: Olga Arnst/Sigrid Boysen (Hg.), *Netzwerke*, Baden-Baden, S. 195–224.
- Keupp, Heiner (1987), Soziale Netzwerke. Eine Metapher gesellschaftlichen Umbruchs?, in: Heiner Keupp/Bernd Röhrle (Hg.), *Soziale Netzwerke*, Frankfurt a.M./New York, S. 11–53.
- Keupp, Heiner/Röhrle, Bernd (Hg.) (1987), *Soziale Netzwerke*, Frankfurt a.M./New York.
- Knill, Christoph/Schäfer, Ansgar (2000), Policy-Netzwerke, in: Johannes Weyer (Hg.), *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, München, S. 189–218.
- Koubek, Jochen (2004), *Vernetzung als kulturelles Paradigma*, Dissertation, Berlin.
- Lovelock, James (1972), Gaia as Seen Through the Atmosphere. Letter to the Editors, in: *Atmospheric Environment* 6:8, S. 579–580.
- (1979), *Gaia. A New Look at Life on Earth*, Oxford.
- (2006), *The Revenge of Gaia. Earth's Climate Crisis and the Fate of Humanity*, New York.
- (2009), *The Vanishing Face of Gaia. A Final Warning*, New York.
- Lutz, Rüdiger (Hg.) (1983), *Bewusstseins-(R)evolution. Veränderungsmodelle von Gregory Bateson, Robert Jungk, Fritjof Capra, Marilyn Ferguson, Stanislaw Grof, John C. Lilly, Charlene Spretnak und anderen*, Weinheim u. a.
- Marin, Bernd/Mayntz, Renate (1991), Introduction: Studying Policy Networks, in: Bernd Marin/Renate Mayntz (Hg.), *Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations*, Frankfurt a.M., S. 11–23.
- Maturana, Humberto/Varela, Francisco (1982), Autopoietische Systeme. Eine Bestimmung der lebendigen Organisation, in: Humberto Maturana (Hg.), *Erkennen – die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie*, Braunschweig, S. 170–235.
- Mayntz, Renate (1996), Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Patrick Kenis/Volker Schneider (Hg.), *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung von Wirtschaft und Politik*, Frankfurt a.M./New York, S. 471–496.
- (2008), Von der Steuerungstheorie zu Global Governance, in: Gunnar Folke Schuppert (Hg.), *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden, S. 43–60.
- Mayntz, Renate/Schneider, Volker (1995), Die Entwicklung technischer Infrastruktursysteme zwischen Steuerung und Selbstorganisation, in: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt a.M., S. 73–100.
- McNeill, John Robert/McNeill, William Hardy (2003), *The Human Web. A Birds-eye View of World History*, New York.
- Moffat, James (Hg.) (2003), *Complexity Theory and Network Centric Warfare*, Washington.
- Müller, Ernst (2005), Bemerkungen zu einer Begriffsgeschichte aus kulturwissenschaftlicher Perspektive, in: Ernst Müller (Hg.), *Begriffsgeschichte im Umbruch?*, Hamburg, S. 9–20.
- National Research Council/Committee on Network Science for Future Army Applications (Hg.) (2005), *Network Science*, Washington, DC.

- Offe, Claus (2008), Governance – »Empty signifier« oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?, in: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.), *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 41, S. 61–76.
- Penkler, Michael (2008), *Genealogie von Netzwerkkonzepten*, Wien.
- Polianski, Igor J. (2009), Das Netzwerk als Natursystem und ästhetische »Pathosformel« der Moderne, in: Heiner Fangerau/Thorsten Halling (Hg.), *Netzwerke. Allgemeine Theorie oder Universalmetapher in den Wissenschaften?*, Bielefeld, S. 13–28.
- Powell, Walter W. (1990), Neither Market nor Hierarchy: Network Forms of Organization, in: *Research in Organizational Behavior* 12, S. 295–336.
- (1996), Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen, in: Patrick Kenis/Volker Schneider (Hg.), *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung von Wirtschaft und Politik*, Frankfurt a.M./New York, S. 213–271.
- Primavesi, Anne (2000), *Sacred Gaia. Holistic Theology and Earth System Science*, London.
- Remmele, Bernd (2007), Maschine, in: Ralf Konersmann (Hg.), *Wörterbuch der philosophischen Metaphern*, Darmstadt, S. 224–236.
- Ruether, Rosemary Radford (1994), *Gaia & Gott. Eine ökofeministische Theologie der Heilung der Erde*, Luzern.
- Schreer, Benjamin (2003), Die Transformation der US-Streitkräfte im Lichte des Irakkriegs, in: *SWP-Studien* S 48, Berlin.
- Schüttpelz, Erhard (2007), Ein absoluter Begriff. Zur Genealogie und Karriere des Netzwerkkonzepts, in: Stefan Kaufmann (Hg.), *Vernetzte Steuerung. Soziale Prozesse im Zeitalter technischer Netzwerke*, Zürich, S. 25–46.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer (2008), *Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden.
- Streck, Bernhard (2000), Netzwerk, in: ders. (Hg.), *Wörterbuch der Ethnologie*, Wuppertal, S. 176–179.
- Turner, Fred (2006), *From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*, Chicago.
- Unsichtbare Komitee, Das (2010), *Der kommende Aufstand*, Hamburg.
- Vester, Frederic (1978), *Unsere Welt, ein vernetztes System*, Stuttgart.
- (1988), *Leitmotiv vernetztes Denken. Für einen besseren Umgang mit der Welt*, München.
- (2002), *Unsere Welt – ein vernetztes System*, München.
- Weyer, Johannes (2011a), Netzwerke in der mobilen Echtzeit-Gesellschaft, in: ders. (Hg.), *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, München, S. 3–38.
- (2011b), Zum Stand der Forschung in den Sozialwissenschaften, in: ders. (Hg.), *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, München, S. 39–69.
- Wolf, Harald (2000), Das Netzwerk als Signatur der Epoche? Anmerkungen zu einigen neueren Beiträgen zur soziologischen Gegenwartsdiagnose, in: *Arbeit* 9:2, S. 95–104.

»Eine Welt« im Bild – Medialisierungen des Selbst-Welt-Verhältnisses in den 1970er- und 1980er-Jahren

David Kuchenbuch

Ende der 1960er-Jahre kam es zur »Selbstbegegnung der Erde«. ¹ Zum ersten Mal präsentierte die NASA der Weltöffentlichkeit farbige fotografische Draufsichten auf den Planeten Erde aus dem All. Die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte der Fotografien »Earthrise« (1968) und »Blue Marble« (1972) im Kontext der Mondmissionen ist gut erforscht, auch unter kritischen Vorzeichen. Es wurde analysiert, wie die Bilder halfen, das US-Raketenprogramm zur Menschheitsmission umzudeuten; die Fotografien wurden aber auch als Faktoren einer »sentimentale[n] Trivialisierung« des Planeten eingestuft, die wiederum dessen Interpretation als »Managementobjekt« eines neuen Ökotechnokratismus legitimierte. ² Zuletzt wurde vermehrt der Einfluss der beiden – übrigens stark grafisch bearbeiteten – veritablen Ikonen des 20. Jahrhunderts auf das technikaffine Aussteigermilieu im Kalifornien der frühen 1970er-Jahre beleuchtet. In der *counterculture* der Bay Area verbanden sich zu dieser Zeit Motive der Umweltbewegung mit einer staatsfeindlichen, pastoralen Vernetzungsutopie und neuen, nicht selten therapeutisch geprägten Selbstfindungspraktiken. Am geografischen Schlusspunkt des Expansionismus der Moderne, an der *frontier* der US-Pazifikküste, entstand so etwas wie eine Ideologie der Immanenz, mit fundamentalen, bis in die Gegenwart fortdauernden Wirkungen für Politik und Subjektkulturen. ³

1 Anders (1970), S. 89.

2 Sachs (1992), S. 142 u. 146. Vgl. auch Cosgrove (1994); Garb (1980); Lazier (2011); Bredekamp (2011).

3 Vgl. vor allem Turner (2006); Binkley (2007), bes. S. 129–164. Turners Thesen lagen 2013 auch einer ausgezeichneten Ausstellung im Berliner Haus der Kulturen der Welt zugrunde: Diederichsen/Franke (2013). Deutlicher als Turner stellen sich die Ausstellungsmacher in eine Reihe mit Forschungen, die die Selbstbefreiungsaspirationen (vor allem des kreativ-hedonistischen Flügels) der 1968er-Bewegung als einen Faktor bei der Entstehung des flexiblen Kapitalismus und der Konsumgesellschaft betrachten; vgl. etwa Malinowski/Sedlmaier (2006); Boltanski/Chiapello (2006).

Diese Entwicklung scheint sich im astronautischen Blick zurück auf den erschreckend kleinen Heimatplaneten, auf dem sich keine menschengemachten Grenzen erkennen lassen, bereits zeichenhaft zu verdichten: Seit »Blue Marble«, so die Beobachtung, gibt es kein Außerhalb (eben auch: des Kapitalismus) mehr; es ist auch keines nötig. »We can't put it back together – it is together«, lautete der Kommentar zur Fotografie des blauen Planeten auf der Rückseite einer Ausgabe des »Whole Earth Catalog« von Stewart Brand, der dieses Zeichen als einer der ersten zu lesen imstande war und seine Lesart auch geschickt zu verbreiten verstand. Brand, Aktivist der *Drop-out*- und Hippie-Szene San Franciscos, hatte schon 1966 einen Button mit der Aufschrift »Why haven't we seen a photograph of the whole earth yet?« prägen lassen und weltweit verschickt. Tatsächlich gab die NASA im Jahr darauf ein erstes Bild des Planeten frei, das aus einzelnen Satellitenaufnahmen zusammengesetzt war. Brands »Catalog« – ein stark durchgestalteter Mailorder-Katalog voller praktischer *tools* für ein selbstbestimmtes, in Naturprozesse eingebundenes Leben außerhalb des Establishment – beinhaltete nicht nur Ratschläge beispielsweise zur Haltung von Ziegen, sondern lieferte auch Denkanstöße (und Bauteile) für Computerbasteleien. Er wurde zur Bibel der technikbegeisterten Kohorte innerhalb der Aussteigerkultur, der viele spätere Softwareunternehmer angehörten, auch das macht ihn im Rückblick so relevant.⁴ Brands Biografie eignet sich allgemein gut als roter Faden, wenn man die Delegitimierung »agonistischer«⁵ Politikverständnisse im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts – also den Vertrauensverlust gegenüber großen Institutionen, die Konflikte verfahrensgestützt aushandeln – historisch herleiten möchte. Denn als späterer Mitherausgeber der Zeitschrift *Wired* scheint Brand ein in der Forschung fehlendes Glied zwischen der Gegenkultur nach 1968 und der »kalifornischen Ideologie« der 1990er-Jahre darzustellen, der ebenso politikfernen wie vernetzungsbegeisterten, emphatisch partizipatorischen Variante des neoliberalen Denkens.

Allerdings fehlen in diesem Narrativ interessanterweise die Krisennarrative weitgehend, über die die zeithistorische Forschung diskutiert, wenn sie die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts als Beginn einer neuen Epoche oder zumindest als Abschnitt nach einem bereits zeitgenössisch erlebten »Strukturbruch« versteht. Es ist schwer zu sagen, ob dieser Optimismus etwas Kalifornisches war; die Medialisierung des Weltganzen war es sicher nicht. Das will ich im Folgenden anhand der Analyse von bildhaften Repräsentationen zeigen, die in

4 Mit Sicherheit ist es Brand zu verdanken, dass auf dem *home screen* eines teuren Smartphones heute ein Bild von 1972 prangt. Steve Jobs betrachtete das Layout von Brands »Catalog« als Vorläufer des Computermonitors; vgl. Klein (2013), S. 56.

5 Allerdings sehr polemisch: Mouffe (2007).

den 1970er- und 1980er-Jahren zum Einsatz kamen, um individuelle »Selbst-Welt-Verhältnisse« zu schaffen. Diese Selbst-Welt-Verhältnisse gehörten, so meine ich, zu den folgenreichen Neuerungen, die diese Jahrzehnte hervorbrachten. Zugleich versteht sich der Beitrag als Anregung, bei der Diskussion um Zäsuren im 20. Jahrhundert verstärkt auf zeitgenössische Hoffnungen zu achten, die sich auf Sinn und Verhalten prägende Eigenlogiken bestimmter Medienformate richteten.

1 Globale Ethik und medial induzierte Selbst-Welt-Verhältnisse

Die zunehmende Verbreitung und der Wandel des Sinns von Begriffen wie »Eine Welt« und »One World« im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sind nicht von der Hand zu weisen. Man kann sie als Indikatoren für eine neue »globale Ethik« betrachten.⁶ Der Begriff »Eine Welt« markierte ein spannungsgeladenes Bedeutungsfeld, an dessen einem Pol Globalsteuerungsphantasien standen: Hoffnungen, mithilfe von computergenerierten »Weltmodellen« im Sinne des »Planet Management« auf die begrenzte »Tragfähigkeit« der Erde reagieren zu können.⁷ Am anderen Pol wirkte eine planungs-, fortschritts-, aber auch konsumskeptische Gesellschaftskritik: Die 1970er-Jahre waren eben nicht nur das Jahrzehnt der antietatistischen kalifornischen Vernetzungsanstrengungen, sondern auch das einer länderübergreifenden *ethischen* Problematisierung behaupteter Gewissheiten der westlichen Industriegesellschaften. Letztere ging von einer heterogenen Akteursgruppe aus, die sich zusammensetzte aus kulturkritischen Entfremdungstheoretikern, dem Helfermilieu humanitärer NGOs, Aktivisten der Kirchen, desillusionierten Rückkehrern aus der Entwicklungszusammenarbeit und Veteranen der internationalistischen Solidaritätsbewegungen.⁸ Der gemeinsame Nenner bestand in der Ablehnung des Wachstumsparadigmas; Stichworte lieferten viel übersetzte Autoren wie Ivan Illich, E. F. Schumacher, Lewis Mumford oder Leopold Kohr. Sie gaben die Devise aus, die Menschen im Westen müssten – angesichts der jüngst im Auftrag des Club of Rome errechneten »Grenzen des Wachstums« – an der Selbstbegrenzung arbeiten, nach den Hypertrophien der Moderne das (nicht selten natürliche) »menschliche Maß«

6 Vgl. Kuchenbuch (2012).

7 Vgl. Elichirigoity (1999) sowie Höhler (2005) und (2006).

8 Die bundesrepublikanische Variante dieser Konstellation bildet sich vielleicht am besten ab im Autorenkreis der Publikation Bahr/Gronemeyer (1977).

wiederfinden, Qualität über Quantität stellen, den Leitsatz »Small is beautiful« verinnerlichen, die Überentwicklung rückgängig machen.⁹

Auch die appellative Struktur des globalen Moralismus, der aus diesem Spannungsfeld hervorgeht, kann man als Ausdruck *und* verstärkenden Faktor der Auflösung älterer Politikverständnisse auf der einen Seite sehen, neuer Praktiken der Subjektivierung auf der anderen.¹⁰ Es kam zu einer Neubewertung der Reichweite, aber auch zu einer Relokalisierung des politischen Handelns. Zum globalen Ethos gehörte eine erhöhte Sensibilität für die Politiken des Alltags und der kleinen Gemeinschaften, die an die Stelle der Solidarität mit abstrakten Kollektiven mittlerer Reichweite wie Klasse oder Nation rückte. Das begründete Politiken des Lebensstils, des ethischen Konsums oder sogar Konsumverzichts. Diesbezüglich gab es große Überlappungen von Ideenwelt und Personal mit dem »alternativen Milieu«, das sich in dieser Zeit vermehrt authentischen, »warmen« Formen des sozialen Zusammenlebens und örtlicher Identität zuwandte.¹¹

Seit den 1970er-Jahren – darum soll es im Folgenden gehen – wird verstärkt versucht, Menschen den *impact* ihres alltäglichen Tuns auf die ganze, die interdependenten »Eine Welt« vor Augen zu führen. Das ist keine leichte Aufgabe, handelt es sich doch um einen denkbar unevidenten Wirkungszusammenhang, will man Bruno Latour glauben. Er zeigt am Beispiel der gegenwärtigen Debatten um den Klimawandel, wie schwierig es ist, das »Wir« einer Menschheit zu adressieren, die zur geologischen Größe geworden ist, denn das bringt lebensweltlich inkommensurable Maßstäbe zusammen: Wie ihn zur Raison bringen, den Anthropos des neuen Erdzeitalters, des »Anthropozän«?¹² Latour deutet an, dass das Selbst-Welt-Verhältnis skaliert, vermittelt, dass es *medialisiert* wer-

9 Vgl. nur Illich (1975); Mumford (1966); Kohr (1977); Schumacher (1977). Zur Opposition von Wachstum und *Décroissance* siehe den Beitrag von Dietmar J. Wetzels in diesem Band.

10 Vgl. Alkemeyer/Budde/Freist (2013).

11 Vgl. Reichardt (2005). Reflexe der globalen Ethik lassen sich übrigens auch in der Geschichtswissenschaft erkennen: Die – inzwischen äußerst differenziert geführte – Diskussion über die Übernahme der sozialwissenschaftlichen Selbstdiagnosen der 1970er-Jahre durch die Zeithistoriker hängt ja auch mit Bemühungen zusammen, die deutsche Sozialgeschichte als Legitimationwissenschaft des wohlfahrtsstaatlichen Expansionismus zu historisieren; vgl. Graf/Priemel (2011). Es ist umgekehrt interessant, einmal einen Blick in Hans Medicks fachgeschichtlich bedeutsame »Missionare im Ruderboot« von 1984 zu werfen. Denn hier werden ethnologisch inspirierte Ansätze als Mittel, einen frischen Blick auf Europa zu werfen, empfohlen – und damit als Heilmittel gegen »technokratische« Zugriffe in der Geschichtswissenschaft. Diesen bewusst auf Befremdung ausgelegten Blick in die eigene Geschichte könnte man also lesen als Entsprechung einer breiteren ethischen Neuorientierung eines Teils der bundesrepublikanischen Gesellschaft: Er soll dem modernisierungstheoretisch unterfütterten globalen Vereinheitlichungszwang (nicht ohne Grund stehen die Missionare im Titel) entgegenwirken, als dessen verlängerter Arm die Sozialgeschichte qua Theoriedesign erscheint: vgl. Medick (1984), bes. S. 296f.

12 Vgl. Latour (2012).

den muss, um das Verhalten von Subjekten effektiv beeinflussen zu können. In der Tat lässt sich ab 1970 ein Boom von Publikationen beobachten, die diese Maßstabsvermittlung zum Ziel haben. Eine eher esoterische Variante dieses Versuchs ist zum Beispiel das Manifest des amerikanischen Gegenkulturtheoretikers Theodore Roszak »Person/Planet: The Creative Disintegration of Industrial Society« von 1978. Roszak forderte eigentlich zum Nichtstun auf, wenn er postulierte, die im postindustriellen Zeitalter wieder zutage tretenden spirituellen Bedürfnisse des Menschen und die Bedingung des »Überlebens« des Planeten fielen letztlich in eins.¹³ Repräsentativer sind aber Publikationen im Ratgeberformat, etwa Frances Moore Lappes Kochbuch-Bestseller »Diet for a Small Planet« (1971) – es enthält unter anderem ein »Recipe for a Personal Revolution« –, oder John Javnas »50 Simple Things YOU Can Do to Save the Earth« (1989), dessen Umschlagbild (Abb. 1) den »blauen Planeten« und seinen Leser grafisch in Deckung bringt.¹⁴ Gerade die letztgenannten Bücher sollten das erleichtern, was in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre »Bewusstseinsbildung« genannt wurde – Bewusstseinsbildung mit Blick auf die weltweite Interdependenz. Nicht nur Printmedien kamen dabei zum Einsatz, sondern auch die Produkte der sogenannten Dritte-Welt-Läden (die später bezeichnenderweise oft in »Weltläden« umbenannt wurden). Man vergisst angesichts der Professionalität heutiger Bio-Supermärkte leicht, dass es beim fairen Handel anfangs weniger um den Versuch ging, gerechtere Wertschöpfungsketten zu schaffen. In erster Linie sollten Produkte haptisch ihre Herkunft und Herstellungsbedingungen ins Bewusstsein rufen. Der berühmte Nicaragua-Kaffee war offenbar alles andere als ein Genussmittel, eher ein zirkulierendes Trägermedium für konsumethische Botschaften.

Die vernetzte, unteilbare »Eine Welt« wurde seit Beginn der 1970er-Jahre vor allem stark *bebildert*. Man könnte an dieser Stelle auf die zahllosen Bearbeitungen des »Earthrise«-Motivs seit dem *Earth Day* 1970 eingehen, einer der Urszenen der US-Ökobewegung, in der das Foto allgegenwärtig war:¹⁵ die Welt in Ketten, als fragiles Ei, als Murmel am Abgrund, als Sanduhr, als zerknüllte Papierkugel. Interessanter als diese plump-alarmistischen Symboliken sind aber »objektivere« Verbundmedien, die Globalität darstellen. Wir sehen sie heute fast täglich: Infografiken, Karten, Karto- und Diagramme, die Ungleichgewichte der Ressourcenverteilung, der Lebensrisiken, verschieden dichte Warenströme oder verschieden ausgeprägte Mobilitätsbedürfnisse veranschaulichen. Selten sind sie so explizit politisch wie der vorzügliche »Fleischatlas« der *Monde Diplomatique*

13 Vgl. Roszak (1978).

14 Moore Lappe (1971), Kap. 1; Javna [The EarthWorks Group] (1989).

15 Vgl. Poole (2008), S. 152–159.

Abbildung 1 Globalismus im Ratgeberformat



Quelle: John Javna: 50 Simple Things You Can Do to Save the Earth, Umschlagbild. New York: The EarthWorks Group, 1989.

(2013);¹⁶ fast immer dienen sie als Emotionalisierungsangebote, vor allem als Entrüstungshilfen, stellen aber auch einen imperativen Komparativ her, der auf Selbstveränderung abzielt. Sie machen es möglich, sich nicht nur mit den Augen anderer, sondern *aller* anderen zu sehen: Wie viel brauche und verbrauche ich verglichen mit dem Rest der Menschheit? Genehmige ich mir einen zu großen Teil der globalen Ressourcen? Heinz Dieter Kittsteiner begann 1990 seine Rekonstruktion der Entstehung des moralischen Bewusstseins in der Neuzeit mit der Analyse eines Gedichts, das 1988 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* er-

16 Zum Herunterladen unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/.fleischatlas> (27. September 2013).

schienen war und das von einer unnötig vollen Badewanne an einem kalten Tag handelte. Die Badende kann diese nicht recht genießen, »weil ihr Gewissen nach den neuesten Normen funktioniert: Der Umwelt zuliebe.«¹⁷ Ich meine, dass die Norm, nach der das Gewissen vieler Menschen noch heute funktioniert, auch zum Zeitpunkt von Kittsteiners Analyse nicht mehr ganz so neu war, zumal wenn man die Vorsilbe »Um-« bei »Umwelt« fallen lässt. Diese These soll nun anhand zweier Bildbeispiele aus der Bundesrepublik und den USA untermauert werden.

2 Die Peters-Projektion

1980, kurz nachdem er dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgelegt worden war, erschien der sogenannte Nord-Süd-Bericht, der vielleicht das prominenteste Dokument der Debatte um die globale Interdependenz seiner Zeit darstellt. Er war Ergebnis der 1977 ins Leben gerufenen Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen unter Leitung von Ex-Bundeskanzler Willy Brandt. Der Bericht forderte Abrüstung und verstärkten Technologietransfer, befürwortete ein neues Verständnis von Entwicklungspolitik, aber auch ein gewisses Maß an ökonomischer Liberalisierung. Vor allem beschwor er das gemeinsame Interesse der Menschen in Nord und Süd: »The world is now a fragile and interlocking system, whether for its people, its ecology or its resources.«¹⁸ Die *North-South-Divide* wurde also weniger als Demarkationslinie zwischen entwickelter und zu entwickelnder Welt verstanden. Vielmehr ging es darum, dass diese Linie unbedingt durchtrennt werden müsse, um das Gesamtsystem »Welt« zu erhalten. Auffällig ist, dass die Empfehlungen des Brandt-Reports zwar auf der Ebene der Global Governance oder »Weltinnenpolitik« (Ulrich Beck) angesiedelt waren, der Text aber auch einen emanzipatorischen Auftrag formulierte: »It is our ambition to enable ordinary people to see more clearly how their jobs and their daily lives are interlocked with those of communities at the other end of the world.«¹⁹

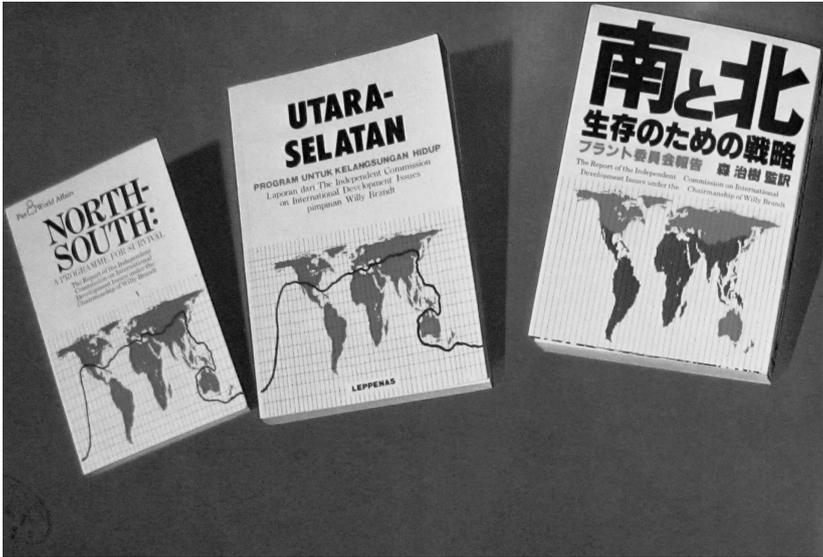
Vor diesem Hintergrund ist der Umschlag des Berichts (Abb. 2) fast von größerem Interesse als dessen Policy-Empfehlungen, die wenig Wirkung entfalteten. Die zu überwindende Barriere zwischen Nord und Süd ist nämlich auf einer eigentümlichen Weltkarte eingezeichnet, die heute selten zu sehen ist, in

17 Kittsteiner (1990), S. 8.

18 North-South: A Programme for Survival (1980), S. 33.

19 Brandt (1980), S. 10f.

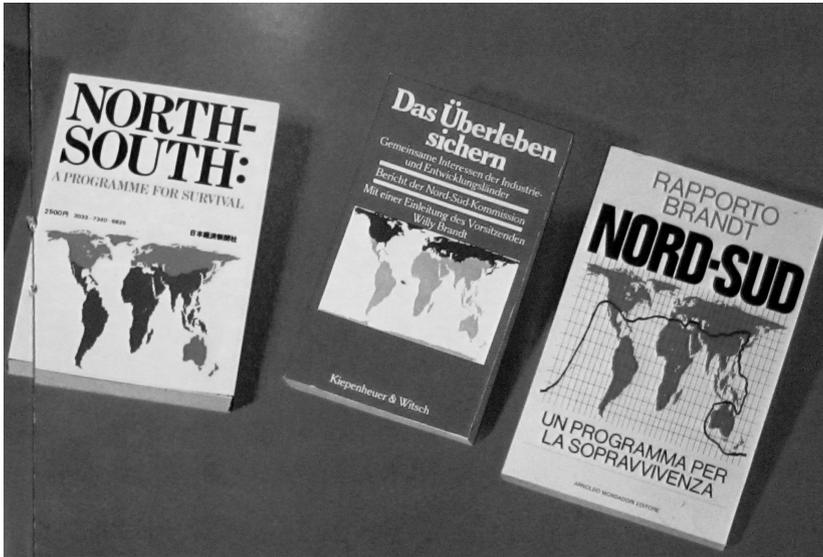
Abbildung 2 Verschiedene Buchcover des »Nord-Süd-Berichts«



Quelle: Die Peters-Projektion, Anwendungen, München: Universum-Verlag, (o. J.) [ca. 1985], S. 16f.

den 1970er-Jahren aber millionenfach verbreitet wurde. Es handelt sich um die »Peters-Projektion« (Abb. 3), die der deutsche Sozialist, Publizist und Unternehmer Arno Peters (1916–2002) auf einer groß angelegten internationalen Pressekonferenz 1973 in Bonn lancierte, und zwar als Alternative zur im 16. Jahrhundert entstandenen Karte Gerhard Mercators, die gerade die Massenmedien, so Peters, unreflektiert verwendeten.²⁰ Die Mercator-Karte gebe zwar die Umrise der Landmassen annähernd formtreu wieder, verzerre aber stark die Größenverhältnisse zwischen den Erdteilen. Insbesondere Nordamerika und Europa seien überrepräsentiert gegenüber den Ländern der »Dritten Welt«. Das zentrale Merkmal *seiner* Karte (typologisch eine sogenannte Schnitzzylinderprojektion) sei demgegenüber ihre Flächentreue. Jeder Quadratmeter auf dem Globus entspreche im Flächenverhältnis jedem Quadratmeter auf seiner Karte. Für Peters waren aber nicht nur die Größenverzerrungen der Seefahrerkarte Mercators ein Problem, die als solche schon suspekt war, schien sie doch Erfüllungsgehilfin der kolonialen Ambitionen der Europäer gewesen zu sein – sondern auch deren Bildzuschnitt: Anders als Mercator legte Peters den Äquator exakt in die Mitte des Kartenblatts und verschob so das Verhältnis von Nord- und Südteil der Erde

20 Zur Peters-Projektion ausführlicher: Kuchenbuch (2011).



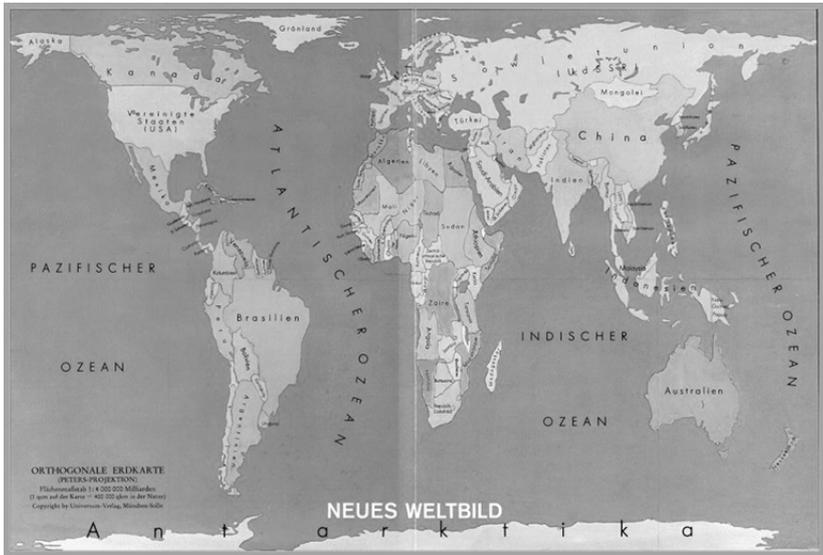
zugunsten des Südens. Peters kritisierte zudem, dass auf politischen Karten oft die Verbindung ehemaliger Kolonien zum Kolonisator farblich markiert sei. Er selbst wählte dagegen Nuancen der Grundfarbe des jeweiligen Kontinents, um Staaten voneinander abzuheben. Peters war sich sicher: Seine Karte werde zur »Richtigstellung unseres geographischen Weltbildes« beitragen.²¹ Dieses sei nicht zuletzt deshalb fehlerhaft, weil gängige Atlanten Rangordnungen voraussetzten, etwa wenn – mittels verschiedener Kartenmaßstäbe – der winzigen Schweiz genauso viel Platz eingeräumt werde wie dem riesigen Brasilien.

Peters' Karte wurde von der wissenschaftlichen Kartografie in den USA und in der Bundesrepublik rasch als pseudowissenschaftlicher Unsinn abgetan und sogar als Plagiat einer Weltkarte des schottischen Kartografen James Gall von 1855 entlarvt.²² Sie verbreitete sich dennoch rasant, auch dank Peters' ausgesprochen geschickter Öffentlichkeitsarbeit. Eine Vielzahl von Printmedien und Fernsehsendern adaptierte sie – die Verwendung in der *Tagesschau* scheiterte nur am Widerstand des Bayerischen Rundfunks, behauptete Peters in einem

²¹ Peters (1976), S. 5.

²² Vgl. nur Deutsche Gesellschaft für Kartographie/Verband der kartographischen Verlage und Institute (1985).

Abbildung 3 Die »Peterskarte«



Quelle: Orthogonale Erdkarte, Peters-Projektion, München: Universum-Verlag, (o.J.) [ca. 1973].

Interview in der Zeitschrift *Eine Welt*²³ –, vor allem aber viele NGOs. Darunter waren Misereor, in England Oxfam, Christian Aid und das World Development Movement, in den USA der christliche Dachverband National Council of Churches. Auch viele Suborganisationen der Vereinten Nationen nutzten die Peters-Karte in ihren Veröffentlichungen, so die United Nations Conference on Trade and Development (UNICEF) und das United Nations Development Programme (UNDP).²⁴ Es existieren Fotos, auf denen Papst Johannes Paul II. die Karte inspiziert; selbst das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit verwendete die Karte; der SPD-Minister Rainer Offergeld etwa ließ sich vor ihr ablichten.

Peters' Marketing ließ keinen Zweifel daran, dass sein Kartenentwurf zu einem Perspektivwechsel im »westlichen« Blick auf sich selbst und, wie er kundtat, auf die von »dunkelhäutigen Völkern« bewohnten Erdteile führen könne. Die Benutzung seiner auffälligen Karte war fast eine Läuterungsgeste; sie markierte den Willen zur Revision der eigenen (eurozentristischen) Weltansicht. Umso mehr, als die Karte erst auf globaler Darstellungsebene eigentlich sinnvoll war – je klei-

²³ Der Welt-Bildner. Zu Besuch bei Arno Peters, in: *Eine Welt* 1, 1996, S. 17–20, hier S. 19.

²⁴ Vgl. Vujakovic (1987).

Abbildung 4 Arbeit am richtigen Weltbild



Quelle: Die Peters-Projektion, Anwendungen, München: Universum-Verlag, (o. J.) [ca. 1985], S. 9.

ner der Kartenausschnitt, desto weniger unterschied sie sich nämlich von gängigen Kartenformaten. Die Peters-Karte erlaubte also weniger eine räumliche als eine moralische *Orientierung*. So wurde es auch möglich, höchst unterschiedliche Repräsentationen der Welt zu überlagern, wie auf dem Cover eines amerikanischen Begleitbuchs zur Karte (»A New View of the World«, 1987), das »Blue Marble« vor dem Hintergrund einer stilisierten Peters-Karte zeigte – ein Buch, in dem es übrigens mit einem Seitenhieb auf professionelle Experten hieß, die Beschäftigung mit dem kartografischen Weltbild sei »too important to be left to the professionals«.²⁵ Die Attraktivität der Peters-Karte bestand offenbar auch darin, dass Peters sich als vom Establishment unkorruptierter Underdog

²⁵ Kaiser (1987), S. 18.

inszenierte und als solcher in bestimmten Kreisen glaubwürdiger schien als die »Experten« der Kartografie. Es überrascht kaum, dass die Peters-Projektion in der Friedens- und Alternativpädagogik der 1970er- und 1980er-Jahre verwendet wurde. Ein Foto aus einer Broschüre zur Karte von 1985 (Abb. 4), auf dem sich Kinder ein korrektes Weltbild Stück für Stück zusammensetzen, demonstriert das.

3 »Dymaxion Map« und »World Game«

Die Behauptung, hier werde mediengestützt ein ganzes Weltbild erarbeitet, mag weit hergeholt wirken, aber sie wird plausibler, wenn man sich mit der *anderen* alternativen Weltkarte befasst (Abb. 5), die in den 1970er-Jahren stark verbreitet war – beziehungsweise mit der Art ihrer Nutzung. Gemeint ist die »Dymaxion Map« oder auch »Dymaxion Air-Ocean Map« des amerikanischen Architekten, Designers und Autors Richard Buckminster Fuller (1895–1983). Fuller wird gelegentlich der Ausspruch »Think globally, act locally« zugeschrieben; mit Sicherheit war er Schöpfer des oben genannten Denkbilds vom Raumschiff Erde, das den Planeten zum Fahrzeug werden ließ, das durchs All raste und dessen begrenzte Rationen an Bord endlich vernünftig verwaltet werden mussten.²⁶ Wie von der Peters-Karte wurde von der »Dymaxion Map« (Peters erwähnte sie übrigens nie) behauptet, sie sei im Unterschied zur Mercator-Karte weitgehend verzerrungsfrei. Fullers Projektion der Erdoberfläche auf einen Tetraeder erlaubte es aber auch, diesen entlang seiner Kanten zu zerlegen, sodass Weltteile entstanden, die sich nach Wunsch kombinieren ließen. Seine Karte war gewissermaßen strukturell heterarchisch, sie hatte kein oben und unten; und sie machte den Planeten Erde auf planer Fläche als Kontinuum denkbar.

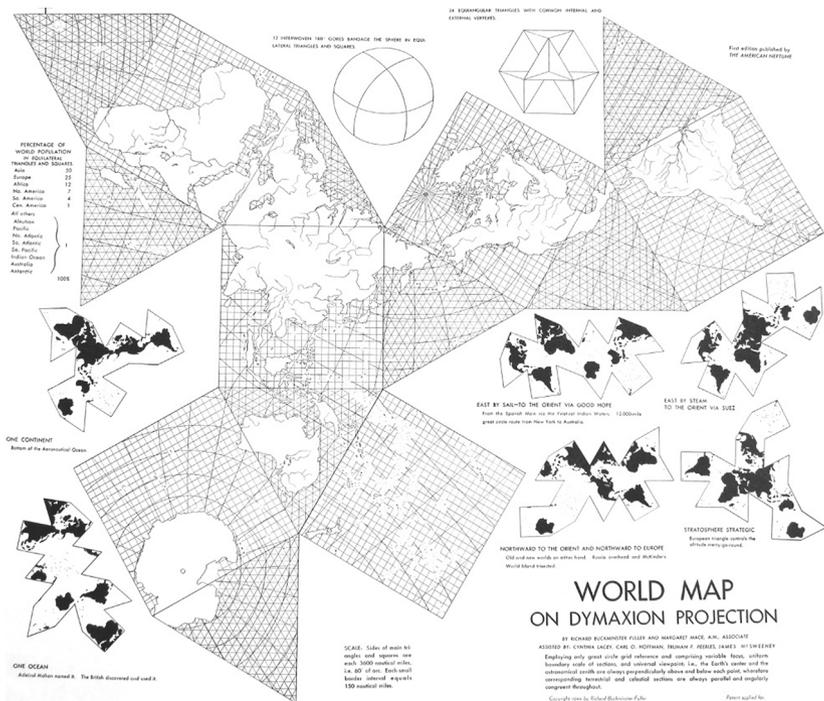
Peters und Fuller bilden ein interessantes Vergleichspaar. Es handelt sich um zwei höchst missionarische Weltverbesserer im eigentlichen Wortsinn, deren teils autodidaktisches Vorgehen und universalistischer Anspruch²⁷ an die »Projektmacher« des späten 19. Jahrhunderts erinnert.²⁸ Beide blieben akademische Außenseiter, die sich und ihre Ideen phasenweise ausgesprochen erfolgreich vermarktet, aber nicht aus Profitstreben: Sie waren Idealisten, die sich insbesondere für die didaktischen und partizipatorischen Potenziale transkulturell verständlicher

26 Vgl. Fuller (1969). Einem breiteren Publikum machte die Entwicklungsökonomin Barbara Ward den Ausdruck bekannt (Ward [1966]). Sie half auch, die Formel von der »Einen Welt« zu popularisieren, vor allem im Zuge der Stockholmer Umweltkonferenz 1972: Ward/Dubois (1972).

27 Vgl. Fischer (1996).

28 Ausgezeichnet: Krajewski (2006).

Abbildung 5 »Dymaxion-Map« mit Kombinationsbeispielen



Quelle: World Map on Dymaxion Projection [nach 1944], Special Collections and University Archives, Stanford University Libraries, M1090 Buckminster Fuller papers, Series 16 Map Folder 108. Abdruck mit freundlicher Genehmigung von The Estate of R. Buckminster Fuller.

Medien interessierten. Beide verbanden schon Mitte des 20. Jahrhunderts emanzipatorisches Pathos mit Hoffnungen, Ordnung in die Welt bringen zu können, indem sie Informationen über die Welt sammelten, um diese dann leicht verständlich, weil synoptisch-grafisch aufbereitet, der Weltöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (wobei der technikbegeisterte Fullers bestimmte Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung und Vernetzung regelrecht voraussah).²⁹

²⁹ Fuller war vertraut mit dem mediendiagnostischen Globalismus seines Freundes Marshall McLuhan. Peters hatte noch vor dem Zweiten Weltkrieg Hollywood besucht; er blieb zeitweilig ein amerikabegeisterter Antiimperialist. Noch im März 1945 promovierte er beim Berliner Zeitungswissenschaftler Emil Dovifat – dem akademischen Lehrer der Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann – zum Thema: »Der Film als Mittel öffentlicher Führung. Bestimmungsversuch der Aufgaben und Voraussetzungen einer Filmpublizistik«: Staatsbibliothek zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz (SBB-PK), Nachlass 406, 18.

Mit Blick auf die Entstehung der globalen Ethik der 1970er- und 1980er-Jahre ist nun der Wandel der jeweiligen Rezipientenkreise, mehr noch der (antizipierten) Anwendungspraxis der Produkte dieser beiden Exzentriker von Interesse. Peters machte Anfang der 1950er-Jahre erstmals mit seiner »Synchronoptischen Weltgeschichte«³⁰ auf sich aufmerksam, einem auch als Schulbuch vorgesehenen Geschichtsatlas, der, wie später seine Karte, schon durch sein Format dazu zwang, globale Gerechtigkeit walten zu lassen. Es handelt sich um eine Art »Ploetz« als Balkendiagramm – ein Medienkompositum, das allen Epochen und Weltregionen gleichviel Platz einräumt und so die Geschichte Europas bewusst in die Weltgeschichte einbettet. Bereits kurz nach ihrer Veröffentlichung entzündete sich in verschiedenen Tageszeitungen eine heftige Diskussion um die »Synchronoptische Weltgeschichte«: Peters vermeintliche objektive Sammlung von Geschichtsdaten wies aus Sicht mancher Rezensenten eine deutliche Schlagseite nach links auf.³¹ Offenkundig stand hier die politische Geografie des Kalten Krieges Pate. Peters' Karte hingegen wurde zwanzig Jahre später, trotz einer ähnlichen ethischen Botschaft, als Anschauungshilfe der globalen Interdependenz begrüßt: Die imaginären Landschaften hatten sich verändert.

Auch bei Fuller ist ein Wandel nachvollziehbar. Hier muss etwas weiter ausgeholt werden. Fullers »Dymaxion Map« wurde erstmals 1943 in der Zeitschrift *Life* einem großen Leserkreis präsentiert, und zwar als Vordruck zum Ausschneiden. Das *Life*-Heft wurde zum bis dato bestverkauften.³² Die Publikation stand in direktem Zusammenhang mit einer Debatte in den USA über die Notwendigkeit, ein geostrategisches Bewusstsein zu entwickeln, nachdem die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg eingetreten waren. Insbesondere die Ausstellung »Airways to Peace« 1943 im New Yorker Museum of Modern Art argumentierte, dass sich die USA allein angesichts der Bedeutung der Langstreckenbomber keinen Isolationismus erlauben konnten, wolle man eine stabile, friedliche Nachkriegsordnung schaffen: »There are no distant places any longer: the world is small and the world is one«, hieß es in einem Begleittext des ehemaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Wendell Willkie zur Ausstellung.³³ Um das zu verdeutlichen, kamen neuartige kartografische Darstellungen des Planeten zum Einsatz, insbesondere Projektionen mit dem Nordpol im Zen-

30 Peters/Peters (1952).

31 Vgl. Stauffenberg (1953).

32 Vgl. Anker (2007a), S. 423.

33 Willkie (1943a), S. 4. Willkie beschrieb 1943 in dem Bestseller »One World«, der die Bedeutung dieses Ausdrucks in der unmittelbaren Nachkriegszeit prägen sollte, seinen Flug um die Welt im Jahr zuvor. Dieser hatte ihn zu den Verbündeten der USA im Nahen Osten, nach Indien und China geführt. Willkie befürwortete entschieden eine global ausgerichtete US-Außen- und Wirtschaftspolitik sowie eine Art Weltföderalismus: vgl. Willkie (1943b).

trum, die eindringlich die geringe (Flug-)Distanz veranschaulichten, die zwischen dem eurasischen und dem amerikanischen Kontinent lag.³⁴ Fuller selbst thematisierte 1944 in einem Aufsatz mit dem Titel »Fluid Geography« dieses Interesse am Weltganzen und an Techniken, dieses grafisch zu repräsentieren.³⁵

Im Unterschied zu manch anderem neuartigen Kartenentwurf der Kriegsjahre nutzte Fuller seine Karte bereits früh, um darauf nicht nur Distanzen, sondern auch Daten abzubilden. Fuller sammelte seit den 1920er-Jahren Wirtschaftsstatistiken zur Menschheitsentwicklung. In der Zeitschrift *Fortune* publizierte er schon 1940 Schaubilder, die (nicht unähnlich Peters' späterem Geschichtsatlas) die »History of Progress« nachvollziehbar machten. Hier wurde die Entwicklung der globalen Produktivität oder die Entdeckung und Nutzung der chemischen Elemente in der Menschheitsgeschichte als Graph dargestellt. In derselben Ausgabe erschien aber auch Fullers erste Weltkarte: Die »World Energy Map« ließ die Kontinente erstmals als Kontinuum erscheinen, auf dem diejenigen Weltregionen markiert waren, in denen die meisten fossilen Brennstoffe verbraucht wurden.³⁶ Solche Karten sind uns, wie gesagt, heute aus Energiesparzusammenhängen vertraut. Fullers Energiekarte muss allerdings vor dem Hintergrund seiner weit optimistischeren Überzeugung gesehen werden, eine umfassende Effizienzsteigerung bei der Ausschöpfung und Distribution der Rohstoffe der Erde sei möglich und notwendig, um den Lebensstandard der ganzen Menschheit demjenigen der Vereinigten Staaten anzugleichen. Diesen Standpunkt vertrat Fuller eigentlich zeitlebens, und er stieß damit vor allem in den 1960er-Jahren auf große Resonanz – etwa im Zuge der Diskussion um die »Bevölkerungsexplosion« gegen Ende des Jahrzehnts.³⁷ Fuller schwebte eine Globalsteuerung nicht etwa durch eine supranationale Politik, sondern durch die Exponenten der *Design Science* vor, also eine Elite von Technikern und Erfindern, die niemand besser verkörperte als er selbst.³⁸ Fuller war inzwischen als Architekt und Designer von tragenden Strukturen in Leichtbauweise berühmt geworden. Insbesondere seine geodätischen Kuppeln, die sich mit geringem materiellen Aufwand errichten

34 Vgl. Cosgrove/Della Ora (2005) sowie Schulten (1998). Peters arbeitete zu dieser Zeit in Berlin an einem astrofuturistischen Roman, der die globale Systemkonkurrenz, aber auch die Gefährdung der Demokratie durch die umfragegestützten massenmedialen Manipulationen der Bevölkerung zum Thema hatte: *Astropolis*. Erste Skizze zu einem futuristischen Roman von Arno Peters. 1945, SBB-PK, Nachlass 406, 19.

35 Fuller (1980) [1944].

36 Heute wird gerade diese Karte herangezogen, um die Ergebnisse des »Human Genome Projekt« zu verbreiten: Der Makrokontinent macht die genetisch nachgewiesenen Wanderungsbewegungen der Spezies nachvollziehbar: vgl. <http://en.wikipedia.org/wiki/File:Map-of-human-migrations.jpg> (27. September 2013).

37 Vgl. Höhler (2006).

38 Vor allem Fuller (1969).

ließen (und die er insbesondere ans US-Militär vertrieb), wurden zu visuellen Manifestationen des Raumfahrtzeitalters, wohl auch, weil sie Globen ähnelten – die statischen Berechnungen, die diesen Konstruktionen zu Grunde lagen, entsprangen der mathematischen Arbeit an seinem Kartennetz.

Bald wurden Fullers Ideen verstärkt »von unten« adaptiert; sie begannen, in der entstehenden Alternativ- und Gegenkultur zu zirkulieren, und sie veränderten sich dabei. Die Bedeutung seiner modularen Architekturentwürfe für die oben genannten kalifornischen Aussteiger-Communities ist gut erforscht, der erwähnte »Whole Earth Catalog« präsentierte mehr als einmal Überlegungen und Skizzen Fullers – Brand und Fuller waren sich bereits Ende der 1960er-Jahre begegnet. Weit weniger bekannt ist die Nutzung von dessen Karte für das sogenannte »World Game«,³⁹ das Fuller Mitte des Jahrzehnts zu entwickeln begonnen hatte. Es handelte sich dabei um ein frühes Weltplanungsmodell, das – in Antizipation künftiger gesteigerter Rechenkapazitäten von Computern und eines satellitengestützten Echtzeit-Monitorings des Zustandes des Planeten – darauf hinauslief, verschiedene Ressourcennutzungsszenarien aus der historischen Entwicklung bis ins Jahr 2000 zu extrapolieren, die entsprechenden Konsequenzen für die Menschheitsentwicklung durchzuprobieren und auf seiner Weltkarte darzustellen.⁴⁰ Fuller verstand sein Spiel als friedliche Abwandlung der geostrategischen *war games* der Kalten Krieger, also spieltheoretisch geprägter Kriegssimulationen und außenpolitischer Szenario-Rechner, wie sie beispielsweise die RAND-Corporation entwickelt hatte. Fuller wirkte selbst in der Systemkonkurrenz mit, allerdings auf andere Weise. 1964 war er von der United States Information Agency aufgefordert worden, einen Vorschlag für die US-Präsentation auf der Weltausstellung 1967 im kanadischen Montreal einzureichen. Er schlug eine Art Arena vor, in deren Innerem sich ein gigantisches sogenanntes Geoscope befinden sollte, ein Globus mit einem Durchmesser von knapp dreißig Metern, der sich automatisiert zu einer planen Dymaxion-Karte entfalten ließ. Auf deren Oberfläche konnten die Besucher dann von den umlaufenden Rängen aus globale Daten mittels Knopfdruck auf Terminals aufrufen. Glühbirnen zeigten beispielsweise die Standorte internationaler Flughäfen oder den Proteinverbrauch in bestimmten Weltregionen an. Fuller war der Überzeugung: »[O]n this stretched out, reliably accurate world map of our Spaceship Earth, a great world logistics game [could] be played by introducing into the computers

39 Vgl. an neuerer Forschung: Anker (2007a); mit Abbildungen vor allem Krausse/Lichtenstein (1999), S. 464–498. Vgl. zudem Gabel (2002), Felderer (2006) und Lysen (2013).

40 Vgl. etwa Fuller (2002) [1969]. Schon 1956 hatte er vorgeschlagen, direkt neben dem Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York ein solches Bauwerk (hier noch »Minni-Earth« genannt) zu errichten.

all the known inventory and whereabouts of various metaphysical and physical resources of the Earth.«⁴¹ Der Vorschlag wurde nicht realisiert, Fuller erhielt aber den Auftrag, den US-amerikanischen Pavillon zu errichten, eines seiner Hauptwerke, den »Expo-dome«.

Fuller hatte das »World Game« zum Kerncurriculum der Southern Illinois University machen wollen, an der er inzwischen unterrichtete und auch seine Datenbank (das »World Resources Inventory«) untergebracht hatte.⁴² Nach einem ersten »World-Game«-Workshop an der New York Studio School of Painting and Sculpture 1969 initiierte er in Illinois das World Resources Simulations Center – das man sich als Geoscope im viel kleineren Maßstab vorstellen musste –, um dort das »Game« zu spielen; anderswo, vor allem an den Architekturinstituten von US-Universitäten, wurden provisorische *game rooms* geschaffen, indem man Seminarräume mit Dymaxion-Karten ausstattete.⁴³ Teilnehmer wurden aufgefordert, sich beim Blick auf diese Karten Fragen zu stellen wie: »What basic regenerative processes are redundant? How can all resources be combined into one industry?«⁴⁴ Beim »Spielen« kam es offenbar regelmäßig zu interessanten Erkenntnissen: »[One] traveled through the minds of the others in the room«, schrieb Fullers Assistent Edwin Schlossberg.⁴⁵ Fuller ging es allerdings weniger um solche subjektiven Transgressionen; er hatte Teams in einen intellektuellen Wettstreit miteinander ums bestmögliche »World Design« bringen wollen.⁴⁶ Schon 1971 sah er sich genötigt, die Einhaltung der Regeln des Spiels – er bezeichnete es nun als »Integrative Resource Utilization Planning Tool« – anzumahnen, das sonst in eine lähmende »self-examination« münden könne.⁴⁷ 1972 rief sein Mitarbeiter Gabel Medard in Philadelphia das World Game Institute ins Leben, das bis heute existiert und nach eigener Auskunft seitdem mehr als hunderttausend Menschen mit dem Spiel in Berührung gebracht hat.⁴⁸ Die Publikationen des Instituts zeigen, dass Spiel und Karten seitdem in der Tat immer weniger als Werkzeuge bei der Erprobung von Methoden der Globalsteuerung zur Anwendung gekommen sind, sondern eher bei der Her-

41 Fuller u. a. (o. J.) [1971], S. 18.

42 Vgl. Fuller (1970).

43 Fuller u. a. (o. J.) [1971], S. 43f.

44 Ebd., S. 129.

45 Ebd., S. 42.

46 Er hatte es als Bestandteil der selbstausgerufenen »Word Design Decade« präsentiert: vgl. o. A. (1963).

47 Fuller u. a. (o. J.) [1971], S. 4. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, ein privat nutzbares »World Game Program Kit« zu vertreiben. Für fünfzig Dollar erhielt man unter anderem das »Operating Manual«, drei große Dymaxion-Karten, eine »punch out map« und einen Satz »resource inventory slides«: ebd., S. 181.

48 Vgl. www.global-vision.org/interviews/misc/mgabel.php (27. September 2013).

Abbildung 6 Ein »World Game« an der Brown University in Providence, RI



Quelle: World Monitor, wiederabgedruckt von Gene Keyes:
<http://www.genekeyes.com/FULLER/BF-6-later-ed.html> (27. September 2013).

ausbildung eines ethischen globalen Problembewusstseins.⁴⁹ Ein Foto von 1989 mag das illustrieren (Abb. 6): Die Teilnehmer besetzten zu Spielbeginn mit ihrem Körper gewissermaßen eine geostrategische Position auf Fullers Karte. Im Spielverlauf löste man dann gemeinsam Weltprobleme wie das der Überbevölkerung. Der Miniaturplanet wurde zum Kollaborationsraum. Hier wurde für

49 Vgl. etwa Gabel (1973). Auch das »Supplement to the Whole Earth Catalog« thematisierte im März 1969 das »World Game«: vgl. Diederichsen/Franke (2013), S 109. Gabel vertreibt bis heute »Information products«, etwa digitale Datenbanken (»Global Manager«) oder den »Atlas of the Multinational Corporation«. Vgl. zur Entwicklung des »World Game« seit den 1970er-Jahren auch Wasiuta (2009). Zuletzt wurde Fullers »World Game« häufig in einen Zusammenhang mit einem Dokumentarfilm über einen US-Lehrer gerückt, der Weltprobleme mit Grundschulern löst: <http://www.worldpeacegame.org/> (27. September 2013).

ganze Kontinente Verantwortung übernommen und zugleich die Befähigung eingeübt, die Relativität des, so hieß es wörtlich, eigenen Standpunkts zu transzendieren.

4 *Global Education* und systemisches Denken

Peters' und Fullers Karten waren Responsibilisierungshilfen. Auch wenn Fuller selbst klar dem technokratischen Pol des »Eine-Welt«-Sinnfelds zuzuordnen ist und Peters eher dem kulturkritisch-moralisierenden, wurden beider Welt-Visualisierungen im gleichen Anwendungszusammenhang diskutiert. Der prominente schwedische Ernährungswissenschaftler Georg Borgström brachte diesen Anwendungszusammenhang 1979 so auf den Punkt: »At this crucial turning point in world history [gemeint war die Ölkrise], when circumstances make it both inevitable and indispensable for us Westerners to move out into One World, our own highly structuralized formal education has prepared us poorly for this essential step.«⁵⁰ Es galt also, die Pädagogik darauf auszurichten, eine »civic literacy on the challenges of global interdependence« zu erzielen – und damit verbunden auch eine individuelle Bereitschaft, sich »questions of life styles and values« zu stellen, wie es in einer amerikanischen Denkschrift zur *Global Education* von 1976 hieß.⁵¹ In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre lässt sich länderübergreifend eine steigende Zahl von Veröffentlichungen verzeichnen, die sich den »Möglichkeiten entwicklungspolitischer Bewußtseinsarbeit« widmeten und die darauf zielten, »Leuten die Augen dafür zu öffnen, was von einem Menschen, der im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts lebt, erwartet werden muß und kann, mithin innerhalb bestimmter Grenzen, die letztlich die Grenzen der einen Welt sind« – so 1977 eine Publikation zum Dialog Nord-Süd.⁵² Das konnte so weit gehen, dass der Entwicklungsbegriff selbst umgedeutet wurde, wie im Jahr zuvor in einer westdeutschen Veröffentlichung mit dem Titel »Die Eine Welt«:

Das vorliegende Buch soll ein Beitrag zur Entwicklungshilfe sein. [...] [D]enn wir leiden an einer schrecklichen Unterentwicklung unseres Bewußtseins. Wir müssen lernen, Augen, Ohren und alle Glieder, Vernunft und alle Sinne zu entwickeln, damit wir [...] in der Lage sind, unseren Beitrag zur Überwindung der Krisen in der Welt zu leisten. Wir müssen eine

50 Das Zitat findet sich im Vorwort zum Bestseller des Norwegers Erik Dammann, »The Future in Our Hands« (Original 1972), der eine gleichnamige Konsumverzichtsbeziehung inspirierte, vor allem in Skandinavien: Dammann (1979), S. XII. Der Umschlag des Buchs zeigt einen im Gras liegenden Globus. Die Fragilität des Planeten wird so verdeutlicht, aber auch der Graswurzelcharakter der vorgeschlagenen Praktiken, ihn zu schützen.

51 Morehouse (1976), S. 20.

52 De Lange (1977), S. 210.

»Ganzheitsmethode« entwickeln, die uns hilft, nicht nur unsere eigenen Probleme zu erkennen, sondern das Ganze in den Blick zu bekommen.⁵³

Tatsächlich bemühten sich viele Erziehungswissenschaftler in den 1970er- und 1980er-Jahren, dieses Ganze besser zu vermitteln und so die »Aktivierung im Nahbereich« in Gang zu bringen, wie es 1974 in der Zeitschrift des Evangelischen Pressedienstes *epd – Entwicklungspolitik* hieß.⁵⁴ Bald wurde vermehrt statistisches Datenmaterial, etwa zum Kalorienverbrauch in verschiedenen Weltregionen, grafisch aufbereitet. Häufig wurden dabei geografische Verzerrungen, Kartogramme beispielsweise, eingesetzt, um ökonomische Disproportionalitäten darzustellen. Eine Reihe neuer NGOs versendeten solche Medien, oft zusammen mit VHS-Filmen und Hörspielen, als multimediale *kits* an interessierte Lehrer – in Großbritannien wurden sie etwa durch das einflussreiche 1973 gegründete Voluntary Committee on Overseas Aid and Development (VCOAD, 1976 umbenannt in Worldaware) vertrieben. Das New Yorker Center for Global Perspectives in Education wiederum gab 1973 sogar ein Heft seiner Publikationsreihe »Intercom« heraus, das Interviews mit den Autoren der Studie »Die Grenzen des Wachstums« enthielt – diese stellten fest, es bestehe Bedarf nach einem Unterricht, der die Eingebundenheit des eigenen Handelns in globale Wirkungszusammenhänge verdeutliche.⁵⁵ Die Aktivisten solcher Institutionen bemängelten die national verengte Perspektive der Materialien und Curricula des Schulunterrichts und der Erwachsenenbildung; sie thematisierten die drohende weltweite Energie-, Wirtschafts-, Ernährungs- oder Umweltkatastrophe; teils kamen sie auch explizit auf die Erpressbarkeit des Westens angesichts seiner Rohstoffabhängigkeit zu sprechen. Vor allem aber argumentierten sie, dass derlei relativistische Einsichten nicht mittels Frontalpädagogik eingetrichtert werden konnten, sondern individuell zusammengesetzt werden mussten, wie ein Puzzle.⁵⁶ Dies auch, weil man nur so die Kompetenz steigern könne, in einer schwer vorhersehbaren Zukunft wendig auf Veränderungen zu reagieren.

Es wurde also an der Dynamisierung der didaktischen Situation gearbeitet. Durch Simulationen und Rollenspiele, mittels »creative dramatics«⁵⁷ sollte das »Teaching about Spaceship Earth« erfolgen.⁵⁸ In den 1970er-Jahren wurden in großer Zahl sogenannte *trade games* entwickelt, die – ähnlich wie in Fullers »World Game« – mittels verteilter Rollen die Multidimensionalität globaler In-

53 Frenzel (1975), S. 9.

54 Vgl. Bahr u. a. (1974). In der Zeitschrift finden sich viele sogenannte Lehrgrafiken zum Nord-Süd-Gefälle.

55 Vgl. Center for War/Peace Studies (1973).

56 Vgl. etwa Fyson (1974).

57 Bergseth u. a. (1973), S. 8; Nesbitt (1974).

58 Vgl. Center for War/Peace Studies (1972); vgl. auch King (1970).

teressenkonflikte oder das Machtgefälle bei der Aushandlung von Preisen für Importgüter einsichtig machen sollten. Es wurde überhaupt angeregt, mit Schülern und Studierenden das »scenario spinning« zu üben, sie das eigene Leben im Jahr 2000 beschreiben zu lassen, und zwar unter Berücksichtigung des eigenen täglichen Energieverbrauchs.⁵⁹ Oxfam USA präsentierte 1975 ein Rollenspiel mit dem Titel »The decision is yours«, das den Teilnehmern regelrecht den Blick des klassischen Entwicklungshelfers austrieb. Diese übernahmen die Rolle von Mitarbeitern einer NGO in Burkina Faso, die über die Finanzierung verschiedener Hilfsprojekte zu entscheiden hatten. Nach Spielende sollten sie diskutieren, ob sie ihre Entscheidungen auf »priorities based on your own cultural values« gegründet hatten, um sich im Anschluss daran zu fragen, ob der Lebensstandard der US-Bürger angesichts der natürlichen Wachstumsgrenzen überhaupt erstrebenswert sei.⁶⁰ Wie eng die Herausbildung eines derart globalisierten Bewusstseins und die Problematisierung des Alltags für viele Lehrer miteinander verwoben waren, wird besonders deutlich an einer Reihe von Forschungsprojekten, die gegen Anfang der 1970er-Jahre an pädagogischen Instituten von US-Universitäten initiiert wurden. Im vielfach nachgeahmten, am renommierten Mershon Center der Universität Columbus, Ohio durchgeführten Pilotprojekt »Columbus in the World/The World in Columbus« zum Beispiel erprobten Wissenschaftler und Studierende mit Blick auf die Schuldidaktik, wie man globale Verbindungen und Abhängigkeiten vor Ort, in der eigenen unmittelbaren Lebenswelt sichtbar machen könne, beispielsweise mittels Feldstudien und Exkursionen (in Supermärkte, zu Flughäfen) oder Interviews mit Einwanderern, Austauschstudenten und Mitarbeitern transnationaler Unternehmen.⁶¹

Hier ist nicht der Raum, tiefer in die Geschichte der empirischen Lernforschung einzutauchen, die sich zu dieser Zeit wegentwickelte von den eher behavioristischen Ansätzen des Jahrzehnts zuvor. Die institutionen- und autoritätskritischen Überlegungen der späten 1960er-Jahre waren dabei richtungweisend, etwa Illichs *Deschooling*-Vorschläge, Paulo Freires *Empowerment*-Pädagogik oder das Konzept des »lebenslangen Lernens«, das in dieser Zeit aufkam und als Voraussetzung für soziale Partizipation und gesellschaftliches Engagement propagiert wurde. Ziel war die Flexibilisierung des eigenen Möglichkeitsbewusstseins; Schlüsselbegriffe waren *choice* und *change*. In den USA mehr als in der Bundesrepublik prägten dabei die Epistemologien von Kybernetik, von Spiel- und Systemtheorie auch die Didaktisierung des Denkens in globalen Handlungsalternativen. Der Mathematiker und spätere Reformpädagoge Lewis J. Perelman

59 Nesbitt (1973), S. 15.

60 Center for War/Peace Studies (1973), S. 28.

61 Vgl. dazu Woyach/Remy (1982).

schrrieb 1976 in seinem Buch »The Global Mind«, das unter Mithilfe von Donella und Dennis Meadows entstanden war, den Autoren des Club-of-Rome-Berichts: »[T]he roots of the crisis are essentially epistemological – that is, deriving from the way we perceive, act upon, and learn from our environment; in other words, our manner of modelling ›reality‹.«⁶² Man könne von regelrechten »occidental errors of epistemology« sprechen, die das konventionelle Bild der Welt bestimmten. Notwendig sei angesichts dieser Fehlentwicklung »a shift in our whole frame of reference and our attitude toward life itself, a wider perception of the landscape as a creative, harmonious being where relationships of things are as real as the things.«⁶³ Die alte, nationale Kurzsichtigkeit müsse durch eine zugleich relationale und ganzheitliche »softworld vision« ersetzt werden, die das Prinzip der Rückkopplung in komplexen Systemen verstehen helfe. »Ultimately this means redefining our concept of education.«⁶⁴ Sicher mehr gelesen als Perelmans Buch wurde der – heute eher in Vergessenheit geratene – Nachfolger des Berichts zu den Grenzen des Wachstums. 1979 erschien die vom Club of Rome in Auftrag gegebene Studie »No Limits to Learning. Bridging the Human Gap«, die bei direkter Bezugnahme auf die »Limits to Growth« gerade das entgrenzte, ständig Soll- und Ist-Werte abgleichende Lernen zur Voraussetzung erklärte, globale Probleme zu lösen: »It means not only keeping communications open but also constantly testing one's operating rules and values, retaining those that are relevant and rejecting those that have become obsolete.«⁶⁵

Die Rede von Systemen, komplexen Interdependenzen, Feedback und Regelkreisen in der Pädagogik der 1970er-Jahre hat mehr mit den *Bildern* von der »Einen Welt« zu tun, als es auf den ersten Blick scheint. Denn die Kybernetik war bereits seit den berühmten Macy-Konferenzen selbst ein Bildprogramm. Zumindest verließen sich ihre Exponenten, wenn sie den Anspruch der Kybernetik als Metawissenschaft geltend machten, auf reduktionistische »visuelle Analogie[n]«, auf Skizzen voller Regler, Sollwerte und Messfühler.⁶⁶ Diagramme von Schaltkreisen ließen sich wie eine »Transparenzfolie« über fotografische Repräsentationen aller erdenklichen Vorgänge legen: Kochen, Raumfahrt, aber eben auch Lehren und Lernen.⁶⁷ Bald gingen die »Eine-Welt«-Pädagogen dazu

62 Perelman (1976), S. 25f.

63 Ebd., S. 31.

64 Ebd., S. 43. Joël de Rosnay, Informatiker am M.I.T., hatte bereits im Jahr zuvor in »The Macroscopic«, einer Einführung in Systemtheorie und Kybernetik, nichts weniger als die »birth of a global vision« prognostiziert, die man allerdings mittels »systemic education« beschleunigen könne. Rosnay (1979) [franz. 1975].

65 Botkin/Elmandjra/Malitzka (1979), S. 13.

66 Pias (2004), S. 23f.

67 Ebd.

über, die Eleven selbst solche Diagramme zeichnen zu lassen – mit Erfolg, wie ein amerikanischer Didaktiker 1979 feststellte:

Their diagrams show that the technical idea of positive feedback loops is at least intuitively understood. The job for educators is to foster systems [...] thinking not just in biology or physics classes, but in social studies and the humanities as well. Students need to become aware of the global consequences of decisions and actions, both public and private.⁶⁸

5 Medienverheißungen und Bedeutungsverschiebungen nach 1970 – Schluss

Was bringt die Beschäftigung mit den gezeigten Bildern, wenn man die neue Wirklichkeit der 1970er- und 1980er-Jahre besser verstehen will? Einen Clou liefert vielleicht eine neue Einführung in die Diagrammatik als Forschungsfeld. Diagramme, heißt es darin – ebenso Karten und Kartogramme, würde ich ergänzen – zeigen ihr formales Konstruktionsprinzip vergleichsweise offen. Aufgrund ihres synoptischen Charakters kommunizieren sie stärker als erzählende Präsentierungsformen die Aufforderung, die dargestellten Fakten selbsttätig in Beziehung zu setzen, auch wenn sie natürlich nie ohne Legenden und Erläuterungen auskommen, die genau diese aktivierende Funktion thematisieren.⁶⁹ Das erleichtert ein »Wechselspiel von Kon- und Rekonfiguration«, das dem Gedankenexperiment ähnelt, »dem Konzept der heuristischen Fiktion, [...] der Modellierung und Simulation von Sachverhalten oder Ereignisfolgen«. Diagramme sind nicht einfach Schaubilder, sondern »Weisen der Welterzeugung« [...], die auf das Wechselspiel von Medienformat und mentaler Operation, von Perzeption und Kognition, von Kommunikation und Konstruktion setzen.⁷⁰ Mein Punkt ist, dass in den 1970er-Jahren ein größeres Vertrauen in dieses Wechselspiel zu beobachten ist. Natürlich gab es Infografiken, Piktogramme und andere »kulturfreie Bilder« auch schon früher – das bekannteste Beispiel ist Otto Neuraths Bildstatistik aus der Zwischenkriegszeit.⁷¹ Aber es scheint doch gewinnbringend, die Jahre ab 1970 als eine Phase zu betrachten, in der vermehrt Medien verbreitet wurden, die Angebote zur individuellen »imaginierenden Aktualisie-

68 Kerr (1979), S. 112.

69 Vgl. Bauer/Ernst (2012).

70 Ebd., S. 15.

71 Pias (2017). Fuller war vertraut mit den Ausläufern des europäischen Aufklärungsdesigns der Zwischenkriegszeit. Die erwähnte Ausstellung »Airways to Peace« hatte Herbert Bayer gestaltet, ein ehemaliger Bauhäusler, der Fullers »World Energy Map« 1953 in seinem »World Geographic Atlas« reproduzierte: vgl. Anker (2007b).

nung« ihrer *message* darstellen.⁷² Friedrich Kittlers apodiktischer Satz »Medien bestimmen unsere Lage«⁷³ trifft hier wirklich zu: Die Bilder von der »Einen Welt« halfen, sich aktiv »einzuordnen«. Sie ermöglichten eine gleichermaßen geografische wie moralische Selbstverortung in jener privilegierten Weltregion, die heute »Globaler Norden« genannt wird – etwa bei der Betrachtung von Kartogrammen, die Weltregionen mit hohem Energieverbrauch anschwellen und andere schrumpfen ließen. Die Medien der *Global Education* zielten – freilich immer begleitet von Leseanweisungen und Übungsaufgaben – auf die Reflexion über die weitreichenden Konsequenzen eigener Entscheidungen in einer ungerichteten, aber auch veränderlichen Welt. Gerade für Didaktiker, für die Erzieher der Erzieher, fiel die Einübung von *agency* in eins mit der moralischen Aufforderung, das eigene Handeln als Input in ein komplexes, emergentes »System« zu sehen und zu hinterfragen. Es ging regelrecht darum, Individualität durch die Verinnerlichung des permanenten Drucks zur Selbstprüfung hervorzulocken. Vielleicht können wir genau darin eine Spur einer neuen Wirklichkeit sehen: eben eines stärker auf Aktivierung und individuelle Ermächtigung bezogenen Politikverständnisses – dessen Kehrseite Latours eingangs erwähnte »Kommensurabilitätsfiktion« ist: Die Verantwortung für die ganze Welt wird auf die Schultern des Einzelnen gelegt, mit aller Anmaßung, die dem innewohnt – und mit all der Frustration, die dies nach sich zieht. Allerdings ist das auch schon in den 1980er-Jahren thematisiert worden, etwa von Ulrich Beck. Dieser konzidierte 1986, die »Weltgesellschaft« sei inzwischen »Teil der Biographie« geworden, eine »Fernmoral« sei entstanden, die eine »Dauerüberforderung« schaffe, die »nur durch das Gegenteil: Weghören, Simplifizieren, Abstumpfen zu ertragen ist.«⁷⁴

Es ist wichtig, die Ziele des didaktischen Medieneinsatzes nicht mit der pragmatischen Ebene des individuellen Mediengebrauchs zu verwechseln. Der Einfluss der Weltformatierungsanstrengungen auf die Bilder in den Köpfen lässt sich kaum einschätzen, ohne dann doch auf die problematischen Ergebnisse der zeitgenössischen Meinungsforschung zurückzugreifen – auf Ronald Inglehart etwa, der 1977 in seiner Studie zum Wertewandel auch auf die Korrelation zwischen einer »postmaterialistischen« Haltung und einem kosmopolitischen Gefühl der Zugehörigkeit zur »world as a whole« hinwies.⁷⁵ Wenn es darum geht, Zeitabschnitte anhand veränderter Bedeutungsstrukturen zu charakterisieren, dann ist es schon für sich genommen bemerkenswert, die Historizität des Erwartungsüberschusses zu konstatieren, der sich in den 1970er- und 1980er-

72 Dünne (2008), S. 60.

73 Kittler (1986), S. 3.

74 Beck (1986), S. 219.

75 Inglehart (1977), S. 63.

Jahren auf die partizipatorischen Potenziale von Medienformaten richtete. Es ist vielversprechend, genauer zu fragen, inwieweit die Konjunktur bestimmter Medientypen auf Epochenspezifika verweist, auf ihre technischen Innovationen beispielsweise. Solche Spezifika kann man eben auch an den Hoffnungen festmachen, die sich auf die *Gebrauchsanweisungen* richteten, die diesen Medientypen gewissermaßen inhärent schienen.⁷⁶ Im Umkehrschluss ließe sich darüber nachdenken, inwiefern der Bildeinsatz der 1970er-Jahre etwas damit zu tun hat, dass die utopischen, emanzipatorischen Verheißungen, die sich im Jahrzehnt zuvor mit der geschriebenen Sprache verknüpft hatten, nun stärker infrage gestellt wurden – wenn sie sich nicht sogar in ein Interesse an machtdurchwirkten Sagarbarkeitsordnungen verkehrten. Einmal mehr gälte es dann zu entscheiden, ob man Methoden, die aus einer zu untersuchenden Epoche selbst stammen (dazu gehört im Falle der 1970er-Jahre auch die Diskursanalyse Michel Foucaults), zugleich zu deren Historisierung heranziehen kann und sollte. Historisieren ließen sich ebenso Studien über die entmündigende Durchdringung des Alltagsvokabulars mit »Plastikwörtern« wie »Planung« und »Entwicklung«, wie sie Uwe Pörksen in den 1980er-Jahren vorgelegt hat.⁷⁷ Mit Blick auf Binnenzäsuren ist dann wiederum interessant, dass Pörksen seit Ende der 1990er-Jahre verstärkt die sogenannten Visiotype kritisiert. Er stellt verschiedene globale Ikonen unter den Verdacht der Ideologieverflechtung, so auch den »blauen Planeten«. Die räumliche Metaphorik, von der diese Kritik durchsetzt ist, ist bemerkenswert: Pörksen stellt das Distanzmedium der geschriebenen Sprache der Unmittelbarkeitsfiktion der Bilder entgegen und wirft, so könnte man sagen, auf diese Weise zugleich die Frage nach der Reichweite unserer individuellen Verantwortung für die »Eine Welt« auf.⁷⁸

Literatur

- Alkemeyer, Thomas/Budde, Gunilla/Freist, Dagmar (2013), Einleitung, in: dies. (Hg.), *Selbst-Bildungen. Soziale und kulturelle Praktiken der Subjektivierung*, Bielefeld, S. 9–30.
- Anders, Günther (1970), *Der Blick vom Mond. Reflexionen über Weltraumflüge*, München.
- Anker, Peder (2007a), Buckminster Fuller as Captain of Spaceship Earth, in: *Minerva* 45, S. 417–434.

76 Dies kann übrigens auch vorbeugen, einem ahistorischen Mediendeterminismus anheimzufallen. Sehr erhellend zu Anregungen und Aporien der Medientheorie der Kittler-Schule aus Sicht der Geschichtswissenschaft: Missfelder (2008).

77 Vgl. Pörksen (1988).

78 Pörksen (1997).

- Anker, Peder (2007b), *Graphic Language: Herbert Bayer's Environmental Design*, in: *Environmental History* 12, S. 254–279.
- Bahr, Hans-Eckehard, u. a. (1974), Aktivierung im Nahbereich. Voraussetzungen entwicklungspolitischer Basisarbeit, in: *epd – Entwicklungspolitik* 11, S. 25–27.
- Bahr, Hans-Eckehard/Gronemeyer, Reimer (Hg.) (1977), *Brennpunkte. Anders leben – überleben*, Frankfurt a.M.
- Bauer, Matthias/Ernst, Christoph (2012), *Diagrammatik. Einführung in ein kultur- und medienwissenschaftliches Forschungsfeld*, Bielefeld.
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- Bergseth, Wendy A., u. a. (1973), Using Role-Play and Creative Dramatics to Help Children Understand Systems Thinking, in: Center for War/Peace Studies (Hg.), *Teaching toward Global Perspectives*, New York, S. 8.
- Binkley, Sam (2007), *Getting Loose. Lifestyle Consumption in the 1970s*, Durham/London.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006), *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Botkin, James W./Elmandjra, Mahdi/Malitza, Mircea (1979), *No Limits to Learning. Bridging the Human Gap: A Report to the Club of Rome*, London.
- Brandt, Willy (1980), A Plea for Change: Peace, Justice, Jobs, in: *North-South: A Programme for Survival. Report of the Independent Commission on International Development Issues*, Cambridge, MA, S. 7–29.
- Bredenkamp, Horst (2011), Blue Marble. Der Blaue Planet, in: Christoph Marksches u. a. (Hg.), *Atlas der Weltbilder*, Berlin, S. 367–375.
- Center for War/Peace Studies (Hg.) (1972), *Teaching about Spaceship Earth. A Role-playing Experience for the Middle Grades*, New York.
- (Hg.) (1973), *Teaching Toward Global Perspectives*, New York.
- Cosgrove, Denis (1994), Contested Global Visions. One-World, Whole-Earth, and the Apollo Space Photographs, in: *Annals of the Association of American Geographers* 84, S. 270–294.
- Cosgrove, Denis/Della Ora, Veronica (2005), Mapping Global War. Los Angeles, the Pacific, and Charles Owens's Pictorial Cartography, in: *Annals of the Association of American Geographers* 95, S. 373–390.
- Dammann, Erik (1979), *The Future in Our Hands. What We Can All Do towards the Shaping of a Better World*, Oxford.
- De Lange, H. M. (1977), Möglichkeiten entwicklungspolitischer Bewußtseinsarbeit, in: Jan Tinbergen (Hg.), *Der Dialog Nord-Süd. Informationen zur Entwicklungspolitik*, Frankfurt a.M./Köln, S. 198–214.
- Deutsche Gesellschaft für Kartographie/Verband der kartographischen Verlage und Institute (1985), *Ideologie statt Kartographie. Die Wahrheit über die »Peters-Weltkarte«*, Dortmund, Frankfurt a.M.
- Diederichsen, Diederich/Franke, Anselm (Hg.) (2013), *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen*, Berlin.
- Dünne, Jörg (2008), Die Karte als Operations- und Imaginationsmatrix. Zur Geschichte eines Raummediums, in: Jörg Döring/Tristan Thielmann (Hg.), *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld, S. 49–69.
- Elichirigoity, Fernando (1999), *Planet Management. Limits to Growth, Computer Simulation, and the Emergence of Global Spaces*, Evanston.
- Felderer, Brigitte (2006), R. Buckminster Fullers WORLD GAME, in: *Kunstforum* 176, S. 139.

- Fischer, Fritz (1996), *Der letzte Polyhistor. Leben und Werk von Arno Peters*, Vaduz.
- Frenzel, Herta (1975), Vorwort, in: dies. (Hg.), *Die Eine Welt. Eine Sammlung entwicklungspolitischer Texte zum Spielen, Singen und Erzählen*, Wuppertal, S. 9–10.
- Fuller, R. Buckminster (1969), *Operating Manual for Spaceship Earth*, Carbondale, IL.
- (1970) [engl. 1962], Erziehungsinndustrie, in: R. Buckminster Fuller, *Erziehungsindustrie. Prospekt universaler Planung und Instruktion*. Herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Joachim Krausse, Berlin, S. 7–67.
- (1980) [1944], Fluid Geography, in: James Meller (Hg.), *The Buckminster Fuller Reader*, London, S. 128–147.
- (2002) [1969], The World Game – How to Make the World Work. From Utopia and Oblivion, in: Thomas T. K. Zung (Hg.), *Buckminster Fuller. Anthology for a New Millennium*, New York, S. 128–138.
- Fuller, R. Buckminster, u. a. (o. J.) [1971]: *The World Game. Integrative Resource Utilization Planning Tool*, Carbondale, IL.
- Fyson, Nance Lui (1974), *The Development Puzzle. A Sourcebook for Teaching about the »Rich World/Poor World« Divide, and Efforts towards »One World« Development*, o. O.
- Gabel, Medard (1973), *Energy, Earth, and Everyone. A Global Energy Strategy for Spaceship Earth. With the World Game Workshop*. With a foreword by R. Buckminster Fuller, and an afterword by Stewart Brand, o. O.
- (2002), Buckminster Fuller and the Game of the World, in: Thomas T. K. Zung (Hg.), *Buckminster Fuller. Anthology for a New Millennium*, New York, S. 122–127.
- Garb, Yaakov Jerome (1980), The Use and Misuse of the Whole Earth Image, in: *Whole Earth Review* 45, S. 18–25.
- Graf, Rüdiger/Priemel, Kim Christian (2011), Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 59, S. 479–508.
- Hanvey, Robert G. (1982), An Attainable Global Perspective, in: *Theory into Practice* 21, S. 162–167.
- Höhler, Sabine (2006), »Carrying Capacity« – the Moral Economy of the »Coming Spaceship Earth«, in: *Atenea* XXVI, S. 59–74.
- (2005), »Raumschiff Erde«. Lebensraumphantasien im Umweltzeitalter, in: Iris Schröder/Sabine Höhler (Hg.), *Welt-Räume. Geschichte, Geographie und Globalisierung*, Frankfurt a. M., S. 258–281.
- Illich, Ivan (1975), *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, Hamburg.
- Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton.
- Javna, John [The EarthWorks Group] (1989), *50 Simple Things You Can Do to Save the Earth*, New York.
- Kaiser, Ward L. (1987), *A New View of the World. A Handbook to the World Map: Peters Projection*, New York.
- Kerr, Clark (1979), Education for Global Perspectives, in: *Annals for the American Academy of Political and Social Science* 442, S. 109–116.
- King, David C. (1970), *International Education for Spaceship Earth*, New York.
- Kittler, Friedrich (1986), *Grammophon. Film. Typewriter*, Berlin.

- Kittsteiner, Heinz Dieter (1990), *Gewissen und Geschichte. Studien zur Entstehung des moralischen Bewusstseins*, Heidelberg.
- Klein, Norman M. (2013), Whole Earths, 1968–1980, in: Diederich Diederichsen/Anselm Franke (Hg.), *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen*, Berlin, S. 54–58.
- Kohr, Leopold (1977), *The Overdeveloped Nations. The Diseconomies of Scale*, New York.
- Krajewski, Markus (2006), *Restlosigkeit. Weltprojekte um 1900*, Frankfurt a.M.
- Krause, Joachim/Lichtenstein, Claude (1999), *Your Private Sky. R. Buckminster Fuller. Design als Kunst einer Wissenschaft*, Zürich, S. 464–498.
- Kuchenbuch, David (2011), Arno Peters, die Peterskarte und die Synchronoptische Weltgeschichte. Mediale Repräsentationen der »Einen Welt« 1950–1990, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 59, S. 824–846.
- (2012), »Eine Welt«. Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, S. 158–184.
- Latour, Bruno (2012), Warten auf Gaia. Komposition der gemeinsamen Welt durch Kunst und Politik, in: Michael Hagner (Hg.), *Wissenschaft und Demokratie*, Berlin, S. 163–188.
- Lazier, Benjamin (2011), Earthrise; or, The Globalization of the World Picture, in: *American Historical Review* 116, S. 602–630.
- Lysen, Flora (2013), »Seit wir wissen, dass die Erde keine Scheibe ist«. Sphärisches Bewusstsein im Werk von Stan Vanderbeek und Richard Buckminster Fuller, in: Diederich Diederichsen/Anselm Franke (Hg.), *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen*, Berlin, S. 150–155.
- Malinowski, Stephan/Sedlmaier, Alexander (2006), »1968« als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, Kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32, S. 238–267.
- Medick, Hans (1984), Missionare im Ruderboot. Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10, S. 295–319.
- Missfelder, Jan-Friedrich (2008), Endlich Klartext. Medientheorie und Geschichte, in: Jens Hacke/Matthias Pohl (Hg.), *Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens*, Frankfurt a.M., S. 181–198.
- Moore Lappe, Frances (1971), *Diet for a Small Planet*, New York.
- Morehouse, Ward (1976), *A New Civic Literacy. American Education and Global Interdependence*, Princeton.
- Mouffe, Chantal (2007), *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M.
- Mumford, Lewis (1966), *The Myth of the Machine. Technics and Human Development*, London.
- Nesbitt, William A. (1973), The Energy Question. Problems and Alternatives, in: Center for War/Peace Studies (Hg.), *Teaching Toward Global Perspectives*, New York, S. 12–16.
- (Hg.) (1974), *Teaching Global Issues through Simulation: It Can Be Easy*, New York.
- Nolte, Paul (2010), Vom Fortschreiben und Umschreiben der Begriffe. Kommentar zu Christian Geulen, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 7, H. 1: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Nolte-1-2010>.
- North-South: A Programme for Survival*. Report of the Independent Commission on International Development Issues (1980), Cambridge, MA.

- O. A. (1963), *World Design Decade. Five Two Year Phases of a World Retooling Design Proposed to the International Union of Architects for Adoption by World Architectural Schools*, Carbon-dale, IL.
- Perelman, Lewis J. (1976), *The Global Mind. Beyond the Limits to Growth*, New York.
- Peters, Arno (1976), *Der europa-zentrische Charakter unseres geographischen Weltbildes und seine Überwindung*, Dortmund.
- Peters, Arno/Peters, Anneliese (1952), *Synchronoptische Weltgeschichte*, Frankfurt a.M.
- Pias, Claus (2004), Zeit der Kybernetik – Eine Einstimmung, in: ders. (Hg.), *Cybernetics | Kybernetik 2. The Macy-Conferences 1946–1953*, Bd. 2: Documents/Dokumente, Zürich, S. 9–41.
- (Hg.; erscheint vorauss. Dezember 2017), *Kulturfreie Bilder. Erfindungen der Voraussetzungslosigkeit*, Berlin.
- Pörksen, Uwe (1988), *Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur*, Stuttgart.
- (1997), *Weltmarkt der Bilder. Eine Philosophie der Visiotype*, Stuttgart.
- Poole, Robert (2008), *Earthrise. How Man first Saw the Earth*, New Haven, CT. u. a.
- Reichardt, Sven (2005), »Wärme« als Modus sozialen Verhaltens? Vorüberlegungen zu einer Kulturgeschichte des linksalternativen Milieus vom Ende der sechziger bis Anfang der achtziger Jahre, in: *vorgänge* 44, S. 175–187.
- Rosnay, Joël de (1979) [franz. 1975], *The Macroscope*, New York.
- Roszak, Theodore (1987), *Person/Planet. The Creative Disintegration of Industrial Society*, Garden City, NY.
- Sachs, Wolfgang (1992), Der Blaue Planet. Über die Zweideutigkeit einer Ikone, in: Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste (Hg.), *Terre – repère – terre. Recueil de textes de documentation des travaux d'artistes européens à l'occasion d'une invitation de l'Association Internationale des Arts Plastiques, de l'IGBK, de l'IAA et de l'AIAP pour l'été 1992*, Bonn, S. 132–151.
- Schulten, Susan (1998), Richard Edes Harrison and the Challenge to American Cartography, in: *Imago Mundi* 50, S. 174–188.
- Schumacher, E. F. (1977), *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik (= Small is Beautiful)*, Reinbek b. Hamburg.
- Stauffenberg, Alexander Graf Schenk von (1953), *Die Synchronoptische Frage. Eine Dokumentation*, Frankfurt a.M.
- Turner, Fred (2006), *From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*, Chicago.
- Vujakovic, Peter (1987), The Extent of Adoption of the Peters Projection by »Third World« organizations, in: *Bulletin of the Society of University Cartographers* 21, S. 11–15.
- Ward, Barbara (1966), *Spaceship Earth*, New York.
- Ward, Barbara/Dubois, René (1972), *Only One Earth. The Care and Maintenance of a Small Planet*, London.
- Wasiuta, Mark (2009), Worldometers; o. s. Earth; GENI, in: *Journal of the Society of Architectural Historians* 68, S. 590–593.
- Willkie, Wendell (1943a), Airways to Peace, in: *The Bulletin of the Museum of Modern Art* 11, S. 3–21.
- (1943b), *One World*, London.
- Woyach, Robert B./Remy, Richard C. (1982), A Community-Based Approach to Global Education, in: *Theory into Practice* 21, S. 177–183.

Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche »Komplexität« als intellektuelle und politische Herausforderung

Ariane Leendertz

Prolog: Berkeley 1969

Im Frühjahr 1969 gründete der Politikwissenschaftler Todd La Porte an der University of California Berkeley eine Arbeitsgruppe, um über das Problem »organisierter sozialer Komplexität« zu diskutieren. Der Blick aus dem Fenster schien die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Annäherung an dieses Problem zu bestätigen. »As we struggled through many of the abstract formalizations from works we thought could assist us, the swirl of the People's Park tragedy swept over us. Sometimes the familiar smell of riot gas invaded the seminar room; sometimes our discussions reflected the frustration of events crashing about us just three blocks away«, erinnerte sich La Porte im Vorwort des Sammelbandes, der sechs Jahre später die Ergebnisse der Arbeitsgruppe präsentierte.¹ Die Ereignisse um den People's Park markierten für ihn einen traurigen Höhepunkt gesellschaftlicher Unruhen und Proteste, universitärer und politischer Konflikte, die sich in Berkeley wie in anderen Teilen der USA seit Beginn der 1960er-Jahre immer weiter hochgeschaukelt hatten.² Über Jahre mussten die Professoren der Universität mit falschen Feueralarmen, Graffitis, Stinkbomben, Institutsbesetzungen, Streiks, lärmenden Sit-ins, eingeworfenen Fensterscheiben, verwüsteten Hörsälen und aufgebrochenen Büros leben. Verunsicherte Fakultätsmitglieder legten sich anonyme Telefonanschlüsse zu und deponierten ihre Forschungsunterlagen zu Hause, da sie auf dem Campus nicht mehr sicher schienen.³

Folgt man der dichten lokalhistorischen Beschreibung von W. J. Rorabaugh, war die Lage um den People's Park in Berkeley mehr als unübersichtlich. Im April 1969 hatte eine Allianz aus Hippies, Studenten, anarchistischen Provos,

1 La Porte (1975a), S. XIII.

2 Zum sogenannten *six-year war* von Berkeley Van Houten (2003), S. 32–49.

3 Rorabaugh (1989), S. 161.

Hare Krishnas, Anhängern der *Free-Speech*-Bewegung, lokalen Aktivisten und Anwohnern ein Abrissgelände nur drei Blocks südlich vom Campus der Universität besetzt und zu bepflanzen begonnen. Der Eigentümer, kein geringerer als die Universität, hatte das Gelände in ihren Augen verfallen lassen und die Stadt bislang keine Anstalten gemacht, an dieser Stelle die Verkehrskreuzung zu vergrößern, wie eigentlich geplant. Den zugleich von Konflikten und mangelnder Koordination geplagten Parkbesetzern und Demonstranten standen einander ebenfalls bekämpfende Autoritäten und Ordnungskräfte gegenüber. Am 15. Mai ließ die Stadt den Park von zweihundertfünfzig Highway-Polizisten verriegeln und einen Zaun um das Gelände errichten, gegen den wenig später mehrere tausend Demonstranten anzurennen versuchten. Rasch gingen Schaufensterscheiben zu Bruch, Steine flogen, Tränengas vernebelte die Straßen. Die Polizei schoss mit Jagdschrot in die Menge, ein unbeteiligter Schaulustiger starb vier Tage später an seinen Schussverletzungen, mehr als hundert Personen wurden von Schrotkugeln getroffen. Der Gouverneur des Bundesstaates Kalifornien Ronald Reagan, der über Berkeley bereits im Februar den Ausnahmezustand verhängt hatte, entsandte die Nationalgarde, die siebzehn Tage lang in der Stadt blieb. Trotz Versammlungsverbot fanden weitere Demonstrationen statt, die mit Tränengas aufgelöst wurden. Erst nach dem Abzug der Nationalgarde beruhigte sich die Lage; eine Friedensdemo markierte im Juni 1969 das Ende der Proteste.⁴ »This was Berkeley's ugliest episode during its Time of Trouble, and it became a disturbing symbol of the consequences of planning without substance or effect and politics gone slightly mad«, so Todd La Porte 1974 in seinem Rückblick. »It seemed as though we were living some of the implications of the work we were doing in the seminar. Was it possible that the fabric of social relations could rupture badly in the face of simplistic perceptions of it? It seemed that it was ... it seemed that it is.«⁵

Die persönliche Notiz des Herausgebers in einem ansonsten streng wissenschaftlich gehaltenen Sammelband veranschaulicht die gesellschaftliche Einbettung sozialwissenschaftlicher Theorie- und Begriffsbildung, die in diesem Aufsatz am Gegenstand des Konzepts gesellschaftlicher »Komplexität« herausgearbeitet werden soll. In den 1970er-Jahren begannen Soziologen und Politikwissenschaftler, einen analytischen Begriff von Komplexität zu entwickeln, indem sie aus der allgemeinen Systemtheorie und Kybernetik entnommene Konzepte in die Gesellschaftstheorie, Policy-Forschung und Politikberatung übertrugen. Für den deutschen Kontext ragen mit Bezug auf die Gesellschaftstheorie die Arbeiten Niklas Luhmanns heraus. Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes soll jedoch

4 Alles ebd., S. 154–166.

5 La Porte (1975a), S. XIII.

die Theoriebildung im Umfeld der US-amerikanischen Policy-Forschung stehen; Luhmann, der damals in den USA nicht rezipiert wurde, wird allerdings an einigen Stellen als scharfsinniger Beobachter der amerikanischen Forschungsszene hinzugezogen. Ziel des Aufsatzes ist es zu zeigen, dass gesellschaftliche Komplexität nicht allein ein Problem sozialwissenschaftlicher Theoriebildung war, sondern in den USA im Übergang von den 1960er- in die 1970er-Jahre zugleich als intellektuelles und politisches Problem »entdeckt« und diskutiert wurde. Der Begriff verbreitete sich simultan in Sozialwissenschaften⁶ und Politik, wobei sich wissenschaftliche und politisch-öffentliche Diskussionen überlappten und verflochten. Auch in den theoretischen Überlegungen wurde Komplexität nicht allein in einem analytischen Sinn, sondern als zeitdiagnostisches Schlagwort und als Metapher verwendet und verweist mit Implikationen wie Kompliziertheit, Kontrollverlust, Ungewissheit und Ambiguität auf möglicherweise weiter verbreitete Wahrnehmungs- und Deutungsmuster in den USA der 1970er-Jahre. Im Folgenden soll ein Teil des Bedeutungskontinuums der Rede über gesellschaftliche Komplexität erschlossen werden, wobei ich mich auf die Verflechtung von Policy-Forschung und innenpolitischen Debatten über die Bewertung der *Great-Society*-Politik sowie über die Reichweite politischen Handelns konzentrieren werde.⁷ Der historisch-semantiche Zugriff ermöglicht es, zeitgenössische Debatten und Problematisierungsmodi in ihrer Verflechtung über einzelne Politikfelder und Diskussionszusammenhänge hinweg zu untersuchen. Wieso gelangte das Thema sozialer »Komplexität« in jener Zeit zu wissenschaftlicher und politischer Prominenz? Was bedeutete es, Gesellschaft als »komplex« zu denken? Welche Implikationen für politische Handlungsspielräume und Steuerungsmöglichkeiten sowie für die Rolle sozialwissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess waren damit verbunden? Wie wurde »Komplexität« zu einem politischen Argument? Welche Konsequenzen waren aus den Komplexitätsdiagnosen zu ziehen? Und schließlich: Welche Erkenntnisse lassen sich aus der Untersuchung der damaligen Debatten für die breitere historische Einordnung gesellschaftlicher und politischer Transformationsprozesse im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gewinnen?

6 Der Ausdruck Sozialwissenschaften soll sich hier in seiner engeren Bedeutung in erster Linie auf Soziologie und Politikwissenschaft beziehen.

7 In Theorien der Internationalen Beziehungen sowie in der US-Außenpolitik war seit Beginn der 1970er-Jahre ebenfalls von neuartiger Komplexität und zunehmenden Interdependenzen die Rede; auch hier verflochten sich eine wissenschaftliche und eine politisch-öffentliche Diskussion; vgl. Leendertz (2013); für die Thematisierung von Interdependenzen Kuchenbuch (2012); Sargent (2010).

Wie zu zeigen sein wird, bemühten sich Politikwissenschaftler wie Todd La Porte, Gary Brewer und Ronald Brunner Anfang der 1970er-Jahre, vornehmlich »technische« Theorieansätze zur Kontrolle »komplexer Systeme« um gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven zu erweitern und damit eine verbesserte Anwendung auf soziale Problemkonstellationen zu ermöglichen. Prägend für ihre Sichtweise waren die Konzepte der »organisierten Komplexität« und des »komplexen Systems«, also das theoretische und begriffliche Instrumentarium der allgemeinen Systemtheorie und Kybernetik (Abschnitt 1). Ihre komplexitätstheoretischen Überlegungen waren untrennbar mit der raschen Weiterentwicklung des Computers verbunden: Erst die neuen Möglichkeiten der digitalen Datenspeicherung und -verarbeitung sowie dynamischer Simulationsmodelle schienen die Chance zu eröffnen, komplexe Phänomene in ihrer Ganzheit zu erfassen und ihre Eigenschaften zu analysieren. Ausgangspunkt der Überlegungen namentlich von Brewer und Brunner war jedoch erstens eine Kritik an systemanalytischen Planungsmodellen, die seit den frühen 1960er-Jahren unter dem Einfluss sozialwissenschaftlich nicht geschulter Spezialisten aus dem militärischen Bereich und der *Operations Research* die US-amerikanische Stadtplanung durchdrungen hatten (Abschnitt 2). Einen zweiten Bezugspunkt bildeten die seit Mitte der 1960er-Jahre diskutierten Probleme der *Great-Society*-Politik und die anhaltende *urban crisis* (Abschnitt 3). Die politikwissenschaftlichen Komplexitätsüberlegungen begannen am Ende einer Welle sozialwissenschaftlichen Engagements in diversen Feldern der Gesellschafts- und Sozialpolitik (Kennedy, Johnson). Einerseits markierten sie den Versuch, das analytische Instrumentarium zu verfeinern und damit die Wissensbasis von Politik und Verwaltung zu erweitern, um auf dieser Grundlage effektivere politische Interventionen zu ermöglichen. Andererseits aber überlappten sie sich im Übergang in die 1970er-Jahre mit dem Eindruck, dass Krisenerscheinungen, Probleme und Konflikte in der amerikanischen Gesellschaft nicht nur kein Ende nahmen, sondern sich immer weiter zu potenzieren schienen (Abschnitte 4 und 5). Die neue Sichtweise auf gesellschaftliche Komplexität eröffnete nicht allein neue Möglichkeiten der Analyse; sie leitete nicht allein eine imaginierte Wissensrevolution ein, sondern sie riss ebenso eine Vielzahl neuer Problemhorizonte auf. Je genauer die Wissenschaftler hinsahen, desto komplexer und komplizierter schienen die gesellschaftlichen Probleme zu werden, und desto mehr verstärkte sich ihr Eindruck eines intellektuellen und politischen Kontrollverlusts.

1 Komplexität und Theoriebildung: Organisierte Komplexität und komplexe Systeme

Gesellschaftliche Komplexität ist stets eines der Grundprobleme der Soziologie gewesen und wurde von dieser lange Zeit als wesentliches Distinktionsmerkmal gegenüber naturwissenschaftlichen Disziplinen ins Feld geführt. Die gesellschaftliche Wirklichkeit sei, so ein offenbar bis in die 1960er-Jahre geltender Konsens, wesentlich komplexer als natürliche Phänomene biologischer oder physikalischer Art, weshalb die Sozialwissenschaften nicht in der Lage seien, ähnlich »exaktes« Wissen wie die Naturwissenschaften zu produzieren.⁸ Im Übergang von den 1960er- in die 1970er-Jahre erschien es erstmals möglich, dieses sowohl von außen herangetragene als auch in den Sozialwissenschaften selbst diagnostizierte Defizit zu überwinden und die gesellschaftlichen Zusammenhänge in ihrer ganzen Komplexität theoretisch und analytisch zu durchdringen, statt sich mit Annäherungen, Verallgemeinerungen oder Vereinfachungen behelfen zu müssen. In den USA bemühten sich mit dem eingangs zitierten Todd La Porte sowie mit Ronald D. Brunner (University of Michigan) und Gary D. Brewer (RAND-Corporation) drei Politikwissenschaftler im besonderen Maße nicht nur um die theoretische Fundierung eines analytischen Komplexitätsbegriffs, sondern zugleich um dessen methodische Operationalisierung. Hierbei rekurrten sie besonders auf den Mathematiker Warren Weaver, den Ökonomen, Politik- und Computerwissenschaftler Herbert Simon sowie den Architekten und Designtheoretiker Christopher Alexander.

Der 1975 von La Porte herausgegebene Sammelband »Organized Social Complexity« fasste die damaligen komplexitätstheoretischen Überlegungen in Soziologie und Politikwissenschaft zusammen und orientierte sich nicht nur in der Titelwahl an einer vier Jahre zuvor erschienenen Studie von Brunner und Brewer. Darin hatten beide das 1948 von Warren Weaver eingeführte Konzept »organisierter Komplexität« aus der Mathematik und allgemeinen Systemtheorie in die Politikwissenschaft übertragen, um es für die Untersuchung des politischen Systems nutzbar zu machen.⁹ Weaver, der zwischen den 1930er- und 1960er-Jahren zu den einflussreichsten Wissenschaftsmanagern und den Köpfen der *Operations Research* in den USA zählte,¹⁰ unterschied 1948 zwischen unorganisierter und organisierter Komplexität (»disorganized« und »organized complexity«) und erläuterte das am Beispiel eines Billardtisches.¹¹ Es sei ohne

8 Vgl. Stehr/Grundmann (2001); Hayek (1994) [1964].

9 Brunner/Brewer (1971).

10 Vgl. Heyck (2014), S. 22–25.

11 Weaver (1948); dies und das folgende Zitat auf S. 537f.

Weiteres möglich, den Lauf von einer, zwei oder sogar drei Kugeln vorherzusagen und ihre jeweilige Position zueinander sowie zu den Banden des Tisches zu bestimmen. Beim damaligen Stand der Berechnungsmethoden und ihren technischen Voraussetzungen galt es für Weaver aber als unmöglich, dasselbe für zehn oder fünfzehn Kugeln zu tun. Die Anzahl der Variablen sei dann zu groß, um sie mit der notwendigen Detailliertheit zu bewältigen – »the problem becomes unmanageable«. Befanden sich allerdings Millionen von Kugeln auf einem entsprechend geräumigen Spieltisch, war das Problem, wie Weaver zeigte, überraschenderweise wieder lösbar, da sich nun die Methoden der statistischen Mechanik anwenden ließen: Vorausgesetzt, die Kugeln verteilten sich tatsächlich in einer vollkommen willkürlichen, »unorganisierten« Weise über den Tisch, ließ sich berechnen, wie viele von ihnen bei der zweiten Berührung im Durchschnitt an einen bestimmten Abschnitt der Bande prallen würden; wie weit im Durchschnitt der Weg einer Kugel sein würde, bevor sie mit einer anderen zusammenstieß; und wie viele Zusammenstöße eine Kugel pro Sekunde durchschnittlich haben würde. Trotz des hohen Grades an »Durcheinander« besaßen Phänomene *unorganisierter* Komplexität für Weaver insofern ein gewisses Maß an Ordnung, als sich mithilfe der Statistik Durchschnittswerte bestimmter Eigenschaften errechnen ließen. Ein Versicherungsunternehmen könne zwar nicht vorhersagen, wann einer seiner Versicherten sterben würde; die durchschnittliche Lebenserwartung seiner Kunden konnte es aber durchaus berechnen.

Gleichwohl blieb damit der Bereich mittlerer Größenordnungen ausgespart, in dem die Zahl der Variablen nicht in die Millionen ging und der, wie Weaver hervorhob, vor allem durch Organisation beziehungsweise Organisiertheit gekennzeichnet war:

The really important characteristic of the problems of the middle region, which science has as yet little explored or conquered, lies in the fact that these problems, as contrasted with the disorganized situations with which statistics can cope, show the essential feature of *organization*. In fact, one can refer to this group of problems as those of *organized complexity*.¹²

Seine Beispiele entstammten überwiegend dem naturwissenschaftlichen Bereich, etwa der Botanik, Biochemie, Molekular- und Verhaltensbiologie. Probleme *organisierter* Komplexität ließen sich nicht mit Mitteln der Statistik analysieren, denn es handele sich um »problems which involve dealing simultaneously with a sizeable number of factors which are interrelated into an organic whole. [...] A very substantial number of variables is involved here, and they are all interrelated in a complicated, but nevertheless not in helter-skelter, fashion.« Ökonomische und politische Fragen, beispielsweise das Verhalten einer organisierten Gruppe

12 Ebd., S. 539 (Hervorhebung im Original); das folgende Zitat ist auf derselben Seite.

wie einer Gewerkschaft, ließen sich Weaver zufolge in diesem Sinne auf ganz ähnliche Weise betrachten wie Problemstellungen aus dem Bereich von Biologie, Medizin oder Psychologie.¹³

Von organisierter Komplexität konnte also dann die Rede sein, wenn eine beträchtliche Anzahl von Faktoren und Variablen derart miteinander zusammen- und voneinander abhingen, dass sie ein »organisches Ganzes« bildeten; die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen waren zwar kompliziert, aber kein »wildes Durcheinander«. Zwei Dinge sind hier mit Blick auf die weitere Analyse hervorzuheben: erstens die semantische Nähe zwischen »komplex« und »kompliziert«,¹⁴ die auch in den 1970er-Jahren oft synonym benutzt wurden und auf die Alltagssprachliche Anschlussfähigkeit von Komplexitätsdiagnosen verweisen; zweitens die Bezugsgröße eines integralen »Ganzen«, innerhalb dessen Komplexität herrscht beziehungsweise als dessen wichtigste Eigenschaft Komplexität betrachtet wird. Niklas Luhmann urteilte 1975, dass der Begriff der Komplexität in der sozialwissenschaftlichen Literatur zumeist undefiniert verwendet werde, es gebe auch keinen disziplinübergreifenden, einheitlichen Komplexitätsbegriff. Sollte man einen solchen aber zu definieren versuchen, dann sei der Gesichtspunkt der Einheit am wichtigsten, unter dem eine Vielfalt gefasst werde: »Der Begriff der Komplexität formuliert so zunächst einmal die Intention, Mannigfaltiges unter dem Gesichtspunkt seiner Einheit zu sehen. Der komplexe Gegenstand muss Mannigfaltiges und Einheit zugleich sein.«¹⁵

Weaver betrachtete den Umgang mit Problemen organisierter Komplexität 1948 als essentielles Forschungsprogramm für die kommenden fünfzig Jahre. Besondere Hoffnung setzte er in die Weiterentwicklung elektronischer »computing machines«, die bereits 40.000-mal schneller als der Mensch rechnen könnten: »They will make it possible to deal with problems which previously were too complicated, and, more importantly, they will justify and inspire the development of new methods of analysis applicable to these new problems of organized complexity.«¹⁶ Darüber hinaus versprach er sich vom *Mixed-Team-Ansatz* der *Operations Research* höhere Lösungskompetenz.¹⁷ Während der interdisziplinäre Ansatz, dominiert von Natur- und Technikwissenschaften, erst in der seit den

13 Ebd., S. 540.

14 Im Englischen zwischen *complex* und *complicated*, letzteres im Sinne von »aus vielen Teilen bestehend«, »verwickelt« oder »verwickelt« und »schwer zu verstehen«.

15 Luhmann (1978) [1975], S. 13.

16 Weaver (1948), S. 541.

17 Vgl. ebd., S. 541f. Die *Operations Research* etablierte sich während des Zweiten Weltkriegs in Großbritannien und den USA, um mithilfe von Mathematikern, Physikern und Ingenieuren die Planung und Effektivität militärischer Operationen zu optimieren.

1980er-Jahren institutionalisierten *Complexity Science* vertieft wurde,¹⁸ spielten die Versprechen der Computerisierung in den sozialwissenschaftlichen Komplexitätsüberlegungen der 1970er-Jahre stets eine zentrale Rolle. Bereits dem als Gründungsvater der amerikanischen Policy-Forschung apostrophierten Harold Lasswell galten – neben »konventioneller« audiovisueller Datenerhebung durch Tonbandaufnahmen und Fotografie – computergestützte Datenspeicher und Berechnungsmethoden 1960 als »most promising answer to the challenge of complexity«.¹⁹

Auch Ronald Brunner und Gary Brewer hielten es 1971 für möglich, die Analyse politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen mithilfe computergestützter Modelle und Simulationen zu verbessern.²⁰ Soziale und politische Probleme seien als Probleme organisierter Komplexität zu begreifen, denn sie setzten sich aus einer Vielzahl miteinander in Beziehung stehender Faktoren zusammen, die gemeinsam ein »organisches Ganzes« bildeten.²¹ Darüber hinaus müsse man das politische System als ein »komplexes System« betrachten, wobei für Brewer und Brunner die Systemkomplexität – in Anlehnung an die Definition des Kybernetikers William Ross Ashby – von der Größe des Systems, das heißt der Zahl der möglichen Beziehungen zwischen den Variablen und der möglichen Zustände abhing.²² Brewer und Brunner griffen damit das Vokabular der Kybernetik und Systemanalyse auf, das mit dem Anspruch entstanden war, eine neue, Natur-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften überwölbende Wissenschaft zu begründen, und in den 1960er-Jahren die amerikanischen Sozialwissenschaften durchdrang.²³ »Social systems«, so Brewer, »exhibit properties of organized complexity. Their structure contains overlapping interaction among elements, positive and negative feedback control loops, and nonlinear relationships, and they are of high temporal order. These characteristics largely account for the observable di-

18 Hierzu Mitchell (2009). Jedoch gab und gibt es weder innerhalb der Natur- und Technik-, noch in den Sozialwissenschaften einen einheitlichen Komplexitätsbegriff; ebenfalls existiert keine einheitliche Komplexitätstheorie. Ebd. sowie Mainzer (2008); Alhadeff-Jones (2008).

19 Lasswell (1960), S. 222.

20 Brunner war am Institute of Public Policy Studies der University of Michigan tätig; Brewer war von 1968 bis 1970 in Yale Research Assistant von Harold Lasswell und arbeitete seit 1969 für die RAND-Corporation, zuerst als Berater der Housing and Urban Planning Group; seit 1970 war er Mitarbeiter des Social Science Department von RAND. Siehe Gary D. Brewer, Curriculum Vitae, Yale University, <http://environment.yale.edu/content/profiles/docs/garry-brewer-cv.pdf?1396337520> (24. August 2014).

21 Brunner/Brewer (1971), S. XIV.

22 Ebd., S. 92ff.

23 Zur konstitutiven Verbindung von Computerisierung, Kybernetik und Systemanalyse siehe Turner (2006), S. 20–26; zum rasanten Aufstieg der Kybernetik u. a. Hagner (2008); Tanner (2008); zur Verflechtung mit der Zukunftsforschung Andersson (2012); Seefried (2013); zur Konjunktur des *systems approach* Hughes/Hughes (Hg.) (2000).

iversity of social behavior.«²⁴ Es ging somit darum, Gesellschaft und soziale Phänomene auf eine bestimmte Weise zu sehen: als eine große Zahl von Elementen, Faktoren, Variablen und Subsystemen, die auf mannigfaltige Weise miteinander interagierten; diese Interaktionen überlappten sich vielfach und erzeugten positive und negative Rückkopplungen; neben linearen gab es nichtlineare Beziehungen, die man nicht durch eindeutige Ursache-Wirkungs-Prinzipien erklären konnte und die in einer internen Dynamik unterschiedliche, teils nur schwer vorhersagbare Resultate erzeugten.²⁵ Diese Sichtweise abstrahierte somit radikal von den Spezifika sozialer Beziehungen und sozialen Handelns zugunsten einer Technik, Natur und Gesellschaft einschließenden *grand theory*.

Vor allem orientierte sich Brewers und Brunners Definition gesellschaftlicher Komplexität an der des Ökonomen, Politik- und Computerwissenschaftlers Herbert Simon, der soziale Systeme 1962 erstmals als »komplexe Systeme« qualifiziert hatte. Sie bestanden Simon zufolge aus einer großen Anzahl von Teilen, die auf »nicht simple« Weise miteinander agierten.²⁶ In diesen Systemen sei das Ganze mehr als die Summe seiner Teile – »not in an ultimate, metaphysical sense, but in the important pragmatic sense that, given the properties of the parts and the laws of their interaction, it is not a trivial matter to infer the properties of the whole.« Ausdrücklich bezog sich Simon wiederum auf Weavers Definition organisierter Komplexität, die auch die komplexen Systeme kennzeichne. Als deren wichtigstes Merkmal galt Simon eine »hierarchische« Struktur. Dabei definierte er »Hierarchie« jedoch nicht als ein Prinzip von Über- und Unterordnung, sondern als eine Struktur, die sich analytisch in immer weitere Subsysteme zergliedern ließ. Als Beispiele für komplexe soziale Systeme nannte er jede Art der formalen Organisation, wie die Regierung, Universitäten und Unternehmen.²⁷

In komplexen, hierarchischen Systemen unterschied Simon Interaktionen *zwischen* den Subsystemen und Interaktionen der Elemente (»individual particles«) *innerhalb* der Subsysteme. Ließen sich alle Subsysteme und Partikel behandeln, als seien sie unabhängig voneinander, könne man von einem zerlegbaren (»decomposable«) System sprechen; seien die Beziehungen zwischen den Subsystemen schwach, aber nicht vernachlässigbar, sei das System »nearly decomposable«.²⁸ Die Ökonomie hielt Simon zu diesem Zeitpunkt beispielsweise für ein nahezu zerlegbares System. Generell qualifizierte er alle sozialen Systeme, in denen Teile miteinander kommunizierten, als nahezu zerlegbar. Diese Eigen-

24 Brewer (1973), S. 75.

25 Vgl. Geyer/Rihani (2010), S. 6–14.

26 »[M]ade up of a large number of parts that interact in a nonsimple way.« Simon (1962), S. 468; das folgende Zitat ebd.

27 Ebd., S. 468f.

28 Ebd., S. 473f.

schaft erleichterte Simon zufolge die Analyse. Um etwa die Beziehungen zweier Länder zu untersuchen, sei es nicht notwendig, detailliert die Beziehungen jedes einzelnen Bürgers zu jedem Bürger des anderen Landes zu berücksichtigen – die Interaktion von »Untereinheiten« war im Detail vernachlässigbar, wenn sie sich auch in aggregierter Form beschreiben ließ, und das hielt Simon bei allen »hierarchischen« komplexen Systemen für möglich.²⁹ Diese würden außerdem zumeist einen hohen Grad an Redundanz aufweisen: Sie bestünden in der Regel nur aus wenigen Arten von Subsystemen, und die meisten Teile seien nur schwach mit allen anderen Teilen verbunden. Ein komplexes System ohne jegliche Redundanz sei seine eigene einfachste Art der Beschreibung.³⁰

Simon sprach damit ein Problem an, das die sozialwissenschaftliche Komplexitätstheorie in den 1970er-Jahren kontinuierlich beschäftigte: nämlich welche Art der Beschreibung der Realität angemessen sei und wie komplex die Beschreibung und die aus ihr entwickelten Modelle sein müssten, um die Komplexität der Wirklichkeit erfassen zu können.³¹ Für Simon ermöglichte Redundanz die Vereinfachung der Modellbildung. Dagegen blendeten die amerikanischen Policy-Forscher die Möglichkeit der Vereinfachung durch Redundanz interessanterweise ebenso aus wie die Möglichkeit der Reduktion von Komplexität durch Selektion, auf die Luhmann schon früh hinwies. Der Soziologe definierte Systemkomplexität 1975 als abhängig von der Zahl der Elemente, der Zahl der Beziehungen der Elemente und der Verschiedenartigkeit dieser Beziehungen. Mit der Zahl der Elemente eines Systems wuchs zwar auch die Zahl der möglichen Beziehungen, aber zugleich die strukturelle Selektivität: Ein System könne nicht alle möglichen Beziehungen realisieren, sondern müsse einige wenige privilegieren. »Steigerung von Komplexität erfordert nicht nur Wachstum, sondern auch schärfere strukturelle Selektion und damit bei deren Nachvollzug in den Prozessen des Systems laufende Reduktion der Komplexität angesichts anderer Möglichkeiten.« Systemkomplexität bedeutete Luhmann zufolge dann »das Bedingungs- und Steigerungsverhältnis von Mengen und Ordnungen, von abstrakten Potentialen und selektiven Reduktionen«.³² Die Steigerung von Systemkomplexität korrespondierte also stets mit ihrer Reduktion, durch den notwendigen Mechanismus der Selektion. Für Simon erlaubten die Zerlegbarkeit des Systems, die Aggregierbarkeit von Eigenschaften einzelner Teile des Systems und Redundanz eine vereinfachte Beschreibung – und das war für ihn ein Ziel wissenschaftlicher Arbeit: »[T]he task of science is to make use of the world's redundancy

29 Ebd., S. 477.

30 Ebd., S. 478.

31 Vgl. z. B. Brewer (1975), S. 175ff.

32 Alles Luhmann (1978) [1975], S. 15ff., Zitate S. 17.

to describe the world simply.«³³ Gleichwohl: Waren komplexe Systeme nicht hierarchisch strukturiert, erschien es denkbar, dass sie sich der Wahrnehmung und dem Verstehen entzogen. »Analysis of their behavior would involve such detailed knowledge and calculation of the interaction of their elementary parts that it would be beyond our capacities of memory or computation.«³⁴

Die Theoretiker der 1970er-Jahre wie Brunner und Brewer setzten genau hier an. Statt die Beschreibung zu vereinfachen, sollte nun das Ziel sein, komplexe gesellschaftliche Systeme, wie das politische System oder die Stadt, als Ganzes zu betrachten und zu analysieren, um nicht auf spezialisierte Fallstudien, Generalisierungen oder statistische Verfahren beschränkt zu bleiben, die ihnen für Phänomene organisierter Komplexität inadäquat erschienen. Diese neue Sicht- und Herangehensweise war untrennbar mit den technischen Möglichkeiten verbunden, die die rasch fortschreitende Weiterentwicklung des Computers und digitaler Simulationstechniken eröffneten. In ihrem Ansinnen, Methoden und Instrumente der angewandten Natur- und der Ingenieurwissenschaften auf gesellschaftliche Zusammenhänge zu übertragen, standen Brewer und Brunner in der Tradition des technologisch orientierten Social Engineering in den USA.³⁵ Computer und digitale Simulationstechniken versprachen, die von Weaver und Simon thematisierten Grenzen des menschlichen Verstandes sowie die Schwächen verbaler Repräsentationen zu überwinden. Mithilfe des Computers schien sich das *mathematische* und *kognitive* Problem gesellschaftlicher Komplexität bewältigen zu lassen. Das theoretische und begriffliche Instrumentarium entstammte der Operations- und Systemanalyse, die nun für die Analyse der Gesellschaft, die Verbesserung politischer Programme sowie die Lösung von Steuerungs- und Managementproblemen in Politik und Verwaltung fruchtbar gemacht werden sollten. Konkreter Ausgangspunkt für Brewers und Brunners Komplexitätstheoretische Überlegungen waren gleichwohl eben die Schwächen einer direkten, weder gesellschaftstheoretisch noch sozialwissenschaftlich-empirisch fundierten Übertragung, die sich im Laufe der 1960er-Jahre gezeigt hatten. Die Kritik der Politikwissenschaftler setzte an vollmundigen Versprechungen des im militärischen Sektor erprobten *systems approach* sowie seiner namentlich natur- und ingenieurwissenschaftlich geschulden Protagonisten an, die ihre in der Operations- und Rüstungsforschung seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Methoden und Technologien von den späten 1950er-Jahren an offensiv auf zivile Bereiche in Wirtschaft und Politik übertrugen.³⁶

33 Simon (1962), S. 479; siehe auch S. 481 zur Redundanz als Voraussetzung vereinfachter Beschreibung.

34 Ebd., S. 477.

35 Hierzu mit Schwerpunkt auf der Zeit bis 1940 Jordan (1994).

36 Hierzu Hughes (1998), S. 141–166.

2 Der Mond und die Stadt: Computersimulationen und Systemanalyse

Im militärischen Bereich, in der Welt des Kalten Krieges, symbolisierte der digitale Computer, wie Paul Edwards herausgearbeitet hat, »a potential for total oversight, exacting standards of control, and technical-rational solutions to a myriad of complex problems«. ³⁷ Im zivilen Bereich spielten Computer seit Mitte der 1960er-Jahre beispielsweise bei Managementsimulationen von Unternehmen eine wichtige Rolle, deren Gegenstände – Werbebudgets, Verkaufsstrategien oder Produkteinführungen – recht klar umgrenzt waren. ³⁸ Die US-amerikanische Verkehrsplanung nutzte die elektronische Datenverarbeitung bereits seit den 1950er-Jahren, um Modelle des Verkehrsflusses zu entwerfen und auf dieser Basis Vorhersagen zu machen. ³⁹ Weit verbreitet waren Computermodelle in Meteorologie und Klimaforschung. ⁴⁰ In Soziologie und Politikwissenschaft arbeiteten dagegen während der 1960er-Jahre erst wenige Wissenschaftler mit Computern, wofür man damals die Kenntnisse von Mathematikern und Ingenieuren benötigte, die – vor der Verbreitung des Personal Computer in den 1980er-Jahren – zimmergroße Rechner warten und Programme schreiben mussten. ⁴¹ Trotzdem regte das Stichwort Computer zu wissenschaftlichen und planerischen Phantasien an: Mithilfe eines computergesteuerten und sich durch Analyse-»Feedbacks« permanent aktualisierenden »komplexen Makro-Systemmodells« meinte man sämtliche »simplifizierenden« Beschränkungen der bisherigen Gesellschaftstheorien seit Auguste Comte und Émile Durkheim überwinden und die Komplexität der makrosoziologischen Theoriebildung so weit *steigern* zu können, bis sie sich als adäquat für die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit erweisen würde. ⁴² Die Komplexitätstheoretischen Überlegungen seit Weaver waren von der technologischen Weiterentwicklung der digitalen Datenverarbeitung ebenso wenig zu trennen wie von Systemanalyse und Kybernetik.

Die Erweiterung der menschlichen Intelligenz durch den digitalen Computer, künstliche Intelligenz sowie eine neuartige Verschmelzung von Mensch und Maschine in integrierten Systemen waren Topoi, die seit dem Zweiten Weltkrieg sowohl die Forschungen als auch die Theorien von Kybernetik, Systemanalyse, kognitiver Psychologie und Computerwissenschaft durchzogen. ⁴³ Als einer der

³⁷ Edwards (1996), S. 15.

³⁸ Pias (2011).

³⁹ Hall (2002), S. 360f.

⁴⁰ Edwards (2000), S. 231–236.

⁴¹ Vgl. Anderson/Brent (1989).

⁴² So emphatisch Klages/Nowak (1971).

⁴³ Grundlegend Edwards (1996).

Pioniere in der Entwicklung von Computersimulationen gilt der seit 1956 am Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.) forschende Jay W. Forrester, der sich bis Ende der 1940er-Jahre mit der Entwicklung von digitalen Computern und Simulationen für militärische dynamische Systeme – genauer: mit der Konstruktion von Flugabwehrsystemen und Flugsimulatoren – befasst und seine Ideen dann auf zivile Systeme übertragen hatte. 1961 hatte er ein dynamisches Modell des Unternehmens entworfen, dieses 1969 zu einem Modell urbaner Entwicklungen ausgebaut und zwei Jahre später zu einem »Welt«-Modell erweitert.⁴⁴ Dieses bildete die Grundlage für das Computermodell, das der 1972 veröffentlichten Studie »The Limits to Growth« des Club of Rome zugrunde lag und das hierdurch eine weit über die Wissenschaft hinausreichende Prominenz erlangte.⁴⁵ Mit der auf die Modellbildung folgenden Computersimulation wollte Forrester es möglich machen, das Verhalten eines komplexen sozialen Systems zu ergründen, indem für jedes Set von Inputs eine Berechnung durchgeführt und ausgewertet wurde. Mit Computermodellen sei es möglich, so Forrester, sogar so komplexe Systeme wie soziale Systeme besser zu verstehen, als es die beschränkteren »mental« Modelle und Methoden bislang zugelassen hätten. »The mental model is fuzzy. It is incomplete. It is imprecisely stated.«⁴⁶ Immerhin hielt Forrester den menschlichen Verstand für fähig, die Struktur eines Systems zu beschreiben, um dann den Computer mit einem entsprechenden Modell zu programmieren. »But when the pieces of the system have been assembled, the mind is nearly useless for anticipating the dynamic behavior that the system implies. Here the computer is ideal. It will trace the interactions of any specified set of relationships without doubt and error.«⁴⁷ Das Unternehmen, die Stadt, die Welt: Sie alle ließen sich als »komplexe Systeme« modellieren, und diese Modelle galten Forrester als notwendige Voraussetzung für adäquate politische Programme. Das Modell, nicht empirische Daten, bildete für ihn den Schlüssel zum Verständnis.⁴⁸

System- und Operationsanalyse sowie Systemtechnik versprachen die Herstellung und (computerbasierte) Kontrolle großer technischer wie »soziotechnischer« Systeme sowie die effiziente Lösung komplexer Probleme durch effektive

44 Elichirigoity (1999), bes. S. 40–94; Lane/Sterman (2011). Laut Edwards (2000), S. 242ff., benötigte er für das Modell »World 1«, das er dem Club of Rome vorführte, lediglich drei Wochen.
45 Kupper (2004).

46 Forrester (1973) [1971], S. 14.

47 Ebd., S. 15.

48 Edwards (2000), S. 238f. Der Wissenschaftshistoriker Hunter Heyck betont den hohen Grad an Formalismus, der mit dieser Art der Modellbildung verbunden war: Jede Art von komplexem System ließ sich in derselben Sprache beschreiben; da der Computer selbst als komplexes System verstanden wurde, galt er als das am besten geeignete Instrument, um das Verhalten anderer komplexer Systeme zu simulieren. Heyck (2014), S. 12.

Planung, Beobachtung und Allokation von Ressourcen (hierauf war beispielsweise das 1965 vom ehemaligen RAND-Mitarbeiter Robert McNamara zuerst im Verteidigungsministerium eingeführte Planning Programming Budgeting System PPBS ausgerichtet). Neben Unternehmensmanagement und dem Regierungsapparat zählten Stadtplanung und -verwaltung seit Beginn der 1960er-Jahre zu den bevorzugten Kunden von quasi-staatlichen Beratungsinstituten wie RAND oder der kommerziellen TRW Inc. (bis 1958: Ramo-Wooldridge Corporation) sowie von Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie wie Lockheed Missiles & Space und Aerojet-General.⁴⁹ Auf sie richteten sich die Hoffnungen von Lokalpolitik, öffentlicher Verwaltung und Stadtplanung, denn viele der Schwierigkeiten der *Great-Society*-Politik manifestierten sich in Gestalt der sogenannten *urban crisis* besonders in den größeren Städten. Unter diesem Sammelbegriff wurden in den 1960er-Jahren eine Vielzahl sich überlappenden sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme in den Städten zusammengefasst: trotz des von Lyndon B. Johnson ausgerufenen *War on Poverty* sichtbare Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Gewalt; Auseinandersetzungen und Straßenschlachten zwischen schwarzer und hispanischer Bevölkerung und einer überwiegend weißen Polizei (die sogenannten *urban riots* wie jene in Watts 1965 oder Detroit 1967); ökonomischer Niedergang und baulicher Verfall in den inneren Stadtgebieten, Ghettobildung und räumliche Segregation; organisierte Proteste gegen Sanierungsprojekte; Wohnungsnot, Verkehrsstaus und Suburbanisierung; lokalpolitische Machtkonflikte.⁵⁰

Besonders im Bereich der Stadtentwicklung priesen militärnahe Beratungsfirmen Systemanalyse und Computersimulationen sowie Satellitenaufnahmen als ideale Planungs- und Steuerungsinstrumente.⁵¹ Zum einen verlockte das Angebot einer rationalen, »harten« Analyse, zum anderen waren die Luft- und Raumfahrtindustrie, ihre Ingenieure und Naturwissenschaftler als Vorkämpfer im Kalten Krieg bis in die obersten Ebenen der Politik hoch angesehen. So klangen die Aussagen des Physikers, Ingenieurs und Unternehmers Simon Ramo, Gründer der auf Militär und Rüstung spezialisierten Beratungsfirma TRW, und des Vizepräsidenten Hubert Humphrey 1968 nahezu identisch: »[T]he same systems approach used to put missiles in silos and satellites in orbit is also well suited to attacking the ›civil‹ problems of our rapidly decaying and congested urbanized cities«, so Ramo.⁵² Ganz ähnlich äußerte Humphrey:

49 Siehe u. a. Hughes (1998), S. 186. 1969 gründete RAND das New York City RAND Institute, das sich vornehmlich mit Planungsproblemen und Policy-Analysen der Stadt New York befasste.

50 Vgl. Teaford (1986); Self (2003); Sugrue (2005).

51 Hierzu grundlegend Light (2003).

52 Zitiert nach Hughes (1998), S. 168. Ramo und TRW wirkten maßgeblich an der Entwicklung der Atlas- und Titanraketen mit.

The techniques that are going to put a man on the moon are going to be exactly the techniques that we are going to need to clean up our cities [...] the systems analysis that we have used in our space and aeronautic program – that is the approach that the modern city of America is going to need if it's going to become a livable social institution.⁵³

Die in den 1960er-Jahren wiederholt aufgerufene »Mond-Metapher« bündelte den technologischen Optimismus und das Prestige nationaler Großprojekte der Kennedy- und Johnson-Ära. Eine Nation, die bis zum Ende der Dekade einen Menschen auf den Mond bringen würde, musste gleichermaßen in der Lage sein, die sozialen Probleme im eigenen Land zu lösen.⁵⁴ Mit den städtischen Unruhen und zunehmenden Antikriegsdemonstrationen erhielt die Partnerschaft von städtischen Amtsträgern, Rüstungs-Thinktanks sowie Luft- und Raumfahrtunternehmen, das hat Jennifer Light gezeigt, zwischen 1965 und 1968 eine weitere Dimension. Die Verteidigungsexperten von RAND und Lockheed bezeichneten die *urban crisis* als eine »Krise der nationalen Sicherheit« und zogen Parallelen zwischen dem »Guerillakrieg« in Vietnam und Konflikten in den amerikanischen »Ghettos«. Die *urban crisis* galt ihnen als eine strategische Herausforderung, der mit ähnlichen Mitteln zu begegnen war wie der kommunistischen Bedrohung im Vietnamkrieg und im Ost-West-Konflikt: »command, control, communications, computers, intelligence, and reconaissance«.⁵⁵

Aus der Warte der Planungstheorie waren Unruhen, Proteste und Demonstrationen zunächst Faktoren der Unsicherheit, die in die Planungsmodelle eingepflegt werden mussten. So ging der Sozialpsychologe Donald N. Michael, Leiter des Graduiertenprogramms Urban and Regional Planning der University of Michigan, 1968 davon aus, dass Aktionen von Protestbewegungen und -gruppierungen alsbald weitreichende, schneller spürbare Konsequenzen haben würden, da Kommunikationsdichte, Mobilität und Zahl der Beteiligten laufend zunehmen – »thereby compounding the complications in responding to and coping with the urban scene in some coherent manner«.⁵⁶ Computer könnten nun die entsprechenden Daten verarbeiten und in den Modellen den Einfluss potenzieller »Störungen« auf die Langzeitplanung zu bestimmen helfen. Allerdings wies Michael sogleich auf die gesellschaftlichen Gefahren dieser Entwicklung hin: Werde der Computer im Angesicht sozialer Unruhen für die Planung eingesetzt, bedürfe das einer Kollaboration von Planern, Behörden und Politikern, die eine Bedrohung für die Demokratie darstellen könnte. Macht, Steuerungsfähigkeit und Kontrolle würden in der städtischen Welt zukünftig wesentlich vom Zugang

53 Rede Humphreys vor der Smithsonian Institution, Mai 1968, zitiert nach Hoos (1972), S. 88.

54 Zur Mond-Metaphorik in der Innenpolitik Hoos (1972), S. 86–89; Nelson (1974).

55 Light (2003), S. 5.

56 Michael (1968), S. 1180.

zu und der Kontrolle von Informationen abhängen sowie von den Mitteln, daraus neues Wissen abzuleiten, prophezeite er im Einklang mit den damals schon in den USA diskutierten Theorien der Wissens- und Informationsgesellschaft.⁵⁷ Die latenten Kontrollphantasien, die sich in den 1960er-Jahren auch in der Policy-Forschung mit den erhofften Fähigkeiten des digitalen Computers verbanden, wurden erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts zur realen Möglichkeit, als eine neue Herrschaftsallianz aus Internetkonzernen und staatlichen Sicherheitsagenturen das Management der Gesellschaft durch kontinuierliche, flächendeckende Überwachung, Prognose und Regulierung individuellen Verhaltens versprach.

Mit den Techniken der Systemanalyse und Computersimulation verbreiteten sich in den 1960er-Jahren sowohl eine neue Sprache als auch eine neue Problemorientierung. Planer und Analysten beschrieben die Stadt als komplexes System; städtische Probleme wie Verkehrsstaus oder Wohnungsnot deuteten sie als »technische«, logistische und organisatorische Probleme, während Fragen der künstlerischen Gestaltung, baulicher und räumlicher Ästhetik, des sozialen Zusammenlebens und der Lebensqualität in den Hintergrund traten. Es galt, Informationssysteme zu verbessern und mithilfe quantitativer Indikatoren die Effizienz und Effekte politischer Programme wie des *War on Poverty* zu bemessen.⁵⁸ Dass die Planung in der Praxis und unter den konkreten lokalen Bedingungen indes weitaus »messier« war als in der Theorie, ist in den USA bereits seit Mitte der 1950er-Jahre von namhaften Politikwissenschaftlern wie Charles Lindblom oder Edward Banfield kritisiert worden.⁵⁹ Zusätzlich sahen sich Stadtplanung, Systemanalyse und Policy-Forschung – nicht zuletzt vor der eigenen Haustür wie im kalifornischen Berkeley – bereits seit Mitte der 1960er-Jahre mit der Kritik der Neuen Linken im Umfeld von Bürgerrechts-, Antikriegs- und *Free-Speech*-Bewegung konfrontiert. Misstrauen gegenüber Experten, Top-down-Ansätzen und »technokratischer« Systemanalyse, die etwa im Bereich der militärischen Anwendungen ethische Fragen hinter einem Schleier aus Jargon und technischer Terminologie verschwinden ließ, breiteten sich aus. Systemdenken, Apparate, Bürokratie und der militärisch-industrielle Komplex, die Machtelite (Mills), Technostrukturen (Galbraith) und Technokratie (Roszak), verkörpert von Institutionen wie der RAND-Corporation und ihren *whiz kids* um Verteidigungsminister Robert McNamara, waren immer wieder aufgerufene Feindbilder der Neuen Linken.⁶⁰

57 Ebd., S. 1181. Deshalb schlug Michael vor, dass jeder Bürger über öffentliche Computerterminals Zugang zu allen Daten haben sollte, über die die staatlichen Organe verfügten.

58 Vgl. Light (2003), S. 46–54.

59 Hall (2002), S. 363f.

60 Ebd., S. 364; Hughes (1998), S. 90f.; vgl. auch Turner (2006), S. 11ff. u. 28f.

Vor diesem Hintergrund markierten die komplexitätstheoretischen Versuche in der Policy-Forschung eine neue Stufe im Prozess einer Verwissenschaftlichung der Politik. Dabei ging es darum, politische Programme mit wissenschaftlicher Expertise zu unterfüttern und diese Programme, den Policy-Prozess, die Verwaltungsorganisation sowie das Verwaltungshandeln »rational« und effizient zu gestalten. Nicht zufällig setzte die komplexitätstheoretische Kritik an der Stadtplanung und der *urban policy* an, denn diese waren in den 1960er-Jahren nicht nur eines der wichtigsten zivilen Aktionsfelder der Militärexperten, sondern standen im Mittelpunkt der Debatten um die *Great-Society*-Politik.

3 Politische Konstellationen: Kritik am *War on Poverty* und das Ende der *Great Society*

Während die Verteidigungs- und Systemspezialisten Straßenschlachten und bürgerkriegsähnliche Zustände als Herausforderung für die Entwicklung verbesserter Informations- und Kontrollsysteme begriffen, schienen die Unruhen aus Sicht der Kritiker das Versagen systemanalytisch inspirierter Planungsansätze zu bestätigen. Sie hätten den Niedergang der inneren Stadtgebiete – mit hin die Verschärfung sozialer Ungleichheit und Konflikte – nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern vielleicht sogar befördert.⁶¹ Für große Resonanz sorgte diesbezüglich 1968 der »Kerner-Report«, der Verlauf und Ursachen der Unruhen des Sommers 1967 in Newark, New Brunswick und Detroit schilderte, fortgesetzte Segregation feststellte und eine Ausweitung sowie eine bessere lokale Koordinierung und Umsetzung der Regierungsprogramme forderte, die bislang die Lebensbedingungen in den Ghettos kaum verbessert hätten.⁶² Darüber hinaus hatte das »Community Action Program«, mit dem die Regierung Johnson seit 1964 lokale Partizipation und *Grassroots*-Initiativen in den von Wohnungsnot, Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Stadtvierteln fördern wollte, schon früh auch innerparteiliche Kritik hervorgerufen, weil viele der lokalen Agenturen sich rasch zur organisierten Opposition gegen (demokratische) Bürger-

61 Hall (2002), S. 365. Für den Zusammenhang zwischen Urban-Renewal-Programmen, sozialen Unruhen und Radikalisierung am Beispiel Oaklands Self (2003).

62 Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders (1968). Um die Dimensionen an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Unruhen in Detroit im Juli 1967 dauerten fünf Tage, es gab 43 Tote (davon 30 durch Polizei und öffentliche Sicherheitskräfte), 7.231 Verhaftungen und 2.509 geplünderte oder ausgebrannte Gebäude. Sugrue (2005), S. 259.

meister ausgewachsen hatten und das etablierte Machtgefüge des städtischen Wohlfahrtssystems bedrohten.⁶³

Die alsbald auf den anfänglichen Optimismus folgende Krise der wissenschaftlich unterlegten politischen Planung und ihrer Experten war in den USA eng mit der *urban crisis*, der parteiübergreifenden Kritik am *War on Poverty* sowie mit der Eskalation des Vietnamkriegs und der sich spätestens seit 1968 abzeichnenden Niederlage verknüpft. Die Popularitätswerte von Lyndon B. Johnson sanken im Frühjahr 1966 erstmals auf unter 50 Prozent, die Proteste gegen den Vietnamkrieg nahmen zu, dessen Finanzierung zehrte am Haushalt und zog Geld aus den *Great-Society*-Programmen, die Inflationsrate stieg, ebenso die Kriminalitätsrate.⁶⁴ Die republikanische Opposition begann, mit dem Ruf nach *law and order* zu punkten, was 1968 maßgeblich zu Richard Nixons Wahlsieg über Johnsons Vizepräsidenten Hubert Humphrey beitrug.⁶⁵ Innerparteiliche Differenzen spalteten die Demokraten in zwei Lager: auf der einen Seite die Reste der zerfallenden *New-Deal*-Koalition (Humphrey), auf der anderen der sich wesentlich aus Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung speisende *New-Politics*-Flügel. 1972 setzte sich dieser mit der Nominierung George McGovern zum Präsidentschaftskandidaten durch, der jedoch Nixon deutlich unterlag.⁶⁶ Diese politischen Konstellationen sind zu bedenken, wenn es darum geht, die sich gleichzeitig ausbreitende Kritik an wissenschaftlichen Prämissen politischer Programme und die darauf folgenden Komplexitätstheoretischen Präzisierungsversuche der zitierten Politikwissenschaftler einzuordnen. Seit Beginn der 1970er-Jahre wurde in den USA auch der Beitrag der Sozialwissenschaften zur Politik und ihre Rolle unter Kennedy und Johnson kritisch diskutiert.⁶⁷ Die Regierung Johnson hatte bei vielen Programmen und Gesetzesvorhaben auf Vorschläge sozialwissenschaftlicher Experten zurückgegriffen. An der Entwicklung des vorschulischen Bildungsprogramms »Head Start« sowie dem Entwurf des »Elementary and Secondary Education Act« von 1965 beispielsweise waren diverse Bildungsforscher und Erziehungswissenschaftler, an der Konzeption des »Community Action Program« unter anderem die Soziologen Richard Cloward und Lloyd Ohlin von der Columbia University beteiligt gewesen.⁶⁸ Die bereits ab 1965 immer lauter werdenden politischen Einwände zogen eine Kritik an

63 Siehe u. a. Isserman/Kazin (2008), S. 204–209; Mackenzie/Weisbrot (2008), S. 102f.

64 Vgl. Isserman/Kazin (2008), S. 197–213.

65 Siehe Flamm (2005). Johnson trat, zermürbt vom Vietnamkrieg, nicht zur Wiederwahl an.

66 Zur Spaltung der Demokraten nach 1968 ausführlich Bloodworth (2013).

67 Vgl. Nash (2006), S. 13–17.

68 Featherman/Vinovskis (2001), S. 50.

den sozialwissenschaftlichen Grundlagen der Programmplanung nach sich.⁶⁹ Mehrfach waren es vom Präsidenten selbst eingesetzte Kommissionen, die Unzulänglichkeiten von Regierungsprogrammen und ihrer Prämissen öffentlichkeitswirksam monierten.⁷⁰ Zugleich publizierten prominente Beteiligte wie Samuel P. Moynihan und Richard Cloward kritische Resümees über die Rolle von Sozialwissenschaftlern und die Bewertung des *War on Poverty*.⁷¹ Diese Kritik ging Anfang der 1970er-Jahre in einer Debatte über die von linker wie rechter Seite beklagte *welfare crisis* auf und bildete außerdem einen der Ausgangspunkte für die weiter unten zu behandelnde Regierbarkeitsdebatte.⁷²

Im Hinblick auf den Regierungswechsel von Johnson zu Nixon ist zweierlei hervorzuheben: Erstens war die Bedeutung von Sozialwissenschaften für die Politik – parallel zur Ausweitung der sozial-, bildungs- und wohnungspolitischen Programme – seit Beginn der 1960er gewachsen, auch wenn Ökonomen als Berater und Experten in der Mehrheit blieben.⁷³ Zweitens endete diese Expansion unter Nixon keineswegs, weder im Bereich der Bildungspolitik noch in der Bürgerrechts- und Anti-Diskriminierungspolitik; zusätzlich expandierten sozialwissenschaftsnahe Politikfelder wie der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie das Feld der Arbeitssicherheit.⁷⁴ Entsprechend sahen sich Sozial- und Verhaltenswissenschaftler – auch mit dem Interesse, mehr Geld für die Forschung zu erhalten – dazu berufen, der Politik im Angesicht gesellschaftlicher Unruhen und Umbrüche tiefere Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu vermitteln. »We are living in a social crisis. There have been riots in our cities and in our universities. An unwanted war defies efforts to end it. Population expansion threatens to overwhelm our social institutions. Our advanced technology can destroy natural beauty and pollute the environment«, stellte 1969

69 Wobei nicht zu vergessen ist, dass sich zugleich auch die Forschungsmeinungen und -erkenntnisse über die Zusammenhänge von Armut, Rassismus, Bildung und Arbeitslosigkeit veränderten und es schon beim Start des *War on Poverty* keinen sozialwissenschaftlichen Konsens über Ursachen und Natur von Armut gegeben hatte. O'Connor (2001), bes. S. 196–203.

70 Neben der erwähnten National Advisory Commission on Civil Disorders (Kerner-Report) ließ beispielsweise die National Commission on Urban Problems 1968 in verschiedenen Pressemitteilungen wissen, dass die Regierung mehr Wohnungseinheiten für die ärmeren Teile der Bevölkerung abgerissen als gebaut habe. Wood (1993), S. 69. Bis 1967 wurden laut Michael Katz 404.000 Wohneinheiten durch lediglich 41.580 ersetzt. Katz (2008), S. 51.

71 Fox Piven/Cloward (1971); im Erscheinungsjahr bereits in der 3. Auflage: Moynihan (1969).

72 Diese Übergänge sind in den Publikationen von Moynihan (1969) und Banfield (1970) sehr gut greifbar. Aus der *Welfare*- und Regierbarkeitsdebatte wiederum erwachsen im Laufe der 1970er-Jahre zunehmend Forderungen nach einem Rückbau sozialstaatlicher Leistungen; vgl. Davies (1996); mit Moynihan als Ausgangspunkt: Graebner (2002).

73 Vgl. Featherman/Vinovskis (2001).

74 Zusammenfassend Milkis (2012); ausführlicher Milkis/Mileur (Hg.) (2005); für die Bildungspolitik Davies (2007).

eine hochrangige Kommission der National Academy of Science und des Social Science Research Council fest.

At the root of many of these crises are perplexing problems of human behavior and human relationships. The behavioral and social sciences, devoted to studying these problems, can help us survive current crises and avoid them in the future [...]: first, in increased depth of understanding of human behavior and the institutions of society; and, second, in better ways to use this understanding in devising social policy and the management of our affairs.⁷⁵

Auf derselben Linie argumentierten die Komplexitätstheoretiker: Nachdem die Schwächen der ersten Welle sozialwissenschaftlichen Engagements in der Politik offengelegt worden waren, mussten die Analysemethoden verfeinert und die Sicht auf die gesellschaftlichen Probleme ebenso neu justiert werden wie die politischen Maßnahmen.

4 »A city is not a tree«: Komplexitätstheorie und Planungspraxis

Brewer und Brunner äußerten sich Anfang der 1970er-Jahre zwar hoffnungsvoll, aber doch zurückhaltend zu den Versprechungen von Computern und Systemanalyse. Die Computersimulation mache sich die Ordnung, die »Organisation« des Systems zunutze. Auf der Basis des verfügbaren Wissens über Strukturen, Prozesse und Variablen konstruiert, könne sie Unsicherheit über das mögliche Verhalten des Ganzen tatsächlich reduzieren und Zusammenhänge zwischen Strukturen und Verhalten zwar nicht erschöpfend, aber doch besser als bisher erklären.⁷⁶ Probleme würden systematisch in Subprobleme und Variablen zerlegt, sämtliche Kontextinformationen in das Modell eingepflegt, mit diesem könne dann experimentiert werden. Man könne Vorhersagen probieren und unterschiedliche Szenarien durchspielen.⁷⁷ Jedoch waren Theorie und politische Praxis zwei sehr unterschiedliche Dinge, wie Gary Brewer 1973 an den Beispielen Pittsburgh und San Francisco zeigte. Beide Städte hatten in den 1960er-Jahren im Rahmen staatlich finanzierter *Urban-Renewal*-Projekte versucht, Stadtent-

75 The Behavioral and Social Science Survey Committee (1969), S. 1. Hinsichtlich der sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Problemlösungskompetenz ist der Bericht äußerst zurückhaltend: Zwar betonten die Autoren, dass ihre Disziplinen angesichts vielfältiger Krisen und Gefahren gebraucht würden, jedoch nicht mehr als einen »Beitrag« zur Lösung der Probleme leisten könnten.

76 Brunner/Brewer (1971), S. 170.

77 Brewer (1973), S. 3f.

wicklung auf der Grundlage von Techniken der Systemanalyse und mithilfe von Computermodellen zu betreiben. Dass dies in beiden Fällen gescheitert war, führte Brewer unter anderem auf die praktischen Grenzen der Komplexitätstheoretischen Vorannahmen und aus der Systemanalyse übernommener Modelle zurück, wenn man diese auf »reale« gesellschaftliche Probleme zu übertragen versuchte, für die sie nicht entworfen worden seien. Seine ausdrückliche Warnung vor Spezialisten, die genau diese Übertragbarkeit behaupteten, bezog sich einerseits auf die Angebote kommerzieller Beratungsfirmen, die auch in Pittsburgh und San Francisco beteiligt gewesen waren, andererseits auf seine eigenen Kollegen von der RAND-Corporation.

The warning to beware of the model-builder who can simulate virtually any problem or context is not meant to deprecate the desire to do something to manage hard problems. It has to do with the difficulties of modeling, specification, data gathering, validation, sensitivity analysis, documentation, and question formation. These are all nasty, hard, and boring subjects that make the difference between the advertised illusions and actually having produced a viable, useful simulation.⁷⁸

Neben unzureichenden Rechnerkapazitäten und problematischen systemanalytischen Prämissen gab es noch weitere Schwierigkeiten der computergestützten dynamischen Modellbildung, auf die Brewer und Brunner früh hinwiesen. Zufall, Glück oder das Verhalten von Individuen könnten darin nicht angemessen simuliert werden. Außerdem müsse das Modell groß genug sein, um daraus verlässliche Informationen über die reale Welt ableiten zu können, aber klein genug, um direkte Ursache- und Wirkungsverhältnisse zu identifizieren, es auswerten und verbessern zu können.⁷⁹ Erneut bildeten die begrenzten kognitiven Fähigkeiten des Menschen für die beiden Forscher eine unüberwindbare Schranke der wissenschaftlichen Theoriebildung. Ein weiteres Problem schließlich stellte die von Simon postulierte Zerlegbarkeit sozialer Systeme dar. Sozialwissenschaftliche Analyse und politische Planung seien bislang auch deshalb an ihre Grenzen gestoßen, weil komplexe Systeme wie das politische System oder urbane Strukturen *gar nicht zerlegbar* seien. Brewer und La Porte beriefen sich dazu auf den 1965 erschienenen Aufsatz »A city is not a tree« des Architekten Christopher Alexander.⁸⁰

Alexander, der seit 1963 in Berkeley lehrte und vor seiner Promotion im Fach Architektur (Harvard) ein Studium der Mathematik abgeschlossen hatte, interessierte sich für grundsätzliche Fragen der Designtheorie und Planungsmethodik.⁸¹ Wie er bereits 1964 in seiner Dissertation hervorgehoben hatte, schien

78 Ebd., S. 86f.

79 Brunner/Brewer (1971), S. 95ff. u. 170f.

80 Brewer (1973), S. 68; La Porte (1975c), S. 336f.; ebenso Winner (1975), S. 58f.

81 Grabow (1983), bes. S. 36–44.

es die Architektur in der fortschreitenden Moderne mit zunehmend »komplexeren« Gestaltungsproblemen zu tun zu haben.⁸² Alexander ging davon aus, dass es eine strukturelle Korrespondenz zwischen den Mustern des in der Gestaltung zu behandelnden Problems und dem Prozess des Entwerfens neuer physischer Formen geben müsse, mit denen das Problem beantwortet werden solle. Bevor der Designer und Architekt das Problem aber in eine Form bringen könne, müsse er explizit die Struktur des Problems abbilden.⁸³ Im Anschluss an diese Überlegungen argumentierte er in »A city is not a tree«, dass Stadtplanung und Städtebau die städtischen Strukturen in der Regel so begriffen, als entsprächen sie hierarchischen Baumstrukturen: Die kleineren Einheiten, also einzelne Nachbarschaften, dann die Viertel, fügten sich jeweils zu übergeordneten, größeren Einheiten – Stadtteilen, der ganzen Stadt – zusammen. Die funktionalen Zusammenhänge verliefen jeweils vertikal: Nebeneinanderliegende Nachbarschaften beispielsweise waren nur über die höhere Ebene des Stadtteils miteinander verbunden und in den planerischen Konzeptionen streng getrennt, wie Alexander an zahlreichen Beispielen, etwa dem »Greater London Plan«, illustrierte. In der Realität seien die städtischen Zusammenhänge indes von einem hohen Grad »struktureller Komplexität«, von Überlappungen und von Überschneidungen geprägt und müssten vielmehr wie ein Gitter mit zahllosen Knotenpunkten gesehen werden. Baumstrukturen seien simpel, und eine Stadtplanung, die in solch einfachen Strukturen denke, bewirke lediglich, dass den »natürlichen« Strukturen der Stadt »künstliche« aufgestülpt würden, ohne dem städtischen Leben und seiner Vielfalt gerecht zu werden.⁸⁴

Das Denken in Baumstrukturen begriff Alexander nicht als Ausdruck bewusster planerischer Entscheidungen und Präferenzen, sondern als eine sich größtenteils im Unbewussten abspielende »mentale Gewohnheit«:⁸⁵ Baumstrukturen seien, so seine These, einfacher vorstellbar, denn der menschliche Verstand neige grundsätzlich dazu, komplexe Entitäten in voneinander abgrenzbare Einheiten zu zerlegen. Das hätten etwa Experimente des britischen Psychologen Sir Frederic Bartlett gezeigt. »These experiments suggest strongly that people have an underlying tendency, when faced by a complex organisation, to reorganise it mentally in terms of non-overlapping units. The complexity of the semi-lattice is replaced by the simpler and more easily grasped form of a tree.«⁸⁶

82 Alexander (1964), S. 3.

83 Ebd., S. 132.

84 Alexander (1966) [1965] [online reprint], bes. S. 3–7.

85 Ebd., S. 14.

86 Ebd., S. 16. Heyck betont die Dominanz von Baumstrukturen in allen möglichen Bereichen bis in die 1960er-Jahre hinein: in Form von Hierarchien und Pyramiden in der Organisationssoziologie, in Entscheidungstheorien und Spieltheorie, in Linguistik, Genetik, Evolutionsbiologie

Die Grenzen der kognitiven Fähigkeiten des Gestalters und der von vielen Designern geschätzten Intuition schlugen sich nach Alexanders Sicht dann im Entwurf nieder.⁸⁷ Deshalb plädierte er dafür, die Scheu gegenüber Mathematik und Computertechnologie abzulegen, denn nach der *physischen* Revolution der Maschinen stehe man heute »on the brink of times when man may be able to magnify his *intellectual* and inventive capability«. ⁸⁸ Die neue Technologie würde also helfen, realitätsnähere Repräsentationen der Komplexität räumlich-sozialer Strukturen (der Stadt) zu generieren, als die kognitiven Fähigkeiten des Menschen es bislang zuließen.

Baumstrukturen stellten für Alexander ebenso »fehlerhafte« Repräsentationen der Realität dar wie für Brewer sozialwissenschaftliche Theoriebildung, die auf der Annahme beruhte, komplexe Systeme seien analytisch in ihre Bestandteile zerlegbar. Dekomposition hieß für ihn, das System auf die beschränkten menschlichen Wahrnehmungs- und Denkfähigkeiten herunterzuberechnen. »Man's limited intellectual apparatus [...] prompts him to seek simple ordered regularity. His images are poor proxies for behavioral reality. His analyses frequently reflect these defective images; unfortunately so too his policies.«⁸⁹ Unangemessene Vereinfachung, wissenschaftliche Spezialisierung und eine unzulängliche politische Problembehandlung gingen somit Hand in Hand – »we have simplified, emphasizing some aspects of social phenomena to the exclusion of others«⁹⁰ – und verstellten den Blick auf das Ganze: Es sei schwierig, das System ohne einen theoretisch und empirisch adäquaten Begriff dieses Ganzen allein als die Summe seiner Teile zu verstehen, zumal dieses Ganze gemäß der Komplexitätstheorie mehr als die Summe seiner Teile darstellte und somit durch die Summe spezialisierter Untersuchungen auch nicht erfassbar war.⁹¹ Insbesondere bei Brewer findet sich durchgängig die Opposition zwischen »komplexer« Realität und »simpler« oder »simplifizierender« Wahrnehmung und Analyse. »Vereinfachung« qualifizierte er wahlweise als »fehlerhaft«, »beschränkt«, »falsch«, »ungenau«, »inadäquat« oder »primitiv« und als ein Resultat mangelhafter kognitiver und intellektueller Fähigkeiten.⁹² Genau diese Diagnose ließ sich auf die Politik übertragen: Problemlösung in der Politik neige zur Fragmentierung – ein komplexes Problem werde in

und in der Computerwissenschaft. Seit den 1970er-Jahren dagegen verbreiteten sich zunehmend Netzwerkstrukturen. Heyck (2014), S. 9 u. 31. Zum Aufstieg des »Netzwerkes« siehe den Aufsatz von Alexander Friedrich in diesem Band.

87 Vgl. Alexander (1964), S. 5–9.

88 Ebd., S. 11 (Hervorhebung der Verfasser).

89 Brewer (1975), S. 181.

90 Brewer (1973), S. 67.

91 Vgl. Brunner/Brewer (1971), S. 85ff.

92 Siehe hierzu die über den ganzen Aufsatz verteilte Wortwahl in Brewer (1975).

seine Teilaspekte zerlegt, für die dann die Verantwortlichkeiten verteilt würden. Je größer und komplexer die Probleme und mit ihnen die Institutionen würden, die diese lösen sollten, desto schwieriger werde es, übergreifende Zuständigkeitsbereiche und Verantwortlichkeiten zu bestimmen: »[A]s the problems and the institutions set up to solve them become larger and more complex, it becomes increasingly difficult to assign overall responsibilities.«⁹³

Augenscheinlich verwendete Brewer das Attribut »komplex« in diesem Zusammenhang auf zweierlei Weise: Die Probleme wurden »komplexer« im Sinne der Komplexitätstheorie, das heißt die Zahl der Elemente, die Art der Beziehungen und vor allem die Wechselwirkungen und Überlappungen nahmen zu. Das Organisationshandeln reagierte mit der Zerlegung der Probleme in Teilprobleme; damit wurde die Organisation qua Spezialisierung und Differenzierung zwar ebenfalls »komplexer«, das jedoch nur quantitativ bezogen auf die Zahl administrativer Unter- und Nebeneinheiten, ohne dass es ihr gelang, in übergreifender Perspektive auch die Überlappungen und Interdependenzen der Problembereiche abzubilden. So überschritten sich in ein und demselben Satz eines komplexitätstheoretisch informierten Autors ein analytisches und ein alltagssprachliches Verständnis von Komplexität im Sinne von »groß und kompliziert«, »aus vielen Teilen bestehend«.

5 Komplexität und Zeitdiagnose: Amerika im Übergang in die 1970er-Jahre

Kernfrage der Policy-Forschung war, wie sich komplexitätstheoretische Ansätze nicht allein für die Theoriebildung, sondern auch für die Politik mobilisieren ließen. Diese war nicht nur mit der Komplexität dessen konfrontiert, was politisch behandelt, geregelt, beplant oder gesteuert werden sollte, sondern zugleich mit der Komplexität der gesellschaftlichen und politischen Prozesse, in denen Ziele und Mittel der Intervention festgelegt werden sollten, sowie der Bedingungen, unter denen das Entschiedene umgesetzt werden musste. Der lokale urbane Kontext bildete hierfür einen empirisch greifbaren und von Sozialwissenschaftlern lebensweltlich unmittelbar erfahrbaren Anschauungsgegenstand. Die städtischen Planungsprobleme, die Brewer analysierte, und die gesellschaftlichen Konflikte, die La Porte vor den Türen seines Büros erlebte, scheinen wie ein *pars pro toto* gesehen worden zu sein: für die Probleme des Regierens in einer pluralistischen Gesellschaft, die sich in den Augen zeitgenössischer Sozio-

⁹³ Brewer (1973), S. 69.

logen, Intellektueller und Politiker immer stärker differenzierte, in eine Vielzahl schlagkräftiger Interessengruppen zerfiel und in der Konsens zu einem Ding der Unmöglichkeit zu werden schien. So hatte die Rede über Komplexität in Soziologie und Politikwissenschaft zugleich alltagssprachliche und zeitdiagnostische Bedeutungsschichten, die sich in der Suche nach einem analytischen Begriff ineinander schoben.

Wie einleitend gezeigt, schienen sich für Todd La Porte im Berkeley des Jahres 1969 gesellschaftliche Konflikte, Gewalt und Radikalisierung, eine Krise der Planung und der Politik gleichermaßen symbolhaft zu verdichten. Sechs Jahre später quälte ihn die beunruhigende Frage, ob die allenthalben diagnostizierten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, die »Risse im Gewebe der sozialen Beziehungen«, wie er es nannte, in einem direkten Zusammenhang mit »simplistischen Wahrnehmungen« der Realität stehen könnten: »Could it be that we are indeed confronting a situation in which social reality, in its increasing complexity, is outstripping our attempts to comprehend it?«⁹⁴ Denn die gesellschaftlichen und politischen Unruhen, welche die Sozialwissenschaftler mit der Schwierigkeit konfrontierten, die augenscheinlich zunehmenden Konflikte zu erklären, ebten im Übergang in die 1970er-Jahre keineswegs ab.⁹⁵ 1968 wurden erst Martin Luther King und dann der politische Hoffnungsträger vieler Demokraten Robert Kennedy ermordet; der nationale Parteitag der Demokraten in Chicago wurde von bürgerkriegsartigen Unruhen begleitet, nicht die letzten in einer langen Kette von Gewaltausbrüchen. Die Proteste der verschiedenen Gruppierungen der *Counterculture* und der Antikriegsbewegung hielten an; im November 1969 demonstrierten eine halbe Million Menschen in Washington, D.C., im Frühjahr 1971 besetzten tausende Veteranen die National Mall. Wie bereits bei den *urban riots* und den Kämpfen in Vietnam verfolgten Millionen von Zuschauern diese Ereignisse im Fernsehen. Nach dem Vorbild der Bürgerrechts- und der Frauenbewegung formierten sich weitere gesellschaftliche Minderheiten – Mexikaner, Puertoricaner, Asian Americans, Native Americans, Homosexuelle, außerdem Umwelt- und Verbraucherschützer – in gut organisierten politischen Interessengruppen.

Nationale Erfolgserlebnisse wie die Mondlandung im Juli 1969, der in den Medien als Sensation gefeierte Staatsbesuch Nixons in China zwei Jahre später, die Vertiefung der Entspannungspolitik mit den SALT-Verträgen 1972, schließlich der Friedensvertrag mit Nordvietnam im Januar 1973 wurden von Skandalen und gravierenden wirtschaftlichen Problemen überschattet. Ende 1969 wurde das Massaker öffentlich, das amerikanische Soldaten im vietnamesischen

94 La Porte (1975c), S. 339.

95 Hierzu und zum Folgenden bes. Jenkins (2006); Isserman/Kazin (2008); Patterson (1996).

My-Lai verübt hatten; die 1971 von der *New York Times* publizierten »Pentagon Papers« belegten, dass die Regierung die Öffentlichkeit jahrelang systematisch über Ausmaß und Aussichten des militärischen Engagements in Vietnam getäuscht hatte. Im Oktober 1973 trat Vizepräsident Spiro Agnew aufgrund von Bestechungsvorwürfen zurück und wurde kurz darauf wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Ab dem Sommer 1973 begann überdies die Watergate-Affäre die Öffentlichkeit zu beschäftigen (sie hatte im Juni 1972 mit der Verhaftung der *plumbers* begonnen, die ins Wahlkampfquartier der Demokraten im Watergate-Komplex eingebrochen waren). Am 8. August 1974 trat Nixon zurück, um der als sicher geltenden Amtsenthebung zuvor zu kommen. Fast genau drei Jahre davor, im August 1971, hatte er in einer massiven wirtschaftspolitischen Intervention ein neunzigtägliches Einfrieren von Löhnen, Preisen und Mieten verfügt, zehn Prozent Aufschlag auf Importzölle verhängt und die Goldbindung des Dollars aufgehoben, was das Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse bedeutete.⁹⁶ Die Inflationsrate war zu diesem Zeitpunkt auf 8,4 Prozent gestiegen, die USA verzeichneten das höchste Zahlungsbilanzdefizit in ihrer Geschichte und das erste Handelsdefizit des Jahrhunderts. Zwar brachte die Abwertung des Dollars kurzfristige Erholung, zugleich aber leitete sie einen rapiden Währungsverfall ein; auf die erste Ölpreiskrise im Winter 1973/1974 folgten eineinhalb Jahre Rezession.

In der amerikanischen Historiografie wird diese Häufung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Krisenerscheinungen als ein Charakteristikum der Zeitspanne zwischen den späten 1960ern und dem Beginn der 1980er-Jahre gesehen und mit einer nationalen Identitätskrise in Beziehung gesetzt.⁹⁷ Der Eindruck krisenhafter Ereignisse und Entwicklungen schwang auch in den zeitgenössischen Komplexitätsdiagnosen mit. »We have come to the collective conviction that the degree of social complexity, particularly that confronting modern industrial nations, has seriously eroded the quality of our traditional conceptions about social and political realities«, schrieb La Porte 1975.⁹⁸ Die Zahl der Menschen, Gruppen und Organisationen, privater wie öffentlicher, nehme rasant zu, zugleich gebe es zwischen ihnen immer mehr Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten und alles in der Welt scheine immer mehr miteinander zusammenzuhängen, miteinander verflochten zu sein und in Wechselbeziehung zueinander zu stehen. Es sei ein riesiges Netzwerk aus Koalitionen, Organisationen und Assoziationen entstanden, und das alles habe Folgen so-

96 Zu den langfristigen Folgen des »Nixon-Schocks« pointiert Zeiler (2013).

97 Zuletzt etwa nachdrücklich Borstelmann (2012); außerdem Hixson (2010); Zaretsky (2007); Hunt (2007); McCrisken (2003).

98 La Porte (1975b), S. 4.

wohl für die gesellschaftliche und politische Dynamik wie auch für die alltäglichen Erfahrungen des Einzelnen. Dieser sei immer öfter mit unerwarteten und unliebsamen Überraschungen konfrontiert, die immer häufiger aufträten und immer mehr Menschen gleichzeitig betrafen. Ursache dieser Überraschungen seien bislang nicht wahrgenommene Abhängigkeitsbeziehungen.⁹⁹ Seien diese Interdependenzen stark, ließen sich keine nur auf einen Teilbereich zielenden Maßnahmen durchführen, denn sie würden sich unweigerlich auch auf andere Bereiche auswirken.¹⁰⁰ Nehme die Komplexität in der Gesellschaft tatsächlich zu, habe das ernsthafte Konsequenzen für Sozialwissenschaften und Politik: Denn gelinge es nicht, die gesellschaftliche Wirklichkeit und soziale Organisation zu verstehen, sei es auch unmöglich, sie effektiv zu kontrollieren.¹⁰¹

Je größer die Komplexität, desto schwerer würden Voraussagen und effektive Interventionen – die Unsicherheit (»uncertainty«) nehme zu, urteilte Gary Brewer.¹⁰² Versuche, diese Unsicherheit mithilfe zusätzlicher Informationen, erzeugt beispielsweise von Beratungsfirmen, zu reduzieren, mündeten in einen Teufelskreis: Mehr Informationen und mehr Akteure erhöhten die Komplexität im politischen Prozess nur noch weiter.¹⁰³ »It seems that a great many actions and policies intended to make a situation more manageable, that is to reduce both the complicatedness [sic] and uncertainty of a particular problem area, in fact often works to increase the complexity of institutions attempting to redress the problem.«¹⁰⁴ Gleichzeitig erschien es möglich, dass die Menschen die Kontrolle über die Fülle der Informationen und die Bürokratie ihrer Organisationen verlieren könnten, bemerkte der Politikwissenschaftler Langdon Winner mit Bezug auf den Vietnamkrieg.¹⁰⁵ Komplexität erhöhte die Gefahr, falsche Entscheidungen zu treffen, die möglicherweise mehr Probleme schaffen würden, als sie lösen könnten, oder Auswirkungen haben würden, die niemand vorhergesehen hatte. Forrester hatte das in »Urban Dynamics« besonders hervorgehoben: Komplexe Systeme verhielten sich kontraintuitiv. Da Ursache und Wirkung oft zeitlich und räumlich weit auseinanderlügen, seien kausale Zusammenhänge ausgesprochen schwer zu identifizieren und Interventionen oftmals ineffektiv, oder sie be-

99 Ohne empirische Nachweise: La Porte (1975b), S. 3, S. 18.

100 Metlay (1975), S. 247.

101 La Porte (1975b), S. 18.

102 Brewer (1975), S. 207f.

103 Vgl. ebd., S. 208; ähnlich Luhmann (1977).

104 La Porte (1975c), S. 339. Wie Brewer verwendete La Porte den Begriff »complexity« synonym zu »complicatedness«.

105 Winner (1975), S. 63. Winner gehörte in Berkeley bis 1973 zur Arbeitsgruppe von Todd La Porte und war seit 1974 Professor am Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.); Langdon Winner, Curriculum Vitae, Rensselaer Polytechnic Institute, <http://homepages.rpi.edu/~winner/> (27. August 2014).

wirkten gar das Gegenteil des Gewollten. »Intuitive«, althergebrachte Lösungen führten deshalb oft nicht weiter und erzeugten Frustration bei Politikern und Amtsträgern.¹⁰⁶

Probleme schienen komplexer und damit immer weniger beherrschbar zu werden, Lösungsversuche nur weitere Probleme zu schaffen. Gesellschaftliche Veränderungen hatten eine neue, komplexitätstheoretisch unterfütterte Sicht auf die Wirklichkeit forciert; umgekehrt brachte diese Sichtweise eine neue Wirklichkeit hervor: Erst hatte man deren Komplexität in Sozialwissenschaft und Politik nicht adäquat erfassen *können*; jetzt sah man sie *überall*. »Indeed, complexity challenges the very essence of effective and legitimate control in society today.«¹⁰⁷ Die Bevölkerung verliere das Vertrauen in die politischen Institutionen, Anzeichen eines Scheiterns auf breiter Linie mehrten, der Zukunftshorizont verdunkelte sich. »[A]s relative control seems to decline and adequate foresight dims, the sense of social, economic, and personal uncertainty grows. Days no longer bring with them a bright sense of possibility.«¹⁰⁸ Dieser Pessimismus mag einerseits eine rhetorische Komponente gehabt haben. Wer in den 1970er-Jahren Krisen diagnostizierte und Katastrophen prophezeite, verknüpfte damit wie etwa der Club of Rome nachdrückliche Aufforderungen zum Handeln. Die Welt musste anders gesehen werden, politische Konsequenzen waren zu ziehen, weil sonst Lähmung oder Katastrophe drohte. Andererseits waren die politikwissenschaftlichen Komplexitätstheoretiker nicht in der Lage, greifbare Lösungen anzubieten. Das Problem der Komplexität schien sich weder theoretisch noch politisch, und ebenfalls nicht – zumindest noch nicht – empirisch lösen zu lassen. Die Krise des politischen Systems und der politischen Kultur, die Grenzen der militärischen Macht der Vereinigten Staaten in Vietnam und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten korrespondierten mit der Wahrnehmung kognitiver Grenzen und einer Wissenskrise in der US-amerikanischen Sozialwissenschaft zur Mitte der 1970er-Jahre.¹⁰⁹ Die *urban crisis* war nicht bewältigt, der *War on Poverty* sowie der Krieg in Vietnam waren trotz des Einsatzes des verfügbaren Wissens und fortgeschrittenster Technologien, der klügsten Köpfe und namhafter Experten nicht gewonnen worden, nun kamen auch noch politische Skandale und wirtschaftliche Probleme hinzu.

So findet sich auch in der Komplexitätsliteratur das Motiv der *crisis of confidence* – einer Krise des Vertrauens, der Zuversicht und des nationalen Selbstbewusstseins –, das intellektuelle und politische Debatten in den USA seit den

106 Forrester (1969), S. 8f.

107 Brewer (1973), S. 3.

108 La Porte (1975c), S. 345.

109 Dies scheint ein paar Jahre später und mit anderen Akzenten auch auf die Bundesrepublik zuzutreffen; vgl. Leendertz (2010), S. 50–86.

späten 1960er-Jahren durchzog,¹¹⁰ gipfelnd in Jimmy Carters viel zitierter »Malaise Speech« von 1979.¹¹¹ Für La Porte gingen eine intellektuelle Entwertung gesellschaftstheoretischer Annahmen und ein Vertrauensverlust von Öffentlichkeit und Eliten in die Richtigkeit und Angemessenheit der bisherigen Konzeptionen gesellschaftlichen und politischen Handelns Hand in Hand.¹¹² Ebenso meinte der in Berkeley lehrende Politikwissenschaftler John Gerard Ruggie zu beobachten, dass das Vertrauen in die intellektuellen und institutionellen Traditionen, die Denken und Handeln in den USA bestimmten, nachließ.¹¹³ Die Realität entzog sich den etablierten Denkkategorien; wirksames Handeln aus den bestehenden, skandalgeschüttelten Institutionen heraus erschien nicht mehr ohne Weiteres möglich. Zwar stellten komplexitätstheoretische Annäherungen neue Kategorien bereit; auch würden, so Langdon Winner, die vielen Elemente und Subsysteme immer sorgfältiger analysiert. Das Problem der Komplexität aber werde trotzdem nicht gelöst, da es nicht gelinge, das spezialisierte und segmentierte Wissen so zusammenzufügen, dass das jeweilige Ganze verständlich werde. »We lack understanding in the sense that we cannot combine the parts of this knowledge in ways which will make the complex wholes intelligible.«¹¹⁴

Zum einen reproduzierte Winner mit seiner Kritik an der Spezialisierung und Segmentierung wissenschaftlichen Wissens einen stets wiederkehrenden Topos moderner Wissenschaftskritik. Zum anderen verband sich diese Kritik nicht nur bei ihm mit der Befürchtung, dass die Sozialwissenschaften sich angesichts des Problems der Komplexität in einer Wissenskrise epistemischer Qualität befinden könnten. La Porte sprach in diesem Zusammenhang in Anspielung auf die Wissenschaftstheorie Thomas Kuhns von einem »Kuhnian impasse«, einer epistemischen Sackgasse des Wissens und Begreifens.¹¹⁵ »Our images are poor proxies for the behavioral reality; our theoretical representations but reflect these defective images«, befand Gary Brewer.¹¹⁶ Politische Krise und Wissenskrise hingen in dieser Perspektive untrennbar zusammen. Die »komplexe« Realität hatte sich den Versuchen entzogen, sie intellektuell zu erfassen und politisch in den Griff zu bekommen. Auf dieses Problem gab es indes unterschiedliche Antworten. Man konnte die sozialwissenschaftliche Forschung intensivieren, um die komplexe Gesellschaft verstehen und dann adäquate Politik machen zu

110 Mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten etwa Moynihan (1967); Schlesinger Jr. (1969); Bell (1975).

111 Carter (1980); hierzu u. a. Schulman (2002); Collins (2006).

112 La Porte (1975c), S. 338.

113 Ruggie (1975), S. 144.

114 Winner (1975), S. 46.

115 La Porte (1975c), S. 344.

116 Brewer (1973), S. 75.

können. Man konnte aber auch für einen Rückzug des Staates auf den Gebieten plädieren, die sich aufgrund ihrer Komplexität von vornherein effektiver Intervention entzogen. Das kam für die steuerungsaffinen Policy-Forscher nicht infrage; genau dieses Argument wurde jedoch Mitte der 1970er-Jahre im Umfeld der länderübergreifenden Debatten über die Regierbarkeit moderner westlicher Gesellschaften mobilisiert, die für die USA bereits in den Kontext der allmählich an Einfluss gewinnenden neoliberalen Politikkonzeptionen einzubetten sind. Komplexität stand nicht im Mittelpunkt der Diskussion, galt aber als eine der Ursachen für zunehmende Schwierigkeiten demokratischer Regierungen und staatlicher Verwaltung, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Genannt wurden etwa die Komplexität von Regierungsapparat und Bürokratie, eine große Zahl von Akteuren, Organisationen und Interessengruppen und eine »Überladung« des Staates mit Erwartungen und Ansprüchen sowie mit komplexen Aufgaben und Problemstellungen, gebündelt im Schlagwort des »overload«. ¹¹⁷ Das bezog sich besonders auf soziale Entwicklungen, die der Staat, so das Argument, aufgrund ihrer Komplexität von vornherein nicht steuern könne. Solange Sozialwissenschaftler nicht in der Lage seien, eindeutige Ursache-Wirkungs-Modelle für die Sozialpolitik bereitzustellen, erschien staatliche Intervention verzichtbar, da ihre Steuerungseffekte als ungewiss oder verschwindend gering galten. Dem Teufelskreis der Komplexität, die immer nur neue Probleme erzeugte, war auf der Ebene der Politik nur durch radikale Reduktion zu entkommen: Gelingen es, die Komplexität der Regierungsaufgaben und damit den verbreiteten Eindruck vielfachen Scheiterns zu verringern, würden auch die Gefühle von Unsicherheit nachlassen, das Vertrauen in Regierung und Regierbarkeit würde wieder hergestellt werden. ¹¹⁸

Im politischen Sprachgebrauch schien Komplexität Mitte der 1970er-Jahre zu einer ubiquitären Erklärung für das Scheitern staatlicher Politik zu werden. ¹¹⁹ Die in der Politikwissenschaft herausgearbeiteten analytischen Konturen verwischten in der politischen Debatte, in der »Komplexität« zu einer Metapher wurde: erstens für die Kompliziertheit und Verworrenheit der Sachprobleme, zweitens für die Schwierigkeit, diese komplizierten Problemzusammenhänge zu durchschauen und zu verstehen sowie drittens für die daraus angeblich resultierende Ohnmacht staatlicher Politik, die Probleme zu mildern oder zu lösen. Kritisch bemerkte der Philosoph und Politikwissenschaftler Harlan Wilson, dass der Verweis auf Komplexität zu einer reflexartigen Ausflucht mutieren konnte,

117 Siehe etwa Crozier/Huntington/Watanuki (1975); Anderson (1976); vgl. Metzler (2008). Das Motiv der »loads« findet sich übrigens auch in der Komplexitätstheoretischen Literatur wie bei Brewer (1975), S. 209, und Ruggie (1975), S. 129.

118 Zusammengefasst nach King (1975); Rose (1979).

119 Vgl. Ruggie (1975), S. 128.

das Denken einzustellen oder nicht zu handeln.¹²⁰ »[A]s complexities compound themselves, the public is likely to ask for ever more simplicity. Or the elites will«, prophezeite Daniel Moynihan. Sozialwissenschaftler mussten seiner Ansicht nach Strategien entwickeln, einem Bedürfnis nach mehr Simplizität entgegenzukommen, um ihren gesellschaftlichen und politischen Rückhalt nicht vollends zu verlieren. Sein Vorschlag war »to try to win confidence by making things as simple as they can – and then draw upon that fund of confidence by asking for a little extra effort to accept complexity without being intimidated by it.«¹²¹ Moynihan formulierte hiermit nicht nur ein Rezept für die politische Rhetorik Ronald Reagans, sondern auch eine Erklärung für die explosionsartige Ausbreitung von Policy-Thinktanks, Beratungsfirmen und -instituten sowie des politiknahen Expertenwesens seit den 1970er-Jahren, die angesichts einer als zunehmend komplex und kompliziert wahrgenommenen Welt in der Politik als Wissensvermehrer und Komplexitätsreduktoren zugleich gebraucht wurden.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die komplexitätstheoretischen Versuche der US-amerikanischen Policy-Forschung oszillierten auf eigentümliche Weise zwischen wissenschaftlichem Optimismus, intellektuellem Selbstbewusstsein, praktisch-analytischem Realismus und der nagenden Ahnung, dass die bald überall wahrgenommenen »komplexen« Probleme sich mithilfe komplexitätstheoretischer Konzepte nicht nur nicht lösen ließen, sondern mit jeder Verfeinerung sowohl der Betrachtung wie auch der politischen Behandlung nur noch mehr Komplexität hervorbrachten. Einerseits schienen Konzepte wie das der »organisierten Komplexität« und des »komplexen Systems« eine neue Sicht auf gesellschaftliche Zusammenhänge und erstmals eine Art der Theoriebildung sowie politische Lösungen zu ermöglichen, die nicht mehr auf Annäherungen, Verallgemeinerungen oder Vereinfachungen basierten, sondern die Komplexität der Wirklichkeit, die Komplexität des Ganzen adäquat zu repräsentieren und analytisch zu durchdringen vermochten. Kybernetik, Systemanalyse und Computersimulation, drei große Versprechen der 1960er-Jahre, stellten die intellektuellen und apparativen Technologien zur Verfügung, die eine neue Wahrnehmung forcierten. Andererseits jedoch schienen sich die politischen und gesellschaftlichen Probleme in den USA immer weiter zu vermehren und zu vertiefen. Befassten sich die politikwissenschaftli-

120 Wilson (1975).

121 Moynihan (1972), S. 4.

chen Komplexitätstheoretiker zuerst im Kielwasser der *Great-Society*-Politik mit der in den 1960er-Jahren vielfach beschworenen *urban crisis* und Problemen der Stadtplanung, vervielfältigten sich Krisenerscheinungen und -diskurse nach der verheerenden Eskalation des Vietnamkriegs, mit den politischen Morden des Jahres 1968, mit dem Quasi-Rücktritt von Lyndon B. Johnson, Watergate, Ölkrise, Inflation und Rezession im Übergang in die 1970er-Jahre. Der Aufruf zur epistemischen Revolution, die Welt im Sinne der Komplexitätstheorie neu zu sehen und zu imaginieren, blieb seinen Urhebern zur Mitte des Jahrzehnts unter einem Eindruck der Überforderung und der Übermacht einer immer komplexer werdenden Welt, der Krise und des Kontrollverlusts gewissermaßen im Halse stecken. Kaum in der Theoriebildung eingehegt, schien sich die neue, komplexe Wirklichkeit sogleich den Versuchen zu entziehen, sie praktisch zu bewältigen.

Welche Konsequenzen aus der Wahrnehmung gesellschaftlicher Komplexität seit Mitte der 1970er gezogen wurden, kann hier nur vorläufig und spekulativ angedeutet werden. Zunächst einmal scheint die *zeitgleiche* und mit einander verwobene Thematisierung von Komplexität im wissenschaftlich-theoretischen, zeitdiagnostischen und politischen Feld ein Spezifikum der Dekade nach 1968 gewesen zu sein. Art und Umstände dieser Thematisierung legen nahe, sie als Ausdruck eines besonderen historischen Moments zu betrachten, in dem sich die Realität den bisherigen Theorien und Sichtweisen und sowohl der *intellektuellen* als auch der *politischen* Kontrolle entzogen zu haben schien. Sozialwissenschaften und Politik mussten versuchen, die Realität durch neue Theorien und neue politische Ansätze, die den als »komplex« beschriebenen Verhältnissen der amerikanischen Gesellschaft und der globalen Ordnung gerecht würden, wieder einzufangen. Mit Blick auf die politischen Entwicklungen in den USA seit den 1970er-Jahren, namentlich die Amtszeit Ronald Reagans, die Durchsetzung neoliberaler Politik- und Governance-Konzepte, den Aufstieg des »Marktes« zu einem zentralen gesellschaftlichen Regulativ und eine seit den *culture wars* der 1990er-Jahre zunehmend ideologisierte politische Kultur, markierten die Komplexitätstheoretischen Überlegungen und Schlussfolgerungen sowohl einen Höhe- als auch einen Endpunkt: nämlich amerikanischer Traditionen des Social Engineering seit den Jahrzehnten um 1900 und damit verbundener Konzeptionen bürokratischer Organisation und staatlichen Handelns, das mithilfe wissenschaftlicher Analyse, technischer Expertise und minutiöser Planung zu einer effizienten und rationalen Lösung gesellschaftlicher Probleme befähigt werden sollte, wie es zu Friedenszeiten ansatzweise im *New Deal* erprobt worden war. Die Übernahme Komplexitätstheoretischer Annahmen aus der allgemeinen System- in die politische Steuerungstheorie war im Kern ein Rationalisierungs- und Optimierungsprogramm, das erstens mit einer (wenn auch nicht zwingend intendierten) Relativierung demokratischer Aushandlungsprozesse in einer politisch

und kulturell pluralistischen Gesellschaft einherging; das zweitens, angesichts der wahrgenommenen Krisenerscheinungen, in erster Linie defensiv angelegt war; und das dabei gleichwohl drittens einen Primat des politisch-administrativen Systems als gesellschaftspolitischer Steuerungs- und Regulierungsinstanz, mithin eine affirmative Haltung gegenüber lenkender staatlicher Intervention auf der Basis wissenschaftlich informierter Beobachtung und Analyse voraussetzte.

Ein wesentlicher Reiz des Komplexitäts-Paradigmas lag in seinem naturwissenschaftlich und technisch fundierten *universalistischen* Deutungs- und Objektivitätsanspruch, der praktisch keine alternativen Sichtweisen zuließ – da die reale Welt komplex war, musste sie auch so gesehen und behandelt werden. So trifft auf die Policy-Forscher zu, was Michael Hochgeschwender als ein Kernproblem des technokratisch grundierten amerikanischen Progressivismus bis zum Ende der *Great Society* identifiziert hat: Wo es nur eine erkennbare Wahrheit gab, blieb wenig Spielraum für einen legitimen Interessenpluralismus.¹²² Ähnlich urteilte John M. Jordan über die demokratischen Leerstellen des Social Engineering: Es erlaubte keinen Platz für staatsmännisches Handeln, für genuin politische Meinungsverschiedenheiten und vor allem nicht für Probleme, für die es keine Lösung gab.¹²³ Genau hier jedoch stießen die Komplexitätsdiagnosen an ihre Grenzen. Im metaphorischen, zeitdiagnostischen Gebrauch der frühen 1970er-Jahre implizierte der Befund der Komplexität Ratlosigkeit, Ungewissheit und Gefühle von Kontrollverlust angesichts krisenhafter Ereignisse, komplizierter Zusammenhänge und schwer zu durchschauender Interdependenzen. Für das *politische* Problem gesellschaftlicher Komplexität hatten die Forscher keine Lösung anzubieten, am allerwenigsten eine, die mit den Realitäten des demokratischen Prozesses in den USA kompatibel gewesen wäre.

Der Aufruf zur epistemischen Revolution blieb in der Politik indes nicht ohne Entsprechung. Die Etablierung der G7 in der Ära Ford etwa kann als eine institutionelle Reaktion auf die in der internationalen Politik zunehmend registrierten, globalen »komplexen Interdependenzen« (Joseph Nye und Robert Keohane) angesehen werden. Ebenso drückte sich in zahlreichen Programmen der Regierung Carter, wie beispielsweise im als »comprehensive solution« angelegten (und politisch gescheiterten) »National Energy Plan« oder in der Konzeption einer »National Agenda for the 1980s« der Versuch aus, Problemkonstellationen in ihrer Komplexität zu erfassen. Gleichzeitig allerdings gab es zahlreiche Gegenbewegungen und alternative Antworten auf die Herausforderung gesellschaftlicher Komplexität. Hierzu sind die Rational-Choice-Theorie, der mit ihr einhergehende methodologische Individualismus und die Konzeption des

122 Hochgeschwender (2009), S. 196.

123 Jordan (1994), S. 285.

Marktes als gesellschaftliches Regulativ zu zählen (verbunden mit dem Aufstieg von Konzepten wie der Selbstorganisation und Selbstregulierung), was dem politisch-administrativen Handeln die (nicht nur institutionelle, sondern auch intellektuelle) Konfrontation mit komplexen sozialen Problemlagen ersparte; letzteres gilt gleichermaßen für Politikkonzepte von *law and order*, die seit den 1970er-Jahren an Einfluss gewannen und komplexe gesellschaftliche Ursachen von Kriminalität ausblendeten, sowie für die Ausweitung der sanktionszentrierten »punitiven Governance«¹²⁴ in der US-amerikanischen Sozialpolitik seit den 2000er-Jahren.

In den 1970er-Jahren wurden Verweise auf Komplexität auf vielfältige Weise zu einem Bestandteil der politischen Rhetorik. Kritiker steuerungsaffiner Sichtweisen argumentierten zulasten staatlicher Intervention, wenn sich aufgrund von Komplexität keine eindeutigen Kausalbeziehungen identifizieren ließen. Ökonomen wie Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman betonten die weder durch Wissenschaft noch durch Politik oder Verwaltung adäquat zu durchdringende, geschweige denn zu steuernde Komplexität von Ökonomie und Gesellschaft und damit die theoretische Unhaltbarkeit eines keynesianisch fundierten Staatsinterventionismus. Aus neoliberaler Warte ließ sich mit Verweisen auf Komplexität eine Verringerung wirtschaftspolitischer staatlicher Eingriffe und Vorschriften sowie eine Kürzung von Sozialausgaben und sozialen Programmen somit nicht nur weltanschaulich, sondern wissenschaftlich legitimieren. Weiterhin dienten und dienen Verweise auf Komplexität dem öffentlichen Erwartungsmanagement (da die Dinge komplex sind, sind keine schnellen Lösungen zu erwarten) oder drücken, wie etwa in der Finanzkrise von 2008, politische Orientierungslosigkeit angesichts schwer zu durchschauender Systemzusammenhänge aus. Mit Blick auf Ronald Reagan wird man wohl außerdem konstatieren können, dass seine politische Rhetorik wiederum auf Komplexitätsreduktion angelegt war, um neue beziehungsweise alte Gewissheiten und damit jene *confidence* zurückzugewinnen, die nicht nur Jimmy Carter, sondern laut zeitgenössischen Meinungsumfragen auch weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung abhanden gekommen war. Während in der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung Zurückhaltung herrscht, die seit den 1970er-Jahren eingeleitete Epoche »nach dem Boom« als »neoliberal« zu klassifizieren, lässt sich der Befund für die USA aus der Rückschau des Jahres 2015 vorläufig leichter formulieren. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Komplexität stellt sich als Symptom und Teil einer Scharnierzeit zwischen (auch wenn das ein strittiger und jeweils genauer zu definierender Begriff ist) *New Deal Order* und einer Ära neoliberaler

124 Siehe dazu etwa Schram/Fording/Soss (2008); Lancaster (2011).

Governance dar, deren Anfänge in mehrerlei Hinsicht mit der neuartigen Wahrnehmung gesellschaftlicher Komplexität verflochten waren.

Literatur

- Alhadeff-Jones, Michel (2008), Three Generations of Complexity Theories: Nuances and Ambiguitates, in: *Educational Philosophy and Theory* 40:1, S. 66–82.
- Alexander, Christopher (1964), *Notes on the Synthesis of Form*, Cambridge, MA.
- (1966), *A city is not a tree* [1965], Online-Ressource [reprint, Design No. 206, 1966]: http://www.best.polimi.it/fileadmin/docenti/TEPAC/2012/FONTANA/A_City_is_not_a_Tree.pdf (26. August 2014).
- Anderson, Charles W. (1976), Public Policy and the Complex Organization: The Problem of Governance and the Further Evolution of Advanced Industrial Society, in: Leon Lindberg (Hg.), *Politics and the Future of Industrial Society*, New York, S. 191–221.
- Anderson, Ronald E./Brent, Edward E. (1989), Computing in Sociology: Promise and Practice, in: *Social Science Computer Review* 7:4, S. 487–502.
- Andersson, Jenny (2012), The Great Future Debate and the Struggle for the World, in: *American Historical Review* 118:5, S. 1411–1430.
- Banfield, Edward C. (1970), *The Unheavenly City: The Nature and Future of Our Urban Crisis*, Boston.
- The Behavioral and Social Science Survey Committee (1969), *The Behavioral and Social Sciences: Outlook and Needs. A Report*, Englewood Cliffs.
- Bell, Daniel (1975), The End of American Exceptionalism, in: *The Public Interest* 41, S. 193–224.
- Bloodworth, Jeffrey (2013), *Losing the Center: The Decline of American Liberalism, 1968–1992*, Lexington.
- Borstelmann (2012), *The 1970s: A New Global History from Civil Rights to Economic Inequality*, Princeton.
- Brewer, Gary D. (1973), *Politicians, Bureaucrats, and the Consultant: A Critique of Urban Problem Solving*, New York.
- Brewer, Gary D. (1975), Analysis of Complex Systems: An Experiment and Its Implications for Policy Making, in: Todd R. La Porte (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, 175–219.
- Brunner, Ronald D./Brewer, Gary D. (1971), *Organized Complexity: Empirical Theories of Political Development*, New York.
- Carter, Jimmy (1980), Energy and National Goals. Address to the Nation, July 15, 1979, in: *Public Papers of the Presidents of the United States: Jimmy Carter, 1979, Bd. 2*, Washington, D. C., S. 1235–1241.
- Cloward, Richard A./Fox Piven, Frances (1971), *Regulating the Poor: The Functions of Public Welfare*, New York.
- Collins, Robert M. (2006), *Transforming America: Politics and Culture During the Reagan Years*, New York.

- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Joji (1975), *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York.
- Davies, Gareth (1996), *From Opportunity to Entitlement: The Transformation and Decline of Great Society Liberalism*, Lawrence.
- (2007), *See Government Grow: Education Politics from Johnson to Reagan*, Lawrence.
- Edwards, Paul N. (1996), *The Closed World: Computers and the Politics of Discourse in Cold War America*, Cambridge, MA.
- (2000), The World in a Machine: Origins and Impact of Early Computerized Global Systems Models, in: Thomas P. Hughes/Agatha C. Hughes (Hg.), *Systems, Experts, and Computers: The Systems Approach in Management and Engineering, World War II and After*, Cambridge, MA, S. 221–253.
- Elichirigoity, Fernando (1999), *Planet Management: Limits to Growth, Computer Simulation, and the Emergence of Global Spaces*, Evanston.
- Featherman, David L./Vinovskis, Maris A. (2001), Growth and Use of Social and Behavioral Science in Government since World War II, in: dies. (Hg.), *Social Science and Policy-Making: A Search for Relevance in the Twentieth Century*, Ann Arbor, S. 40–82.
- Flamm, Michael W. (2005), *Law and Order: Street Crime, Civil Unrest, and the Crisis of Liberalism in the 1960s*, New York.
- Forrester, Jay W. (1969), *Urban Dynamics*, Cambridge, MA.
- (1973), *World Dynamics* [1971], Cambridge, MA.
- Geyer, Robert/Rihani, Samir (2010), *Complexity and Public Policy: A new approach to twenty-first century politics, policy and society*, London.
- Grabow, Stephen (1983), *Christopher Alexander: The search for a new paradigm in architecture*, Stockfield.
- Graebner, William (2002), The End of Liberalism: Narrating Welfare's Decline, from the Moynihan Report (1965) to the Personal Responsibility and Work Opportunity Act (1996), in: *The Journal of Policy History* 14:2, S. 170–190.
- Hagner, Michael (2008), Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft, in: ders./Erich Hörl (Hg.), *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*, Frankfurt a.M., S. 38–71.
- Hall, Peter (2002), *Cities of Tomorrow: An Intellectual History of Urban Planning and Design in the Twentieth Century*, Malden.
- Hayek, Friedrich August von (1994), The Theory of Complex Phenomena [1964], in: Michael Martin/Lee C. McIntyre (Hg.), *Readings in the Philosophy of Social Science*, Cambridge, S. 55–70 (dt.: Die Theorie komplexer Phänomene, Tübingen 1972).
- Heyck, Hunter (2014), The Organizational Revolution and the Human Sciences, in: *Isis* 105:1, S. 1–31.
- Hixson, Walter L. (2008), *The Myth of American Diplomacy: National Identity and U. S. Foreign Policy*, New Haven.
- Hochgeschwender, Michael (2009), The Noblest Philosophy and Its Most Efficient Use: Zur Geschichte des social engineering in den USA, 1910–1965, in: Thomas Etzemüller (Hg.), *Die Ordnung der Moderne. Social engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld, S. 171–197.
- Hoos, Ida R. (1972), *Systems Analysis in Public Policy: A Critique*, Berkeley.
- Hughes, Thomas P. (1998), *Rescuing Prometheus*, New York.

- Hughes, Thomas P./Hughes, Agatha C. (Hg.) (2000), *Systems, Experts, and Computers: The Systems Approach in Management and Engineering, World War II and After*, Cambridge, MA.
- Hunt, Michael H. (2007), *The American Ascendancy: How the United States Gained & Wielded Global Dominance*, Chapel Hill.
- Isserman, Maurice/Kazin, Michael (2008), *America Divided: The Civil War of the 1960s*, New York.
- Jenkins, Philipp (2006), *Decade of Nightmares: The End of the Sixties and the Making of Eighties America*, Oxford.
- Jordan, John M. (1994), *Machine-Age Ideology: Social Engineering & American Liberalism, 1911–1939*, Chapel Hill.
- Katz, Michael B. (2008), *The Price of Citizenship: Redefining the American Welfare State*. Updated edition, Philadelphia.
- King, Anthony (1975), Overload: Problems of Governing in the 1970s, in: *Political Studies* 23:2–3, S. 284–296.
- Klages, Helmut/Nowak, Jürgen (1971), The Mastering of Complexity as a Problem of the Social Sciences, in: *Theory and Decision* 2, S. 193–212.
- Kuchenbuch, David (2012), »Eine Welt«. Globales Interdependenzbewußtsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, S. 158–184.
- Kupper, Patrick (2004), »Weltuntergangsvision aus dem Computer«. Zur Geschichte der Studie »Die Grenzen des Wachstums« von 1972, in: Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hg.), *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart, S. 98–111.
- Lancaster, Roger (2011), *Sex Panic and the Punitive State*, Berkeley.
- Lane, David C./Stermann, John D. (2011), Jay Wright Forrester, in: Arjang A. Assad/Saul I. Glass (Hg.), *Profiles in Operations Research: Pioneers and Innovators*, New York, S. 363–386.
- La Porte, Todd R. (1975a), Preface, in: ders. (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. XIII–XIV.
- (1975b), Organized Social Complexity: Explication of a Concept, in: ders. (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. 3–39.
- (1975c), Complexity and Uncertainty: Challenge to Action, in: ders. (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. 332–356.
- (Hg.) (1975), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton.
- Lasswell, Harold (1960), Technique of Decision Seminars, in: *Midwest Journal of Political Science* 3:3, S. 213–236.
- Leendertz, Ariane (2010), *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften, 1975–1985*, Göttingen.
- (2013), Interdependenz, Krisenbewusstsein und der Beginn eines neuen Zeitalters. Die USA und die Neuverortung der transatlantischen Beziehungen in den 1970er Jahren, in: Frank Bösch/Peter Hoeres (Hg.), *Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen, S. 232–250.
- Light, Jennifer (2003), *From Warfare to Welfare: Defense Intellectuals and Urban Problems in Cold War America*, Baltimore.
- Luhmann, Niklas (1977), Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften. Zur Einführung, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.), *Interaktion*

- von Wissenschaft und Politik. *Theoretische und praktische Probleme der anwendungsorientierten Sozialwissenschaften*, Frankfurt a.M., S. 16–39.
- Luhmann, Niklas (1978), Komplexität [1975], in: Klaus Türk (Hg.), *Handlungssysteme*, Opladen, S. 12–37.
- Mainzer, Klaus (2008), *Komplexität*, Paderborn.
- Metlay, Daniel (1975), On Studying the Future Behavior of Complex Systems, in: Todd R. La Porte (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. 220–246.
- Metzler, Gabriele (2008), Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen, S. 243–260.
- McCrisken, Trevor B. (2003), *American Exceptionalism and the Legacy of Vietnam: US Foreign Policy since 1974*, New York.
- Michael, Donald N. (1968), On Coping with Complexity: Planning and Politics, in: *Daedalus* 97:4, S. 1179–1193.
- Milkis, Sydney (2012), How Great Was the Great Society?, in: Mitchell B. Lerner (Hg.), *A Companion to Lyndon B. Johnson*, Malden, S. 469–486.
- Milkis, Sydney M./Mileur, Jerome M. (Hg.) (2005), *The Great Society and the High Tide of Liberalism*, Amherst.
- Mitchell, Melanie (2009), *Complexity: A Guided Tour*, Oxford.
- Moynihán, Daniel P. (1967), A Crisis of Confidence?, in: *The Public Interest* 7, S. 3–10.
- (1969), *Maximum Feasible Misunderstanding: Community Action in the War on Poverty*, New York.
- (1972), The Schism in Black America, in: *The Public Interest* 27, S. 3–24.
- Nash, Margaret A. (2006), The Relationship Between Academic Social Scientists and Educational Policymakers: A Brief Historical Overview, in: Douglas E. Mitchell (Hg.), *New Foundations for Knowledge in Educational Administration, Policy, and Politics: Science and Sensationalism*, Mahwah, NJ, S. 3–28.
- Nelson, Richard R. (1974), Intellectualizing about the Moon-Ghetto Metaphor: A Study of the Current Malaise of Rational Analysis of Social Problems, in: *Policy Sciences* 5:4, S. 375–414.
- Patterson, James T. (1996), *Grand Expectations: The United States, 1945–1974*, Oxford.
- Pias, Claus (2011), On the Epistemology of Computer Simulation, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* Nr. 1, S. 29–54.
- Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders* (1968), Washington, D.C.
- Rodgers, Daniel T. (2011), *Age of Fracture*, Cambridge.
- Rorabaugh, W. J. (1989), *Berkeley at War: The 1960s*, New York.
- Rose, Richard (1979), Ungovernability: Is There Fire Behind the Smoke?, in: *Political Studies* 27:3, S. 351–370.
- Ruggie, John Gerard (1975), Complexity, Planning, and Public Order, in: Todd R. La Porte (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. 119–150.
- Sargent, Daniel J. (2010), The United States and Globalization in the 1970s, in: Niall Ferguson u. a. (Hg.), *The Shock of the Global: The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA, S. 49–64.
- Schlesinger Jr., Arthur M. (1969), *The Crisis of Confidence: Ideas, Power and Violence in America*, Boston.

- Schram, Sanford F./Fording, Richard C./Soss, Joe (2008), Neo-liberal poverty governance: race, place and the punitive turn in US welfare policy, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 1:1, S. 17–36.
- Schulman, Bruce (2002), *The Seventies: The Great Shift in American Culture, Society, and Politics*, New York.
- Seefried, Elke (2013), Steering the future. The emergence of »Western« futures research and its production of expertise, 1950s to early 1970s, in: *European Journal of Futures Research* 2 (online), <http://dx.doi.org/10.1007/s40309-013-0029-y> (15. Dezember 2014).
- Self, Robert O. (2003), *American Babylon: Race and the Struggle for Postwar Oakland*, Princeton.
- Simon, Herbert A. (1962), The Architecture of Complexity, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 106:6, S. 467–482.
- Stehr, Nicol/Grundmann, Reiner (2001), The Authority of Complexity, in: *British Journal of Sociology* 52:2, S. 313–329.
- Sugrue, Thomas J. (2005), *The Origins of the Urban Crisis: Race and Inequality in Postwar Detroit*, Princeton.
- Tanner, Jakob (2008), Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg. »Information« im Systemantagonismus von Markt und Plan, in: Michael Hagner/Erich Hörl (Hg.), *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*, Frankfurt a.M., S. 377–413.
- Teaford, Jon C. (1986), *The Twentieth Century American City: Problem, Promise, and Reality*, Baltimore.
- Turner, Fred (2006), *From Counterculture to Cyberculture: Steward Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*, Chicago.
- Van Houten, Peter S. (2003), The Changing Relationship Between Berkeley and Its Students, in: ders./Edward L. Barrett Jr. (Hg.), *Berkeley and Its Students: Days of Conflict, Years of Change, 1945–1970*, Berkeley, S. 1–49.
- Weaver, Warren (1948), Science and Complexity, in: *American Scientist* 36:4, S. 536–544.
- Wilson, Harlan (1975), Complexity as a Theoretical Problem: Wider Perspectives in Political Theory, in: Todd R. La Porte (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. 281–331.
- Winner, Langdon (1975), Complexity and the Limits of Human Understanding, in: Todd R. La Porte (Hg.), *Organized Social Complexity: Challenge to Politics and Policy*, Princeton, S. 40–76.
- Wood, Robert C. (1993), *Whatever Possessed the President? Academic Experts and Presidential Policy, 1960–1988*, Amherst.
- Zaretsky, Natasha (2007), *No Direction Home: The American Family and the Fear of National Decline, 1968–1980*, Chapel Hill.
- Zeiler, Thomas W. (2013), Requiem for the Common Man: Class, the Nixon Economic Shock, and the Perils of Globalization, in: *Diplomatic History* 37:1, S. 1–23.

Auf der Suche nach der neuen Wirklichkeit: Konzepte der Gegenwartsdiagnose im *Merkur* der 1970er- und 1980er-Jahre

Friedrich Kießling

Nein, vor wenigen Jahren wäre das so nicht möglich gewesen: Ein Philosophieprofessor macht sich an öffentlicher und angesehener Stätte mit einem Nebensatz über die zentrale Kategorie von Jürgen Habermas, den »herrschaftsfreien Diskurs«, lustig, und nahezu der gesamte Saal wiewert Zustimmung, als habe der Vortragende einen guten Witz gemacht. Auf solche frommen Sprüche, das schwang in dem Hohngelächter mit, sind wir also noch vor kurzer Zeit hereingefallen, nicht zu fassen.¹

Die zitierten Sätze waren im Juli 1977 in der Zeitschrift *Merkur* zu lesen. Sie stammen aus einer Besprechung mehrerer Arbeiten der Theologin Dorothee Sölle. Berichtenswert war für den Rezensenten, den Schriftsteller Albert von Schirnding, offenbar, dass sich Redner und Publikum gemeinsam über das wesentliche Modell eines der wichtigsten zeitgenössischen Intellektuellen lustig machten, und zwar nicht privat, sondern in aller Öffentlichkeit, sogar an einem repräsentativen Ort, was die Bedeutung, so darf der Leser folgern, nur noch erhöhte. Es wird nicht gesagt, wer der Philosophieprofessor war oder wo die Veranstaltung stattfand, doch was in der Begebenheit zur Sprache gebracht wird, ist die Delegitimierung eines zentralen Deutungskonzepts. Denn, so die Argumentation, ein paar Jahre zuvor wäre das nicht möglich gewesen. Lachen über Habermas? Streiten ja, vielleicht den Diskurs abbrechen, wie es Studenten bekanntermaßen auch im Falle von Habermas taten, aber lachen, seine Theorien als Deutungsangebot also öffentlich nicht ernst nehmen, das gab es bisher nicht.

Ich habe die Stelle am Beginn dieses Beitrags ausgewählt, weil sie etwas thematisiert, was bei Durchsicht der Bände des *Merkur* vor allem der 1970er-Jahre recht schnell auffällt: der Zerfall oder zumindest die Infragestellung von Gegenwartskonzepten, die bis dahin vielen plausibel erschienen waren. Insofern

¹ Albert von Schirnding (1977), Für ein wahres Leben im falschen. Über Dorothee Sölle, in: *Merkur* 31, S. 701–704, hier S. 701.

bestätigt die Zeitschrift die in der jüngeren Forschung verbreitete Tendenz, in den 1970er-Jahren eine wichtige Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts auszumachen.² Wie genau der Wandel der Gegenwartskonzepte ablief, welche Mechanismen zum Tragen kamen, auf welche Weise mit dem konstatierten »Strukturbruch«³, mit der Wahrnehmung einer veränderten Wirklichkeit Bedeutungsinnovationen (oder auch Bezeichnungsrevolutionen) auf der sprachlich-argumentativen Ebene verbunden waren, das bleiben allerdings komplizierte Fragen. Der Beitrag versucht, ihnen am Beispiel des *Merkur* nachzugehen.⁴ Dazu bedarf es zweier Schritte zur Vorbereitung: Zunächst stelle ich die Geschichte der Zeitschrift in groben Zügen vor, anschließend wird der Stand der Gegenwartsdiagnosen im *Merkur* an der Schwelle zu den 1970er-Jahren umrissen. Erst dann wird zu beurteilen sein, was und wie sich diese im Anschluss veränderten. Zur Sprache kommen vor allem die 1970er-Jahre, zumindest ansatzweise werden aber auch die frühen 1980er-Jahre einbezogen.⁵

1 Der *Merkur*: Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Das erste Heft des *Merkur* erschien im April 1947. Von Anfang an war die Zeitschrift mit dem damals sehr logischen, in der Zwischenzeit aber etwas anachronistisch wirkenden Untertitel »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« versehen. Die Gründungsherausgeber, Joachim Moras und Hans Paeschke, wa-

2 Prägend waren hier zum Beispiel: Doering-Manteuffel/Raphael (2008); Jarausch (Hg.) (2008) oder auch das Themenheft der *Zeithistorischen Forschungen* zu den 1970er-Jahren: Die 1970er-Jahre – Inventur einer Umbruchzeit (2006). Der vorliegende Beitrag bezieht sich auf die deutsche Situation; zu den 1970er-Jahren als Umbruchszeit, Beginn der heutigen Welt sowie Krisenjahrzehnt im internationalen Vergleich zum Beispiel: Beckett (2009); Borstelmann (2012); Chassaigne (2008); Ferguson u. a. (Hg.) (2010). Die Komplexität beziehungsweise die Uneindeutigkeit des Jahrzehnts zum Ausgangspunkt machen: Forster/Harper (Hg.) (2010).

3 Andresen/Bitzegeio/Mittag (Hg.) (2011).

4 Damit ist bereits ein Bekenntnis zur Wirklichkeitskonstituierenden Rolle der sprachlich-argumentativen Ebene verbunden, das diesem Sammelband auch insgesamt zugrunde liegt. Für mich ist in diesem Zusammenhang Reinhart Kosellecks Satz, wonach Begriffe »nicht nur Indikatoren, sondern ebenso Faktoren« historischer Veränderungen sind, immer noch mit am wichtigsten. Koselleck (1989), S. 344. Zur Erweiterung der Begriffsgeschichte seitdem u. a. Kollmeier (2012) sowie aus der Perspektive der linguistischen Sprachgeschichte: Busse/Niehr/Wengeler (Hg.) (2005).

5 Der *Merkur* ist bisher kaum Gegenstand historischer Forschung gewesen. Eine seltene Ausnahme, allerdings nur für die Frühzeit, bildet: Ferretti (2001/2002). Zum Folgenden siehe vor allem die Passagen zum *Merkur* in: Kießling (2012).

ren beide erfahrene Zeitschriftenmacher. Moras, 1902 geboren, war von 1934 bis 1943, als er zum Kriegsdienst eingezogen wurde, Herausgeber der im Programm der Deutschen Verlagsanstalt erscheinenden Zeitschrift *Europäische Revue*. Der neun Jahre jüngere Paeschke hatte vor 1945 als Chefredakteur der *Neuen Rundschau* fungiert. Auf diese Tätigkeiten ist die Bekanntschaft zwischen beiden zurückzuführen. In den 1930er- und 1940er-Jahren lagen die Redaktionsräume der beiden Zeitschriften praktisch nebeneinander in der Berliner Lützowstraße. Während Moras bereits 1961 verstarb, blieb Paeschke bis 1978 Herausgeber. Anfang 1979 übernahm der Journalist und Publizist Hans Schwab-Felisch den Posten, bevor 1984 Karl Heinz Bohrer die Leitung übernahm.

In unserem Zusammenhang ist wichtig, dass es dem *Merkur* bis spätestens Anfang der 1950er-Jahre gelang, zu einer der profiliertesten kulturpolitischen Zeitschriften der Bundesrepublik zu werden. Zu diesem Zeitpunkt gehörte fast das gesamte intellektuelle Establishment zum Autorenkreis. Und auch neue Stars der Szene konnten häufig früh für die Zeitschrift gewonnen werden. Texte von Thomas Mann erschienen ebenso wie solche von Rudolf Alexander Schröder, Ernst Robert Curtius, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky und Wilhelm Röpke. Aber auch Georg Picht, Alexander Mitscherlich, Carlo Schmid, natürlich Theodor W. Adorno, Martin Heidegger, Carl Schmitt und Ernst Jünger veröffentlichten in der Zeitschrift. Sie alle hatten bis Anfang der 1950er-Jahre ihren ersten »Auftritt« im *Merkur*. Wenig später folgte die neue kritische Intelligenz, die Generation der »Flakhelfer« beziehungsweise die der »45er«: Günter Grass, Hans Magnus Enzensberger, Martin Walser und Jürgen Habermas zählten nun zu den Autoren. Noch etwas später, meist in den 1960er-Jahren, kam die zweite Generation der westdeutschen Politikwissenschaft dazu: Kurt Sontheimer schrieb jetzt, Wilhelm Hennis, Peter Graf Kielmansegg, aber auch Journalisten wie Robert Leicht, Fritz J. Raddatz oder Marcel Reich-Ranicki. Vor allem Raddatz, seit 1976 Leiter des Feuilletons der *Zeit*, avancierte in den 1970er-Jahren zu einem der wichtigsten *Merkur*-Autoren.

Mindestens ebenso bedeutsam wie die Aufzählung dieser Namen, die im Übrigen das umfangreiche Redaktionsarchiv in Marbach zu einer Fundgrube für die Ideengeschichte der Bundesrepublik machen,⁶ ist das dahinterstehende Konzept der Herausgeber. Nach etwas anders gelagerten Anfängen, die interessant, hier aber nicht weiter von Belang sind, entwickelte vor allem Paeschke ein Konzept der »polaren Struktur«. Gemeint war der Versuch, möglichst unterschiedliche, am besten widersprüchliche Positionen zu versammeln, idealerweise in einem Heft. Das war vermarktungsstrategisch gedacht, zum Teil mochte es dem Zufall geschuldet sein, doch es steckte auch ideengeschichtliche Substanz

6 Vgl. Kießling (2014).

dahinter. Was Paeschke vorschwebte, war ein aus der Modernedebatte der Zwischenkriegszeit stammendes Konzept der Zusammenführung der Gegensätze der Moderne. Inhaltliche Hauptreferenz waren die symbolisch-physiognomischen Texte des österreichischen Kulturphilosophen Rudolf Kassner. Diesem ging es um Ausgleich, nicht im Sinne von Harmonisierung oder Auflösung der Gegensätze, sondern um deren sinnhafte Zusammenführung.⁷ Sowohl Moras als auch Paeschke kannten Kassner persönlich und verehrten ihn, so muss man wohl sagen, ein Leben lang.

Insgesamt gelang das Konzept der Polarität, und so kam es in der Zeitschrift immer wieder zu aus der Rückschau überraschenden Nachbarschaften bei der Zusammenstellung der Beiträge. So fand sich 1951 ein Text des völkischen Theoretikers Max Hildebert Boehm über »Das Doppelgesicht der deutschen Flüchtlingsfrage« direkt vor einer enthusiastischen Würdigung von Walter Benjamins »Berliner Kindheit um neunzehnhundert« durch Max Bense.⁸ Ein anderes Beispiel für das Nebeneinander ganz unterschiedlicher Beiträge bietet der erste Aufsatz von Jürgen Habermas in der Zeitschrift. Neben dessen »Die Dialektik der Rationalisierung. Vom Pauperismus in Produktion und Konsum« waren 1954 die Überlegungen von Rudolf Kassner über Typen der »abendländischen« Kulturentwicklung zu lesen, in denen der österreichische Kulturphilosoph über das »Gesicht« des russischen Chiliasmus spekulierte.⁹

Die Polarität bedeutete Belastungen, so zwischen Moras und Paeschke, die spätestens seit Mitte der 1950er-Jahre bis zu Moras' Tod bitter verfeindet waren,¹⁰ sie beeinträchtigte aber zum Beispiel auch das Verhältnis zu Theodor W. Adorno, der, kurz bevor er starb, den Bruch mit der Zeitschrift erklärte.¹¹ Die intellektuelle Vielgestaltigkeit blieb allerdings bemerkenswert. Sie macht die Jahrgänge des *Merkur* zu einem Panorama der intellektuellen Landschaft der Bundesrepublik.

7 Zu Kassners Bedeutung für die Gedankenwelten vor allem der Zwischenkriegszeit: Neumann/Ott (Hg.) (1999).

8 Hildebert Boehm (1951), Das Doppelgesicht der deutschen Flüchtlingsfrage, in: *Merkur* 5, S. 169–181 u. Max Bense, Über Walter Benjamin und seine Literatur, in: ebd., S. 181–184.

9 Jürgen Habermas (1954), Die Dialektik der Rationalisierung. Vom Pauperismus in Produktion und Konsum, in: *Merkur* 8, S. 701–724 u. Rudolf Kassner (1954), Stil und Gesicht. Swift, Gogol, Kafka, in: ebd., S. 737–752.

10 Siehe Demand/Knörer (2013).

11 Vgl. z. B. den Brief Adornos an Paeschke vom 29. Februar 1968, DLA Marbach, D: *Merkur*/Briefe an ihn.

2 Frühe Gegenwartsdeutungen

Wie lässt sich vor diesem Hintergrund der Stand der Gegenwartsdeutung an der Schwelle zu den 1970er-Jahren beschreiben? Ganz grob ist im *Merkur* bis etwa 1970 eine zeitliche Zweiteilung zu erkennen. Bis in die späten 1950er-Jahre überwogen eindeutig anthropologisch grundierte Welterklärungen. Erklärungen wurden in der Natur des Menschen oder lang historisch argumentierend gesucht. Sprachlich dominieren Begriffe und Begriffsfelder der Modernedebatte beziehungsweise der Kulturkritik: Der »Maschinenmensch« begegnet dem Leser ebenso häufig wie die »Apparate« der modernen Bürokratie, das ameisenhafte Zusammenleben der Menschen in den »Zellen« der Wohnblöcke und natürlich verschiedene Ausformungen des seit dem 19. Jahrhundert bekannten Massevokabulars.¹² Geradezu programmatisch beschrieb Rudolf Alexander Schröder 1947 die Argumentationsweise. Die Gefahr liege darin, »daß wir von diesem ›Heut‹ nicht loskommen und z. B. jetzt hier gleich fragen, was müssen wir heut als die Heutigen tun, anstatt uns erst vergewissert zu haben, was wir überhaupt zu tun haben«. Wer über »Grundfragen seiner Existenz mit sich ins Reine kommen will«, müsse davon »absehen können, daß er sich vielleicht gerade auf einem Schiff in Seenot befindet.«¹³ Nur angedeutet sei hier, dass diese Sprache in Texten von Autoren unterschiedlicher Couleur auffällt. Erst das macht sie zu einer historisch klar zu verortenden Argumentationsweise, zu einer »historischen Sprache« im Sinne der Cambridge School.¹⁴ Die Adorno-Beiträge der frühen Jahre unterschieden sich, wie auch die frühen Texte von Jürgen Habermas, nur teilweise davon. In der Sache von herkömmlicher Kulturkritik deutlich entfernt, rief letzterer in seinen ersten *Merkur*-Beiträgen doch regelmäßig deren Sprach- und Bilderwelten auf. Habermas sprach von dem »Halt«, den die »Dinge« gewährten, oder über das »Tragende und Bergende, das sie anbieten.«¹⁵ Darüber hinaus rief er gerade in »Die Dialektik der Rationalisierung«, seinem ersten (und gleich als Leitessay) veröffentlichten Beitrag im *Merkur*, mit der »Maschine« ein zentrales Bild der Moderne fast schon penetrant auf. Er sprach von »Maschinenkultur«, dem »Takt der Maschinen«, von den »Forschungsmaschinen«, den »Produktionsmaschinen« in den Büros oder den »Zivilisationsmaschinen« der

12 Dem Soziologen Alfred Weber etwa wurden Ende der 1940er-Jahre in einem zeitdiagnostischen Vortrag die fünf entscheidenden Probleme gegenwärtiger Studenten allesamt zu Problemen der »Masse«. Weber (2001), S. 661 (zuerst 1949).

13 Rudolf Alexander Schröder (1947/1948), Vom Beruf des Dichters in der Zeit, in: *Merkur* 1, S. 863–876, hier S. 865.

14 Z. B. Pocock (1975), S. 57.

15 Jürgen Habermas (1956), Notizen zum Missverständnis von Kultur und Konsum, in: *Merkur* 10, S. 212–228, hier S. 225.

modernen Unterhaltungswelt.¹⁶ Für die Zeitgenossen waren diese Texte allein durch ihre Sprach- und Argumentationsformen anders lesbar als viele spätere Beiträge, die von Jürgen Habermas im *Merkur* erschienen. Während für heutige Leser die Dialektik der späteren Texte bereits gut zu erkennen ist, konnten Begrifflichkeit und verwendete Bilder zeitgenössisch die Weltdeutung der traditionellen Modernedebatte aufschließen.

Sprache und Argumentationsweisen änderten sich in einer Übergangsphase zwischen den späten 1950er- und den beginnenden 1960er-Jahren. Anthropologische Begründungen nahmen ab, sozialanalytische traten in den Vordergrund. Erklärungen wurden in der Gegenwart gesucht, nicht mehr in einer langen Vergangenheit. Das Problem der modernen Großstadt war nun weniger eines der zusammengepressten Massen als eines von sozialen Gruppen, Herrschaftsverhältnissen und Produktionsweisen. Auch im *Merkur* hielten neomarxistische Begründungen und das entsprechende Vokabular Einzug. Beiträge über Karl Marx sowie zu anderen kommunistischen Theoretikern häuften sich. Hinzu kam das Planungs-, Machbarkeits- und Steuerungsvokabular – in seinen unterschiedlichen Ausformungen: die technischen »Sachzwänge« auf der einen Seite, inhaltlich bestimmter Fortschritt, Reform oder positiv konnotierte Modernität auf der anderen.¹⁷ Wiederum gilt der Befund für unterschiedliche intellektuelle Richtungen. Nicht nur für Jürgen Habermas, sondern auch für einen Autor wie den Pädagogen Georg Picht waren Bildung und Bildungsreform nun eine Frage von rationaler Organisation, von »Planungszentren« sowie »sozialen Interessen«, bei denen insbesondere das »Interesse der herrschenden Schicht« involviert war.¹⁸

Fügt man dem weitere sprachliche Analyseebenen hinzu und fragt in Anlehnung an Willibald Steinmetz etwa nach bestimmten, regelmäßig vorkommenden Fundamentalessagen, in denen aus den Gegenwartsdiagnosen resultierende Handlungsräume deutlich werden,¹⁹ so dominierten im *Merkur* bis weit in die 1950er-Jahre hinein Aussagen eines »Nochnicht« oder »Nichtmehr«. Die Gegenwart erschien als eine Art Zwischenstadium, in dem unklar war, wohin sich die eigene Zeit entwickeln würde. Seit den Jahren um 1960 war demge-

16 Jürgen Habermas (1954), Die Dialektik der Rationalisierung. Vom Pauperismus in Produktion und Konsum, in: *Merkur* 8, S. 701–724, hier S. 703.

17 Metzler (2005); Nützenadel (2005).

18 Georg Picht (1968), Was erwarten Staat und Gesellschaft von der Universität?, in: *Merkur* 22, S. 18–32, hier S. 27f. u. 30; ders. (1968), Erwachsenenbildung – die große Bildungsaufgabe der Zukunft, in: *Merkur* 22, S. 193–208, hier S. 197.

19 In seiner Untersuchung politischer Handlungsspielräume spricht Steinmetz von »elementaren Sätzen«, in denen »unterhalb der reflektierten Begriffsbildungen« auf der Satzebene Aussagen zu »Handlungsspielräumen ablesbar sind«. Gemeint sind zum Beispiel Sätze, in denen über Wünschenswertes oder darüber Auskunft gegeben wird, wer beziehungsweise welche Instanz Handlungskompetenz besitzt (oder eben nicht). Steinmetz (1993), S. 30–40, hier S. 33.

genüber in den Gegenwartsdiagnosen eine gerichtete Entwicklung erkennbar: Veränderungen waren eingetreten, sie erschienen mehr und mehr bestimmbar. Das Neue war für viele Autoren beschreibbar und damit gestaltbar geworden.²⁰

3 Die Gegenwart als »Krise«

Um den Zerfall des bis dato dominierenden Planungs-, Fortschritts- und Steuerungsdiskurses zu zeigen, genügen in einem ersten Schritt wenige Striche. Gut zu sehen ist das Phänomen am Beispiel der 300. Ausgabe der Zeitschrift, die im Frühjahr 1973 als Doppelheft erschien. Herausgeber Hans Paeschke leitete das Jubiläumsheft mit einem Editorial ein, in dem er ein zentrales Wort der Beiträge aufgriff: Nicht umsonst, so Paeschke, stehe »im Mittelpunkt der meisten Beiträge dieses Jubiläumsheftes der Begriff der Krise.«²¹ Und in der Tat, sieht man sich die verschiedenen Beiträge an, ist der Befund eindeutig. Jürgen Habermas schrieb über »Krise« und die »Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus«, Alexander Mitscherlich über »Leistungsverfall« in der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Krisendiagnose prägte ebenso die Beiträge von Rüdiger Altmann, Ralf Dahrendorf oder Peter Graf Kielmansegg.²²

Bei einem genaueren Blick auf die Argumentationen wird deutlich, dass es nicht nur um Krise, Verfall oder Legitimationsverlust ging, es fallen weitere markante Stichwörter. Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas zum Beispiel diagnostizierten eine neue »Komplexität«.²³ Rüdiger Altmann schrieb über das Ende der »Planungseuphorie« oder den »Strukturverlust«.²⁴ »Grenzen« der »Planung« begegneten dem Leser fast wortgleich bei Habermas. Dort war auch von

20 Ein frühes Beispiel bietet das Dezemberheft 1959, in dem im Rezensionsteil Theodor Wieser und Waldemar Besson kurz hintereinander einen Neubeginn in Literatur wie Geschichtswissenschaft konstatierten: Theodor Wieser (1959), Die Blechtrommel. Fabulierer und Moralist, in: Merkur 13, S. 1188–1191; Waldemar Besson (1959), Zur Geschichte der Weimarer Republik (Besprechung von Erich Eyck [21957], Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach-Zürich u. Karl Dietrich Bracher [21957], Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart u. a.), in: Merkur 13, S. 1199ff.

21 Hans Paeschke (1973), Vorspruch, in: Merkur 27, S. 311f., hier S. 311.

22 Jürgen Habermas (1973), Was heißt heute Krise? Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, in: Merkur 27, S. 345–364; Alexander Mitscherlich (1973), Vom Protest zum Leistungsverfall, in: ebd., S. 365–380; Rüdiger Altmann (1973), Neues vom Staatsschiff, in: ebd., S. 329–344; Ralf Dahrendorf (1973), Deutsche, deutsche Liberale und Europa, in: ebd., 313–328; Peter Graf Kielmansegg (1973), Gibt es noch eine fortschrittliche Linke?, in: ebd. S. 380–392.

23 Dahrendorf, Deutsche, S. 321; Habermas, Was heißt heute Krise?, S. 352 (siehe Anm. 22).

24 Altmann, Neues vom Staatsschiff, S. 332 u. 337 (siehe Anm. 22).

»Kontingenz« die Rede. Und schließlich machte auch Peter Graf Kielmansegg die »Komplexität« zu einem seiner Hauptargumente.²⁵

Damit sind die wichtigsten Stichworte der Gegenwartsdiagnosen in den 1970ern und auch noch Anfang der 1980er-Jahre schon fast alle genannt. Sie fanden sich immer und immer wieder: Legitimationsprobleme, zunehmende Komplexität, Verlust von Steuerungs- und Planungsmöglichkeit – die Zukunft schien nun weit weniger berechenbar als noch wenige Jahre zuvor. Die Auflösung von Strukturen und natürlich weiterhin die »Krise« bestimmten als Diagnose viele Texte. Wenn es um die Komplexität in einem weltweiten Maßstab ging, kam häufig die verstärkte Internationalität, Interdependenz oder die globale Vernetzung der Probleme hinzu.²⁶ Am Beispiel des Jubiläumshfts von 1973 lässt sich außerdem erkennen – wiederum erweist sich der *Merkur* als eine gute Quelle –, dass es sich auch jetzt um eine lagerübergreifende Diagnose handelte, die für den CDU-Politiker Rüdiger Altmann genauso wie für den Liberalen Ralf Dahrendorf oder die Vertreter der Frankfurter Schule einen plausiblen Ausgangspunkt darstellte.²⁷

Ein wesentlicher Aspekt des Doppelheftes liegt im Zeitpunkt seines Erscheinens im April/Mai 1973. Damit erschien es noch vor dem Jom-Kippur-Krieg, der im Oktober begann, und außerdem noch vor der durch diesen ausgelösten ersten Ölkrise. Die Wirtschaftskrise hatte die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt höchstens in Anfängen erreicht. Die Arbeitslosigkeit lag 1972/1973 bei 1,1 beziehungsweise 1,2 Prozent. Erst 1974 stieg die Zahl der Beschäftigungslosen erheblich und aus Sicht der Zeitgenossen dramatisch an. Die Beiträge sowie das Editorial legten dennoch nahe, dass es sich im Frühjahr 1973 bereits um

25 Habermas, Was heißt heute Krise?, S. 352 u. 357 (siehe Anm. 22); Kielmansegg, Gibt es noch eine fortschrittliche Linke?, z. B. S. 385 (siehe Anm. 22). Zur neu entdeckten Komplexität siehe den Beitrag von Ariane Leendertz in diesem Band.

26 Im Jubiläumshft vor allem bei Habermas, Was heißt heute Krise?, S. 350f. Die globale Dimension der Steuerungsprobleme auch bei: Iring Fetscher (1976), Wer kann die Entwicklung steuern?, in: *Merkur* 30, S. 101–112 u. Constanze Eisenbart (1979), Grenzen des Machbaren. Das geschichtliche Experiment des Club of Rome, in: *Merkur* 33, S. 799–811. Auffällig ist allerdings, dass die globale Dimension kaum explizit zum Thema gemacht wurde. Sie durchzog vielmehr als Argument ganz unterschiedliche Themen: vgl. Hartmut von Hentig (1977), Eine Apologie der Gebildeten II, in: *Merkur* 31, S. 114–129, hier S. 125 oder Carl Friedrich von Weizsäcker (1976), Zur längerfristigen Wirtschaftsprognose, in: *Merkur* 30, S. 801–829, z. B. S. 802. Zur Interdependenz und globalen Vernetzung siehe die Beiträge von David Kuchenbuch und Alexander Friedrich in diesem Band.

27 Insofern zeigt auch das Jubiläumshft von 1973 das Bemühen um eine polare Struktur, die sich ähnlich im literarischen Teil fortsetzte. In ihm fand sich etwa sowohl ein Text von Ernst Jünger als auch von Alfred Andersch. Ernst Jünger (1973), Zahlen und Götter, in: *Merkur* 27, S. 422–438 u. Alfred Andersch (1973), Meldung über einen Vorfall auf Posten, in: ebd., S. 439–447.

einen etablierten Krisendiskurs handelte. Paeschke sprach von einer »Art Topologie der Krise«. ²⁸

Die Anfänge des neuen Krisenbewusstseins lagen keineswegs erst im Jahr 1973, sie waren schon zuvor gut zu erkennen. Ein genauer Zeitpunkt ist schwer anzugeben und wäre kaum sinnvoll, aber es zeichnet sich, sieht man sich die Jahrgänge zuvor an, doch ein erkennbarer Veränderungsmechanismus in den Gegenwartsdiagnosen im *Merkur* ab. Dieser bestand aus einem Zusammenspiel aus bestimmten Schlüsselthemen, einer intellektuellen Disposition verschiedener *Merkur*-Autoren und dann auch einer ersten konzeptionellen Sinnggebung, die den zunächst recht unbestimmten Krisendiskurs innerhalb weniger Jahre etablierte. Einmal etabliert, konnte er dann durch die spezifische Wahrnehmung bestimmter Ereignisse sowie zentraler Texte verstärkt werden.

Die wichtigste Schlüsseldebatte – verstanden als Teil der diskursiv verhandelten Leitvorstellungen, die die zeitgenössische Weltsicht zu strukturieren vermögen – ²⁹ markierte meines Erachtens die Thematisierung der Umweltprobleme seit Ende der 1960er-Jahre. Der moderne Umwelt- beziehungsweise Naturschutz ist am Übergang von den 1960er- zu den 1970er-Jahren ziemlich plötzlich auf der Agenda erschienen. »Innerhalb kürzester Zeit«, so Matthias Jung, der sich mit dem Problem sprachgeschichtlich auseinandergesetzt hat, »erreichte der Umweltschutz die breite Öffentlichkeit«. Im September 1970 setzte die sozialliberale Bundesregierung ein »Sofortprogramm Umweltschutz« auf, und auch in Meinungsumfragen wurde der Umweltschutz bald zu einem häufig genannten Problemfeld. ³⁰ Im *Merkur* ist der Umweltschutz seit den Jahrgängen 1970/1971 als Schlüsseldebatte zu erkennen. Jetzt erschienen nicht nur eigene Beiträge zum Problem. Das Wort »Umwelt« mauserte sich zum zentralen Begriff, der auch mit seinem Wortfeld respektive in zahlreichen Komposita immer wieder aufgerufen wurde. ³¹ Nicht zuletzt fand sich das Thema in einer Vielzahl von Beiträgen zu anderen Gegenstandsbereichen. Die Umweltproblematik war in viele Richtungen anschlussfähig geworden. Georg Picht integrierte sie 1971 in einen Beitrag zur Friedensforschung. ³² Walter Hilsbecher in seine im gleichen Jahr erschienene Besprechung von »Herr der Ringe«. Einer spätmarxistischen Lesart, die auf die Betonung der Klassenstruktur in Tolkiens Fantasy-Welt hinwies, stellte Hilsbecher eine ökologische Interpretation gegenüber. In der Trilogie spiegelte sich für den Rezensenten die aktuelle Bedrohung der Umwelt durch den Menschen wider. ³³

28 Paeschke, Vorspruch, S. 311 (siehe Anm. 21).

29 Zum Begriff: Kießling (2012), S. 127f.

30 Jung (1995), S. 628; vgl. insgesamt zu dieser Passage: Kießling (2012), S. 396.

31 Zum Konzept von Schlüsselbegriffen bzw. Leitvokabeln z. B.: Böke/Liedke/Wengeler (1996).

32 Georg Picht (1971), Was heißt Friedensforschung, in: *Merkur* 25, S. 105–122, hier z. B. S. 118.

33 Walter Hilsbecher (1971), Vom Heimweh nach dem Mythos, in: *Merkur* 25, S. 289–292.

Einen zweiten Strang, der die Veränderungen der Gegenwartsdiagnosen erklären kann und sich überdies mit der aufkommenden Umweltthematik gut vertrug, bildete im *Merkur* die auch in den 1960er-Jahren in ihm stärker als anderswo fassbare Skepsis gegenüber technisch-rationalen Lösungen. Dass auch hier in den 1960ern Planungs- und Steuerungskonzepte überwogen, bedeutete nicht, dass modernisierungsskeptische Haltungen völlig verschwunden gewesen wären. Vor allem zwei Autorengruppen konnten im *Merkur* Probleme wie den Umweltschutz mit der solchermaßen aufbewahrten Skepsis gegenüber intensiver Planung und rationaler Steuerung verbinden: Liberalen Autoren wie Wilhelm Hennis oder Peter Graf Kielmansegg war nicht nur die »Sachgesetzlichkeit« eines Helmut Schelsky zu technokratisch, sie hatten ebenso Bedenken gegenüber dem Steuerungs- und Umgestaltungsfuror der Neuen Linken und ihrer Adepten in der Studentebewegung. Hinzu kam eine Gruppe von Autoren, deren Denken ursprünglich in der Kulturkritik wurzelte, die aber in den 1960er-Jahren in das Lager der Modernisierung gefunden hatten. Im *Merkur* stehen die Bildungsreformer Georg Picht und – ziemlich kompliziert – Hartmut von Hentig für diesen intellektuellen Raum. Ähnliches ließe sich (allerdings handelte es sich bei ihm im Unterschied zu Picht und Hentig um keinen wichtigen *Merkur*-Autor) für Eugen Kogon zeigen, der in den 1970ern eine Renaissance erlebte und so aktuell wie lange nicht erschien.³⁴ Für solche Autoren war die auf mehr Planung, Aufklärung und Rationalität setzende Lösung der Neuen Linken, insbesondere der Frankfurter Schule, zwar eine – faszinierende – Chance gewesen, die Entfremdungsprobleme der Moderne in den Griff zu bekommen. Bestimmte Elemente ihrer ursprünglichen Vorstellungswelten hatten sich dadurch aber nicht geändert. Debatten wie der Umweltschutz konnten vor diesem Hintergrund zum Beispiel grundsätzliche Zweifel an Machbarkeitsvorstellungen der industriellen Moderne erneuern. Ähnlich wie die 1954 von Jürgen Habermas bemühte Maschinenmetapher verschiedene Vorstellungswelten zu einer zeitgenössisch für viele plausiblen Weltsicht zusammenfügen konnte, vermochten Themen wie die Umweltdebatte Intellektuelle unterschiedlicher Herkunft in ihrer vorhandenen Fortschrittsskepsis zu bestärken und in einem übergreifenden Krisendiskurs zusammenzuführen. Im *Merkur* des Jahres 1971 waren es beispielsweise Wilhelm Hennis, Georg Picht und Hartmut von Hentig, die vehement auf die Defizite moderner technisch-rationaler Lösungen hinwiesen. Im Kontext der frühen 1970er-Jahre kam solcher Skepsis ohne Zweifel neue Aktualität und Brisanz zu.³⁵

34 Zu Frage nach den kulturkritischen Kontinuitäten in Kogons Denken: Kießling (2011).

35 Pichts Beitrag zur Friedensforschung (ein höchst modernes Konzept) bemühte dabei geradezu anthropologische Argumentationsfiguren. Um die für die Sicherung des Friedens notwendige »neue Denkungsart« zu entwickeln, müsse man, so Picht, in »dieselben Tiefenschichten vordringen«, aus denen auch »in früheren Epochen die Möglichkeit moralischen Handelns aufge-

Im *Merkur* wurde die daraus entstehende Mischung bald auch grundsätzlich gedeutet. Das ist der dritte Strang, mit dem der Wandel in den Gegenwartsdeutungen beschrieben werden kann. So erschien 1972 ein erster Schub von Artikeln, in denen der veränderte Befund grundlegender konzeptionell gefasst wurde. Der Journalist Claus Koch fragte: »Wo hält die »wissenschaftlich-technische Revolution.«³⁶ Von Peter Graf Kielmansegg erschien »Fortschritt wohin?«.³⁷ Und der spätere Herausgeber Karl Heinz Bohrer schrieb über die »lädierte Utopie und die Dichter«.³⁸ Die Irritation gegenüber Planung, Steuerung und Rationalität, die im Umweltschutz eine Debatte gefunden hatte, wurde zu einer grundlegenden Gegenwartsdeutung ausgeweitet, die von nun an beim Blick auf die eigene Zeit zur Verfügung stand. Ab jetzt konnte jedes Ereignis, jede Entwicklung in diesem Sinne wahrgenommen werden: die Wirtschaftsprobleme ebenso wie weitere Umweltprobleme oder Entwicklungen in den internationalen Beziehungen.

Das war der Stand, als im April/Mai 1973 das Jubiläumsheft mit dem bereits etablierten Krisendiskurs erschien. »Angesichts der außerordentlichen Kompliziertheit der Wirkungszusammenhänge in einer modernen Industriegesellschaft«, formulierte Kielmansegg seinen Abgang auf den Planungsoptimismus, sei die »Entscheidung über Totalalternativen zu den jeweils bestehenden Verhältnissen geradezu der klassische Fall einer irrationalen und unverantwortlichen Entscheidung«. Es sei vollkommen unmöglich, die »Konsequenzen der Realisierung solcher Alternativmodelle [...] auch nur fragmentarisch vorauszusagen«.³⁹ Jürgen Habermas unterschied in seiner neomarxistischen Gegenwartsdiagnose zwischen systemspezifischen Problemen des Spätkapitalismus und systemübergreifenden Krisenmomenten. Für den Spätkapitalismus machte er ein zunehmendes Legitimationsproblem aus, das durch traditionelle Normen und die Gewährung »formaler Demokratie«⁴⁰ zukünftig möglicherweise nicht mehr zu beherrschen sein werde. Systemübergreifend sah er drei »Krisenerscheinungen«: persönliche Entfremdung, die Konfrontation des Kalten Krieges und das damit einherge-

stiegen« sei. Picht, Was heißt Friedensforschung, S. 118 (siehe Anm. 32). Außerdem: Hartmut von Hentig (1971), Interdisziplinarität, Wissenschaftsdidaktik, Wissenschaftspropädeutik, in: *Merkur* 25, S. 855–881 sowie Wilhelm Hennis (1971), Ende der Politik? Zur Krisis der Politik der Neuzeit, in: ebd., S. 509–526. Zu einem einfachen Revival des Kulturpessimismus früherer Jahrzehnte oder gar Weimars, nach dem etwa Hans Maier für die 1970er-Jahre gefragt hat, kam es dennoch nicht. Maier (2009), S. 168.

36 Claus Koch (1972), Wo hält die »wissenschaftlich-technische Revolution«, in: *Merkur* 26, S. 1055–1073.

37 Peter Graf Kielmansegg (1972), Fortschritt wohin?, in: *Merkur* 26, S. 1138–1141.

38 Karl Heinz Bohrer (1972), Die lädierte Utopie und die Dichter, in: *Merkur* 26, S. 1207–1223.

39 Kielmansegg, Gibt es noch eine fortschrittliche Linke, S. 392.

40 Habermas, Was heißt heute Krise?, z. B. S. 349 (siehe Anm. 22).

hende nukleare Vernichtungspotenzial sowie – so auch er – die »Störung des ökologischen Gleichgewichts«. ⁴¹ Erhebliche »Steuerungsprobleme« ergäben sich hier wie dort. ⁴²

Der Krisendiskurs sollte sich im Verlauf der 1970er- und frühen 1980er-Jahre fortsetzen. ⁴³ Zu seinen realhistorischen Anknüpfungspunkten gehörten die ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten des folgenden Jahrzehnts, eher kurzzeitig der Terrorismus, aber natürlich auch die erste Ölpreiskrise, die sich als latente Energiekrise fortsetzte, bevor Ende der 1970er-Jahre die zweite Ölkrise Schlagzeilen machte. »Die heutige Menschheit wandert durch eine tödliche Gefahr«, schrieb Carl Friedrich von Weizsäcker zu Beginn eines Beitrags von 1978, der beinahe alle aufgeführten Schlagwörter (und noch einige mehr) aufrief. ⁴⁴ In anderen Beiträgen mutierten Futurologie und Zukunftsforschung der späten 1960er-Jahre zum Problem von »Folgenkontrolle« ⁴⁵ oder zu notwendiger Gefahren- und Risikoabschätzung von Forschung und Technik, zu einer Sache von »Risikopotential« und »Risikoabstufung« ⁴⁶. Zentraler publizistischer Ort der Debatten wurde bald der Bericht des Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums«, der 1972 erschienen war. ⁴⁷ Im Jubiläumshft von 1973 spielte er noch keine Rolle. In den folgenden Jahrgängen sollte er aber auch im *Merkur* zum viel genannten Referenztext von Zukunftssorgen und Krisendiagnosen werden. ⁴⁸

In diesem Kontext der grundsätzlichen Fortschrittsszweifel erklärt sich dann auch das Lachen über Habermas. Der herrschaftsfreie Diskurs, der zuvor die Hoffnung auf eine gerechte und vernünftige Gestaltung der Gesellschaft in der Zukunft repräsentiert haben mochte, konnte nun zur lächerlichen Utopie wer-

41 Ebd., Zitate S. 350.

42 Ebd., S. 351 bzw. 355. »Steuerungsprobleme«: S. 363.

43 Zur Alltäglichkeit des Krisenbegriffs z. B.: Dorothee Sölle (1978), Der Aufstand gegen die Banalität. Zum Problem der Religion, in: *Merkur* 32, S. 770–777, hier S. 770 oder ebd.: Rino Sanders (1978), Kleiner Ort in Krisenzeiten, S. 847–850. Zumindest hingewiesen sei darauf, dass sich natürlich auch die konkreten Themen wandelten. Neben Umweltschutz erhielten im Verlauf der 1970er-Jahre etwa der Feminismus, Sexualität oder die »Dritte Welt« deutlich mehr Aufmerksamkeit. Fast völlig fehlt im *Merkur* bis in die ersten Jahrgänge der 1980er-Jahre allerdings der Neo-Liberalismus. Nach 1980 wurden dagegen zum Beispiel »Die Grünen«, die Neuen sozialen Bewegungen sowie – in Ansätzen – auch die Digitalisierung wichtigere Themen.

44 Carl Friedrich von Weizsäcker, (1978), Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?, in: *Merkur* 32, S. 745–769, hier v. a. S. 746, Zitat S. 745.

45 Eberhard Moths, (1978), Politische Folgenkontrolle, in: *Merkur* 32, S. 851–868.

46 Jost Herbig (1978), Die Gen-Ingenieure. Beobachtungen und Thesen zur zweiten biologischen Revolution, in: *Merkur* 32, S. 868–879, v. a. S. 871 ff., Zitate S. 878 f.

47 Meadows u. a. (1972).

48 Z. B. Weizsäcker, Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?, S. 755 (siehe Anm. 44); Hellmut Becker (1978), Freiheit, Sozialismus, Psychoanalyse. Anmerkungen zu Begegnungen mit Alexander Mitscherlich von einem Nichtanalytisierten, in: *Merkur* 32, S. 923–937, hier S. 927 (siehe Anm. 44); Eisenbart, Grenzen des Machbaren (siehe Anm. 26).

den, die an der nicht berechenbaren Zukunft zerbrach. Die Zukunftsgerichtetheit von Habermas' Konzeptionen, die in den 1960er-Jahren funktioniert hatte, weil es sich um eine gestaltbare Zukunft des Fortschritts gehandelt hatte, verlor im Krisendiskurs des folgenden Jahrzehnts, in dem Zukunft nicht mehr voraussehbar erschien, ihre Überzeugungskraft.

4 Neue Deutungskonzepte?

Im Laufe der 1970er-Jahre ließen sich im *Merkur* eine Reihe gedanklicher Weiterungen und zusätzliche Themen des Krisendiskurses verfolgen. »Nostalgie« spielte darin eine Rolle,⁴⁹ ebenso eine diagnostizierte zunehmende politische Apathie beziehungsweise ein »Utopieverlust«⁵⁰. »Verinnerlichung« und »neue Subjektivität« begannen vor allem in Beiträgen zur Literatur zu einem wichtigen Befund zu werden.⁵¹ Ich möchte aber im letzten Abschnitt die Beobachtungen aus dem *Merkur* noch etwas grundsätzlicher wenden und dabei einige weiterführende Fragen aufwerfen.

Die erste Beobachtung betrifft den konzeptionellen Status der Diagnosen: Das Konstatieren von Steuerungs- und Planungsverlust oder von Komplexität bedeutet noch keine Theorie der Unübersichtlichkeit oder der Kontingenz. Dieser Schritt fand bis Ende der 1970er-Jahre im *Merkur* jedenfalls nicht oder nur in Ansätzen statt. Ein für die unterschiedlichen intellektuellen Räume plausibles intellektuelles Bewältigungsinstrumentarium war nicht zu erkennen. Insofern eröffneten die beschriebenen Gegenwartsdiagnosen kaum neue Handlungsräume. Die Zeitanalysen blieben beim Befund stehen. Auf die Frage, wie auf die »Krise« reagiert werden sollte, deutete sich – im Unterschied zu den 1960ern, wo mit der allgemeinen Präferenz für technisch-rationale Lösungen ein Lagerüber-

49 Z. B.: Arnold Gehlen (1976), Das entflohene Glück. Eine Deutung der Nostalgie, in: *Merkur* 30, S. 432–442; Dieter Baacke (1976) Nostalgie. Ein Phänomen ohne Theorie, in: ebd., S. 442–452. Hier fällt auch das Schlagwort von der Wiederentdeckung der »Innerlichkeit«. Ebd., S. 449. Vgl. »Neue Subjektivität«: Werner Ross (1977), Geometrie der Unordnung. Zu Hans J. Fröhlichs Romanen, in: *Merkur* 31, S. 1121–1124, hier S. 1121 u. Marcel Reich-Ranicki (1979), Anmerkungen zur deutschen Literatur der siebziger Jahre, in: *Merkur* 33, S. 169–179.

50 Peter Körfggen (1978), Warum sie sich verweigern. Antworten zur Gesellschaftsverneinung unter der Jugend, in: *Merkur* 32, S. 993–1009, hier S. 101. »Apathie« z. B.: Schirnding, Für ein wahres Leben im falschen, S. 703 (siehe Anm. 1).

51 »Neue Innerlichkeit«: z. B. Hans Paeschke (1978), Kann keine Trauer sein, in: *Merkur* 32, S. 1169–1193, hier S. 1185; »Literatur des Rückzugs«, »neue Subjektivität«, »Innerlichkeit«: Reich-Ranicki, Anmerkungen zur deutschen Literatur der siebziger Jahre, S. 173 u. 177 (siehe Anm. 49). Viele weitere Stränge der Krisendebatte der 1970er ausführlich bei: Geyer (2008); siehe auch seinen Beitrag in diesem Band.

greifendes Modell zur Verfügung gestanden hatte – noch keine Antwort an. Die Plausibilität von Konzepten wie den Sachzwängen oder einer Überwindung der Probleme der technisch-modernen Welt durch das Weitertreiben von Reflexion und Aufklärung, wie es die »Frankfurter Schule« empfahl, bestand ja gerade darin, dass beides Handlungsmöglichkeiten aus den wahrgenommenen Defiziten der technisch-industrialisierten Moderne entwickelte. Das Problem wurde zur Lösung und ermöglichte so in beiden Fällen Antworten auf die Frage, wie mit den diagnostizierten Schwierigkeiten umgegangen werden konnte, ohne die moderne Welt grundsätzlich infrage zu stellen.

Wie auf die Krisendiagnose der 1970er reagiert werden sollte, dafür bildete sich in den Beiträgen des *Merkur* zunächst kein übergreifendes Lösungsmodell heraus.⁵² Therapievorschläge beschränkten sich auf Andeutungen und blieben zudem recht heterogen. Der Philosoph Hermann Lübbe, selbstverständlich auch Autor der Zeitschrift, brachte schon einmal die Bedeutung von »Identität« in Zeiten beschleunigten Wandels ins Spiel.⁵³ Gelegentlich tauchte die »Tendenzwende« als Bezeichnung der Veränderungen auf. Aber sie benannte doch nur ein Teilphänomen oder blieb ein intellektueller Kampfbegriff.⁵⁴ Der spätere Herausgeber Karl Heinz Bohrer sprach 1978 in einem Essay über den Utopieverlust von einem neuen Pragmatismus, der die »reformistische« Ära ablöse. Er beließ es allerdings bei einer kurzen Andeutung, ansonsten blieb sein Beitrag bei der Beschreibung des Neuen sehr tastend.⁵⁵ Carl Friedrich von Weizsäcker diskutierte im selben Jahr die Möglichkeit einer Verzichtskultur. Mit dem Verweis auf das Individuum, bei dem die Veränderung beginnen müsse, und auf ein bei Einzelnen bereits vorhandenes »Bewußtsein ihrer Mitverantwortung für die reale Welt«, die er als eine globale, interdependente Welt beschrieb, lieferte er wichtige Versatzstücke eines neuen globalen Bewusstseins, wie sie David Kuchenbuch für die 1970er- und 1980er-Jahre beobachtet hat.⁵⁶ Diese »neue Kultur« sei aber, so Weizäcker, letztendlich eine »noch nicht beschreibbare«.⁵⁷

52 Das bedeutet allerdings nicht, dass die Krise im *Merkur* als vorübergehende betrachtet worden wäre, wie es zum Beispiel Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael für ökonomische Experten konstatiert haben. Für die Beobachter im *Merkur* war klar, dass es sich um eine fundamentale Krise der modernen Gesellschaft handelte. Doering Manteuffel/Raphael (2011), S. 26.

53 Hermann Lübbe (1979), Politischer Historismus. Zur Philosophie des Regionalismus, in: *Merkur* 33, S. 415–424, hier z. B. S. 417.

54 Vgl. Jürgen Habermas (1977), Die Bühne des Terrors. Ein Brief an Kurt Sontheimer, in: *Merkur* 31, S. 944–959, hier S. 944.

55 Karl Heinz Bohrer (1978), Die ausverkauften Ideen. New Culture, Old Culture, Popular Culture, in: *Merkur* 32, S. 957–977, hier S. 959.

56 Kuchenbuch (2012).

57 Weizsäcker, Gehen wie einer asketischen Weltkultur entgegen?, S. 763 (siehe Anm. 44).

Vor dem Hintergrund vieler seiner älteren Texte geradezu frappierend zurückhaltend sind die zeitdiagnostischen Beiträge und die darin enthaltenen Therapievorschläge im Falle des Pädagogen und prominenten Bildungsreformers Hartmut von Hentig. Hatte er früher die Offenheit für das Neue, den ständigen, sich immer mehr beschleunigenden Wandel regelrecht gefeiert,⁵⁸ sprach er nun angesichts von Komplexität, Beschleunigung und empfundenem Steuerungsverlust von neuen »Unsicherheiten«. Die in Gang gesetzten Veränderungen und Befreiungen drohten »in einen unmenschlichen Aberwitz umzuschlagen«. Statt sich freudig auf das Neue einzulassen und seine Chancen zu ergreifen, fragte von Hentig, wie man das moderne Leben aushalten, wie man seinen Unsicherheiten »standhalten« könne.⁵⁹

Bei der weiteren Beschreibung der Gegenwartsdiagnosen sowie der zeitgenössischen Schwierigkeiten, daraus zukunftsweisende Perspektiven zu gewinnen, kann wiederum die sprachliche Dimension helfen. Auffällig ist, dass die Gegenwart häufig als eine Ubergangsepoche gekennzeichnet wird. Bei den Fundamentalausagen dominierte einmal mehr ein »Nichtmehr« beziehungsweise ein »Nochnicht«. Man mag von einer semantischen Unsicherheit bei den Gegenwartsdiagnosen sprechen, die der konzeptionellen Unsicherheit entsprach. »Die Welt ist unordentlich geworden«, schrieb der Kritiker und Journalist Herbert von Borch 1979, in diesem Fall im Kontext der internationalen Beziehungen, »wenn nicht hochgradig unordentlich [...]. Wandel und Übergang sind die vorherrschenden Merkmale, aber »wohin«, weiß kein Experte zu sagen.« Die Stimmung einer »Zeitenwende« sei verbreitet, »alles ist unsicher.«⁶⁰ »Wir haben Bücher, aber wir haben keine Literatur«, schrieb Marcel Reich-Ranicki im ganz anderen Kontext der Literatur. Das Bild wirke »unübersichtlich und verwirrend, ja sogar chaotisch«, und schließlich diagnostizierte auch er eine gegenwärtige »Übergangszeit«.⁶¹ Erneut gab es wichtige Referenzautoren der Debatte. Ernst Friedrich Schumachers »Small is beautiful« wurde immer wieder angeführt.⁶² Ronald Ingleharts »Silent Revolution« oder Daniel Bells »postindustrielle Ge-

58 Vgl. Kießling (2012), z. B. S. 401.

59 Hartmut von Hentig (1977), Hoffnung aushalten, in: *Merkur* 31, S. 628–643, Zitate S. 630ff. u. 635. Kurz zuvor hatte sich Hentig im *Merkur* sogar für die »Aufbewahrung und Deutung wichtiger Erkenntnismöglichkeiten und Maßstäbe aus der Vergangenheit« sowie »Tradition« in der Bildung ausgesprochen. Hartmut von Hentig (1977), Eine Apologie des Gebildeten (II), in: *Merkur* 31, S. 127 u. 129.

60 Herbert von Borch (1979), Das Ende der weltpolitischen Geometrie, in: *Merkur* 33, S. 3–18, hier S. 4.

61 Reich-Ranicki, Anmerkungen zur deutschen Literatur, S. 169 u. 178 (siehe Anm. 49).

62 Schumacher (1973), z. B. in: Bernhard Plettner (1979), Können wir mit »sanften Technologien« unser Leben bestreiten?, in: *Merkur* 33, S. 731–741, hier S. 731; Peter Meyns (1979), Alternativen zur ländlichen Armut. Erfahrungen mit angepaßter Technologie in vier ostafrikanischen

sellschaft« blieben von den *Merkur*-Autoren ebenfalls nicht unbemerkt.⁶³ Wenn man genauer sucht, finden sich auch gelegentliche Verweise auf Michel Foucault oder die Postmoderne.⁶⁴ Insgesamt blieben die Lösungsvorschläge aber heterogen, die Krisendiagnose dominierte.

Eine Veränderung lässt sich im *Merkur* eigentlich erst zu Beginn der 1980er-Jahre feststellen. Zumindest der Beginn einer lagerübergreifenden neuen Deutung der veränderten Wirklichkeit zeichnete sich ab. Sie lag in der neuen und nun über den literarischen Bereich hinausgehenden Aufmerksamkeit für Subjektivität, Individualität beziehungsweise individuelle Lösungen; Biografien rückten ebenso wieder stärker in den Mittelpunkt.⁶⁵ Damit verbunden war eine beginnende kulturelle Wendung, die sich wiederum in der historischen Sprache niederschlug. Neomarxistisches Vokabular fand sich kaum noch. Stattdessen machten die meisten Beiträge kulturelle Phänomene zu ihrem argumentativen Zentrum. Ging es im weitesten Sinne um Politik, fiel zum Beispiel häufig der Begriff der »politischen Kultur« (statt klassenspezifischen Interessen oder Ähnlichem).⁶⁶ Gesellschaftliche Fragen wurden nun als Probleme von »Deutungen«, »Sinnproduktion« oder »Werten« verhandelt.⁶⁷

Ländern, in: ebd., S. 771–781, hier 771. Der deutsche Titel von Schumachers Buch lautete bezeichnenderweise »Die Rückkehr zum menschlichen Maß«.

- 63 Inglehart (1977); Bell (1973), z. B. in: Hermann Rudolph (1979), Bundesdeutsche Innenwelt, in: *Merkur* 33, S. 1034–1038, hier S. 1036 bzw. Claus Offe (1976), Postindustrielle Gesellschaft – ein politisches Programm? Zu Daniel Bells Analysen, in: *Merkur* 30, S. 878–884. Immer wieder wird zudem Ivan Illich genannt (v. a.: *Tools for Conviviality* [1973]. New York, deutsch: *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik* [1980]. Reinbek b. Hamburg), vgl. z. B. Thure von Uexküll (1976), »Grenzen der Medizin«. Versuch einer Bestandsaufnahme, in: *Merkur* 30, S. 113–130, hier S. 115f. Die Aufzählung macht – natürlich – den starken transnationalen Charakter der verfolgten Debatten deutlich, auf den an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen sei.
- 64 Jean Améry (1977), Michel Foucaults Vision des Kerker-Universums, in: *Merkur* 31, S. 389–394; Werner Brede (1979), Einsichten in die Modernität. Eindrücke aus neuen Büchern, in: *Merkur* 33, S. 1246–1254, hier 1246.
- 65 Auffällig z. B. in Heft 3 1982, in dem gleich vier biografische (Teil-)Porträts standen: Fritz J. Raddatz (1982), Der sozialistische Egomane. Bertolt Brecht in seinen Briefen, in: *Merkur* 36, S. 266–277; Werner Kraft (1982), Biographische Einzelheiten, in: ebd., S. 287–293; Roman Schnur (1982), Ein Europäer aus Galizien, in: ebd., S. 309–312; Peter Graf Kielmansegg (1982), Ein Pazifist in Deutschland. Bemerkungen aus Anlaß einer Wiederentdeckung, in: ebd., S. 315–320.
- 66 Auch dieser Begriff ist älter, dennoch ist die Konjunktur Anfang der 1980er im *Merkur* auffällig: Hermann Lübke (1983), »Neo-Konservative« in der Kritik. Eine Metakritik, in: *Merkur* 37, S. 622–632, z. B. S. 623. Jürgen Kolbe (1983), Das Auge des Taifuns. Über einige Zusammenhänge von Kulturpolitik und politischer Kultur, in: ebd., S. 746–751.
- 67 Explizit gegen marxistische Interpretationen z. B.: Cornelius Castoriadis (1982), Die imaginären gesellschaftlichen Bedeutungen, in: *Merkur* 36, S. 331–340. Ähnlich: Jürgen Kocka (1982), Klassen oder Kultur? Durchblicke und Sackgassen in der Arbeitergeschichte, in: ebd.,

Insgesamt scheint mir vor allem die Beschreibung der Veränderungen als Wandel hin zu einer neuen Kultur den vorhergehenden Krisendiskurs abzulösen. Darüber hinaus wurden nun die neuen Großkonzepte präsenter. Das gilt für die »Globalität«, aber auch für postmoderne oder konstruktivistische Ansätze,⁶⁸ die vorher – wie erwähnt – durchaus vorkamen, allerdings keineswegs prägend waren. Sieht man auf die Hauptpunkte des intellektuellen Streits, rückten jetzt Fragen der Identität sowie nach der Zukunft der Aufklärung respektive deren angebliche Herausforderung durch eine neue Irrationalität und Theorieskepsis endgültig ins Zentrum.⁶⁹ Dabei spielte im Übrigen – trotz der Stellung, die insbesondere Jürgen Habermas in der Debatte einnahm – das neomarxistische Vokabular früherer Jahre kaum noch eine Rolle. Was konkrete Handlungsanweisungen anbelangt, gaben sich die Gegenwartsdiagnosen allerdings weiterhin zurückhaltend. Im Unterschied zu den Heften seit Beginn der 1970er-Jahre war man mittlerweile aber zumindest über die bloße Beschreibung von Defiziten hinaus. Hans Schwab-Felisch formulierte das in seinem Abschiedsbeitrag als Herausgeber Ende 1983 im Sinne des im *Merkur* von Beginn an verfolgten Konzepts der Klärung der Dinge: »Aber niemand, denke ich, wird abstreiten, daß die Lebensumstände sich gegenüber 78/79 zugespitzt und ihre Grundlagen sich dramatisch verschärft haben. [...] Die Dinge sind aus dem Halbschatten getreten, in dem sie sich damals noch befanden.« In Einzelheiten und unauffällig sei vieles schon zuvor da gewesen, dann aber plötzlich »liegt die Verschärfung zutage, sie ist sicht- und spürbar geworden für jedermann. Es gilt, sich auf eine neue Lage einzustellen.«⁷⁰ Das war, so ließe sich mit Paeschke hinzufügen, nun auch möglich.

Inwieweit lassen sich solche anhand des *Merkur* gewonnenen Ergebnisse verallgemeinern? Relativ einfach ist es vermutlich im intellektuellen Bereich. Carl Friedrich von Weizsäcker's »Wege in der Gefahr« erschien zuerst 1976, drei Jahre später auch als Taschenbuchausgabe, die allein bis 1984 fünf Auflagen erlebte.⁷¹

S. 955–965. Im Modus einer Literaturkritik, die Literatur gesellschaftlich-symptomatisch als Ausdruck aktueller individueller Sinnsuche las: Alexander von Bormann (1983), Kultbücher für Aussteiger? Michael Endes Märchenromane, in: *Merkur* 37, S. 705–710.

68 Z. B. Egon Bahr (1981), Europa in der Globalität, in: *Merkur* 35, S. 765–771; Jürgen Habermas (1983), Der Eintritt in die Postmoderne, in: *Merkur* 37, S. 752–761. Oder zum Konstruktivismus: Gerolf Fritsch (1982), Megamaschine und größere Vernunft, in: *Merkur* 36, S. 1100–1110.

69 Karl Heinz Bohrer (1981), Kriterien der »intellektuellen« Saison. Zu Angriffen auf Jürgen Habermas, in: *Merkur* 35, S. 867–872; Hans Schwab-Felisch (1981), Zu diesem Heft, in: ebd., S. 883f., hier S. 884; Jürgen Habermas (1982), Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik. Über eine Bewegung von Intellektuellen in zwei politischen Kulturen, in: *Merkur* 36, S. 1047–1061; Lübbe, »Neo-Konservative« in der Kritik (siehe Anm. 66).

70 Hans Schwab-Felisch (1983), P.S., in: *Merkur* 37, S. 984–991, hier S. 984f.

71 Weizsäcker (1976).

1979 publizierte Jürgen Habermas in zwei Bänden »Stichworte zur ›geistigen Situation der Zeit‹«, in denen unter anderem vor der neuen Irrationalität, der Preisgabe von Aufklärung und Theorie oder der neuen Subjektivität gewarnt wurde.⁷² Die Begriffe »postmodern« oder »Postmoderne« traten vereinzelt schon in früheren Jahrzehnten auf, in den 1970er-Jahren vermehrt in der Literaturwissenschaft und im Bereich der Architektur; zum philosophischen und die Gesellschaft als Ganzes deutenden Konzept wurden sie hingegen erst nach (und mit) Jean-François Lyotards »La condition postmoderne« von 1979.⁷³ Der heuristische Wert des *Merkur* liegt auch hier in seiner Vielstimmigkeit, durch die lagerübergreifende Phänomene der intellektuellen Geschichte besonders deutlich werden.

Schwieriger stellt sich die Ausweitung der Befunde über den intellektuellen Bereich hinaus dar, etwa auf die Politik. Das kann an dieser Stelle nicht mehr ausführlich geleistet werden.⁷⁴ Zumindest scheinen jedoch einige abschließende Überlegungen angebracht. Theoretisch stimme ich mit den Herausgeberinnen des Bandes überein, dass das Sagbare, das begrifflich-sprachliche System, über Handlungsmöglichkeiten mitentscheidet. Das gilt nicht nur für den hier vorgestellten Kontext, sondern auch darüber hinaus. Der von mir verfolgte intellektuelle Diskurs im *Merkur* ist sicher Teil der Selbstverständigung der Gesellschaft insgesamt und bestimmt damit auch mit über Handlungsräume. Für den *Merkur* trifft das auch deswegen zu, weil die Zeitschrift keine streng wissenschaftlichen Beiträge versammelte, sondern solche, die an das »gebildete Publikum«⁷⁵ gerichtet waren. Jeweilige Konjunkturen der öffentlich-intellektuellen Debatte zeichneten sich besonders klar ab, da explizite Gegenwartsdiagnosen den Autoren hier dringlicher erschienen als etwa in ihren genuin wissenschaftlichen Arbeiten.

Inwieweit aber in unserem Kontext von intellektuellen Stichwortgebern beziehungsweise »Ideenproduzenten«⁷⁶ zu sprechen ist, von einem Vorher und Nachher in Politik oder intellektuellem Diskurs, inwieweit man bei Konzepten, die im intellektuellen Feld vorkamen, davon ausgehen darf, dass sie – zeitgleich oder zeitversetzt – ebenso im politischen Feld oder in anderen Feldern auftauch-

72 Habermas (Hg.) (1979).

73 Vgl. zur Begriffsgeschichte: Welsch (⁴1993), S. 12–37.

74 Für die politische Sprache liegt zum Beispiel der Vergleich zwischen der Regierungserklärung Willy Brandts von 1969 mit ihrer Fortschritts- und Reformbegrifflichkeit und der von Helmut Schmidt 1974 auf der Hand, die unter dem Motto »Kontinuität und Konzentration« stand und immer wieder die Risiken der Zukunft betonte: Schmidt (1974). Im Falle der Legitimitäts- und Identitätsdebatte liegt die Verbindung mit der »geistig-moralischen Wende« der Kohl-Regierung nahe. Vgl. Hoeres (2013).

75 Z. B. Hans Paeschke (1951), Der Geist des Auslandes im Spiegel seiner Zeitschriften (II), in: *Merkur* 5, S. 668–673, hier S. 668.

76 Hübinger (2006), S. 27.

ten, muss hier offenbleiben.⁷⁷ Mit Pierre Bourdieu würde ich bei der genauen Beantwortung der Frage von der Eigenlogik der verschiedenen »Felder« ausgehen. Beziehungen und Entsprechungen zwischen verschiedenen Feldern sind nicht zuletzt von den dort jeweils herrschenden spezifischen Regeln geprägt.⁷⁸

Was unabhängig davon im *Merkur* sicherlich deutlich wird, sind bestimmte Mechanismen beim Wandel der Gegenwartsdiagnosen. Auf sie kam es mir besonders an. So ging die wahrgenommene Strukturkrise von Anfang an mit Verschiebungen auf der konzeptionellen Ebene einher, wobei zunächst die Erschütterung bis dahin plausibler Konzepte im Vordergrund stand. Blickt man auf die thematische Breite der Beiträge, betraf dies Literatur- ebenso wie Politik- und Sozialwissenschaften sowie viele weitere Wissensbereiche. Eindrucksvoll belegen lässt sich ebenso (man denke an Hartmut von Hentig), dass der Umschlag der Zeitdiagnosen bei ein und denselben Autoren zu beobachten ist. Zu den Mechanismen, die dabei wirkten, gehören Schlüsseldebatten wie insbesondere der Umweltschutz; auch Diskussionen prägende Referenzbücher können eine Rolle spielen, im Falle des Club-of-Rome-Berichts allerdings in der Weise, dass dessen Tendenz im *Merkur* schon zuvor zu erkennen war. Im sprachlichen Bereich sind neben Begriffsinnovationen beziehungsweise Begriffskonjunkturen wie »postmodern«, »Komplexität« oder »Interdependenz« Bedeutungsverschiebungen wichtig. Vor allem die vermeintliche spezifische Veränderungsdynamik der Moderne wurde in den 1970er-Jahren zu einem Phänomen umgedeutet, das Unsicherheiten und Risiken produzierte statt wie noch zuvor Chancen und neue Handlungsräume.⁷⁹ Deutlich zurück ging im Verlaufe des Jahrzehnts das neomarxistische Vokabular. Stattdessen deutete sich der Aufstieg einer von kulturellen Argumentationen geprägten historischen Sprache an. In weiterer diachroner Perspektive löste sie damit eine Sprache ab, die insbesondere von der bis dahin herrschenden Frage gekennzeichnet war, »was nach der [klassisch-industriellen] Arbeitsgesellschaft kommen würde«.⁸⁰ Interessant bleibt schließlich die recht

77 Sehr interessant wäre etwa die Frage nach der Beziehung einer »neuen Kultur des ›Privaten‹, des ›Solitären‹, der Selbstverwirklichung«, die Detlef Siegfried für die 1970er- und 1980er-Jahre für das alternative Milieu konstatiert hat und die viele Parallelen zu den Zeitdiagnosen des *Merkur* aufweist, zum zeitgleich aufkommenden Neoliberalismus. Hier bietet sich noch viel Raum für künftige Forschungen zur übergreifenden intellektuellen Signatur der 1970er- und 1980er-Jahre. Siegfried (2012), S. 125.

78 Z. B. Bourdieu (1992).

79 Siehe hierzu den Beitrag von Martin Geyer in diesem Band.

80 Geyer (2008), S. 92. Die diachrone Einordnung der 1970er-Jahre scheint mir noch weiter klärungsbedürftig. Vor allem gilt dies für die Beziehung zu den Jahrzehnten zuvor, die ja ebenso häufig als Transformationsphase begriffen worden sind. Duco Hellema zum Beispiel hat deshalb von den »langen 1970er Jahren« gesprochen, die also auch die zweite Hälfte der 1960er-Jahre mit der Hochphase der 1968er-Bewegung einschließen würden. Hellema (2012), v. a. S. 25ff.;

lange Latenzphase neuer Konzepte. In den »mittleren Texten« des *Merkur* scheinen sich erst mit den 1980er-Jahren Konzepte etabliert zu haben, die die neue Wirklichkeit auch übergreifend zu deuten vermochten und über die zuvor dominierenden Krisendiagnosen hinausgingen. Die damit verbundene Aufmerksamkeit für Identität, (politische) Kultur, für eine neue Subjektivität oder für kleine und individuelle Lösungen stellte dann allerdings im Vergleich zu den »großen Lösungen« der Jahrzehnte zuvor tatsächlich eine kaum zu überschätzende Wandlung der zeitgenössischen Weltansichten dar.

Literatur

- Andresen, Knud/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hg.) (2011), »*Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*«, Bonn.
- Beckett, Andy (2009), *When the Lights Went Out. Britain in the Seventies*. London.
- Bell, Daniel (1973), *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York (dt. 1975, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt a.M.).
- Böke, Karin (1996), Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik, in: dies./Frank Liedtke/Martin Wengeler (Hg.), *Politische Leitvokabeln der Adenauer-Ära*, Berlin, S. 19–50.
- Borstelmann, Thomas (2012), *The 1970s. A New Global History from Civil Rights to Economic Inequality*, Princeton u. a.
- Bourdieu, Pierre (1992), Das intellektuelle Feld. Eine Welt für sich, in: ders., *Rede und Antwort*, Frankfurt a.M., S. 155–166.
- Busse, Dietrich/Niehr, Thomas/Wengeler, Martin (Hg.) (2005), *Brisante Semantik. Neuere Konzepte und Forschungsergebnisse einer kulturwissenschaftlichen Linguistik*, Tübingen.
- Chassaigne, Philippe (2008), *Les années 1970. Fin d'un monde et origine de notre modernité*, Paris.
- Demand, Christian/Knörer, Ekkehard (2013), »Wir sind uns einig über das Versagen der Zeitschrift«, in: *Merkur* 67, S. 229–238.
- Die 1970er-Jahre – Inventur einer Umbruchzeit (2006), *Zeithistorische Forschungen* 3, Heft 3.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008), *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen.
- Ferguson, Niall, u. a. (Hg.) (2010), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA.
- Ferretti, Alessandra (2001/02), *Intellettuale politica nella Repubblica Federale Tedesca 1949–1959. Quattro riviste a confronto: »Die Gegenwart«, »Frankfurter Hefte«, »Merkur« e »Der Monat«*, Diss. Bologna.

vgl. auch Borstelmann (2012), S. 3: »For most Americans, ›the 1960s‹ really happened in the 1970s.«

- Forster, Laurel/Harper, Sue (Hg.) (2010), *British Culture and Society in the 1970s. The Lost Decade*, Newcastle.
- Geyer, Martin H. (2008), Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatte der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Friedhelm Boll/Anja Kruke, (Hg.), *Der Sozialstaat in der Krise. Deutschland im internationalen Vergleich*, Bonn, S. 47–93.
- Habermas, Jürgen (Hg.) (1979), *Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«*. 2 Bde., Frankfurt a.M.
- Hellema, Duco (2012), Die langen 1970er Jahre – eine globale Perspektive, in: dies./Friso Wielenga/Markus Wilp (Hg.), *Radikalismus und politische Reformen. Beiträge zur deutschen und niederländischen Geschichte in den 1970er Jahren*, Münster u. a., S. 15–32.
- Hoeres, Peter (2013), Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61, S. 93–119.
- Hübinger, Gangolf (2006), Intellektuellengeschichte und Wissenschaftsgeschichte, in: ders., *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen, S. 9–28.
- Illich, Ivan (1973), *Tools for Conviviality*, New York (dt. 1980, Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik, Reinbek b. Hamburg).
- Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton (dt.: 1989, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt a.M.).
- Jarusch, Konrad (Hg.) (2008), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen.
- Jung, Matthias (1995), Umweltstörfälle. Fachsprachen und Expertentum in der öffentlichen Diskussion, in: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin u. a., S. 619–678.
- Kießling, Friedrich (2014), Fruchtbare Zerrissenheit. Der Merkur in der frühen Bundesrepublik, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 8, S. 87–100.
- (2012), *Die undeutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945–1972*, Paderborn u. a.
- (2011), Gesprächsdemokraten – Walter Dirks' und Eugen Kogons Demokratiekonzepte in der frühen Bundesrepublik, in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen, S. 383–410.
- Kollmeier, Kathrin (2012), Begriffsgeschichte und Historische Semantik, in: Frank Bösch, (Hg.), *Zeitgeschichte – Konzepte und Methoden*, Göttingen, S. 420–444.
- Koselleck, Reinhart (1989), »Neuzeit«. Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M., S. 300–348 (zuerst in: ders. [Hg.] [1977], *Studien zum Beginn der modernen Welt*, Stuttgart).
- Kuchenbuch, David (2012), »Eine Welt«. Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisation des Alltags in den 1970er und 80er Jahren, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, S. 158–184.
- Maier, Hans (2009), Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Raithe/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München, S. 167–180.

- Meadows, Donella H., u. a. (1972), *The Limits to Growth*, New York (dt. 1972, Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart).
- Metzler, Gabriele (2005), *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn u. a.
- Neumann, Gerhard/Ott, Ulrich (Hg.) (1999), *Rudolf Kassner. Physiognomie als Wissensform*, Freiburg.
- Nützenadel, Alexander (2005), *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik, 1949–1974*, Göttingen.
- Pocock, John G. A. (1975), *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton.
- Schmidt, Helmut (1974), *Kontinuität und Konzentration. Regierungserklärung vom 17. Mai 1974*. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.
- Schumacher, Ernst Friedrich (1973), *Small is Beautiful. Economics as if People Mattered*, New York (dt. 1977, Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik, Reinbek b. Hamburg).
- Siegfried, Detlef (2012), Die Entpolitisierung des Privaten. Subjektkonstruktionen im alternativen Milieu, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen, S. 124–139.
- Steinmetz, Willibald (1993), *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart.
- Weber, Alfred (2001), Die Politik als Lehrgegenstand der Universitäten, in: ders., *Politik im Nachkriegsdeutschland*, Alfred-Weber-Gesamtausgabe, Bd. 9, Marburg, S. 658–663.
- Weiszäcker, Carl Friedrich von (1976), *Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung*, München u. a.
- Welsch, Wolfgang (⁴1993), *Unsere postmoderne Moderne*, Berlin.

Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit: Zur Formierung der temporalen Ordnung unserer Gegenwart in den 1980er-Jahren

Steffen Henne

Im November 2013 erfahren die Leserinnen und Leser der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: »Wir leben in einer Gesellschaft, der ihr eigener Fortschritt nicht geheuer ist. Mitunter erscheint es, als erstarre die Welt in einer permanenten Gefahrenerwartung.« Auch ein gutes Jahr später verbreiten zeitdiagnostische Kommentare nicht gerade Optimismus. In der momentanen »Ära der Krisen«, so ein Artikel aus dem Januar 2015, haben »heute [...] viele den Eindruck, dass die ganze Welt in Aufruhr ist und Halt und Orientierung gebende Gewissheiten zerfließen.« Als Symptom gegenwärtiger Beunruhigung identifizieren beide Berichte auch eine Veränderung des gesellschaftlichen Zeitverständnisses. So hätten sich die »gesellschaftliche[n] Debatten über Zukunftserwartungen zunehmend gewandelt; von einer Bewertung von Unbestimmtheit als Chance zu einer Wahrnehmung von Unsicherheit als Bedrohung.« Heute stehe »Zukunft« vor allem für »das Unheimliche des Unabwägbaren und Unkalkulierbaren«.¹

Solche Gegenwartsbeschreibungen nehmen einen Themenkomplex in den Blick, der sich aktuell zum Gravitationszentrum nicht nur feuilletonistischer, sondern auch akademischer Diskussionen verdichtet hat. Im Mittelpunkt stehen die Frage nach der epochalen Selbstverortung der Gegenwart und die Beobachtung eines historischen Wandels temporaler Ordnungsvorstellungen.² Die Bedeutungen von »Zukunft« und »Fortschritt«, die begrifflichen Rahmen

1 Robert Kaltenbrunner, Ein neues Wort: »Resilienz«. Was, wenn es für »Nachhaltigkeit« schon zu spät ist?, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. November 2013; Klaus-Dieter Frankenberger, In der Ära der Krisen und Konflikte, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Januar 2015.

2 Auf die Erforschung des historischen Wandels gesellschaftlicher Zeitverständnisse zielte auch der Antrag für eine DFG-Nachwuchsforschergruppe zum Thema »Die Ordnung der Zeit in der Moderne. Die gesellschaftliche Konstruktion geschichtlicher Zeitlichkeit, 1860–1995« an der Universität Tübingen, an dem der Verfasser zusammen mit Sina Steglich unter Leitung von Fernando Esposito beteiligt war. Vgl. auch das Manuskript Esposito (2016).

gesellschaftlicher Hoffnungen und Ängste, Erwartungen und Machbarkeitsvorstellungen sind in Bewegung und Gegenstand zeitdiagnostischer Aushandlungsprozesse. Wie viele Journalisten erkennen Geisteswissenschaftler – vorwiegend literatur- und medienwissenschaftlicher Provenienz – derzeit eine epochale Zäsur, die sie als einen »Bruch« beziehungsweise als eine Verschiebung des gesellschaftlichen Zeitverständnisses beschreiben.³ So spricht Aleida Assmann von einer »Veränderung der Zeitstrukturen« und vom Niedergang des »Zeitregimes der Moderne«.⁴ Dabei übernimmt sie in ihrer Diagnose mal mehr, mal weniger explizit Thesen ihres Kollegen Hans Ulrich Gumbrecht. Bereits seit Längerem setzt sich dieser mit der Entfaltung einer neuen »Zeitkonstruktion« auseinander, die er als »Chronotop des ›historischen Denkens‹« bezeichnet.⁵ Die Entstehung des »modernen Zeitregimes« respektive des »historistischen Chronotopen« sehen Gumbrecht wie auch Assmann in der koselleckschen Sattelzeit, also zwischen 1780 und 1830.⁶

Das Erkenntnisinteresse des vorliegenden Beitrags gilt dem mutmaßlichen Entstehungszeitraum des neuen, noch namenlosen Zeitverständnisses, den Gumbrecht und Assmann, durchaus im Sinne einer weiteren Sattelzeit, zwischen dem Ende der 1970er-Jahre und der Mitte der 1980er-Jahre verorten.⁷ Dieser Periodisierungsvorschlag enthält die implizite Einladung an Zeithistoriker, Form und Genese unseres gegenwärtigen Zeitverständnisses zu reflektieren und zu historisieren.⁸ Dementsprechend fragt der Beitrag, ob und wenn ja, in welcher Form sich in der genannten Periode Symptome eines neuen Zeitverständnisses zeigten. Antworten auf diese Fragen sucht der Beitrag im intellektuellen Feld der Bundesrepublik Deutschland um 1980. Als »Produzenten gesamtgesellschaftlicher Selbstdeutungen« verspricht die Akteursgruppe der Intellektuellen einen ergiebigen Zugriff auf reflektierte Erfahrungen und Beschreibungen von Symptomen, aber auch Ursachen eines temporalen Umbruchs und der Verschiebung zeitlicher Ordnungsvorstellungen.⁹ Anhand der intellektuellen Zeitdiagnosen soll untersucht werden, auf welche Weise Erfahrungen und Erwartungen einer neuen Wirklichkeit seit den späten 1970er-Jahren als Wahrnehmung und Deutung einer neuen Zeitlichkeit zum Ausdruck kamen.

3 Vgl. Gumbrecht (2012a, 2010); Assmann (2013).

4 Assmann (2013), S. 8, 21 u. 106.

5 Gumbrecht (2010), S. 14; Gumbrecht (2012a), S. 60 u. 239 u. 253 u. 303–307.

6 Vgl. Gumbrecht (2010), S. 64; Assmann (2013), S. 47ff. Zitat Gumbrecht (2012a), S. 239.

7 Assmann (2013), S. 18; Gumbrecht (2012a), S. 306.

8 Vgl. auch Lorenz/Bevernage (2013); Hartog (2013).

9 Osrecki (2011), S. 61.

Der folgenden Darstellung liegt die Annahme zu Grunde, dass zwischen der Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts und der Gegenwart der 1980er-Jahre strukturelle Parallelen in Form fundamentaler Krisenwahrnehmungen bestehen. Diese manifestierten sich in ähnlichen intellektuellen Zeitdiagnosen – eben in einer Problematisierung des Zeitverständnisses. Die Diagnosen eines temporalen Umbruchs, so die weitergehende Annahme, lassen sich als intellektuelle Neuordnungsversuche in einer epistemischen Krisensituation verstehen, in der zeitgenössische Wissensbestände und Weltbilder mitsamt ihrer zeitlichen Struktur kollabierten.¹⁰ Den Zusammenhang zwischen erodierenden gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen und Sinnhorizonten einerseits, dem »Zeitwissen« historischer Akteure andererseits hat Achim Landwehr beispielhaft mit Blick auf das 17. Jahrhundert untersucht.¹¹ Im Sinne Landwehrs wendet sich dieser Beitrag dem sich wandelnden Zeitwissen westdeutscher Intellektueller im späten 20. Jahrhundert zu. Dazu arbeitet Kapitel 1 zunächst die in zeitdiagnostischen Texten porträtierte Lage der 1980er-Jahre heraus, in deren Zentrum der weltpolitisch, technologisch und anthropologisch bedeutsame Ereigniszusammenhang des sogenannten zweiten Kalten Krieges stand.¹² Kapitel 2 stellt die als umfassende »Weltkrise« erfahrene Situation in den Kontext einer Erschütterung der temporalen Ordnungsvorstellungen. Die wahrgenommene Erosion des alten und die Ausformung eines neuen Zeitgefüges in den 1980er-Jahren untersucht der Beitrag anhand der Bedeutungsverschiebungen dreier Begriffe, die maßgeblich den Sinngehalt der hergebrachten und nun zusammenbrechenden Zeitkonstruktion bestimmten. Dabei geht es um die Begriffe des Menschen (Kapitel 3), des Fortschritts (Kapitel 4) und der Zukunft (Kapitel 5).

10 Krisen sind hier auf der heuristisch-analytischen Ebene als Situationen epistemischer Irritation zu verstehen, das heißt als Erschütterungen bisher stabiler Wissensordnungen. Genuin krisenhaft erscheinen Problemlagen, wenn sie konventionelle gesellschaftliche und politische Problemlösungsstrategien unterlaufen. Krisen stellen sich dar als kontingente Situationen mit einem grundsätzlich offenen Ausgang. In eben dieser Offenheit liegt ihr beunruhigendes Potenzial. Krisen sind zwar potenziell zu bewältigen und beinhalten gar produktive Möglichkeiten einer mittel- bis langfristigen Verbesserung der Lage. Ebenso gut ist aber auch eine negative Entwicklung im Sinne endgültigen Scheiterns – eine Katastrophe – denkbar. Zur konstitutiven Ambivalenz des Krisenbegriffs vgl. Meyer/Patzel-Mattern/Schenk (2013); Nünning (2013); vgl. auch Makropoulos (2005).

11 Vgl. Landwehr (2014); siehe zum Begriff des »Zeitwissens« ebd., S. 37ff.

12 Der Beitrag knüpft insofern an das Projekt einer Kultur- und Ideengeschichte des Kalten Krieges an, vgl. Bernhard/Nehring (2014); Greiner u. a. (2011).

1 Die »Düsternis der Stimmung«: Der zweite Kalte Krieg und die »Weltkrise« um 1980

Westdeutsche Intellektuelle sahen sich in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren einem breiten und vielgestaltigen Krisenpanorama gegenüber. »Die Bundesrepublik Deutschland«, so der Publizist Hans Schwab-Felisch 1981 in seinen »Notizen zur Lage der Nation«, »befindet sich in keinem guten Zustand. Jeder spürt es, jeder weiß es. Gründe dafür gibt es genug.«¹³ Mit seiner pessimistischen Diagnose war der Herausgeber der Kulturzeitschrift *Merkur* nicht alleine. Schon im Vorjahr hatte der Berlin-Korrespondent des WDR, Peter Bender, eine »Düsternis der Stimmung« beschrieben, die sich mit Blick in die Zukunft der noch jungen Dekade einstellte.¹⁴ Dass die 1980er-Jahre im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt »schwerer, vielleicht sogar gefährlich« werden würden, so Bender weiter, »glaubte man zu wissen; aber was dann kam, wie schnell es kam und wie massiv, ahnte niemand«.

Bedingt war die intellektuelle Beunruhigung in großen Teilen durch technologische Entwicklungen. Der Sozialwissenschaftler Bernd Guggenberger nannte etwa »Waffentechnologie, Neue Medien, Supertanker, Genchirurgie« als Auslöser einer massiven gesellschaftlichen Verunsicherung.¹⁵ In seinem einflussreichen Essay »Die neue Unübersichtlichkeit« zählte Jürgen Habermas ganz ähnlich »die Kernenergie, die Waffentechnologie und das Vordringen in den Weltraum, die Genforschung und de[n] biotechnische[n] Eingriff ins menschliche Verhalten, Informationsverarbeitung, Datenerfassung und neue Kommunikationsmedien« auf.¹⁶

Ein wesentlicher Anlass für den um sich greifenden Pessimismus war die dramatische Verschärfung des Ost-West-Konflikts, die bereits zeitgenössisch als zweiter Kalter Krieg bezeichnet wurde.¹⁷ Mit der neuerlichen Konfrontation der beiden Blockmächte endete eine gut zehn Jahre währende Entspannungphase. In dieser hatten sich die USA und die UdSSR im SALT-Prozess über die Begrenzung der strategischen Rüstung verständigt und mit dem ABM-Vertrag von 1972 den Ausbau ihrer Raketenabwehrsysteme einvernehmlich beschränkt. Auf multilateraler Ebene sendeten die Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit der Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki im August 1975 ein zuversichtliches Zeichen. Ein halbes Jahrzehnt später war

13 Schwab-Felisch (1981b), S. 876.

14 Bender (1980), S. 529. Dort auch das folgende Zitat.

15 Guggenberger (1983), S. 129.

16 Habermas (1985), S. 144.

17 Vgl. Halliday (1983).

diese optimistische Grundstimmung einer angespannten Atmosphäre gewichen. »Helsinki [...]. Das alles ist vorbei«, kommentierte etwa Schwab-Felisch. Die »europäische Entspannung« sei »aufgehoben in einem neuen weltpolitischen Konfrontationskurs«, die »weltpolitischen Hoffnungen« seien »verspielt«.¹⁸

Ende 1979 hatten zwei Ereignisse diese weltpolitische Wende eingeleitet. Zum einen fassten die westlichen Außen- und Verteidigungsminister am 12. Dezember den NATO-Doppelbeschluss, der einen neuen Höhepunkt in der seit einigen Jahren schwelenden Nachrüstungskrise markierte.¹⁹ Zum anderen spitzte sich die ohnehin angespannte Situation weiter zu, als die Sowjetunion gut zwei Wochen später, am 27. Dezember 1979, in ihren südlichen Nachbarstaat Afghanistan einmarschierte, um die prokommunistische Regierung im Kampf gegen die aufständischen Mudschaheddin zu unterstützen.²⁰ Insbesondere die USA werteten diese größte sowjetische Militäroperation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als eine aggressive Invasion. Sie beendete die Entspannungspolitik der letzten Jahre endgültig.

Im intellektuellen Feld der Bundesrepublik wuchs aufgrund der dramatischen Entwicklungen die Sorge vor einer nuklearen Eskalation. Verschiedene Kommentare zeigen, wie düster die Stimmung einiger Intellektueller war und wie ernst sie die Gefahr nahmen, der Kalte Krieg könnte in einen heißen umschlagen. So sprach etwa der Journalist Hans Lechleitner von der »nicht zu widerlegenden Prämisse, daß heute niemand die Möglichkeit eines Atomkriegs ausschließen kann«.²¹ Dem Philosophen Georg Picht zufolge waren sich »die sachkundigen und klügsten Beobachter der internationalen Szene darin einig, daß ein Atomkrieg in dieser Dekade wahrscheinlich ist«. »Seine Wahrscheinlichkeit«, so Picht weiter, »wächst von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat.«²²

Peter Bender fragte anlässlich der prekären Lage gar, ob er und seine Zeitgenossen »Am Beginn der großen Weltkrise« stünden.²³ Der medial zirkulierende Begriff der »Weltkrise« war dabei ebenso vieldeutig wie bedeutungsschwer: Er verwies erstens auf die welt- beziehungsweise geopolitische Situation der »vierfachen Krise – Iran, Afghanistan, NATO und Warschauer Pakt« – also auf die Gleichzeitigkeit des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts und der Wirren infol-

18 Schwab-Felisch (1981a), S. 883.

19 Vgl. zum NATO-Doppelbeschluss Gassert/Geiger/Wentker (Hg.) (2011); Conze (2010); Wirsching (2006), S. 79–98.

20 Vgl. Schwab-Felisch (1981b), S. 880; Bender (1980), S. 539; Gibbs (2006).

21 Lechleitner (1982), S. 1038.

22 Picht (1980), hier S. 969 u. 973. Nicht alle Prognosen waren derart alarmistisch. Für Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner stellte sich die Situation weniger dramatisch dar: »Ein Atomkrieg droht nicht, dessen bin ich absolut sicher.« Zitiert nach Wirsching (2006), S. 85.

23 Bender (1980).

ge der islamischen Revolution im Iran.²⁴ Die »Weltkrise« thematisierte zweitens die existenzielle und anthropologisch präzedenzlose Gefahr, die von einer möglichen Eskalation des Rüstungswettlaufs und eines nuklearen Krieges ausging. Darüber hinaus verfügte die »Weltkrise« drittens über eine symbolische Bedeutungsebene. Auf dieser lässt sie sich als umfassende Diagnose eines erodierenden Weltbildes verstehen, als Hinweis auf den Legitimitätsverlust konventioneller Wirklichkeitsbezüge und Sinnbestände. Der in dem Begriff »Weltkrise« enthaltene Ausblick auf ein mögliches Ende der Welt meinte hier das Ende der Welt, »wie man sie kannte«.

Westdeutsche Intellektuelle zeichneten die 1980er-Jahre in ihren Zeitdiagnosen in dunklen Farben als eine endzeitliche Szenerie. Die Beschreibungen eines umfassenden Krisenbewusstseins erinnern an das Zeitwissen des späten 17. Jahrhunderts, wie Achim Landwehr es untersucht hat. Landwehr hat in seiner Studie zur Genese der neuzeitlichen Temporalordnung gezeigt, dass die Alltäglichkeit des Weltuntergangs gleichsam als Erfahrungs- und Erwartungsrahmen diene, innerhalb dessen epistemische Verunsicherungen die Formierung einer neuen Zeitlichkeit bedingen.²⁵ Auch in den 1980er-Jahren zeigte sich, dass das Phantasma des sicher geglaubten Weltendes und das allgegenwärtige Endzeitdenken die Voraussetzungen für Rekonfigurationen temporaler Ordnungsvorstellungen bildeten. Die »Weltkrise« war ganz wesentlich eine »Zeitkrise«.

2 Von der »Weltkrise« zur »Zeitkrise«: Enden der Geschichte und der Moderne

Die als »Weltkrise« erfahrene Situation der 1980er-Jahre führte intellektuelle Beobachter in der Bundesrepublik nicht nur an die Grenzen ihrer politischen Deutungskompetenzen, sie unterlief auch ihr Zeitverständnis, ihre eingeübten temporalen Erfahrungs- und Erwartungskonventionen. Die tiefe Irritation der hergebrachten zeitlichen Ordnungsvorstellungen konzentrierte sich im westdeutschen Intellektuellenfeld vor allem auf die Kategorien der Geschichte und der Geschichtlichkeit als den zentralen Referenzbegriffen neuzeitlicher Weltdeutung und Welterklärung. Seit dem späten 17. Jahrhundert, so die konsensfähige Annahme unter westdeutschen Denkern, habe das genuin neuzeitliche Konzept

24 Ebd., S. 539. Bezug auf den zweiten Kalten Krieg als »Weltkrise« nahmen etwa, gleichsam als Triptychon des zweiten Kalten Krieges, die Titelblätter des Magazins *Der Spiegel* 4, 5 und 6/1980.

25 Landwehr (2014), S. 45.

der Geschichte im Kollektivsingular sämtliche Existenz-, Ereignis- und Geschehenszusammenhänge repräsentiert. Seither werde »Welt« vorrangig zeitlich, genauer: als zeitlicher Verlauf erfahren. Und seither sei »Welt« ausschließlich und ganz selbstverständlich nur noch als Welt-Geschichte zu beschreiben, die alle Einzelgeschichten in sich aufnimmt und auf einem Zeitstrahl hintereinander reiht.²⁶

Die Geschichte, die mutmaßlich an ihr Ende kam, so lässt sich verkürzt sagen, war die im geschichtsphilosophischen und historistischen Diskurs der Neuzeit etablierte Vorstellung einer zeitlich repräsentierten Welt. Als Bewegungsstruktur generiert Geschichte zeitlich strukturierten Sinn. Dieser geschichtliche Sinn kann sich kumulativ anhäufen (wie es neuzeitliche Geschichtsphilosophien annehmen) oder in Epochen sequenziell aufeinanderfolgen (so die Annahme historistischer Positionen). Obwohl die neuzeitliche Idee der Geschichte ein eigentlich endloses Kontinuum darstellt, war im intellektuellen Feld der 1980er-Jahre die Rede von einer »Stimmung des Endes der Geschichte«, einer »allmählich fühlbare[n] Nachgeschichtlichkeit unserer Lebensformen« und der »brüchige[n] Geschichtlichkeit zeitgenössischer Existenz«.²⁷ Zweifel an der Legitimität geschichtlicher Welt- und Selbstaussagen hatten in den 1980er-Jahren über die Ränder des intellektuellen Feldes der Bundesrepublik hinaus im gesamten euroatlantischen Diskursraum Konjunktur. Dabei nahmen die Diagnosen auf ganz verschiedene Symptome und Ursachen Bezug.²⁸ Eine Art ideengeschichtliche Kontinuität posthistorischer Deutungen lässt sich aber bei aller zeitdiagnostischer Heterogenität in einem Gestus großformatiger Universal- und »Globaldeutung« erkennen, die stets auf unterschiedliche, symbolische wie materielle Bedeutungsschichten von »Welt« referiert.²⁹

Die medienkritische Zielrichtung der *Posthistoire*-Diagnosen, die etwa Jean Baudrillard als Vertreter des linksrheinischen (Post-)Strukturalismus stellte, spielte in der Bundesrepublik zunächst eine eher nachrangige Rolle.³⁰ Auch

26 Vgl. Heuer (2012), S. 20 u. 78f.

27 Bohrer (1985), S. 728; Holthusen (1984), S. 914; Sloterdijk (1989), S. 98; vgl. Niethammer (1989), S. 32.

28 Die posthistorische Denkfigur vom Ende der Geschichte ist impliziter Bestandteil aller einflussreichen Geschichtsphilosophien, die damit multiple Anschlussmöglichkeiten bieten. In seiner verzweigten Ideengeschichte hat die Diagnose sowohl das Scheitern als auch den Erfolg kollektiver Akteure, den Abbruch und die Vollendung der geschichtlichen Bewegung festgestellt. Vgl. zur Ideengeschichte posthistorischen Denkens Anderson (1993); Fabek (2007); Jung (1989); Niethammer (1989); Rohbeck (2004); Rotermundt (1994).

29 Vgl. Niethammer (1989), S. 10.

30 Baudrillard zufolge waren für das »Verschwinden der Geschichte« globale, weltumspannende Kommunikationstechnologien verantwortlich, deren Echtzeit-Übertragungen simultan und damit indifferent gegenüber einem geschichtlichen Zeitverständnis abliefen. Vgl. Baudrillard

zielten posthistorische Zeitdiagnosen im westdeutschen Intellektuellenfeld um 1980 natürlich noch nicht auf das Ende der welt-politischen Konfrontation der beiden Supermächte, die um die Ausweitung ihrer jeweiligen Einflussphären und des Geltungsbereichs des eigenen Welt-Bildes rangen. Erst 1989, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, sollte der US-amerikanische Philosoph und Reagan-Berater, Francis Fukuyama, seine Diagnose eines ideologischen Universalismus mit der Formel »end of history« verknüpfen.³¹

Kaum eine Dekade zuvor war es nicht das Ende des Kalten Krieges, sondern dessen dramatische Zuspitzung, die zum Nachdenken über posthistorische Zustände anregte. Westdeutschen Intellektuellen kam es in ihren Zeitdiagnosen nicht nur auf abstrakten Sinnverlust und simulierte Welten an. Vielmehr ging es ihnen gerade um nichts Virtuelles, sondern um Kevlar-Kunststoff-Hüllen, Sprengköpfe mit angereichertem Uran und das in nuklear gerüsteten Feststoffraketen materialisierte »Risiko der Selbst- und Weltvernichtung der modernen Zivilisation«. ³² So sah sich beispielsweise Hans Ulrich Gumbrecht angesichts der sich einstellenden »Präsenz der Pershings« im Herbst 1983 dazu veranlasst, die Losung »Posthistoire Now« auszugeben.³³

Gewiss, Phantasmagorien des nuklearen Weltuntergangs waren keine Neuheiten der 1980er-Jahre. Sie bildeten seit den Bombardements von Hiroshima und Nagasaki Bezugspunkte kollektiver Angst. Neu war jedoch, dass das Ende der Welt als Lebensraum des Menschen qua Kernspaltung und nuklearem Overkill inzwischen zu einer Art Normalität geworden war. »Im Zeichen des Posthistoire ist der Weltuntergang kein Thema, zumindest kein dramatisches«, konstatierte in dieser Hinsicht etwa Klaus Scherpe.³⁴ Für den Literaturwissenschaftler bestand das »Neuartige des jetzt bevorstehenden Weltuntergangs« weiterhin darin, dass er nicht nur »herstellbar«, sondern »sogar austauschbar« geworden war: Die kriegerische Verwüstung der Welt war nur eine Möglichkeit neben anderen etwa ökologischen Katastrophen.

Die von westdeutschen Denkern beschriebenen und dadurch zusätzlich verstärkten Endzeitdiagnosen beschränkten sich nur selten auf das kommende Ende selbst. Mithilfe des quasi allgegenwärtigen Präfixes »post« richteten sie ihre Aufmerksamkeit immer auch auf die Situation des »Danach«. Neben Posthistoire war der Begriff der Postmoderne die wohl umfassendste Äußerung solcher zeitdiagnostischen Rückblicke auf die Gegenwart. Überaus umstritten war in-

(1990) [1985]; vgl. auch Niethammer (1989), S. 38; Jung (1989), S. 149–190; Fabek (2007), S. 162ff.

31 Fukuyama (1989, 1992). Vgl. auch Anderson (1993), S. 96–139; Meyer (1993), S. 37–42.

32 Niethammer (1989), S. 9.

33 Gumbrecht (1985), S. 42.

34 Scherpe (1986), S. 270; dort auch das folgende Zitat.

dessen das Bezugsverhältnis nachgeschichtlicher und nachmoderner Deutungen.³⁵ Jedoch bildeten Beschreibungen eines sich wandelnden Zeitverständnisses in den Augen verschiedener Intellektueller eine inhaltliche Teilmenge und ein thematisches Bindeglied zwischen den beiden Diagnosen. Angesichts der »Krise der Historizität« stellte der US-amerikanische Literaturtheoretiker Fredric Jameson in einem der einschlägigen Sammelbände der Postmoderne-Diskussion »die Frage nach der zeitlichen Ordnung im Kräftefeld der Postmoderne«. »Wir müssen uns«, so Jameson, »dem Problem zuwenden, welche Form die Zeit, die Zeitlichkeit [...] annehmen.«³⁶

In einer Schrift für das Bundeskanzleramt betonte der Philosoph und Wirtschaftsethiker Peter Koslowski die Bedeutung temporaler Aspekte für den Postmoderne-Diskurs. Als wesentliche Indizien für die Ausformung »postmoderner Kultur« erschienen Koslowski »Änderungen der Bewußtseinslage«, die aus einer »Entdeckung der Endlichkeit« resultierten. Es war dieses Endlichkeitsgefühl, das ihm die »Annahme einer Epochenschwelle« nahelegte.³⁷ In dieser Lesart lässt sich die posthistorische »Vermutung, Befürchtung, Hoffnung, es möchte mit dem Zeitalter des historischen Bewußtseins [...] an ein Ende gekommen sein«, als ein integraler Bestandteil der Postmoderne-Debatte einordnen.³⁸

Der Begriff der Postmoderne wurde außerordentlich vieldeutig verwendet und hat Phänomene in nahezu allen gesellschaftlichen und kulturellen Feldern

35 Zur westdeutschen (Post-)Moderne-Diskussion der 1980er-Jahre vgl. Koslowski/Spaemann/Löw (Hg.) (1986), Koslowski (1987); Kemper (Hg.) (1988); Huyssen/Scherpe (Hg.) (1986); Kamper/Reijen (Hg.) (1987); Welsch (Hg.) (1988). Zur (In-)Differenz von Posthistoire und Postmoderne vgl. Jung (1989), S. 8–13; Niethammer (1989), S. 36, sowie zu ästhetisch begründeten »Querverbindungen« zwischen den beiden Deutungsmustern ebd., S. 82. Während manche, wie etwa Welsch (2008) [1986], S. 149–154 u. 183f., dogmatisch zwischen Posthistoire und Postmoderne unterschieden, bezogen andere, beispielsweise Kamper (1988b), S. 163, die »Wahrnehmung der Nachgeschichte« unmittelbar »auf eine Situation nach der Moderne«. Rortermundt (1994), S. 130–142, sieht die Gemeinsamkeit der beiden Deutungsmuster in der »Verabsolutierung des Endlichen« (S. 142). Niethammer (1989), S. 17, erkannte wiederum eine semantische Hierarchie: Posthistoire sei der »weitestgehende [der] Begriffe des Danach, denn in ihm wird nicht nur einem charakterisierenden Element einer historischen Phase (wie Moderne [...]), sondern der Vorstellung von Geschichte selbst die Zukunft abgesprochen.« Niethammer wäre jedoch zu entgegnen, dass Geschichte im posthistorischen/postmodernen Diskurs nicht mehr meta-historisch gedeutet wurde, sondern eben selbst als dispositional-mentales Element der historischen Phase der Moderne historisiert wurde.

36 Jameson (1986), S. 70.

37 Koslowski (1987), S. 12. Das Temporalmotiv der Epochenschwelle war im Jahre 1984 das Thema zweier bedeutender interdisziplinärer Tagungen, die in einem unmittelbaren epistemologischen Konkurrenzverhältnis zueinander standen. Siehe dazu auch die Tagungs- beziehungsweise Diskussionsbände Gumbrecht/Link-Heer (1985) und Herzog/Koselleck (1987) sowie Gumbrecht (2004), S. 20–30.

38 Gumbrecht (1985), S. 35.

bezeichnet. Gemeinsam war den unterschiedlichen Postmoderne-Diagnosen der Hinweis auf Transformationsprozesse, die zum einen mit Grenzerfahrungen beziehungsweise Erfahrungen von Brüchen einhergingen, die zum anderen aber eben auch den Blick auf die nachfolgende Situationen richteten. Bei postmodernen Symptomen konnte es sich daher um literarische und architektonische Stilbrüche, um Grenzen des Wachstums, der Belastbarkeit der natürlichen Umwelt und der Regierbarkeit politischer Systeme ebenso handeln wie um soziale und ökonomische Strukturbrüche. Auf einer grundlegenden Ebene umfassten diese Diagnosen auch temporale Brüche, deren Symptome sich als Eindruck eines Epochenbruchs und in Form sich wandelnder Erfahrungs- und Erwartungskonventionen zeigten.

Die semantischen Grenzen zwischen den Beschreibungen eines nachgeschichtlichen oder geschichtslosen Zustandes einerseits, jener neu anbrechenden postmodernen Epoche andererseits waren in den intellektuellen Zeitdiagnosen unklar und überaus durchlässig.³⁹ Ob »Posthistoire« oder »Postmoderne« – so eine symptomatische Aussage des Schriftstellers und Literaturkritikers Martin Roda Becher – »das Präfix ›post‹ [...] hat in jedem Fall Signalcharakter.«⁴⁰ Beide Deutungsmuster verkündeten nichts weniger als die schwindende Legitimität und Plausibilität des bisherigen, temporal strukturierten Weltbildes – und das sowohl in diachroner (Geschichte) als auch in synchroner (Moderne) Perspektive.⁴¹

39 Exemplarisch ist etwa die semantische Variabilität bei Peter Sloterdijk, dessen Essay »Nach der Geschichte« (1988) in überarbeiteter Form als Kapitel »Nach der Moderne« in: ders. (1989), S. 266–345, erschien.

40 Becher (1983), 947.

41 Auch die Bedeutungsgehalte der Referenzbegriffe Moderne und Modernität, Geschichte und Geschichtlichkeit diffundierten in den Zeitdiagnosen der 1980er-Jahre. Peter Sloterdijk (1989), S. 21, charakterisierte das »Projekt der Moderne« mit dem Hinweis auf dessen »kinetisches Selbstverständnis«, das den Weltlauf als »geschichtliche Bewegung« entwerfe. Die »moderne Auslegung der menschlichen Existenz«, so Sloterdijk, sei nur »als ›Geschichtlichkeit‹ denkbar (ebd., S. 29). Inhaltliche Schnittmengen zwischen Geschichte und Moderne begründeten westdeutsche Denker – wie im Fall der Komplementärbegriffe Posthistoire und Postmoderne – in einer gemeinsamen zeitlichen Ordnung. Die semantische Verwandtschaft von Geschichte und Moderne äußerte sich in verschiedenen Varianten synonym verwendeter Komposita: In affirmativer wie kritischer Absicht nahmen Intellektuelle etwa Bezug auf das »historische Bewusstsein« (wahlweise das »historische Bewusstsein der Moderne«), auf das »moderne Geschichtsdenken« oder auf das »moderne Zeitbewusstsein«. Symptomatisch war etwa Jürgen Habermas (1988), S. 13–26, der in seiner ersten Vorlesung über den philosophischen Diskurs der Moderne das »Zeitbewusstsein der Moderne« als »historisches Bewusstsein« verhandelte. Vgl. auch die an ein geschichtliches Zeitverständnis geknüpfte Moderne-Definition bei Latour (2008), S. 18f.: »Die Moderne kommt in so vielen Bedeutungen daher, wie es Denker oder Journalisten gibt. Dennoch verweisen alle Definitionen in der einen oder andern Form auf den Lauf der Zeit. Mit dem Adjektiv ›modern‹ bezeichnet man ein neues Regime, eine Beschleunigung, einen Bruch, eine Revolution der Zeit. Sobald die Worte ›modern‹, ›Modernisierung‹, ›Moderne‹ auftauchen, definieren wir im Kontrast dazu eine archaische und stabile Vergangenheit.« Die »Modernen«

Die posthistorischen und postmodernen Zeitdiagnosen der 1980er-Jahre scheinen die gegenwärtigen Vermutungen zu bestätigen, nach denen sich die Destabilisierungen des »modernen Zeitregimes« beziehungsweise der »historischen Zeitkonstruktion« bereits vor dreißig Jahren bemerkbar machten. Eine medial omnipräsente, als alltägliche Normalität erfahrbare, zu alledem nicht unbegründet scheinende Weltuntergangstimmung diente Intellektuellen der 1980er-Jahre gleichsam als Erfahrungs- und Erwartungsrahmen, innerhalb dessen sie zeitliche Sinnzusammenhänge zur Disposition stellten und sie neu aushandelten. Die intellektuell beobachteten, reflektierten – durch ihre Publikationen zusätzlich verstärkten – Endzeit- und Endlichkeitsphantasmen verdichteten sich in dem Befund einer epochalen Zäsur, die den mutmaßlichen Beginn einer neuen Zeit *und* Zeitlichkeit markierte. Dieser temporale Umbruch hing, wie der folgende Abschnitt zeigt, wesentlich mit Erfahrungen einer mutmaßlich neuen anthropologischen Situation, einer neuen Existenzweise des Menschen, zusammen.

3 Zwischen Göttern, Geistern und Maschinen: Der »Mensch« am Ende der Geschichte

Der Anbruch des »Post-Histoire«, der »Verlust des historischen Bewusstseins« gesellschaftlicher »Denk-, Lebens- und Arbeitsformen« markierte die Gegenwart der 1980er-Jahre für den Soziologen Ulrich Beck als eine folgenschwere Zäsur.⁴² Mit Blick auf die existenziellen militärischen wie zivilen Gefahren der Nukleartechnik erkannte Beck eine tiefe anthropologische Verunsicherung, ja einen »anthropologischen Schock«, der »all unsere Begriffe von ›Mündigkeit‹ und ›eigenem Leben‹, von Nationalität, Raum und Zeit aufgehoben hat«.⁴³ Die seismischen Wellen dieser Erschütterung des Menschseins erfassten den »Menschen« zweifach. Denn die Nukleartechnik bedrohte nicht nur das biologisch-materielle Gattungswesen in seiner Existenz, sondern auch das Humane als ideelle Lebensform, das durch seine Vernunft begabte und beauftragte Subjekt der Geschichte. Beide Seiten der anthropologischen Medaille waren eng mit der Entstehung des modernen Geschichtsdenkens verbunden. Die geschichtliche Zeitlichkeit hatte sich im 16. und 17. Jahrhundert unter der Voraussetzung

trennen nach Latour stets ein Vorher von einem Nachher und ordnen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf einem linearen Zeitstrahl an. Durch diese Ordnungsleistung konstituierte sich die scheinbar selbstverständliche und doch eigentlich recht »besondere Form von Geschichtlichkeit« (ebd., S. 92).

42 Beck (1986), S. 251.

43 Ebd., S. 8.

eines epistemischen Umbruchs ausgeformt, der als »anthropologische Wende« bezeichnet werden kann.⁴⁴ In ihrer Folge wurden transzendente und religiöse Deutungsmuster zunehmend von anthropozentrischen Erklärungsmustern verdrängt. Das begründende Prinzip politischer und gesellschaftlicher, aber auch raumzeitlicher Ordnungsvorstellungen war fortan der Mensch beziehungsweise unterschiedliche menschliche Kollektive. An diese anthropozentrische Dimension der Geschichte erinnerten Intellektuelle wie Peter Sloterdijk angesichts der Krisenerfahrungen. Als *Zeit des Menschen* sei die Weltgeschichte, so Sloterdijk,

an die Schicksale eines Supersubjekts geknüpft, das alle historisch fortwirkenden Ereignisse als seinen »inneren Zusammenhang« erfaßt und weiterträgt. Für die Stelle dieses geschichts-dramatischen Subjekts kommen nur herausragende heils- oder vernunftgeschichtliche Figuren in Frage: ein auserwähltes Volk, ein Weltgeist, eine prozessierende Gattungsvernunft, ein lernendes »weltstaatliches« Zentralsystem. Der Inhalt einer Geschichte, die solchen Figuren zugehört, besteht ausschließlich in der Selbsterzeugung und Selbstverwirklichung des Subjekts auf der Weltbühne.⁴⁵

Trotz aller Schrecken des 20. Jahrhunderts sprach aus intellektuellen Texten der 1980er-Jahre die Hoffnung, der Mensch denke und handele rational. Ihr lag die schon oft infrage gestellte Vorstellung zugrunde, die Geschichte vollziehe sich als vernunftgeleiteter Entwicklungs- und Lernprozess des Menschen. Durch die neue Phase des Wettrüstens wurden jegliche Hoffnungen abermals herb enttäuscht. In der Folge erlebten kultur- und insbesondere vernunftkritische Diagnosen zu Beginn der 1980er-Jahre eine erneute Hochkonjunktur. In seiner »Kritik der zynischen Vernunft« merkte Peter Sloterdijk an, die Menschheit verlasse mit der Atombombe »das Reich der praktischen Vernunft, wo man Zwecke mit angemessenen Mitteln verfolgt. Die Bombe ist längst kein Mittel zu einem Zweck mehr, denn sie ist das maßlose Mittel, das jeden möglichen Zweck übersteigt.«⁴⁶ Der Publizist Peter Kemper hegte in Anbetracht einer »rational nicht mehr begründbaren Hochrüstung [...] grundsätzliche Zweifel, ob die Vernunft [...] noch wirksam« sei.⁴⁷ Gumbrecht war in dieser Hinsicht pessimistisch und sprach von der »Einsicht in die Unmöglichkeit vernunftfundierter Konfliktlösung«.⁴⁸ Im intellektuellen Feld der Bundesrepublik machte sich der

44 Vgl. Heuer (2012), S. 21–39 u. 67ff.; Wiersing (2007), S. 174ff. Den sich in der Neuzeit ausformenden Deutungshorizont der Geschichte teilte folglich eine doppelte Asymmetrie. Der zeitliche Verlauf beruhte auf einem asymmetrischen Zeitverständnis, das eine abgeschlossene Vergangenheit von einer offenen Zukunft unterschied. Zugleich setzte sich eine asymmetrische Anthropologie durch, die dem menschlichen Subjekt eine objektive Natur unterordnete; vgl. hierzu Latour (2008).

45 Sloterdijk (1989), S. 303.

46 Sloterdijk (1983), S. 258.

47 Kemper (1988), S. 7.

48 Gumbrecht (1985), S. 48.

Eindruck breit, »daß die Menschheit im Rahmen der Heils- und Fortschrittsgeschichte ihren Untergang will«, dass die politischen Repräsentanten der beider Supermächte diesen Willen zum Untergang »waffenstarrend« manifestierten.⁴⁹

Die Absage an die Ratio des Menschen war ein zentrales Element posthistorischer Argumente. Denn das Vertrauen auf die Vernunft hatte im Rahmen geschichtsphilosophischer Kosmologie jene Motivations- und Kompensationsfunktion erfüllt, die zuvor religiöse Glaubensprämissen und Heilerwartungen übernommen hatten. Die Rationalität des Menschen versprach Kontinuität und Stabilität im historischen Wandel. Seit der Emergenz eines immanenten Geschichtsdenkens waren die temporalen Figuren des Endes und der Unendlichkeit auf paradoxe Weise ineinander verschränkt. Zuvor transzendente Endzeit- und Ewigkeitsvorstellungen hatten sich im Rahmen geschichtlicher Weltdeutung vom Jenseits ins Diesseits des Menschen verlagert.⁵⁰ Ewigkeitsvorstellungen zielten nun nicht mehr auf einen zeitlosen Stillstand, sondern ganz im Gegenteil auf endlose, sich zeitlich vollziehende Veränderung.⁵¹ »Die großen Mobilisatoren der Moderne«, so fasste Sloterdijk die geschichtsphilosophischen Klassiker zusammen, »bergen das Versprechen, die Endlichkeit und Vergänglichkeit menschlicher Verhältnisse durch die entgrenzende Mobilmachung der endlichen und vergänglichen Verhältnisse selbst zu besiegen.«⁵² Es war der säkulare Glaube, Teil einer überindividuellen Menschheit und deren unendlichen Geschichte zu sein, der dem metaphysisch heimatlos gewordenen Menschen angesichts seiner individuellen Endlichkeit Trost spendete, ja ihn gleichsam gegen die Denkbarmkeit eines Weltendes »immunisierte«.⁵³ Die geschichtsphilosophische und historische Selbststimpfung klammerte den Gedanken an einen kollektiven Tod aus dem »Erfahrungszusammenhang moderner Zivilisation« aus. In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre war dieser Glaube jedoch geschwächt, die atomaren Arsenale waren als »Metapher einer kollektiven Endlichkeit« allgegenwärtig.⁵⁴

Die intellektuellen Reflektionen und Perzeptionen kollektiver Selbstvernichtungsgänge schlossen an kulturkritische Zeitdiagnosen der 1950er- und 1960er-Jahre an.⁵⁵ Geradezu als Handreichung zu intellektuellen Begründungen

49 Kamper (1988b), S. 166.

50 Vgl. Meyer (1993), S. 23.

51 Vgl. hierzu auch die Ausführungen zur den paradoxen Formen faschistischer Zeitlichkeit bei Esposito/Reichardt (2015).

52 Sloterdijk (1989), S. 144. Zwar war der konkrete Mensch auch als historisch bewusstes Wesen sterblich, die »Gattung aber unsterblich«, Kant zitiert nach Rohbeck (2004), S. 45.

53 Niethammer (1989), S. 47. Dort auch das folgende Zitat. Niethammer referiert in diesem Zusammenhang das von Günther Anders beschriebene Prinzip der »Apokalypse-Blindheit«, vgl. Anders (2010), S. 276–281.

54 Horn (2014), S. 85.

55 Siehe etwa Anders (†1986); Jaspers (1962).

der wiederkehrenden Atomangst waren in einem neu aufgelegten Sammelband die anthropologischen Schlussfolgerungen des Philosophen und engagierten Anti-Atom-Aktivisten Günther Anders nachzulesen. »Bis 1945«, so Anders, »waren wir nur die sterblichen Glieder einer als zeitlos gedachten Gattung gewesen, mindestens einer Gattung, der gegenüber wir uns die Frage ›sterblich oder unsterblich?‹ eigentlich niemals gestellt hatten. Nunmehr gehören wir einem Geschlecht an, das als solches sterblich ist.«⁵⁶

Schon in den 1960er-Jahren hatte Anders die Vorstellung eines atomaren Krieges und die Möglichkeit der menschlichen Selbstvernichtung als unvereinbar mit geschichtlichen Weltentwürfen beschrieben: »Im Moment des Kriegsbeginns wäre es mit der Geschichte aus. Am Tage der Explosion würde die Dimension der Geschichte mit-explodieren.« Die drohende Katastrophe erschien dem Philosophen daher als »geschichtlich überschwellig«, mithin als »etwas[,] was in die Geschichte nicht mehr eingehen« könne.⁵⁷ 1980 wiederholte Anders im *Merkur* anlässlich der Zuspitzung des Ost-West-Konflikts seine geschichtsphilosophische »Hauptthese«:

Wir alle sind nur noch mit-geschichtlich [...]. In dieser geschichtlichen Lage befinden wir uns heute, sofern wir die Lage, in der wir nicht nur nicht mehr Herren der Geschichte, sondern noch nicht einmal Substrate der Geschichte sind, noch als »geschichtlich« bezeichnen dürfen. Ich würde sie »*posthistorisch*« nennen.⁵⁸

Thesen vom Ende der Geschichte respektive der Moderne waren eng geknüpft an Überlegungen zum Ende des »Menschen« als einer evidenten, eindeutig zu bestimmenden Lebensform. So verkündete Dietmar Kamper: »Die Zeit, da man mit einfachen Definitionen [...] das ›Wesen‹ des Menschen zu bestimmen versuchte, ist längst vorüber.«⁵⁹ Die »Sachlage« sei vor dem Hintergrund ungeahnter technologischer Möglichkeiten »erheblich komplizierter geworden«. Wenn die Geschichte die *Zeit des Menschen* gewesen war, musste man sich fragen, welcher Lebensform dann das Posthistoire als temporales Habitat diene. Die Antworten auf diese Frage lassen sich in zwei posthumanistische Narrative unterscheiden. Erstens finden sich in den Texten der 1980er-Jahre Beschreibungen technologisch begründeter Allmachtsfantasien und Motive menschlicher Gottwerdung.⁶⁰

56 Anders (1986), S. 171.

57 Anders (2010), S. 262f.

58 Anders (1980), S. 344f.

59 Kamper (1988a), S. 81. Dort auch das folgende Zitat.

60 Auch hier reichen ideengeschichtliche Traditionen in die 1960er-Jahre zurück. In einem neu aufgelegten Text aus dem Jahr 1958 wies Günther Anders (1986), S. 11–23, darauf hin, dass Erfindung und Einsatz der Atombombe für den Menschen einen »Sprung ins Absolute« bedeuteten, der seinen ontologischen Status verschob. Habe doch der Mensch »durch den Besitz der ›Atomwaffen‹ Omnipotenz gewonnen« und gleichsam »Gottes-Status« erreicht (S. 12). Seit

Kamper etwa vertrat die These, der Mensch stehe an der Schwelle vom »animal rationale« zum »deus qua machina«.⁶¹ In einer eher heidnischen Metaphorik stellte auch Gumbrecht mit Blick auf das unvorstellbar destruktive Potenzial des Menschen dessen Humanität infrage:

Der Mensch als Subjekt der Geschichte und Rationalität als Stil seines Handelns flößen mittlerweile mehr Schrecken ein als die schlimmsten Götzen der Urzeit. Wir wissen, daß der Mensch den Planeten zerstören kann – und zwar viel sicherer, als das je die Ahnen unserer Gattung von irgendeinem Gott befürchten mussten.⁶²

In Gumbrechts Analogie kippt die Ehrfurcht und Erstaunen konnotierende Metaphorik der Vergöttlichung. Allmachtsvorstellungen gingen unmittelbar in Beschreibungen von Ohnmachts- und Angstgefühlen über. Traditionelle Motive einer messianischen Heilserwartung, die auf einer Menschwerdung des Göttlichen beruhen, verkehrten sich hier zur unheilvollen Erwartung der unabsehbaren Konsequenzen, welche die Hybris des Menschen mit sich bringen würde. Der Status des Menschen war nicht nur prekär geworden, da er mit der Entfaltung des atomaren Feuers als postmoderner Prometheus das Erbe (halb-)göttlicher Allmacht antrat. Intellektuelle beschrieben den Menschen auch deshalb als ontologischen Grenzgänger, weil seine hochtechnisierte Lebensweise etwas Unheimliches ausstrahlte. Im intellektuellen Feld schlugen sich die Einsicht in die eigene Selbstvernichtungsfähigkeit somit als ein zweites posthumanistisches Narrativ in irrationalen und übernatürlichen Deutungsmustern nieder. So raunte etwa Ulrich Beck: »[V]ergleichbar mit den Göttern und Dämonen der Frühzeit«, öffne sich »eine Art neues ›Schattenreich‹ [...], das sich hinter der sichtbaren Welt verbirgt und das menschliche Leben auf dieser Erde gefährdet.«⁶³ »Man korrespondiert heute nicht mehr mit den ›Geistern‹, die in den Dingen stecken«, so Beck weiter, »sondern sieht sich ›Strahlungen‹ ausgesetzt, schluckt ›toxische Gehalte‹ und wird bis in die Träume hinein von den Ängsten eines ›atomaren Holocaust‹ verfolgt.«⁶⁴

1945 verfüge der Mensch über »Allmacht« mindestens im negativen Sinne; das heißt insofern, als es nun in unserer Hand liegt, apokalyptisch über das fernere Sein oder Nichtsein des Menschengeschlechts [...] zu entscheiden« (ebd.). Komplementär zum nukleartechnologisch machbaren Kollektivtod des Menschen tauchte das Phantasma göttlicher Allmacht im Zusammenhang mit der Gentechnik auf, die als Eingriff in den göttlichen Schöpfungsakt gedeutet wurde und wird. Siehe zu den beiden »Hypertechnologien« der Nuklear- und Gentechnik auch Metz (2006), S. 454–500, Fabeck (2007), S. 151.

61 Kamper (1988a), S. 82.

62 Gumbrecht (1985), S. 42.

63 Beck (1986), S. 96f.

64 Ebd., S. 98.

Die Semantik des Geisterhaften und Gespenstischen ist mit Blick auf ihren metaphorischen Gehalt insofern interessant, als sie nicht nur eine Angst vor dem Übernatürlichen zum Ausdruck bringt, sondern stets auf das Motiv der Schuld – in diesem Fall der selbst verschuldeten Gefahren – verweist. Die Geister, die den Menschen heimsuchten, hatte dieser nicht nur selbst gerufen. In Form seiner weltzerstörenden Maschinen begegnete sich der Mensch als unmenschlicher Wiedergänger. Nicht zuletzt schwingt eben dieser Aspekt der hybriden, durch Naturgewalt *und* menschliche Selbstverschuldung entstandenen Bedrohungen im zeitgenössisch vielbemühten Begriff des »Risikos« mit. In der Risikogesellschaft »sticht das eigentümliche Mischverhältnis von Natur und Gesellschaft hervor, mit der die Gefahr sich über alles hinwegsetzt, was ihr Widerstand entgegenzusetzen könnte. Da ist zunächst der Zwitter der ›Atom-Wolke‹ – jene zur Naturgewalt verkehrte und verwandelte Zivilisationsgewalt, in der Geschichte und Wetter eine ebenso paradoxe wie übermächtige Einheit eingegangen sind.«⁶⁵

Achim Landwehr hat den Bedeutungsverlust transzendenter Endzeiterwartungen und die damit einhergehende Ausformung des neuzeitlichen Zeitverständnisses unter anderem in die Formel »Das Ende vom Ende« gefasst.⁶⁶ Das Ende transzendenten Endzeitdenkens war zugleich der Beginn diesseitiger Heilsuche im endlosen Lauf der Geschichte. In den 1980ern kam der temporale Umbruch in der gegensätzlichen Denkfigur zum Ausdruck. Die Gegenwart erschien als *Anfang vom Ende*, vom Ende der Welt und des Menschen als materielles *sowie* als ideelles Wesen. Die posthistorische Situation war in doppelter Hinsicht ein menschenfeindlicher Zustand. Nicht nur weil der Mensch als biologische Lebensform vom Aussterben bedroht war, sondern auch weil sich die Fundamente des Humanen, die Prinzipien der Subjektivität und Rationalität aufzulösen begannen.

Von Michel Foucault und dem (post-)strukturalistischen Theorienangebot inspirierte Intellektuelle wie Sloterdijk oder Kamper betrachteten anthropozentrische und logozentrische Begriffe des »Humanen«, des »Subjekts« oder der »Rationalität« selbst als Effekte historischer Wissensordnungen. Dementsprechend unterstützten sie Foucaults berühmte und kontrovers rezipierte These, der »Mensch«, das heißt die Wissensordnung, auf der dieser Begriff ruhte, könne in absehbarer Zukunft verschwinden »wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand«.⁶⁷ Mit dem Anbruch des zweiten Kalten Krieges sollte der Topos vom Verschwinden des Menschen bedrückende Aktualität erlangen. Denn mit der Möglichkeit der nuklearen Selbstauslöschung stand die Existenz des Menschen nicht nur als diskursiver Effekt, sondern auch als physisches Wesen auf dem Spiel – und

65 Ebd., S. 9.

66 Landwehr (2014), S. 310–315.

67 Foucault (1974), S. 462.

mit ihm seine geschichtliche Zeitlichkeit. Dass die temporale Konstellation des Posthistoire nicht mehr die des Menschen – seines Handelns und Planens – war, ist anhand der Begriffe des »Fortschritts« und der »Zukunft« und ihrer sich wandelnden Bedeutungsgehalte zu zeigen.

4 Posthistorische Progression: Fortschritt ohne Sinn und Zweck

Die Diagnosen eines erodierenden historischen Bewusstseins in den 1980er-Jahren nahmen regelmäßig Bezug auf den geschichtsphilosophischen Topos des Fortschritts, der wie kaum ein anderer die geschichtliche Zeitlichkeit der Moderne auf den Begriff bringt.⁶⁸ Als »Relationskategorie« enthält der Fortschrittsbegriff zwei für das moderne Geschichtsdenken entscheidende Bedeutungselemente.⁶⁹ Erstens verweist das Konzept des Fortschritts auf die Gerichtetheit der geschichtlichen Bewegung. Die Pole des zeitlichen Stroms sind normativ aufgeladen, wodurch der historische Prozess einen immanenten Sinn beziehungsweise ein Ziel erhält. Zweitens verbindet sich mit dem Fortschrittsbegriff ganz wesentlich die Frage nach dem historischen Subjekt, das zugleich als »Handlungsträger« und Referenzgröße der geschichtlichen Bewegung auftritt.⁷⁰ Anhand der Reflexionen über den Fortschritt als Bewegungsmodus der Geschichte, über seine Ausrichtung und seinen Handlungsträger lassen sich in den 1980ern Bedeutungsverschiebungen des Begriffes erkennen.

Mit der beginnenden Stationierung der Pershing-II-Raketen, aber auch angesichts diverser ökologischer und sozialpolitischer Krisenszenarien begegneten Intellektuelle progressiven Prämissen mit wachsender Skepsis. So glaubte Gumbrecht, dass sich der »mentale Raum des Fortschrittsglaubens geschlossen« habe.⁷¹ Fortschrittsskeptisch zeigte sich unter anderem auch der sozialdemokratische Parteintelletuelle und damaligen Westberliner Senator für Wissenschaft und Forschung Peter Glotz. »Der alte Fortschrittsbegriff«, so Glotz, »die Hoffnung, daß durch den Fortschritt der Wissenschaft, durch weiteres wirtschaftliches Wachstum, durch die Entfesselung der Produktivkräfte die Gesellschaft humaner würde und der Mensch glücklicher, bröckelt rapide ab.«⁷²

68 Koselleck (1975, 2006b).

69 Koselleck (1975), S. 351.

70 Vgl. ebd.; Koselleck (2006a), S. 77.

71 Gumbrecht (1985), S. 42.

72 Glotz (1980), S. 1181.

Der »alte Fortschritt«, der geschichtsphilosophische und historistische Entwurf eines geschichtlichen Prozesses als autonomes und emanzipatives Streben des Menschen nach Selbstverwirklichung und Humanität (beziehungsweise deren Derivatene Freiheit, Gleichheit usw.), bildete die Negativfolie, vor der neue Dynamiken und Bewegungsgesetze des Wandels beschreibbar wurden.⁷³ Bevor er die neue Mechanik der Weltbewegung schilderte, rekapitulierte Sloterdijk zunächst, dass für den geschichtlichen Fortschrittsbegriff die anthropozentrische »Unterstellung« konstitutiv gewesen sei, »man könne [...] den Weltlauf [...] so laufen machen, daß sich nur noch das bewegt, was wir durch unsere eigenen Aktivitäten vernünftigerweise in Gang halten wollen.« Die »gesamte Weltbewegung«, so Sloterdijk weiter, »gründet somit [...] in einer kinetischen Utopie: soll Ausführung unseres Entwurfs von ihr werden. Unsere eigenen Lebensbewegungen werden progressiv identisch mit der Weltbewegung selbst [...]; es kommt, wie man denkt, weil das, was kommt, [...] dadurch zustande kommt, daß wir es machen.«⁷⁴

In der Tat schien das von Glotz formulierte Ziel der Humanisierung der Gesellschaft durch die nukleartechnologischen Umstände obsolet geworden zu sein, trat doch der Mensch nicht mehr als Subjekt seiner kollektiven Fortentwicklung auf, sondern vielmehr als »Subjekt seiner eigenen kollektiven Zerstörung«.⁷⁵ Statt eines tendenziell positiv konnotierten, emanzipativen Fortschritts war nun die Rede von »Fortschritten hin zur technologischen Möglichkeit der Selbstzerstörung.«

Mit dem Phantasma der menschlichen Selbstzerstörung und der Erschütterung des logozentrischen Selbstbildes des Menschen veränderte sich in den 1980er-Jahren ganz zentral auch die Dynamik der bisher als geschichtlicher Fortschritt gedeuteten »Weltbewegung«. Im »historischen Bewusstsein« hatte die Orientierung am Humanen den Fortschritt geeicht. Nachdem das Selbstverhältnis des Menschen, der Status des Humanen, jedoch ambivalent und unsicher geworden war, wurde auch die Bedeutung des Fortschrittsbegriffs mehrdeutig. Die jüngsten Erfahrungen mit dysfunktional operierenden technologischen Systemen, allen voran mit den havarierten Nuklearreaktoren in Harrisburg und

73 Zu Beginn der Neuzeit, so Koselleck (2006b), S. 174, »wird das Subjekt des Fortschritts ausgesetzt zu einem Agens von höchster Allgemeinheit oder auch von zwingendem Allgemeinheitsanspruch: es handelt sich um den Fortschritt der Menschheit«. Während Koselleck jedoch einen weiteren semantischen Wandel des Fortschrittsbegriffs beschreibt, in dessen Folge Fortschritt zum »Subjekt seiner selbst« (ebd.) werde, betonen Intellektuelle in der 1980er-Jahren weiterhin die Bindung an menschliche Handlungssträger. Fortschritt sei daher stets »Bewegung zur Mehrbewegung«, eben weil menschliches Wollen als ein Sich-Selbst-Wollen auf die »Selbsterzeugung und Selbstverwirklichung des Subjekts« abziele; Sloterdijk (1989), S. 36 u. 303.

74 Sloterdijk (1989), S. 23; vgl. auch S. 30.

75 Gumbrecht (1985), S. 42f.; folgendes Zitat S. 48.

Tschernobyl, machten westdeutsche Intellektuelle auf die fundamentalen Kontingenzen und Risiken menschlichen Handelns aufmerksam. Angesichts dieser Ereignisse schien es, als sei der »Fortschritt selbstläufig« geworden.⁷⁶ Wandel bedeutete nun nicht mehr aktive Bewegung *des* Menschen beziehungsweise *durch den* Menschen, sondern dessen passives Bewegt-Werden.⁷⁷ Peter Sloterdijk schilderte einen technologischen Kontrollverlust, der jene kulturkritischen Tropen menschlicher Hybris und der Verselbständigung der Dinge aufgriff, die unter anderem mit Goethes Figur des Zauberlehrlings in das kollektive Gedächtnis eingegangen sind:⁷⁸

Es kommt anders, als man denkt [...]. Es kommt unweigerlich anders, weil man beim Herbeidenken und Herausbringen dessen, was kommen soll, immer auch etwas ins Laufen bringt, was man nicht gedacht, nicht gewollt, nicht berücksichtigt hat. Das läuft dann mit gefährlichem Eigensinn von selbst. Wir haben uns umstellt mit einer Epinatur aus Handlungsfolgen, die unserer »geschichtemachenden« Praxis wie eine sekundäre Physis entgleiten. Die selbstläufigen Folgen des modernen Weltprozesses, so sehen wir mit anschwellendem Unbehagen, übergreifen die kontrollierten Projekte; und aus dem Herzstück des Unternehmens Moderne, aus dem Bewußtsein spontaner vernunftgelernter Selbsttätigkeit, bricht eine fatale Fremdbewegung hervor, die uns in allen Richtungen entgeht.⁷⁹

In den 1950er-Jahren hatte der Philosoph Günther Anders die »Antiquiertheit des Menschen« vor dem Hintergrund sowjetischer Wasserstoffbombentests und der Debatten um die atomare Aufrüstung der Bundeswehr festgestellt.⁸⁰ Ein Vierteljahrhundert später war es die Entwicklung der Neutronenbombe, die für Anders in nochmals pervertierter Form die absolute Selbstdemütigung und den Bedeutungsverlust des Menschen symbolisierte. Denn der Einsatz der sogenannten *Enhanced Radiation Weapon* würde aufgrund der erhöhten Neutronenstrahlung zwar alles Leben im Zielgebiet auslöschen; die zum politischen Primat erhobene Funktionstüchtigkeit technischer Infrastrukturen wäre jedoch weiter gewährleistet.⁸¹ Die Neutronenwaffe war damit emblematisch für die signifikante Tendenz, »daß wir darauf verzichtet haben, [...] uns selbst als die Subjekte der Geschichte zu betrachten; daß wir uns entthront haben oder haben entthronen lassen, und an unseren Platz andere Subjekte der Geschichte, nein: ein einziges Subjekt gesetzt haben: die Technik«.⁸²

76 Sloterdijk (1989), S. 269.

77 Vgl. ebd.

78 Die Kulturgeschichte kennt freilich viele Geister respektive deren Objektivationen, die der Mensch rief und nicht mehr loswurde. Sei es der Golem, Frankensteins Monster oder der Computer HAL 9000 in Stanley Kubricks »2001: Odyssee im Weltraum«.

79 Sloterdijk (1989), S. 24.

80 Vgl. Niethammer (1989), S. 60.

81 Anders (1980), S. 340; vgl. zur Neutronenwaffe auch Geiger (2011), S. 100–106.

82 Anders (1980), S. 339.

Die allgegenwärtige Mischung aus tiefem anthropologischen Selbstzweifel, Fortschrittsskepsis und Technikkritik erinnerte Jürgen Habermas eklatant an den sozialwissenschaftlichen Modernisierungsdiskurs der 1960er-Jahre und dessen technokratische Ableger. Nach Habermas hatten sich bereits in diesen Debatten der späten Adenauer-Ära Bedeutungsverschiebungen abgezeichnet, die in den 1980er-Jahren unter veränderten Vorzeichen wieder auftauchten. Auch damals hätten konservative Positionen »die internen Verbindungen zwischen der Moderne und geschichtliche[m] Zusammenhang« unterbrochen und die Moderne »zu einem raumzeitlich neutralisierten Muster für soziale Entwicklungsprozesse [stilisiert]«. ⁸³ Daraufhin seien dann Vorstellungen einer »verselbständigten, einer selbstläufigen Moderne« und »gleichsam automatisch weiterlaufende[r] Modernisierungsprozesse« aufgekommen. Folgeschwer sei die Modernisierungstheorie insofern gewesen, als sie zu einer Unterscheidung verschiedener Bewegungs- oder Fortschrittsmodi geführt, gesellschaftliche und kulturelle Moderne mithin voneinander getrennt habe.

Habermas bezog sich hier vor allem auf die Sozialphilosophie Arnold Gehlens, der den Begriff *Posthistoire* in den deutschen Sprachraum eingeführt hatte. ⁸⁴ Mit dem frankophonen Neologismus hatte Gehlen bereits 1957 die industriegesellschaftliche Gegenwart der Nachkriegszeit als eine Epoche beschrieben, in der zwar die »Prämisse des Vernunftglaubens [...] tot« sei, in der die »Konsequenzen« des Rationalismus jedoch ziellos weiterliefen. ⁸⁵ Wie Anders hatte auch Gehlen die posthistorische Vision eines geschichtlichen Endzustands vor dem Hintergrund der nuklearen Pattsituation des Kalten Krieges entworfen. Aus dem waffenstarrten Gleichgewicht der »beiden großen Welthälften mit ihren Basisideologien« folgerte Gehlen, »daß ideengeschichtlich nicht mehr zu erwarten« sei. ⁸⁶ Um den nuklear schockgefrorenen und in technischen Routinen verharrenden Zustand der hochentwickelten Industriegesellschaften zu versinnbildlichen, verwendete Gehlen neben dem Begriff des *Posthistoire* die Meta-

83 Habermas (1988), S. 10.

84 Habermas' Einordnung posthistorischer Thesen steht damit der von Christof Dipper (2010) vorgenommenen Historisierung diametral entgegen. Während Dipper die posthistorische Bewegungsdynamik als das »nach Erledigung aller Modernisierungsprozesse erreichte [...] Ende der Geschichte« (ebd., S. 204) beschreibt, bezogen Habermas – wie auch dezidiert posthistorische Denker – die Idee des *Posthistoire* auf den als sinnlosen Leerlauf wahrgenommenen Bewegungsmodus des Modernisierungsprozesses selbst. Die optimistische Erwartung einer qualitativen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse war dabei der Einsicht in eine prinzipiell unveränderbare, lediglich »linear steigerbare Strukturlogik« gewichen, Reckwitz (2012), S. 24f. Vgl. zu Gehlens *Posthistoire*-Begriff auch Niethammer (1989), S. 18–25; Jung (1989), S. 95–148; Meyer (1993), S. 23ff.

85 Gehlen (2004), S. 294.

86 Ebd., S. 308.

phern der »kulturellen« beziehungsweise »gesellschaftlichen Kristallisation«. ⁸⁷ Mit ihnen bezeichnete er jene von Habermas scharf kritisierte Typologie zeitlicher Dynamik, nach der Gesellschaft und Kultur »in ihren grundsätzlichen Beständen [...] entwickelt« seien, soziokultureller Fortschritt als geschichtslose »Beweglichkeit auf stationärer Basis« quasi stillstehe, und »weitere[r] Fortschritt der Naturwissenschaften, der Technik und auch der Medizin gesichert« sei. ⁸⁸ Allerdings, und das ist entscheidend, habe die »Technik im allgemeinen« aufgehört, »eine Sache für den Menschen zu sein«. ⁸⁹

Im expliziten Anschluss an posthistorische Theorien und Zeitdiagnosen der 1960er-Jahre beschrieben westdeutsche Intellektuelle zwei Dekaden später eine Bedeutungsverschiebung des Fortschrittsbegriffs. Die epistemische Destabilisierung des Menschen und dessen Ohnmacht wurden begleitet von dem Eindruck einer zunehmenden Eigendynamik technischer Prozesse. Die Überlegungen zum Fortschrittsbegriff machen deutlich, dass die wahrgenommenen Verschiebungen temporaler Ordnungsvorstellungen nicht als binäre Sequenz abliefen. Der Fortschrittsbegriff verschwand nicht einfach aus dem intellektuellen Sprachgebrauch. Vielmehr erfolgte eine Ausdifferenzierung temporaler Bewegungsmodi. Die geschichtliche Zeit, die Zeit des Menschen als gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungsraum, schien eingefroren, während technologische Phänomene weiterhin Veränderungen – das heißt Innovationen – zeitigten. Als Bestandteil einer posthistorischen Zeitlichkeit war »der Fortschritt selbstläufig geworden«. Das sollte auch Auswirkungen auf das zeitgenössische Zukunftsverständnis haben. Denn ohne Einflussmöglichkeiten auf den Lauf der Dinge hatte sich »Zukunftsoptimismus in Prozeßmelancholie verwandelt.« ⁹⁰

5 Leben im Futur II: Die katastrophische Zukunft als Risiko und Frist

Die Entdeckung des modernen Geschichtsdenkens war, wie Lucian Hölscher gezeigt hat, zugleich und ganz wesentlich auch »Die Entdeckung der Zukunft«

⁸⁷ Ebd., S. 298–314 u. 330–335.

⁸⁸ Ebd., S. 307 u. S. 342. Zwar könne, so Gehlen, »das kristallisierte System noch das Bild einer erheblichen Beweglichkeit und Geschäftigkeit zeigen [...]. Es sind Neuigkeiten, es sind Überraschungen, es sind echte Produktivitäten möglich, aber doch nur in dem schon abgesteckten Feld und auf der Basis der schon eingelebten Grundsätze, diese werden nicht mehr verlassen.« (Ebd., S. 307).

⁸⁹ Ebd., S. 353.

⁹⁰ Sloterdijk (1989), S. 269.

in ihrer modernen Bedeutung.⁹¹ Während das vormoderne Zukunftsverständnis das Kommende »im Sinne der »Ankunft«, [...] nicht in zeitlicher, sondern in räumlicher Bedeutung« als angekündigtes Ereignis antizipierte, entwarf das moderne Geschichtsdenken die Zukunft als einen nicht festgelegten, beweglichen Horizont.⁹² »Die Zukunft«, so fasst Hölscher die moderne Zukunftsbedeutung zusammen, »ist noch offen, sie muß sich erst noch bilden.«⁹³ Bildner der Zukunft ist der Mensch als historisches Subjekt, das *seine* Zukunft formt und diese zeitliche Form durch *sein* Denken und Handeln füllt.

Das von Hölscher beschriebene, anthropozentrische Zukunftsverständnis deckte sich mit jenen Beschreibungen, die im intellektuellen Feld der Bundesrepublik der 1980er-Jahre kursierten. Kritiker wie Apologeten der Moderne waren sich einig: Grundlegend für die moderne Zeitlichkeit war eine tendenziell positive Konnotation des Zukunftsbegriffs und eine daraus resultierende optimistische Erwartungshaltung.⁹⁴ Die »Offenheit« der Zukunft nährte eine »Erwartung der Andersartigkeit«, wobei diese Andersartigkeit neue Möglichkeiten und diese wiederum implizit eine potenzielle Verbesserung der gegenwärtigen Lage in Aussicht stellten.⁹⁵ Doch eben diese optimistische und sinnstiftende Bedeutung verblasste angesichts der umfassenden Krisenerfahrungen. Die »Zukunft« verlor ihre sinnstiftende Funktion zusehends und verließ gegenwärtigem Handeln »nicht mehr Orientierung oder gar Motivation«.⁹⁶ Warum aber glaubten die Zeitgenossen, dass ihnen die Zukunft und damit »der Horizont der Welt als Geschichte nicht mehr offen« standen?⁹⁷

Zunächst drang vor dem Hintergrund des Wettrüstens die Kehrseite der Zukunftsoffenheit ins zeitgenössische Bewusstsein. Dass in Zukunft alles möglich sei, wurde nun nicht mehr als Verheißung, sondern vorrangig als Bedrohung verstanden. Habermas merkte an, Koselleck habe verkannt, dass das moderne Zeitverständnis »nicht nur zur Verdiesseitigung eschatologischer Hoffnungen und zur utopischen Öffnung des Erwartungshorizonts gedient hat, sondern auch dazu, die Zukunft als eine Quelle der Beunruhigung« zu problematisie-

91 Hölscher (1999); Vgl. auch Koselleck (1989a, 1989b, 2000).

92 Hölscher (1999), S. 36.

93 Ebd., S. 34.

94 Jürgen Habermas paraphrasierte hier Kosellecks These, die besagte, dass sich die »moderne Welt von der alten dadurch unterscheidet, daß sie sich der Zukunft öffnet.« Habermas (1988), S. 15; vgl. ebd., S. 26. Peter Sloterdijk (1989), S. 152, betonte seinerseits die Bedeutung dieses Zukunftsverständnisses für den temporalen Konnex von Modernität und Historizität. So sei die Deutung der Zukunft als »das Offene->vor->uns« konstitutiv für die »moderne Auslegung der menschlichen Existenz als »Geschichtlichkeit«.

95 Habermas (1988), S. 15.

96 Gumbrecht (1985), S. 40. Vgl. zum *No-Future*-Diskurs der 1980er-Jahre auch Esposito (2014).

97 Sloterdijk (1989), S. 152.

ren.⁹⁸ Die Zukunft übe immer auch einen immensen »Problemdruck« auf den antizipierenden Menschen aus. So verdichtete sich in den 1980er-Jahren eine Vorstellung von der Zukunft, in der diese nicht mehr nur mögliche Verbesserungen bereithielt, sondern vor allem existenzielle Gefahren und Risiken.⁹⁹

Ein weiterer Grund für den Wandel des Zukunftsverständnisses lag in der Tragweite und existenziellen Bedeutung der größten aller denkbaren Gefahren – der Gefahr des atomaren Weltkriegs. Zwar war diese schon in vorangegangenen »Wellen atomaren Bedrohungsbewusstseins« angeklungen.¹⁰⁰ Anders als in den 1960er-Jahren hatten sich zu Beginn der 1980er-Jahre jedoch weitere, insbesondere ökologische Katastrophenszenarien entwickelt, welche die Situation zusätzlich dramatisierten, gesellschaftlicher wie publizistischer Hysterie Vorschub leisteten. Zudem existierte in Form der neuen Umwelt- und Friedensbewegungen eine institutionelle Resonanzkammer, innerhalb derer die gesellschaftlichen Ängste in deutlich stärkere Schwingung gerieten.¹⁰¹

Angesichts der Überlagerung der rüstungspolitischen und der ökologischen Krisenszenarien scheiterten Intellektuelle zusehends an dem Versuch, eine mögliche Zukunft zu vergegenwärtigen. Die Zerstörung des menschlichen Lebensraums würde derart folgenreich sein, dass eine mögliche Zukunft paradoxerweise gar nicht mehr vorstellbar war.¹⁰² Der Zusammenbruch der geschichtlichen Zukunftsbedeutung und die semantische Verwandlung von einem positiv in einen negativ konnotierten Möglichkeits-, Projektions- und Imaginationsraum lassen sich in intellektuellen Texten mit Blick auf den Begriff des »Utopischen« nachvollziehen. Das irritierende Missverhältnis zwischen dem technisch Machbaren und den Kapazitäten menschlicher Imagination deuteten verschiedene Intellektuelle als Implosion oder Inversion utopischen Denkens. So hatte sich das damalige Zukunftsverständnis Ulrich Beck zufolge verkehrt und sei geprägt durch »Negativbilder von Utopien«.¹⁰³ Als Beispiel nannte der Soziologe die

98 Habermas (1988), S. 22.

99 »Unser Zukunftshorizont gerät zur Bedrohung«, so Gumbrecht (1985), S. 46. Vgl. zum Risikodiskurs sowie zum Paradigma der Prävention die Beiträge von Martin H. Geyer und Ulrich Bröckling in diesem Band.

100 Uerz (2006), S. 322.

101 Vgl. Schregel (2009).

102 Vgl. aber militärstrategische Versuche, das Udenkbare des atomaren Krieges zu denken, etwa bei Herman Kahn, Horn (2014), S. 91–95.

103 Beck (1986), S. 37. In dieser Verkehrung der Zukunftserwartung meinte Günther Anders (1986), S. 96, bereits 1959 das Signum der nukleartechnisch geprägten Gegenwart zu erkennen: »Wir sind invertierte Utopisten. Dies also [sic] das Grund-Dilemma unseres Zeitalters: Wir sind [...] unfähig, uns von dem von uns selbst Gemachten ein Bild zu machen. Insofern sind wir invertierte Utopisten: während Utopisten dasjenige, was sie sich vorstellen, nicht herstellen können, können wir uns dasjenige, was wir herstellen, nicht vorstellen.«

»Utopie der Sicherheit«, die nun »eigentümlich negativ und defensiv« erschien.¹⁰⁴ »Am »sichersten«, so Beck, »ist [...] das Unabsehbare: Atombomben und Kernenergie mit ihren alle Begriffe und Vorstellungsvermögen übersteigenden Gefährdungslagen.«¹⁰⁵ Paradoxe Denkfiguren wie diese waren symptomatisch für die intellektuellen Versuche, sich eine nicht vorstellbare Zukunft vorzustellen.

Nicht nur eine Umkehrung, sondern eine »Erschöpfung utopischer Energien« diagnostizierte Jürgen Habermas, der in seinem einflussreichen Essay »Die neue Unübersichtlichkeit« auch an die geschichtliche Qualität des Utopischen erinnerte.¹⁰⁶ Als »Medium für den Entwurf alternativer Lebensmöglichkeiten« seien die utopischen Energien stets »im Geschichtsprozeß selber angelegt« gewesen.¹⁰⁷ Nun aber, in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre, sehe »es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen.« An die Erkenntnis, dass der utopisch aufgeladene, ein Möglichkeitsfeld eröffnende Zukunftsbegriff an seine Grenzen stieß, musste, so Peter Sloterdijk, jedoch eine schwerwiegende Frage anschließen: »[W]enn das Offene vor uns nicht [...] Zukunft ist, was ist es dann?«¹⁰⁸

Dieser eigentümlichen Wahrnehmungs- und Erwartungshaltung trug Beck – wie auch Niklas Luhmann – mit einer Soziologie des »Risikos« Rechnung.¹⁰⁹ Der zugrunde gelegte Risikobegriff behandelte Zukunft und Zukünftiges nicht mehr als einen Gegenstand der Vorstellung, sondern als Ziel der Kalkulation und der Berechenbarkeit. Die »undenkbare Absolutheit«, die von der Möglichkeit »einer radikalen Auslöschung allen menschlichen Lebens« ausging, wurde so zu einer Frage der Wahrscheinlichkeit.¹¹⁰ Diese von Risikosemantiken bestimmte Zukunftsvorstellung prägte die Erwartungsschemata auch insofern, als diese zunehmend von einer Präventionslogik durchdrungen waren, der es »im Grunde genommen nicht mehr darum [ging], etwas »Gutes« zu erreichen, sondern nur noch darum, das Schlimmste zu verhindern.«¹¹¹

Der präventive Gestus, stets vom Schlimmsten auszugehen und diese Annahme zur Grundlage gegenwärtigen Handelns zu machen, ist charakteristisch für die Bedeutungsverschiebung des Zukunftsbegriffs in den 1980er-Jahren.

104 Beck (1986), S. 65.

105 Ebd., S. 294.

106 Habermas (1985).

107 Ebd., S. 143. Dort auch das folgende Zitat.

108 Vgl. Sloterdijk (1989), S. 152.

109 Beck (1986); Luhmann (1986, 1991).

110 Luhmann, zitiert nach Scholz (2012), S. 327. Zum nuklearen Kalkül des Kalten Krieges auch Horn (2014), S. 77–109.

111 Beck (1986), S. 65.

Zwar repräsentierte die Zukunft noch immer einen Möglichkeitsraum, die enthaltenen Möglichkeiten waren jetzt aber tendenziell negativ konnotiert. Vom Schlimmsten auszugehen bedeutete darüber hinaus auch, einen bestimmten zukünftigen *Zustand* zu antizipieren, der in seiner Bedrohlichkeit unausweichlich auf die Gegenwart zukam. Ebenso wie der geschichtliche Fortschritt im Posthistoire stillstand und unverfügbar geworden war, schien die determinierte, unabänderliche Zukunft still-, der katastrophische Ausgang schon festzustehen.

Der Möglichkeitsraum Zukunft war somit paradoxerweise in seiner Offenheit derart überdehnt, dass er zugleich katastrophisch geschlossen war. Die »Risikogesellschaft« sei im Wesentlichen auch »eine Katastrophengesellschaft«, konkretisierte Ulrich Beck in dieser Hinsicht seine berühmte Sozialdiagnose.¹¹² Fatalistische Erwartungshaltungen hatten, das glaubte Sloterdijk zu beobachten, die Handlungsrouitinen seiner Mitmenschen tief imprägniert, »die Mehrheit der Zeitgenossen« habe sich in den 1980er-Jahren so verhalten, »als wären schon gestern die Gelegenheiten von morgen verspielt worden.«¹¹³ Die Sprache des Zeitgeists folgte gewissermaßen einer »Grammatik des Weltuntergangs«, die das gegenwärtige Leben in den Schatten eines »tragischen Futur« stellte.¹¹⁴ Dieses Tempus, grammatikalisch präziser als Futur II geläufig, entwirft eine Zukunft, die nur noch Ereignisse bereithält, die geschehen sein werden und damit quasi schon geschehen sind.¹¹⁵

Das passive Warten auf das Eintreffen der Katastrophe charakterisierte Sloterdijk zufolge die Gegenwart als »Zwischenzeit«, die »nach der Prognose des Schlimmsten und vor der Verifikation der Prognosen durch das Wirkliche« liege. Für diese »spezifische Zeitstruktur des gegenwärtigen Lebens«, so Sloterdijk, gebe »es keinen passenderen Begriffe als den der Frist«.¹¹⁶ Die Präsenz der katastrophisch determinierten Zukunft sorgte unter Intellektuellen für eine Atmo-

112 Ebd., S. 105.

113 Sloterdijk (1987), S. 24.

114 Scherpe (1986), S. 271; Sloterdijk (1989), S. 275.

115 Vgl. zum katastrophischen Futur II auch Horn (2014), S. 12.

116 Sloterdijk (1989), S. 276. Sloterdijk aktualisierte hier einen Begriff, den Günther Anders in seiner »Bombenphilosophie« der 1960er-Jahre entfaltet hatte. In seinem anlässlich der Nachrüstungskrise neu aufgelegten Text »Die Frist« aus dem Jahr 1960 hatte Anders mit Blick auf das Phantasma der nuklearen Endzeiterwartung eine Verschiebung der Zukunftssemantik festgestellt: »Die heutige Botschaft ist dagegen die schlechthin schreckliche. Sie meint: »Die Zukunftslosigkeit hat schon begonnen.«« Vgl. Anders (1986), S. 170–221. »Nicht in einem Zeitalter leben wir, sondern in einer Frist« (S. 203), Zitat S. 219. Zur temporalen Metaphorik des Nuklearzeitalters gehört neben der Frist auch die Fristverlängerung. Fabeck (2007), S. 132, beschreibt die »Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki [...] als phantasmatische[n] Bezugspunkt für die Weltuntergangsvorstellung des unbegrenzten Atomkrieges« und als »Ur-szene«, die alles weltpolitische Handeln fortan unter das Zeichen des bloßen Aufschubs stellt.«

sphäre latenter Unruhe. Der Literaturwissenschaftler Egon Holthusen sah sich etwa einer »Art permanenter Alarm- und Adventsstimmung« ausgesetzt.¹¹⁷ Damit hielt eine Semantik in den zeitdiagnostischen Diskurs der 1980er Einzug, die an das von Achim Landwehr und Lucian Hölscher untersuchte apokalyptische Zukunftsverständnis der Frühneuzeit erinnert. Auch im 17. Jahrhundert, so Landwehr, erschien die apokalyptisch aufgeladene Zukunft als »losgelöster und unbeeinflussbarer Zeitraum, der auf die Menschen »zukommt«.¹¹⁸ Im Gegensatz zur Zukunft des 17. Jahrhunderts war jene des späten 20. Jahrhunderts allerdings nicht mehr heilsgeschichtlich determiniert, sondern technologisch und unheilvoll-posthistorisch vorherbestimmt. Gleich einer Apokalypse im Dauerzustand erschien die Zukunft wie ein Ende mit Schrecken *und* ein Schrecken ohne Ende: »Das Ende ist Endlosigkeit. Genau dies meint der Begriff der Posthistoire.«¹¹⁹

In Form der sich wandelnden Zukunftssemantik zeigten sich die in den 1980er-Jahren zeitgenössisch wahrgenommene Krise des »historischen Bewusstseins« und die Verschiebung der zeitlichen Ordnungsvorstellungen besonders deutlich. Bemerkenswert ist auch hier, wie schon im Fall des Fortschrittsbegriffs, die Ambivalenz des posthistorischen Zukunftsverständnisses. So blieb die Metapher des Möglichkeitsraums zwar stabil, gleichsam unter vertauschten Vorzeichen versinnbildlichte sie nun aber kein utopisches Reservoir positiver Erwartungen mehr. Stattdessen verwies der Begriff auf gleichermaßen unabsehbar wie unabwendbar gedeutete Bedrohungen. Die Zukunft *stand* als Katastrophe *fest*. Auf Fredric Jamesons Frage, welche Formen wohl Zeit und Zeitlichkeit innerhalb einer »Kultur annehmen, die zunehmend im Raum und von räumlicher Logik dominiert wird«, lässt sich also mit Blick auf das Zukunftsverständnis antworten:¹²⁰ Sie folgten eben dieser Logik und entfalteten im späten 20. Jahrhundert jenen semantischen Gehalt einer räumlich konnotierten »Ankunft« und latenten »Präsenz«, die sie dreihundert Jahre zuvor im Übergang zur Neuzeit abgelegt hatten. So polte die Verräumlichung des Zukunftsbegriffs in den 1980er-Jahren die geschichtlichen Kategorien der Erfahrung und der Erwartung gewissermaßen um. Denn »wenn die entscheidenden Handlungsmöglichkeiten bereits determiniert sind, läuft alles im Erfahrungsraum ab; Erwartungen reflektieren [nur noch] darauf.«¹²¹

117 Holthusen (1984), S. 910. Vgl. weiterhin Horn (2014), S. 27.

118 Landwehr (2014), S. 332. Vgl. Hölscher (1999), S. 36ff.

119 Meyer (1993), S. 26.

120 Jameson (1986), S. 70.

121 Meyer (1993), S. 45. Vgl. auch die anregenden Ausführungen zum semantischen Rollentausch von Mustern der Erfahrung und der Erwartung bei Geulen (2010), insbesondere S. 82ff.

6 Fazit

Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrags war eine These, mit der aktuelle Zeitdiagnosen eine historische Selbstverortung der Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts vornehmen. Ihr zufolge formte sich das heute dominierende Zeitverständnis zwischen dem Ende der 1970er-Jahre und der Mitte der 1980er-Jahre aus. Dieser Vermutung galt es, sich aus historischer Perspektive zu nähern. Die Spurensuche im intellektuellen Feld Bundesrepublik zeigte, dass der zweite Kalte Krieg, die Zuspitzung des Ost-West-Konflikts seit 1979, als das Epizentrum einer umfassenden »Weltkrise« beschrieben wurde.¹²² Teile des intellektuellen Feldes gingen in geradezu apokalyptischer Erwartung davon aus, dass das nuklear bedingte Ende der Welt unmittelbar bevorstünde. Die »Weltkrise« fungierte gleichsam als Erfahrungs- und Erwartungsrahmen, innerhalb dessen westdeutsche Intellektuelle auch eine »Zeitkrise«, eine Erschütterung und Verschiebung temporaler Ordnungsvorstellungen, diskutierten. Im Mittelpunkt der temporalen Erschütterung stand ein vielfältiges Endlichkeitsbewusstsein. Dabei verband sich eine tiefe Skepsis gegenüber der Geschichte als dem Modus Operandi gesellschaftlicher Sinnstiftung mit der epochalen Diagnose, die Moderne als das (noch) gegenwärtige Zeitalter stoße an ihre Grenzen. In posthistorischen und postmodernen Deutungsmustern kam ganz wesentlich die Suche nach der Signatur eines neu anbrechenden Zeitalters und dessen Zeitlichkeit zum Ausdruck. Die Bedeutungsverschiebungen des Menschen-, des Fortschritts- und schließlich des Zukunftsbegriffs zeigen, dass Intellektuelle den Übergang von einer geschichtlichen zu einer posthistorischen Zeitlichkeit nicht als Abfolge gleichsam monolithischer Sinneinheiten erwarteten. Das endzeitliche Denken äußerte sich vielmehr als eine »Inversion der Geschichte« und ihrer Kategorien.¹²³ Die durch das Präfix »post« markierten semantischen Transformationen hatten in sich gebrochene, überaus ambivalente Bedeutungsgehalte zur Folge.

Insbesondere das Schreckensszenario der nuklearen Kriegsführung richtete (neben der ökologischen Problematik der ausgehenden Rohstoffreserven) zu Beginn der 1980er-Jahre Schlaglichter auf das anthropologische Endlichkeitsphantasma schlechthin: das Ende der Menschheit. Nach der ersten heißen Phase des Kalten Krieges in den 1960er-Jahren sahen intellektuelle Beobachter die Menschheit in den 1980er-Jahren ein zweites Mal akut der Gefahr der Selbstvernichtung ausgesetzt. Das um sich greifende Endlichkeitsbewusstsein bezog sich dabei sowohl auf die Vernichtung des konkreten, biologischen Gattungswesens

122 Assmann (2013), S. 13.

123 Landwehr (2014), S. 46, hat dies ganz ähnlich für die temporale Restrukturierung im 17. Jahrhundert beschrieben.

als auch auf die Auflösung des Humanen als ideale Lebensform. Die epistemischen Spannungen zwischen Unvernunft auf der einen, technischer Hyperrationalität auf der anderen Seite destabilisierten die vermeintlich überzeitliche Bedeutung des Humanen und leisteten posthumanen Deutungsangeboten Vorschub, die den Menschen als ontologischen Grenzgänger charakterisierten.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der epistemischen Destabilisierung des Menschen stand weiterhin die Bedeutungsverschiebung des Fortschrittsbegriffs als einem zentralen Merkmal postmoderner beziehungsweise posthistorischer Zeitlichkeit. Vor dem Hintergrund technologischer Hybris und anthropologischer Verunsicherung stellten sich die Fragen nach der Richtung des Fortschritts sowie nach dem historischen Subjekt als Urheber und Ziel der geschichtlichen Bewegung neu. Das von Intellektuellen beschriebene Fortschrittsverständnis der 1980er-Jahre zeigte den Wandel der Welt nicht mehr als Effekt *menschlichen* Wirkens und Werdens, sondern als einen eigensinnigen Ablauf kontingenter Ereignisse. Sowohl explizite Bezüge auf posthistorische Theoreme und Autoren der 1960er-Jahre als auch die Neuauflage derer Schriften konturrierten eine Zeitlichkeit, welche die ehemals geschichtliche, von menschlichen Subjekten bewirkte Weltbewegung nun als einen von menschlichen Handeln entkoppelten, durch technologischen Eigensinn angetriebenen Prozess porträtierten.

Die Erfahrung eines aus dem Ruder laufenden, unkontrollierbaren Fortschritts, der seinen geschichtsphilosophischen Taufnamen kaum noch verdiente, ging einher mit einer Bedeutungsverschiebung des Zukunftsbegriffs als einem zweiten Merkmal posthistorischer Zeitlichkeit. Denn nicht nur war in den 1980er-Jahren die Vorstellung menschlicher Entwicklung zum Besseren gleichsam stillgestellt, auch der im historischen Bewusstsein positiv geöffnete, utopisch aufgeladene Möglichkeitshorizont der Zukunft schien eingefroren. »Zukunft« stellte nicht mehr die potenzielle Verbesserung der gegenwärtigen Lage in Aussicht, sondern hielt existentielle Gefahren bereit. Die im intellektuellen Feld diskutierten geschichtsphilosophischen und -theoretischen Grundannahmen eines teleologisch-linearen und irreversiblen Zeitverlaufs wurden als tiefgreifende Probleme wahrgenommen, nicht mehr als Möglichkeitsbedingungen menschlichen Handelns. Die unterschiedlichen Bewegungsmodi (gesellschaftliche Entwicklung und technologische Innovation) beruhten auf unterschiedlichen Erwartungsprämissen, die das Zukunftsverständnis paradoxal aufluden: Zukunft war offen *und* verschlossen, kontingent und doch unweigerlich katastrophisch determiniert. Sie stand als Katastrophe fest und kam doch unaufhaltbar auf die Gegenwart zu. Die Metaphern eines »apokalyptischen Advents« und der »Frist« versinnbildlichten die intellektuelle Katastrophenerwartung und verwiesen auf einen endzeitlichen wie entzeitlichten und damit räumlichen Bedeutungsgehalt, den der Zukunftsbegriff im Übergang zur Neuzeit abgelegt hatte.

Vergleicht man aktuelle Diagnosen eines temporalen Umbruchs mit jenen der 1980er-Jahre, sind Parallelen unübersehbar. Auch heute beschreiben Intellektuelle ein breites Krisenpanorama, das epistemische Fundamente anrührt und eine temporale Krise bedingt.¹²⁴ Zwar ist gegenwärtig nicht mehr vom Ende des »historischen Bewusstseins« und dem Übergang in die Postmoderne, sondern vom Ende des »historistischen Chronotopen« und des »modernen Zeitregimes« die Rede, die Bedeutungsgehalte der Begriffe entsprechen sich jedoch weitestgehend.¹²⁵ Schließlich stehen auch in aktuellen Zeitdiagnosen die Bedeutungsverschiebungen des Fortschritts- und des Zukunftsbegriffs im Zentrum eines neuen Zeitverständnisses.¹²⁶

Die Frage, ob es sich bei den genannten Bedeutungsverschiebungen der 1980er-Jahre um Vorzeichen eines sich erst heute, im frühen 21. Jahrhundert, vollziehenden »Chronotopenwandels« beziehungsweise einer Veränderung des »Zeitregimes« handelte, ist aus historiografischer Perspektive nicht zu beantworten. Aus dieser ist lediglich festzustellen, dass Kontinuitäten zwischen den Zeitdiagnosen bestehen, deren ideengeschichtliche Linien sich jedoch über die 1980er- mindestens bis in die 1960er-Jahre – und von dort aus weiter, etwa in die Krise der sogenannten Klassischen Moderne – zurückverfolgen lassen.¹²⁷

Irritieren muss im historischen Kontext deshalb der Gestus, mit dem Intellektuelle heute die Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts als *wirkliche* Zäsur, als *schlussendlichen* Umschlag der Temporalordnung darstellen. So schreibt Aleida Assmann 2013, dass der zeitliche »Wandel, der in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm, [...] für die Zeitgenossen zu jenem Zeitpunkt noch überhaupt nicht absehbar« gewesen sei. »Erst nach einem weiteren Vierteljahrhundert haben die Umriss dieses Wandels klare Konturen angenommen und sind ins ›Jetzt der Erkennbarkeit‹ getreten«, so Assmann weiter.¹²⁸ Die Analyse von zeitdiagnostischen Texten der 1980er-Jahre hat jedoch deutlich gemacht, dass westdeutsche Intel-

124 Als Gründe für eine sich gegenwärtig vollziehende Verschiebung der Temporalordnung nennen deren Beobachter etwa den »Ausbau der technischen Zivilisation, [...] die Umweltverschmutzung, die Verknappung von Trinkwasser, de[n] Klimawandel, [...] demographische Probleme wie Überbevölkerung und die zunehmende Überalterung von Gesellschaften«; Assmann (2013), S. 12. Gumbrecht (2012a) bezieht den Wechsel der Chronotopen ganz ähnlich auf »Prognosen wie die der ›globalen Erwärmung‹ oder der ›Erschöpfung natürlicher Ressourcen‹ sowie auf das Problem der ›zunehmenden Speicherfähigkeit der elektronischen Kommunikation‹ (S. 303). Vgl. als soziologische Stimme auch Rosa (2005).

125 Siehe etwa Gumbrecht (2012a), S. 239; Gumbrecht (2010), S. 14f.; Assmann (2013), S. 8, 21, 24, 72, 106 u. 139.

126 Siehe zum Fortschrittsbegriff Gumbrecht (2012a), S. 47 u. 316; Gumbrecht (2010), S. 15 u. 65f.; Assmann (2013), S. 13, 62 u. 67. Siehe zum Wandel des Zukunftsverständnisses Gumbrecht (2012a), S. 44 u. 252; Gumbrecht (2010), S. 15f.; Assmann (2013), S. 10 u. 12f.

127 Vgl. etwa Koch (2009); Bolz (1994).

128 Assmann (2013), S. 16.

lektuelle schon damals sehr wohl die Konturen des Wandels wahrnahmen und reflektierten, sei es mit Blick auf das erlöschende Fortschrittspathos, sei es mit Blick auf katastrophische Zukunftserwartungen. Nicht zuletzt verkörpert Hans Ulrich Gumbrecht eine personelle Kontinuität, hat er doch bereits in den frühen 1980er-Jahren als prominenter Sprecher im posthistorischen Diskurs schon jene temporalen Verschiebungen beobachtet, die er heute historisiert.¹²⁹

Bei genauer Betrachtung kommt in dieser Selbsthistorisierung, die der Gegenwart historische Evidenz verschaffen soll, eine durch und durch »moderne« Haltung zum Ausdruck: Die Gegenwart wird normativ als Höhepunkt und Erfüllungsmoment gedeutet und die Vergangenheit als Vorgeschichte linear auf diese gegenwärtigen Erfahrungen und Erwartungen zugeführt. In dieser linearen Logik zeigt sich eben gerade jenes historische Zeitverständnis der Moderne, das doch eigentlich für obsolet erklärt wird.¹³⁰

Die vorliegende Untersuchung hat »Moderne« und »Geschichte« als begriffliche Ausdrücke einer temporal strukturierten Wissensordnung thematisiert, die infolge epistemischer Verunsicherungen – hier exemplifiziert mit Blick auf die nukleartechnologische Selbstgefährdung des Menschen – zunehmend paradox erschienen. Da sie eben jenes anthropologische und temporale Fundament erschüttern, auf dem Historiker und insbesondere Zeithistoriker stehen, mögen postmoderne beziehungsweise posthistorische Deutungsmuster durchaus meta-historische Probleme mit sich bringen. Das Paradox ist jedoch auch zugunsten der zeitgeschichtlichen Praxis auszulegen. Denn postmoderne wie posthistorische Semantiken, Ideen und deren Denker müssen sich letztlich auch der »Unerbittlichkeit der Historizität« fügen.¹³¹ Mit jeder These von der Überwindung der Moderne, mit jeder Rede vom Ende der Geschichte verbinden sich individuelle wie kollektive Interessen und Programme, Ängste und Hoffnungen, deren Historisierung das Verständnis einer vergangenen Gegenwart bereichert.

129 Die Kontinuität zu den Diskussionen der 1980er-Jahre wird auch publizistisch unterstützt. So wurde Gumbrecht (1985) als eröffnender Beitrag in Gumbrecht (2012b) neu aufgelegt.

130 Man kann Ulrich Brieler nur zustimmen, der auf das Paradox posthistorischer Thesen hingewiesen hat. Das Reden vom »Ende der Geschichte«, so Brieler, kennzeichne bei genauerem Hinsehen »eine Form historischen Bewusstseins, die viel traditioneller ist, als sie meint.« Brieler (1998), S. 609. Nach Latour (2008) zeigt sich hier die inhärente Inkonsistenz postmodernen Denkens: »Die Postmodernen bewahren den modernen Rahmen, [...] und [glauben] noch an den Anspruch der fortgesetzten Neuheit [...], auf den sich der Modernismus berief.« (S. 100) »Der Postmodernismus«, so Latour weiter, »ist ein Symptom und keine neue, unverbrauchte Lösung. Er lebt unter der modernen Verfassung, aber glaubt nicht mehr an die Garantien, die sie bietet. Er fühlt, daß mit der Kritik etwas nicht stimmt, aber ihm fällt nichts anderes ein, als die Kritik weiterzuführen, ohne noch an ihre Grundlagen zu glauben.« (S. 64)

131 Brieler (1998).

Literatur

- Anders, Günther (1980), Die Antiquiertheit der Geschichte, in: *Merkur* 34, S. 339–345.
- (1986), *Die Atomare Drohung. Radikale Überlegungen*, München.
- (2010), *Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, München.
- Anderson, Perry (1993), *Zum Ende der Geschichte*, Berlin.
- Assmann, Aleida (2013), *Ist die Zeit aus den Fugen? Aufstieg und Fall des Zeitregimes der Moderne*, München.
- Baudrillard, Jean (1990), *Das Jahr 2000 findet nicht statt*, Berlin.
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- Becher, Martin Roda (1983), Euphorie und Agonie. Die Postmoderne und das neue Weltbild, in: *Merkur* 37, S. 946–950.
- Bender, Peter (1980), Zwei neurotische Riesen. Am Beginn der großen Weltkrise?, in: *Merkur* 34, S. 527–541.
- Bernhard, Patrick/Nehring, Holger (Hg.) (2014), *Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945*, Essen.
- Bohrer, Karl Heinz (1985), Erinnerung an die Zerstörungsmetapher, in: *Merkur* 39, S. 725–733.
- Bolz, Nobert (1994), Ästhetik des Posthistoire, in: Manfred Gangl/Gérard Raulet (Hg.), *Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage*, Frankfurt a.M./New York, S. 257–270.
- Brieler, Ulrich (1998), *Die Unerbittlichkeit der Historizität. Foucault als Historiker*, Köln u. a.
- Conze, Eckart (2010), Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen* 7, S. 220–239.
- Dipper, Christof (2010), Was ist eigentlich modern? Überlegungen eines Historikers zu einem interdisziplinären Gespräch, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 34, S. 198–209.
- Esposito, Fernando (2014), No Future – Symptome eines Zeit-Geists im Wandel, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München, S. 95–108.
- (2016), Von no future bis Posthistoire. Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen.
- Esposito, Fernando/Reichardt, Sven (2015), Revolution and Eternity. Introductory Remarks on Fascist Temporalities, in: *Journal of Modern European History* 13, S. 24–43.
- Fabeck, Hans von (2007), *Jenseits der Geschichte. Zur Dialektik des Posthistoire*, München.
- Foucault, Michel (1974), *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt a.M.
- Fukuyama, Francis (1989), The End of History?, in: *The National Interest* 16, S. 3–18.
- (1992), *The End of History and the Last Man*, New York.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hg.) (2011), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München.

- Gehlen, Arnold (2004), *Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften*, Arnold Gehlen Gesamtausgabe, Bd. 6, hg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a.M.
- Geiger, Tim (2011), Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München, S. 95–122.
- Geulen, Christian (2010), Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: *Zeithistorische Forschungen* 7, S. 79–97.
- Gibbs, David N. (2006), Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg, S. 291–314.
- Glotz, Peter (1980), Über politische Identität. Vier Thesen zu den Zukunftschancen der Bundesrepublik, in: *Merkur* 34, S. 1177–1187.
- Greiner, Bernd u. a. (Hg.) (2011), *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Hamburg.
- Guggenberger, Bernd (1983), Die neue Macht der Minderheit, in: *Merkur* 37, S. 123–133.
- Gumbrecht, Hans Ulrich (1985), Posthistoire Now, in: ders./Ursula Link-Heer (Hg.), *Epochenschwellen und Epochenstrukturen im Diskurs der Literatur- und Sprachgeschichte*, Frankfurt a.M.
- (2004), *Diesseits der Hermeneutik. Die Produktion von Präsenz*, Frankfurt a.M.
- (2010), *Unsere breite Gegenwart*, Berlin.
- (2012a), *Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart*, Berlin.
- (2012b), *Präsenz*, Berlin.
- Habermas, Jürgen (1985), Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt a.M., S. 141–163.
- (1988), *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt a.M.
- Halliday, Fred (1983), *The Making of the Second Cold War*, London.
- Hartog, François (2013), The Modern Régime of Historicity in the Face of Two World Wars, in: Chris Lorenz/Berber Bevernage (Hg.), *Breaking up Time. Negotiating the Borders between Present, Past and Future*, Göttingen, S. 124–133.
- Herzog, Reinhart/Koselleck, Reinhart (Hg.) (1987), *Epochenschwelle und Epochenbewusstsein (Poetik und Hermeneutik 12)*, München.
- Heuer, Andreas (2012), *Die Geburt des modernen Geschichtsdenkens in Europa*, Berlin.
- Hölscher, Lucian (1999), *Die Entdeckung der Zukunft*, Frankfurt a.M.
- Holthusen, Hans Egon (1984), Heimweh nach Geschichte. Postmoderne und Posthistoire in der Literatur der Gegenwart, in: *Merkur* 38, S. 902–917.
- Horn, Eva (2014), *Zukunft als Katastrophe*, Frankfurt a.M.
- Huyssen, Andreas/Scherpe, Klaus R. (Hg.) (1986), *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek b. Hamburg.
- Jameson, Fredric (1986), Postmoderne – zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus, in: Andreas Huyssen/Klaus R. Scherpe (Hg.), *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek b. Hamburg, S. 45–102.
- Jaspers, Karl (1962), *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewusstsein in unserer Zeit*, München.

- Jung, Thomas (1989), *Vom Ende der Geschichte. Rekonstruktionen zum Posthistoire in kritischer Absicht*, Münster u. a.
- Kamper, Dietmar (1988a), *Hieroglyphen der Zeit. Texte vom Fremdwerden der Welt*, München u. a.
- (1988b), Nach der Moderne. Umriss einer Ästhetik des Posthistoire, in: Wolfgang Welsch (Hg.), *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim, S. 163–174.
- Kamper, Dietmar/Reijen, Willem van (Hg.) (1987), *Die unvollendete Vernunft. Moderne versus Postmoderne*, Frankfurt a.M.
- Kemper, Peter (1988), Vorwort, in: ders. (Hg.), *Postmoderne oder der Kampf um die Zukunft. Die Kontroverse in Wissenschaft, Kunst und Gesellschaft*, Frankfurt a.M., S. 7–8.
- Koch, Lars (2009), Krieg und Posthistoire in Alfred Döblins Zwischenkriegsromanen, in: Susi Frank/Andreas Kraft (Hg.), *Zwischen Apokalypse und Alltag. Kriegsnarrative des 20. und 21. Jahrhunderts*, Bielefeld, S. 59–76.
- Koselleck, Reinhart (1975), Fortschritt, in: Otto Brunner/Werner Conzel/ders. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. II, Stuttgart, S. 351–423.
- (1989a), ›Neuzeit‹. Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M., S. 300–348.
- (1989b), ›Erfahrungsraum‹ und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M., S. 349–375.
- (2000), Die unbekannt Zukunft und die Kunst der Prognose, in: ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt a.M., S. 203–221.
- (2006a), Die Verzeitlichung der Begriffe, in: ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a.M., S. 77–85.
- (2006b), ›Fortschritt‹ und ›Niedergang‹. Nachtrag zur Geschichte zweier Begriffe, in: ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a.M., S. 159–181.
- Koslowski, Peter (1987), *Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung*, München.
- Koslowski, Peter/Spaemann, Robert/Löw, Reinhard (Hg.) (1986), *Moderne oder Postmoderne? Zur Signatur des gegenwärtigen Zeitalters*, Weinheim.
- Landwehr, Achim (2014), *Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.
- Latour, Bruno (2008), *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*, Frankfurt a.M.
- Lechleitner, Hans (1982), Die Lobby der Ungeborenen, in: *Merkur* 36, S. 1038–1042.
- Lorenz, Chris/Bevernage, Berber (2013), Introduction, in: dies. (Hg.), *Breaking up Time. Negotiating the Borders between Present, Past and Future*, Göttingen, S. 7–35.
- Luhmann, Niklas (1986), *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen.
- (1991), *Soziologie des Risikos*, Berlin u. a.
- Makropoulos, Michael (2005), Krise und Kontingenz. Zwei Kategorien im Modernitätsdiskurs der Klassischen Moderne, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.), *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a.M./New York, S. 45–76.

- Metz, Karl Heinz (2006), *Ursprünge der Zukunft. Die Geschichte der Technik in der westlichen Zivilisation*, Paderborn u. a.
- Meyer, Carla/Patzel-Mattern, Katja/Schenk, Gerrit Jasper (2013), Krisengeschichte(n). »Krise« als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive – Eine Einführung, in: dies./Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk (Hg.), *Krisengeschichte(n). »Krise« als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart, S. 9–23.
- Meyer, Martin (1993), *Ende der Geschichte?* München u. a.
- Niethammer, Lutz (1989), *Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende?*, Reinbek b. Hamburg.
- Nünning, Ansgar (2013), Krise als Erzählung und Metapher. Literaturwissenschaftliche Bausteine für eine Metaphorologie und Narratologie von Krisen, in: Carla Meyer/Katja Patzel-Mattern/Gerrit Jasper Schenk (Hg.), *Krisengeschichte(n). »Krise« als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart, S. 117–144.
- Osrecki, Fran (2011), *Die Diagnosegesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität*, Bielefeld.
- Picht, Georg (1980), Wir brauchen ein globales Jalta, in: *Merkur* 34, S. 965–973.
- Reckwitz, Andreas (2012), *Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne*, Weilerswist.
- Rohbeck, Johannes (2004), *Geschichtsphilosophie zur Einführung*, Hamburg.
- Rosa, Hartmut (2005), *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a.M.
- Rotermundt, Rainer (1994), *Jedes Ende ist ein Anfang. Auffassungen vom Ende der Geschichte*, Darmstadt.
- Scherpe, Klaus R. (1986), Dramatisierung und Entdramatisierung des Untergangs – zum ästhetischen Bewußtsein von Moderne und Postmoderne, in: Andreas Huyssen/ders. (Hg.), *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek b. Hamburg, S. 270–301.
- Scholz, Leander (2012), *Der Tod der Gemeinschaft. Ein Topos der politischen Philosophie*, Berlin.
- Schregel, Susanne (2009), Konjunktur der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue Friedensbewegung, 1979–1983, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg, S. 495–520.
- Schwab-Felisch, Hans (1981a), Zu diesem Heft, in: *Merkur* 35, S. 883f.
- (1981b), Notizen zur Lage der Nation, in: *Merkur* 35, S. 875–880.
- Sloterdijk, Peter (1983), *Kritik der zynischen Vernunft*, Frankfurt a.M.
- (1987), *Kopernikanische Mobilmachung und ptolemäische Abrüstung*, Frankfurt a.M.
- (1988), Nach der Geschichte, in: Wolfgang Welsch (Hg.), *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim, S. 262–273.
- (1989), *Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik*, Frankfurt a.M.
- Uerz, Gereon (2006), *ÜberMorgen. Zukunftsvorstellungen als Elemente der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit*, Paderborn u. a.
- Welsch, Wolfgang (2008), *Unsere postmoderne Moderne*, Berlin.
- (Hg.) (1988), *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim.
- Wiersing, Erhard (2007), *Geschichte des historischen Denkens. Zugleich eine Einführung in die Theorie der Geschichte*, Paderborn u. a.
- Wirsching, Andreas (2006), *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik 1982–1990*, München.

Wachstum und *Décroissance* – Bruchstücke einer Genealogie zweier Begriffe seit den 1970er-Jahren

Dietmar J. Wetzel

Kein Zweifel, dass der Umsetzung von Wachstumsrücknahme im Süden wie im Norden eine regelrechte Entgiftungskur vorangehen muss. Wachstum hat ja die ganze Zeit nicht nur als schädlicher Virus gewirkt, sondern auch als Droge. (Serge Latouche 2004)

1 Einleitung: Wachstum und *Décroissance* – zwei Seiten derselben Medaille?

Den Ausgangspunkt für den vorliegenden Beitrag bildet ein historisch-gesellschaftlicher Befund, der kaum zu bestreiten sein dürfte: Im Verbund mit »Wettbewerb« respektive »Wettbewerbsfähigkeit«, nicht selten im Gleichklang mit weiteren Großbegriffen wie »Entwicklung« und »Fortschritt«, hat sich »Wachstum« in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 zu einem Schlüsselbegriff der politisch-ökonomischen Debatte entwickelt.¹ Genauer gesagt, setzt in Deutschland der Siegeszug des Wachstumsbegriffs gegen Ende der 1960er-Jahre ein. Dabei handelt es sich, das lehrt ein Blick in die damaligen politischen und wissenschaftlichen Debatten, keineswegs um einen unumstrittenen Begriff oder ein über alle Zweifel erhabenes Konzept, was zu der Omnipräsenz der Diskussionen eher beigetragen hat, als sie einzudämmen. Die Virulenz des Begriffs und zugleich dessen Infragestellung zeigt sich an der gegenwärtig (wieder) aufflammenden Wachstumskritik. Glauben wir dieser, dann stehen die Zeichen vermeintlich auf Veränderung, denn, so der für eine »Postwachstumsökonomie« plädierende Ökonom und Wachstumskritiker Nico Paech: »Multiple Krisenszenarien erschüttern den vielleicht letzten Konsens, der moderne Gesellschaft

¹ Vgl. zum Wettbewerb als weiterer Schlüsselbegriff der Gegenwartsgesellschaft Wetzel (2013), S. 15f.

ten bei aller Interessenheterogenität noch zusammenhält. Die Rede ist vom Wachstumsdogma.«² Schaut man in die Forschungsliteratur oder beobachtet die Medien, könnte sich freilich ein anderes Bild ergeben. Dort ist die Rede vom Wachstum als »Gummi-Begriff«³, als »Plastikwort«⁴, von der »Logik des Immer Mehr«⁵ oder zugespitzter formuliert: vom Passepartout und »Allheilmittel«⁶ für allfällige Probleme, wohlverstanden nicht nur wirtschaftlicher Art. Mit anderen Worten: Der Begriff hält sich erstaunlich konstant und beharrlich im politisch-ökonomischen Diskurs der Gegenwart – und durchaus nicht nur im konservativen Spektrum. Theoriegeschichtlich lassen sich mit dem Volkswirtschaftler Fred Luks drei Formen des Wachstums unterscheiden: erstens Wachstum des stofflichen Durchsatzes der Wirtschaft, zweitens Wachstum der Wirtschaft, gemessen durch das Sozialprodukt und drittens Wachstum der menschlichen Wohlfahrt oder der Lebensqualität.⁷ An Gegenkonzepten und Kritik am Wachstumsbegriff und -diskurs mangelt es allerdings längst nicht mehr. Die Anzahl diesbezüglicher Publikationen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen: »Wirtschaft jenseits von Wachstum«⁸, »Degrowth«⁹, »Vorwärts zur Mässigung«¹⁰, »Exit«¹¹, »Postwachstumsgesellschaft«¹² oder eben auch »Décroissance« sind nur einige der prominentesten Schlagwörter, die das Wachstumsdenken herausfordern. Unter dem Banner einer *nachhaltigen Wachstumsrücknahme* versammeln sich in Europa viele Bewegungen, die das Wirtschaftswachstum dahingehend kritisieren, dass dieses nicht mit der Belastbarkeit der Erde und den Rechten der Versorgungssicherheit zukünftiger Generationen zu vereinbaren sei. Auf der ersten internationalen *Degrowth*-Konferenz 2008 in Paris konnten sich die Vertreterinnen und Vertreter auf folgende Definition verständigen:

We therefore call for a paradigm shift from the general and unlimited pursuit of economic growth to a concept of »right-sizing« the global and national economies. [...] The paradigm shift involves degrowth in wealthy parts of the world. [...] We define degrowth as a voluntary transition towards a just, participatory, and ecologically sustainable society.¹³

2 Paech (2011), S. 131.

3 Vgl. dazu Ralph Bollmann, Gummi-Begriff »Wachstum«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. April 2012.

4 Pörksen (2011).

5 Patrick Bernau, Die Logik des Immer Mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. März 2012.

6 Welzer (2011), S. 11.

7 Luks (2011).

8 Daly (1999).

9 Jackson (2009).

10 Binswanger (2009).

11 Miegel (2010).

12 Seidel/Zahnt (2010).

13 Degrowth Declaration of the Paris 2008 Conference, S. 523f.

Das kritische Anliegen der *Décroissance* mündet nicht selten in theoretische Reflexionen über die Grenzen der kapitalistischen Produktions- und Denkweise, aber eben auch in ganz konkrete »Ratschläge für ein Leben ohne Wachstumswahn«. ¹⁴

Ein Blick über diese aktuelle Konjunktur hinaus macht schnell klar, dass der Diskurs über Wachstum (und die Kritik daran) nicht erst seit ein paar Jahren, sondern seit Beginn der 1970er-Jahre für das Selbstverständnis der deutschen Politik und Wirtschaft von eminenter Bedeutung ist. Dieser Aufsatz befasst sich mit der Entwicklung des Wachstumsdiskurses und dem aus den frühen 1970er-Jahren stammenden Begriff der *Décroissance* sowie den dahinter stehenden sozialen Bewegungen.

In einem ersten Schritt möchte ich einige semantische Verschiebungen im westdeutschen Wachstumsdiskurs seit den 1970er-Jahren problematisieren. ¹⁵ In gewisser Hinsicht ist es dem Konzept des Wachstums gelungen, eine »neue Wirklichkeit« – um das Thema des vorliegenden Bandes aufzugreifen – zu schaffen und wesentlich den politisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Diskurs (mit) zu steuern. Einschränkend muss von Anfang an deutlich gemacht werden, dass es mir primär um eine Auseinandersetzung mit *Wirtschaftswachstum* geht, somit nur um eine, jedoch zentrale Dimension des Wachstumsbegriffs (Abschnitt 2). ¹⁶ Im zweiten Schritt werde ich mich mit der Kritik respektive dem Gegenkonzept zum Wachstum, nämlich mit den Forderungen einer »nachhaltigen« Entwicklung, der »Wachstumsrücknahme« und konkret mit dem (europaweiten) Phänomen der *Décroissance* befassen. ¹⁷ Es gilt zu klären, woher der Begriff kommt, inwiefern er sich in die lange Tradition der Wachstumskritik eingliedern lässt und was unter Umständen das Besondere dabei ausmacht (Abschnitt 3). In einem Fazit werden die Konzepte des Wachstums und der *Décroissance* in ihrer wechselseitigen Bedingtheit sowie ihre Bedeutung für zukünftige Diskurse und politisch-ethische Auseinandersetzungen erörtert. Eine entscheidende Frage wird dabei sein – zumindest aus einer wachstumskritischen Perspektive

14 Homepage von *Décroissance* Deutschland, <http://www.wachstumsruecknahme.qsdf.org/> (11. März 2014).

15 Dass der Wachstumsdiskurs vielstimmig und dementsprechend unterschiedlich normativ-ideologisch aufgeladen ist, versteht sich von selbst. Hier können dann auch nur wichtige Linien und Stränge nachgezeichnet werden, vgl. für eine vergleichende »Typologie der Wachstumsdebatte« den von Holger Schatz verfassten Infobrief # 16 des Denknetzes (Schatz 2011).

16 Vgl. zu den verschiedenen Dimensionen der Wachstumskritik die Arbeit von Schmelzer/Passadakis (2011), S. 58f.

17 *Décroissance* ist von Anfang an immer beides, also Begriff und Bewegung. Zudem wird der Begriff nicht nur von den aktiven Mitgliedern der *Décroissance*-Bewegung benutzt, vielmehr hat sich dieser im politisch-gesellschaftlichen Diskurs etabliert.

heraus –, ob es gelingt, den immer noch »hegemonialen« Wachstumsdiskurs¹⁸ mit kritischen Argumenten und Alternativen zu unterlaufen, um so realistische Szenarien für eine nachhaltige, ökologisch angemessene Zukunft in »Postwachstumsgesellschaften« denk- und lebbar machen zu können (Abschnitt 4).

Insgesamt sind das sicher nicht mehr als Bruch- oder Versatzstücke einer Genealogie der beiden Begriffe Wachstum und *Décroissance*. Jedoch scheint mir die Beschäftigung damit, auch und gerade in der Kombination, angesichts mannigfacher Krisenszenarien dringlich zu sein. Die gesellschaftliche Relevanz der Wachstumskritik drückt sich natürlich nicht nur in der Einrichtung von Forschungskollegs aus, sondern ebenso in der schier unendlichen Anzahl von Konferenzen, Papers, Veröffentlichungen und nicht zuletzt durch die Gründung einer Enquete-Kommission zu Fragen der Lebensqualität jenseits des Bruttoinlandsprodukt (BIP).¹⁹

2 Wachstum als »Fetisch«? Diskursive Verschiebungen in Deutschland seit den 1970er-Jahren²⁰

Im Unterschied zu einer historisierenden Lesart, die auf eine konkrete Datierung Bezug nehmen würde, nimmt sich die folgende Aussage der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel fast schon zeitlos aus:

Wachstum ist nicht alles, das ist wahr. Aber ohne Wachstum ist alles nichts. Ohne Wachstum keine Arbeitsplätze; ohne Wachstum keine Sanierung der sozialen Sicherungssysteme; ohne Wachstum sinkender Wohlstand; ohne Wachstum werden mehr und mehr Menschen auf der Strecke bleiben.²¹

18 Der Anspruch und der Versuch der Gewinnung von Hegemonialität im Diskurs werden vor allem von Laclau/Mouffe (1991) problematisiert.

19 Vgl. dazu www.kolleg-postwachstum.de (12. März 2014); zur Enquete-Kommission vgl. <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2013/1212/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.html> (12. März 2014).

20 In einer an Michel Foucault angelehnten diskursanalytischen Verfahrensweise geht es mir darum, verschiedene Diskursstränge innerhalb des Wachstumsdiskurses zu thematisieren. Genauer handelt es sich dabei um eine wissenssoziologisch orientierte Diskurstheorie, die eine »systematische Ausarbeitung des Stellenwerts von Diskursen [des Wachstums] im Prozess der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit« (Landwehr 2008, S. 14) anstrebt.

21 Merkel (2003), S. 17f. Man könnte durchaus eine Genealogie dieses Beschwörens des Wachstums von prominenten Politikern schreiben, so heißt es beispielsweise bei Otto Graf Lambsdorff: »Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts«, zitiert nach Leipert (1988), S. 33.

Wachstum wird hier als eine Art Alleskönner in Anschlag gebracht, der für die gravierenden Probleme (post-)moderner Gesellschaften Lösungen bereithalte oder diese wenigstens kausal beeinflussen könne.²² Dieses Statement könnte aus dem politischen Diskurs des Jahres 2013 stammen. Dabei ist es aber ziemlich genau zehn Jahre alt. In dieser Untersuchung möchte ich die folgende These stärken: Spätestens seit den 1970er-Jahren hat Wachstum die deutschen (wirtschafts-)politischen Debatten und das Imaginäre ganzer (post-)industrieller Gesellschaften besetzt.²³ – und nicht nur das. Wie ist es dazu gekommen? Was sind die entscheidenden Stationen, was sind, wenn man so will, die »Wachstumstreiber«?

Obwohl auf den ersten Blick bis zu Beginn der 1960er-Jahre Wirtschaftswachstum in Deutschland nach dem begonnenen Wiederaufbau eine geradezu selbstverständliche Angelegenheit zu sein schien, galt Wachstum als prekär und temporär, was sich beispielsweise an den sehr sensiblen Reaktionen auf die kleine Rezession in den Jahren 1966 und 1967 zeigte. Dennoch verwundert es bei einem Blick in die damalige Debattenlandschaft nicht, dass Wachstum als etwas zu Wollendes, zu Verstetigendes und auch Krisen Verhinderndes nicht im Zentrum des politisch-wirtschaftlichen Interesses stand. Wachstum wurde als etwas nicht durch den demokratischen Staat und in einer Marktwirtschaft Steuerbares verstanden und selbstverständlich gerne hingenommen. Weil es nach dem Zweiten Weltkrieg viel aufzubauen galt, wurde es als dringend nötig empfunden. Aber es war längst nicht im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses und – vielleicht weniger bekannt – auch noch nicht in der Wissenschaft angekommen. »In den frühen 1960er Jahren galt das Wachstum selbst in den Wirtschaftswissenschaften weithin noch als eine Kategorie, die den Zielen Vollbeschäftigung und Preisstabilität klar untergeordnet war.«²⁴ Doch von da an wurde es zu einem »Problem« erkoren, dessen man sich politisch anzunehmen hatte. So war im Jahr 1965 in der Politik die Rede von der Notwendigkeit einer »Stabilitäts- und Wachstumspolitik«.²⁵ Im Jahr 1967 folgte das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« (StabWG), in dem

erstmalig in Deutschland gesamtwirtschaftliche Ziele für die Wirtschaftspolitik in einem Gesetz genannt und die Träger der Wirtschaftspolitik – Bund und Länder – verpflichtet [werden], ihre Politik so zu gestalten, daß diese Ziele erreicht werden. Zusätzlich wurden die zur Verfügung stehenden Instrumente detailliert beschrieben.²⁶

22 Mir geht es hier nicht um ein Abwägen der Gründe, die für ein Pro oder Contra Wirtschaftswachstum sprechen, vgl. speziell zu diesem Punkt Hirata (2012). Vielmehr interessieren mich der diskursive Stellenwert und die Verwendungsweise des Begriffs.

23 Latouche (2009); zur Bedeutung des Imaginären in der Gesellschaft vgl. Castoriadis (1984).

24 Bossmann (1995), S. 61.

25 Deutscher Bundestag (1965).

26 Wünsche (2012), S. 4f.

Just zu dieser Zeit geriet die Volkswirtschaft ins Stocken. Es oblag den Regierungen im Verbund mit der ökonomischen Wissenschaft, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln respektive die Rahmenbedingungen für ein Wachstum bereitzustellen.²⁷

Gleichzeitig entwickelte sich in dieser Zeit ein weiterer Diskursstrang, der sich mit dem Begriff des Wachstums kritisch auseinanderzusetzen begann. Die berühmten und mittlerweile sprichwörtlichen »Grenzen des Wachstums«²⁸ sorgten zu Beginn der 1970er-Jahre für den Take-off der Wachstumsdebatte – wohlgermerkt nicht ohne zum Teil heftige Gegenwehr aus konservativen Kreisen und den Wirtschaftswissenschaften (allen voran von Seiten eines ihrer prominentesten Vertreter, des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek). Und die »Limits to Growth«, so der englische Originaltitel des Berichts des Club of Rome, waren zugleich die Geburtsstunde der (grünen) Umweltbewegung, nicht nur, aber eben auch in Deutschland.²⁹ Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie hält diesbezüglich fest: »Die Grenzen fürs Wachstum hatten den Effekt, uns physikalische Grenzen des Erdsystems vor Augen zu führen, und den Nebeneffekt, uns aus der kulturellen Fixierung auf das rein quantitative Wirtschaftswachstum zu lösen.«³⁰ Von großer Bedeutung war zudem die UN-Umweltschutzkonferenz in Stockholm 1972, die für den Beginn einer international ausgerichteten Umweltpolitik steht. Quantitatives Wachstum geriet schon früh in die Kritik, was aber die normative Forderung nach »mehr Wachstum« kaum schmälerte. Die Zeit war ganz offensichtlich noch nicht reif für eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte. Stattdessen wurde im Jahr 1972 die Diskussion in der Bundesrepublik zum qualitativen Wachstum mit der Frage nach »Lebensqualität« verbunden, so etwa auf der Oberhausener Tagung der IG Metall und auf dem Dortmunder Bundesparteitag der SPD. Zudem setzte sich seit 1971 die von der Bundesregierung ins Leben gerufene Kommission für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel mit Fragen der Lebensqualität und dem qualitativen Wachstum auseinander.³¹ Während quantitatives Wachstum

27 Zum Wachstum wurden als gleichrangige Ziele im Gesetz auch Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht festgeschrieben.

28 Meadows u. a. (1972).

29 Zudem taucht in dem Bericht zum ersten Mal der Begriff der Nachhaltigkeit »in seiner modernen, erweiterten Bedeutung auf«, Grober (2010), S. 220. »Damit Entwicklung nachhaltig (sustainable) ist, muss sie soziale, ökologische und ökonomische Faktoren mit einbeziehen. Sie muss die lebendige und die nicht lebendige Ressourcenbasis einbeziehen. Sie muss sowohl die langfristigen wie die kurzfristigen Vor- und Nachteile einbeziehen.« Ebd., S. 253.

30 Zitiert nach Bernau (2012).

31 Masberg (1984), S. 11f. Vgl. dazu auch die begriffliche Bestimmung von Gerhard Schaefer (1983), S. 90: »*Qualitatives Wachstum*, so wie es landläufig gemeint wird, bezieht sich dagegen auf ein *Gesamtsystem* und kann durch das kurze Adjektiv »besser« charakterisiert werden: bessere

auf eine rein mengenmäßige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Sinne der Zunahme einer Sozialproduktgröße (zum Beispiel des BIP) abzielte und insofern vergleichsweise »objektiv« messbar war, enthielt der Begriff des qualitativen Wachstums bereits damals starke normative Werturteile und war zudem von Beginn an eine »Leerformel«,³² die je nach Definitionsversuch ganz unterschiedliche Aspekte implizierte. Als eine Art Minimaldefinition lässt sich Folgendes festhalten:

Ohne Bewertung ist der Begriff Qualität nicht denkbar. »Lebensqualität« lässt sich daher formal umschreiben als der gesellschaftlich bzw. politisch bewertete Zustand der Lebensbedingungen. Als »qualitatives« Wachstum kann dann eine wirtschaftliche Entwicklung bezeichnet werden, die zu einer Verbesserung der Lebensqualität führt.³³

Wachstum ist ein wirtschaftspolitisches Ziel, das aber eben nicht immer automatisch erreicht worden ist und wird. Um diesem Problem Herr zu werden, wurden in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in wirtschaftspolitischer Hinsicht Maßnahmen zur »Wachstumsstärkung« ergriffen. Bedingt durch die Erdölkrise 1973/1974 und steigende Arbeitslosenzahlen schien das nötiger denn je zu sein.

Nach dem endgültigen Auslaufen des bundesdeutschen »Wirtschaftswunders« nahm die Wirtschaftspolitik zwangsläufig phasenweise den Charakter eines reinen Krisenmanagements an, und hinter dem Gerede nach der »angemessenen« Höhe des jährlichen gesamtwirtschaftlichen Zuwachses verbarg – und verbirgt – sich seitdem das Streben nach möglichst hohen Wachstumsraten.³⁴

In diesem Zusammenhang nehmen gegen Mitte der 1970er-Jahre die Jahresgutachten der »Fünf Weisen«³⁵ sowie die Sondergutachten des Sachverständigenrates eine prominente Rolle im Bereich des politischen Diskurses ein: Entgegen der bereits begonnenen Diskussion um qualitatives Wachstum und dem aus der Umweltbewegung stammenden Nachdenken über die negativen Folgen von Wachstum betonte der Rat dezidiert die Notwendigkeit eines Wirtschaftswachstums, nicht zuletzt, um die Verteilungsproblematik in den Griff zu bekommen.³⁶ Mit der Unterstützung von Seiten einer wachstumsfixierten Wirtschaftswissenschaft und den im Verbund mit der damaligen sozialliberalen Bundesregierung

Abwasserreinigung (z. B. im Hinblick auf die Erhaltung eines Flusses), bessere Wohnbautechnik (z. B. im Hinblick auf die Entwicklung unserer Kinder), bessere Holzwirtschaft (z. B. im Hinblick auf Einsparen von Insektiziden und damit auf Erhaltung unserer Bienenbestände).«

32 Ebd., S. 14.

33 Ebd., S. 15.

34 Bossmann (1995), S. 34.

35 Exemplarisch vor allem das Gutachten aus dem Jahr 1977/1978 mit dem Titel »Mehr Wachstum – mehr Beschäftigung«, Sachverständigenrat (1977).

36 Vgl. dazu den Bericht des Sachverständigenrats (1973) mit Sondergutachten.

lancierten Konjunkturprogrammen gelang es nicht nur, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungssituation bis Ende der 1970er-Jahre zu stabilisieren, sondern auch den Begriff und das Konzept Wachstum rhetorisch in der Öffentlichkeit als unabdingbar auszuweisen und – als Folge davon – im Imaginären des Politischen in Deutschland festzusetzen. Hier gilt gemäß Jürgen Bossmann allerdings der auf andere Tatbestände übertragbare Zusammenhang, »dass umso häufiger und nachdrücklicher vom Wachstum die Rede ist, je mehr um die Zunahme des Sozialprodukts gebangt werden muss.«³⁷ Anders gesagt: Der Ruf nach mehr Wachstum reagiert auf einen tatsächlich vorhandenen oder eben proklamierten Zustand des Nicht- oder des »Nullwachstums«, den es vonseiten der Politik und der Unternehmen zu verhindern gilt. Schrumpfungprozesse oder nicht ausreichendes Wachstums galten und gelten immer als Indiz für eine negative gesamtgesellschaftliche Entwicklung, der man mit Sorge zu begegnen hatte beziehungsweise mit Wachstumsförderung zu begegnen versuchte.

In den 1980er-Jahren wurde – trotz der proklamierten neoliberalen Wende und in gewisser Weise als Spätwirkung ökologisch-alternativer Diskurse und Bewegungen – stärker auf die Umweltproblematik Rücksicht genommen. Beispielsweise bemühte sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1985/1986 zu zeigen, dass »qualitatives und quantitatives Wachstum [...] nicht im Widerspruch zueinander stehen«.³⁸ Damit war eine entscheidende Diskursverschiebung im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein gelungen. Gleichwohl hielt die christlich-liberale Koalition in den besagten 1980er- und auch noch in den 1990er-Jahren an einer neoliberal imprägnierten Wachstumsdoktrin fest. In den Worten des Altbundeskanzlers Helmut Kohl hieß das, so geäußert auf dem Industrie- und Handelstag im Jahre 1983: »Von mir aus gesehen kann es [das Wachstum] gar nicht hoch genug sein.«³⁹ Auf ähnliche Weise wird das Mantra des Wachstums bis heute immer wieder beschworen, zuletzt im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise: Eine Alternative zu mehr Wachstum gebe es nicht, denn nur mit mehr Wachstum ließen sich die Schuldenberge abbauen. In gewisser Hinsicht ist das Beschwören der Wachstumsrhetorik zu einem Lehrstück symbolischer Politik geworden, insofern verwundert es nicht, wenn Wolfgang Streeck 2012 in seinen Frankfurter Adorno-Vorlesungen zu der Auffassung gekommen ist:

Im Übrigen galt und gilt im geeinten Europa weiterhin die herrschende Lehre des Neoliberalismus: dass die einzige »Wachstumspolitik«, die diesen Namen verdient, in der Beseitigung markt- und wettbewerbsbeschränkender Organisationen und Institutionen jedweder Art be-

37 Bossmann (1995), S. 65.

38 Sachverständigenrat (1985/1986), S. 114.

39 Zitiert nach Bossmann (1995), S. 66.

steht, seien es Kartelle, Kammern, Gewerkschaften und Taxiinnungen oder Mindestlöhne und Beschäftigungsschutz.⁴⁰

Dennoch sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts, genauer seit der Finanzkrise 2008 die Kontroversen um Wachstum wieder stärker geworden. Hängt das mit einer allgemein feststellbaren Repolitisierung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zusammen? Ist Wachstumskritik im Verbund mit neu aufflammender Kapitalismuskritik am Ende sogar en vogue und ihrerseits ein marktgetriebenes Phänomen? Das muss und kann man vielleicht nicht letztgültig beantworten, aber mit Sicherheit gibt es handfeste Gründe für Kritik: Vor allem das BIP erweist sich als unzureichender Wachstumsindikator, der verstärkt auf dem Prüfstand steht, weil diese und vergleichbare »Bemessungsgrößen die Kosten der extensiven Vernutzung von natürlichen Ressourcen und fossilen Energieträgern sowie die damit verbundenen Belastungen der Biosphäre intransparent gemacht und so zur Verdeckung destruktiven Wachstums beitragen«, wie Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa in ihrem Antrag für das Jenaer Kolleg »Postwachstumsgesellschaften« schreiben.⁴¹ Vor allem die Diskussion um Lebensqualität, gutes Leben und experimentelle Lebensformen, wie sie beispielsweise Rahel Jaeggi umrissen hat, finden in der sozialen Wirklichkeit der letzten Jahre ihre konkreten Manifestationen.⁴² Um solchen Missständen und ausufernden Wachstumsexzessen vorzubeugen beziehungsweise Alternativen ausfindig zu machen, haben sich besonders *Décroissance* oder Degrowth als Metaphern *und* Bewegungen im politischen Diskurs der Gegenwart weitgehend etablieren können, ohne freilich die Wachstumsrhetorik und die damit verbundenen Fetischisierungen ad acta legen zu können.⁴³ Dazu sind diese allesamt zu wirkungsmächtig in die Vorstellungswelt der Gesellschaftsmitglieder eingesickert und dort als weitgehend unbewusste Denkmuster fest verankert:

Das Programm für eine nationale Politik der *décroissance* erscheint als Paradoxon. Solange keine totale Subversion stattfindet, hat die Umsetzung realistischer und vernünftiger Vorschläge kaum Chancen angenommen und noch weniger realisiert zu werden. Dies setzt wiederum eine Veränderung der Vorstellungswelt voraus, die einzig und allein durch die Verwirklichung der fruchtbaren Utopie der autonomen und lebenswerten Gesellschaft hervorgebracht werden kann.⁴⁴

Im Folgenden werden der Beginn und der Weg des Begriffs *Décroissance* und seine Vervielfältigung in sozialen Bewegungen nachgezeichnet.

40 Streeck (2013), S. 187.

41 Dörre/Lessenich/Rosa (2010), S. 10.

42 Jaeggi (2012), S. 205f.

43 Vergleiche dazu den Vortrag von Erich Preiser mit dem Titel »Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und Notwendigkeit« (1967).

44 So Latouche (2007), zitiert nach Harribey (2011), S. 24.

3 Décroissance – vom Begriff zu einer heterogenen sozialen Bewegung im Plural

Der Wachstumsdiskurs in Deutschland lässt sich somit folgendermaßen charakterisieren: Von verschiedenen Seiten (Politik, Wissenschaft und Wirtschaft) erklingt spätestens seit den 1970er-Jahren der Ruf nach »mehr Wachstum« bei gleichzeitiger Skepsis, ob dieses erstens möglich und zweitens ökologisch sinnvoll, also ethisch beziehungsweise moralisch sei (etwa im Sinn von inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit).⁴⁵ Nachdem eine christlich-liberale Koalition Helmut Kohl 1982 zum Bundeskanzler gewählt hatte, wurde der wachstumskritische Diskurs nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern immer wieder unterbrochen und genau genommen erst wieder zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf die politische Agenda und ins Bewusstsein der Individuen zurückgeholt.⁴⁶ Seitdem gibt es einerseits laufende Diskussionen darüber, ob Postwachstum eine Notwendigkeit sei, die sich einstellen werde, weil das Wohlstandsniveau in den (über-)entwickelten Ländern kaum noch wachsen könne, die Zeit für Produktion und Konsum begrenzt sei und Wachstum zunehmend auch ökologische Grenzen – man denke an den schönen Begriff des *Peak Everything* von Richard Heinberg⁴⁷ – erreicht oder gar überschritten habe. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Bewegungen und Initiativen, die versuchen, die Wachstumswirtschaft *vor* ihrem Kollaps zu überwinden, weil sie weder ein gutes noch ein gerechtes Leben ermögliche und eine Postwachstumsgesellschaft als ein zwar utopisches, aber dennoch erstrebenswertes Projekt angesehen wird.⁴⁸ Die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Forderungen klingen dann auch dementsprechend formelhaft:

Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt; wachstumsabhängige Bereiche, Institutionen und Strukturen werden so umgebaut, dass sie nicht mehr wachstums-

45 Aus einer diskurshistorischen Perspektive ist es interessant, dass in den 1970er-Jahren bekanntlich über die Systemalternative des Sozialismus nachgedacht wurde, allerdings durchaus mit dem Ziel, höhere Wachstumsraten als der westliche Kapitalismus zu erzielen. Beispielsweise argumentiert Schumacher (1979) mit Blick auf die 1970er-Jahre, dass der Sozialismus nur dann eine sinnvolle Alternative sein könne, wenn er das Projekt einer gerechteren und demokratischeren Produktions- und Distributionsweise verfolgen würde, S. 229f.

46 Daran hat auch die Tatsache grundlegend nichts geändert, dass beispielsweise die Grünen 1983 in den Bundestag kamen. Allerdings sind die Themen der Ökologie, der Nachhaltigkeit und einer »grünen« Wachstumskritik ab Mitte der 1980er-Jahre wieder stärker ins Bewusstsein größerer Bevölkerungsschichten gerückt, vgl. dazu Masberg (1984), S. 23.

47 Heinberg (2007).

48 Für einen Überblick zur Postwachstumsdiskussion vgl. Pennekamp (2011); Schmelzer/Passadakis (2011); Duverger (2011) und Flipo/Schneider (2008).

abhängig sind; und Wachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch wird gestoppt und entsprechend den Nachhaltigkeitszielen zurückgeführt.⁴⁹

Weil das in der Tat etwas utopisch formuliert und weit hergeholt zu sein scheint, soll hier auf die Anfänge dieser Phrasen geschaut werden.

Als Urheber des Begriffs *Décroissance* gilt gemeinhin der rumänische ökologische Ökonom Nicholas Georgescu-Roegen beziehungsweise sein französischer Übersetzer. Grundlegend ist Georgescu-Roegens 1979 publizierte Schrift »*Demain la Décroissance*«. Jacques Grinevald, Übersetzer und Herausgeber des ursprünglich auf Englisch verfassten Manuskripts, hat den darin benutzten Originalbegriff *decline* mit *décroissance* übersetzt.⁵⁰ In der jüngeren Debatte wird für *décroissance* im Englischen *degrowth* genutzt, im Deutschen spricht man häufig von »Wachstumsrücknahme«; in erster Linie handelt es sich Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis zufolge um einen »politischen Kampfbegriff«.⁵¹ Die anhaltende Diskussion um dieses Vokabular ist jedoch wesentlich auch als eine Reaktion auf die Aufweichung des Nachhaltigkeitsbegriffs zu verstehen:

Discourse and policies of sustainable development and ecological modernisation only serve to »sustain the unsustainable« [Blühdorn 2007]; they not only absolve major corporations and a capitalist economy of endless growth of environmental responsibilities, but also cast them as the new heroes of sustainability: BP (British Petroleum) will take us »Beyond Petroleum«, and growth towards a sustainable future.⁵²

In Abgrenzung zum formlos gewordenen Begriff der Nachhaltigkeit⁵³ widersetzt sich die Wortspielerei *Décroissance* von Anfang an der potenziellen Vereinbarkeit mit einem positiv verstandenen Konzept des Wachstums. Vielmehr verkörpert *Décroissance* eine radikale Kritik am Wachstumsparadigma, also der Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum wünschbar sei. Ziel der um den Begriff der *Décroissance* gruppierten Bewegung ist es, die Gesellschaft vom strukturellen wirtschaftlichen Wachstumszwang zu befreien. *Décroissance* wendet sich gegen den Wachstumsimperativ kapitalistischer Ökonomien, wie ihn beispielsweise der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger anhand einer Modellrechnung in guter ökonomischer Manier umrissen hat:

49 Schmelzer/Passadakis (2011), S. 65.

50 Neben Georgescu-Roegen ist auch Ivan Illichs Kultur- und Technikkritik den *Décroissance*-Theorien zuzurechnen.

51 Schmelzer/Passadakis (2011), S. 66.

52 Fournier (2008), S. 530.

53 Allerdings darf nicht vergessen werden, dass gerade das von der Brundtland-Kommission entwickelte Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu einem wichtigen Umweltkonzept geworden ist. *Décroissance* wendet sich aber entschieden gegen die dabei vertretene Auffassung, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch könnten voneinander entkoppelt gedacht werden. Vgl. zu einer Geschichte der Nachhaltigkeit die Arbeit von Muraca (2010), S. 25f.

In the long run, abstracting from business cycle fluctuations, capitalist economies can either grow (at a sufficiently high rate) or shrink if the growth rate falls below a positive threshold level. A zero growth economy is not feasible in the long run. This result may also help to explain why economic growth has always been the major goal of economic policy in capitalist economies even though average subjective well-being does not increase any further along with income in developed economies.⁵⁴

Dabei sind sich die *Décroissance*-Exponenten einig, dass die ökologischen Grenzen nur in einer sich selbst beschränkenden Ökonomie eingehalten werden können. »Unter den Bedingungen eines beständigen Wirtschaftswachstums ist es unmöglich, die Ökosphäre absolut zu entlasten. Unter der Bedingung einer absoluten Entlastung der Ökosphäre ist es unmöglich, ein beständiges Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten.«⁵⁵ *Décroissance* ist zwar mit den Anliegen der Umweltbewegung größtenteils kompatibel, ihre Protagonisten sehen sich jedoch als Antwortsuchende auf die multiplen gegenwärtigen Krisen, also nicht nur auf die ökologische. Serge Latouche, einer der wichtigsten Vordenker der französischen Bewegung, macht dabei auf einen entscheidenden Moment aufmerksam, wenn er schreibt: »Ganz in dem Sinne, wie man von Atheismus spricht, geht es auch hier um die Absage an eine Religion, die Religion der Ökonomie.«⁵⁶ Infolgedessen sprechen Latouche, die Herausgeber der Monatszeitschrift *La décroissance* sowie die Liste *Europe décroissance*, die so etwas wie den Kern der Bewegung darstellen, auch nicht länger nur von »*décroissance*«, sondern in einer radikalisierten Geste von »*a-croissance*« oder »*a-growth*«,⁵⁷ weil es ihnen um einen kompletten Verzicht auf Wachstum geht. Die Bewegung besteht hauptsächlich aus Intellektuellen, politischen Aktivisten und Sympathisanten. Konkreter werden die politisch-ethischen Forderungen, wenn wachstumsbasierte mit wachstumskritischen Lebensformen verglichen werden. Der bislang vorherrschende kulturelle Kapitalismus als Lebensform soll – so die dahinterstehende Idee – mit alternativen Lebensformen konfrontiert werden, die man schematisch wie folgt gegeneinander stellen kann (Tab. 1).

Die *Décroissance*-Bewegung wird den wachstumskritischen Gesellschaften zugerechnet, Autoren wie Johannes Pennekamp zählen sie zu den Degrowth-Ansätzen.⁵⁸ Sie weist darauf hin, dass allen wachstumskritischen Konzepten bislang »ein makroökonomischer Überbau« fehle, »der analysiert, was in einer

54 Binswanger (2009), S. 708.

55 Paech (2012), S. 97.

56 Latouche (2004).

57 Bergh (2011), S. 881–890.

58 »Hinter dem Leitbegriff *degrowth* versammelt sich eine junge und heterogene Bewegung, bestehend aus Wissenschaftlern, Aktivisten und Politikern, die für eine bewusste Abkehr vom Wachstumsdenken [...] eintreten.« Pennekamp (2011), S. 34.

Tabelle 1 Vergleich von wachstumsbasierten und wachstumskritischen Gesellschaften

	Wachstumsbasierte Gesellschaften	Wachstumskritische Gesellschaften
Zeitmanagement	Keine Zeit, Hamsterrad, rasender Stillstand	Zeitsouveränität, Work-Life-Balance
Organisationsform	Globale Märkte	Regionale Märkte
Wirtschaft	Globale Wertschöpfungsketten	Wohlfahrtsökonomie, Subsistenz und Suffizienz, <i>Sharing Economies</i>
Soziale Sicherheit	Aktivierender Wohlfahrtsstaat	Bedingungsloses Grundeinkommen
Zwischenmenschliche Beziehungen	Instrumentell und nutzenorientiert, Marktlogik	Kooperativ, konvivial

Gesellschaft mit schrumpfender Wirtschaftsleistung auf sozialer, politischer und institutioneller Ebene passiert und wie mögliche negative Konsequenzen verhindert und aufgefangen werden können.«⁵⁹ Dem zustimmend, kommt es gerade auf eine Zusammenarbeit zwischen (Makro-)Ökonomen, Soziologen und Politologen an, um aus einer übergeordneten (gesellschaftstheoretischen) Perspektive neuere soziale Bewegungen und deren Entwürfe besser einordnen zu können.

4 Fazit und Ausblick

Die vorgestellten Reflexionen zu den Begriffen des Wachstums und der *Décroissance* hatten zum Ziel, wichtige diskursive Strukturen sowie Verschiebungen zu rekonstruieren, zugleich sollten sie die Verwobenheit von Wachstumsparadigma und Wachstumskritik seit den 1970er-Jahren plausibilisieren. Zum Ausgangspunkt wurde die Behauptung gemacht, dass beide Begriffe entscheidend zur Konstitution einer »Neuen Wirklichkeit« beitragen. Wie im Titel bereits angedeutet, konnten lediglich Bruchstücke einer solchen Genealogie thematisiert werden. In drei Punkten sollen die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst und ein Blick in die Zukunft geworfen werden.

1.) *Wachstum und Décroissance als zeitdiagnostische Begriffe*: Wie anhand der Rekonstruktion einiger der wichtigen diskursiven Stränge gezeigt werden konnte, ist das Wachstumsdenken Ende der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik auf

⁵⁹ Ebd., S. 36f.

die politisch-wissenschaftliche Agenda gesetzt worden. Der Begriff des Wachstums begann ins *Imaginäre* der Gesellschaft und ihrer Mitglieder einzuwandern:

Die Stärke der Wachstumsspirale liegt nicht nur in ihrer materiellen Seite, darin, dass Wachstum bei einigen der Mitspieler in der Tat zu einer Verbesserung der rein ökonomischen Lebensbedingungen führen mag. Vielmehr gewinnt Wachstum eine starke symbolische Kraft und führt zu einer *Kolonialisierung des Imaginären*: Die Logik, die der Wachstumsidee zugrunde liegt, wird zu einer allgemein geltenden und wünschenswerten Verhaltensform.⁶⁰

Wurde bis zu Beginn der 1970er-Jahre Wachstum als selbstverständlich vorhandenes Gut betrachtet, wird es nun bewusst eingefordert, politisch und ökonomisch als ebenso notwendiges wie wünschenswertes Ziel ausgegeben. Festgehalten werden muss deshalb: Trotz aller berechtigten Kritik am Wachstumsdenken, die ihrerseits wiederum anhaltender Kritik ausgesetzt ist, hält sich dieses nach wie vor hegemonial im medial aufgeladenen politisch-ökonomischen Diskurs der Gegenwart. Gerade das Umkämpfte und in gewisser Weise auch *Unbestimmte der Idee*, so könnte man vermuten, trägt zur Verlängerung ihrer Lebenszeit entscheidend bei. Das gilt übrigens für beide hier verhandelten Begriffe. Während *Wachstum* als »abstraktes Konzept«⁶¹ häufig dazu tendiert, differenziertere Sicht- und Erklärungsweisen (Akkumulationsprozesse, Wettbewerbskonstellationen usw.) zu absorbieren, liegen Stärke und Schwäche des Begriffs *Décroissance* im Folgenden begründet: Durch die Offen- und Unbestimmtheit lässt sich mit dem Begriff nicht nur spielerisch umgehen, er verweist auch auf ein subversives Unterlaufen des Wachstumsdiskurses. Allerdings fehlt auf der anderen Seite eine klare Kontur, die in politischen Auseinandersetzungen von der gegnerischen Seite als Beliebigkeit und Nicht-Fassbarkeit ausgelegt wird. Unbeschadet von einer aufkeimenden Kritik in den 1970er-Jahren – vor allem über den ökologischen (Nachhaltigkeits-)Diskurs grüner Politik lanciert –, hat sich die Diskussion vom *quantitativen* hin zum *qualitativen Wachstum* entwickelt. Wie immer man diese Diskussion um qualitatives Wachstum bewerten mag, faktisch hat sich das Bewusstsein für die Abkehr von einem rein quantitativen Wachstum doch sehr verbreitet. Aufgrund der mannigfaltigen Krisenszenarien ist der Nährboden für eine kritische Auseinandersetzung um Wachstum beziehungsweise Wachstumsrücknahme besonders fruchtbar geworden.

2.) Das Konzept *nachhaltige Wachstumsrücknahme*, eben dafür steht neben anderen *Décroissance*, kann kaum den vollständigen Verzicht auf Wachstum jeglicher Art bedeuten. Realistischerweise geht es zumindest mit dem Blick auf Wirtschaftswachstum um das Ineinandergreifen von Prozessen des Wachstums

60 Muraca (2010), S. 373.

61 Mahnkopf (2012), S. 405.

und der Wachstumsrücknahme. Insofern bringt der Terminus Postwachstumsgesellschaft dieses Ineinanderverschachteltsein sinnvoll auf den Begriff.⁶² Gerade die *Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen* im Sinne einer zeitlichen Abfolge in globaler Perspektive stellt ein großes Problem bezüglich des Wirtschaftswachstums dar. Allerdings muss ein analytisches Werkzeug für die Zukunft erst noch entwickelt werden, auch, um über die Grundlagen der Ökonomie in kapitalistischen Gesellschaften neu nachdenken zu können. Dabei geht es nicht mehr primär um das Was, sondern vielmehr darum, wie ein Umbau des Wirtschaftssystems unter den Gesichtspunkten von Subsistenz und Suffizienz gelingen kann. Als interessante und diskussionswürdige Alternativen bieten sich die Ideen einer »solidarischen (Postwachstums-)Ökonomie«⁶³ oder auch der »Gemeinwohl-Ökonomie«⁶⁴ an.

3.) *Blick in die Zukunft*: Wagen wir einen Rückblick auf über vierzig Jahre Wachstumsdenken und -förderung in Deutschland, so kann mit einiger Berechtigung von einem politisch (aber auch wirtschaftswissenschaftlich) motivierten Versuch einer »Normalisierung«⁶⁵ des Wachstumsdiskurses gesprochen werden. Im Zuge eines neoliberalen Umbaus gegenwärtiger Gesellschaften hat das auch längere Zeit funktioniert. Worauf es stattdessen ankäme, sofern man mit den Ideen von Bewegungen wie *Décroissance* sympathisiert, wäre eine möglichst weitgehende »Dekolonialisierung des Imaginären« (Latouche mit Castoriadis) in den Köpfen zu erreichen, wo sich der »Fetisch« Wachstum aus einer kritischen Perspektive betrachtet festgesetzt hat. Die Suche nach alternativen oder experimentellen Lebensformen, so zum Beispiel in den Bewegungen des *Co-Housing*, *Urban Gardening* und eben auch der *Décroissance* hat eben erst begonnen:

Das transformatorische Potential der *Décroissance*-Bewegung hängt dementsprechend entscheidend davon ab, ob sie es schafft, neue Lebensweisen zu habitualisieren, indem sie die Aktivitäten auf den verschiedenen Ebenen miteinander abstimmt und es schafft, die Zerreißen, die immer damit verbunden sind, auszuhalten.⁶⁶

Nicht zuletzt davon wird es abhängen, ob sich aus der hier skizzierten Idee zu den Umrissen eines Begriffs pluralistische und in sich heterogene Bewegungen entwickeln können.

62 Seidl/Zahrnt (2010).

63 Schmelzer/Passadakakis (2011).

64 Felber (2012).

65 Zum Konzept der Normalisierung vgl. Link (1997).

66 Flück (2013), S. 88.

Literatur

- Bergh, Jeroen C. J. M. van den (2011), Environment versus growth – A criticism of »degrowth« and a plea for »a-growth«, in: *Ecological Economics* 70, S. 881–890.
- Binswanger, Hans Christoph (2009), *Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*, Hamburg.
- Binswanger, Matthias (2009), Is there a growth imperative in capitalist economies? A circular flow perspective, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 31, S. 709–730.
- Blühdorn, Ingolfur (2007), Sustaining the unsustainable: Symbolic politics and the politics of simulation, in: *Environmental Politics* 16, S. 251–275.
- Bossmann, Jürgen (1995), Arrested Development? Obsessionen im Wachstumsdenken, in: Michael Jeismann (Hg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt a. M., S. 26–77.
- Castoriadis, Cornelius (2011), *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*, Frankfurt a. M.
- Daly, Hermann E. (1999), *Wirtschaft jenseits von Wachstum*, Salzburg.
- Deutscher Bundestag (1965), 4. Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 10. November 1965, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/05/05004.pdf>.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2010), *Antrag auf Förderung einer Kolleg-Forschungsgruppe der DFG zum Thema »Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften*, Jena.
- Duverger, Timothée (2011), *La décroissance, une idée pour demain. Une alternative au capitalisme. Synthèse des mouvements*, Paris.
- Felber, Christian (2012), *Gemeinwohl-Ökonomie*. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Wien.
- Flipo, Fabrice/Schneider, François (2008) (Hg.), *Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity*, Paris, 18.–19. April 2008, <http://events.it-sudparis.eu/degrowth-conference/appeil/Degrowth%20Conference%20-%20Proceedings.pdf>.
- Flück, Markus (2013), *Provokation Décroissance. Zwischen Widerstand und Mainstream* (unveröffentlichte Masterarbeit Universität Bern), Bern.
- Fournier, Valérie (2008), Escaping from the economy: The politics of degrowth, in: *International Journal of Sociology and Social Policy* 28, S. 528–545.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1979), *Demain la décroissance. Entropie, écologie, économie. Tra-duction, présentation et annotation Jacques Grinevald et Ivo Rens*, Lausanne.
- Gorz, André (2009), *Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie*, Zürich.
- Harribey, Jean-Marie (2011), Décroissance – Anatomie einer Bewegung, in: *Emanzipation* 1, S. 22–33.
- Heinberg, Richard (2007), *Peak Everything: Waking Up to the Century of Decline*, Gabriola Island.
- Hirata, Johannes (2012), *Zum systematischen Stellenwert von Wirtschaftswachstum. Ziel, Mittel oder weder noch?* in: http://www.ratswd.de/download/RatSWD_WP_2012/RatSWD_WP_198.pdf.
- Hirsch, Fred (1980), *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Reinbek b. Hamburg.
- Jackson, Tim (2011), *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München.

- Jaeggi, Rahel (2012), Glück, Freiheit, Rationalität. Überlegungen zum Gelingen von Lebensformen, in: Konrad Paul Liessmann (Hg.), *Die Jagd nach dem Glück. Perspektiven und Grenzen guten Lebens*, Wien, S. 205–237.
- Kallis, Giorgos (2011), In defence of degrowth, in: *Ecological Economics* 70, S. 873–880.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991), *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Landwehr, Achim (2008), *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt a.M./New York.
- Latouche, Serge (2004), Minuswachstum. Die falsche Kritik der Alternativökonomien, in: *Le Monde Diplomatique*, November 2014, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/11/12/a0055.text.name,askpL6zTy.n.5>.
- (2009), *Farewell to Growth*, Cambridge.
- Leipert, Christian (1988), Grundfragen einer ökologisch ausgerichteten Wirtschafts- und Umweltpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38, S. 29–37.
- Link, Jürgen (1997), *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, Opladen.
- Luks, Steve (2011), *Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft*, Marburg.
- Mahnkopf, Brigitte (2012), Wachstumskritik als Kapitalismuskritik, in: Klaus Dörre/Dieter Sauer/Volker Wittke (Hg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*, Frankfurt a.M./New York, S. 389–409.
- Masberg, Dieter (1984), Zur Entwicklung der Diskussion um »Lebensqualität« und »qualitatives Wachstum« in der Bundesrepublik, in: Helge Majer (Hg.), *Qualitatives Wachstum. Einführung in Konzeptionen der Lebensqualität*, Frankfurt a.M./New York, S. 11–31.
- Meadows, Dennis, u. a. (1972), *The Limits to Growth*, New York.
- Meadows, Donella, u. a. (2004), *Limits to Growth – The 30-Year Update*, London.
- Merkel, Angela (2003), *Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands auf dem 17. Parteitag der CDU Deutschlands am 1. Dezember 2003 in Leipzig*, <http://www.cdusz.de/nachrichten/200407131146272.pdf>.
- Miegel, Meinhard (2010), *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin.
- Muraca, Barbara (2010), *Denken im Grenzgebiet. Prozessphilosophische Grundlagen einer Theorie starker Nachhaltigkeit*, Freiburg.
- (2012), Towards a fair degrowth-society: justice and right to a good life: beyond growth, in: *Futures* 44, S. 535–545.
- Paech, Niko (2011), Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie, in: Harald Welzer/Klaus Wiegandt (Hg.), *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung*, Frankfurt a.M., S. 131–151.
- (2012), *Befreiung vom Wachstum. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München.
- Pennekamp, Johannes (2011), *Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick*, MPIfG Working Paper 11/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Pörksen, Uwe (2004), *Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur*, Stuttgart.
- Preiser, Erich (1967), *Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und Notwendigkeit*, Pforzheim.
- Sachverständigenrat (1973), *Mut zur Stabilisierung. Jahresgutachten 1973/74 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung*, http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/jg73_74.pdf.

- Sachverständigenrat (1977), *Mehr Wachstum – Mehr Beschäftigung. Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung*, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/0801221.pdf>.
- (1985/1986), *Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/1004295.pdf>.
- Schaefer, Gerhard (1983), Qualitatives und quantitatives Wachstum – eine Begriffsklärung, in: Günter Kunz (Hg.), *Die ökologische Wende. Industrie und Ökologie – Feinde für immer?* München, S. 73–92.
- Schatz, Holger (2011), *Wachstumsdebatte. Infobrief # 16 des Denknetzes*, http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Infobrief_16_Wachstumsdebatte.pdf.
- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011), *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*. AttacBasisTexte 36, Hamburg.
- Schumacher, Ernst Friedrich (1979), *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik*, Reinbek b. Hamburg.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010), *Postwachstumsgesellschaft. Konzept für die Zukunft*, Marburg.
- Streeck, Wolfgang (2013), *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
- Welzer, Harald (2011), *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*, Berlin.
- Wetzel, Dietmar J. (2013), *Soziologie des Wettbewerbs. Eine kultur- und wirtschaftssoziologische Analyse der Marktgesellschaft*, Wiesbaden.
- Wünsche, Horst Friedrich (2012), Wirtschaftswachstumspolitik? Die Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft Ludwigs Erhards, in: *Die Neue Ordnung* 66, S. 4–21.

Nationale Standortsemantiken seit den 1970er-Jahren

Wencke Meteling

Streng genommen ist auch die Vorstellung der Bundesrepublik als eines einheitlichen Standorts eine Fiktion. Im Grunde ist unsere konkrete Standortsituation je nach Produkt oder Region ganz unterschiedlich zu beurteilen.¹

Damit traf Otto Vogel den Kern des Problems, die Bundesrepublik als »Standort« zu qualifizieren. »Standort« war ursprünglich ein betriebswirtschaftliches Konzept und bezeichnete in der Standorttheorie des frühen 20. Jahrhunderts den Ort der betrieblichen Leistungserstellung.² Das Konzept auf eine ganze Volkswirtschaft zu übertragen, war problematisch, weil dadurch regionale und sektorenspezifische Unterschiede verwischt wurden. Insofern war der »Standort Bundesrepublik« tatsächlich eine Fiktion. Sie hatte vor allem unter Ökonomen Konjunktur, die sich angesichts der neuartigen Stagflationskrise Mitte der 1970er-Jahre umzuorientieren begannen, da bisherige Problemlösungsinstrumente nicht mehr funktionierten. Ein Ergebnis ihrer epistemischen Suche war eben die Formel »Standort Bundesrepublik«, eine Bezeichnungsinnovation, deren Genese der vorliegende Beitrag nachspürt. Breitere Wirkung entfaltete sie erst mit einigen Jahren Verzögerung, als Wortführer in Wirtschaft, Politik und Medien den »Standortwettbewerb« als plausible Wirklichkeitsdeutung auffassten. In einer Weltwirtschaft, in der geografische Distanzen für den grenzüberschreitenden Handels- und Kapitalverkehr eine immer geringere Rolle spielten, die internationale Konkurrenz zunahm und sich der Kostenwettbewerbsdruck zwischen Staaten merklich verschärfte, lag es nahe, Volkswirtschaften als konkurrierende Standorte zu begreifen, ihre nationalen Infrastrukturen, Rechts- und Steuersysteme, Lohnstrukturen und Arbeitsmärkte miteinander zu vergleichen.

1 Vogel (1980), S. 40. Vogel war Leiter der Hauptabteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Institut der deutschen Wirtschaft in Köln.

2 Weber (1909).

Ein prominenter Vertreter des neuen Standortdenkens war der liberale Ökonom Gerhard Fels (*1939), langjähriger Leiter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (1983–2004) und von 1976 bis 1982 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, an dessen Angebotsökonomischer Wende er schon als Stabsmitarbeiter maßgeblich mitgewirkt hatte.³ 1992 kommentierte Fels die öffentlichen Reaktionen auf die Standortthematik:

Die Problematik ist schon seit Jahren bekannt. Nur fand sie in früheren Jahren in den Medien wenig Resonanz. Auch Politik und Gewerkschaften wollten in den Aufschwungsjahren 1988/89 nicht viel davon wissen. In der Euphorie der deutschen Vereinigung wurde das Problem ganz aus dem Bewußtsein verdrängt. Inzwischen ist klar geworden, daß man das Thema nicht mehr als Klagelied der Unternehmer abtun kann. Die Medien haben sich in den letzten Wochen darauf gestürzt. »Standort Deutschland« hat als deutsche Vokabel sogar in die englische Sprache Eingang gefunden.⁴

Rund um das Schlagwort »Standort Bundesrepublik« beziehungsweise »Standort Deutschland« entfaltete sich Anfang der 1990er-Jahre eine der großen wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik, eine Grundsatzzdebatte der politischen Öffentlichkeit über den Stellenwert von Wirtschaft und Unternehmertum und über die Frage, welche Wege in der Wirtschafts- und Sozialpolitik im internationalen Wettbewerb einzuschlagen seien. Nach einem ersten Aufflackern in den Jahren 1987 bis 1989 beherrschte sie nach kurzer Unterbrechung durch die deutsche Wiedervereinigung bis 2005/2006 die Medien, beschäftigte Politik, wirtschaftliche Politikberater, Wirtschaftsforschungsinstitute, Verbandsfunktionäre und Spitzenmanager, Gewerkschaften, Ökonomen und andere Sozialwissenschaftler.⁵

Der Aufsatz konzentriert sich auf die Frühphase der Begriffskarriere seit Mitte der 1970er-Jahre. Denn die frühen Verwendungen, so die These, waren symptomatisch und zugleich prägend für die Plausibilitäten, Evidenzen und Kausalverkettungen in nationalen Standortargumentationen. Besonderes Augenmerk gilt dem Wandel von einem eher beiläufigen neuen Begriffsgebrauch hin zu einer strategischen Begriffswahl in der politischen Kommunikation. Letzteres erklärt den Kampagnencharakter der Standortdebatte. Gleichwohl lässt sie sich

3 Vgl. den Rückblick von Sievert (2003), S. 38. Sievert war von 1970 bis 1985 Mitglied des Sachverständigenrates und seit 1976 dessen Vorsitzender. Gerhard Fels war akademischer Ziehsohn von Herbert Giersch (1921–2010), einem einst überzeugten Keynesianer, der zum entschiedenen Angebotstheoretiker wurde. Seit der Gründung 1964 bis 1970 gehörte Giersch dem Sachverständigenrat an, von 1969 bis 1989 war er Ordinarius in Kiel und Präsident des dortigen marktliberalen Instituts für Weltwirtschaft, wohin Fels ihm folgte.

4 Fels (1992), S. 11.

5 Ausführlicher dazu Meteling (2014); außerdem Ritter (2007), S. 351–373; Jarusch (2008).

nicht auf eine interessengeleitete politische Kampagne reduzieren, da die ihr zugrundeliegenden Vorstellungen und Semantiken tiefer griffen.⁶ Sie waren Ausdruck eines epistemischen Umbruchs innerhalb der ökonomischen Profession, der wiederum eng mit der Stagflationskrise und den strukturellen Umbrüchen in der Wirtschaft, der Volkswirtschaft wie der Weltwirtschaft, zusammenhing. Was anfangs noch als professionelle Deformation einiger weniger Ökonomen galt – die Abwendung vom Keynesianismus und die Hinwendung zur Angebotsökonomie –, wurde zur vorherrschenden Ratio im Fach. Die angebotstheoretische und -politische Wende der Ökonomen schlug sich in neuen Semantiken und Begrifflichkeiten wie eben jenem Standort Bundesrepublik nieder. Diese Bezeichnungsinnovation verwies in ihrem Kern auf den Problemzusammenhang der Angebotspolitik. Nationale Standortsemantiken waren von Beginn an in einen breiteren Wettbewerbs- und später in den Globalisierungsdiskurs eingewoben, den die Standortdebatte im wiedervereinigten Deutschland ihrerseits maßgeblich prägte.⁷

Der erste Teil des Beitrags befasst sich mit der frühen Thematisierung der Bundesrepublik als Standort im Zuge der angebotsökonomischen Wende des Sachverständigenrates. Den Hintergrund bildete die neuartige Stagflationskrise nach dem ersten Ölpreisschock. Im Krisenjahr 1975 übertrugen die Wirtschaftsweisen das ursprünglich aus der betriebswirtschaftlichen Standorttheorie stammende Konzept erstmals auf die westdeutsche Volkswirtschaft. Die Vorstellung der Bundesrepublik als Standort, dessen Angebotsbedingungen es zu verbessern gelte, war geboren (Abschnitt 1). Bei der Bezeichnungsinnovation handelte es sich aber (noch) nicht um ein strategisches Konzept. Wie die Analyse der Jahresgutachten zeigt, war die Rede von Deutschland als Standort eingebettet in eine veränderte Sicht des Sachverständigenrates auf den Strukturwandel. Sein Lösungsvorschlag für die neuartigen Wachstums- und Beschäftigungsprobleme lautete »strukturelle Anpassung«, im Gegensatz zu staatlicher Steuerung (Abschnitt 2). Im Einklang mit dem Abgesang auf die gescheiterte keynesianische Globalsteuerung verfestigte sich in den Jahresgutachten die angebotsökonomische Semantik (Abschnitt 3). Ein Vorreiter nationaler Standortargumentationen und Wortschöpfer der »Standortproblematik« war das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. An der Wende zu den 1980er-Jahren veranstaltete es eine erste öffentliche Jahrestagung zum Thema (Abschnitt 4). Eine knappe Dekade später, 1987/1988, forcierten deutsche Spitzenmanager und Verbandsfunktio-

6 Vgl. zur Performanz und zum »Theorieeffekt« ökonomischer Konzepte und Sprache Diaz-Bone/Krell (Hg.) (2009); MacKenzie/Muniesa/Siu (Hg.) (2007); Plumpe (2009).

7 Jarausch (2008) behandelt Standort- und Globalisierungsdebatte sogar als ein und dieselbe Debatte.

näre das Thema in den Medien und stießen eine erste öffentliche Diskussion über den Standort Deutschland an. Durch die Strukturberichterstattung im Namen des Wirtschaftsministers und weitere Veröffentlichungen aus Wirtschaftsforschungsinstituten kam es zu einer ersten Publikationswelle. Auch wenn das Medienecho verhalten ausfiel, war das Thema im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs und in der wirtschaftspolitischen Arena gesetzt (Abschnitt 5). Das zeigte sich nur wenige Jahre später in der »Wiedervereinigungskrise« von 1992/1993, als in einem völlig veränderten deutschland-, europa- und weltpolitischen Kontext die »Sicherung« des »Wirtschaftsstandorts Deutschland« auf der politischen Agenda ganz nach oben rückte. »Standort D« war zu einem Leitbegriff der politischen Sprache geworden (Abschnitt 6).

1 Frühe Standortsemantik im Zuge der angebots- ökonomischen Wende des Sachverständigenrates, 1975 bis 1977

Frühe Thematisierungen der Bundesrepublik als Standort finden sich in den Gutachten des Sachverständigenrates von 1975. Nachdem sowohl die Bundesbank als auch der Rat die monetaristische Wende vollzogen hatten, verabschiedete er sich zwischen 1975 und 1977 vom Primat der keynesianischen Globalsteuerung und orientierte sich angebotspolitisch.⁸ Die Hinwendung der Wirtschaftsweisen zur neoklassischen Angebotsökonomie war eine Reaktion auf die ungelösten wirtschaftlichen Problemlagen angesichts der neuartigen Stagflationskrise infolge des ersten Ölpreisschocks, einer Krise, gegen die das konjunkturpolitische Steuerungsinstrumentarium des Staates unter der Ägide von Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) kaum etwas ausrichten konnte. Ebenso verfehlte die Kombination aus monetaristischer Geld- und keynesianischer Fiskalpolitik, die der Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Krisenbekämpfung anempfohlen hatte, ihre Wirkung.⁹ Genau in diesem Zusammenhang und im Zuge des semantischen Aufstiegs der Angebotsökonomie war im Jahresgutachten 1975 die Rede vom Standort Bundesrepublik. Sehr beiläufig fand er in zwei kurzen Passagen im Sondergutachten vom August und im Jahresgutachten vom No-

⁸ Vgl. Schanetzky (2007), bes. S. 178–184.

⁹ Als gezielte Gegenexpertise gegen die Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen veröffentlichte die sogenannte Memorandum-Gruppe (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), ein ehrenamtlicher Zusammenschluss linker Ökonomen und Sozialwissenschaftler, unterstützt von Gewerkschaftern und linken Sozialdemokraten, seit 1975 jährliche Memoranden. Schanetzky (2007), S. 193–203.

vember Erwähnung. Letzteres stand ganz im Zeichen der »schwersten Rezession der Nachkriegszeit«¹⁰, wie es einleitend hieß.

Im Sondergutachten vom August 1975 musste der Sachverständigenrat seine Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung aus dem letzten Jahresgutachten stark nach unten korrigieren – ein Offenbarungseid, der ihm harsche Kommentare in der Presse und von einzelnen Politikern eintrug. Das ohnehin geschwächte Vertrauen in wissenschaftliche Expertise und Prognostik wurde so weiter erschüttert.¹¹ Als Dokument aus der Phase unmittelbar nach dem Ende des großen Nachkriegsbooms ist das Sondergutachten auch deshalb aufschlussreich, weil sich der Sachverständigenrat darin nachdrücklich gegen den »verbreiteten Wachstumspessimismus« aussprach, den er »für nicht ausreichend begründet« hielt. In enger ökonomischer Lesart bezog er diesen Pessimismus auf die enttäuschten Hoffnungen angesichts des ausgebliebenen raschen Wirtschaftsaufschwungs. In Wahrheit griff der Wandel vom »Reformklima« der 1960er-Jahre zum »Problemklima« der 1970er wesentlich tiefer.¹² Wachstumspessimismus war nur eine Komponente in den damaligen grundlegenden Verschiebungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Wirklichkeit, insbesondere von Zukunft, wenngleich eine wichtige.

Im Herbstgutachten 1975/1976 argumentierte der Sachverständigenrat entschieden gegen die Idee eines »qualitative[n]« Wachstums, die das vorherrschende quantitative Wachstumsparadigma infrage stellte, und unterstrich im Gegenteil die Leistungen der marktwirtschaftlichen Ordnung.¹³ »Wie schon früher in Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage wird weithin aus den tatsächlichen oder vermeintlichen Gründen der gegenwärtigen Malaise ein düsteres Bild der Zukunftschancen hergeleitet«, stellte er fest.¹⁴ »Malaise« war ein Begriff, der im Krisenklima der 1970er-Jahre international gedieh, weil er die neuartigen ökonomischen wie auch politischen Probleme metaphorisch als »Erkrankung« thematisierte und die »malade« Stimmungslage dadurch sprachlich veranschau-

10 Sachverständigenrat, Jahresgutachten (JG) 1975/76 vom 24. November 1975, »Vor dem Aufschwung«, Ziff. 1*. Das Sondergutachten war in das Jahresgutachten integriert: ebd., Sondergutachten vom 17. August 1975, »Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975«.

11 Zu den öffentlichen Reaktionen auf das Sondergutachten Schanetzky (2007), S. 186f. Seit der Ernüchterung im Krisenjahr 1975 verzichteten die Wirtschaftsverbände auf die Erstellung einer eigenen Prognose, und 1977 stellte auch die erst 1971 gegründete Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ihre Arbeit ein, ebd., S. 187 u. 171–177.

12 Vgl. Geyer (2008), bes. S. 4ff. u. 47–87; zur vorangegangenen Reformära Hockerts (2006).

13 JG 1975/76, Ziff. 273–279. Zum Siegeszug des ökonomisch-quantitativen Wachstumsparadigmas in der Bundesrepublik an der Wende zu den 1970er-Jahren, seiner Durchsetzung im gesellschaftlichen Imaginären und der wachstumskritischen *Décroissance*-Bewegung siehe den Beitrag von Dietmar Wetzel in diesem Band.

14 JG 1975/76, Sondergutachten, Ziff. 18.

lichte.¹⁵ Da der Einbruch der Auslandsnachfrage lediglich konjunkturbedingt sei, fuhr das Sondergutachten fort, solle der bisherige grundsätzliche *Erfolg* des deutschen Produktionsmodells die Zukunftserwartungen bestimmen und nicht etwa der »gegenwärtige Auftragsmangel«. ¹⁶ Der Sachverständigenrat warb insgesamt für mehr Vertrauen und Zuversicht in das deutsche Wirtschaftsmodell. ¹⁷ Darauf folgte das erste Standort-Zitat:

Richtig ist, daß das im internationalen Vergleich stark gestiegene Lohnniveau den Zwang zum Strukturwandel verschärft hat – bis hin zum Verzicht auf Produktionstätigkeiten, für die die Bundesrepublik kein guter Standort mehr ist. [...] Auf Dauer muss aber der Strukturwandel in einer funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht mit Wachstumseinbußen verbunden sein, im Gegenteil.¹⁸

Das Eingeständnis, es gebe einen verschärften »Zwang zum Strukturwandel«, war ungewöhnlich aus der Feder des Sachverständigenrates, der bis dahin die Auffassung vertreten hatte, Strukturwandel habe es immer gegeben, und es lasse sich derzeit keine Beschleunigung nachweisen. Jetzt bekannte er sich auf einmal dazu und verwies auf das hohe deutsche Lohnniveau als Grund für den Wegfall bestimmter arbeitsintensiver Produktionen in der Bundesrepublik. Grundsätzlich war er der Ansicht, dass »Strukturwandel« keineswegs weniger Wirtschaftswachstum bedeuten müsse, jedenfalls nicht in einer »funktionsfähigen Marktwirtschaft«. Der vorübergehende Kostennachteil könne dadurch ausgeglichen werden, dass die Löhne in den betreffenden Branchen eine Zeit lang geringer steigen könnten als bei den Konkurrenten im Ausland.¹⁹ Als Lösung für den öffentlich ausgetragenen Grundsatzstreit zwischen »Verteilungsgerechtigkeit« und unternehmerischer »Investitionstätigkeit« schlug der Sachverständigenrat eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag des Sachkapitals vor.²⁰

Wie schwer sich der Rat mit der Anerkennung eines grundsätzlichen strukturellen Wandels tat, zeigte sich nur wenige Monate später im Jahresgutachten vom November 1975, in dem er den Problembefund eines beschleunigten Strukturwandels anfocht.²¹ Das Herbstgutachten thematisierte zum zweiten

15 Das berühmteste Beispiel ist die Fernsehansprache des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter vom 15. Juli 1979, die als »malaise« speech« in die Geschichte eingegangen ist. Hierzu und zur Krise des Kapitalismus Maier (2010).

16 JG 1975/76, Sondergutachten, Ziff. 17.

17 1976 zog die SPD mit dem Slogan »Weiterarbeiten am Modell Deutschland«, das sie als Erfolgsmodell verstand, in den Bundestagswahlkampf. Siehe in breiter Perspektive zum »Modell Deutschland« den Beitrag von Martin H. Geyer im vorliegenden Band.

18 JG 1975/76, Sondergutachten, Ziff. 18.

19 Ebd.

20 Ebd., Ziff. 57.

21 JG 1975/76, Ziff. 316.

Mal die Bundesrepublik als Standort. Anlass zur Sorge war die Entwicklung des Nettokapitalexports: Anders als in den meisten Vorjahren hatten deutsche Unternehmen ihre Auslandsinvestitionen erheblich gesteigert, während ausländische Firmen weniger in der Bundesrepublik investiert hatten als zuvor.

Nicht sicher ist, ob sich hierin auch realwirtschaftliche Anpassungsvorgänge spiegeln: Wegen des hohen deutschen Lohnniveaus könnte der Standort Bundesrepublik für einzelne Fertigungen, möglicherweise auch für bestimmte Branchen, vorübergehend an Attraktivität verloren haben.²²

Die Bilanz der Direktinvestitionen diente somit als Kriterium zur Einschätzung der Anziehungskraft eines nationalen Standortes: je mehr Direktinvestitionen, desto attraktiver erschien die betreffende Volkswirtschaft. Diese unmittelbare Verknüpfung war ein wesentliches Element der nationalen Standortargumentationen. Dasselbe galt für die Kausalverkettung zwischen hohen deutschen Löhnen und sinkenden Inlandsinvestitionen. In der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion wurde damals intensiv gerungen um »Verteilungsgerechtigkeit« zugunsten der Arbeitnehmer einerseits, mangelnde »Ertragsaussichten« der Unternehmer andererseits, welche die unternehmerische »Risikobereitschaft« gefährdeten und eine weitere Umverteilung zu ihren Lasten obsolet erscheinen ließen.²³

Die Haltung des Sachverständigenrats und des Unternehmerlagers erklärt sich vor dem unmittelbaren Erfahrungshintergrund von 1974/1975, als der Schock der Ölpreiskrise durch die hohe Lohnrunde – Anfang 1974 setzte die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) einen Pilotabschluss von 11 Prozent durch – noch verschärft wurde. Dadurch verengten sich die knappen Investitionsspielräume der Unternehmen weiter. Hatte die Investitionsquote nach den Berechnungen des Sachverständigenrates 1972 noch rund 27 Prozent betragen, fiel sie bis 1975 gemäß seiner Schätzung auf unter 23 Prozent.²⁴ Die Gewerkschaften hatten sich mit ihren Lohnforderungen gründlich verkalkuliert, weil sie nicht damit gerechnet hatten, dass die Bundesbank ihren Restriktionskurs in der Geldpolitik beibehalten und die Bundesregierung keine expansiven Nachfrageprogramme beschließen würde. Nun war das Kind in den Brunnen gefallen. Denn die wirtschaftspolitische Doppelstrategie aus moderat expansiver Fiskalpolitik und entschieden restriktiver Geldpolitik, zu welcher der Sachverständigenrat geraten und die die Bundesregierung angewandt hatte, hatte auf eine lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften gesetzt – ver-

22 Ebd., Ziff. 168.

23 Dazu JG 1975/76, Sondergutachten, Ziff. 56f.

24 JG 1975/76, Schaubild 19, S. 67. Nach anderen Berechnungen sank die Investitionsquote noch stärker auf knapp 19,7 Prozent im Jahr 1975, Schanetzky (2007), S. 167.

geblich.²⁵ So waren die Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft von 1970 bis 1975 um 67,2 Prozent gestiegen.²⁶ Dieser Erfahrungshintergrund macht verständlich, warum sich der Sachverständigenrat in der wirtschaftspolitischen Debatte auf das hohe deutsche Lohnniveau als wesentliches Problem einschoss, ebenso wie Wirtschaftsvertreter, Teile der Bundesregierung und die wirtschaftsnahen Ministerien. Lohnkosten boten eine plausible, allerdings monokausale Erklärung für ein äußerst komplexes Phänomen, den Saldo der Direktinvestitionen. Dass auch eine differenziertere Einschätzung der Direktinvestitionen möglich war, gab der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1978/1979 zu erkennen. Dort hieß es bedächtig: »Angesichts der Vielzahl möglicher Motive für Direktinvestitionen im Ausland ist eine Veränderung in der Bilanz der Direktinvestitionen nicht ohne weiteres als Ausdruck einer veränderten Wettbewerbssituation des Standorts Bundesrepublik zu sehen.«²⁷

Als Zwischenresümee lässt sich festhalten, dass es bei den ersten Verwendungen des Begriffs Standort Bundesrepublik in den Gutachten des Sachverständigenrates von 1975 um die Einschätzung Deutschlands als Investitions-, Unternehmens- und Industriestandort ging, auch wenn diese Komposita noch ungebräuchlich waren und in den Gutachten nicht auftauchten. Das besondere Dilemma des Krisenjahres 1975 bestand darin, dass der exogene Schock der Ölpreiskrise zeitlich in die Endphase der größten und schnellsten Expansion des westdeutschen Sozialstaates bis 1975 fiel, als die Sozialleistungsquote mit 33,7 Prozent den Spitzenstand in der alten Bundesrepublik erreichte,²⁸ sodass die ohnehin gesunkenen Gewinnmargen für Unternehmen und Unternehmensinvestitionen weiter zusammenschmolzen. Die schwere Rezession, insbesondere die massiv eingebrochene Auslandsnachfrage, erzeugte 1975 zusammen mit dem im internationalen Vergleich starken Anstieg der Löhne und Lohnnebenkosten sowie dem Aufwertungsdruck auf die Deutsche Mark nach dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods einen akuten Kostendruck auf Unternehmen, die in der Bundesrepublik produzierten. Den Sachverständigenrat, aber auch andere Ökonomen, das Wirtschafts- und Finanzministerium sowie Bundeskanzler Helmut Schmidt beunruhigte vor allem die Tatsache, dass Löhne und Sozialabgaben rasanter stiegen als Produktivität und das Bruttosozialprodukt, oder anders ausgedrückt: Die Schere zwischen »konsumtiven« und »investiven« Ausgaben öffnete sich immer weiter und immer schneller. Dagegen vorzugehen,

25 Schanetzky (2007), S. 163–171.

26 Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland (1977), S. 485.

27 JG 1978/79 vom 23. November 1978, »Wachstum und Währung«, Ziff. 171.

28 Doering-Manteuffel/Raphael (2008), S. 29f.; Zahl nach Geyer (2008), S. 893. Der Steigerung der absoluten Ausgaben stand jedoch seit 1974/1975 eine sinkende Sozialleistungsquote gegenüber, siehe die Statistik in Geyer (2008), S. 892f.

gehörte seit seiner ersten Regierungserklärung 1974 zu Schmidts Leitsätzen.²⁹ Entsprechend erblickte der Sachverständigenrat im deutschen Lohnniveau – Ende 1976 sprach er von einer »Lohnkostenexplosion«³⁰ – einen offenkundigen Grund für die nachlassende Investitionsbereitschaft von Unternehmern im Inland und, hier schließt sich der Kreis, für die vorübergehend geringere Anziehungskraft des Standorts Bundesrepublik. Noch stemmte sich der Sachverständigenrat aber gegen die Prognose eines grundsätzlichen, strukturellen Problems der deutschen Volkswirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung.

2 Das Gebot der »strukturellen Anpassung« als Antwort auf die Krise

Die Standortproblematik war aufs Engste verquickt mit Fragen des Strukturwandels und internationaler Wettbewerbsfähigkeit in der Umbruchphase kurz »nach dem Boom«, als Wachstum und Vollbeschäftigung aufhörten, eine Selbstverständlichkeit zu sein, und die keynesianische Globalsteuerung keinen Ausweg aus der Krise mehr bot. Jetzt wurde Strukturwandel in der Bundesrepublik zum politischen Problem. Der Sachverständigenrat wollte das zunächst allerdings nicht wahrhaben, wie oben gesehen.³¹ Während die Bundesregierung bereits Anfang 1974 und 1975 in ihren Jahreswirtschaftsberichten von »strukturellen« anstatt von bloß konjunkturellen Problemen sprach und die steigende Arbeitslosigkeit auf einen beschleunigten Strukturwandel zurückführte³², wies die Mehrheit des Sachverständigenrates diesen Problembefund im besagten Jahressgutachten vom November 1975 entschieden zurück und tat ihn als bloßes Wahrnehmungsphänomen ab:

[S]o scheinen die Sorgen vor »strukturellen Problemen« mehr einem allgemeinen Unbehagen, einer allgemeinen Unsicherheit, möglicherweise auch dem Gefühl zu entspringen, unbekanntes Aufgaben der Zukunft, wie sie der ganz normale Strukturwandel der Wirtschaft ständig mit sich bringt, weniger als früher gewachsen zu sein, als einem realen Problembefund.³³

29 Grundlegend Geyer (2008), bes. S. 114–131; vgl. den Jahresbericht der Bundesregierung 1975 vom 30. Januar 1975, Ziff. 1: »All dies wird noch von der Tatsache überlagert, daß die Entwicklung der Erträge der Unternehmen so weit eingeengt ist, daß die Investitionsbereitschaft nachhaltig geschwächt zu werden droht. Insgesamt ergibt sich somit zum jetzigen Zeitpunkt eine ungewöhnliche Häufung außerordentlicher Belastungen, die nach Art und Umfang bisher nicht zum Erfahrungsbild der Wirtschaftspolitik gehörte.«

30 JG 1976/77 vom 24. November 1976, »Zeit zum Investieren«, Ziff. 159.

31 Siehe Schanetzky (2010), S. 157f. u. 165.

32 Jahreswirtschaftsbericht 1974 vom 6. Februar 1974, Ziff. 7; Jahreswirtschaftsbericht 1975, Ziff. 8.

33 JG 1975/76, Ziff. 316.

Doch schon ein Jahr später räumte das Gremium ein, dass ein Teil der Arbeitslosigkeit mit dem Strukturwandel zusammenhinge und sich in der Rezession der Beschäftigungsabbau in der Industrie »drastisch« beschleunigt habe.³⁴ Die aufgekommene Sorge, »mit den Direktinvestitionen [im Ausland] könne ein Export von Arbeitsplätzen verbunden sein«, teilte der Sachverständigenrat indes nicht. Im Gegenteil: Seiner Einschätzung nach trugen die Auslandsinvestitionen eher zur Sicherung denn zur Vernichtung inländischer Arbeitsplätze bei. Schließlich gehe es den Unternehmen dabei primär um Markterschließung, nicht um Kostenreduzierung. Das entnahmen die Sachverständigen einer Unternehmensbefragung des Deutschen Industrie- und Handelstages, die ergeben hatte,

daß bei der Standortwahl in den wachstumsstarken und exportintensiven Branchen wie der Chemie, der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, die den größten Teil der Direktinvestitionen vornehmen, die Absatzorientierung im Vordergrund steht und daß Kostenüberlegungen [...] dahinter weit zurückstehen.³⁵

Dieser Umfragebefund hätte aufhorchen lassen müssen, besagte er doch, dass für die wertschöpfungsintensiven Branchen die viel gescholtenen hohen deutschen Lohnkosten nicht ausschlaggebend waren. Absatzorientierung und Markterschließung bestimmten deren Investitionsentscheidungen, weniger die relativen Lohnkosten in der Bundesrepublik, die der Sachverständigenrat noch im Vorjahresgutachten für die sinkende Attraktivität des Standorts Bundesrepublik verantwortlich gemacht hatte. Ähnliche argumentative Inkonsistenzen und interne Widersprüche sollten die wirtschaftspolitische Diskussion um Wettbewerbsprobleme auch in den folgenden Dekaden kennzeichnen. Teilweise wider besseres Wissen fielen ökonomische Experten aus Wissenschaft und Praxis immer wieder auf das Kostenargument zurück, insbesondere die Lohnkosten.

Was Sorgen um die Beschäftigung anging, so wandte sich der Sachverständigenrat mehrfach gegen die Annahme, private Investitionen würden nur zu Rationalisierungen genutzt und vernichteten Arbeitsplätze:

Rationalisierungsinvestitionen helfen Kosten senken und sichern damit die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion. In einer offenen Wirtschaft sind sie häufig das einzige Mittel, mit dem die Produktion am inländischen Standort verteidigt werden kann.³⁶

Als Belastung erwies sich das deutsche Lohnkostenniveau gerade für arbeitsintensive Industriezweige. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung hatten sich an »Niedrig-Lohn-Standorten« inzwischen »wettbewerbsfähige Angebots-

34 JG 1976/77, Ziff. 289–297, Zitat Ziff. 290.

35 Ebd., Ziff. 162 u. 164f.; zur Befragung ebd., Ziff. 96.

36 JG 1978/79, Ziff. 296. Ähnlich JG 1976/77, Ziff. 289 u. JG 1977/78 vom 22. November 1977, »Mehr Wachstum – Mehr Beschäftigung«, Ziff. 444.

zentren« entwickelt, wie der Sachverständigenrat ausführte, wodurch sich die Marktkonkurrenz weiter verstärkt hatte. »Trotz der aktuellen Beschäftigungsprobleme ist jedoch der strukturelle Anpassungsprozeß, als Ganzes gesehen, erwünscht«, lautete sein *ceterum censeo*. Hierbei unterstellte er, dass die arbeitslos Gewordenen in anderen volkswirtschaftlichen Bereichen einen neuen Arbeitsplatz finden könnten, zumal wenn eine »zurückhaltende Lohnpolitik« die Bedingungen dafür verbessere. »Um so wichtiger ist es, daß die Arbeitnehmer flexibel genug sind, sich anzupassen. Arbeitskräfte haben um so größere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, je eher sie bereit sind, den Arbeitsort zu wechseln und je besser sie qualifiziert sind.«³⁷ Dem »strukturelle[n] Anpassungsprozeß« der Gesamtwirtschaft und letztlich der Weltwirtschaft sollten sich also die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik »flexibel« anpassen. Hier bahnte sich der politische Diskurs über die Flexibilisierung von Arbeitnehmern, Arbeitsrecht und Arbeitsmärkten an; ja er ergab sich beinahe logisch aus dem Diskurs über eben jene notwendige gesamtwirtschaftliche »Anpassung«.

Der Sachverständigenrat schlug eine Argumentationslinie ein, die Sozialwissenschaftler später »Flexibilisierungsimperativ« nennen sollten. Der Wortbedeutung nach meint Flexibilität die Fähigkeit von Individuen und Kollektiven, sich immer wieder und möglichst rasch auf Veränderungen einzustellen, sich anzupassen, offen und beweglich zu sein. Die Logik der flexiblen Anpassung von Organismen, Organisationen und Unternehmen an eine veränderliche Umwelt (Luhmann sprach 1984 von »immunologischer Logik«) hielt seit den 1970er-Jahren Einzug in Produktionskonzepte, politische Steuerungstheorien, Unternehmensberatungen und Managementtechniken. Erfolgreiche Selbstbehauptung fußte demnach auf der Fähigkeit zur permanenten Innovation und dynamischen Anpassung; die dazugehörigen Kooperationsformen wie Projektteams, Netzwerke und strategische Allianzen waren temporär, dezentral und modular. Sie unterschieden sich deutlich von vorgängigen klar strukturierten, zentralisierten und hierarchisierten Ordnungsmodellen.³⁸

In der Bundesrepublik mündete der Flexibilisierungsdiskurs nach ersten Entscheidungen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes unter der Regierung von Helmut Schmidt 1985 in das Beschäftigungsförderungsgesetz, eines der

37 JG 1976/77, Ziff. 294f. u. 331. Im JG 1977/78, Ziff. 446 hieß es: »Außerdem haben wir es für dringlich gehalten, den Arbeitsplatzwechsel für die Arbeitnehmer zu erleichtern und solche Regelungen abzubauen, die in vielen Bereichen der Wirtschaft die Dynamik behindern.«

38 Lemke (2013), »Flexibilisierungsimperativ« S. 82. Die »immunologische Logik« (ebd., S. 83f., nach: Niklas Luhmann [1984], Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt a.M., S. 507) löste in der Medizin das bakteriologische Paradigma ab, das auf die Abwehr äußerer Einflüsse, auf das Gleichgewicht des Organismus und eine deutliche Grenzziehung zwischen Innen und Außen gerichtet war.

grundlegenden Gesetze der Ära Kohl.³⁹ Ähnlich wie die Regierungen anderer westlicher Industrienationen reagierte die schwarz-gelbe Koalition auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit – das Schlagwort der »Eurosklерose« machte damals die Runde – mit einer Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wie des Arbeitsrechts.⁴⁰ Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus entwickelte sich in den 1990er-Jahren im »flexiblen Kapitalismus« ein trans- und supranationaler Flexibilisierungsdiskurs, der die »neosozialen« europäischen Arbeitsmarktreformpolitiken maßgeblich prägte.⁴¹ Sie zielten auf eine gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitsrechts wie der Arbeitsmärkte und erwarteten und forderten von den Arbeitnehmern größtmögliche Flexibilität.

3 Abgesang auf die keynesianische Nachfragepolitik und semantische Verfestigung der Angebotsökonomie

Mit dem Jahresgutachten von 1977/1978 schloss die Mehrheit des Sachverständigenrates die angebotsökonomische Wende im Wesentlichen ab. »Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat eine Schlappe erlitten.«⁴² Damit war das Beil gefallen über die Doppelstrategie aus keynesianischen Nachfrageprogrammen und restriktiver Geldpolitik, zu der die Wirtschaftsweisen selbst geraten hatten. Seither deuteten sie den Strukturwandel unter angebotsökonomischen Prämissen. Er galt grundsätzlich als beschäftigungsneutral, als förderlich für Wirtschaftswachstum und deshalb als wünschenswert. Die Aufgabe von Wirtschaftspolitik sollte darin bestehen, Wachstum zu fördern, und zwar über die Angebotsseite, indem Anreize für unternehmerische Investitionen geschaffen würden, so das gleichbleibende Credo. Das politische Ziel der Vollbeschäftigung war nachgeordnet gegenüber dem Ziel, durch verbesserte Investitionsbedingungen für Wachstum zu sorgen, ja Nachfrage und Beschäftigung waren lediglich abhängige Variablen der Leitlinie »Wachstum durch Investitionen«. Arbeitslosigkeit erschien in dieser Sicht als Folge eines zu hohen deutschen Lohnniveaus.

39 Zur Frage einer Ära Kohl und ihrer widersprüchlichen Signatur Wirsching (2012a).

40 Siehe Schmidt/Oschmiansky (2005), S. 249f.; Wirsching (2006), S. 259–261; die Diagnose der »Eurosklерose« bei Giersch (1985).

41 Sennett (1998); »neosozial« nach Lessenich (2008); zur Europäischen Kommission als Transmissionsriemen für neoliberale Reformen Wirsching (2012b), Kap. III u. IV sowie Streeck (2012), S. 141–223; zur Transformation respektive »Schocktherapie« der osteuropäischen Staaten nach dem Ende des Staatssozialismus Ther (2014).

42 JG 1977/78, Ziff. 47*. Eine keynesianisch geprägte Minderheitenposition wurde im Sachverständigenrat durch das jeweilige gewerkschaftsnahe Mitglied weiterhin vertreten.

Den Forderungen aus den Reihen der Gewerkschaften und Teilen der SPD nach staatlicher Investitionslenkung setzte der Sachverständigenrat eine Steuerung über den Markt entgegen.⁴³

Hinter diesem Kurswechsel hin zu mikroökonomischen, unternehmens- und marktbasierten Lösungen stand auch die ernüchternde Erkenntnis des Rates, die Art der Krise und das Ausmaß des Strukturwandels verkannt zu haben. Allerdings währten seine Verunsicherung und selbstkritische Infragestellung nur kurz, nämlich von 1975 bis 1977, als er auf den neuen angebotsökonomischen Kurs einschwenkte. Die Umorientierung des Sachverständigenrats weg vom makroökonomischen, staatlichen Steuerungsanspruch hin zu einer mittelfristig angelegten, mikroökonomischen Politik der »Anreize« für die Wirtschaftssubjekte war auch eine Selbstbefreiung aus den Zwängen der mühseligen Konsensfindung in der keynesianischen Globalsteuerung und damit eine Selbstentlastung von der Bürde der politischen Mitverantwortung. Mochte der Rat in seinen kurzfristigen Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung auch fehlgehen – der angebotsökonomische Kurs blieb immer der richtige.⁴⁴

Und schließlich erlaubte es die Angebotsökonomie, »dem inflatorischen Übermaß an Ansprüchen« – bei den Löhnen wie gegenüber staatlichen Leistungen – eine grundsätzliche Absage zu erteilen. Aus Sicht des Sachverständigenrates hatten überzogene Erwartungen im privaten wie öffentlichen Bereich die Inflation maßgeblich herbeigeführt und verschlimmert.⁴⁵ Deshalb reichte es nicht, so der Sachverständigenrat weiter, nur den Geldwert zu stabilisieren, wie es im Zuge der monetaristischen Wende längst praktiziert wurde. Es bedurfte zusätzlich einer »Stabilisierung der Erwartungen«, gerade in der Lohn- und Einkommenspolitik. »Lohnzurückhaltung« – im angloamerikanischen Raum *pay restraint* – lautete seither die gleichbleibende Forderung an die Adresse der Gewerkschaften und Arbeitnehmer, die tatsächlich nach dem Lohntarifkonflikt von 1974 ihre Lohnforderungen mäßigten.⁴⁶ Der Grundsatzkonflikt zwischen Kapital und Arbeit fiel in der Bundesrepublik allerdings vergleichsweise moderat aus, wie der Blick über den Kanal in das krisengeschüttelte und politisch stärker polarisierte Großbritannien zeigt. Hier schickten sich die Neokonservativen um die Oppositionsführerin Margaret Thatcher an, durch einen radikalen Richtungs-

43 JG 1975/76, Ziff. 292–304. Vgl. auch den Rückblick von Sievers (2003).

44 Vgl. Schanetzky (2010), bes. S. 158 ff. u. 164–167; ders. (2007), S. 178–192.

45 JG 1977/78, Ziff. 47* u. 335; zum Zusammenhang zwischen Gehaltsentwicklung und Inflation in der damaligen OECD-Welt Glyn (2006), S. 5f.

46 JG 1975/76, Ziff. 379–382 u. 390–461; JG 1976/77, Ziff. 309f. u. 394. Vgl. das Kapitel »Zu hohe Löhne als Angebotsproblem« in JG 1977/78, Ziff. 288–306, in dem der Begriff »Lohnzurückhaltung« programmatisch und gleichsam inflationär verwendet wird.

wechsel Inflation und Gewerkschaftsmacht gleichermaßen zu bekämpfen.⁴⁷ Im Spitzenjahr 1975 waren die britischen Lohnstückkosten gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe 31 Prozent gestiegen bei einer Inflationsquote von knapp 27 Prozent, in der Bundesrepublik nur um gut 8 Prozent bei einer Inflationsrate von fast 6 Prozent.⁴⁸

Für die unmittelbaren Folgejahre lässt sich keine Veränderung in der Standortargumentation der Wirtschaftsweisen ausmachen. Wohl verfestigte sich ihr angebotspolitisches Dogma.⁴⁹ Dazu trugen auch die zweite Ölpreiskrise von 1979/1980 und die anschließende Rezession 1981/1982 bei, in deren Folge die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik bis 1983 erstmals auf über zwei Millionen stiegen, was einer Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent entsprach. Aufgrund des vorübergehenden prozyklischen Expansionskurses der sozialliberalen Regierung in den Jahren 1978 und 1979 waren die Handlungsspielräume keynesianischer Nachfragepolitik weitgehend ausgeschöpft, als der nächste Ölpreisschock hereinbrach. Nun schwenkten die Liberalen innerhalb der Regierungskoalition endgültig auf den angebotsökonomischen Kurs um.⁵⁰ Form und Inhalt der angebotsökonomischen Aussagen des Sachverständigenrates wurden apodiktischer und verdichteten sich zu alternativlosen Wahrheiten. Das Herbstgutachten von 1980 war ein regelrechter Abgesang auf die gescheiterte Nachfragepolitik:

Die Wirtschaftspolitik des Demand Management hat ihren Zauber verloren, seit die Länder, die am meisten auf sie gesetzt hatten, dafür mit einer Rezession bezahlen mußten. International herrscht heute weitgehend Konsens, daß die angemessene Antwort auf den Ölschock und auf die Anpassungsprobleme, die den Industrieländern [...] auferlegt sind, nicht bei einer expansiven Nachfragepolitik gesucht werden kann. Ob sich die Regierungen von dieser Politik abwenden, weil ihnen ein erneuter Versuch zu riskant erscheint oder weil sie ihre Manövriermasse verspielt haben, ist unerheblich.⁵¹

Hier sprach die Autorität des Faktischen, die sich auf einen internationalen politischen Konsens berief. Für den Sachverständigenrat kam es darauf an, dass die Regierungen nunmehr allenthalben danach strebten – es folgt ein typischer angebotsökonomischer Zielkatalog –, »die Produktionsstruktur zu modernisieren, den Lohnkostendruck zu verringern, das Wachstum des Staatssektors zu begrenzen, die Investitionsrisiken zu vermindern, die Neuerungstätigkeit zu ermutigen und – ganz allgemein – die Risikobereitschaft zu erhöhen«.⁵² Komparative Aussagen wie »je höher/um so« oder »je mehr/um so mehr« suggerierten ökonomi-

47 Beckett (2009); Geppert (2002).

48 JG 1975/76, Tabelle 4, S. 25.

49 Zu Letzterem dezidiert JG 1977/78, Ziff. 236–334; siehe auch ebd., Ziff. 337.

50 Vgl. Geyer (2008), S. 49–64; Schanetzky (2007), 211–233.

51 JG 1980/81 vom 20. November 1980, »Unter Anpassungszwang«, Ziff. 277.

52 Ebd., Ziff. 277.

sche Gesetzmäßigkeiten, die nicht zu hinterfragen waren, und legten bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen nahe: »Je mehr die Investitionsbedingungen in einem Land verbessert werden, um so mehr kann es an internationaler Konkurrenzfähigkeit gewinnen.« Und am Ende würden alle Gewinner sein, so die hoffnungsfrohe Prognose, denn: »Ein solcher angebotspolitischer Wettbewerb ist kein Null-Summen-Spiel.«⁵³ In der Rezession vertrat der Rat mit Nachdruck sein Konzept für eine »angebotsökonomische Wirtschaftspolitik« und argumentierte, angebotsorientierte Politik benötige eben einen langen Atem, um eine erkennbare Wirkung zu entfalten. Im selben Atemzug problematisierte er »die immer ausgreifender gewordene Neigung des Staates, sich für zuständig zu halten« und dadurch Kosten zu produzieren, welche die Angebotsbedingungen verschlechterten: »Kosten, die zu Angebotsstörungen werden können, gibt es praktisch aus allen Bereichen wirtschaftlich bedeutsamer Staatstätigkeit.« Worauf sich der Staat stattdessen konzentrieren sollte, umriss der Sachverständigenrat in einem konsequent angebotsökonomischen, nämlich unternehmens- und wettbewerbsbezogenen Aufgabenkatalog.⁵⁴

4 »Standortproblematik«: Themensetzung durch das Institut der deutschen Wirtschaft, 1979/1980

Als der konsequenteste Wegbereiter der späteren Standortdebatte kann das industriefinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln gelten. Im November 1979, zur Zeit der zweiten Ölpreiskrise, als auch die Leistungsbilanz der Bundesrepublik in die roten Zahlen abrutschte,⁵⁵ veranstaltete es eine prominent besetzte öffentliche Jahrestagung in Bad Godesberg zum Thema »Die wirtschaftlichen Standortbedingungen der Bundesrepublik Deutschland in ihrer internationalen Verflechtung«. Der Tagung vorausgegangen waren Untersuchungen des IW zu »Standortindikatoren im internationalen Vergleich«. Die Konferenzbeiträge erschienen 1980 unter dem Titel »Standort Bundesrepublik Deutschland«, das war der früheste Buchbeitrag zum Thema. Im Vorwort hieß es:

In einer Phase tiefgreifender internationaler Strukturwandlungen, die eine sich verstärkende internationale Arbeitsteilung mit allen Konsequenzen für die künftigen Produktions- und Marktstrukturen auslösen, schien es geboten, die Chancen und Risiken dieses großen Prozesses am Beginn der achtziger Jahre sorgfältig zu überprüfen.⁵⁶

53 Bspw. ebd., Ziff. 281f.

54 JG 1981/82 vom 20. November 1981, »Investieren für mehr Beschäftigung«, Ziff. 298–302.

55 Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland (1981), S. 532.

56 Freudenfeld (1980), S. 9.

Hintergrund für die dekadologische Prognostik des Instituts bildeten die weltwirtschaftlichen, währungs- und energiepolitischen Krisenerfahrungen der 1970er-Jahre, zuletzt aktualisiert durch den zweiten Ölpreisschock.⁵⁷ Anhand ausgewählter Indikatoren hatte das Institut drei internationale Vergleichstests vorgenommen, wie Otto Vogel, der Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in seinem Referat ausführte. Die statistischen Daten waren als Anhaltspunkt gedacht »für eine Bestandsaufnahme des ›Standortes Bundesrepublik Deutschland« am Ende des Jahrzehnts im Vergleich zu den wichtigsten zwölf Industrieländern, es ging also um internationales Benchmarking. Den Erhebungszeitraum bildeten die 1970er-Jahre. Der internationale Vergleich konzentrierte sich dabei auf die veränderlichen, politisch beeinflussbaren Standortfaktoren. Die Welt des internationalen Standortvergleichs war wie alle Benchmarking-Analysen im Grunde eine »synthetische Welt«, räumte Vogel selbstkritisch ein.⁵⁸ Aber sie war äußerst suggestiv: Faktor für Faktor reihte sie Länder auf einer imaginären Skala auf und addierte die Spitzenpositionen zum Besten aller Standorte. Aus dem jeweiligen Abstand der Bundesrepublik zum Spitzenreiter wurde politischer Handlungsbedarf abgeleitet.

Erstens hatte das IW einen Ergebnistest vorgenommen, bemessen an den vier Leitgrößen des »Magischen Vierecks«. Er zeigte für die 1970er-Jahre eine vergleichsweise gute Leistungsbilanz der Bundesrepublik. Diese »Erfolgsbilanz« handelte Vogel aber rasch ab, weil sie an der Vergangenheit und an keynesianischen Leitgrößen orientiert war und weil diese Erfolge nicht auf die Zukunft hochgerechnet werden könnten. Viel ausführlicher ging er dagegen zweitens auf die hohen »Belastungs- und Kostenfaktoren« ein. Es folgte dieselbe Kausalverkettung, die uns weiter oben in den Gutachten des Sachverständigenrates von 1975 begegnet ist, nur wurde sie hier viel entschiedener vertreten: Vom Kostenniveau wurde auf die »prinzipielle Wettbewerbsfähigkeit« der Bundesrepublik geschlossen, von dort aus auf »äußerst bedeutsame Zukunftsperspektiven«. Kehrt man diese Argumentation um, hing die Zukunft des Landes letztlich vom Lohnkostenniveau ab. Der »Lohnkostenspitzenstandard« der Bundesrepublik könne ihr zur »Achillesferse« werden, warnte Vogel gleich zweimal.⁵⁹ Und schließlich folgte als dritter Vergleichstest die Bewertung der Rahmenbedingungen für die

57 Siehe den Beitrag von Peter von Siemens (1980), Präsident des IW und Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG, S. 14; als knappes europäisches Problemtableau Wirsching (2012), S. 19–26; in internationaler Perspektive Ferguson u. a. (Hg.) (2010).

58 Vogel (1980), S. 61. Fragen und Probleme eines solchen statistischen Standortvergleichs warf Vogel zu Beginn seines Vortrags selbst auf, ebd., S. 40f. Siehe auch den tabellarischen Anhang »Standortindikatoren im internationalen Vergleich«, in: Institut der deutschen Wirtschaft (1980), S. 129–144, Zitat S. 130.

59 Vogel (1980), S. 50 u. 62.

»produktiven Potentiale«, womit Unternehmer und Investoren gemeint waren. Diese sprachliche Zuschreibung suggerierte, dass alle übrigen gesellschaftlichen Kräfte unproduktiv seien, zumal dahinter die angebotsökonomische Prämisse stand: »Die Investitionen mobilisieren den produktiven Elan einer Volkswirtschaft auf breiter Front und von Grund auf.«⁶⁰ Um das »unternehmerische[.] Initiativpotential« zu erfassen, wurde die »Selbstständigenquote« als positiver Standortindikator herangezogen. Die erreichte Zehn-Prozent-Quote von Selbstständigen gelte es im Interesse des Standorts zumindest aufrechtzuerhalten.⁶¹ Entsprechend führte Vogel die gute Leistungsbilanz der Bundesrepublik auf die »Risikobereitschaft der Unternehmer« zurück:

Die deutschen Unternehmen operieren und investieren auf einer außerordentlich schmalen Kapital- und Rentabilitätsbasis. Die eingegangenen Risiken werden mit einer relativ geringen Rendite entlohnt. Das aber kann nur bedeuten, daß die deutschen Unternehmen und Unternehmer über ein erhebliches Maß an Risikobereitschaft verfügen und auch über eine hohe Dosis Zukunftsvertrauen in die Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaftsstandort.⁶²

Semantisch wurden die »Risikobereitschaft und Innovationskraft der deutschen Unternehmer und Investoren« gegen die gesellschaftliche Skepsis gegenüber technischem Fortschritt, Innovation und Wirtschaftswachstum ausgespielt. Dies ging so weit, dass Vogel eine »gesellschaftspolitische Flankensicherung« einforderte und mit dem marktliberalen Kieler Ökonomen Herbert Giersch vor einer »Arteriosklerose« der deutschen Volkswirtschaft warnte.⁶³ Statistisch stand die Figur des risikobereiten Unternehmers – ähnlich wie die Selbstständigenquote – allerdings auf äußerst wackeligen Füßen: So war die Vergleichsbasis in der Untersuchung des IW bezeichnenderweise von zuvor zwölf Ländern auf fünf eingeschränkt worden. »Mittelmaß« bei Umsatzrenditen war dann bereits erreicht, wenn die Bundesrepublik den dritten Platz einnahm und dadurch hinter den vorgebliehen internationalen Standards zurückblieb.

Die Eloge auf die besondere »Risikobereitschaft« und das »Zukunftsvertrauen« der Unternehmer war ein Leitmotiv der Publikation sowie der Arbeit des IW insgesamt. Sie war Teil einer breiten diskursiven Um- und Aufwertung des Unternehmertums seit Mitte der 1970er-Jahre, die dazu beitrug, dass die Vorstellung eines innovativen, dynamischen Unternehmertums konstitutiv für die Identität und das Selbstverständnis der Bundesrepublik wurde.⁶⁴ Vorausge-

60 Ebd., S. 53.

61 Ebd., S. 60. Zur Problematisierung der Selbstständigenquote als statistischer Indikator in den damaligen Debatten Hesse (2011).

62 Vogel (1980), S. 55; zur unternehmerischen »Risikobereitschaft« auch Freudenfeld (1980), S. 10.

63 Vogel (1980), S. 64f.; siehe auch Siemens (1980), S. 14.

64 Zu diesem gesellschaftlichen Dispositiv Bröckling (2007).

gangen war seit den späten 1960er-Jahren eine alarmistische öffentliche Diskussion über die sinkende Selbstständigquote, die vermeintliche »Müdigkeit« deutscher Unternehmer und ihre mangelnde gesellschaftliche Verantwortung. Öffentliche Umfragen der 1970er-Jahre deuteten auf einen erheblichen Ansehensverlust unternehmerischer Tätigkeit hin. Diese Diskussionen wiederum mündeten Ende der 1970er-Jahre und verstärkt unter der Regierung Helmut Kohls in wirtschaftspolitische Initiativen zur Förderung von Unternehmensgründungen.⁶⁵

»Risikobereitschaft«, die als unternehmerische Tugend galt, war ebenso wie »Investitionen« und »Wettbewerb« ein Zentralbegriff der angebotsökonomischen Sprache. Diese Begriffe waren positiv besetzt, zukunfts- und gewinnorientiert. Der risikobereite Unternehmer beziehungsweise Kapitalanleger schloss mit seinen Investitionen eine positive Wette auf die Zukunft ab, nämlich Gewinne zu erzielen, wodurch er Wachstum und Beschäftigung und letztlich gesamtgesellschaftlichen Wohlstand schuf. In den 1980er-Jahren stieg die Figur des Unternehmers zur gesellschaftlichen Ikone auf, Risikobereitschaft wurde zunehmend auch als soziale Tugend gepriesen. Davon ging mit zeitlicher Verzögerung ein starker Subjektivierungssog aus: Der Mensch sollte sich als unternehmerisches Selbst, als Humankapitalist des eigenen Lebens beziehungsweise Shareholder des eigenen Humankapitals begreifen. Dahinter stand die Vision einer *entrepreneurial society*.⁶⁶

Darüber hinaus besaß die unternehmerische Risikobereitschaft eine spezielle Temporalität. Sie *eröffnete* Handlungsräume in der Zukunft, allerdings unter strengen ökonomischen Vorzeichen, einer Zukunft, die im krisenhaften Zeitalter der »Grenzen des Wachstums« und der viel beschworenen neuen Unsicherheiten ansonsten eher ein düsteres Licht auf die Gegenwart warf, sodass sich Möglichkeitsräume *schlossen*.⁶⁷ Angebotsökonomische Semantiken nährten wirkmächtige Gegendiskurse gegen den grassierenden, im doppelten Sinne des Wortes kontraproduktiven »Wachstumspessimismus« sowie die diffusen Zukunftsängste, die sich im intellektuellen und linksalternativen Milieu, aber auch darüber

65 Vgl. Hesse (2011).

66 Siehe Bröckling (2007); ders. (2013). »Ich-AG« wurde zum »Unwort des Jahres 2002« gekürt. – Volkswirtschaftlich betrachtet, erfüllt der Unternehmer nach Bröckling (2013), S. 272, folgende vier Grundfunktionen: »Unternehmer sind *erstens* Neuerer, *zweitens* findige Nutzer von Gewinnchancen, sie übernehmen *drittens* die Unsicherheiten des ökonomischen Prozesses und organisieren schließlich *viertens* die Abläufe von Produktion und Vermarktung.«

67 Vgl. Jürgen Habermas' zeitdiagnostischen Befund eines Endes utopischer Energien, Habermas (1985), S. 147 u. 143. Mit dem Erlöschen der arbeitsgesellschaftlichen Utopie habe auch die Sozialstaatsprogrammatik die Kraft eingebüßt, eine positive Zukunft zu erschließen; die Zukunft sei negativ besetzt.

hinaus ausbreiteten.⁶⁸ In solch einer skeptischen, negativen Antizipation von Zukunft schien diese Zukunft bereits vergangen und vertan, ehe sie überhaupt begonnen hatte.⁶⁹ Wenn in der Antiatomkraft- und der Friedensbewegung von »Risiken« die Rede war, ging es meist um apokalyptische Szenarien der ökonomischen und technologischen Selbstvernichtung des Menschen, bestenfalls um Katastrophenprävention.⁷⁰ Pointiert schrieb der Soziologe Ulrich Beck über die »Risikogesellschaft«: »Risiken meinen eine Zukunft, die es zu verhindern gilt.«⁷¹ Davon hob sich der positiv besetzte, aktivistische Risikobegriff des ökonomischen Diskurses denkbar weit ab: Risiken waren da, um unternehmerisch genutzt zu werden. Überzeugte Angebotsökonominnen und Manager sprachen lieber von »Herausforderungen« als von »Problemen« und erblickten in der Zukunft keine negativen Risiken, sondern witterten »Chancen« und »Potentiale«. Im Unterschied zum politisch-gesellschaftlichen Risikodiskurs wurden im ökonomischen Diskurs gesellschaftliche und politische Probleme und Gefährdungen, Risiken und Ängste zu (Markt-)Chancen umcodiert, egal ob auf Staaten, Organisationen oder Individuen bezogen. Das war ein wichtiges Charakteristikum der in den 1980er-Jahren aufstrebenden, selbstenthusiasmierten Management- und Consulting-Welt, die erheblich zur Etablierung einer neoliberalen Sprache des Politischen beitrug.⁷²

Parallel zur semantischen Aufwertung des Unternehmerischen kam es zu einer realwirtschaftlichen Kräfteverschiebung zwischen Kapital und Arbeit. Nach dem historischen Tiefstand von 1981 wuchsen in der Bundesrepublik seit 1982 die Erlöse von Unternehmen im Verhältnis zu ihren Kosten wieder.⁷³ Die deutsche Entwicklung stellte beileibe keinen Ausnahmefall dar, sondern entsprach einem übergreifenden Trend in der OECD-Welt. Der dramatische *profits squeeze* für Unternehmen zwischen 1965 und 1980 hatte kapitalistische Eliten und Teile der Politik veranlasst, die institutionellen Ketten möglichst abzustreifen, welche Tarif- und Sozialpolitik den Unternehmen im demokratischen Kapitalismus der

68 Vgl. Esposito (2014).

69 Siehe zum intellektuellen Denken im Modus des Futur II Steffen Hennes Beitrag in diesem Band.

70 Grundlegend zum (Un-)Sicherheitsdenken der christlichen Friedensbewegung Wiechmann (2014).

71 Beck (1986), S. 44; zum Modus der Prävention Bröckling (2008) und sein Beitrag im vorliegenden Band.

72 Die Spitze bildeten US-amerikanische Marktpopulisten und Heilsverkünder der *New Economy* im digitalen Finanzmarktkapitalismus, vgl. Frank (2000); zu »Techniken der charismatischen Selbstenthusiasmierung« in der Managementliteratur Neckel (2013), S. 65.

73 Ausführlich dazu JG 1987/88 vom 23. November 1987, »Vorrang für die Wachstumspolitik«, Ziff. 164–176 u. Tabelle 20, S. 108; JG 1988/89 vom 18. November 1988, »Arbeitsplätze im Wettbewerb«, Ziff. 50.

Nachkriegsära angelegt hatten. In den 1980er-Jahren verbesserte sich die Verhandlungsposition der Unternehmer und Kapitaleigner im Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit sowie gegenüber dem Staat nachhaltig. Es kam zu einem bis dahin beispiellosen Prozess der Liberalisierung, umfassend verstanden als Steuerungstechnik, Entlastung des Staates und Befreiung des Kapitals. Die Flucht vom Staat – teilweise auch: *des* Staates – in den Markt, vor allem in die Finanzmärkte, bedeutete eine Loslösung aus den Strukturen des wohlfahrtsstaatlichen, liberaldemokratischen *postwar settlement*, eine Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages, den Kapital, Arbeit und Staat als Lehre aus den sozialen und ökonomischen Verwerfungen der Großen Depression und des Zweiten Weltkrieges geschlossen hatten.⁷⁴

Wie die Beiträge der Standort-Publikation des IW zeigen, war der Lobgesang auf die unternehmerische Risikobereitschaft keineswegs unpolitisch. Die rhetorische Mobilmachung wies in manchen Punkten bereits auf die »Wende«-Rhetorik der christlich-liberalen Koalition der Jahre 1982/1983 voraus,⁷⁵ und sie transportierte bestimmte gesellschaftliche Leitbilder und Wertvorstellungen, die sowohl gegen den keynesianischen Konsens der 1960er-Jahre als auch gegen den gesellschaftlich verbreiteten Wachstumspessimismus und alternative Lebensentwürfe der neuen sozialen Bewegungen gerichtet waren. Wirtschaftspolitisch trat das IW wie der Sachverständigenrat dafür ein, den Strukturwandel nicht staatsinterventionistisch oder gar kollektivistisch zu lenken, sondern durch bessere Angebotsbedingungen die Anpassung an ihn zu fördern. Die wirtschaftspolitische Linie des Instituts lautete: Investitionsbedingungen stärken, Lohn- und Abgabenlast für Unternehmen senken, »Staatsinterventionismus« beschränken. Im Grunde handelte es sich hierbei um eine Rezeptur zur nationalen Standortprophylaxe. In den 1980er-Jahren gelte es, so Vogels programmatischer Schlusssatz, den »Kräften der produktiven Veränderung« – gemeint waren einmal mehr Unternehmen und Kapital – »zum Durchbruch zu verhelfen«.⁷⁶

In seinem Beitrag prägte Vogel ein richtungweisendes Standort-Kompositum: die »Standortproblematik«. Das IW zielte auf eine »kritische und zukunftsbezogene Gesamtwürdigung unserer Standortproblematik, die im Grunde identisch ist mit der Frage nach der internationalen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen überhaupt«.⁷⁷

74 Vgl. Streeck (2013), S. 23–78; grundlegend zum *profits squeeze* Brenner (2006); zur Politik der Finanzialisierung seit den 1970er-Jahren Glyn (2006) u. Krippner (2011).

75 Dazu Wirsching (2002).

76 Vogel (1980), S. 46 u. 66; ähnlich Freudenfeld (1980), S. 10.

77 Vogel (1980), S. 40.

Das war eine bemerkenswerte und denkbar weitreichende Gleichsetzung. Die Ineinsetzung der Standortproblematik mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit war zwar in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates bereits angelegt gewesen, aber nicht so entschieden ausbuchstabiert worden. Noch Ende der 1980er-Jahre wurde diese Gleichsetzung unter Ökonomen durchaus kontrovers diskutiert, setzte sich im Zuge der Standortdebatte aber tendenziell durch. Was das IW mit der Standortproblematik anvisierte, war eine vorausschauende kritische Bestandsaufnahme von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik, die auf nichts Geringeres hinauslief, als das gesamte nationale Regelwerk, letztlich *alles*, auf den Prüfstand der internationalen »Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit« zu stellen.⁷⁸ Dass Vogel von *unserer* Standortproblematik sprach, also eine Wir-Perspektive einnahm, verweist auf ein Spezifikum der deutschen Debatte: Standort Deutschland konnte auch als Identitätskonzept fungieren, das dazu aufforderte, »die« deutsche Wirtschaft als »wir« zu begreifen und sich in den Dienst der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des eigenen Landes zu stellen. In diesem Ordnungsdenken trat an die Stelle der politischen Rechts- und Solidargemeinschaft der Staatsbürgernation das ökonomische Leistungsgefüge des Standorts Deutschland.

1979/1980 scheint die Zeit noch nicht reif gewesen zu sein für die Durchsetzung der Standortproblematik als öffentlich-mediales und wirtschaftspolitisches Großthema. Wohl diskutierten Wirtschaftswissenschaftler über Wettbewerbsprobleme, aber eine wesentliche Ursache für den Kapitalabfluss aus Deutschland lag gar nicht in den hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, sondern in der Hochzinspolitik der USA seit den späten 1970er-Jahren, die sich dem politischen Einfluss der Bundesregierung entzog. Sehr erfolgreich hatten die Vereinigten Staaten dadurch internationales Kapital angelockt, für deutsche Anleger wurden sie sogar zum »Investitionsland Nr. 1«. Seit 1978 floss ein Drittel bis die Hälfte aller deutschen Direktinvestitionen in die USA.⁷⁹ Die Bundesrepublik erlebte von 1983 an, als die Rezession überwunden war, einen mehrjährigen Wirtschaftsaufschwung und stieg 1986 sogar zur exportstärksten Nation der Welt auf. Die Ursache lag nicht zuletzt im Nachfrageboom der OPEC-Staaten und ihrer Petrodollar.⁸⁰ Dennoch, und das verlangt nach einer Erklärung, entspann sich just 1987/1988 die erste öffentliche Debatte über Probleme des Standorts Deutschland.⁸¹

78 Hockerts (2010), S. 277, Anm. 73.

79 Neuss (1988), S. 212. Hierbei dürften auch die protektionistischen Bestrebungen der amerikanischen Industrie eine Rolle gespielt haben, die durch inländische Produktionsstätten umgangen werden konnten, ebd. Ebenso Grosser (1988), S. 108 u. 112.

80 Geyer (2008), S. 50.

81 Vgl. zu dieser ersten Standortdebatte die damalige vorläufige Bilanz von Biedenkopf/Miegel (1989). Das Buch erschien im Oktober 1989 und damit noch vor dem Fall der Berliner Mauer.

5 Erstes Aufflackern: Die Standortdebatte in der alten Bundesrepublik, 1987 bis 1989

Dass gerade zu diesem Zeitpunkt die erste öffentliche Problemdebatte über den Standort Deutschland losbrach – alternierend war von »Wirtschafts-«, »Industrie-«, »Produktions-« oder »Investitionsstandort« die Rede –, lag nicht allein in realökonomischen Faktoren begründet. Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik bot wenig Anlass zur Sorge, allerdings hatte sich ein außenwirtschaftlicher Faktor erheblich verändert, der die Kostenwettbewerbsfähigkeit deutscher Produktion unmittelbar betraf: der niedrige Dollarkurs. Dass in Teilen der deutschen Medienöffentlichkeit zunehmend über Standort-Komposita wie »Standortfaktoren«, »Standortbedingungen«, »Standortvor-« und »Standortnachteile« diskutiert wurde, war ein Indiz dafür, dass die inhärente Logik des »internationalen Standortwettbewerbs« bei bestimmten Akteuren in Wirtschaft, Politik und Medien verdinglicht wurde. Treibende Kraft in der Debatte waren westdeutsche Spitzenmanager und Verbandsfunktionäre, die in den Medien sowie auf Unternehmertagungen Alarm schlugen, um mit dem Argument der internationalen Kosten- und Steuerkonkurrenz rechtzeitig, ehe zum Jahreswechsel 1992/1993 der europäische Binnenmarkt Realität würde, die Pläne der Bundesregierung zur Unternehmenssteuerreform von 1990 zu beeinflussen. Sowohl Wirtschaftsforschungsinstitute als auch das Wirtschaftsministerium unter Martin Bangemann (FDP) sprangen ebenfalls auf die Standort-Thematik an. Obgleich sich wider Erwarten 1988 die weltwirtschaftliche, europäische und bundesdeutsche Konjunktur äußerst positiv entwickelten, ließen die Warnrufe nicht nach. Die Sorge um die *künftige, relative* Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik gab der Standortdebatte bis ins Jahr 1989 hinein weitere Nahrung. Unzufriedenheitsbekundungen und Warnungen kamen zusätzlich aus der OECD und der internationalen Wirtschaftspresse.⁸²

Anfang 1987 schrieb das *Wall Street Journal* noch von den Hoffnungen internationaler Analysten in die Bundesrepublik als »Europe's powerhouse« und »engine of European growth«,⁸³ Hoffnungen, die sich nicht erfüllten, nachdem bereits das Vorjahr enttäuschend für Europa verlaufen war. Dem Sachverständigenrat bereitete insbesondere die steile Aufwertung der Deutschen Mark gegenüber dem dramatisch verfallenden Dollar Sorge, da diese das deutsche Exportgeschäft belastete und Unsicherheit schürte, wie sich nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 die Wechselkurse weiterentwickeln würden. Wie schon in

⁸² Vgl. Biedenkopf/Miegel (1989), bes. S. 11–18 und die dortige Bibliografie, S. 102–107.

⁸³ Peter Norman, *West Europe's Economy Limp into '87 Looking to Germany for Spur to Growth*, in: *Wall Street Journal*, 7. Januar 1987, S. 25.

seinen ersten Äußerungen zur Standort-Thematik Mitte der 1970er-Jahre führte der Rat Zweifel an der »Attraktivität des Standortes Bundesrepublik« auf die negative Bilanz der Direktinvestitionen zurück. Es fehle an Dynamik »für mehr Investitionen und für die Erschließung neuer Märkte«. ⁸⁴ Zusätzlich warf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ihre Schatten voraus und nährte Zweifel der Wirtschaftsweisen an der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, ungeachtet des Wirtschaftsaufschwungs seit 1983. Ausschlaggebend für diese Sicht war zum einen, dass die deutschen Wachstumsraten, erst recht jene der übrigen westeuropäischen Länder, nicht nur hinter denjenigen der USA und Japans, sondern vor allem hinter den *Erwartungen* zurückblieben. 1987, als sich bereits ein neuer Aufwärtstrend abzeichnete, betrug das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik moderate und enttäuschende 1,8 Prozent. ⁸⁵ Zum anderen spielte der hohe wirtschaftliche Verflechtungsgrad der Bundesrepublik, gemessen an ihrer im Vergleich zu den USA und Japan extrem hohen Exportquote, eine wesentliche Rolle, war die westdeutsche Volkswirtschaft dadurch doch anfälliger für Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung und außenwirtschaftliche Umbrüche wie den akuten Dollarverfall. ⁸⁶ Die zunehmende Integration der Güter- und Dienstleistungsmärkte, die Liberalisierung der Finanzmärkte und der wachsende Konkurrenzdruck durch Japan, die südostasiatischen Schwellenländer sowie auf dem bevorstehenden Gemeinsamen Europäischen Markt wurden weniger als Chance denn als Gefahr für Deutschland thematisiert, trotz der anhaltenden Exportstärke deutscher Unternehmen. Bezüglich Produktionsverlagerungen ins kostengünstigere Ausland warnte der Sachverständigenrat Ende 1987: »Deshalb ist der internationale Wettbewerb bei globalisierten Märkten ein ernst zu nehmendes Faktum geworden.« ⁸⁷

Anfang 1988 erschien im *Wall Street Journal* der Leitartikel »Future shock«, der sich explizit auf die deutsche »Standort debate« bezog und urteilte, Westdeutschland verliere seine Anziehungskraft als Standort für europäische Unternehmen. ⁸⁸ Kurz darauf berichtete Auslandskorrespondent Terence Roth aus Frankfurt am Main: »West Germany is shaping up as the country with the most to lose if and when Europe becomes a truly common market.« Roth machte das hohe Kosten-

84 JG 1987/88, Ziff. 58f. u. 88.

85 So die vorläufige Berechnung des Bruttosozialprodukts durch den Sachverständigenrat, JG 1988/89, Tabelle 6, S. 47. Später korrigierte er die Zahl nach unten auf 1,6 Prozent, JG 1990/91 vom 30. November 1990, »Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands«, Tabelle 17, S. 59.

86 Hierzu Neuss (1988), S. 194 ff.

87 JG 1987/88, Ziff. 293.

88 Terence Roth, Future Shock? – West Germany Loses its Appeal as Location for European Business, in: *Wall Street Journal*, 29. Februar 1988, S. 1f.

niveau als Kernproblem aus und berief sich dabei prompt auf führende Vertreter der westdeutschen Industrie. Den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Tyll Necker zitierte er mit den Worten: »There is a danger of sliding into a second-class status.«⁸⁹ Im *Wall Street Journal* fanden westdeutsche Wirtschaftsvertreter Gehör für ihre Reformvorstellungen bezüglich niedrigerer Steuern, Löhne und Sozialabgaben sowie stärkerer Deregulierung. Sie nutzten die angesehene internationale Wirtschaftspresse für ihre Zwecke und spielten über diese Bande ihre Bälle nach Deutschland zurück, mitunter als unverhohlene Drohung an die Adresse der Bundesregierung: »If Bonn's inaction continues, decisions will be made to transfer production elsewhere.«⁹⁰ Derlei Verlautbarungen sollten die Bundesregierung zu einer entschiedeneren Unternehmenssteuerreform bewegen. Da zuletzt einige namhafte deutsche Großkonzerne der Elektro- und Automobilindustrie Teile ihrer Fertigung ins kostengünstigere Ausland verlagert oder es zumindest öffentlich erwogen hatten, konnten Industrievertreter einigermassen glaubhaft mit Produktionsverlagerungen drohen.⁹¹

Als »Standort-Kassandras« und »Standort-Pessimisten« taten *Spiegel*-Redakteure die Wortführer in der Debatte 1988 ab.⁹² Auch *Zeit*-Redakteur Nikolaus Piper hielt die »Panik im Wunderland« für übertrieben. Dem »Klagechor«, dessen Liste sich »wie ein Who's who der deutschen Wirtschaftselite« lese, entgegnete er nüchtern, der gestiegene Kostendruck auf Unternehmen in Deutschland sei nicht hausgemacht, sondern wesentlich durch den ungünstigen Wechselkurs der Deutschen Mark zum Dollar bedingt:

Was oberflächlich als Ergebnis verschlechterter Standortbedingungen im Inland erscheint, ist in Wirklichkeit fast ausschließlich die Folge des dramatischen Dollarverfalls. Nicht die Gewerkschaften haben den Kostendruck auf die Unternehmen verschärft, sondern das hohe Handelsdefizit in den USA. Vor allem wegen des Defizits stieg der Wert der Mark seit 1985 um rund achtzig Prozent. Im gleichen Tempo wie die Währung wurde auch der Produktionsstandort Deutschland teurer.⁹³

Auf die *Spiegel*-Redakteure wirkte die Debatte über den Standort Deutschland denn auch wie »eine konzertierte Aktion des Spitzenmanagements«. Im Gespräch

89 Terence Roth, As Europe Readies End to Trade Curbs. Germany's Attractions for Investors Ebb, in: *Wall Street Journal*, 8. März 1988, S. 31.

90 Ebd. (Zitat von Norbert Walter, damals *senior economist* der Deutschen Bank, 1990–2009 Chefökonom).

91 Nikolaus Piper, Panik im Wunderland. Hohe Löhne sind keine Gefahr für den Industriestandort Bundesrepublik, in: *Die Zeit* Nr. 15, 8. April 1988, S. 23.

92 Existenzgefahr für den Standort Deutschland?, in: *Der Spiegel* Nr. 17, 25. April 1988, S. 118–133, hier S. 122, 128 u. 133.

93 Nikolaus Piper, Panik im Wunderland. Hohe Löhne sind keine Gefahr für den Industriestandort Deutschland, in: *Die Zeit* Nr. 15, 8. April 1988, S. 23.

konfrontierten sie Hans-Olaf Henkel, Chef von IBM Deutschland, mit der Auffassung: »Für die These von der schrumpfenden Konkurrenzfähigkeit Deutschlands spricht doch wenig. Im vorigen Jahr schafften die Deutschen einen neuen Rekordüberschuß im Außenhandel. Die Bundesrepublik ist die exportstärkste Nation der Welt.« Im Gegenzug verwies Henkel auf die Entwicklung des Kapital-exports. Wie der Sachverständigenrat stellte er den im vorangegangenen Jahr gesunkenen amerikanischen Direktinvestitionen in Deutschland (minus eine Milliarde DM) die erheblich gestiegenen Investitionen der Deutschen in den USA gegenüber (plus acht Milliarden DM). »Das spricht nicht für den Standort Deutschland.« Faktisch erklärten sich die deutschen Kapitalexporte in die USA auch aus dem günstigen Wechselkursverhältnis zwischen einem schwachen Dollar und einer starken Deutschen Mark, was Henkel freilich nicht thematisierte, da es seine Argumentation unterlaufen hätte. Die Redakteure kehrten Henkels Argument der Direktinvestitionen genau um: »Daß der Kapitalexport ein Indiz für die Schwäche der Bundesrepublik sein soll, erscheint uns geradezu absurd. Das beweist eher, daß hier ordentlich Geld verdient wird.«⁹⁴ Dies ließ Henkel zwar gelten, hielt aber am Problem der nachlassenden Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik fest. Im Interview folgte daraufhin ein Streit über die angebliche und die tatsächliche prozentuale Besteuerung von Unternehmensgewinnen in Deutschland, der sich in anderen Zeitungen nahezu identisch wiederholte. Als Vorbild für eine unternehmerfreundliche Besteuerung galt »England« (eigentlich das Vereinigte Königreich) unter Margaret Thatcher, die mit einer Politik der finanziellen Anreize für die Neuansiedlung von Unternehmen international für Furore sorgte.⁹⁵ Der Politik der Unternehmenssteuersenkungen in den USA unter Ronald Reagan und in Großbritannien unter Thatcher waren viele kleinere europäische Länder gefolgt, wodurch der Handlungsdruck auf andere Regierungen stieg, ihrem Beispiel zu folgen.⁹⁶

Henkel räumte durchaus ein, dass die Standortfaktoren in Deutschland objektiv nicht schlechter geworden seien. »Entscheidend ist, daß es in anderen Ländern viel besser geworden ist.« Der beharrliche Fingerzeig auf die Leistungen internationaler Konkurrenten gehörte zum Kernarsenal nationaler Standortargumentationen. Aus dem bevorstehenden »Wettbewerb der Standortbedingungen in der EG« leitete Henkel die politische Forderung an die Bundesregierung ab, das »Steuersystem einigermaßen konkurrenzfähig gegenüber den anderen

94 *Spiegel*-Gespräch, »Irgendwann läuft das Faß mal über.« Der deutsche IBM-Chef Hans-Olaf Henkel über die Gefahren für den Industriestandort Deutschland, in: *Der Spiegel* Nr. 6, 8. Februar 1988, S. 72–80, hier S. 72 u. 75.

95 Ebd., S. 75 u. Nikolaus Piper, Panik im Wunderland. Hohe Löhne sind keine Gefahr für den Industriestandort Bundesrepublik, in: *Die Zeit* Nr. 15, 8. April 1988, S. 23.

96 Siehe Buggeln (2012), S. 76.

EG-Ländern« zu machen. Es ging ihm um die öffentliche Signalwirkung, »auch für die ausländischen Investoren: In Deutschland wird sich etwas tun.«⁹⁷ Die *Spiegel*-Redakteure indes machten aus ihrer Skepsis keinen Hehl. Zu häufig schon hatten deutsche Unternehmer vor dem Untergang der Industrie gewarnt, zuletzt 1984, als die Vierzigstundenwoche reduziert worden war. »Die deutsche Industrie ist bisher nicht untergegangen. Im Gegenteil.«⁹⁸ Henkel konterte mit dem Argument, bislang habe die Industrie diese Nachteile zwar durch Investitionen in höhere Produktivität ausgleichen können, aber, so seine Warnung, »irgendwann läuft das Faß mal über«. Politisch plädierte er für eine »Offensive zum Standort Deutschland«, gemeinsam getragen von Bundeskanzler Helmut Kohl, der Bundesregierung und den Unternehmern.⁹⁹

Das war Wasser auf die Mühlen des *Spiegel*. Mit einem kritischen Themenschwerpunkt zur Debatte über den Standort Deutschland setzte das Magazin nach. »Wandert die Industrie aus? Besteht Existenzgefahr für den Standort Deutschland? Oder wird hier nur eine Agitprop-Aktion der Unternehmerlobby gekonnt durchgezogen?« Die Position des *Spiegel* war klar: »Die Debatte über den Standort Deutschland sollte so eingeordnet werden, wie sie von ihren Initiatoren gedacht war: als Angstmacher, der Steuerpolitiker und Tarifpartner weich klopft; als ein eigenwilliger Beitrag der Unternehmer im Verteilungskampf.«¹⁰⁰

Obgleich sich 1988 die wirtschaftsstatistischen Anzeichen einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in Deutschland, Europa und sogar der Welt verdichteten, ebte die Standortdiskussion nicht ab. Aus den Reihen der wirtschaftlichen Politikberatung und den Wirtschaftsforschungsinstituten erschien jetzt die erste Publikationswelle zum Thema. Das IW in Köln widmete dem Standort Bundesrepublik Deutschland 1988 in der hauseigenen Zeitschrift *IW-Trends* ein spezielles Themenheft sowie einen Sammelband zu Unternehmenssteuern, andere Wirtschaftsforschungsinstitute folgten und der Deutsche Gewerkschaftsbund hielt inhaltlich dagegen. Auch das Schwerpunktthema der Strukturberichterstattung im Auftrag von Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) lautete für 1988: »Standort Bundesrepublik Deutschland und Veränderungen der Standortfaktoren im sektoralen Strukturwandel.«¹⁰¹

97 *Spiegel*-Gespräch, »Irgendwann läuft das Faß mal über.« Der deutsche IBM-Chef Hans-Olaf Henkel über die Gefahren für den Industriestandort Deutschland, in: Der Spiegel Nr. 6, 8. Februar 1988, S. 79, 75 u. 78.

98 Ebd., S. 78f.

99 Ebd., S. 79f.

100 Existenzgefahr für den Standort Deutschland?, in: Der Spiegel Nr. 17, 25. April 1988, S. 118–133, hier S. 118 u. 133.

101 Siehe IW (1988); Fels/Vogel (Hg.) (1988); Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1989).

Ende 1988 legte auch der Sachverständigenrat sein erstes regelrechtes Standort-Gutachten vor. Zu seiner eigenen Überraschung hatte es einen »unerwartet kräftigen Anstieg der Unternehmensinvestitionen« gegeben. Darin sah er aber keinen Grund zur Entwarnung, wie man hätte meinen können, sondern er unterstrich die Geltung der Devise: »Die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik erhöhen«. ¹⁰² Erstmals hatte der Sachverständigenrat eine internationale Vergleichsanalyse zur »Qualität des Unternehmensstandorts Bundesrepublik und dessen internationale[r] Wettbewerbsfähigkeit« unternommen. ¹⁰³ Dass er sich ganz auf die *künftigen, relativen* Entwicklungschancen der Bundesrepublik konzentrierte, verrät folgende Passage zum Ergebnis der Vergleichsanalyse:

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und ihre Attraktivität als Unternehmensstandort können nicht schlechthin als unzureichend bezeichnet werden. Ein anderes Urteil widerspräche den Tatsachen. Dennoch ist unübersehbar, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften, die mit der Globalisierung der Märkte und der Internationalisierung der Produktion verbunden sind, weniger gut als andere Industrienationen entsprochen hat. ¹⁰⁴

Die Lösung sah der Sachverständigenrat einmal mehr in einem »System von Anreizen« für eine »rege Investitions- und Innovationstätigkeit« der Unternehmen und in Steuervorschriften, die »den Leistungswillen und die Risikobereitschaft der Menschen« nicht hemmten. Wie Hans-Olaf Henkel warnte er mit Blick auf die Steuerreformvorhaben anderer Industrienationen: »Im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme droht die Bundesrepublik zurückzufallen.« ¹⁰⁵

Am deutlichsten sah das Institut der deutschen Wirtschaft die neue Wirklichkeit des »internationalen Standort-Wettbewerbs« heraufziehen. Hierzu sei eine längere Passage aus der Zeitschrift *IW-Trends* zum »Standort Bundesrepublik Deutschland« von 1988 zitiert, die mit Blick auf die gegenwärtige Staatsschuldenkrise einiger südeuropäischer Länder geradezu prognostischen Charakter hat:

Die großen offenen Volkswirtschaften der westlichen Welt geraten angesichts dieser neuen internationalen Mobilitätsdimension ihrer Unternehmen und ihrer dynamischen Produktivkräfte zunehmend in eine ihnen bislang weniger bewußte Art von Wettbewerb untereinander: den internationalen Standort-Wettbewerb. In seiner ökonomischen Substanz handelt es sich um einen Wettbewerb der Investitionsbedingungen, in dem über die relative Eignung der jeweiligen Volkswirtschaften als Investitionsstandorte entschieden wird.

102 JG 1988/89, Ziff. 58 u. 233–236. Die Devise war jetzt sogar in den Rang einer Kapitelüberschrift aufgestiegen.

103 Ebd., Ziff. 234.

104 Ebd., Ziff. 176.

105 Ebd., Ziff. 173 u. 175.

[...] Auch die noch fest verbunkerten sozialökonomischen Institutionen und Subsysteme, die für unternehmerische Investitionsentscheidungen relevant sind, werden vom tiefreichenden Sog des neuen internationalen Standort-Wettbewerbs erfasst. Das gilt vor allem für die Lohn- und Arbeitsmarktordnungen, die sozialen Sicherungssysteme und die Steuer- und Fiskalsysteme. Ihre ökonomische Performance, ihre inhaltliche und zeitliche Anpassungsflexibilität und ihre Reformfähigkeit kommen international verstärkt auf den Prüfstand. Maß und Tempo ihrer Anpassungsflexibilität entscheiden wesentlich darüber, ob ein Standort ökonomisch expansiv ist, sich revitalisiert, tendenziell schrumpft oder »auszutrocknen« beginnt.¹⁰⁶

Es ist erstaunlich, wie genau das IW bereits zu diesem Zeitpunkt die Logik und den »Sog des neuen internationalen Standort-Wettbewerbs« vor Augen hatte, denen die politischen Ökonomien in einer offenen Weltwirtschaft ausgesetzt waren. Wie schon 1979/1980 war das Institut mit dieser Sicht seiner Zeit voraus. Diskursmächtig wurde diese Interpretation erst mit dem Durchbruch der Standortdebatte im wiedervereinigten Deutschland der 1990er-Jahre, als der restringierende Rahmen des Kalten Krieges weggefallen war und die wirtschaftliche Internationalisierung – jetzt als Globalisierung begriffen – ein neues Ausmaß und eine neue Qualität erreichte. 1995 machte sich der Sachverständigenrat diese Weltsicht zu eigen, als er sein Jahresgutachten »Im Standortwettbewerb« betitelte.¹⁰⁷ Ebenfalls Mitte der 1990er-Jahre trugen Ökonomen in internationalen Fachzeitschriften und den Medien eine Kontroverse über das Konzept der »Wettbewerbsfähigkeit« von Volkswirtschaften aus. In der ökonomischen Profession gab es keinerlei Einigkeit darüber, was der Begriff genau bezeichnete, welche Indikatoren anzulegen und welche politischen Maßnahmen in einem jeweiligen Land anzuwenden waren, um mehr Wettbewerbsfähigkeit oder Wachstum zu generieren. Eines aber geht aus ihren Beiträgen klar hervor: Das Urteil über die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft war maßgeblich ein *politisches* Urteil, das die Passfähigkeit und die Glaubwürdigkeit eines Staates innerhalb des vorherrschenden marktliberalen Wettbewerbsdiskurses ausdrückte.¹⁰⁸

Das IW sah seine Prognose von 1980 vollauf bestätigt: Die »Investitionsschwäche« sei »zur zentralen Achillesferse des Standorts Bundesrepublik« geworden. Der angebotsökonomische Duktus fiel jetzt noch apodiktischer aus, hypothetische Kausalverkettungen wurden noch selbstbewusster als ökonomische Gesetzmäßigkeiten präsentiert. Sprachlich wechselten sperrige Termini *technici* wie »das gestörte investive Anreizsystem« oder die »unbefriedigende Arbeitskosten-Produktivitäts-Relation« ab mit Anlehnungen an ältere »Lücken«-Diskurse

106 Institut der deutschen Wirtschaft (1988), S. 2. Die Publikation ging auf eine öffentliche Jahrestagung zurück, und wie schon 1979/1980 zeichnete Otto Vogel für die Schrift verantwortlich.

107 JG 1995/96 vom 15. November 1995, »Im Standortwettbewerb«. Mit weiteren Beispielen aus der Politikberatung und der Regierungspolitik Meteling (2014).

108 Vgl. Krugman (1994); Dunn (1994); Boltho (1996).

wie die »Investitionslücke« und die »Arbeitszeitlücke«, darunter mischten sich neue Standortkomposita wie das »Standortpotential« und moderne Anglizismen wie die »wirtschaftliche Performance« der Bundesrepublik.¹⁰⁹ Gemessen an Standortpublikationen der 1990er-Jahre fiel es offenbar noch schwer, die Vorstellung eines drohenden Niedergangs des Standorts in passende Worte zu kleiden. Biologisches Verfallsvokabular wie am Ende der zitierten Passage, Begriffe wie »Terrainverluste«, »Abbröckelungstendenzen« und erst recht der holprige Vergleich mit einer zerfallenden »Burg« waren etwas ungelenke Umschreibungsversuche für die Probleme einer offenen, weltwirtschaftlich hochgradig verflochtenen Volkswirtschaft. Die politische Stoßrichtung des IW blieb die gleiche wie 1980: Es galt, den »sensibelsten und mobilsten Produktionsfaktor« anzulocken, das Kapital. Dazu mussten die Ursachen der »Investitionslücke« bekämpft werden, die das IW im Wesentlichen für »hausgemacht« hielt, nämlich das »Gemisch aus einem Defizit an positiven Zukunftsperspektiven [investive Zukunftsperspektiven] und einem gestörten Anreizsystem«.¹¹⁰

Wesentlich zurückhaltender, unentschiedener und selbstkritischer äußerte sich das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in seinem Strukturbericht im Auftrag des Wirtschaftsministers. »Standortfaktoren sind in erster Linie in die Zukunft gerichtet«, hieß es eingangs. Eine fundierte empirische Analyse könne sich aber nur auf Daten aus der Vergangenheit beziehen und vorsichtige Schlüsse auf zukünftige Tendenzen ableiten. Der ganze Bericht zeugte von den wissenschaftlichen Zweifeln an der Machbarkeit internationaler Standortvergleiche, von der Skepsis angesichts der »Schwierigkeit, qualitative Merkmale zu quantifizieren und der Vielzahl der Standortfaktoren und der Unmöglichkeit, »letzte« wirtschaftliche Ziele zu bestimmen«. In etlichen Grundannahmen und Schlussfolgerungen wich das RWI von der Sicht des IW ab. Dies begann schon bei der Begriffsdefinition von »Standortqualität«: Darunter verstand das RWI »weniger die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, sondern vor allem ihre grundlegenden Wachstumsbedingungen und die Dynamik der Märkte«. Diese Begriffsauffassung legte andere Bezugsgrößen und somit auch andere Indikatoren nahe. Explizit bezog das RWI auch *nachfrageseitige* Bestimmungsgrößen mit ein. Und überhaupt erschien ihm eine *branchenspezifische* Untersuchung von Standortfaktoren und wirtschaftlicher Entwicklung sinnvoller. Sie nahm einen wesentlichen Teil des Berichts ein.¹¹¹ Anders als das IW zweifelte das RWI am behaupteten Kausalzusammenhang zwischen nachlassenden Investitionen und schlechten Standortbedingungen. Im Sinne einer

109 Ebd., S. 1f. u. 12 (»Investitionslücke«).

110 Ebd., S. 2, 7f. u. 12.

111 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1989), S. 1 u. 3.

self-fulfilling prophecy war aber zu befürchten, dass eine solche Fehleinschätzung sich negativ auf die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen auswirken könnte.¹¹² Das RWI reflektierte hier eine wesentliche Facette der Standortdebatte: ihre negativen Rückkopplungseffekte. Auch führende Vertreter der deutschen Industrie wurden sich bewusst, dass die Geister, die sie riefen, nicht so einfach zu bändigen waren. So stand im April 1988 in der *Zeit* zu lesen:

Der Streit um den Standort Bundesrepublik hat unterdessen so viel Eigendynamik bekommen, daß mancher im Unternehmerlager Furcht vor dem bekommt, was er in Gang gesetzt hat. Der Funktionär eines großen Wirtschaftsverbandes meinte: »Die Leute sehen jetzt nur noch das Negative und nicht mehr die unbestreitbaren Standortvorteile. Das ist auch eine Gefahr für den Standort.«¹¹³

6 Zusammenfassung und Ausblick

Aus der Rückschau auf die Standortdebatte der 1990er- und frühen 2000er-Jahre betrachtet, mutet das Schlagwort »Standort Deutschland« wie ein angebotsökonomischer Coup an, der einer breiteren Öffentlichkeit die Dringlichkeit, Notwendigkeit und Alternativlosigkeit angebotsökonomischer Politikkonzepte nahelegen konnte. Doch waren seine Erfinder aus den Reihen der wirtschaftlichen Politikberatung sich des polit-strategischen Potenzials der Standortssemantik in den 1970er-Jahren keineswegs bewusst. 1975 griff der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erstmals, aber nur vereinzelt und beiläufig zu dieser neuen Bezeichnung. Der Verwendungszusammenhang war symptomatisch, handelte es sich doch um Passagen zur Bedeutung von Direktinvestitionen und damit um den Arkanbereich der Angebotsökonomie, deren Perspektive sich die Mehrheit des Sachverständigenrats in den Jahren 1975 bis 1977 zu eigen machte. Vom Saldo der Direktinvestitionen (sinkende Inlandsinvestitionen gegenüber steigenden Auslandsinvestitionen) schlossen die Wirtschaftsweisen auf eine verminderte Attraktivität der Bundesrepublik als Standort. Zwischen den hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und der »Investitionslücke« in der Bundesrepublik stellten sie einen kausalen Zusammenhang her, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte nationaler Standortargumentationen in Deutschland zieht. Dabei gab es begründete Zweifel an dieser direkten Verkettung, weil sie der Komplexität internationaler Investitionsentscheidungen kaum gerecht wurde. Nationale

112 Ebd., S. 25.

113 Nikolaus Piper, Panik im Wunderland. Hohe Löhne sind keine Gefahr für den Industriestandort Bundesrepublik, in: *Die Zeit* Nr. 15, 8. April 1988, S. 23.

Standortargumentationen waren von Beginn an eingebettet in angebotsökonomische Prämissen, Problemdiagnosen und Schlussfolgerungen wie die notwendige »strukturelle« beziehungsweise »flexible Anpassung«, die der Sachverständigenrat von Wirtschaft, Politik und Arbeitnehmern verlangte.

Eine strategische, auf öffentliche Wirkung zielende Begriffsverwendung zeichnete sich erstmals auf der Jahrestagung 1979 und in der dazugehörigen Publikation des Instituts der deutschen Wirtschaft 1980 ab. Den Kölner Ökonomen ging es dabei auch um eine Aufwertung des Unternehmertums und die Ausweitung unternehmerischer Handlungs- und vor allem Investitionsspielräume. Diese semantische und zugleich politische Stoßrichtung entsprach einem Trend innerhalb der OECD-Welt, in der sich seit 1980 die Gewichte zwischen Kapital und Arbeit nach einer Phase der Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer wieder zugunsten des Kapitals verschoben. Ein gewisses mediales und politisches Echo fand die Standortthematik erst 1987/1988, als deutsche Spitzenmanager und Verbandsfunktionäre, flankiert vom Wirtschaftsministerium und Wirtschaftsforschungsinstituten, eine erste Debatte über den Standort Deutschland anstießen. Obwohl ein außenwirtschaftlicher Faktor – der niedrige Dollarkurs – die relativen Produktionskosten in Deutschland am stärksten in die Höhe getrieben hatte, behaupteten die Proponenten in der Debatte, hausgemachte Kostenprobleme seien der zentrale Wettbewerbsnachteil des Standorts Bundesrepublik. Staatstätigkeit, besonders Wohlfahrtsstaatlichkeit problematisierten sie als Kostenfaktor und forderten von der Bundesregierung mit Verweis auf den Wettbewerb der Steuersysteme auf dem künftigen europäischen Binnenmarkt, die geplante Unternehmenssteuerreform zu justieren. Dahinter stand der neue Wirklichkeitsentwurf des internationalen Standortwettbewerbs, in dem Staaten in direkter Konkurrenz zueinander um Investitionen und Produktionsstätten rangen und ihre nationalen Regelsysteme entsprechend ausrichteten. Da es um die Sicherung der *künftigen, relativen* Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik gegenüber ihren Konkurrenten ging, wurde selbst in wirtschaftlich stabilen Zeiten ein permanenter Zwang zur präventiven »Anpassung« abgeleitet. Ein Teil der Pressevertreter, vor allem Journalisten des *Spiegel*, stuften die Standortdiskussion 1987/1988 als strategische Waffe der Unternehmer im Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit ein. Tatsächlich verpuffte die Standortdebatte im wirtschaftlichen Aufschwung, noch bevor Mauerfall und Wiedervereinigung die mediale und politische Aufmerksamkeit ganz auf sich zogen.

Wie schlagworttauglich die Bezeichnungsinnovation war, zeigte sich in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren, als »Standort D« zu einem Leitbegriff der politischen Sprache avancierte.¹¹⁴ Befördert durch die Rezession 1992/1993,

114 Hierzu Meteling (2014).

die sogenannte Wiedervereinigungskrise, vor allem die dramatische Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland, den europäischen Binnenmarkt und die marktwirtschaftliche Transformation der osteuropäischen Staaten dominierte die Standortdebatte die politische Kommunikation und gab seit 1992/1993 in Teilen der schwarz-gelben und später der rot-grünen Bundesregierung auch wirtschaftspolitisch den Ton an. Über ein Jahrzehnt beherrschte sie die öffentlich-politische Diskussion und schlug auch in der internationalen Presse hohe Wogen. Der stete Verweis auf den schärfer werdenden internationalen Standortwettbewerb unterstrich die Dringlichkeit und Plausibilität solcher Rezepturen, die darauf zielten, die Angebotsbedingungen in Deutschland zu verbessern, während andere, stärker wohlfahrts-, solidaritäts- und gerechtigkeitsbezogene Organisationsprinzipien sowie Wertvorstellungen in den Hintergrund traten und deren Fürsprecher in argumentative Bedrängnis gerieten. Je intensiver und glaubwürdiger die Welt des internationalen Standortwettbewerbs beschworen wurde, desto mehr ragte diese Zukunft in die Gegenwart hinein und kolonisierte sie, indem diskursiv ein permanenter Druck zur Anpassung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuen erzeugt wurde.¹¹⁵ Der auf Strukturwandel bezogene Anpassungsimperativ wurde noch massiver, seitdem der Ausdruck Globalisierung den politisch-öffentlichen Diskurs beherrschte und die neue Wirklichkeit auf einen schlagenden Begriff brachte. Die Standortdebatte und der ökonomische Wettbewerbs- und Globalisierungsdiskurs griffen besonders seit 1993/1994 ineinander, ja verstärkten sich gegenseitig. Den realwirtschaftlichen Hintergrund bildete die Entfesselung globaler ökonomischer Aktivitäten nach dem Ende des Kalten Krieges und im Zuge der Transport- und Kommunikationsrevolution. Unternehmen und Kapital stand auf einmal die ganze Welt offen, während der Rechtsstaat, das Sozial- und Arbeitsrecht sowie das internationale Recht den neuen Gegebenheiten hinterherhinkten. In der globalen politischen Ökonomie, in der Staaten zu konkurrierenden Standorten wurden, konnte es nie genug, vor allem nie ausreichend schnelle nationale Standortprophylaxe geben. So erklärt es sich, dass die bereits in den späten 1970er- und 1980er-Jahren entwickelten Standortargumente erst nach der Überwindung der Teilung Deutschlands, Europas und der Welt ihren endgültigen Durchbruch hatten. Die semantische Verschiebung weg vom Gerechtigkeits- und Solidaritätsprinzip des Wohlfahrtsstaats hin zur neuen Wirklichkeit des internationalen Standortwettbewerbs ist nicht das geringfügigste Erbe, das die Standortdebatte unserer Gegenwart vermacht hat.

115 Diesem Zusammenhang widmet sich auch Davies (2014), S. xif.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- Beckett, Andy (2009), *When the Lights Went Out. Britain in the 1970s*, London.
- Biedenkopf, Kurt/Miegel, Meinhard (1989), *Investieren in Deutschland. Die Bundesrepublik als Wirtschaftsstandort*, Landsberg am Lech.
- Boltho, Andrea (Hg.) (1996), *International Competitiveness*, special issue, *Oxford Review of Economic Policy* 12, H. 3, S. 1–96.
- Brenner, Robert (2006), *The Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn*, London/New York.
- Bröckling, Ulrich (2007), *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt a.M.
- (2008), Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention, in: *Behemoth* 1, S. 38–48.
- (2013), Unternehmer, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt a.M., S. 271–276.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2013), *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt a.M.
- Buggeln, Marc (2012), Steuern nach dem Boom. Die Öffentlichen Finanzen in den westlichen Industrienationen und ihre gesellschaftliche Verteilungswirkung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52, S. 51–93.
- Davies, William (2014), *The Limits of Neoliberalism. Authority, Sovereignty and the Logic of Competition*, Los Angeles.
- Diaz-Bone, Rainer/Krell, Gertraud (Hg.) (2009), *Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen*, Wiesbaden.
- Dunn, Malcolm H. (1994), Do Nations Compete Economically? A Critical Comment on Prof. Krugman's Essay »Competitiveness: A Dangerous Obsession«, in: *Intereconomics* 29, S. 303–308.
- Eposito, Fernando (2014), No Future. Symptome eines Zeit-Geists im Wandel, in: Morton Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München, S. 95–108.
- Fels, Gerhard (Hg.) (1992), *Standort D: nach der Vereinigung – vor dem Binnenmarkt*, Köln.
- Fels, Gerhard/Vogel, Otto (Hg.) (1988), *Unternehmensbesteuerung am Standort Bundesrepublik*, Köln.
- Ferguson, Niall, u. a. (Hg.) (2010), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA/London.
- Frank, Thomas (2000), *One Market under God. Extreme Capitalism, Market Populism, and the End of Economic Democracy*, New York.
- Freudenfeld, Burghard (1980), *Vorwort*, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.), S. 9–11.
- Geppert, Dominik (2002), *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München.
- Geyer, Martin H. (Hg.) (2008), *Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, neue Unsicherheiten* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6), Baden-Baden.
- Giersch, Herbert (1985), *Euroclerosis*, Kiel.
- Glyn, Andrew (2006), *Capitalism Unleashed. Finance Globalization and Welfare*, Oxford.

- Habermas, Jürgen (1985), *Die Neue Unübersichtlichkeit* (Kleine Politische Schriften V), Frankfurt a.M.
- Hesse, Jan-Otmar (2011), Die »Krise der Selbstständigkeit«. Westdeutschland in den 1970er-Jahren, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.), *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitswelten*, Bonn, S. 87–105.
- Hockerts, Hans Günter (2006), Rahmenbedingungen. Das Profil der Reformära, in: ders. (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5: 1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs*, Baden-Baden.
- (2010), Abschied von der dynamischen Rente. Über den Einzug der Demografie und der Finanzindustrie in die Alterssicherung, in: ders./Ulrich Becker/Klaus Tenfelde (Hg.), *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*, Bonn, S. 257–286.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (1980), *Standort Bundesrepublik Deutschland. Wirtschaftliche Position und internationale Verflechtung* (Öffentliche Jahrestagung des Instituts der deutschen Wirtschaft am 6. November 1979 in Bonn-Bad Godesberg), Köln.
- (Hg.) (1988), *Schwerpunkt Standort Bundesrepublik Deutschland. Indikatoren, Analysen, Tendenzen*, IW-Trends, 15. Jg., H. 2.
- Jarusch, Konrad H. (2008), Zwischen »Reformstau« und »Sozialabbau«. Anmerkungen zur Globalisierungsdebatte in Deutschland, 1973–2003, in: ders. (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 330–349.
- Krippner, Greta R. (2011), *Capitalizing on Crisis. The Political Origins of the Rise of Finance*, Cambridge, MA.
- Krugman, Paul (1994), Competitiveness. A Dangerous Obsession, in: *Foreign Affairs* 73, H. 2, S. 28–44.
- Lemke, Thomas (2013), Flexibilität, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt a.M., S. 82–88.
- Lessenich, Stephan (2008), *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld.
- Lutz, Burkhard (1984), *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine neue Interpretation industrieller und kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M.
- MacKenzie, Donald/Muniesa, Fabian/Siu, Lucia (Hg.) (2007), *Do Economists Make Markets? On the Performance of Economics*, Princeton.
- Maier, Charles S. (2010), »Malaise«. The Crisis of Capitalism in the 1970s, in: Niall Ferguson u. a. (Hg.), *The Shock of the Global*, Cambridge, MA, S. 25–48.
- Meteling, Wencke (2014), Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der »Standortsicherung« in den neunziger Jahren, in: Ralph Jessen (Hg.), *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*, Frankfurt a.M./New York, S. 289–315.
- Metzler, Gabriele (2004), Versachlichung statt Interessenpolitik. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive*, Berlin, S. 127–152.
- Neckel, Sighard (2013), Erfolg, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt a.M., S. 63–70.
- Neuss, Beate (1988), in: Dieter Grosser u. a. (Hg.), *Soziale Marktwirtschaft. Geschichte – Konzept – Leistung*, Stuttgart, S. 194–220.

- Plumpe, Werner (2009), Ökonomisches Denken und wirtschaftliche Entwicklung. Zum Zusammenhang von Wirtschaftsgeschichte und historischer Semantik der Ökonomie, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 50, H. 1, S. 27–52.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1989), *Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, RWI-Strukturberichterstattung, Schwerpunktthema 1988: Standort Bundesrepublik Deutschland und Veränderungen der Standortfaktoren im sektoralen Strukturwandel*, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, bearbeitet von Roland Döhrn, Essen.
- Ritter, Gerhard (2007), *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates*, München.
- Schanetzky, Tim (2007), *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966–1982*, Berlin.
- (2010), Aporien der Verwissenschaftlichung. Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974–1988, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, S. 153–167.
- Schmid, Günther/Oschmiansky, Frank (2005), Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, in: Manfred G. Schmidt (Hg.), *Bundesrepublik Deutschland 1982–1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform* (Geschichte der Sozialpolitik seit 1945, Bd. 7), Baden-Baden, S. 239–287.
- Sennet, Richard (1998), *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin.
- Siemens, Peter von (1980), *Die deutsche Wirtschaft im Sog internationaler Strukturwandlungen*, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.), S. 14–38.
- Sievert, Olaf (2003), Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik, in: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hg.), *40 Jahre Sachverständigenrat 1963–2003*, Wiesbaden, S. 34–46.
- Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland* (1977), Bd. 1976, Stuttgart.
- Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland* (1981), Bd. 1980, Stuttgart.
- Streeck, Wolfgang (2013), *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
- Ther, Philipp (2014), *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin.
- Vogel, Otto (1980), Analyse der Standortfaktoren – Ergebnisse von Untersuchungen des IW, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.), *Standort Bundesrepublik Deutschland*, S. 39–66.
- Weber, Alfred (1909), *Reine Theorie des Standorts*, Tübingen.
- Wiechmann, Jan Ole (2014), *Sicherheit neu denken? Konzepte von Sicherheit in der christlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland (1977–1984)*, Diss. Marburg.
- Wirsching, Andreas (2002), Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 9, S. 127–139.
- (2006), *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München.
- (2012a), Eine »Ära« Kohl? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52, S. 667–684.
- (2012b), *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München.

Von der Lebensleistung zum Leistungsleben: Legitimationsprobleme des »Ruhestands«

Stephan Lessenich

1 Arbeiten bis zum Lebensende? Die kurze Geschichte des »Ruhestands«

Die sozialpolitische Institutionalisierung eines von den Mühen und Zwängen der Erwerbsarbeit befreiten Lebensabends gehörte zu den großen Errungenschaften der demokratisch-kapitalistischen, wohlfahrtsstaatlich verfassten Gesellschaften des 20. Jahrhunderts. Wenn auch in verschiedenartiger Form und mit erheblichen Unterschieden – insbesondere geschlechterspezifischen Differenzen – im Sicherungsniveau, wurde der Rechtsanspruch auf eine öffentliche Altersrente in diesen Gesellschaften spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg für große Bevölkerungsmehrheiten zu einem bedeutsamen Bestandteil ihrer Lebenswirklichkeit. Die institutionell geschaffene Erwartung eines materiell gesicherten Alters prägte die kollektiven Erwerbsmuster ebenso wie die individuellen Zukunftsplanungen. Zur Umschreibung der nach allgemeiner Auffassung legitimerweise mit einem »arbeitslosen Einkommen« ausgestatteten letzten Lebensphase des europäisch-nordamerikanischen Normalarbeitnehmers bildete sich ein eingängiges alltagssprachliches Motiv heraus: der Ruhestand.

Sprechender kann ein Wort kaum sein. In ihm verbindet sich die Vorstellung vom alltagspraktischen Zustand der Ruhe in der Nacherwerbszeit mit der Deutung eines spezifischen Status älterer, ein Leben voller Arbeit hinter sich lassender Menschen. RentnerInnen und PensionärInnen erscheinen hier als ein eigener gesellschaftlicher Stand, als eine soziale Gruppe, deren soziokulturelle Besonderheit im altersbedingten, wohlverdienten Rückzug aus dem Arbeits-

leben liegt.¹ Die über die Verbreitung des Konzepts in der Alltagssprache angezeigte soziale Anerkennung des Ruhestands (und der RuheständlerInnen selbst) markiert das Ende der agrar- und industriegesellschaftlichen Normalität lebenslanger Arbeit. Es ist dies eine historische Zäsur ersten Ranges. Allein: Sie war – so will es jedenfalls aus heutiger Sicht scheinen – nicht dauerhaft. Denn lassen sich die Jahrzehnte des euroatlantischen »Nachkriegsbooms« rückblickend als Hochzeit auch der wohlfahrtsstaatlichen Vergesellschaftung des (höheren) Alters rekonstruieren, so begann sich bereits in den 1980er-Jahren eine alterssozialpolitische Gezeitenwende abzuzeichnen.²

Als Gegenbewegung zu der sich seit den 1970er-Jahren vor allem in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten verbreitenden Frühverrentungspraxis³ entwickelte sich einerseits eine verstärkte politische Befürwortung wieder verlängerter Lebensarbeitszeiten beziehungsweise, dadurch vorbereitet, eine Praxis der sozialrechtlichen Förderung und materiellen Erzwingung eines späteren Renteneintritts. Andererseits bildete sich, parallel zur vorruhestandsbedingten »Verjüngung« des durchschnittlichen Rentners, allmählich ein neues gesellschaftliches Bild vom Alter heraus: ein Bild, das mit gekrümmten Rücken und orthopädischen Schuhen, mit Schwerhörigkeit und Lehnstühlen nur noch wenig zu tun hatte. Spätestens die 1990er-Jahre brachten den Durchbruch einer neuen politischen Sprache rund um das Alter – eine Abkehr von der zeitweilig vorherrschenden ruheständischen Aufladung öffentlicher Altersassoziationen, die als ein wesentlicher Faktor der Herstellung einer neuen sozialen Realität des Alters und des Lebens im Alter erachtet werden kann.

Eben dieser Wandel des gesellschaftlichen Altersbildes soll hier exemplarisch am deutschen Fall nachgezeichnet werden. Am Anfang steht ein kurzer Rückblick auf die Institutionengeschichte der Alterssicherung in Deutschland, die zu Beginn der 1970er-Jahre gewissermaßen mit der letzten Zuckung des Altersversorgungsstaats der Nachkriegszeit endet. Der Hauptteil ist der Rekonstruktion des altersbezogenen Diskurswandels gewidmet, der sich in verkürzter Form auf die Formel »von der Lebensleistung zum Leistungsleben« bringen lässt: von der Würdigung der biografischen Leistungsbilanz älterer Menschen hin zur Unterstellung ihrer lebenslangen Leistungsfähigkeit. Der Ruhestand wird in die-

1 Diesen Aspekt betont der englische Begriff *retirement*. Im spanischen Wort *jubilación* hingegen rücken die freudigen lebensweltlichen Momente dieses institutionell ermöglichten Rückzugs in den Mittelpunkt.

2 Vgl. allgemeiner zu den mit den 1970er-Jahren einsetzenden sozioökonomischen Umbrüchen in der Gesellschaftsformation der Nachkriegszeit Doering-Manteuffel/Raphael (2008).

3 Vgl. Ebbinghaus (2006). Eine Expansionsphase des Vorruhestands, die im deutschen Fall in den massiven Einsatz der Frühverrentungspraxis im Zuge der Bearbeitung der ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung in Ostdeutschland mündete.

sem historischen Prozess zu einem gesellschaftlich zunehmend »unmöglichen« Sozialstatus und Lebensführungsmodus, in einem doppelten Sinne: zunächst diskursiv entwertet, wird er als solcher dann auch – und für zukünftige Rentnerkohorten zunehmend – materiell verunmöglicht.

2 Das Alter im Wohlfahrtsstaat: Die Sozialrente als Arbeitsbürgerrecht

Das Alter als eine abgrenzbare und eigenständige Lebensphase – ein auf Kindheit beziehungsweise Jugend und Erwachsensein folgendes Lebensalter⁴ – ist ein soziales Phänomen der industriegesellschaftlichen Moderne. Mit der an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stark ansteigenden Lebenserwartung, der Durchsetzung der industriellen Produktionsweise und der damit einhergehenden Problematisierung von im Lebenslauf nachlassender Leistungsfähigkeit rückt das Alter in den Fokus sozialpolitischer Intervention. Es sind insofern, ganz im Sinne der klassischen Analyse Georg Simmels zur modernen Sozialfigur des »Armen«,⁵ erst die Effekte »der sozialen Reaktion, die auf einen gewissen Zustand hin eintritt«,⁶ die aus alten Menschen »Alte« respektive aus zu Unterstützungsbedürftigen erklärten Alten »Rentner« werden lassen.⁷

In der »vorsozialpolitischen Zeit«,⁸ in Deutschland also bis in die 1880er-Jahre hinein, existierte das Alter noch nicht als soziale Kategorie: »Erst Sozialpolitik wird aus den Alten einen eigenen ›Stand‹ machen, sie von anderen Populationen durch besondere Anforderungen und besondere Leistungen abgrenzen.«⁹ Im Kern, sprich in letzter Instanz und institutioneller Konsequenz, wurde diese sozialpolitische Konstitution des Alters allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen: mit der »Großen Rentenreform« des Jahres 1957 nämlich, die als symbolischer wie materialer Ausdruck eines alterspolitischen Paradigmenwechsels gelten kann. Erst seitdem ist hierzulande die Vorstellung eines arbeits-

4 Vgl. Laslett (1995).

5 Für Simmel ist jemand, dem die Mittel zur materiellen Existenzsicherung oder Bedürfnisbefriedigung nicht hinreichen, »im sozialen Sinne erst arm, wenn er unterstützt wird. [...] Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, daß er Unterstützung erhält oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte.« Simmel (1992), S. 551.

6 Ebd., S. 552.

7 Vgl. zu diesem Zusammenhang ausführlich auch Göckenjan (2000), S. 298–375, knapp Denninger u. a. (2014), S. 63–74.

8 Göckenjan (2000), S. 305.

9 Ebd.

freien Alters fest im gesellschaftlichen Wertehaushalt verankert und die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) nicht nur zum größten Ausgabenposten im bundesdeutschen Sozialetat,¹⁰ sondern die öffentliche Alterssicherung zum zentralen Legitimationsmoment des deutschen Sozialstaats insgesamt geworden.¹¹

Bismarcks System der Sozialversicherungen, das neben der Unfall- und Krankenversicherung auch die 1891 in Kraft getretene Invaliditäts- und Altersversicherung umfasste und bis heute als Gründungsakt des deutschen Sozialstaats gilt, war ein erster Markstein in der Geschichte der Alterssozialpolitik. Allerdings blieb die gesellschaftliche und lebenspraktische Normalität des Arbeitens »bis zum Umfallen« trotz dieser institutionellen Neuerung faktisch bestehen. Mehr noch: Die institutionelle Ermöglichung von im Wortsinne lebenslanger Erwerbstätigkeit war die erklärte Leitidee des frühen deutschen Sozialstaats; das Leitbild eines sozialpolitisch garantierten Ruhestands kam erst viele Jahrzehnte später auf, nach zwei Weltkriegen und unter demokratischen Verhältnissen. Bis dahin war die öffentliche Altersrente nach dem Prinzip eines (in heutiger sozialpolitischer Terminologie) Kombilohns konstruiert: als »Zuschuß zu dem noch vorhandenen Arbeitsverdienst«. ¹² Was hier versichert werden sollte, waren die am Ende eines Erwerbslebens aufgrund nachlassender Produktivität zu erwartenden Lohneinbußen. De facto war die gesetzliche Altersrente somit zunächst eine Teilerwerbsunfähigkeitsrente für über Siebzigjährige, die ihren Beruf noch ausübten, aber eben nicht mehr wie in jüngeren Jahren (also wie »vollwertige« Arbeitskräfte) entlohnt wurden. Alter war zu jener Zeit noch keineswegs der sozialpolitische Gegenbegriff zu Arbeit beziehungsweise Erwerbstätigkeit. Die Alterssozialversicherung in ihrer gesetzlichen Frühform brach nicht mit der gesellschaftlichen Normalitätsannahme eines bis zum Tode andauernden Arbeitslebens: »Der ideale Lebenslauf [jener Zeit] ist nicht nur Mühe und Arbeit, er endet auch idealerweise abrupt, aus den Pflichten des Lebens herausgerissen.«¹³

10 Auf dem – in finanziellen Größen gemessenen – Höhepunkt der Expansionsbewegung des deutschen Sozialstaats belief sich im Jahr 2005 die Sozialleistungsquote auf 30,1 Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP), wovon rund zwei Fünftel (12,1 Prozent des BIP) für die Alters- und Hinterbliebenensicherung aufgewendet wurden; vgl. Schmid (2012).

11 Während im Jahr 1950 nur 36,4 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre eine Altersrente aus der GRV bezogen, waren es 2002 bereits 78,7 Prozent, vgl. Schmid (2012). In der Bevölkerungsgruppe ab 65 Jahren stammten im Jahr 2011 durchschnittlich 64 Prozent des Bruttoeinkommensvolumens aus der GRV (21 Prozent aus anderen Alterssicherungsleistungen, 9 Prozent aus privater Vorsorge) [<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61836/einkommenskomponenten>, letzter Zugriff am 2. August 2014].

12 So der Wortlaut der Gesetzesbegründung von 1888, zitiert nach Göckenjan (2000), S. 309; vgl. Stolleis (2001), S. 252f.

13 Göckenjan (2000), S. 310.

Interessanterweise erfolgte der Bruch mit dem Gebot der lebenslangen Arbeit – bzw. der Durchbruch eines gesellschaftlichen Wandels in der Einstellung zum arbeitsfreien Alter – erst in der Zeit des Nationalsozialismus.¹⁴ Zumindest ideologisch vollzog sich unter der NS-Herrschaft eine Aufwertung des Altersrentnerstatus: In den 1930er-Jahren setzte in Deutschland der sozialpolitische Diskurs über einen gesicherten, »ruhigen Lebensabend[]«¹⁵ ein, der die sich beschleunigt vollziehende betriebliche Praxis der Durchrationalisierung des Arbeitsprozesses und des produktivitätsorientierten Austausches älterer gegen jüngere Beschäftigte überwölbte. Wenn auch in – nach wie vor – materiell kaum abgesicherter Form, entwickelte sich hier die Idee des erwerbsarbeitszentrierten Generationenvertrags: Denn nun war es der entpflichtete »Lebensfeierabend«¹⁶, den der ältere Arbeiter nach erbrachtem Dienst an der »Volksgemeinschaft« verdienstermaßen antreten können sollte – und mit dem er sich zugleich auch weiterhin jedenfalls mittelbar dem Gemeinwohl verpflichtet zeigen konnte, indem er den gebotenen Generationswechsel im Beschäftigungssystem ermöglichte.¹⁷

In der öffentlichen Selbstbeschreibung schloss die bundesdeutsche Alterssicherungspolitik – wie die Sozialversicherungspolitik insgesamt – nach 1945/1949 nicht an die unmittelbare Vergangenheit, sondern an das bismarcksche Erbe an.¹⁸ Angesichts der kriegs- und kriegsfolgenbedingt verschärften Existenznöte insbesondere auch älterer Menschen dominierte in der westdeutschen Öffentlichkeit der 1950er-Jahre das Sicherheitsmotiv, die grassierende Altersarmut beherrschte die sozialpolitischen Diskurse des ersten Nachkriegsjahrzehnts.¹⁹ Die von Konrad Adenauer geplante »Große Sozialreform« schrumpfte auch wegen der diskursiven Prominenz dieser spezifischen sozialen Problemlage letztlich auf jene Rentenreform des Jahres 1957 zusammen, die »zum wichtigsten Wahrzeichen zeitgemäßer Neubelebung der Sozialversicherung« wurde.²⁰ Mit ihr manifestierte sich in Deutschland der langfristige »Mentalitätswandel in der Einstellung

14 Vgl. ebd., S. 330f.; Conrad (1998).

15 Zitiert nach Göckenjan, S. 331.

16 Zitiert nach ebd.

17 Zum Hintergrund vgl. Stolleis (2001), S. 308–325.

18 Vgl. Hockerts (1980).

19 Vgl. Leisering (1993).

20 Zacher (2001), S. 498. »Sicherheit im Alter« wird in den 50er Jahren für einen kurzen, aber entscheidenden Moment zum Signum für das Sicherheitsbedürfnis der gesamten Gesellschaft.« Göckenjan (2000), S. 371. – In Zukunft wird sie das möglicherweise erneut werden: 51 Prozent der Deutschen erklären in einer repräsentativen Erhebung vom April 2013 das »unwürdige Altern« zu ihrer vorrangigen Zukunftssorge (gefolgt vom möglichen Verlust des Arbeitsplatzes, den 13 Prozent der Befragten zu ihrer größten Besorgnis erklären); vgl. Süddeutsche Zeitung, 11./12. Mai 2013, S. 8.

zum Alter«²¹ erstmals in rechtlich-institutioneller Form, und es materialisierte sich endgültig der uns heute geläufige Idealtypus des »Altersrentners«.

Die neu geordnete GRV reagierte auf die weitreichenden Veränderungen in der Organisation von industrieller Lohnarbeit und industriegesellschaftlichem Lebenslauf mit einer grundlegenden alterspolitischen Rekonfiguration: Das »Alter« wurde nun zu einer vom Berufsleben eindeutig abgegrenzten Lebensphase, zu einer »Phase des Ruhestandes, der Freistellung von Erwerbsarbeit und der kollektiven Finanzierung der Lohnersatzleistungen.«²² Die institutionellen Neuerungen der Alterssicherungsreform von 1957 lassen sich mit vier Schlagworten zusammenfassen: Lebensstandardsicherung, Dynamisierung, Äquivalenzprinzip, Umlageverfahren.²³

Erstmalig erhielt die öffentliche Rente eine Lohnersatzfunktion, »verlor also für langjährig Versicherte den Charakter einer ärmlichen Überlebenshilfe«,²⁴ indem sie der regulativen Idee einer Sicherung des in der Erwerbsphase erreichten Lebensstandards folgte. Ein zweites Prinzip, das der Dynamisierung der Altersrente, ergänzte den darin angelegten Prozess der sozialpolitischen »Einbürgerung« der RentnerInnen in die Wohlstandsgesellschaft der Nachkriegszeit: Das Leistungsniveau der GRV wurde an die allgemeine Lohnentwicklung gekoppelt. Viele SozialrentnerInnen wurden damit nicht nur aus absoluter Armut befreit, sondern traten auch aus dem »Schatten des Wirtschaftswunders«²⁵ heraus, in dem sie zunächst noch gelebt hatten. Die allgemeine Dynamisierung und Lohnersatzfunktion der Rente wurde freilich durch das Äquivalenzprinzip in spezifischer Weise sozial strukturiert. Die Reform von 1957 sah keine Grundsicherung vor und setzte die lohnbezogenen Beitragsleistungen der Versicherten in ein recht enges Entsprechungsverhältnis zu deren beitragsbezogenen Rentenansprüchen: je höher das Erwerbseinkommen, desto höher tendenziell auch die zu erwartende Rente. »Im Kern beruhte die Rentenreform also auf dem Leitbild des liberalen Leistungsprinzips«,²⁶ während es ausdrücklich nicht als sozialpolitische Aufgabe galt, »Verzerrungen in der Lohnstruktur nachträglich auszugleichen.«²⁷ Überformt wurde diese rentenpolitische Ungleichheitsstruktur schließlich durch

21 Göckenjan (2000), S. 327.

22 Ebd., S. 300; vgl. auch Kohli (1985).

23 Vgl. Hockerts (2011).

24 Ebd., S. 71.

25 Ebd., S. 84.

26 Ebd.

27 Ebd., S. 85. Im Ergebnis weisen daher, diversen bei der Rentenberechnung zu berücksichtigenden Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten zum Trotz, ältere Frauen seit Jahrzehnten etwa doppelt so hohe Armutsquoten auf wie ältere Männer, vgl. Seils (2013), S. 363f. Der erneute Anstieg der Altersarmut in jüngster Zeit hat dazu geführt, »dass die Armut der Frauen über 75 Jahren schon heute den Wert für die weibliche Gesamtbevölkerung übersteigt« (ebd., S. 364).

die im neuen Finanzierungsmodus des Umlageverfahrens gründende Vorstellung der Altersrentenversicherung als Ausdruck eines gesellschaftlichen Generationenvertrags. Die BeitragszahlerInnen bauen dabei keinen Kapitalstock zur Sicherung ihres eigenen Rentenanspruchs auf, sondern reichen ihre Beiträge gewissermaßen unmittelbar an die aktuellen RentenbezieherInnen weiter – in der institutionell gesicherten Erwartung, dass nachfolgende Erwerbstätigenkohorten ebenso verfahren werden. Was als bloße versicherungstechnische Finanzierungsfrage erscheinen mag, wurde in der Bundesrepublik zu einem wichtigen moralökonomischen Stützpfeiler der GRV: Es entstand das Bild einer intergenerationalen Risikogemeinschaft, die den Einzelnen an etwas Größerem, an einem scheinbar transhistorischen Reziprozitätszusammenhang, teilhaben ließ.

Was sich mit der in jedem Sinne großen Rentenreform von 1957 vollzog, war eine doppelte Aufwertung des Alters. Ökonomisch wurde jedenfalls für den männlichen Normalarbeitnehmer »die Gefahr deprimierender Altersarmut gebannt und eine neue Normalität begründet: die Sicherheit des Ruhestands«. ²⁸ Symbolisch wurde der arbeitnehmerische Ruhe-Stand dadurch geadelt, dass die Rentenzahlungen diskursiv als »Alterslohn für Lebensleistung« legitimiert und so in die Rechtfertigungsordnung der Leistungsgesellschaft integriert wurden. Eine weitere Dopplung dieser symbolischen Aufwertung vollzog sich dadurch, dass das sozialversicherungsrechtliche Arrangement in der offiziellen Begleitsemantik (»die Rente ist sicher«) selbst als gesichert ausgewiesen wurde. ²⁹ Zugleich trug das neue Alterssicherungsregime abwertende Elemente in sich, und das nicht nur mit Blick auf die Ambivalenz einer zwar materiell unterfütterten, aber eben doch auch zwangsweise erfolgenden Ausgliederung der Älteren aus dem aktiven Erwerbsleben. Darüber hinaus kam es – gerade im Lichte des sozialpolitischen »Sündenfalls« einer arbeitsfreien Versorgung breiter Bevölkerungsschichten – zu einer »Sozialpolitisierung« des Altersdiskurses auch in dem Sinne, dass die Alten zur finanziellen Last stilisiert wurden (oder jedenfalls werden konnten): zu »Kostgängern« wahlweise des Sozialstaats, der ihn (und damit auch die Altersrenten) finanzierenden Erwerbstätigen oder aber überhaupt der jüngeren Generationen als potenziell beitragszahlenden und nachwuchsgenerierenden Stabilisatoren des Systems.

Im Guten wie im Schlechten vollzog sich also rund um die Große Rentenreform der sozial- und mentalitätspolitische Paradigmenwechsel, wonach das Alter eine erwerbsarbeitsbefreite Lebensphase sein sollte. Die 1950er-Jahre stellten

28 Hockerts (2011), S. 85.

29 Dieser Sicherheitsdiskurs »zweiter Ordnung« (vgl. Kaufmann 2003) stützt sich einerseits auf die erwiesenermaßen krisenfesteste Finanzierungstechnologie des Umlageverfahrens, andererseits auf den durch höchstrichterliche Rechtsprechung festgestellten Eigentumsschutz von Rentenanwartschaften, die daher als individuelles »Sozialeigentum« (Castel 2005, S. 41) gelten können.

in diesem Sinne die wesentliche »Drehscheibe« einer langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung hin zur gegenwärtigen »Denkform des Alters« dar, ließen dieses zu dem werden, was es seither ist: »eine eigenständige Lebensphase, die sozial strukturiert ist und von den einzelnen spezielle Anpassungs- und Sinnstiftungsleistungen fordert.«³⁰ Die Reform von 1957 war mithin Ausdruck und Motor eines grundlegenden Wandels in der Moralökonomie des Alters:³¹ Erst mit ihr und durch sie vermittelt setzt sich die arbeitgesellschaftlich höchst voraussetzungsvolle und eigentlich ganz unwahrscheinliche Vorstellung, dass erwerbsfähige Menschen allein aufgrund des Erreichens eines bestimmten chronologischen Alters in den Status bezahlter Nichterwerbsarbeit wechseln können sollen, auch als lebensweltliche Praxis und alltagspraktische Normalität durch.

Die kurze Geschichte des Rentner-Daseins begann in Deutschland somit streng genommen erst im Jahr 1957. Von der damaligen Reformgesetzgebung ausgehend dehnte sich die GRV – und mit ihr der deutsche Sozialversicherungsstaat als solcher – nach und nach in einer konzentrischen Kreisbewegung aus, durch die immer neue Bevölkerungsgruppen wie auch zusätzliche soziale Risiken in die öffentlich-rechtliche Sicherungsarchitektur einbezogen wurden.³² Der nachfolgenden Rentenreform von 1972 kam in diesem Kontext eine doppelte historische Bedeutung zu. Auf der einen Seite muss sie rückblickend bereits als anachronistischer Akt gelten, folgte sie doch ganz einem sozialpolitischen Expansionskurs, der nur wenig später, mit Beginn des langen Krisenzyklus seit 1973, infrage gestellt werden sollte. Auf der anderen Seite aber wies das Rentenreformgesetz von 1972 mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze insofern in die Zukunft der deutschen Alterssicherungspolitik, als diese dann in den 1980er- und 1990er-Jahren – im internationalen Vergleich geradezu beispielhaft³³ – für die Etablierung und Ausweitung eines sozialpolitischen Frühverrentungsregimes stand. Es begann hier eine Politik des »goldenen Handschlags«, die mit der Institution des »Vorruhestands«³⁴ zugleich die materielle wie kulturelle Basis für den Aufstieg jener »jungen Alten« schuf, deren Lebenswelt und Lebensstil ab den 1980er-Jahren zum Inbegriff des Rentnerlebens in Deutschland wurden.

30 Alles nach Göckenjan (2000), S. 362.

31 Vgl. Kohli (1987).

32 Vgl. Achinger (1958).

33 Vgl. Ebbinghaus (2006), S. 87–114; allerdings alsbald schon im Sinne eines Negativbeispiels, vgl. dazu prominent Esping-Andersen (1996).

34 Vgl. Kohli/Wolf (1987).

3 Die Entdeckung der »jungen Alten«: Zur gesellschaftspolitischen Neuverhandlung des Alters seit den 1980er-Jahren

Mit der Institutionalisierung des materiell gesicherten Ruhestands zumindest zeitweilig und in weiten Teilen nicht nur existenziellen Sorgen, sondern in gewisser Weise auch der gesellschaftlichen Beobachtung entzogen, rückten die erwerbsarbeitsbefreiten Lebensverhältnisse der Rentnerinnen und Pensionäre bald erneut in das Licht der Öffentlichkeit. Hintergrund dieser Wiederentdeckung des (höheren) Alters als sozialer Kategorie ist der medial vielzitierte demografische Wandel. Insbesondere seit den 1990er-Jahren beschäftigte dieses Faktum zunehmend Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – nicht selten in von ernsthafter Sorge kündender Weise. Unter dem Eindruck zukünftiger gesellschaftlicher Alterung bewegte sich die Drehscheibe weiter, ergab sich ein neuerlicher »Mentalitätswandel« in der Einstellung zum Alter – und zwar einer, der die Lebensführung älterer Menschen seither zunehmend legitimationspflichtig werden ließ.³⁵

Hinter dem Kürzel »demografischer Wandel« verbergen sich mindestens zwei analytisch zu unterscheidende, in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings eng aufeinander bezogene Prozesse. Zum einen der mittlerweile hinlänglich bekannte Altersstrukturwandel der spätindustriellen Gesellschaften, der durch die Kombination aus sinkenden beziehungsweise stabil niedrigen Fertilitätsraten und ebenso niedriger, vor allem bei den älteren Altersgruppen weiter sinkender Mortalität längerfristig zu einer Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung führt.³⁶ Zum anderen vollzieht sich parallel dazu ein in der Sozialgerontologie als »Strukturwandel des Alters« bezeichneter Prozess der Veränderung der »letzten Lebensphase« selbst. Neben dem bereits genannten Aspekt der Hochaltrigkeit (also der steigenden Lebenserwartung nachrückender, aber auch bereits lebender Alterskohorten) werden dazu die Dimensionen der Feminisierung und Singularisierung (im Sinne der statistischen Dominanz von Frauen und Einpersonenhaushalten), der Entberuflichung (also einer im Lebenslauf zunehmend früh vollzogenen Erwerbsempflichtung) sowie der Verjüngung des Alters gezählt.³⁷

Insbesondere das letztgenannte, paradox anmutende Phänomen einer »Verjüngung« der Alten spielt im Kontext der alterspolitischen Dynamik der jüngeren Vergangenheit eine entscheidende Rolle. Dass die heutigen Alten »jünger«

35 Vgl. zum Folgenden auch Lessenich (2013a, 2013b).

36 Vgl. z. B. Schimany (2003).

37 Vgl. Tews (1990).

sind als jene früherer Zeiten, ein heute sechzigjähriger Mensch also nicht die Alterssymptome einer chronologisch gleichaltrigen Person seiner respektive ihrer Eltern- oder gar Großelterngeneration aufweist, dürfte mittlerweile zum allgemein geteilten gesellschaftlichen Wissen in Bezug auf das Alter der Gegenwart gehören. »Jünger« bezieht sich hier nicht nur auf die Alterskategorie im engeren Sinne, sondern umschreibt ein ganzes Set an Eigenschaften, das heutige »Alte« – sagen wir: über Fünfundfünfzigjährige – zu Noch-nicht-Alten (im Lebenszyklus wie auch in der Selbstwahrnehmung) beziehungsweise zu Nicht-mehr-Alten (nämlich im intergenerationalen Vergleich) werden lässt: »Die heutigen Seniorinnen und Senioren sind im Durchschnitt gesünder, besser ausgebildet und vitaler als frühere Generationen.«³⁸

Was läge nun gesellschaftspolitisch näher, als in diesem an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik produzierten Wissen um das Nicht-Alter der »Alten« auf den Gedanken zu kommen, dass diese eben als Noch-nicht- beziehungsweise Nicht-mehr-Alten zur Bearbeitung der Folgen jenes demografischen Wandels herangezogen werden könnten, dessen Ausdruck ihre zunehmende Zahl ist? Oder anders gesagt: Warum soll der Strukturwandel des Alters nicht zur Bewältigung des Altersstrukturwandels beitragen können? Genau dieser Gedanke ist im Laufe der letzten Jahrzehnte zur Leitidee des politisch-sozialen (im engeren Sinne auch: des sozialpolitischen) Umgangs mit dem Alter und der »gesellschaftlichen Alterung« geworden. »Averting the old age crisis«³⁹ – womit insbesondere die Abwendung einer Krise der bei steigender Lebenserwartung und sinkender Erwerbsfähigkeitszahl tendenziell stärker in Anspruch genommenen Alterssicherungssysteme gemeint ist – mithilfe der »jungen Alten«⁴⁰ selbst: So lautet die alterspolitische Zukunftsformel der Gegenwart. Auf europäischer Ebene seit Ende der 1990er-Jahre in Gestalt der EU-offiziellen Politik des *Active Ageing* vorangetrieben,⁴¹ auf nationaler Ebene in eine umfassendere programmatische Bewegung zum »aktivierenden« Umbau des Sozialstaats eingebettet,⁴² steht die Mobilisierung der »Potenziale des Alters«⁴³ mittlerweile ganz oben auf der demografiefpolitischen Agenda.

Was diese Mobilisierungsstrategie nach dem Willen der Akteure im alterspolitischen Feld besonders attraktiv machen soll, ist ihr öffentlich reklamierter Charakter als Win-win-Situation: »The beauty of this strategy is that it is good

38 Deutscher Bundestag (2010), S. 5.

39 World Bank (1994).

40 Vgl. Dyk/Lessenich (Hg.) (2009).

41 Vgl. Boudiny (2013).

42 Vgl. Lessenich (2008).

43 Deutscher Bundestag (2006).

for everyone.«⁴⁴ Nicht nur die Alten – als Nicht-Alte – selbst, so heißt es, würden davon profitieren, indem ihnen Möglichkeiten zum Einsatz ihrer Fähigkeiten etwa im Rahmen von Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements eröffnet werden, sondern auch »die Gesellschaft« als Ganzes (»society as a whole«⁴⁵), denn ihr komme der Einsatz des Humanvermögens »jung-alter« Menschen unmittelbar zugute. Und mehr noch: Da das Alter kein Zustand, sondern vielmehr ein Prozess sei – und genau genommen ein lebenslanger –, würden die Älteren auch insofern Teil eines gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs, als die Nutzung der Ressourcen und Potenziale des Alters alle Bürger und Bürgerinnen angehe, »all of us, who are ageing constantly«.⁴⁶ Im demografischen Wandel führt somit die Langlebigkeit der Alten gepaart mit der Verjüngung des Alters dazu, dass – so ist die Leitidee des *Active Ageing* zu verstehen – die Pflege und Mobilisierung der »Alterskraft« im doppelten Sinne zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wird: Alle sind aufgefordert, sich an diesem Unternehmen zu beteiligen – »we are all part of the same project«;⁴⁷ und zwar deswegen, weil die je individuelle Partizipation letztlich für alle ein Gewinn ist.

4 Von der Lebensleistung zum Leistungsleben: Dispositive des Alter(n)s im Wandel

Wer die sozialpolitische Mobilisierung des Alters analytisch in den Blick nimmt, kommt an der seit rund einem Jahrzehnt auch im deutschen Sprachraum etablierten Gouvernementalitätsforschung nicht vorbei. An den Programmen und Technologien der Menschenführung und der politischen Konstitution selbstführender Subjekte interessiert, hat dieser am »späten« Foucault orientierte Forschungsstrang einen erhellenden diagnostischen Blick auf die ökonomisierende Regierung des Sozialen im »neoliberalen« Zeitalter eröffnet.⁴⁸ Allerdings meiden die diesem Strang zuzuordnenden Arbeiten systematisch die empirische Überprüfung der Effekte der von ihnen (in Gestalt von Lehrbüchern, Ratgeberliteratur, Gesetzestexten usw.) untersuchten Regierungsprogramme und -technologien auf deren AdressatInnen, sprich auf die (gleichsam »immer schon«) als »regiert« angenommenen Subjekte in ihren sozialen Lebenswelten und Alltags-

44 Walker (2002), S. 137.

45 Ebd.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 Vgl. Krasmann/Volkmer (Hg.) (2007); Bröckling u. a. (Hg.) (2000).

praktiken. »Die Vermessung gouvernementaler Kraftfelder erlaubt keine Aussagen darüber, wie Menschen sich tatsächlich in ihnen bewegen«,⁴⁹ und soll das auch gar nicht: »Untersucht werden Regime der Selbst- und Fremdführung, nicht was die diesen Regimen unterworfenen und in dieser Unterwerfung wie in der Modifikation und Zurückweisung der Regime sich selbst als Subjekte konstituierenden Menschen sagen oder tun.«⁵⁰

Diese forschungsprogrammatische Beschränkung auf Programmanalysen ist jedoch soziologisch unbefriedigend: Dass die aus gouvernementalen Texten herausgelesenen Führungsregime wirken, wird dabei schlicht theoretisch (voraus-) gesetzt. Was auch immer die »Subjekte« tun, ob sie sich nun passiv unterwerfen, kreativ handeln oder aber sich aktiv widersetzen, immer sind sie ein Produkt des jeweils herrschenden Regierungsregimes. Dabei ist gerade die von der Gouvernementalitätsforschung als irrelevant geleugnete oder zumindest als uninteressant ignorierte, im engeren Sinne gesellschaftliche Seite der Medaille von sozialwissenschaftlichem Interesse: das je konkrete Anwendungs-, Aneignungs- und Anverwandlungshandeln der diesen Regimen »unterworfenen« Subjekte, also gewissermaßen die »soziale Akzeptanz« der nur durch deren Handeln hindurch »herrschenden« Regierungsprogramme und -technologien.⁵¹

In einer groß angelegten empirischen Studie haben wir⁵² daher einerseits – ganz im Sinne der Gouvernementalitätsstudien – eine Analyse des öffentlichen, politisch-medialen Altersdiskurses von Mitte der 1980er-Jahre bis in die jüngste Vergangenheit durchgeführt.⁵³ Zudem haben wir andererseits – in einer methodologischen Gegenbewegung – qualitative, problemzentrierte Leitfadenterviews mit älteren Menschen geführt, um deren Selbstpositionierung im Raum der gesellschaftlich kursierenden Alters- und Nacherwerbsbilder zu dokumentieren.⁵⁴

49 Bröckling/Krasmann (2010), S. 28.

50 Ebd.

51 Vgl. Denninger u. a. (2010).

52 Vgl. Denninger u. a. (2014). Die Untersuchung wurde unter dem Titel »Vom ›verdienten Ruhestand‹ zum ›Alterskraftunternehmer?« von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des SFB 580 an den Universitäten Jena und Halle-Wittenberg gefördert.

53 Diese Analyse beruht auf circa 2.500 Textdokumenten aus den Jahren 1986 bis 2010, die ein breites Spektrum an Publikationen aus dem politisch-medialen Raum umfassen – von Tageszeitungen (*FAZ*, *taz*, *Bild*, *ND*) über Zeitschriften (*Spiegel*, *Brigitte* und *Brigitte Woman*, *Apotheken Umschau*) bis hin zu politischen beziehungsweise wissenschaftlich-politischen Medienerzeugnissen (Altenberichte der Bundesregierung, Selbstbeschreibungen altenpolitischer Modellprogramme usw.).

54 Die Interviews wurden 2009 und 2010 mit insgesamt sechzig älteren (Sechzig- bis Siebzugjährigen), verrenteten Männern und Frauen unterschiedlichen Bildungs- und Einkommensstatus in Jena und Erlangen geführt.

Nur auf diese Weise lassen sich die soziale Relevanz gouvernementaler, in unserem Fall alterspolitischer, Regime und ihre Gestalt als gesellschaftliche Dispositive darstellen, sprich als Ordnungen des Sozialen, die sich aus dem Zusammenspiel von Machtressourcen und Handlungsdispositionen einer Vielzahl von Handelnden interaktiv ergeben und (daher) permanent verschieben. Interessiert sich Gouvernementalitätsanalyse als Dispositivanalyse »[m]ehr noch als für die Spielregeln der Macht und die Architekturen des Wissens [...] für deren Brüche und Unterbrechungen«,⁵⁵ dann ist die methodische Inkorporierung des »subjektiven Faktors« in die Analyse – und damit der konsequente Schritt zu einer *praktischen* Gouvernementalitätstheorie – unabdingbar. Im Folgenden kann diesem forschungsprogrammatisch zentralen Punkt – der Untersuchung des allenfalls analytisch zu trennenden *sozialen Gesamtzusammenhangs* von gesellschaftlichem Dispositiv und individuellen Dispositionen – leider nicht entsprochen werden. Stattdessen konzentriert sich die Darstellung im Wesentlichen auf die »Architekturen des Wissens«, wie sie sich in der Analyse des öffentlichen Diskursgeschehens rund um die gesellschaftliche Verhandlung von Altersbildern seit den 1980er-Jahren herauskristallisiert haben.⁵⁶

Damit ist zwar nur ein, nämlich das epistemische, Element des »Altersdispositivs« und seines jüngeren historischen Wandels in den Blick genommen: das öffentlich konstruierte und legitimierte Bild davon, was »das Alter« *ist* (und was nicht) beziehungsweise wie »alte Menschen« *sind* (und wie nicht), wobei sich solche Konstruktions- und Legitimationsprozesse immer an der Grenze zu (vorübergehenden) Festlegungen bewegen, was und wie »das Alter« und »der alte Mensch« *sein sollen* oder *zu sein haben*. Wie das Dispositiv als Ganzes jedoch mit Michel Foucault als eine Verknüpfungsordnung heterogener Elemente oder mit Gilles Deleuze als Ensemble multipler Kräftelinien zu verstehen ist,⁵⁷ so ist auch die Wissensordnung selbst ein Netz, das Verbindungen zwischen unterschiedlichsten Wissens-elementen herstellt, und als solches gleichsam ein Dispositiv »im Kleinformat«.⁵⁸

Diesem Quasi-Dispositivcharakter der gesellschaftlichen Wissensordnung als Element des Altersdispositivs haben wir in unserer Diskursanalyse über die Rekonstruktion von Erzähllinien oder *story lines* empirisch Rechnung zu tra-

55 Bröckling/Krasmann (2010), S. 40.

56 Zu den Befunden der Interviewstudie im Kontext der Dispositivanalyse vgl. Dyk u. a. (2013) sowie ausführlich Denninger u. a. (2014), S. 201–358.

57 Vgl. Denninger u. a. (2014), S. 31–42.

58 Ziel des Projektes war es, gerade die spezifischen – und wechselnden – Verschränkungen von Wissensbeständen, Institutionen beziehungsweise institutionellen Programmen, Objekten und Artefakten, Alltagspraktiken sowie Körperpolitiken zu dispositiven Ordnungen aufzuzeigen; vgl. ebd., S. 25–62.

gen versucht. Darunter lassen sich mit Maarten Hajer Erzählungen der sozialen Wirklichkeit verstehen, »durch die Elemente aus vielen unterschiedlichen Gebieten miteinander verknüpft werden und die dabei den Akteuren ein Set symbolischer Assoziationen an die Hand geben, die so ein geteiltes Verständnis suggerieren«.⁵⁹ etwa ein geteiltes Verständnis davon, wie das Alter ist und was es ausmacht, was alte Menschen tun und lassen, wie sie leben und sich geben, wie Lebensführung im Alter gelingen oder misslingen kann. Die erzählenden Verknüpfungen aktualisieren und konstituieren, rationalisieren und materialisieren ein gesellschaftliches Wissen von dem und über das Alter, das sich aus unterschiedlichsten Quellen der sozialen Welt und des gesellschaftlichen Lebens speist. Auf der Grundlage unseres empirischen Materials haben wir drei verschiedene gesellschaftliche Altersdispositive identifizieren können, die sich im historischen Verlauf überlagern, miteinander interagieren und mit drei unterschiedlichen *story lines* des Alters operieren. Sie seien hier kurz skizziert.

Bis in die 1980er-Jahre hinein findet sich in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit das verankert, was seither zunehmend als negative Hintergrundfolie für die Etablierung neuartiger Dispositivkonstellationen fungiert: die Wissensordnung des *ruheständischen Alters*. Ist vom Alter die Rede, dann verschränken sich im Ruhestandsdispositiv das Wissen um dessen Erwerbsentpflichtung und materielle Versorgung über die Institution der gesetzlichen Rentenversicherung mit Assoziationen des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben und der sozialen Vereinzelung, des körperlichen Abbaus sowie des Nachlassens von außeralltäglichen Aktivitäten. Die Kurzerzählung eines gesicherten, weitgehend sorglosen, aber tendenziell sinnentleerten und wenig freudvollen Alters verknüpft – in wechselnder Kombination und in mal kürzeren, mal längeren Verkettungen – narrative Elemente wie die Rente und das Kurhotel, Haus und Garten, Sofa, Fernseher, Corega Tabs und Altenheim zu einem Bild des Ruhestands, dem etwas Gestriges anhaftet, zumal im Lichte neuerer Wissensbestände, die dieses Bild historisch zunehmend überformen und damit nicht nur empirisch, sondern auch normativ infrage stellen.

So lässt sich seit Mitte, spätestens Ende der 1980er-Jahre eine neue Erzählinie im öffentlichen Altersdiskurs ausmachen, die in dem Kunstwort des *Unruhestands* ebenso beredten wie sinnhaften Ausdruck findet. Es sind wissenschaftliche Wissensbestände, die in das neu entstehende Bild einer »unruheständigen« Lebensführung im Alter eingehen, nämlich das Wissen um die Plastizität des alten Körpers, einschließlich des alternden Hirns, um die zahlreichen Kompetenzen des Alters, um die sich ein Normativ des eigentätigen Funktionserhalts rankt: Die Alten werden dazu ermuntert, sich um eine gesunde Lebensführung,

⁵⁹ Hajer (1997), S. 113.

um Fitnesstraining und Gehirngymnastik, sprich um sich selbst zu kümmern – im Interesse einer subjektiv erfüllten und individuell »erfolgreichen« Langlebigkeit. Wer rastet, der rostet – wer sich bewegt, altert langsamer beziehungsweise bleibt im Alter länger jung. In diese Erzählung von den neuen Möglichkeiten, sich selbst als »junge/n Alte/n« zu konstituieren und durch Aktivität zu immer neuer Lebenskraft zu finden, gehen Elemente ein, die sich von denen der überkommenen und zunehmend der Abgrenzung dienenden Ruhestandserzählung signifikant unterscheiden: das Radfahren, der Hometrainer, die Walking-Stöcke und der Computer, die Fernreise, der Jakobsweg, die Alten-WG und das Seniorenstudium. Jeder dieser Begriffe ruft in der öffentlichen Kommunikation Bilder des Alters auf – oder bringt sie erst hervor –, die im Doppelsinne unruheständischer kaum sein könnten.

Doch auch diese Erzähllinie wird seit Ende der 1990er-Jahre, verstärkt seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts durch eine weitere, dritte überlagert, die sie zugleich fortführt und umschreibt: die Wissensordnung des *produktiven Alters*. Sprechend für diese Ordnung – und kennzeichnend für ihre Genese im politischen Feld – ist eine institutionelle Kampagne des zuständigen Bundesministeriums aus dem Jahr 2009, die unter dem Slogan »Zähl Taten, nicht Falten« alte Menschen dazu aufforderte, bürgerschaftlich aktiv zu werden – und damit nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere.⁶⁰ Darin liegt der entscheidende Unterschied des Produktivitäts- zum früheren, von diesem zunehmend überformten Unruhestandsdispositiv des Alters: Die Kompetenzen, die den unruheständig jung gebliebenen Alten hier zugeschrieben werden, gelten als Potenziale eines produktiven Tätigwerdens zum Nutzen der Allgemeinheit und begründen damit den zumindest impliziten Aufruf, durch Realisierung dieser Potenziale sozial verantwortlich zu handeln.⁶¹ In diesem Sinne werden andere Elemente erzählerischer Konstruktion prominent – zu nah sind selbst Hometrainer, Walking-Stöcke oder Seniorenstudium, als Objekte und Institutionen des Unruhestands, an dem Bild einer zwar eigenverantwortlichen, aber eben auch eigennützigen, selbstbezüglichen Lebensführung, zu weit entfernt hinge-

60 Es handelte sich um eine Informationskampagne der Initiative »Alter schafft Neues«, siehe <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aeltere-menschen,did=119136.html?fontSize=77> (letzter Zugriff am 6. August 2014).

61 Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist nicht nur die Bebilderung der entsprechenden Plakatserie (vgl. Anm. 60) – mit gut aussehenden, die Kraft von mindestens zwei Herzen ausstrahlenden Alten –, sondern auch die erwerbsgesellschaftlichen Konnotationen und geschlechterspezifische Codierung der amtlich beworbenen Tätigkeiten: Während ein 82-jähriger ehrenamtlicher Unternehmensberater mit der Aktivitätsbeschreibung »Er hat 12 Manager beraten, 5 Existenzen aufgebaut und 3 Pleiten verhindert. In der letzten Woche.« vorgestellt wird, heißt es bei einer 83-jährigen ehrenamtlichen außerschulischen Pädagogin: »Sie hat 8 Männer geliebt, getröstet, gescholten und ihnen vergeben. Alles diese Woche.«

gen von der Zurschaustellung gesellschaftlicher Verantwortung im Alter. Gemäß der Wissensordnung des »produktiven Alters« muss es nun schon die Semantik der »Rente mit 67« (als Verlängerung des Erwerbslebens zwecks Entlastung der Alterssicherungssysteme), des bürgerschaftlichen Engagements (als freiwilliger Dienst an der Allgemeinheit) oder der Tätigkeit als »SeniorentainerIn« (sprich als AusbilderIn anderer Älterer zu bürgerschaftlich Engagierten) sein, um aus den aktiven Alten auch »gute« Alte zu machen: nützliche, wertschaffende und ertragreiche, damit auch erträgliche und akzeptierte Mitglieder der Gesellschaft. Was sich heute, so lernen wir, nicht mehr von selbst versteht.

5 »Was im Alter möglich ist« – und für wen: Leistungleben, leichtgemacht

Vieles ließe sich über diese historische Dynamik gesellschaftlicher Wissensordnungen des Alters – jenseits ihrer Reproduktion beziehungsweise Transformation in der und durch die Alltagspraxis älterer Menschen – an dieser Stelle sagen: über die bemerkenswerte Delegitimierung des Ruhestands im öffentlichen Raum (und seine ebenso bemerkenswerte, fortbestehende Akzeptanz bei den Älteren selbst); über das harmonisierende Bild von sich in ihrem Engagement für andere selbst verwirklichenden Menschen (das im Kontrast steht zu den nicht seltenen Abwertungs- und Diskriminierungserfahrungen der Älteren im Ehrenamt); oder über die hochgradig selektive diskursive Zuweisung von Kompetenzen und Ressourcen an die »jungen Alten« (denen immer nur Ruhe, Gründlichkeit, Erfahrung zugeschrieben werden, nie aber Initiative, Innovativität, Flexibilität – die durchgängig Attribute der »wirklich« Jungen bleiben). An dieser Stelle soll nur noch auf einen Aspekt der neuen, produktivistischen Wissensordnung des Alters eingegangen werden, nämlich auf ihre sozialstrukturelle Schlagseite. Sie sei skizzenartig am Beispiel eines geradezu idealtypischen »aktiven Alten« illustriert, der dem jüngeren gesellschaftlichen Mentalitätswandel rund um das Alter Ausdruck gibt (oder jedenfalls Ausdruck geben soll) und dem durchschnittlichen Altersrentner vormacht, was im höheren Alter heute alles noch möglich sein kann.

Die historisch junge, seit der Jahrtausendwende sich durchsetzende Erzählung vom »jungen«, aktiven und produktiven – oder genauer: potenziell produktiven – Alter ist sozialstrukturell alles andere als neutral. Was hier im öffentlichen Diskurs als zeitgemäßes und sozial angemessenes, gesellschaftlich legitimes Alter verhandelt wird, ist eines, das den sozialen Gepflogenheiten und normativen

Standards der gehobenen bürgerlichen Sozialmilieus entspricht – und das nicht zufällig. In der nachruheständischen (und in gewisser Weise auch nachunruheständischen) Wissensordnung des Alters manifestiert sich die gesellschaftliche Macht und kulturelle Hegemonie des Bildungs- und Besitzbürgertums, die sich über das Produktivitätsdispositiv des Alters in neuer Weise reproduziert und bestätigt. Denn die gesellschaftlichen Gewinner einer entsprechenden Neuverhandlung des Alters sind all jene älteren (oder alternden und zukünftig »alten«) Menschen, die tatsächlich ressourcenreich sind, über hohes ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital verfügen und in ihren Lebensführungsmustern dem Normativ des eigenverantwortlich sozialverantwortlichen Aktivbürgers ohnehin bereits entsprechen respektive in der sozialen Lage sind, ihm ohne Weiteres zu entsprechen.⁶² Kurz gesagt: Der nicht geringste Effekt des neuen Altersdispositivs (wie übrigens der historisch älteren auch) ist sein ungleichheitsgenerierendes und -reproduzierendes Potenzial. *Active Ageing* erweist sich bei genauerem Hinsehen auch als eine klassenpolitische Distinktions-, Behauptungs- und Herrschaftsstrategie.

Auf beeindruckende Weise – man mag sagen: in geradezu utopischer Perfektion – lässt sich dieser klassenpolitische Dominanzeffekt an einer natürlichen Person des öffentlichen Lebens illustrieren, der im Kontext des jüngeren Altersdiskurses geradezu der Charakter einer künstlichen Sozialfigur des »aktiven Alters« zukommt: Henning Scherf, SPD-Politiker, lange Jahre Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und seit seiner Pensionierung gleichsam offiziöser Bannerträger eines Lebens an der Schwelle vom Unruhestand zum produktiven Alter. Sowohl in der akademischen Informations- als auch der alle anderen Milieus übergreifenden Populärkultur – in *Spiegel* und *Bild* – wird von ihm (und von ihm selbst über sich) ein sprechendes Bild von einem gelungenen, »erfolgreichen« Alter gezeichnet. Ein Bild, das auf mehr oder weniger subtile Weise lebenspraktische Standards und verhaltensnormative Maßstäbe des Alterns in einer »alternden Gesellschaft« setzen dürfte, vor allem für jene Älteren, die sich noch nicht auf dem zeitgemäßen Stand der Altersdinge befinden.⁶³

So kann der Terminplan eines Ruheständlers auch aussehen – morgens in Oldenburg: Preisverleihung in einem Chorwettbewerb; mittags in Osnabrück: Vortrag vor Unternehmern; abends in Bremen: Diskussion mit Professoren und Studenten an der Universität; zwischendrin: Fernsehinterviews und Telefonate.

Anlässlich der Veröffentlichung seines Buches »Grau ist bunt: Was im Alter möglich ist« berichtet im Herbst 2006 nicht nur *Der Spiegel*,⁶⁴ sondern auch die

62 Vgl. Graefe/Lessenich (2012).

63 Vgl. Lessenich (2014); zum Folgenden auch Denninger u. a. (2014), S. 120–123.

64 Vgl. Honeymoon als Pensionär, *Der Spiegel*, 24. Oktober 2006.

*Bild-Zeitung*⁶⁵ ausführlich über den damals achtundsechzigjährigen Scherf und präsentiert »Deutschlands beliebtesten Politiker« als ideellen Gesamtunruheständler. In seiner Selbstbeschreibung (»Mein Altersleben gilt als positives Beispiel«) ebenso wie aus der *Bild*-Fremdsicht (»Er sprüht vor Ideen und Initiativen, greift auf eine reichhaltige Lebenserfahrung zurück«) erscheint der »beliebte Ex-Politiker« (*Bild*) als Inbegriff des »jungen Alten«, der die aktive Gestaltung seines Nacherwerbslebens in die Hand nimmt (»Viel bewegen – egal, wie, und egal, wo«, *Bild*) und damit nicht nur sich selbst, sondern auch anderen (»Wir haben uns gegenseitig so viel zu geben«, Scherf) Gutes tut.

Die teils bloß beschreibende, teils schon moralisierende (»Als Rentner darfst du keine Sekunde ruhen«) Unruhestandserzählung dominiert Scherfs Selbst- und Fremdbild in der *Bild-Zeitung* und adressiert keineswegs nur die Jüngeren unter den Älteren: »Flotte 60er walken durch den Wald oder laufen sogar Marathon. Flotte 70er reisen wie die Weltmeister oder hocken als Studenten in der Uni. Flotte 80er genießen den Rotwein am Abend oder tanzen fröhlich in die Nacht.« Henning Scherf selbst »fährt Fahrrad. Und ist stolz auf jeden Kilometer.« Aber natürlich bleibt er nicht dabei stehen: Er singt, und zwar im Chor, im Verein mit anderen, nicht nur, weil es ihm Spaß bereitet, sondern auch, weil er von »Studien in den USA« weiß, »dass Menschen, die bis ins hohe Alter singen, bis zu zehn Jahre älter werden«. Er schreibt und malt (»von meiner Bilderausstellung in Beverstedt und meinem neuen Buchprojekt wollte ich Ihnen ja auch noch erzählen«). Er hat mit seiner Frau und gemeinsamen, in etwa gleichaltrigen Freunden eine »abbruchreife Stadtvilla« im Bremer Bahnhofsviertel gekauft und aufwendig saniert. Dort erprobt er als Lebensformpionier (»die Zahl der tatsächlich realisierten grauen Wohngemeinschaften [ist] immer noch erschreckend gering«, klagt *Der Spiegel*) neue Wohnformen, einschließlich haus-eigenem »Debattierzirkel«: »Wir sitzen dann bei heißem Wasser, Tee und Keksen zusammen und diskutieren englische Zeitungsartikel«.

Was in jeder Hinsicht harmlos positiv wirkt, hat allerdings für Scherf selbst einen äußerst ernsten Hintergrund, den er in Worte fasst, die dramatischer, bedeutungsschwerer, ja existenzieller nicht formuliert sein könnten – denn hinter dem Segen der alltäglichen Altersaktivität lauern ständige Gefahren: Verwahrlosung, Krankheit und Tod. »Als Rentner darfst Du keine Sekunde ruhen«, meint demnach auch: sonst kommt statt der späten Freiheit der frühe Tod. Zunächst einmal gilt für Scherf: »Wichtig ist, Tätigkeiten zu finden, die dafür sorgen, dass

65 Die nachfolgenden Zitate stammen aus Artikeln in der *Bild-Zeitung*: »Alt werden ist ein Glücksfall« (17. September 2006); »Mach was aus dem Alter!« (4. Dezember 2006); »Ich empfinde das Alter als späte Freiheit« (5. Dezember 2006); »Ich lebe mit Frau und Freunden in einer WG« (6. Dezember 2006); »Als Rentner darfst du keine Sekunde ruhen« (7. Dezember 2006); »Jung sein beginnt im Kopf« (7. Dezember 2006).

man nicht schon vormittags auf das Fernsehprogramm wartet.« Die aus dem öffentlichen Diskurs zu unterschiedlichsten »sozialen Problemen« sattem bekannte Phänomenologie des Passivitätssyndroms – zu Hause vor dem Fernseher sitzen und nichts tun – wird auch und gerade von dem Altbürgermeister zu einem Schreckensbild des Alters verdichtet, das an Drastik und Konsequenz nichts zu wünschen übrig lässt: »Mit dem Hirn ist es wie mit den Muskeln: Wer das nicht trainiert, nicht in Bewegung bleibt, der baut ab, wird immer schwächer.« Und mehr noch, die logische Folge des Nichtstuns ist der Passivitätstod, weshalb Scherf betont: »Das Wort Ruhestand mag ich gar nicht, halte es sogar für gefährlich.« Im eigentlichen Sinne ist das Ruheständlerdasein für ihn »sogar lebensgefährlich«, setzt es doch die Alten auf eine (Ab-)Lebensbahn, die abschüssiger und, einmal beschritten, irreversibler nicht sein könnte: »[W]er nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben aktiv bleibt, lebt länger und besser. Wer sich hingegen fallen lässt, nur noch Fernsehen glotzt, nicht mehr rausgeht, der vereinsamt, wird depressiv und stirbt.«

So schlimm kann die Alterswelt also sein – und doch ist es wiederum so einfach, diese persönliche Verfallsgeschichte zu verhindern. Denn zu den »fröhlichen, aktiven Alten« (Scherf), die das Unruhestandsmotto im *Bild*-Kurzformat – »Roste nicht, nutze die Zeit, bewege dich, pack was an« – beherzigen, kann potenziell jede und jeder gehören. Das wissen auch die zuständigen *Bild*-Redakteure: »Wir sind fit, geistig und körperlich. Und wir haben meistens auch die Rente, die uns gut ernährt.« Was also steht einem Aufbruch der Alten – »nicht herumsitzen, sondern etwas tun und bewirken« (Scherf) – entgegen, wenn nicht die eigene Motivationsschwäche, der fehlende Wille zum Altersglück, den es durch gesellschaftliche Lichtgestalten wie Henning Scherf zu fordern und zu fördern gilt? Scherf ist »dem Elend des Alters« selbst begegnet – nicht allerdings bei Altersgrundsicherung beziehenden Sozialrentnerinnen oder in heruntergekommenen Altenpflegeheimen, auch nicht etwa hierzulande, sondern (wo sonst?) in Amerika, konkret »in Miami Beach«:

Alte Menschen, die am Strand lagen und auf den Abend warteten. Alte Menschen in den Shopping-Malls. Und Alte an den Highways, die auf Campingstühlen saßen und nichts weiter taten, als den vorüberfahrenden Autos hinterherzustarren, Stunde um Stunde, bis zur nächsten Mahlzeit.

Wer dieses Wohlstandselend und damit die Amerikanisierung auch noch des deutschen Alterslebens verhindern will, der – so die Botschaft – muss dafür sorgen, dass »die Deutschen, bald ein Volk der Alten« (*Bild*), auf andere Gedanken kommen, was die Vorstellung und die Praxis eines guten, erfolgreichen Alterns angeht: Der junge Alte Scherf möchte – nicht zuletzt angesichts der »Überalterung der Gesellschaft« – »gerne über die Chancen reden, die ein Leben nach der

Berufstätigkeit eröffnet. Ich möchte darüber reden, was alles im Alter möglich ist. Ich möchte Menschen Mut machen und sie hinterm Ofen hervorlocken.« Auf dass, so die alterspolitische Paraphrase des gesellschaftlichen Appells eines früheren Bundespräsidenten, »ein Ruck« gehe »durch unser Land« (*Bild*) – und den Alten »ein bedauernswertes Leben, ohne eine Struktur, ohne eine Rolle« (Scherf), erspart bleibe.

Interessant ist nicht zuletzt, welche Stereotype des Alters und der Alten – sei es, dass sie vorüberfahrenden Autos hinterherstarren, sei es, dass sie hinter dem Ofen hervorge lockt werden müssen – vermittelt über die Rede von ihrer Mobilisierung bemüht und damit reproduziert werden. Scherf selbst meint betonen zu müssen, dass alte Menschen »nicht nur eine Last« sind, und will zeigen, »was Alte heute alles leisten können«: »[M]it diesen Schreckensbildern von Massen an pflegebedürftigen Greisen, die mit ihren Rollstühlen uns alle in Bedrängnis bringen, muss Schluss sein!« Folglich müssen eben diese Schreckensbilder noch ein letztes Mal öffentlich aufgerufen werden. Ähnlich dezidiert altenfreundlich malt die *Bild*-Zeitung selbst ein – vermeintlich gesellschaftlich dominantes – »Bild der Älteren«, das »zu viele [...] noch immer [...] im Kopf« hätten: »Greise, gebeugt und gebeutelt, am Krückstock humpelnd, die dem Ende entgegen dämmern.« Gegen dieses, durch wortreiches Dementi irgendwie auch neuerlich aktiv bestätigte negative Altersbild setzen Scherf und *Bild* dessen eigenen Lebensentwurf eines nicht nur aktiven, sondern auch produktiven Alter(n)s.

Denn es ist ja nicht so, dass der ehemalige Bremer Bürgermeister nur etwas für sich selbst tun würde. Was er tut, das tut er auch zum Nutzen oder zumindest Gefallen Dritter: Seine Bilder stellt er öffentlich aus, sein Erfahrungswissen gibt er gesellschaftlich weiter, seinen Gesang setzt er für andere ein, insbesondere für Kinder – schließlich wisse man ja (der gesellschaftspolitische Stereotypenreigen setzt sich fort), dass »in den meisten Familien [...] zu Hause gar nicht mehr gesungen« werde. Und überhaupt seien doch, neben dem Singen, »viele der Dienstleistungen, die dringend gebraucht werden, [...] als offizielle und bezahlte Arbeit nicht zu haben«: »An dieser Stelle kommen wir Alten ins Spiel«, so Scherf – als Ausfallbürgen eines überforderten, leistungsbeschränkten Sozialstaats. »Wir leisten unentgeltliche Arbeit für diese Gesellschaft«, so die halb konstatierende, halb animierende Botschaft des »beliebten SPD-Politikers« (*Bild*), »weil sie uns Freude macht«.

Damit ist in Scherfs Erzählungen der Bogen zu nicht nur selbstbezogenen, autoproduktiven, sondern auch Dritten zugutekommenden, heteroproduktiven Tätigkeiten geschlagen. »Mit ehrenamtlicher Arbeit kann man nicht früh genug beginnen«, weiß Scherf: »Ich zum Beispiel bin schon lange Präsident des deutschen Chorverbandes.« Hier wie auch an vielen anderen Stellen – wenn etwa als leuchtende Beispiele bürgerschaftlichen Engagements die Scherf bekannten,

im Ausland unternehmensberatend tätigen »ehemaligen Vorstandsmitglieder großer Firmen« benannt werden – wird zwar immer wieder offensichtlich, dass sich die konkrete außerberufliche Alterspraxis Scherfs, die insgesamt eher einem verlängerten, ins Nacherwerbsleben überführten Vollzeitberufsleben gleicht, als Lebensentwurf von Älteren in einer »Gesellschaft des langen Lebens« schwerlich wird verallgemeinern lassen. Doch darum geht es – zumindest scheinbar – nicht: Auf je eigene Weise, so die Botschaft, kann jede oder jeder, egal welcher Schicht sie oder er angehört, etwas aus dem Alter machen, »bevor es etwas aus einem macht« (Scherf) – und damit sich selbst ebenfalls in den Dienst des Gemeinwesens stellen. Gleichwohl ist es bemerkenswert, wie wenig bei aller Rede von Stadtwillenkäufen und Verbandspräsidentschaften, englischen Debattierzirkeln und einschlägigen Rilke-Zitaten (»Es hat sich ein neuer Ring um unser Leben gelegt.«), die absolute und relative Privilegierung einer Person wie Henning Scherf gegenüber dem respektive der durchschnittlichen RentnerIn einem dem »kleinen Mann« verpflichteten Medium wie der *Bild*-Zeitung aufzufallen scheint – und übrigens auch unserem alterspolitischen *role model* von der Sozialdemokratie selbst.

Weil der alterstalentierte Herr Scherf sympathisch, so offenkundig hilfreich, edel und gut ist, sehen wir über seine kleine sozialstrukturelle Besonderheit hinweg und eifern ihm – so ist es wohl gemeint – in unserem eigenen Alter(-n) nach: Ein Jeder und eine Jede an seinem und ihrem Platz, nach bestem Wissen und Gewissen.

6 Schlussbetrachtung: Vom Aufstieg und Fall des Arbeitsbürgerrechts auf Ruhestand

Die hier rekonstruierte Institutionen- und Diskursgeschichte des Alters entspricht dem klassischen Verlaufsmuster von Aufstieg und Fall. Was gegen Ende des 20. Jahrhunderts selbstverständlich erschien, nämlich ein arbeitsfreies, erwerbsentpflichtetes und einkommensgesichertes Alterslebens, das sozialpolitisch ermöglichte und gesellschaftlich akzeptierte Lebensführungsmuster des »wohlverdienten Ruhestands«, war in Deutschland erst seit der Mitte desselben Jahrhunderts etabliert. Der – oder gar die – AltersrentnerIn, der in existenzgesicherter und legitimer Weise das Erwerbsleben beenden und ein entpflichtetes »Leben danach« beginnen kann, ist ein soziales Phänomen der jüngeren Vergangenheit – ein sozialhistorisches Novum, mit dem allenfalls die Großeltern unserer Eltern erstmalig Erfahrung machen konnten.

Zugleich war mit der tendenziellen Universalisierung des Arbeitsbürgerrechts auf eine lebensstandardsichernde Sozialrente in den 1970er-Jahren schon der Höhepunkt dieser Berechtigungsgeschichte überschritten und die sozialpolitische Gegenbewegung eingeleitet: Rückblickend erscheint die Blütephase des institutionalisierten Ruhestands daher wie ein kurzer Sommer der alterssozialpolitischen Anarchie. Mit den Rentenreformen des neuen Jahrhunderts, namentlich der im Ergebnis massiven prospektiven Absenkung des Sicherungsniveaus in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der (nicht mit einer Zusatzversicherungspflicht verbundenen) Teilprivatisierung der Altersvorsorge im Rahmen der »Riester-Reform« aus dem Jahr 2001, ist nicht nur das faktische Rentenzugangsalter, sondern auch die Rentnererwerbstätigkeit deutlich angestiegen.⁶⁶ Die Zeiten des »Vorruhestands« sind hierzulande jedenfalls definitiv vorbei – und das nicht nur in der Sphäre rechtlicher Regulierungen.⁶⁷

Die regulative Abkehr vom Ruhestand wurde begleitet – flankiert und mit angetrieben – von einer veränderten Gestalt der öffentlich kursierenden Altersbilder. Das Arbeitsbürgerrecht auf einen lebensstandardgesicherten Lebensabend ist nicht nur sozialrechtlich infrage gestellt, sondern auch – gegen die fortgesetzte Wertschätzung der ruheständischen Erwerbsentpflichtung bei den allermeisten Älteren⁶⁸ – diskurspolitisch unterlaufen worden. Die öffentliche Rede von der Sozialrente als »Alterslohn für Lebensleistung« war (und ist von) gestern. Im Zeichen der zunehmend dominant gewordenen Dispositive des unruheständischen und produktiven Alters wird das höhere Alter im politisch-medialen Diskurs, aber auch in weiten Teilen des wissenschaftlichen Feldes als Fortsetzung des Leistungslebens verstanden, als deren Lohn den aktiven »jungen Alten« die gesellschaftliche Anerkennung ihrer gemeinwohldienlichen Lebensführung winkt. Wie wir alle haben es, glaubt man dem öffentlich verhandelten Bild des Alters, auch die Alten unter uns selbst in der Hand, ihr aktivgesellschaftliches Glück zu machen, sei es in Form verlängerter Erwerbsarbeit oder aber im Modus des

66 Das durchschnittliche Rentenzugangsalter westdeutscher Männer (ohne Erwerbsminderungsrenten) hat sich von 62,5 Jahren zu Beginn der 2000er-Jahre auf fast 64 Jahre erhöht, vgl. Brusig (2012). Die Zahl der Erwerbstätigen im Rentenalter verdoppelte sich zwischen 2001 und 2011 auf rund 760.000 Personen, vgl. Brenke (2013); die jüngsten gesetzlichen Regelungen zur sogenannten Flexi-Rente werden diesen Trend ebenso weiter verstärken wie das zukünftig sinkende Lohnersatzniveau in der GRV.

67 Daran ändern auch die wilden Debatten um die jüngst eingeführte »Rente mit 63« nichts – eine rentenrechtliche Option, die sich faktisch nur einer kleinen Gruppe erwerbsbiografisch privilegierter Facharbeiter stellt beziehungsweise stellen wird.

68 Eine Wertschätzung des Ruhestands im Sinne der materiellen Garantie eines Lebens nach der und ohne Erwerbsarbeit, die bei praktisch allen von uns Befragten freilich mit einem offenkundig wahrgenommenen Druck zur aktivistischen Darstellung ihrer selbst und ihres Lebens im Ruhestand einhergeht.

Engagements auf dem Markt der Möglichkeiten bürgerschaftlicher Tätigkeit.⁶⁹ Die herrschende Sozialpolitik – hier die des Alters – bezeichnet das gerne als »Inklusion«⁷⁰; im Lichte ihrer Vorgeschichte könnte man durchaus auch auf andere semantische Ideen kommen.

Literatur

- Achinger, Hans (1958), *Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat*, Reinbek b. Hamburg.
- Bernhard, Stefan (2010), *Die Konstruktion von Inklusion. Europäische Sozialpolitik aus soziologischer Perspektive*, Frankfurt a.M.
- Boudiny, Kim (2013), »Active Ageing«. From Empty Rhetoric to Effective Policy Tool, in: *Ageing and Society* 33, S. 1077–1098.
- Brenke, Karl (2013), Immer mehr Menschen im Alter sind berufstätig, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 6/2013, S. 3–12.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne (2010), Ni méthode, ni approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.), *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung*, Frankfurt a.M., S. 23–42.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.
- Brussig, Martin (2012), *Altersübergangs-Report 2012-02*, <http://www.iaq.uni-due.de/auem-report/2012/2012-02/auem2012-02.pdf> (5. September 2014).
- Castel, Robert (2005), *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg.
- Conrad, Christoph (1998), Alterssicherung, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit*, München, S. 101–116.
- Denninger, Tina, u. a. (2010), Die Regierung des Alter(n)s. Analysen im Spannungsfeld von Diskurs, Dispositiv und Disposition, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.), *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung*, Frankfurt a.M./New York, S. 207–235.
- (2014), *Leben im Ruhestand. Zur Neuerhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft*, Bielefeld.
- Deutscher Bundestag (2006), *Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen*, Drucksache 16/2190 vom 6. Juli 2006, Berlin.
- (2010), *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft*, Drucksache 17/3815 vom 17. November 2010, Berlin.

69 Vgl. dazu Neumann (2013).

70 Zum politischen Siegeszug des Inklusionsparadigmas, zunächst auf EU-europäischer Ebene, vgl. Bernhard (2010).

- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008), *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen.
- Dyk, Silke van/Lessenich, Stephan (Hg.) (2009), *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*, Frankfurt a.M./New York.
- Dyk, Silke van, u. a. (2013), The Many Meanings of »Active Ageing«. Confronting Public Discourse with Older People's Stories, in: *Recherches Sociologiques et Anthropologiques* 44, S. 97–115.
- Ebbinghaus, Bernhard (2006), *Reforming Early Retirement in Europe, Japan and the USA*, Oxford.
- Esping-Andersen, Gøsta (1996), Welfare States without Work. The Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy, in: ders. (Hg.), *Welfare States in Transition*, London, S. 66–87.
- Göckenjan, Gerd (2000), *Das Alter würdigen. Altersbilder und Bedeutungswandel des Alters*, Frankfurt a.M.
- Graefe, Stefanie/Lessenich, Stephan (2012), Rechtfertigungsordnungen des Alter(n)s, in: *Soziale Welt* 63, 299–315.
- Hajer, Maarten A. (1997), Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel, in: *Soziale Welt* 48, S. 107–132.
- Hockerts, Hans Günter (1980), *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart.
- (2011), Wie die Rente steigen lernte. Die Rentenreform 1957, in: ders., *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung nach 1945*, Göttingen, S. 71–85.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003), Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in: Stephan Lessenich (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe*, Frankfurt a.M./New York, S. 73–104.
- Kohli, Martin (1985), Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37, S. 1–29.
- (1987), Ruhestand und Moralökonomie. Eine historische Skizze, in: Klaus Heinemann (Hg.), *Soziologie wirtschaftlichen Handelns*, Opladen, S. 393–416.
- Kohli, Martin/Wolf, Jürgen (1987), Altersgrenzen im Schnittpunkt von betrieblichen Interessen und individueller Lebensplanung. Das Beispiel des Vorruhestands, in: *Soziale Welt* 38, S. 92–109.
- Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hg.) (2007), *Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge*, Bielefeld.
- Laslett, Peter (1995), *Das dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns*, Weinheim u. a.
- Leisering, Lutz (1993), Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, in: *Soziale Welt* 44, S. 486–511.
- Lessenich, Stephan (2008), *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld.
- (2013a), Altern ist von gestern. Die Regierung des Alters im demographischen Wandel, in: *a.r.t.e.s. Jahrbuch 03/2012 bis 02/2013*, Köln, S. 80–92.

- Lessenich, Stephan (2013b), Vom verdienten Ruhestand zum Alterskraftunternehmer? Das Alter im demographischen Wandel, in: Karin Kaudelka/Gerhard Kilger (Hg.), *Eigenverantwortlich und leistungsfähig. Das selbständige Individuum in der sich wandelnden Arbeitswelt*, Bielefeld, S. 57–68.
- (2014), Einfach nicht totzukriegen. Das Alter in der »alternden Gesellschaft«, in: *Merkur* 780, S. 453–460.
- Neumann, Daniela (2013), Die Bürgergesellschaft als Freiwilligen-Markt?, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 59, S. 111–132.
- Schimany, Peter (2003), *Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demografischen Umbruchs*, Frankfurt a.M.
- Schmid, Josef (2012), *Struktur und Dynamik von Sozialausgaben*, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138831/> (2. August 2014).
- Seils, Eric (2013), Armut im Alter – aktuelle Daten und Entwicklungen, in: *WSI-Mitteilungen* 66, S. 360–368.
- Simmel, Georg (1992), Der Arme [1908], in: ders., *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Frankfurt a.M., S. 512–555.
- Stolleis, Michael (2001), Historische Grundlagen. Sozialpolitik in Deutschland bis 1945, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik*, Baden-Baden, S. 199–332.
- Tews, Hans Peter (1990), Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters, in: *WSI-Mitteilungen* 43, S. 478–491.
- Walker, Alan (2002), A Strategy for Active Ageing, in: *International Social Security Review* 55, S. 121–139.
- World Bank (1994), *Averting the Old Age Crisis. Politics to Protect the Old and Promote Growth*, Washington, D.C.
- Zacher, Hans F. (2001), Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik*, Baden-Baden, S. 333–684.

Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention

Ulrich Bröckling

Dass die Idee der Planung ein Signum des 20. Jahrhunderts war und sich zumindest für die westlichen Industriegesellschaften »eine historische ›Sattelzeit‹ der Planung in den 60er Jahren« ausmachen lässt, ist vielfach festgestellt worden. Die einschlägigen Diskurse und Praxen sind inzwischen auch von der zeitgeschichtlichen Forschung gut aufgearbeitet.¹ Ebenso geläufig ist uns die Beobachtung, dass in den 1970er-Jahren der Boom rapide abebbte, Planungsinstanzen und -programme verstärkt in die Kritik gerieten und sowohl die Machbarkeit wie auch die Wünschbarkeit politischer Zukunftsplanung fragwürdig wurden. Als Initialereignisse für diesen Umbruch werden häufig die Ölkrise von 1973 und die Veröffentlichung des Berichts »Die Grenzen des Wachstums« durch den Club of Rome angeführt;² den größeren Rahmen bildeten das Abflauen der Weltkonjunktur und das Ende des ökonomischen Nachkriegsbooms, die Krise des fordistischen Produktionsregimes und verdüsterte Zukunftserwartungen angesichts einer wachsenden Wahrnehmung ökologischer Probleme.

Selbstverständlich wird seither im Bereich der Politik wie anderswo auch weiterhin geplant; Umfang und Reichweite von Planungen haben seit den 1960er-Jahren sogar erheblich zugenommen. Doch zum einen verliert man darüber nicht mehr so viele Worte. Je selbstverständlicher Planung geworden ist, je routinierter sie verläuft, desto weniger Aufmerksamkeit zieht sie auf sich, desto weniger bedarf sie der Rechtfertigung und desto weniger hochfliegende Erwartungen knüpfen sich an sie. Zum anderen, und dieser Aspekt ist noch bedeutsamer, hat sich die Semantik verschoben: Vieles, was der Zeitgeist der 1960er- und 1970er-Jahre unter Planung subsumierte, läuft heute unter anderem Label. Kon-

1 Laak (2008), S. 325; vgl. auch die Beiträge von Dieter Gosewinkel, Anselm C. Caldwell, Andreas Eckert und Anselm Doering-Manteuffel im gleichen Heft; außerdem Metzler (2003); Ruck (2000); sowie Bröckling (2008).

2 Meadows u. a. (1972); zu Entstehung und Rezeption vgl. Kupper (2004).

zepte wie Selbstorganisation oder Risikomanagement, denen ein prominenter Platz in einem Glossar der Gegenwart zukäme, signalisieren schließlich nicht nur begriffliche Umbesetzungen, sondern verweisen zugleich auf veränderte Problemhorizonte, Rationalitäten und Technologien des Zugriffs auf Zukunft.

Der vorliegende Beitrag beschreibt zunächst drei Transformationen, die maßgeblich zum Ende des Planungsbooms beigetragen haben: erstens die Entplanusibilisierung der wissenschaftlichen Rationalität von Planung, zweitens die Hegemonie wettbewerblicher Selbstregulationskonzepte gegenüber Modellen planerischer Steuerung und drittens der Rückgang positiver und das Erstarken negativer Zukunftserwartungen sowie, damit verbunden, das Bewusstsein für kollektive Gefährdungen, die mit mathematischen Wahrscheinlichkeitskalkülen nur unzureichend oder gar nicht erfassbar sind. Der zweite Teil des Beitrags expliziert dann die These, dass zeitgenössische Gesellschaften ihr Verhältnis zur Zukunft vor allem über zwei komplementäre Semantiken und Handlungsorientierungen verhandeln: Selbstorganisation und Prävention.

1 Planungsdämmerung

Das Projekt einer wissenschaftlich gestützten gesamtgesellschaftlichen Modernisierung, für das Begriff und Sache der Planung standen, erodierte nicht zuletzt an seinen eigenen nicht eingelösten Ansprüchen: Planung als »der systematische Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage allen verfügbaren einschlägigen Wissens«³, so eine Definition des Freiburger Rechtswissenschaftlers Joseph H. Kaiser im Vorwort eines einflussreichen Sammelbands zu »Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft« aus dem Jahre 1965, generierte eben nicht eindeutige Prognosen, Zielvorgaben und Operationalisierungsschritte, welche die Politik dann nur noch in kollektiv verbindliche Entscheidungen umzusetzen hatte. Das Planungswissen blieb vielmehr widersprüchlich. Die Versprechen auf Rationalität im Singular und die zumindest analytische Trennung von »wissenschaftlicher« Entscheidungsvorbereitung und »politischer« Entscheidung, von Informationsverarbeitung auf der einen, Konfliktaustragung und Konsensbildung auf der anderen Seite⁴ waren nicht aufrechtzuerhalten. Dass der vermeintlich ausschließlich sachliche »non partisan approach«⁵ der Planung sich nicht aus dem interessengeleiteten Parteienstreit

3 Kaiser (1965b), S. 7.

4 Scharpf (1973), S. 43.

5 Kaiser (1965a), S. 18.

heraushalten ließ und die Verwissenschaftlichung der Politik unweigerlich zur Politisierung der Wissenschaft führte, markiert eine erste Delegitimierung des Planungsdispositivs.

Infrage gestellt wurde die Überzeugung, politische Planung könne »die vollständigere und frühere Problemerkennung und die Entwicklung wirksamer Veränderungs- und Gestaltungsstrategien zur Bewältigung neuartiger und zunehmend krisenhafter Problemlagen« leisten, so eine Aufgabenbestimmung von Fritz W. Scharpf,⁶ zweitens von jenen, welche die Idee der Planung ohnehin unter Totalitarismusverdacht stellten und mit sozialistischer Planwirtschaft oder nationalsozialistischer Diktatur assoziierten. Diese Stimmen waren in der Bundesrepublik auch während der größten Planungseuphorie nie verstummt und gewannen im Zuge der Krise der 1970er-Jahre wieder an Gewicht. Ökonomen wie Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack hatten bereits seit den 1920er-Jahren ihre Erneuerungen der liberalen Theorie⁷ auf einer strikten Gegenüberstellung von Plan und Markt aufgebaut und nicht nur die Unzulänglichkeit zentraler Wirtschaftslenkung, sondern vor allem auch die praktische Unmöglichkeit einer Verbindung von Plan- und Marktmechanismen betont. Plan *oder* Markt – *tertium non datur* –, lautete ihr Credo.

Hayek hielt die Wettbewerbsordnung gerade aufgrund jener Fähigkeit für überlegen, welche die Fürsprecher der planenden Vernunft für diese in Anspruch nahmen: Es sei paradox, schrieb er,

wenn heute oft gesagt wird, daß wir die moderne Gesellschaft bewußt planen müssen, weil sie so komplex geworden ist. In Wirklichkeit können wir eine Ordnung von solcher Komplexität nur dann erhalten, wenn, wir sie nicht nach der Methode des »Planens«, d. h. nicht durch Befehle handhaben, sondern auf die Bildung einer auf allgemeinen Regeln beruhenden spontanen Ordnung abzielen.⁸

Außer dem Markt, so sein Argument, verfüge keine Instanz über ausreichende Informationen beziehungsweise könne sie verarbeiten, um eine optimale Ressourcenallokation im Sinne eines Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage herzustellen. Dabei handle es sich nicht nur um ein Problem der schieren Informationsmenge, das eine Planungsbehörde möglicherweise mithilfe elektronischer Datenverarbeitung lösen könne. Nicht substituierbar sei die »Rechenmaschine« des Marktes vielmehr, weil die von ihr verarbeiteten Informationen sich aus einer Fülle subjektiver Entscheidungen zusammensetzten, die erst durch die Preisbildung auf dem Markt objektiviert würden. Angezeigt durch fallende oder

6 Scharpf (1973), S. 46.

7 Vgl. Mises (1922, 1940); Hayek (1944); Eucken (1939, 1952); Müller-Armack (1947).

8 Hayek (1969), S. 41; vgl. zu Hayeks Kritik des Planungsgedankens auch Anter (2007), S. 151 ff.

steigende Preise, lenke der Wettbewerb die Aktivitäten der Wirtschaftssubjekte immer dorthin, wo steigende Preise Knappheit und damit Gewinnchancen signalisieren. In die Sprache der Kybernetik übersetzt, bilde der Markt ein sich über permanente Rückkopplungsprozesse selbst erhaltendes und regulierendes System.

Hayek und seine neoliberalen Mitstreiter verwarfen nicht die Idee des Plans überhaupt, sondern lediglich das Vorhaben, den Staat als oberste Planungsinstanz einzusetzen. Neben ihrem methodologischen propagierten sie auch einen planerischen Individualismus. Ihre Kritik richtete sich lediglich gegen eine zentralisierte Gesamtsteuerung der Wirtschaft. Im Übrigen war der spontanen Ordnung sehr wohl auf die Sprünge zu helfen – ein paradoxes Unterfangen, das auf das Oxymoron »einer Planung zum Zwecke des Wettbewerbs«⁹ hinauslief. Zu unterbinden war zwar jeder Versuch festzulegen, wer was zu welchem Preis zu produzieren habe. Allerdings bedurfte der Wettbewerb selbst institutioneller Absicherung und folglich planender Interventionen. Diese sollten jedoch nicht negative Markteffekte korrigieren, sondern im Gegenteil dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage durch Beseitigung externer Störfaktoren den Weg ebnen. Planung in diesem Sinne griff nicht in den Markt ein, sie machte ihn möglich. Nicht Deregulierung im Sinne des Laissez-faire, sondern aktive, das heißt geplante Wettbewerbsförderung stand im Zentrum des neoliberalen Programms. Dieses stieß in den 1970er-Jahren nicht zuletzt auch deshalb auf Resonanz, weil es eine Antwort auf das Problem der Grenzen und nichtintendierten Effekte politischer Planung zu bieten schien und mit seiner Emphase des aktiven, selbstverantwortlichen Individuums den Partizipations- und Autonomiebestrebungen einer sich demokratisierenden Gesellschaft eher Rechnung trug als die sich auf ihre wissenschaftliche Expertise berufenden Protagonisten des Social Engineering.

Skepsis weckte schließlich drittens die geschichtsphilosophische Aufladung des Planungsdiskurses, der den Plan als Endpunkt einer historischen Entwicklung »von der Utopie zur Wissenschaft« erscheinen ließ. Während die Utopie bloße Fiktion bleibe, so der bereits zitierte Jakob H. Kaiser, seien bei der Planung Entwurf und Vollzug untrennbar verbunden. In der Perfektion seiner Ausführung wäre der Plan das Ende der Geschichte: »die *Aufhebung der Zeit* in der Gegenwart. Denn Zukunft wäre insofern nur noch eine spezifische Dimension der Gegenwart, und die Sicht in die ›Zukunft‹ würde dazu dienen, unser gegenwärtiges Dasein zu erfüllen und in seinen Möglichkeiten auszudehnen (innerhalb der Grenzen reiner Immanenz).«¹⁰

9 Hayek (1944), S. 66.

10 Kaiser (1965), S. 15 u. 32.

Das Pathos eines entfesselten Zukunftsoptimismus war indes nur die eine Variante geschichtsphilosophischer Planungslegitimation. Ebenso häufig wurden geradezu apokalyptische Szenarien beschworen, denen allein die Rationalität der Planung Einhalt gebieten können sollte. Für Hans Josef Mundt, zusammen mit Robert Jungk Herausgeber der Buchreihe »Modelle für eine neue Welt«, stand die Uhr schon lange auf fünf vor zwölf:

Geht man an die unaufschiebbaren Aufgaben im Geist von gestern, in atavistischen Gruppenegoismen, unter dem Ausschließlichkeits- und Machtanspruch von Rassen, Nationen, Konfessionen oder Interessencliquen, dann kann die Wirkung der modernen Mittel zum Untergang aller führen, keineswegs nur zu dem der Unbelehrbaren. Die Gefahr ist größer, als die meisten von uns zu denken wagen, denn in jeder Sekunde kann das Leben auf unserem Erdball in einer schnellen Folge von H-Bombenblitzen verglühen. [...] Erst die notwendigen Regulationen [...] ermöglichen uns in den nächsten Jahren, viel mehr aber noch künftigen Generationen, die in den rapiden Veränderungen unserer Zeit unseren Langfristplanungen ausgeliefert sind, ein menschenwürdiges, ja überhaupt menschenmögliches Dasein.¹¹

Gelang es, die planende Vernunft auf diese Weise mit dem Überleben der Gattung kurzzuschließen, dann war der Planungsimperativ unabweisbar.

Waren linke Reformer überzeugt, dass die Abwehr der Apokalypse einen weitreichenden Umbau der sozialen Ordnung voraussetze und diesen einleiten müsse – Robert Jungk etwa forderte im Geiste Ernst Blochs als erste Stufe des Planens eine »zweckfreie soziale Phantasie«, deren »Quellpunkt [...] nicht das Seiende, nicht einmal das Mögliche, sondern das *noch nicht Mögliche*« zu sein habe¹² –, so folgten konservative Planungsbefürworter einer »Utopie des Bewahrens«¹³. Wilhelm Hennis gründete seine »konservative« Rechtfertigung der Planung als einer wichtigen zu institutionalisierenden Regierungsaufgabe« auf die Trias »Sorge, Vorsorge, Fürsorge«, und Hermann Lübke sekundierte, Planung werde weniger »durch geschichtliche Endzwecke« motiviert, sondern sei eine »Selbstbehauptungspraxis unter bedrohlich sich verändernden Umständen«.¹⁴ In den Semantiken der Gefahrenabwehr, des Bewahrens und der Vorsorge tauchten quer zu den politischen Lagern bereits Motive der Prävention auf, aber sie markierten vorerst noch keine Abkehr vom Planungsgedanken, sondern gaben diesem eine spezifische Färbung.

Reformer und Konservative, Idealisten und Pragmatiker trafen sich im Gestus des Retten-Wollens und im Glauben an Wissenschaft und Technik. Planung fungierte dabei als ein leerer Signifikant, auf den sich alle positiv bezogen, der

11 Mundt (1964), S. 25f.

12 Jungk (1964), S. 29.

13 Arndt (1967).

14 Lübke (1966), S. 208.

aber zugleich so unbestimmt war, dass ihn jeder auf seine Weise mit Bedeutung füllen konnte. Undenkbar war allein, jemand könne nicht für Planung eintreten wollen. Diese Vorstellung war das Außen des Diskurses. Was auch immer das Problem war, es erschien als Problem unzureichender Planung, die Lösung hieß folglich mehr und bessere Planung.

2 Selbstorganisierende Systeme

Brüchig wurde die fraglose Plausibilität dieser Ratio erst mit einer anderen diskursiven Verschiebung, im Zuge derer gesellschaftliche Probleme nicht auf Planungsdefizite zurückgeführt, sondern selbst als konstitutives Problem von Planung gedeutet wurden. Exemplarisch lässt sich dieser *shift* an Niklas Luhmanns Äußerungen zum Thema politische Planung in den 1960er- und 1980er-Jahren ablesen. 1966 hatte sich Luhmann noch vorsichtig optimistisch zu den Chancen politischer Planung geäußert – die planende »Festlegung von *Entscheidungsprämissen* für künftige Entscheidungen« verschaffe einen »kleinen Gewinn an Leistungsfähigkeit«, der »zu einem großen Gewinn für das ganze System« werden könne, hatte er da geschrieben.¹⁵ Knapp zwei Jahrzehnte später sah er »das eigentliche Problem der *Selbstplanung sozialer Systeme*« darin, dass Planung, weil sie »in dem System, das sich plant, *beobachtet* wird«¹⁶, stets zugleich Vollzug und Widerstand produziere – und zwar koextensiv: je mehr Planung und Planvollzug, desto mehr Widerstand. »Planung erzeugt Betroffene – sei es, daß sie benachteiligt werden, sei es, daß nicht alle ihre Wünsche erfüllt werden. Die Betroffenen werden wissen wollen und sie werden freie Kapazitäten im System nutzen wollen, um zu erfahren und möglichst zu ändern, was geplant wird.« Immer seien irgendwelche Interessen »übergangen, mögliche Folgen nicht beachtet, Risiken falsch eingeschätzt und vor allem: andere Prioritäten zurückgesetzt«¹⁷ worden, immer bestehe die Möglichkeit, »sich anders zu verhalten, als eine planmäßige Bestimmung es vorsieht, nämlich etwas Vorgesehenes, mit dem viele rechnen, gerade deshalb nicht zu wollen, es zu unterlaufen, zu boykottieren oder auch nur Profit daraus zu ziehen, daß man sich untypisch verhält.«¹⁸ Dass sich Planer und Beobachter auf *eine* Planungsrationaliät verständigten, sei unter diesen Voraussetzungen illusorisch; denkbar sei bestenfalls »eine Art von Konvergenz«.¹⁹

15 Luhmann (1971), S. 77ff.

16 Luhmann (1984), S. 635.

17 Ebd., S. 636.

18 Ebd., S. 637.

19 Ebd., S. 642.

Es ist nicht schwer, aus solchen Formulierungen einen Nachhall der Bürgerproteste herauszuhören, die sich seit den frühen 1970er-Jahren gegen Stadtentwicklungsvorhaben, Atomkraftwerke und andere Großtechnologieprojekte zu Wort meldeten und sich keineswegs länger auf die planende Vernunft der Verwaltung und politischen Entscheidungsträger verlassen wollten. Luhmanns Planungskepsis hatte nicht nur theorieimmanente Gründe, sie reflektierte auch eine veränderte gesellschaftliche Diskurskonstellation. Der Begriff der Selbstorganisation, der mit Luhmanns autopoietischer Wende zur Basiskategorie seiner Systemtheorie aufrückte, nahm auch als Topos gesellschaftlicher Selbstbeschreibung eine vergleichbare Position ein, wie sie der Planung in den 1960er-Jahren zugekommen war.

Die Zukunft erschien in der allgemeinen Wahrnehmung weniger als eine politische Planungsaufgabe, denn als ein emergenter, seinen eigenen Gesetzen folgender, von politischen Steuerungsanstrengungen kaum und wenn, dann nicht unbedingt zum Guten beeinflussbarer Prozess. Emergenz statt Planung – das erinnerte nicht von ungefähr an Hayeks »spontane Ordnung«, die sich hinter dem Rücken der planend ihren Nutzen maximierenden individuellen Akteure einstellen sollte. Selbstorganisation ist nicht nur eine Schlüsselkategorie der soziologischen Beobachtung funktional differenzierter Systeme, sondern auch der Fluchtpunkt neoliberalen Regierens. Dieser Strang des diskursiven Abschieds vom planenden Zugriff auf die Zukunft mündete ein in die Mobilmachung sich selbst steuernder autonomer Marktsubjekte.

3 Politiken der Vorbeugung

Der andere Strang ging von Planung in Richtung Prävention: Der Blick auf die Zukunft ließ diese nicht nur als kontingent erscheinen, sondern zugleich als in hohem Maße gefährdet, und zwar insbesondere durch Bedrohungen, die auf menschliche Planungsentscheidungen zurückgingen und sich »[e]inerseits durch einen Kontext wissenschaftlicher Ungewißheit, andererseits durch die Eventualität schwerer und irreversibler Schäden«²⁰ auszeichneten. Prominente Beispiele waren die Kernenergie und die Gentechnik oder ökologische Probleme wie das Waldsterben und der anthropogene Klimawandel. Diese Bedrohungen waren mit Verfahren probabilistischer Risikoabschätzung nicht zu kalkulieren, sie überschritten den Rahmen des Versicherbaren und bargen ein Katastrophenpotenzial, das die Verhinderung ihres Eintretens im Wortsinn überlebens-

20 Ewald (1998), S. 13.

notwendig machte. Die Zukunft aus dieser Perspektive heraus zu beobachten, bedeutete, einer »Heuristik der Furcht« zu folgen, wie Hans Jonas es genannt hat. Angesichts der »jeder (auch elektronischen) Rechenkunst spottende[n] Komplexität gesellschaftlicher und biosphärischer Wirkungsganzheit«, der »stets mit Überraschungen aufwartende[n] Unergründlichkeit des Menschen« und der »Unvorhersagbarkeit, das heißt Nicht-Vorerfindbarkeit, künftiger Erfindungen« war immer der schlechten Prognose Vorrang vor der guten zu geben.²¹ Lieferte Jonas' »Prinzip Verantwortung« eine Ethik der Vorbeugung, so erhielt der präventive Weltbezug mit Ulrich Becks »Risikogesellschaft«²² die Weihen einer sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnose. Auch Luhmann widmete sich, wie immer in skeptischer Distanz, den Aporien »ökologischer Kommunikation«²³, die sich im Rekurs auf Angst gegen rationale Erwägungen immunisierte, und insistierte darauf, dass nicht nur das Unterlassen von Prävention, sondern diese selbst riskant blieb: »Man jagt sich Tag für Tag durch den Wald, um gesund zu bleiben, und stürzt schließlich mit dem Flugzeug ab«, notierte er in der ihm eigenen Lakonie. »Oder die Prävention erweist sich als kausal unwirksam. Oder es war nur eine nützliche Ermutigungsfiktion.«²⁴

Planung und Prävention unterscheiden sich durch das positive beziehungsweise negative Vorzeichen ihres Einwirkens auf die Zukunft. Während Planung unter Umständen zwar ebenfalls Risiken zu minimieren sucht, vor allem aber darauf abzielt, einen Fortschritt zum Besseren herbeizuführen, geht es bei vorbeugenden Anstrengungen um die Vermeidung künftiger Übel. Prävention soll nichts schaffen, sie soll »noch nicht vorhandene Probleme verhindern«.²⁵ Planung operiert nach der Logik der *self-fulfilling*, Prävention funktioniert als *self-destroying prophecy*. Die Zukunft, die sie antizipiert, erscheint stets finsterner als die Gegenwart, und ihre Erwartungen beschränken sich darauf, dass es bestenfalls ganz so schlimm doch nicht kommen wird. Dieser Negativismus der Prävention setzt allerdings einen enormen Aktivismus in Gang, der jenem der Planer in nichts nachsteht. Vorzubeugen heißt eben nicht passiv abzuwarten, sondern alles zu tun, um die negativen Zukunftserwartungen zu widerlegen. Die Differenz liegt nicht in dem, was im Namen von Prävention oder Planung getan, sondern in welchen Rahmen das Handeln jeweils gestellt wird. Dass beide Handlungsorientierungen Beobachtungskonstrukte und damit Zuschreibungen sind, hat politische Implikationen: Es sind Aushandlungsprozesse und

21 Jonas (1984), S. 63 u. 66 u. 70.

22 Beck (1986).

23 Luhmann (1986).

24 Luhmann (1991), S. 38.

25 Hafén (2007), S. 37.

Deutungskämpfe, die darüber entscheiden, welche Maßnahmen unter Planung und welche unter Prävention verbucht werden.²⁶

Rechtlichen Niederschlag fand die präventive Handlungsmaxime *Better safe than sorry* im Vorsorgeprinzip (*precautionary principle*), das im Hinblick auf Zulassungs- und Haftungsfragen eine Umkehr der Beweislast verlangt – nachgewiesen werden muss nicht das Risiko, sondern dass keines existiert. Seit den 1970er-Jahren wurde es zunächst im deutschen Umweltrecht, später auch in zahlreichen internationalen Abkommen, so im Vertrag von Maastricht und der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung verankert. Wenn nicht auszuschließen ist (und da man nicht weiß, was man nicht weiß, kann man nicht ausschließen), wenn zugleich aber begründeter Verdacht besteht, dass bestimmte Technologien oder Maßnahmen unabsehbare, irreversible und irreparable Risiken bergen, dann ist es zwingend, so die Logik der *precaution*, darauf zu verzichten und entsprechende Verbote zu erlassen. Umgekehrt verlangt das Vorsorgeprinzip, so heißt es in einer Mitteilung der EU-Kommission zur Anwendung des Prinzips, proaktiv auch in den Fällen tätig zu werden.

in denen die wissenschaftlichen Beweise nicht ausreichen, keine eindeutigen Schlüsse zulassen oder unklar sind, in denen jedoch aufgrund einer vorläufigen und objektiven wissenschaftlichen Risikobewertung begründeter Anlaß zu der Besorgnis besteht, daß die möglicherweise gefährlichen Folgen für die Umwelt und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen mit dem hohen Schutzniveau der Gemeinschaft unvereinbar sein könnten.²⁷

Ähnlich wie die fraglose Plausibilität der Planung beruht auch die Strahlkraft des Präventionsimperativs nicht zuletzt auf seiner Unschärfe und Vieldeutigkeit: Starke und schwache Auslegungen konkurrieren; Experten, Politik und Öffentlichkeit streiten, wer Subjekt und was Objekt vorbeugender Interventionen sein soll und wie weit diese gehen dürfen. Kritiker bemängeln die Inkohärenz des Vorsorgeprinzips, das lähmend wirke, weil es »sowohl ein Tätigwerden als auch ein Nichttätigwerden und alles, was dazwischen liegt«, verbiete.²⁸ Andere monieren gerade umgekehrt, die Berufung auf das Prinzip erlaube, alles zu erlauben.

In der Tat ist es nicht ohne bittere Ironie, dass die ökologische Bewahrungsmoral des *precautionary principle* nach dem 11. September 2001 zum handlungsleitenden Prinzip des präemptiven »Kriegs gegen den Terror« avanciert und dabei aus dem präventiven Unterlassen ein entgrenzter Aktivismus im Namen der Vor-

26 Vgl. zur Unterscheidung von planerischen und präventiven Handlungsorientierungen auch Leanza (2012).

27 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission die Anwendung des Vorsorgeprinzips [sic]. Brüssel, 2. Februar 2000, S. 12, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2000/com2000_0001de01.pdf (17. Mai 2013).

28 Sunstein (2007), S. 14.

sorge geworden ist.²⁹ »Wenn wir abwarten, bis die Gefahr vollständig eingetreten ist, haben wir zu lange gewartet«, verkündete US-Präsident George W. Bush vor Beginn des Irakkriegs und rechtfertigte ihn damit als präemptive Notwendigkeit, auch wenn kein sicherer Beweis für die Existenz von Massenvernichtungswaffen vorlag.³⁰ Weil die Warnungen der Sicherheitsexperten, der nächste Anschlag komme bestimmt, schwerlich zu widerlegen waren und mit der Möglichkeit des nuklearen Terrorismus das mögliche Schadensausmaß gegen Unendlich gehen, hatten *Worst-Case*-Erwartungen Konjunktur. Da man nicht wissen konnte, wo die Bedrohungen lauern und welche Gestalt sie annehmen, bestand *precaution* zunächst einmal darin, alle möglichen Bedrohungen zu imaginieren – und zwar in der schlimmstmöglichen Form. Statt um präventive Risikoabwehr ging es um hyperpräventive Risikoerfindung.³¹ Der Aktivismus der Präventivkrieger generierte so, was er bekämpfen wollte: »The most effective way to fight an unspecified threat is to actively contribute to producing it«, kennzeichnet Brian Massumi diese Logik einer Politik im Konjunktiv.³²

4 Resümee

Die Idee der Planung, in den 1960er-Jahren die hegemoniale Reflexionsform des Zugriffs auf Zukunft, erodierte im Verlauf der 1970er. An ihre Stelle trat zum einen das Programm radikaler Vermarktlichung, das die beste aller möglichen Zukünfte an die größtmögliche Freisetzung von Selbstorganisationspotenzialen knüpft, zum anderen eine soziale Grammatik der Sicherheit, die bedrohliche Zukunftserwartungen durch Strategien der Prävention zu bändigen hofft. Beide verhalten sich zueinander komplementär: Mit dem (neo-)liberalen Zukunftsmanagement qua Wettbewerbsförderung, das die Kontingenz des Künftigen in individuelle Investmententscheidungen übersetzt und deren Rationalität an das ökonomische Tribunal des Marktes bindet, korrespondiert eine im Kern illiberale Politik der *securitization*³³, die mit ihrem wie gebannt auf die jederzeit mögliche Katastrophe starrenden und zugleich unentwegt zur Tat drängenden Blick auf die Zukunft noch die gravierendsten Maßnahmen rechtfertigt. Oder noch kürzer: Die Rationalität zeitgenössischen Regierens beruht auf zwei Axio-

29 Vgl. Aradau/Munster (2007); Stern/Wiener (2006).

30 George Bush in seiner Rede in Westpoint am 3. Juni 2002; zitiert nach Sunstein (2007), S. 13.

31 Vgl. Frankenberg (2010), S. 119ff.

32 Massumi (2007).

33 Vgl. Buzan/Wæver/Wilde (1998).

men. Um das Beste zu erreichen, dürfen dem Wettbewerb keine Fesseln angelegt werden. Und wenn es gilt, das Schlimmste zu verhindern, ist alles erlaubt.

Literatur

- Anter, Andreas (2007), *Die Macht der Ordnung*, Tübingen.
- Aradau, Claudia/Munster, Rens van (2006), Governing Terrorism Through Risk: Taking Precautions, (un)Knowing the Future, in: *European Journal of International Relations* 13, S. 89–115.
- Arndt, Hans-Joachim (1967), Die Figur des Plans als Utopie des Bewahrens, in: *Säkularisation und Utopie. Ebracher Studien. Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag*, Stuttgart, S. 119–154.
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- Bröckling, Ulrich (2008), Alle planen, auch die, die nicht planen. – Niemand plant, auch die nicht, die planen. Konturen einer Debatte, in: *Mittelweg* 36, 17:6, S. 61–79.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/Wilde, Jaap de (1998), *Security: A New Framework for Analysis*, London.
- Eucken, Walter (1939), *Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena.
- (1952), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen.
- Ewald, François (1998), Die Rückkehr des *genius malignus*. Entwurf zu einer Philosophie der Vorbeugung, in: *Soziale Welt* 49, S. 5–24.
- Frankenberg, Günter (2010), *Staatstechnik*, Frankfurt a.M.
- Hafen, Martin (2007), *Grundlagen systemischer Prävention*, Heidelberg.
- Hayek, Friedrich August von (1944), *Der Weg zur Knechtschaft*, Landsberg a. L.
- (1969), Arten der Ordnung, in: ders. (Hg.), *Freiburger Studien*, Tübingen, S. 32–46.
- Jonas, Hans (1984), *Das Prinzip Verantwortung*, Frankfurt a.M.
- Jungk, Robert (1964), Modelle für eine neue Welt, in: ders./Hans Josef Mundt (Hg.), *Der Griff nach der Zukunft. Planen und Freiheit*, München u. a., S. 23–44.
- Kaiser, Joseph H. (1965a), Exposé einer pragmatischen Theorie der Planung, in: ders. (Hg.), *Planung I. Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden, S. 11–34.
- (1965b), Vorwort, in: ders. (Hg.), *Planung I. Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden, S. 7–9.
- Kupper, Patrick (2004), »Weltuntergangs-Vision aus dem Computer«. Zur Geschichte der Studie ›Die Grenzen des Wachstums‹ von 1972, in: Jens Hohensee/Frank Uekötter (Hg.), *Wird Cassandra heiser? Beiträge zu einer Geschichte der falschen Öko-Alarme*, Stuttgart, S. 98–111.
- Laak, Dirk van (2008), Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34, S. 305–326.
- Leanza, Matthias, u. a. (Hg.) (2012), Politics of the Future: Between Prevention and Planning, in: *Behemoth. A Journal on Civilization* 4:2, <http://www.behemoth-journal.de/archive/volume-4-no-2/> (16. Mai 2013).

- Luhmann, Niklas (1971), Politische Planung, in: Volker Ronge/Günter Schmiege (Hg.), *Politische Planung in Theorie und Praxis*, München, S. 57–80.
- (1984), *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M.
- (1986), *Ökologische Kommunikation*, Opladen.
- (1991), *Soziologie des Risikos*, Berlin u. a.
- Lübbe, Hermann (1966), Planung und Herrschaft, in: Heinrich Rombach (Hg.), *Die Frage nach dem Menschen. Aufriss einer philosophischen Anthropologie. Festschrift für Max Müller zum 60. Geburtstag*, Freiburg, Brsg. u. a., S. 188–211.
- Massumi, Brian (2007), Potential Politics and the Primacy of Preemption, in: *Theory & Event*, 10:2, http://muse.jhu.edu/journals/theory_and_event/v010/10.2massumi.html (17. Mai 2013).
- Meadows, Dennis, u. a. (1972), *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart.
- Metzler, Gabriele (2003), »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt«. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch*, Paderborn, S. 777–797.
- Mises, Ludwig von (1922), *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena.
- (1940), *Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens*, Genf.
- Müller-Armack, Alfred (1947), *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Hamburg.
- Mundt, Hans Josef (1964), Paulskirche 1963. Die Interdependenz von Geist und Macht, Wissenschaft und Politik, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hg.), *Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche*, München u. a., S. 21–29.
- Ruck, Michael (2000), Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg, S. 362–401.
- Scharpf, Fritz W. (1973), Planung als politischer Prozeß, in: ders. (Hg.), *Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie*, Frankfurt a.M., S. 33–72.
- Stern, Jessica/Wiener, Jonathan B., (2006), Precaution against Terrorism, in: *Journal of Risk Research* 9:4, S. 393–447.
- Sunstein, Cass R. (2007), *Gesetze der Angst. Jenseits des Vorsorgeprinzips*, Frankfurt a.M.

Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Risiken: Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben

Martin H. Geyer

Zur »neuen Wirklichkeit« gehört, dass »Sicherheit« nicht nur ein »zentrale[r] Wertbegriff moderner – und postmoderner – Gesellschaften« ist, sondern sich auch zum »Goldstandard des Politischen« entwickelt hat, so der Politikwissenschaftler Christopher Daase.¹ Debatten über (Un-)Sicherheit und Risiken dominieren tagespolitische Themen, sei es im Bereich der inneren, der sozialen und der atomaren Sicherheit, des Katastrophenschutzes oder der Brandschutzvorschriften. Wissenschaftliche Untersuchungen befriedigen und schaffen zugleich eine unstillbare Nachfrage nach Sicherheits- und Risikoanalysen in fast allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie liefern Gegenwartsdiagnosen, die reale Gefährdungen und Risiken abschätzen. So bringen sie aber auch Szenarien allgegenwärtiger Gefährdungen und Risiken mit hervor. Das ist weder in wissenschaftstheoretischer Hinsicht noch mit Blick auf den konkreten Bereich der Sicherheit eine neue Feststellung. Schon Niklas Luhmann führte ähnliche Argumente gegen Experten ins Feld, die einfache Lösungen von Sicherheitsfragen versprochen: »Die Begrifflichkeit konstituiert das, worüber gesprochen wird«; Sicherheit impliziert mithin Unsicherheiten und Risiken und ist, wenn nicht eine »soziale Fiktion« (Luhmann), dann ein »Konstrukt« (Münchener Rückversicherung).² Mit etwas anderen Akzenten thematisiert eine inzwischen als »Kopenhagener Schule« firmierende Gruppe von ursprünglich im Bereich der internationalen Politik arbeitenden Wissenschaftlern um Ole Wæver performative Sprechakte, mit denen Akteure nach einem klar erkennbaren Muster Sicherheits- und Risikoprobleme in einzelnen Politikfeldern auf die Tagesordnung setzen: Ein sicherheitspolitischer Not- und Ausnahmezustand wird evoziert und ein Handlungszwang abgeleitet, der in Form eines vermeint-

1 Daase (2011), S. 139; ähnlich Conze (2005).

2 Luhmann (1991), S. 14 u. 37; Münchener Rückversicherung (1993); Bonß (1995).

lich unpolitischen, sachadäquaten Dezsionismus durchzusetzen ist. Aus Sicht dieser Gruppe sind Gefahren, Risiken und Sicherheit demnach nicht nur »real«, sondern auch sozial und diskursiv konstruiert, sie entstehen in Form einer spezifischen gesellschaftlichen Risikokommunikation. Sicherheitsdiskussionen bedürfen demnach einer rezeptiven Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang sind die Überlegungen bedenkenswert, dass sich die unterschiedlichsten Sicherheitsfelder und -diskurse – im Bereich der internationalen Politik, der Wirtschaft bis zur Umweltpolitik – miteinander verschränken und sich wechselseitig verstärken können. Das gilt nicht zuletzt für bestimmte Regionen und Gesellschaften³ und hat weitreichende Implikationen für die Entwicklung nationaler wie internationaler »Sicherheitskulturen«.⁴

Sicherheit und Risiken sind keineswegs Themen und Phänomene der Gegenwart. Im neueren Sprachgebrauch von Sicherheit sind die älteren Semantiken von »Ruhe und öffentlicher Ordnung« ebenso wie die Wohlfahrtsstaats- und Friedenssemantik aufgegangen.⁵ Der amerikanische »national security state« umfasste seit den späten 1930er-Jahren immer auch Fragen sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit.⁶ Ausgangspunkt dieses Beitrags ist die Beobachtung, dass insbesondere in den 1970er- und 1980er-Jahren Sicherheit nicht nur zu einem neuen Leitbegriff politischen Handelns aufstieg, sondern auch wissenschaftlich kontrovers diskutiert wurde. Gefragt wird zum einen, woher die große zeitgenössische Aktualität des Themas seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre herrührte, zum anderen, was es bedeutet, dass Wissenschaftler Sicherheit von Anfang an im Kontext von Debatten über die Theorien der Modernisierung und Moderne verhandelten. Eingehen werde ich zunächst auf die Auseinandersetzung mit »Lücken«, ein Terminus öffentlich-politischer Debatten in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre, der sich eng mit einem umfassenden Sicherheitsversprechen des Staates verflocht. Dem folgen einige Überlegungen zu den semantischen Eigenheiten des deutschen Begriffs »Sicherheit«, die sowohl auf national spezifische Dimensionen der westdeutschen als auch auf einige generelle Entwicklungen der neueren trans- und internationalen Sicherheits- und Risikodebatten verweisen. Die Lösung von Sicherheitsfragen spielte eine prominente Rolle im politischen Schlagwort vom »Modell Deutschland«. Ich lese es in diesem Aufsatz als Teil eines – vielfach diffusen – theoretischen wie praktischen Modernisierungs- und Reformparadigmas, dessen reale oder vermeintliche »Krise« mit zum Ausgangspunkt theoretischer Kritik und der Reflexionen über Si-

3 Wæver (1995, 1998).

4 Daase/Offermann/Rauer (2012).

5 Daase (2011), S. 139; Nehring (2013); Conze (2005, 2009), S. 484; Sherry (1995); Saupe (2010).

6 Ewald (1993); Borscheid (1999); Moss (2002).

icherheit, Risiko und Moderne in der Bundesrepublik wurde. Warum trat in dem Zusammenhang an die Stelle des Begriffs Modernisierung der Begriff der Moderne? Welche nationalspezifischen Besonderheiten gab es dabei?⁷ Die hier dargestellten Diskussionen über »neue« (Un-)Sicherheiten, Risiken und Ungewissheiten beschränkten sich nicht auf akademische Kontroversen mit ihren Binnenlogiken, sondern wurzelten in sozialen Bewegungen, in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen. Kritik und Krisendiagnosen, Theorie und soziale Praxis waren eng miteinander verflochten, die wechselseitigen Verstärkungen sind nur schwer zu entwirren.⁸ Vor diesem Hintergrund skizziert der Beitrag paradigmatische dystopische, utopische und technokratische Diagnosen von Sicherheit und Risiko einerseits, Modernedebatten andererseits, die, so die These dieses Aufsatzes, maßgeblich »unsere Wirklichkeit« bestimmen.

1 »Lücken«, Prävention und die Ausbreitung von Risikodebatten

1977 publizierte der amerikanische Ökonom John K. Galbraith ein in der Folgezeit vielfach übersetztes Buch mit dem Titel »The Age of Uncertainty«.⁹ Seine Titelwahl reflektierte ein verbreitetes Gefühl, in einer Zeit dramatischer Veränderungen zu leben. Diese waren nicht auf die Sphäre der Wirtschaft beschränkt, in der Ölpreiskrise, Inflation, Arbeitslosigkeit und wachsende öffentliche Defizite in fast allen Ländern außerhalb des Ostblocks spürbar waren. Mit etablierten wissenschaftlichen Erklärungsmustern ließen sie sich vielfach nur unzureichend beschreiben, wie der eingefleischte Keynesianer Galbraith eingestehen musste. Auch er konstatierte, dass neben ökonomischen Fragen der internationale Terrorismus, Umweltgefahren, die Risiken der Atomenergie sowie das klassische Feld nationaler (militärischer) Sicherheit neue Herausforderungen für die Zukunft darstellten. Es handelt sich um bereits von den Zeitgenossen beobachtete Veränderungen, die in neueren Darstellungen als das Ende des »goldenen Zeitalters« (Eric Hobsbawm), des »sozialdemokratischen Konsens« (Ralf Dahrendorf und Tony Judt) oder als Verlust von Sicherheit und Zukunftsoptimismus in der »Zeit nach dem Boom« (Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael) vielfach thematisiert werden.¹⁰

7 Wenn auch mit anderen Akzenten vgl. Wagner (2012); Dipper (2012).

8 Ich knüpfe hier an frühere Überlegungen an, vgl. Geyer (2011, 2012); zur sozialen Praxis vgl. Reckwitz (2003); Reichardt (2007).

9 Galbraith (1977), so im Deutschen nur der Untertitel.

10 Vgl. auch Geyer (2010).

Die »Lücke« war ein zentraler Topos der zeitgenössischen westdeutschen Debatten – und zwar in den unterschiedlichsten Politikfeldern.¹¹ Es ist kein Zufall, dass viele Darstellungen der »Krisen« der 1970er-Jahre die Ölpreiskrise an den Anfang stellen. Bedrohte die sich abzeichnende »Energierücke«, namentlich die Tatsache, dass der Fluss von billigem Öl dauerhaft unterbrochen werden könnte, nicht das westliche Wachstums- und Wohlstandsmodell? Fragen der Energieversorgung wurden zu einem Thema der »nationalen Sicherheit«. Mit der Rezeption des kurz vor der Ölpreiskrise veröffentlichten Berichts des Club of Rome (1972) über die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen etablierte sich in den öffentlichen Debatten ein neuer, mehr oder weniger skeptischer bis pessimistischer Ton, auch weil die Beobachter die in der Zukunft zu erwartenden Lücken und die damit einhergehenden Katastrophen dramatisierten.¹²

Den beiden Ölpreiskrisen 1973 und 1979/1980 folgten Rezessionen, die schnell das Thema von »Wachstumslücken«, »Beschäftigungslücken« und »Haushaltslücken« auf die öffentliche Tagesordnung setzten, und das dauerhaft. Die rapide steigenden Kosten im Bereich der sozialen Sicherheit, insbesondere in der Renten- und Krankenversicherung – seit dem Winter 1976/1977 klappte dort eine »Lücke« zwischen Ein- und Ausgaben –, brachten die sozialliberale Regierung in die Bredouille, umso mehr als die SPD im Bundestagswahlkampf mit Beitragsstabilität und Sicherheit der Renten geworben hatte.¹³ Nicht nur in diesem Zusammenhang wurde die Frage diskutiert, ob die Lücken zwischen den von Umfrageforschern gemessenen Erwartungen der Bevölkerung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Staates in »Erwartungs- und Vertrauenslücken« münden würden. Damit einher gingen gelegentlich katastrophische Szenarien hinsichtlich des vorhergesagten »Staatsversagens« und der vermeintlichen »Legitimationskrise des Wohlfahrtsstaates«, Debatten, die, ähnlich wie in den USA, 1976/1977 auch in Deutschland in Schwung kamen.¹⁴

Solche Thematisierungen von Lücken im Bereich der Wirtschaft hatten ein Äquivalent im Bereich der inneren Sicherheit. Die Rede war von »Sicherheitslücken«, die im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den Terrorismus auftauchten. Noch in den frühen 1970ern hatte der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann konstatiert, dass die polizeilichen Aspekte von öffentlicher Sicherheit weitgehend gelöst seien.¹⁵ Die Reaktionen auf die Welle terroristischer Anschläge seit den Olympischen Spielen in München 1972, die Erkenntnis, dass die Baader-Meinhof-Gruppe und ihre Nachfolger, wenngleich nur locker, mit inter-

11 Ich greife im Folgenden zurück auf Geyer (2008b), S. 1–231.

12 Graf (2010); Seefried (2015).

13 Schmähl (2008).

14 Hennis (1977); Hacke (2008).

15 Kaufmann (1973), S. 71.

nationalen Terroristennetzwerken in Italien, Nordirland und im Nahen Osten verbunden waren, setzten das Thema innere Sicherheit auf die Tagesordnung.¹⁶ Während auf der einen Seite meist konservative Kritiker die »Lücken« im Bereich der inneren Sicherheit und das Versagen der Politik attackierten – Lücken, die Menschen aufgrund von »Lücken im Personenschutz« das Leben kosteten –, kritisierten andere die Risiken infolge des Ausbaus des »Sicherheitsstaats«.¹⁷

Ähnlich ambivalent klangen die Auseinandersetzungen über »Sicherheitslücken« im Bereich der technischen Großanlagen, also Atomreaktoren und Chemieanlagen mit ihren potenziellen Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Waren die Sicherheitsversprechen der technischen Experten und der Politik glaubhaft? Waren die Risiken und Folgewirkungen hochkomplexer Technologien wirklich kalkulier- und beherrschbar? Mit solchen kritischen Fragen gelangte das Thema der industriellen und atomaren Risiken auf die politische Agenda. Im Zuge der Friedensbewegung bekamen Fragen der Antiatombewegung zudem eine weitere Dimension. Dass die Träger dieses politischen wie sozialen Aktivismus mit der Belagerung von Atomreaktoren und militärischen Standorten selbst zu potenziellen »Sicherheitsrisiken« wurden, zeigt einmal mehr die ganze Polysemie der Sicherheits- und Risikodiskurse. Kanzler Helmut Schmidt wurde nicht müde darauf hinzuweisen, dass es bei der zivilen Nuklearpolitik und der Nachrüstung im Bereich der Mittelstreckenwaffen um die Verhinderung von »Energieklücken« zum einen und von militärischen »Sicherheits- und Raketenlücken« zum anderen ging (wobei es sich bei letzteren um etablierte Begriffe des Kalten Kriegs handelte).¹⁸

Eine Vielzahl anderer Debatten über »Lücken« lässt sich identifizieren. Dazu zählen erstens die schon früher diskutierten Herausforderungen der »technologischen Lücke« (gegenüber den USA und seit den späten 1970er-Jahren gegenüber Japan) vor allem im Bereich der neuen Computertechnologie, zweitens die – im Vergleich zu den 1960er-Jahren – eher rückläufige Debatte über die »Bildungslücke«, nicht zuletzt als Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine ganz wichtige Rolle spielte drittens die sogenannte Geburtenlücke infolge des sich seit Langem abzeichnenden Rückgangs der Geburtenrate, der seit 1972/1973 zum Negativwachstum der westdeutschen Bevölkerung führte. Beim Thema der »ausgefallenen Generation[en]«¹⁹ ging es um weit mehr als nur um trockene Zahlen. Seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre nahm es eine immer prominentere Rolle in verschiedenen sozial- und gesellschaftspolitischen und

16 Schenk (1998); Bull (1984); Jaschke (1991); Kunz (2005).

17 Bergstermann (2016); Richter (2014).

18 Nowotny (1979); Lau (1989); Haftendorn (1986); Risse-Kappen (1988).

19 Birg (2005).

schließlich in wirtschaftspolitischen Debatten ein, diverse andere Themen wie die sich abzeichnende »Rentenlücke«, aber auch die wirtschaftliche »Wachstumslücke« verknüpften sich damit.²⁰

2 Lücken: Die Risiken der Zukunft

Bei allen Unterschieden im Einzelnen wiesen die zeitgenössischen Lücken-Diagnosen doch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Dazu zählte erstens, dass die Sprecher die Diskrepanz zwischen einstigen Vorhersagen oder zumindest scheinbar feststehenden Annahmen hinsichtlich der Zukunft und der sich abzeichnenden neuen faktischen Entwicklung thematisierten. Ein gutes Beispiel sind die auch in der Literatur oft genannten »illusionären« Annahmen bezüglich des Wirtschaftswachstums, das sich im Jahresdurchschnitt seit der scharfen Rezession 1975 deutlich abschwächte und nicht mehr auf das frühere hohe Niveau zurückkehren sollte. Vieles, was bis dahin dank dieses Wirtschaftswachstums als »machbar« gegolten hatte, erwies sich nun als unrealistisch, ja utopisch. Die Zukunft wurde »unsicher« und »ungewiss«; notwendig wurde die Neujustierung und Anpassung älterer Pläne an die Gegenwart. Vielfach war die Rede von einem Verlust optimistischer Zukunftserwartungen, und zwar einer »besseren Zukunft«, die als Verlängerung der Gegenwart verstanden werden konnte.²¹

Zweitens bezeichneten die diagnostizierten Lücken eine merkwürdige Leerstelle: einen Zustand des Übergangs, der Liminalität, ja einen latenten Ausnahmezustand, in dem, zugespitzt formuliert, die Gesetze und Gesetzmäßigkeiten der Vergangenheit nicht mehr funktionierten oder zumindest nicht mehr sachadäquat waren. Anders gesprochen: Lücken prägten den neuen sozialen und wirtschaftlichen »Erfahrungsraum« und stellten bestehende, sich nur langsam verändernde »Erwartungshorizonte«, mithin etablierte Annahmen, welche die Zukunft betrafen, infrage. Es ist kein Zufall, dass diese 1976 von Reinhard Koselleck zumindest auf den ersten Blick gar nicht auf die Gegenwart gemünzte Begriffsprägung sich in der wissenschaftlichen Diskussion so erfolgreich durchsetzen sollte.²² Dahinter verbarg sich ein mehr oder weniger ausgeprägter politischer wie wissenschaftlicher Skeptizismus, der sich in der zweiten Hälfte der

²⁰ Geyer (2014).

²¹ Dieses Thema wird in der Literatur vielfach behandelt, fast schon klischeehaft bei Ruck (2000); vgl. u. a. Metzler (2005); Seefried (2015).

²² Koselleck (1989); mindestens genauso wichtig wie die Zeiterfahrung der 1970er-Jahre ist die Auseinandersetzung mit der »Niederlage« 1945, die nicht zufällig ebenfalls seit Mitte der 1970er neu verhandelt wurde, vgl. Geyer (2008a).

1970er-Jahre ausbreitete und sich in der Bundesrepublik vielleicht mehr als in anderen Ländern festsetzte. Aus der Diskrepanz zwischen Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten resultierten die in zahlreichen Diagnosen diskutierten »Erwartungslücken« und vermeintlichen »Legitimationskrisen« – jetzt und weit mehr noch in der vorweggenommenen Zukunft.

Drittens eröffneten die verschiedenen Lücken-Diagnosen praktische Handlungsfelder, in denen sich Risikodiskurse einnisteten und seit der Mitte der 1970er-Jahre rasch verbreiteten. Die Begriffe Risiko und Sicherheit sowie Risiko und Unsicherheit ebenso wie Ungewissheit korrespondieren miteinander. Dabei ist nicht zu übersehen, dass Akteure mittels des Topos Risiko reale oder vermeintliche Gewissheiten – im Bereich der Reaktorsicherheit, der inneren Sicherheit oder Sicherheit im Falle von wirtschaftlichen Prognosen – hinterfragten, dekonstruierten und grundlegend neu definierten. Das ist im Prinzip kein neuartiger Vorgang. Signifikant ist diese Beobachtung dennoch vor dem Hintergrund von bis dahin gängigen Annahmen im Bereich der Politik wie den Wissenschaften, dass Risiken minimierbar, wenn nicht sogar durch rechte Vorsorge und Planung endgültig auflösbar seien.

Das verweist viertens darauf, dass, wer »Lücken« thematisierte, zugleich verbreitete Erwartungen hinsichtlich der Gegenwart wie der Zukunft infrage stellte und damit die risikoreiche, nahe oder ferne – vorhergesagte – Zukunft zu einer Vetomacht über die Gegenwart werden ließ.²³ Solche nicht zuletzt auch rhetorischen Operationen gingen einher mit der Dramatisierung von Risiken. Auf subtile Weise kolonisierten dabei angenommene künftige Risiken die Gegenwart und lieferten präventive Handlungsmaximen,²⁴ wie etwa die Abschaltung von Atomreaktoren als Prävention der »unkalkulierbaren Sicherheitslücken«. Nicht minder dramatisch war eine andere Kolonialisierung der Gegenwart durch die Zukunft. Mit einem Blick, der weit in das 21. Jahrhundert reichte, implizierte die »demografische Lücke« düstere Konsequenzen für eine scheinbar ferne Zukunft, sowohl im Hinblick auf die Zukunft der Deutschen als auch der Sozialpolitik. Die vorhersehbare »demografische Lücke« war ein Veto gegen die Rentenpolitik der Vergangenheit wie der Gegenwart. Dieses Veto verband sich mit alarmistischen Aufforderungen zum Regimewechsel (etwa durch Privatisierung oder Umstellung des Finanzierungsverfahrens) wie zur Entwicklung neuer, beispielsweise familienpolitischer Maßnahmen. Die Risiken der Zukunft erforderten umfassende Prävention.²⁵

23 Vgl. dazu auch Opitz/Tellmann (2011); Geyer (2014).

24 Bröckling (2012).

25 Vgl. den Beitrag von Ulrich Bröckling in diesem Band.

Im Kontext all dieser Veränderungen sind fünftens die methodischen und theoretischen Reflexionen bemerkenswert. Denn »Lücken« verwiesen auf die Macht der in dieser Zeit ebenfalls neu »entdeckten« (historischen) Kontingenz: den Zufall und Unfall als Momente des Unerwarteten, Unberechenbaren und des Regelbrechenden. Das machte leitende Prämissen auch von Großtheorien, darunter die liberalen wie marxistischen Modernisierungstheorien, angreifbar.²⁶ Erforderlich waren deshalb auch Neuformulierungen des bestehenden theoretischen Wissens. Genau in diesem Moment der Wahrnehmung von Kontingenz kann man – nicht nur im Bereich der Risikodebatten – eine Explosion der (Post-)Moderne-Debatten beobachten, die, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, den Modernisierungsbegriff auf breiter Front infrage stellten: Prozesse der »Modernisierung« in den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens erschienen nicht nur fragwürdig und hinterfragbar, sondern vielfach als Signum einer vergangenen Epoche oder Ära, wie das in den nun plötzlich allenthalben auftauchenden Konzeptionen einer »ersten«, »klassischen«, »industriellen« Moderne deutlich zum Ausdruck kam (mit sehr unterschiedlichen, oft wenig reflektierten Zeithorizonten bezüglich der vermeintlich abgeschlossenen Vergangenheit), die einer neuen »zweiten«, »post-modernen« oder »post-industriellen« Moderne Platz machte.²⁷

3 »Deutsche Angst« und die Semantiken von Sicherheit

So »real« die vielfach konstatierten Lücken auch sein mochten, erst ihre politische und wissenschaftliche Bearbeitung im Rahmen gesellschaftlicher Sicherheits- und Risikodiskurse ließ sie zu einem öffentlichen Thema werden. Viel Beachtung gefunden hat die Beschäftigung mit technischen Risiken der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, die auf breiter Front Sicherheitsversprechen und Risikodiagnosen von Experten in Wirtschaft und Politik anzweifelten. Aber das ist nur ein Teil der Geschichte, die sich (manchmal etwas obsessiv) lediglich auf bestimmte Themenfelder, insbesondere die Antiatomkraftbewegung, beschränkt. Die neuen Risikodebatten im Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch der inneren Sicherheit zeigen an, dass zugleich ganz andere Akteure zur Explosion der Risiko- und Sicherheitsdebatten beitrugen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Dramatisierungen des konservativen bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, der 1974 in seiner berühmten

²⁶ von Graevenitz (1998); Knöbl (2007), S. 169–207.

²⁷ Vgl. den Beitrag von Steffen Henne in diesem Band.

Sonthofener Rede die bevorstehende Katastrophe Deutschlands in fast allen Bereichen voraussagte und sich wie andere in der CDU/CSU dafür aussprach, das Thema Sicherheit und Unsicherheit zum zentralen Inhalt des bevorstehenden Wahlkampfes zu machen. Das betraf nicht nur die Herausforderungen des Umgangs mit dem Terrorismus, für den Strauß (wie andere auch) die sozialliberale Regierung verantwortlich machte, sondern auch die Renten, die Staatsfinanzen und das Gespenst der Inflation. Umgekehrt brandmarkten die Sozialdemokraten den Kanzlerkandidaten der CSU als ein »Sicherheitsrisiko« für die deutsche Demokratie, womit sie die von Strauß vorgebrachte Anschuldigung umkehrten, die politische Linke stelle im Allgemeinen ein Risiko für die innere Sicherheit dar.²⁸ Die konservative Opposition ebenso wie die Neuen Sozialen Bewegungen setzten genau dort an, wo die sozialliberale Koalition mit ihren Sicherheitsversprechen (auf die noch zurückzukommen sein wird) bei den Wählern punktete. Sicherheit war ein heiß umkämpfter Begriff, der sich in die zeitgenössischen politischen Sprach- und Begriffskämpfe einfügte.²⁹

Diese Verschränkung unterschiedlicher Sicherheits- und Risikodiskurse passt gut zur ausländischen Wahrnehmung der Deutschen und Deutschlands als einem von »Angst« getriebenen Land, vor allem in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren: Angst vor einer Atomschmelze, dem Atomkrieg, fallenden Renten und Pensionen, der Inflation, dem Waldsterben, den sozialen und politischen Unruhen in Polen, den Kommunisten, der Bevölkerungszählung von 1983, Angst vor fast allem und jedem. Einige Mitglieder der amerikanischen Administration waren überzeugt, dass auch Helmut Schmidt von »fears« und genau jener »German anxiety« getrieben sei, die der Kanzler bei anderen so gern anprangerte. Die »Deutsche Angst« wurde im Ausland zum Sprichwort.³⁰

So divergent und polyfon die Rede über Angst, (Un-)Sicherheit und Risiken auch sein mochte, gerade diese Divergenz hatte einen verstärkenden Effekt. Zurückzuführen ist das auch auf die Semantik des Sicherheitsbegriffs im Deutschen.³¹ Denn das Wort Sicherheit hat bekanntlich eine breitere Bedeutung als der englische Begriff *security*. Zunächst beinhaltet Sicherheit das, was im Englischen mit *safety* umschrieben ist, das heißt der Schutz vor körperlichem Schaden, von Leben und Besitz, Voraussetzungen eines reibungslosen Betriebs, also beispielsweise Prozeduren zur Vermeidung von Unfällen, Maßnahmen zur Sicherstellung eines störungsfreien Ablaufs des internationalen Flugverkehrs

28 Geyer (2008b), S. 39–42; Mergel (2010), S. 257–281.

29 Geyer (2011, 2012).

30 Für kritische Evaluationen deutscher Angst durch ausländische Beobachter siehe Zapf (1977), S. 5–10; Bracher (1986), S. 352; Wiegrefe (2005), S. 380; Kuby (1970); zum Umgang mit Angst im Bereich des Personenschutzes vgl. Richter (2014).

31 Vgl. auch Bonß (2011), S. 44–47.

oder im Bereich der atomaren Sicherheit des Strahlenschutzes. Das (bezeichnenderweise inzwischen auch im Deutschen gebräuchliche) englische Wort *security* erfasst dagegen den Schutz vor von außen drohenden Gefahren, wie etwa die Entführung eines Flugzeugs. Der dramatische Anstieg von Entführungen in den 1960er-Jahren eröffnete das dynamisch expandierende Feld von Sicherheit in der Flugindustrie; analoge Sicherheitsrisiken und -lücken wurden seit den 1970er-Jahren im Hinblick auf terroristische Angriffe etwa im Bereich der Atomenergie diskutiert.³² Zugleich scheint im deutschen Begriff (Un-)Sicherheit die Bedeutung des englischen Begriffs (*un-*)*certainty* auf, und zwar als Verlusterfahrung: erstens als Vertrauensverlust in die Permanenz von Regeln, Werten und Aussagen und damit eng verbunden in die Erklärungswerte der Wissenschaft, sei es des Keynesianismus, der Modernisierungstheorien oder wissenschaftlich-technischer Risikoanalysen. Zweitens als Verlust von Vertrauen in vermeintlich autoritative Personen und Institutionen. Die Verunsicherung ist Mutter des Zweifels, der Besorgnis, des Unbehagens und des Misstrauens.³³ Die Verschmelzung der englischen Begriffe (*in-*)*security*, *safety* und (*un-*)*certainty* im deutschen Begriff Sicherheit verweist auf nationale Spezifika der neuen Wirklichkeit von Risiken in der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren.

4 Sicherheit und das »Modell Deutschland«

Wenn mit Blick auf die defensive Spielstrategie der deutschen Fußballnationalmannschaft (mit ihrer ersten Generation von echten Fußball-Millionären, die 1974 die Weltmeisterschaft gewannen) von »Sicherheitsfußball« die Rede war, kommt darin vielleicht die deutsche Obsession mit Sicherheit im alltäglichen Leben, sicherlich aber die semantische Flexibilität des deutschen Begriffs zum Ausdruck. Wie viele politische Analogien im Bereich des Sports war indes auch diese vordergründig.

Während Willy Brandt Experimenten gegenüber aufgeschlossen war – »Demokratie wagen« lautete der Slogan der Bundestagswahl 1969 –, schien unter Helmut Schmidt »Sicherheit« zu triumphieren.³⁴ Auf den verschiedenen nationalen und internationalen Bühnen der Politik trat der neue Kanzler als »Krisenmanager« auf. Das betraf zunächst die Energie- und Wirtschaftspolitik wie seine Entschlossenheit, gegenüber den Terroristen nicht nachzugeben. Seine pessimis-

32 Yonah (1990).

33 Dosse (1996/1997).

34 Seitz (1987), S. 78–111.

tische Beurteilung der Weltwirtschaft und seine Warnung Mitte der 1970er-Jahre, man stehe möglicherweise vor einer Weltwirtschaftskrise vom Ausmaß der Großen Depression der frühen 1930er-Jahre, gehörten zu seinen Markenzeichen.³⁵ Er, der zusammen mit seiner Regierung unter scharfem Beschuss der Opposition etwa im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung und die Haushalts- und wirtschaftlichen Wachstumsprobleme stand, war zugleich ein Meister der Lücken-Rhetorik, egal ob es sich um die Energie-, die Investitions- oder die Vertrauenslücke handelte. Der pessimistisch eingefärbte Grundton und das Insistieren auf die »Tyrannei der Umstände« (so der bezeichnende Titel der Übersetzung des oben genannten Buches von Galbraith), womit die Regierung überzogene Zukunftserwartungen abblockte, irritierte nicht nur Schmidts Parteigenossen, sondern auch viele seiner internationalen Gesprächspartner, die weit mehr Grund für Pessimismus hatten.³⁶

Die Fähigkeit, neue Risiken »zu managen«, war in der Selbst- und Außendarstellung Schmidts gleichbedeutend nicht nur mit Effizienz, sondern stand außerdem für ein »modernes Deutschland«. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1976 versuchte die SPD diese Erfolgsgeschichte als »Modell Deutschland« zu vermarkten (und zugleich der Opposition die Butter vom Brot zu nehmen, die ihre Kompetenzen auf dem weiten Feld von Sicherheit hervorzuheben plante): Die Bewältigung der jüngsten Krisen erschien aus der Sicht der Regierung als eine politische Erfolgsgeschichte. Eine zentrale Rolle spielten hierbei die relativ geringe Anzahl industrieller Konflikte, der steigende Lebensstandard und der deutsche Umgang mit Inflation, Arbeitslosigkeit und Rezession in einer Zeit der Unsicherheit.³⁷

Sicherheit war eine Leitkategorie in Schmidts politischem Denken. Besonders deutlich wird das 1977 in seiner Alastair Buchan Memorial Lecture am Londoner Institute for International Strategic Studies. Die zentrale Aussage war, dass »the economic, the social, and the international aspects of Western security« infolge der Ölpreiskrise, des Endes des Währungssystems von Bretton Woods, der weltweiten Inflation, der Arbeitslosigkeit und des niedrigen wirtschaftlichen Wachstums eine neue Dimension erhalten hätten. Mit Blick auf »ökonomische Sicherheit« sei es nötig »to safeguard the basis of our prosperity«, insbesondere aber »to safeguard free trade, access to energy and to raw materials, also a monetary system which assists us in reaching those targets«. Dies war, wie er betonte, nicht weniger wichtig als die »soziale Sicherheit«; sie war für ihn »the necessity to achieve and maintain social peace at home, making the goods and the jobs

35 Hierzu und zur Debatte um Wirtschaftspolitik als Sicherheitspolitik Böhm (2014), S. 277–289.

36 Geyer (2008b), S. 49–58; Haftendorn (1986); Rebentisch (1988).

37 Siehe Paterson (1981); Markovits (1982); Scharpf (1987). Deutsche Beschreibungen tendierten zu stärkerer Kritik, siehe Altvater (1980); Rödder (2007).

available for our people and at the same time bluntly telling them [the people] that there are limits to what the state can do for them«. Letzteres verband sich mit der Aufforderung, die verbreitete »Inflationsmentalität« zu überwinden, die in anderen Zusammenhängen auch der Bundeskanzler für die verbreiteten »Erwartungslücken« verantwortlich machte. Neben der ökonomischen und sozialen Sicherheit sowie der inneren Sicherheit infolge des Terrorismus evozierte der Kanzler vitale und klassische Aspekte der internationalen Sicherheit: »Political and military balance is the prerequisite for our security, and I would warn against the illusion that there may be some ground or other for neglecting that balance. Indeed, it is not only the prerequisite for our security but for fruitful progress with détente.« Sein Plädoyer für die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite verband er bezeichnenderweise mit dem Appell, die anderen Dimensionen von Sicherheit einzubeziehen, da sie alle miteinander verbunden seien: »In the past, we have worked towards maintaining and mending our defences, but have possibly neglected the economic structure of our gardens, the importance of its beauty, and the threats to the roots of that beauty.«³⁸

Solchen Ausführungen war ein gewisses Maß an Arroganz eigen. Hatte die Bundesrepublik nicht besser als andere Länder Lehren aus den Erfahrungen der Vergangenheit, namentlich der »deutschen Katastrophe«, gezogen? So kontrastierte der Kanzler (ähnlich wie vor ihm Willy Brandt) das Risiko, welches das »alte Deutschland« für die Welt dargestellt hatte, mit dem neuen, in den Westen integrierten Deutschland.³⁹

Der Charme des »Modells Deutschland« bestand nicht unwesentlich darin, dass sich seine Versatzstücke in die Theoriebildung der zeitgenössischen Sozialwissenschaften einfügten. Eine jüngere Generation von Ökonomen, Rechts- und Sozialwissenschaftler operierte mit dem Begriff Sicherheit und umfassenden Sicherheitsmodellen. Unverkennbar ist die mehr oder weniger deutliche Anlehnung an modernisierungstheoretische Ansätze (und das obwohl diese Modelle international Mitte der 1970er-Jahre längst den Zenit ihres Erfolges und ihrer Erklärungskraft überschritten zu haben schienen).⁴⁰ Im Hinblick auf Sicherheit bestand das zentrale, einigende Postulat darin, dass der Staat »Wohlfahrt« und »Sicherheit« in einer großen Bandbreite von der Sozial- und Wirtschafts- bis zur Außen- und internationalen Sicherheitspolitik garantieren sollte – ganz im Sinne der Äußerungen Schmidts in seiner Buchan Lecture. »Wohlfahrt(-produkt-

38 Schmidt (1977); Schmidt (1977/1982), S. 24f.; zum Modell Deutschland im Jahr 1976 siehe Geyer (2008b), S. 42–46; siehe auch die Beobachtungen von Conze (2005), S. 373–375.

39 Schmidt (1975), S. 554f.; für sehr kurze Referenzen an den Post-Nationalismus siehe Bracher (1976), S. 544; Bracher (1986), S. 406.

40 Für einen guten Überblick vgl. Wehling (1992); Wehler (1975); Knöbl (2001).

tion)« umfasste damit die verschiedensten Bereiche dessen, was im Englischen die Begriffe *security* und *safety* umschließen und was sich, so die technokratische Annahme, im Übrigen in der Form von Indikatoren messen ließ: Die Herstellung und Garantie von Sicherheit war ein Ausweis moderner Gesellschaften. Die Erkenntnisse solcher Forschung sollten in den politischen Prozess eingespeist werden, zum einen, um Politik zu rationalisieren und planbar zu machen, und zum anderen, um soziale Konflikte zu minimieren und wirtschaftliches Wachstum zu garantieren.⁴¹ In der Politikwissenschaft gab es Ansätze, den bis dahin stärker gebräuchlichen engeren, auf die internationale Politik eingegrenzten Sicherheitsbegriff, der sich auf die innere und äußere Sicherheit des Staates bezog, auf andere Politikfelder und auf die Sicherheit der Gesellschaft vor Risiken auszuweiten, vor allem in Bezug zu setzen zu sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit.⁴² Wichtige internationale Impulse gingen von dem 1980 erschienenen Bericht der Nord-Süd-Kommission unter Leitung von Willy Brandt aus, der den Kampf gegen Hunger und Unterentwicklung in den Mittelpunkt eines umfassenderen Konzepts von globaler Gerechtigkeit und Sicherheit stellte.⁴³

Solche weit gefassten Sicherheitsmodelle waren in den 1970er-Jahren eng an die sozialliberale Reformpolitik geknüpft, die Sicherheit nicht primär über nationale, militärische Sicherheit (wie das bei Schmidt in Umrissen zu sehen ist), sondern über wohlfahrtsstaatliche Sicherheit definierte. Unverkennbar ist die beim wohlfahrtsstaatlichen Postulat mitschwingende sozial-emanzipatorische Dimension: Sicherheit als ein Recht des Individuums, die der Staat zu garantieren hat, auch im Kontext des internationalen UN-Systems.⁴⁴ Derartige Verknüpfungen höchst heterogener Sicherheitsfelder mit reformistisch-emanzipatorischen Leitvorstellungen waren für Praktiker und Technokraten mit ihren spezifischen Spezialisierungen auf bestimmten Gebieten genauso wenig wie für sozialwissenschaftliche Theoretiker der Phänomene Risiko und Sicherheit notwendigerweise plausibel. Genau an diesem Punkt setzten Debatten ein, die uns in gewisser Weise bis heute in der einen oder anderen Weise beschäftigen. Sie haben zu vielfältigen, auch theoretischen Versuchen geführt, Sicherheitspraktiken zu beschreiben und zu konzeptionalisieren.

41 Kaufmann (1973); Zapf (1977, 1994); Roller (1992); Kunz (2005).

42 Ein gutes Beispiel ist Schwarz (1978); die Autoren ordnen Themen militärischer Sicherheit in den größeren Rahmen von Sicherheit ein; siehe vor allem die Einleitung von Frei (1981); in diesem Zusammenhang Buzan (2007); Wæver (1998).

43 Independent Commission on International Development Issues, North-South (1980), A Program for Survival (dt.: Bericht der Nord-Süd-Kommission. Ungekürzte Ausgabe mit einem neuen Vorwort, 1981). Siehe hierzu auch den Beitrag von David Kuchenbuch in diesem Band.

44 Kaufmann (1973); Geyer (2008b), S. 187–191; Wehling (1992). Einen breiten, interdisziplinären Brückenschlag ermöglichte die sehr oft nur unverbindlich verwendete Modernisierungstheorie mit ihrem starken Fokus auf soziale und politische »Systemintegration«.

5 Atomare Risiken – zwischen Katastrophe und Utopie

Es ist nicht ohne Ironie, dass in dem Augenblick, als die umfassende Garantie von Sicherheit als erklärte Aufgabe von Politik in den Vordergrund rückte und Sozialwissenschaftler umfassende Konzeptualisierungen von Sicherheit als analytischen Entwurf vorzulegen begannen, verschiedene Akteure die Prämissen dieser Annahmen infrage stellten. Einwände kamen nicht zuletzt aus den sozialen Bewegungen, ihre Vertreter reflektierten den Status quo der Bundesrepublik kritisch, den sie vielfach mit dem »Modell Deutschland« identifizierten.

Nicht erst seit 1976 stellten Kritiker aus den Reihen der Linken den Slogan der SPD auf den Kopf: Statt Stabilität und Sicherheit war »Krise« das Schlagwort. Plötzlich sprach man von den »Risiken der Atomenergie«. Das – tatsächlich in jeder Hinsicht überzogene – vierte Atomprogramm der Bundesregierung von 1974, dessen Ziel es war, mittels eines gewaltigen Reaktorbauprogramms die »Energienücke« zu schließen und damit, so eine Begründung, den sozialpolitischen Modernisierungskurs durch Wirtschaftswachstum zu garantieren, war der vordergründige Anlass für die sich schnell formierende und inzwischen gut beschriebene Protestbewegung. Sie nahm in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre Fahrt auf. Der »siebenjährige Krieg in Brokdorf« war ein auch medienwirksames Langzeitereignis.⁴⁵ Die Auseinandersetzungen um die Atomenergie eskalierten in der Bundesrepublik wie in keinem anderen Land. Dabei breiteten sich die Sicherheits- und Risikodiskurse wie eine Flutwelle aus. Dass Westdeutsche unterschiedliche Aspekte von *safety* und *security* verknüpften und aufeinander bezogen, ist ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Aspekt. Wenn es eine Gewissheit gab, dann die eines Vertrauensverlusts in die Autorität von Wissenschaft und staatlichen Institutionen, die Sicherheit versprochen.⁴⁶

Doch wer definierte Risiken, welche Risiken waren als hinnehmbar einzustufen und welche nicht? Die ökologische Bewegung und in ihrem Gefolge bald auch die Medien dramatisierten nicht nur diese industriellen Risiken und ihre Nebeneffekte, sondern hinterfragten auch Ideen und Modelle ökonomischen Wachstums⁴⁷ sowie, genereller, von Modernisierung. Eine laienhafte Öffentlichkeit wurde zunehmend für das Thema möglicher Risiken sensibilisiert. Bald hinterfragten auch Experten die Fachkunde ihrer Kollegen und stellten deren Verlässlichkeit, Objektivität und wissenschaftliche Argumente infrage.⁴⁸ Die Folge war eine Ka-

45 Gaul (1974); Haenschke (1977); Hirsch (1980); Rucht (1994); Traube (1981); Kliment (1994).

46 Auch für das folgende Weisker (2003, 2005).

47 Siehe hierzu den Beitrag von Dietmar J. Wetzel in diesem Band.

48 Für eine frühe und interessante Behandlung des Themas auch auf der Basis der Debatten in Großbritannien und den USA siehe Nowotny (1979); Evers (1987); Kuhbier (1986); Lau (1989); vgl. auch Stehr/Grundmann (2010), S. 50.

kofonie kritischer Risikodiskurse um Sicherheitsannahmen. Wie wahrscheinlich war der Eintritt des Unwahrscheinlichen? Wie risikoreich war der ökonomische Fortschritt? Unfälle wie 1979 im Atomkraftwerk in Harrisburg, Pennsylvania, oder in den Chemiefabriken von Seveso 1976 und Bophal 1984, in deren Zuge ausgelaufene Chemikalien Menschen und Tiere töteten, heizten die Debatten an. Neue Themenfelder waren die Risiken von Asbest oder die Ursachen des »Waldsterbens«. Im Hintergrund standen Szenarien des schlimmsten Falles, eines GAUs (größtmöglich anzunehmenden Unfalls) in der Atomindustrie.⁴⁹

Kurz nach dem Unfall des Atomreaktors in Tschernobyl 1986 führte der Soziologe Ulrich Beck den Neologismus »Risikogesellschaft« in die öffentliche Diskussion ein, womit er die Gesellschaft der Gegenwart zu beschreiben versuchte. Er traf damit zweifellos einen Nerv der Zeit, zumal in der Bundesrepublik. Die meisten Themen rund um Risiken und Nebenfolgen, die er in seinem Buch behandelte, waren in den vorangegangenen Jahren bereits in der einen oder anderen Art im Kontext des »Atomtheaters« (Helga Novotny) artikuliert worden und hatten Eingang in wissenschaftliche Diskurse gefunden. Der Erfolg des Buchs und einer Vielzahl ähnlicher Veröffentlichungen Becks in der Folgezeit kann der Tatsache zugeschrieben werden, dass Beck sein Argument in einen größeren Zusammenhang stellen wollte. Er verkündete nichts weniger als eine historische Zäsur: das Ende nicht nur des großen »Ma(r)x-Weber-Modernisierungskonsens«, also eines Paradigmas wissenschaftlicher Erklärungen, sondern auch das Ende einer Epoche der »industriellen Moderne«.⁵⁰ Letztlich ging es – unausgesprochen – um eine Fundamentalkritik all jener Prämissen, die dem »Modell Deutschland« mit seinem Wachstums-, Sicherheits- und Wohlstandsversprechen zugrunde lagen. Das Argument, der Kapitalismus produziere seine eigenen selbstzerstörerischen Widersprüche, tauchte in einer leicht variierten Fassung auf: Die Nebenfolgen traditioneller Wachstumspolitik zerstörten zunehmend die eigene Basis. Die Bewältigung von Nebenfolgen der Modernisierungspolitik könnten nicht durch immer weitere Modernisierungsinterventionen aufgefangen werden, sei es durch den Wohlfahrtsstaat, so Becks allgemeineres Argument im Hinblick auf das (nicht *expressis verbis* thematisierte) »Modell Deutschland«, sei es durch technische Verbesserungen, so das speziellere Argument mit Blick auf technische Risiken. Die durch die »neuen Risiken« gestellten Herausforderungen, namentlich die atomaren Risiken, hätten diesen älteren Pfad in eine Sackgasse münden lassen, was notwendigerweise zum Bruch mit der bisherigen Politik führen müsse (was sich im Übrigen rückblickend wie eine Begründung des Atomausstiegs in jüngster Zeit liest).

49 Unter der zeitgenössischen Literatur siehe u. a. Koch (1978); Kraatz (1979); Perrow (1984).

50 Beck/Giddens/Lash (1996), S. 37; Beck (1986, 1993).

Die beckschen Konklusionen waren in jeder Hinsicht weitreichend: Seiner Meinung nach ging es in Zukunft nicht mehr primär um die Verteilung von Wohlstand, sondern um die Verteilung von Risiken. Moderne Risikogesellschaften drehten sich um Probleme und Konflikte, die aus der durch den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt resultierenden Produktion und Definition von Risiken hervorgingen.⁵¹ Genau das kennzeichnete den von Beck intendierten Übergang der (von ihm aber kaum reflektierten) »ersten Moderne« mit ihren einfachen Modernisierungsparadigmen in eine »zweite Moderne«. Moderne Gesellschaften müssten den Risiken, die sie produzierten, ins Auge sehen, um über die Ideen und Lösungen einer »einfachen Modernisierung« hinauszukommen. Erforderlich war demnach eine kritische Evaluation und Abkehr von früheren Modernisierungsprämissen. Dazu führte er den – missverständlichen und vielfach missverstandenen – Begriff der »Selbst-Reflexivität« ein. Eine »selbstreflexive« Gesellschaft sei durch neue Wege des Denkens gekennzeichnet und ermögliche das Erblühen der Zivilgesellschaft, da Lösungen nicht mehr primär von den Agenturen des Staates, sondern von einer politisch aktiven und gewissenhaften Gesellschaft kommen könnten, die kritisch ihre eigene Basis reflektiere – mithin begriff Beck Risikokommunikation als eine neue Form sozialer Vergemeinschaftung, sei es auf nationaler oder globaler Ebene, der »Weltrisikogesellschaft«.⁵²

Bemerkenswert an Becks Thesen ist die Tatsache, dass er ein optimistisches, fast utopisches Modell eines »gesellschaftlichen Projekts« entwickelte. Kennzeichen der neuen Wirklichkeit war in seiner Lesart, dass neue Risikodiskurse moderne Gesellschaften beherrschten. Hiermit stellte er ältere Erklärungsmodelle von Wohlstandssteigerungen, Technikgläubigkeit und Machbarkeit infrage. Die aktive Wahrnehmung und Bewältigung der neuen, wie Beck meinte, nicht klassenspezifischen Risiken lief auf eine Neubegründung der Zivilgesellschaft im Zeitalter einer alternativen »zweiten Moderne« hinaus.

6 Der »Atomstaat« und die dystopischen Ambivalenzen der Moderne

Becks Beitrag in den Diskursen über die neue Wirklichkeit bestand darin, dass er dezidiert den gesellschaftlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt seiner Sozialtheorie stellte und die staatliche Lösungskompetenz hinterfragte (auch

⁵¹ Beck (1986), S. 48; Beck (1996), S. 29; siehe auch Giddens (1994), bes. S. 219–228.

⁵² Beck (2007).

wenn sich argumentieren ließe, dass einige seiner Prämissen an das Triviale grenzen).⁵³ Die zeitgenössischen Atomdebatten lieferten die Inspirationen, wobei sich der Soziologe doch klar von einem von dystopischen Szenarien durchzogenen Diskurs der Angst abgrenzte. Weltuntergangsprophetien hatten in der Friedensbewegung ihre deutsche Tradition und blühten im Kontext der zivilen und militärischen Nuklearprogramme, namentlich des Nato-Doppelbeschlusses, auf: Der GAU in der Atomindustrie oder die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes, die 1980 der englische Film »The Day After« porträtierte, vermochten Albträume zu evozieren. Günter Anders, ein Aktivist aus der Antiatomkraftbewegung der 1950er-Jahre, geißelte nicht erst jetzt die »apokalyptische Blindheit« der Menschheit, die aus der Diskrepanz zwischen dem, was der Mensch technisch herstellen und dem, was er verantworten könne, resultiere.⁵⁴ Seine Schriftstellerkollegin Christa Wolf griff diese und andere Gedanken von ihm auf und sprach von einem »blinden Punkt« der Menschheit, dem ihrer Diagnose nach eine »Wahrnehmungslücke« zugrunde lag.⁵⁵ Solche kulturkritischen Äußerungen lassen sich neben Debatten über die Probabilität eines GAUs oder anderer Risiken in der Friedens- und Antiatomkraftbewegung in großer Zahl finden. Wenn sie etwas zeigen, dann nicht zuletzt, dass gerade auch Dystopien mit ihren Appellen, aktiv zu werden, Individuen zu vergemeinschaften vermögen.

In diesen Szenarien ging es um mehr als die Risiken und die Angst vor den Folgen einer Atomverstrahlung für Mensch und Umwelt. Wie der Nuklearphysiker Robert Jungk in seinem im Erscheinungsjahr 1977 gleich mehrfach aufgelegten Buch »Der Atomstaat« argumentierte, war die von mächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen gelenkte Atomindustrie auch ein Sicherheitsrisiko für die westlichen Demokratien. Der Schutz der Bürger vor den Gefahren der Atomenergie, ja die potenziell zerstörerischen Auswirkungen auf die Menschheit, machten weitreichende präventive Maßnahmen erforderlich, welche die Privatsphäre der Bürger berühren mussten.⁵⁶ Jungks Feststellung bezog sich nicht nur auf Gesetzesverstöße von Polizei und Justiz, sondern auch auf neue Formen von Kontrolle und Überwachung, die Wissenschaftler und Angestellte in Atomkraftwerken betrafen. Im Blick hatte er den »Fall Traube«, den *Der Spiegel* publik gemacht und der eine große öffentliche Kontroverse ausgelöst hatte: Wegen des Verdachts, im Kontakt mit Terroristen zu stehen, hatte der bundesdeutsche Geheimdienst den Physiker Klaus Traube, der eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung des sogenannten Schnellen Brüters in Kalkar

53 Evers (1989); Weiss (1998).

54 Anders (2010).

55 Delisle (2001), S. 81.

56 Jungk (1977), S. IX–XI.

spielte, seit 1975 ausspioniert und ohne gesetzliche Grundlage dessen Wohnung abgehört. Sein Arbeitgeber, die Kraftwerk-Union AG, hatte ihn entlassen. Der Gedanke, dass spaltbares Material in die Hände nicht autorisierter Personen geraten könnte, lieferte ein starkes Argument für eine neue umfassende Form präventiver Überwachung von Personen und Objekten.⁵⁷

War die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem modernen »Sicherheitsstaat«? Nicht nur Jungk stellte Vergleiche mit der NS-Zeit an. Dabei ging es nicht bloß um die Atomenergie, sondern die Rede vom »Atomstaat« lebte von den vielfältigen Assoziationen mit anderen riskanten Sicherheitsfeldern. Dazu zählten vor allem im kritischen Jahr 1977 die sehr weitreichenden Maßnahmen im Rahmen eines nicht erklärten Ausnahmezustands bei der Bekämpfung des eskalierenden Terrorismus: Spezialeinsatzkräfte wie die GSG 9; polizeiliche Operationen gegen verdächtige Gruppen wie Hausbesetzer; neue Techniken wie die Rasterfahndungen ebenso wie die Überprüfung der Verfassungstreue von Angestellten, Beamten und Personal in »sicherheitsrelevanten Bereichen«. Erforderlich schien die präventive Erstellung von Risikoprofilen – möglicher Täter, aber auch potenzieller Opfer des Terrorismus.⁵⁸

In die Kritik geriet nicht zuletzt auch das »Modell Deutschland« in seiner, wie der Sozialwissenschaftler Joachim Hirsch 1980 argumentierte, besonderen Mixtur aus Wohlfahrts- und technisch perfektem Überwachungsstaat. Das war nicht nur ein akademisches Argument. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat diente dem Konformitätszwang und neuen Formen sozialer Kontrolle und Repression, mit dem Ziel, die Folgen der Modernisierungs- und Reformpolitik und der dadurch provozierten Proteste und Widerstände unter Kontrolle zu bekommen. Die Sicherheitsversprechen des »Modells Deutschland« und der Modernisierungspolitik verkehrten sich in ihr Gegenteil: Neue Formen der Überwachung und Sicherheit, so die Prognose Hirschs, würden immer wichtiger werden, nicht zuletzt weil die Zahl der Unzufriedenen, namentlich die Verlierer der Modernisierung, im Anstieg begriffen sei.⁵⁹

1977 erschien Michel Foucaults Buch »Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses« in englischer und deutscher Übersetzung, zwei Jahre nach der Originalausgabe. Der französische Philosoph fand in der Bundesrepublik zunächst weniger in akademischen Debatten (wie in den USA) als in den sozialen Bewegungen Beachtung. Dabei war Foucault nicht nur ein Beobachter und Analyst der deutschen Situation, sondern auch ein aktiver Teilnehmer an den zeitgenössischen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen in

57 Traube (1978, 1977); Funk (1977).

58 Für einen guten Überblick siehe Becker (2005), S. 187–209; Schenk (1998); Richter (2014).

59 Hirsch (1980); vgl. allgemein auch Wehling (1992).

Deutschland. So engagierte er sich im Fall des RAF-Anwalts Klaus Croissant, der nach Frankreich flüchtete und Asyl beantragte. Im Zusammenhang mit der öffentlichen Kampagne für Croissant besuchte Foucault 1977 auch Deutschland, wo er in Berlin offenbar Erfahrungen mit der Polizei und den Grenzvätern beider deutschen Staaten machte.⁶⁰

Auch vor diesem Hintergrund entwickelte Foucault seine Ideen über den »état de sécurité«, den »Sicherheitsstaat«. Thomas Lemke hat gezeigt, dass sich bei Foucault in dieser Zeit die Meinung herauskristallisierte, weniger in einem Rechtsstaat als vielmehr in einem »Sicherheitsstaat« zu leben, der sich in seinen Maßnahmen über rechtliche Normen hinwegsetze (ein Argument, das an Ernst Fraenkel's »Doppelstaat« aus dem Jahr 1941 erinnert).⁶¹ Dieser Sicherheitsstaat, so Foucault, basiere auf einem Sicherheitspakt zwischen staatlichen Organen und der Bevölkerung, der weitreichende Möglichkeiten gesetzlich nicht definierter Staatsinterventionen eröffne: Um Sicherheit zu garantieren, musste der Staat die Freiheit haben, gegen und außerhalb des gesetzlichen Rahmens zu agieren; die Grundlage hierfür war der Appell an die Angst. In Foucaults Sichtweise war der »Angststaat« die andere Seite des »Rechtsstaates«.⁶² Das kann als dystopische Interpretation der Ereignisse des Jahres 1977 gelesen werden, mit wesentlichen Überlegungen, die über den konkreten deutschen Fall und die Zeit der 1970er-Jahre hinausgehen und an die Autoren wie Zygmunt Bauman und Giorgio Agamben anknüpfen sollten.⁶³ Seit dem 11. September 2001 sind solche an die Begrifflichkeiten Carl Schmitts angelehnten dystopischen Formen und Modelle des »Sicherheitsstaats« und seine Verankerung in liberalen Staaten gerade auch in der wissenschaftlichen Forschung als Beschreibung der neuen Wirklichkeit in den Blick genommen worden.⁶⁴

7 Die andere Seite der Risikogesellschaft: Die liberale Kritik des sozialen Sicherheitsstaats

Die alternativen und linken Diskurse stellten mit ihrer Kritik sowohl an modernisierungs- und reformtheoretischen Annahmen als auch an der sozialliberalen Wachstums- und Reformpolitik theoretische Annahmen, politische wie technische Sicherheitsversprechen und entsprechende praktische Maßnahmen infrage.

60 Macey (1993), S. 392–396.

61 Geyer (2014b), S. 375f.

62 Hier folge ich Lemke (1997), S. 192.

63 Bauman (1989, 1991); Agamben (2004).

64 Neocleous (2008).

Die politische Etablierung und Institutionalisierung der sozialen Bewegungen war zunächst ein ziemlich einzigartiger Vorgang. Dieses »politische Projekt« setzte ganz auf Risikokommunikation – und das nicht nur im Bereich der Umwelt- und Atompolitik. Als inoffizielles, wenn auch umstrittenes Manifest kann Ulrich Becks »Risikogesellschaft« gelten, nicht zuletzt wegen der von ihm eröffneten Perspektiven auf die Alternativen einer zivilgesellschaftlichen Zähmung apokalyptischer und dystopischer Energien.

Es ist jedoch eine extrem verkürzte, wenn auch verbreitete Sichtweise, die Konjunktur von Risikodebatten und kritischen Auseinandersetzungen mit Sicherheit primär im Umfeld der ökologischen Bewegung zu suchen. In Erinnerung zu rufen sind die eingangs erwähnten Lücken-Debatten etwa im Bereich der inneren Sicherheit sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die politische Opposition, eine wachsende Zahl von Ökonomen und allemal ein großer Teil der Presse wurden seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre nicht müde, auf die gravierenden Risiken der bisherigen sozialliberalen Reformpolitik hinzuweisen. An katastrophischen Szenarien herrschte auch hier kein Mangel. Sie drehten sich um die Auflösung bürgerlicher Werte durch den »Wertewandel«, das Gespenst der (Hyper-)Inflation, den wirtschaftlichen Niedergang, die technologischen Lücken, Staats- und Legitimationskrisen in Weimarer Dimensionen und nicht zuletzt um die »Geburtenlücke«. ⁶⁵ Man mag diese Niedergangs- und Untergangsszenarien primär als kalkuliert politisch-strategische Argumente und weniger als emotional-fundamentalistische wie im Falle der Antiatomkraft- und Friedensbewegung werten. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass hier wie dort die realen oder vermeintlichen Lücken mit ihren Folgen im Hinblick auf die Zukunft alarmierend erschienen und einen »Kurswechsel«, eine »geistig-moralische Wende« oder eine »Umsteuerung« (so ein technokratischer Begriff der Zeit) in einzelnen Politikfeldern im Sinne umfassender Prävention erforderlich machten.

Nicht nur im allgegenwärtigen Appell an drohende Desaster – »Sicherheitslücken«, die es präventiv zu schließen galt – scheinen Ähnlichkeiten zum ökologischen Risikodiskurs auf. Das gilt für den Bereich der inneren Sicherheit, den Sozialstaat und andere Sicherheitsversprechen der sozialliberalen Reformpolitik. ⁶⁶ Ein magischer Schlüsselbegriff waren die nicht kontrollierbaren und »nicht intendierten Nebenfolgen«. Dieser Topos durchzog nicht nur die ökologischen Debatten, sondern auch die der Ökonomen, allemal die Zeitdiagnosen konservativ-kulturkritischer Autoren. Die staatliche Reformpolitik produzierte demnach die Probleme, sprich die Risiken, die sie zu lösen versuchte. In ihrem Report an die von David Rockefeller ins Leben gerufene Trilaterale Kommission

⁶⁵ Vgl. Geyer (2008b).

⁶⁶ Vgl. auch für das Folgende viele Beispiele bei Wehling (1992).

im Jahre 1975 gaben Samuel Huntington und seine Mitstreiter wohlfahrtsstaatlichen Politiken die Schuld am Niedergang privater und öffentlicher Werte und argumentierten, dass der Wohlfahrtsstaat sowohl für die soziale und politische Stabilität als auch die militärische Stärke der westlichen Länder ein Risiko darstelle. Ins Visier gerieten der demokratische Prozess und die »Vertrauenslücken«, die der Wohlfahrtsstaat schuf.⁶⁷ »The government is the problem«, lautete Ronald Reagans kurze und prägnante Formel in seiner Antrittsrede als Präsident 1981, die einen fundamentalen politischen Paradigmenwechsel anzukündigen schien. Das mündete im Extremfall in eine Fundamentalkritik mit dystopischen Szenarien angesichts des vermeintlich jede individuelle Freiheit einschränkenden expansiven Staats, der auf die »Road to Serfdom« (Hayek) führe.⁶⁸

Das neue Paradigma der Nebenfolgen implizierte eine kritische Auseinandersetzung mit der Reform- und Modernisierungspolitik. Denn ob im Hochschulwesen oder in der Sozialpolitik, in allen Bereichen schienen »Reformen der Reformen«, mithin die Behebung der Nebenfolgen früherer staatlicher Interventionen notwendig. Der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann prägte dafür später den Begriff »Reform zweiter Ordnung«.⁶⁹ Wenn Beck kritisierte, dass in der »ersten Moderne« immer weitere Interventionen erforderlich seien, um nichtintendierte Nebeneffekte zu beheben, lag er im Trend der Zeit. Ähnlich argumentierten Vertreter der Kritischen Theorie und, aus einer ganz anderen Warte, Verfechter marktliberaler Reformen. Die Meinungen darüber, welche Schlussfolgerungen aus solchen Diagnosen zu ziehen waren, gingen auseinander. Wenn staatliche Politik das »eigentliche Problem« war, dann implizierte das die Handlungsanweisung, bei den umfassenden Sicherheitsversprechen des Staates anzusetzen, etwa durch Ab- und Umbau des Sozial- und Interventionsstaats, der – daran ist zu erinnern – angetreten war, Marktversagen und somit die Nebenfolgen des Kapitalismus zu beheben und »Sicherheit« zu garantieren.⁷⁰ Dem wohlfahrtsstaatlichen Sicherheitsversprechen wirtschaftlichen Wachstums, sozialer Sicherheit und der Marktregulierung wurde die Liberalisierung von Märkten, egal ob im Bereich der Gesundheit, der Luftfahrtindustrie, der Energiewirtschaft oder des Kapitalmarktes gegenübergestellt. Voraussetzung hierfür war die Verlagerung von Risiken vom Staat und den öffentlichen Institutionen in die Sphäre des Marktes und auf die Individuen im Sinne einer »Reprivatisierung von Risiken«, ein in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre noch neuer Begriff, der sowohl kritisch als auch affirmativ gebraucht wurde. Individuen und Institutio-

67 Huntington (1975).

68 Die Schriften von Ayn Rand sind dafür ein gutes Beispiel, vgl. Burns (2009); Cockett (1995).

69 Kaufmann (2002); Hockerts (2007).

70 Rodgers (2011), S. 41–76; Cockett (1995). Vergleichbare Arbeiten liegen für Deutschland bisher nicht vor.

nen des Marktes könnten, auch im Sinne von *Rational-Choice*-Modellen, besser, effizienter und rationaler als der Staat mit Risiken umgehen. So galten kapitalgedeckte Rentenversicherungen als Gewähr dafür, dass Finanzierungslücken (wie in umlagefinanzierten Systemen) nicht auftreten würden, zumal unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Die Möglichkeit, (Hypotheken-)Kredite und Risiken zu bündeln und mittels neuer Finanzprodukte breit zu streuen, erschien ein erfolgversprechender Weg im Umgang mit Risiken. »Securitization« war dafür der neue Terminus technicus,⁷¹ der offenbar im selben Jahr wie der »Atomstaat« auftauchte (und nicht mit dem gleichen Begriff des Politikwissenschaftlers Ole Wæver zu verwechseln ist).

Aus dieser Perspektive erschienen das »Modell Deutschland« und die »Deutschland AG« als Relikte der Vergangenheit, nicht zuletzt wegen der diesen Modellen zugrunde liegenden Fixierung auf staatlich garantierte Sicherheit, die – so das Argument – zum einen wirtschaftliche Freiheit und Beweglichkeit, zum anderen den individuellen und unternehmerischen Risikogeist einschränkte.⁷² Die Reprivatisierung von Risiken wies den Lösungsweg in Form der Entfesselung des schumpeterianischen, risikobereiten und frei von Staatsregulationen operierenden Unternehmers, aber auch des unternehmerischen Selbst eines jeden Individuums: Der zerstörerische Kapitalismus produzierte zwar Unsicherheiten, eröffnete zugleich aber Chancen und ermöglichte nicht zuletzt Wachstum und damit Wohlstand.⁷³ Im Gegensatz zum Staat garantierten »der Markt« und seine Akteure eine effiziente wirtschaftliche Risikokommunikation und boten damit einen effektiven Umgang mit wirtschaftlichen und sozialen Risiken: Sicherheit hatte einen Preis, messbar in Form der finanziellen Bewertung konkreter Risiken. In den zeitgenössischen politischen Ausformulierungen des Neoliberalismus lässt sich dabei ein latenter utopischer Zug ausmachen.

Einmal mehr war es Michel Foucault, der diese Entwicklungen früh registrierte und dabei dem »deutschen Modell« eine interessante Vorreiterrolle zuschrieb. Brachte der Liberalismus mit seiner Betonung individueller Freiheit und der Bewegungsfreiheit von Menschen und Waren nicht zugleich Überwachungs- und Kontrolltechniken in Form eines hochdifferenzierten Systems öffentlicher Sicherheit hervor? Was Foucault 1977/1978 am meisten interessierte, waren neue Technologien des Selbst, die es modernen Individuen ermöglichten, sich selbst zu regieren und zu kontrollieren. Diese Entwicklung identifizierte er mit dem Aufstieg des Neoliberalismus und konkret dem »deutschen Modell«. Das war zwar eine eigenwillige Interpretation nicht nur der intellektuellen Tradi-

71 Ranerie (1996), S. 31.

72 Siehe den Beitrag von Wencke Meteling in diesem Band.

73 Das fast klassische Argument stammt von Giersch (1992); Caldwell (2004); Abelshausen (2003).

tion des deutschen ökonomischen Liberalismus, sondern auch des von Foucault unspezifisch angesprochenen »Modell Deutschland«, beschrieb die neue Wirklichkeit aber wohl treffend, in der sich die Sorge um kollektive und individuelle Sicherheit sowie die Sorge um staatliche Kontrolle und Selbstkontrolle neuartig verschränkten.⁷⁴

8 Die technokratische Risikogesellschaft

Wie kein anderer stellte der Soziologe Niklas Luhmann Grundannahmen der zeitgenössischen Debatten über Sicherheit infrage. Für Luhmann war Sicherheit nicht nur ein leerer Begriff, der nichts erklärte, sondern eine soziale Fiktion.⁷⁵ Das betraf gleichermaßen das Sicherheitsversprechen des Sozial- und Wohlfahrtsstaats wie die von ihm heftig kritisierten Annahmen seines Kollegen Ulrich Beck.⁷⁶ Sicherheit war nicht erreichbar, das Streben nach Sicherheit produzierte immer neue Unsicherheit. Auch für Luhmann war der Sozial- und Wohlfahrtsstaat ein Exerzierfeld der Kritik. Dieser produziere seine eigenen riskanten Nebenfolgen und habe außerdem die Tendenz, ins Unermessliche zu wachsen, weil sich fast jeder Bereich des gesellschaftlichen Lebens als soziales Gefahrenmoment und Risiko klassifizieren lasse.⁷⁷ Luhmann kritisierte aber auch diejenigen, darunter technische Experten, die vorgaben, Sicherheit herstellen und gewährleisten zu können. Dazu stellte er die Logik ihrer Argumente infrage: Die Evolution der modernen Welt sei dadurch gekennzeichnet, dass eine immer größere Anzahl von Gefahren in Risiken gefasst werden würden. Genau aus diesem Grund sei Sicherheit niemals erreichbar. Im Gegenteil, die Rede von Sicherheit impliziere eine wachsende Unsicherheit in der Gegenwart wie in der Zukunft, da das, was traditionellerweise als Gefahr gesehen wurde, in Risikobegriffen gefasst werde. Aber wer entschied über Risiken? Wer wusste außerdem, welches die möglichen Nebeneffekte früherer Entscheidungen waren? Aus diesem Grunde seien moderne Gesellschaften durch stetig steigende Unsicherheiten gekennzeichnet. Nicht nur das: In einer hochdifferenzierten modernen Gesellschaft mit ihren systemspezifischen Debatten über Risiken in Wissenschaft, Gesetzgebung und Sicherheit sei die Vorstellung vergeblich, es gäbe ein systemübergreifendes Konzept von Risiko und Sicherheit.

74 Foucault (2004), insbes. S. 269; siehe auch Hesse (2007); Bröckling (2000); Reichert (2004). Für die folgenden Beobachtungen ist interessant Cruikshank (1999).

75 Luhmann (1990).

76 Luhmann (1986, 1991).

77 Luhmann (1981).

Luhmann lieferte eine Fundamentalkritik der Annahmen und der theoretischen Positionen, die auf Konzepten wie Sicherheit gründeten. Das Argument, dass Sicherheit etwas Unerreichbares sei und mehr verschleierte als erkläre, war eine Absage an wenig differenzierende Sicherheitsmodelle, die vielfach mit modernisierungstheoretischen Annahmen operierten.⁷⁸ Wenn Sicherheit und Gewissheit Grundprämissen und Orientierungspunkte von Reform- und Modernisierungspolitik waren, so rückte – weniger bei Luhmann selbst als bei seinen Adepten – Risiko als ein Phänomen »der Moderne« in den Vordergrund. Wie Ulrich Beck ging es ihm um das Thema Risikokommunikation. Moderne Gesellschaften oder, vereinfacht gesprochen, »die Moderne« war gekennzeichnet durch endlose Risikodebatten, da immer Entscheidungen über eine Zukunft gefällt werden müssten, über die weder Individuen noch Institutionen besonders viel wissen konnten.⁷⁹ Luhmanns entscheidende Pointe bestand in dem Argument, dass diese Risiken in jedem Bereich – der Technik, der Wirtschaft, den Sozialwissenschaften – höchst unterschiedlich waren. In anderen Worten: Jedes Teilsystem entwickelte im Umgang mit Risikodebatten seine eigene Logik, die mit derjenigen anderer Teilsysteme nicht unbedingt vereinbar war, ja vielfach sogar im Widerspruch stand. Schon aus diesem Grund war für Luhmann die Forderung nach demokratischer Partizipation bei Entscheidungsprozessen, wie sie die Laien der Antiatombewegung und andere selbsterklärte Laienspezialisten einforderten, illusorisch, wenn nicht absurd. Dasselbe galt allemal für die von Ulrich Beck propagierten Visionen einer gesellschaftlichen Risikokommunikation.⁸⁰

Luhmanns akademische Diagnose und Beschreibung von sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Teilsystemen mit ihren hochkomplexen »autopoetischen« Binnenlogiken sind zwar modernisierungstheoretisch inspiriert – das zeigt das Postulat sozialer Differenzierung –, zugleich ist aber auch bei ihm die Absage an modernisierungstheoretische Prämissen unverkennbar. Schon aufgrund seiner Warte als Beschreibender von Akteuren in und Beobachtern von anderen gesellschaftlichen Subsystemen findet man bei Luhmann weder Ansprüche an die Perfektionierbarkeit von Sicherheit noch dystopische oder utopische Sicherheitsappelle. Wissenschaftliche Beobachtung schafft Distanz zu den Objekten wie auch zu den beobachteten Akteuren, deren Rationalität selbst eine Eigenlogik hat. Was bleibt, ist ein nüchterner analytischer Blick auf die unterschiedlichen Akteure in den einzelnen Sicherheitsfeldern, die mit Risiken

78 Dies sollte auch im Hinblick auf seine Kritik des Wohlfahrtsstaates gelesen werden, siehe Luhmann (1981).

79 Luhmann (1990) 10–12; vgl. auch Bonß (1995).

80 Luhmann (1990), S. 27f.

in ihren jeweiligen Bereichen und den stets zu gewärtigenden, unkalkulierbaren Restrisiken operieren.⁸¹

Die Ablehnung eines wie auch immer gearteten Sicherheitsbegriffs zugunsten von Diagnosen fallabhängiger, spezifischer Risikobegriffe in der wissenschaftlichen Forschung entspricht nicht nur dem Trend zur wissenschaftlichen Spezialisierung. Diese Ablehnung reflektiert auch die »Systemlogiken«, nicht zuletzt der den bürokratischen Staatsapparat verwaltenden Juristen mit ihren eng definierten Ressortverantwortlichkeiten. Selbst ohne die Kenntnis der für Außenstehende nicht leicht zu durchdringenden theoretischen Diagnosen Luhmanns zur Ausdifferenzierung von Systemen kann man feststellen, wie sich seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre hochspezialisierte Risikoexpertisen in allen Feldern vervielfältigten, professionalisierten und institutionell verfestigten (eine Geschichte, die es im Übrigen noch zu schreiben gilt, auch im Hinblick auf die Frage nach möglichen bundesdeutschen Besonderheiten). Ältere Großtheorien wie Kybernetik und Modernisierungstheorie, die verschiedene Wissenschaftszweige vielfach im Kontext der Zukunftsforschung locker verbunden hatten, befanden sich in einem Zustand der Auflösung und Transformation. An ihre Stelle trat, zugespitzt formuliert, eine neue, bis heute rapide wachsende akademische Industrie, die sich mit Risiken befasst und lose mit dem wissenschaftsbürokratischen, teilweise auch wissenschaftlich-industriellen Komplex verflochten ist. Gleich der kleinen »Raupe Nimmersatt« aus dem Kinderbuch hat sich diese Risikoforschung eingenistet, diagnostiziert im Kontext höchst kontroverser, nicht nur wissenschaftlicher, sondern auch öffentlich-medialer Sicherheitsdiskurse Sicherheitslücken, die es zu schließen, sowie (Rest-)Risiken und Grenzwerte, deren Verträglichkeit und Zumutbarkeit es zu bestimmen gilt; nicht zuletzt geht es um neue Formen von Steuerung, um Governance.

Die Operateure dieser Sicherheitstechnologien sind die wahren Erben des »Modells Deutschland«, das mit einem grundlegenden Sicherheitsversprechen angetreten war, dem aber der einheitliche Sicherheits- und Risikobegriff abhanden gekommen ist, auch wenn er als politischer Auftrag allgegenwärtig ist. Befeuert werden neue staatliche und nichtstaatliche Sicherheitsagenturen und -industrien, die wiederum neue Modelle für Risikoanalysen einfordern, die – zumindest theoretisch – schon die nächsten Sicherheitslücken und lauernden Risiken identifizieren können. Prävention rückt dabei in den Vordergrund.⁸² Immer geht es um die Extrapolierung von Risiken und Sicherheitslücken der Gegen-

81 Das würde eine Auswertung der inzwischen zahllosen Arbeiten der seit den 1990er-Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossenen Forschungsinstitute, die sich mit *security* und *risk* beschäftigen, zeigen.

82 Zur Logik der Prävention siehe den Beitrag von Ulrich Bröckling in diesem Band.

wart in die Zukunft (und vice versa), wobei die, wenn nicht katastrophischen, so doch düsteren Szenarien der Zukunft die Gegenwart kolonialisieren: Das technokratische Mikromanagement von realen und potenziellen Risiken wird zum ehernen Käfig der selbstgeschaffenen »Sachzwänge« bürokratischer Apparate.

9 Schlussbetrachtung

Ob all dieser Kritik an politischen Sicherheitsversprechen und Modernisierungstheorien ist nicht zu übersehen, dass die Garantie von Sicherheit – nicht ohne eine gewisse Ironie – in der Tat zum »Goldstandard des Politischen« wurde. Deutlich wird das auch im Bereich internationaler Initiativen. 1994 legte die Leitung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, ein Exekutivausschuss innerhalb der UN, in seinem »Human Development Report« ein Aktionsprogramm vor, in dessen Mittelpunkt nichts weniger als »a new concept of human security« stand. Die Welt werde so lange nicht in Frieden leben, »unless people have security in their daily lives«. Als Abwehr von allen nur möglichen Gefahren wurde hier Sicherheit sehr weit gefasst und reichte von »economic security, food security, health security, environmental security« bis zu »personal security« und »political security«. »Personal security« bezog sich auf

threats from the state (physical torture), threats from other states (war), threats from other groups of people (ethnic tension), threats from individuals or gangs, against other individuals or gangs (crime, street violence), threats directed against women (rape, domestic violence), threats directed at children based on their vulnerability and dependence (child abuse), threats to self (suicide, drug use).

»Political security« zielte darauf, dass »people should be able to live in a society that honours their basic human rights.«⁸³ Alle diese Aspekte konnten sich auf die Sicherheit einzelner Länder beziehen – im »Human Development Report« wurde ein Human Development Index mit einem nationalen Ranking veröffentlicht –, aber wie die Autoren des Berichts unterstrichen, waren »threats to human security [...] no longer just personal or local or national. They are becoming global: with drugs, AIDS, terrorism, pollution, nuclear proliferation. Global poverty and environmental problems respect no national border. Their grim consequences travel the world.« Es gebe keinen Grund zur Verzagttheit. So wie die Welt in der Vergangenheit Fortschritte gemacht habe, sei es möglich »to engineer change«.⁸⁴ Unübersehbar haftete dem Programm der dezente Charme

83 Human Development Report (1994), S. 1, 30 u. 32.

84 Ebd., S. 2.

der Modernisierungstheorie der 1970er-Jahre an. Auf einer politisch-normativen Ebene wird ein hoher Grad an Sicherheit in der Gesellschaft nicht nur als wünschenswert, sondern auch als machbar und planbar propagiert. Ganz ähnlich wie im deutschen Sprachgebrauch umfasst *human security* die Felder *safety* und *security*. Gegenüber staatlichen Akteuren als Garanten von Sicherheit werden nichtstaatliche Akteure und damit die Chancen einer zivilgesellschaftlichen globalen Schicksalsgemeinschaft bei der Garantie von *human security* aufgewertet.⁸⁵

Ausgangspunkt dieses Aufsatzes war die Beobachtung eines auf den ersten Blick widersprüchlichen Prozesses, der sich seit den späten 1960er- und den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik vollzog. Auf der einen Seite trugen Reform- und Modernisierungsgagenden ganz wesentlich dazu bei, Postulate einer staatlichen Garantie von sozialer, wirtschaftlicher und innerer Sicherheit fest zu etablieren. Auf der anderen Seite setzten die öffentlichen Diagnosen von »Lücken« in verschiedenen Politikfeldern das Thema Risiko auf die Tagesordnung. In dieser Konstellation ist die Explosion öffentlicher Debatten und auch theoretischer Überlegungen zum Thema Risiko und Sicherheit zu sehen. Kennzeichnend ist die Polyphonie der Stimmen, die von der ökologischen Bewegung, der rasch wachsenden Gruppe von Sicherheitstechnokraten bis zu neoliberalen Ökonomen reichten. Sie konvergierten in der Kritik an umfassenden Sicherheitsmodellen und -prämissen, die mit reformistischen Reformagenden der sozialliberalen Koalition und modernisierungstheoretisch inspirierten Politikmodellen in Verbindung standen. Damit schwand die selbstbewusste Positionierung von Wissenschaftlern und Praktikern in einem zielgerichteten Prozess der Modernisierung, die in der Theorie wie in der Praxis ein Mehr an öffentlich garantierter Sicherheit versprochen. Dieser Optimismus fiel den allenthalben in den »Lücken« aufscheinenden »(Rest-)Risiken« und den unkalkulierbaren »Nebenfolgen« eben dieses Modernisierungsprozesses zum Opfer. Diese kritische Reflexion des Modernisierungsprozesses und der Modernisierungstheorien ebnete zugleich den Weg für Rekonzeptionalisierungen, wenn nicht die Überwindung modernisierungstheoretischer Annahmen. Kennzeichnend dafür ist das Auftauchen des abstrakter gefassten Begriffs der »Moderne«, sei es einer »ersten«, »zweiten« oder »Post-Moderne«. Hiermit wurde der Übergang zu neuen Formen von Sicherheits- und Risikogesellschaften beschrieben.

In diesem Zusammenhang sind noch viele Fragen offen, vor allem was die Vergleichbarkeit der deutschen mit der internationalen Debatte angehen. Auffallend ist die frühe und sehr ausgeprägte Kritik an Sicherheitsversprechungen in der Bundesrepublik, was sicherlich auch auf die eigenartige deutsche Begrifflichkeit zurückzuführen ist. Bemerkenswert ist ferner die starke Fixierung west-

85 Paris (2001).

deutscher Gesellschaftstheoretiker auf den Risikobegriff, was zweifellos auch auf lebenspraktische Erfahrungen sozialer Bewegungen zurückzuführen ist. Dabei darf nicht vergessen werden, dass zur selben Zeit gerade im Umfeld der neo-liberalen ökonomischen Theorie der – nun durchaus positiv besetzte – Risikobegriff eine Konjunktur erlebte. Alles deutet aber darauf hin, dass die in diesem Aufsatz identifizierten, seit den 1970er-Jahren auftauchenden *grundsätzlichen* Positionen und Diagnosen verallgemeinerbar und in gleicher oder ähnlicher Form in neueren Ansätzen und Debatten über Sicherheit auch in anderen fortentwickelten Industriegesellschaften anzutreffen sind: dystopische, utopische, nicht zuletzt aber technokratische Modelle von Sicherheit und Risiko. Sie sind so unterschiedlich und vielgestaltig nicht nur wie die einzelnen Politik- und Handlungsfelder, auf welche sie sich beziehen, sondern auch wie die jeweilige Orientierung der Autoren, die damit in kritischer, affirmativer oder rein instrumenteller Absicht operieren.⁸⁶

Literatur

- Abelshauer, Werner (2003), *Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung*, Berlin.
- Agamben, Giorgio (2004), *Ausnahmezustand*, Frankfurt a.M.
- Altvater, Elmar (1980), Editorial: »Modell Deutschland«. *Anatomie und Alternative*, in: *Prokla* 40, S. 1–13.
- Anders, Günter (2010), Über die Bombe und die Wurzeln unserer Apokalypse-Blindheit, in: ders. (Hg.), *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der industriellen Revolution* [1. Aufl. 1956], München, S. 233–308.
- Baberowski, Jörg/Doering-Manteuffel, Anselm (2006), *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und stalinistischen Imperium*, Bonn.
- Bauman, Zygmund (1989), *Modernity and the Holocaust*, Ithaca, NY.
- (1991), *Modernity and Ambivalence*, Ithaca, NY.
- Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- (1993), *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1996), Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: ders./Anthony Giddens/Scott Lash (Hg.), *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt a. M., S. 19–112.
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (Hg.) (1996), *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt a.M.

⁸⁶ Für einen guten Einblick zum Beispiel mit Blick auf *human security* vgl. Chandler (2011); Conze (2012).

- Beck, Ulrich (2007), *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Bonn.
- Becker, Peter (2005), *Dem Täter auf der Spur. Eine Geschichte der Kriminalistik*, Darmstadt.
- Bergstermann, Sabine (2016), *Terrorismus, Recht und Freiheit. Die JVA Stuttgart-Stammheim als Ort der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF*, Berlin.
- Birg, Herwig (2005), *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, München.
- Böhm, Enrico (2014), *Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981)*, München.
- Bonß, Wolfgang (1995), *Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewißheit in der Moderne*, Hamburg.
- (2011), (Un-)Sicherheit in der Moderne, in: Peter Zoche u. a. (Hg.), *Zivile Sicherheit. Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitiken*, Bielefeld, S. 43–69.
- Borscheid, Peter (1999), *Sicherheit in der Risikogesellschaft. Zwei Versicherungen und ihre Geschichte*, Stuttgart.
- Bosold, David (2011), Development of the Human Security Field. A Critical Examination, in: David Chandler/Nik Hynek (Hg.), *Critical Perspectives on Human Security. Rethinking emancipation and power in international relations*, New York, S. 28–42.
- Bracher, Karl Dietrich (†1976), *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. u. a.
- (1986), Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Wolfgang Jäger/Werner Link (Hg.), *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Bd. 5/1, Stuttgart, S. 285–406.
- Bröckling, Ulrich (2012), Dispositive der Vorbeugung. Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution, in: Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer (Hg.), *Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*, Frankfurt a. M., S. 44–93.
- Bröckling, Ulrich/Krassmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.
- Bull, Hans Peter (1984), Politik der »inneren Sicherheit« vor einem mißtrauisch gewordenen Publikum, in: *Leviathan* 12, S. 155–178.
- Burns, Jennifer (2009), *Goddess of the Market. Ayn Rand and the American Right*, Oxford.
- Buzan, Barry (†2007), *People, States & Fear. Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era. With a New Introduction by the Author*, Colchester.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/Wilde, Jaap de (1998), *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder u. a.
- Caldwell, Bruce J. (2004), *Hayek's Challenge. An Intellectual Biography of F. H. Hayek*, Chicago.
- Chandler, David/Hynek, Nik (Hg.) (2011), *Critical Perspectives on Human Security. Rethinking Emancipation and Power in International Relations*, New York, S. 28–42.
- Christofferson, Michael Scott (2004), *French Intellectuals against the Left. The Antitotalitarian Moment of the 1970s*, New York.
- Cockett, Richard (1995), *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution, 1931–1983*, London.
- Conze, Eckart (2005), Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 53, S. 357–380.
- (2009), *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis in die Gegenwart*, München.

- Conze, Eckart (2012), Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, S. 365–386.
- Cruikshank, Barbara (1999), *The Will to Empower. Democratic Citizens and other Subjects*, Cornell/London.
- Daase, Christopher (2011), Wandel der Sicherheitskultur – Ursachen und Folgen des erweiterten Sicherheitsbegriffs, in: Peter Zoche u. a. (Hg.), *Zivile Sicherheit. Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitik*, Bielefeld, S. 139–158.
- Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hg.) (2012), *Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*, Frankfurt a.M. u. a.
- Delisle, Manon (2001), *Weltuntergang ohne Ende. Ikonografie und Inszenierung der Katastrophe bei Christa Wolf, Peter Weiss und Hans Magnus Enzensberger*, Würzburg.
- Dipper, Christof (2012), Die deutsche Geschichtswissenschaft und die Moderne, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte und Literatur* 37, S. 37–62.
- Dosse, Francois (1996/1997), *Geschichte des Strukturalismus, Bd. 2: Die Zeichen der Zeit 1967–1991*, Hamburg.
- Evers, Adalbert (1989), Risiko und Individualismus. Was in Ulrich Becks »Risikogesellschaft« unbegriffen bleibt, in: *Kommune* 6, S. 47–49.
- Evers, Adalbert/Nowotny, Helga (1987), *Über den Umgang mit Unsicherheit*, Frankfurt a.M.
- Ewald, François (1993), *Der Vorsorgestaat. Mit einem Essay von Ulrich Beck*, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004), *Geschichte der Gouvernementalität, Bd. 2*, Frankfurt a.M.
- Frei, Daniel/Gaupp, Peter (†1981), Das Konzept »Sicherheit« – Theoretische Aspekte, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hg.), *Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit*, Bad Honnef-Erpel, S. 3–16.
- Funk, Albrecht/Falco Werkentin (1977), Die siebziger Jahre. Das Jahrzehnt innerer Sicherheit?, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.), *Wir Bürger als Sicherheitsrisiko. Berufsverbot und Lauschangriff – Beiträge zur Verfassung unserer Republik*, Reinbek b. Hamburg, S. 189–210.
- Galbraith, John Kenneth (1977), *The Age of Uncertainty*, London (dt. 1978, Die Tyrannei der Umstände. Ursachen und Folgen unseres Zeitalters der Unsicherheit, München).
- Gaul, Ewald (1974), Atomenergie oder Ein Weg aus der Krise?, Reinbek b. Hamburg.
- Geyer, Martin H. (2008a), Am Anfang war... Die Niederlage. Die Anfänge der bundesdeutschen Moderne nach 1945, in: Inka Mülder-Bach/Eckhard Schumacher (Hg.), *Am Anfang war... Ursprungsfiguren und Anfangskonstruktionen der Moderne*, München, S. 279–306.
- (Hg.) (2008b), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6. Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten*, Baden-Baden.
- (2010), Auf der Suche nach der Gegenwart. Neuere Forschung zu den 1970er und 1980er Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50, S. 643–670.
- (2011), War over Words. The Search for a Public Language in West Germany, in: Wilibald Steinmetz (Hg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, S. 293–330.
- (2012), Politische Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M., 257–274.
- (2014), Grenzüberschreitungen. Vom Belagerungs- zum Ausnahmezustand, in: Niels Werber/Stefan Kaufmann/Lars Koch (Hg.), *Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch*, Stuttgart 2014, S. 341–384.

- Geyer, Martin H. (2015), »Gaps« and the (Re-)Invention of the Future. Social and Demographic Policy in Germany during the 1970s and 1980s, in: *Social Science History* 39, S. 39–61.
- Giddens, Anthony (1994), *Beyond Right and Left. The Future of Radical Politics*, Cambridge.
- Giersch, Herbert/Paqué, Karl-Heinz/Schmieding, Holger (1992), *The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany*, Cambridge.
- Graevenitz, Gerhart von/Marquard, Odo/Christen, Matthias (Hg.) (1998), *Kontingenz*, München.
- Graf, Rüdiger (2010), Between National and Human Security. Energy Security in the United States and Western Europe in the 1970s, in: Cornel Zwierlein/Rüdiger Graf (Hg.), *The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History*, Köln, S. 329–350.
- Hacke, Jens (2008), Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen, S. 188–206.
- Haenschke, Frank (1977), *Modell Deutschland? Die Bundesrepublik in der technologischen Krise*, Reinbek b. Hamburg.
- Haftendorn, Helga (1986), *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschuß*, München.
- Hennis, Wilhelm, u. a. (Hg.) (1977), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Bd. 2*, Stuttgart.
- Hesse, Jan-Otmar (2007), »Der Staat unter Aufsicht des Marktes« – Foucaults Lektüren des »Ordoliberalismus«, in: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.), *Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« als Paradigma der Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge zu Rezeption und Anschlüssen*, Bielefeld, S. 213–237.
- Hirsch, Joachim (1980), *Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krisen und die neuen sozialen Bewegungen*, Frankfurt a.M.
- Hockerts, Hans-Günter (2007), Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47, S. 3–28.
- Human Development Report (1994), *Published for the United Nations Development Programme (UNDP)*, New York u. a.
- Huntington, Samuel P. (1975), The United States, in: Michael Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (Hg.), *The Crisis of Democracy*, New York, S. 59–118.
- Jaschke, Hans-Gerhard (1991), *Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen.
- Jungk, Robert (1977), *Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München.
- Kaufmann, Franz-Xaver (†1973), *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften*, Stuttgart.
- (2002), Der Sozialstaat als Prozeß für eine Sozialpolitik zweiter Ordnung, in: Franz-Xaver Kaufmann (Hg.), *Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen*, Opladen, S. 129–144.
- Kliment, Timor (1994), *Kernkraftprotest und Medienreaktionen. Deutungsmuster einer Widerstandsbewegung und öffentliche Rezeption*, Wiesbaden.
- Knöbl, Wolfgang (2001), *Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit*, Weilerswist.
- (2007), *Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika*, Frankfurt a.M. u. a.

- Koch, Egmont R./Fahrendholt, Fritz (1978), *Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie*, Köln.
- Koselleck, Reinhart (1989), »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – Zwei historische Kategorien, in: Reinhart Koselleck (Hg.), *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M., S. 349–375.
- Kraatz, Birgit (1979), *Seveso oder wie Verantwortung zur Farce wird. Ein Lehrstück, aus dem die Großchemie nichts gelernt hat*, Hamburg.
- Krupp, Hans-Jürgen Krupp/Zapf, Wolfgang (1977), *Sozialpolitik und Sozialberichterstattung*, Frankfurt a.M.
- Kuby, Erich (1970), *Die Deutsche Angst. Zur Rechtsdrift in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin u. a.
- Kuhbier, Peter (1986), Vom nahezu sicheren Eintreten eines fast unmöglichen Ereignisses – oder warum wir Kernkraftwerkunfällen auch trotz ihrer geringen Wahrscheinlichkeit kaum entgegen werden, in: *Leviathan* 14, S. 604–614.
- Kunz, Thomas (2005), *Der Sicherheitsdiskurs. Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik*, Bielefeld.
- Lau, Christoph (1989), Risikodiskurse – Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Definition von Risiken, in: *Soziale Welt* 40, S. 374–396.
- Lemke, Thomas (1997), *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin.
- Luhmann, Niklas (1981), *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München u. a.
- (1986), Die Welt als Wille ohne Vorstellung. Sicherheit und Risiko aus der Sicht der Sozialwissenschaften, in: *Die politische Meinung* 31, S. 18–21.
- (1990), *Risiko und Gefahr*, St. Gallen.
- Maasen, Sabine/Eitler, Pascal/Tändler, Maik (Hg.) (2011), *Das beratene Selbst. Zur Genealogie der Therapeutisierung in den ›langen‹ Siebzigern*, Bielefeld.
- Macey, David (1993), *The Lives of Michel Foucault*, New York.
- MacFarlane, S. Neil/Khong, Yuen Foong (2006), *Human Security and the U.N. A Critical History*, Bloomington u. a.
- Markovits, Andrei S. (Hg.) (1982), *The Political Economy of West Germany. Modell Deutschland*, New York.
- Mergel, Thomas (2010), *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen.
- Metzler, Gabriele (2005), *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn.
- Moss, David A. (2002), *When All Else Fails. Government as the Ultimate Risk Manager*, Cambridge, MA.
- Münchener Rückversicherung (Hg.) (1993), *Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung*, München.
- Nehring, Holger (2013), *The Politics of Security. British and West German Protest Movements and the Early Cold War, 1945–1970*, Oxford.
- Neocleous, Mark (2008), *Critique of Security*, Edinburgh.
- Nowotny, Helga (1979), *Kernenergie. Gefahr oder Notwendigkeit. Anatomie eines Konflikts*, Frankfurt a.M.

- Oesterle, Kurt (2005), *Stammheim. Der Vollzugsbeamte Horst Bubeck und die RAF-Häftlinge*, München.
- Opitz, Sven/Tellmann, Ute (2011), Katastrophale Szenarien. Gegenwärtige Zukunft in Recht und Ökonomie, in: Leon Hempel/Susanne Krassmann/Ulrich Bröckling (Hg.), *Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden, S. 27–52.
- Paris, Roland (2001), Human Security. Paradigm Shift or Hot Air?, in: *International Security*, S. 87–102.
- Paterson, William E./Smith, Gordon (Hg.) (1981), *The West German Model. Perspectives on a Stable State*, London.
- Perrow, Charles (1984), *Normal Accidents. Living with High Risk Technologies*, New York.
- Ramón Reichert (Hg.) (2004), *Governmentality Studies. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault*, Münster.
- Ranierie, Lewis S. (1996), The Origins of Securitization, Sources of its Growth, and its Future Potential, in: Leon T. Kendall/Michael J. Fishman (Hg.), *A Primer on Securitization*, Boston, MA, S. 31–44.
- Rebentisch, Dieter (1988), Gipfeldiplomatie und Weltökonomie. Weltwirtschaftliches Krisenmanagement während der Kanzlerschaft Helmut Schmidt 1974–1982, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 28, S. 307–332.
- Reckwitz, Andreas (2003), Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: *Zeitschrift für Soziologie* 32, S. 282–301.
- Reichert, Ramón (Hg.) (2004), *Governmentality Studies. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault*, Münster.
- Reichardt, Sven (2007), Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung, in: *Sozial.Geschichte* 22, S. 43–65.
- Richter, Maren (2014), *Leben im Ausnahmezustand. Terrorismus und moderner Personenschutz 1970 bis 1993 in der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M.
- Risse-Kappen, Thomas (1988), *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, Mainz.
- Rödter, Andreas/Hertfelder, Thomas (Hg.) (2007), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen.
- Rodgers, Daniel T. (2011), *Age of Fracture*, Cambridge, MA.
- Roller, Edeltraud (1992), *Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.
- Rucht, Dieter (1994), *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a.M.
- Ruck, Michael (2000), Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg, S. 362–401.
- Saue, Achim (2010), Von »Ruhe und Ordnung« zur »inneren Sicherheit«. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7, S. 170–19.
- Scharpf, Fritz W. (1987), *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das »Modell Deutschland« im Vergleich*, Frankfurt a.M.

- Schenk, Dieter (1998), *Der Chef. Horst Herold und das BKA*, Hamburg.
- Schmähl, Winfried (2008), Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene, in: Martin H. Geyer (Hg.) (2008), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6., Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten*, Baden-Baden, S. 393–514.
- Schmidt, Helmut (1975), Gedenken an den 8. Mai 1945. Ansprache des Bundeskanzlers vor dem Kabinett, in: *Bulletin der Bundesregierung* 59, S. 554–555.
- (1977), Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit. Vortrag des Bundeskanzlers in London, 28. Oktober 1977, in: *Bulletin der Bundesregierung* 112, S. 1013–1020 (engl. 1982, The 1977 Alastair Buchan Memorial Lecture, in: W. F. Harrieder [Hg.], *Helmut Schmidt, Perspectives on Politics*, Boulder, S. 23–37.)
- Schwarz, Klaus-Dieter (Hg.) (³1981), *Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit*, Bad Honnef-Erpel.
- Seefried, Elke (2015), *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*, München.
- Seitz, Norbert (1987), *Bananenrepublik und Gurkentruppe. Die nahtlose Übereinstimmung von Fußball und Politik 1954–1987*, Frankfurt a.M.
- Sherry, Michael S. (1995), *In the Shadow of War. The United States since the 1930s*, New Haven u. a.
- Stehr, Nico/Grundmann, Reiner (2010), *Expertenwissen. Die Kultur und Macht von Experten, Beratern und Ratgebern*, Weilerswist.
- Thompson, Michael (1980), Aesthetics of Risk. Culture or Context, in: Richard C. Schwing/Walter A. Albers (Hg.), *Societal Risk Assessment. How Safe is Safe Enough*, New York, S. 273–285.
- Traube, Klaus (1977), Lehrstück Abhöräffäre, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.), *Wir Bürger als Sicherheitsrisiko. Berufsverbot und Lauschangriff. Beiträge zur Verfassung unserer Republik*, Reinbek b. Hamburg, S. 61–78.
- (1978), *Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik*, Reinbek b. Hamburg.
- (1981), Der siebenjährige Krieg um Brokdorf, in: Stefan Aust (Hg.), *Brokdorf – Symbol einer politischen Wende*, Hamburg, S. 20–46.
- Wæver, Ole (1995), Securitization and Desecuritization, in: Ronnie D. Lipschutz (Hg.), *On Security*, New York, S. 46–86.
- Wagner, Peter (2012), *Modernity. Understanding the Present*, Cambridge.
- Wehler, Hans-Ulrich (1975), *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen.
- Wehling, Peter (1992), *Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*, Frankfurt a.M.
- Weisker, Albrecht (2003), Expertenvertrauen gegen Zukunftsangst. Zur Risikowahrnehmung der Kernenergie, in: Ute Frevert (Hg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen, S. 394–421.
- (2005), Powered by Emotions? Affektive Aspekte in der westdeutschen Kernenergiegeschichte zwischen Technikvertrauen und Apokalypseangst, in: Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt a.M., S. 203–221.

- Weiss, Johannes (1998), Die Zweite Moderne – eine neue Suhrkamp-Edition, in: *Soziologische Revue* 21, S. 415–426.
- Wiegrefe, Klaus (2005), *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin.
- Yonah, Alexander/Sochor, Eugene (1990), *Aerial Piracy and Aviation Security*, Dordrecht.
- Zapf, Wolfgang (1977), *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*, Frankfurt a.M.
- (1994), Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung, in: Wolfgang Zapf (Hg.), *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987–1994*, Berlin, S. 175–187.
- Zwierlein, Cornel (2012), Einleitung. Sicherheitsgeschichte. Ein neues Feld der Geschichtswissenschaften, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, S. 365–386.

